KARL MARX FRIEDRICH ENGELS

WERKE UND AUFSÄTZE

ANNEX

UNIVERSITY LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA, SAN DIEGO

from the collection of

Professor Koppel S. Pinson

30102
KOPPEL S. PINSON

KARL LIEBKNECHT

LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA
SAN DIEGO

REDEN UND AUFSÄTZE

HERAUSGEBER: JULIAN GUMPERZ

1921

VERLAG DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
AUSLIEFERUNGSSTELLE FÜR DEUTSCHLAND: VERLAGSBUCH-
HANDLUNG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11

Alle Rechte, besonders die
der Uebersetzung, vorbehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Quellennachweis VI

Der Kampf für die Jugend 1

Bucharin, Liebknecht und die Arbeiterjugend 2
Rede im Preußischen Landtag vom 26. März 1912 3
Rede im Preußischen Landtag vom 28. Februar 1912 18
Rede im Preußischen Landtag vom 16. März 1916 19
Antimilitarismus 32
Rede auf dem Parteitag zu Jena 1911 41

Gegen den Militarismus 43

Entstehung und Grundlage der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse 45
Rede auf dem Parteitag in Chemnitz 1912 46
Rede im Deutschen Reichstag vom 6. Dezember 1912 48
Soldatenmißhandlungen 50
Rede im Preußischen Landtag vom 19. April 1913 51
Rede im Deutschen Reichstag vom 20. Juni 1913 56
Hokuspokus 69
Zur Krupp-Vertuschung 72

Gegen den Reformismus 75

Ueber Opposition 77
Die neue Methode 77
Rede auf dem Parteitag zu Bremen 1904 87
Spartakusbriefe
Die Dezembermänner von 1915 89
Ein schwarzer Tag im Reichstag 94
Liebknechts kleine Anfragen 96
Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. 1. 1916 100
Die Pressezensur gegen die Anfragen 106
Parlamentszensur gegen die Anfragen 106
Die Lebensfrage des Sozialismus 109
Kampf um die Partei 111
Nicht die alte Leier, sondern das neue Schwert 115
Rede im Deutschen Reichstag vom 18. Januar 1916 119
Der neue Burgfriede (19. November 1918) 120

Seite

Gegen den Krieg 123

An Karl Liebknecht 124
Die Aushöhlung 124
Proletariat und Krieg 125
Krieg und Sozialdemokratie 127
Brief vom August 1914 128
An die Redaktion der Bremer Bürgerzeitung 130
Resolution 130
Zum 4. August 131
Reichstagserklärung vom 2. Dezember 1914 133
Im Labyrinth der Widersprüche 136
Brief an die Redaktion des „Labour Leader“ 138
Der Hauptfeind steht im eigenen Land (Flugblatt zur italienischen Kriegserklärung) 140
Rede im Deutschen Reichstag vom 23. März 1916 144
Brief vom 23. September 1915 145
Rede im Deutschen Reichstag vom 8. April 1916 145
Bericht über die Verhandlungen der Budgetkommission des Deutschen Reichstags (U-Boot-Frage) 147
Reichstagserklärung vom 28. April 1916 161
Brief an das Kommandanturgericht vom 8. Mai 1916 162
Brief an das Kommandanturgericht vom 3. Juni 1916 164
Brief an das Kommandanturgericht vom 10. Juni 1916 166
Erklärung in der Hauptverhandlung, überreicht am 26. Juni 1916 . . . 173
Verteidigung vor dem Kriegsgericht 176

Gegen die offizielle deutsche Partei 179

Rede auf dem Parteitag zu Essen 1907 181
Kleine Mißverständnisse 183
Resolution an den Parteivorstand vom 29. September 1914 185
Briefwechsel mit dem Parteivorstand vom 7. Oktober 1914 und 10. Oktober 1914 186
Sitzungen der Reichstagsfraktion vom 2. bis 4. Februar 1915 189
Die Aufgaben der deutschen Arbeiter nach dem Kriege 195

Um das proletarische Klassenbewußtsein 197

Politische Willensbildung 199
Rede im Preußischen Landtag vom 24. Juni 1909 200
Rede im Preußischen Landtag vom 23. Februar 1910 205
Rede im Preußischen Landtag vom 14. März 1910 209
Rede im Preußischen Landtag vom 16. März 1910 210
Rede im Preußischen Landtag vom 19. März 1912 218
Rede im Preußischen Landtag vom 9. Mai 1912 219
Rede im Preußischen Landtag vom 9. März 1915 221
Ueber Parlamentarismus (Eine Antwort an einen russischen Sozialisten) 224
Das was ist 226
Friede und Revolution 229

Seite

Gegen die preußische Klassenjustiz und Verwaltungswillkür . . . 231
Rede im Preußischen Landtag vom 20. März 1911 233
Rede im Preußischen Landtag vom 4. Mai 1912 242
Rede im Preußischen Landtag vom 8. März 1913 249
Rede im Preußischen Landtag vom 17. Februar 1914 252
Rede im Preußischen Landtag vom 20. Mai 1914 253
Rede auf dem Preußentag zu Berlin 1910 259
Rede zum Justizetat im Preußischen Landtag, März 1916 269
Gegen die Freiheitsstrafe (Ein Entwurf) 282

Für die russische Revolution 287
Brief vom 8. März 1917 (An Helmi Liebknecht) 289
Verteidigungsrede zu Königsberg 1904 289
Rede im Preußischen Landtag vom 2. Juni 1910 294
Rede auf dem Parteitag zu Mannheim 1906 312
Brief vom 11. November 1917 (An Sophie Liebknecht) 313
Brief vom 9. Dezember 1917 (An Sophie Liebknecht) 314
Brief vom 14. Dezember 1917 (An Sophie Liebknecht) 315
Die Frage des Tages 315

Für die deutsche Revolution 319
Brief vom 10. März 1918 (An Sophie Liebknecht) 321
Sozialismus als Parole 321
Leitsätze vom 28. November 1918 322
Aufruf an die Proletarier aller Länder 326
Rede im Sitzungssaal des 53er Ausschusses der Marine vom 28. 11. 1918 330
Was will der Spartakusbund (Rede, Berlin, Ende Dezember 1918) . . 338
Rüstung der Revolution 349
Trotz alledem 352

Statt eines Nachwortes 357
Karl Radek: Karl Liebknecht zum Gedächtnis 359
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet! 367

Bemerkungen des Herausgebers 373

QUELLENNACHWEIS

Ein großer Teil dieses Bandes — so u. a. die Landtags- und Reichstags-Reden, die „Politischen Briefe" („Spartakusbriefe", die hier zum ersten Male veröffentlicht werden), der Bericht über die Verhandlungen der Budget-Kommission, „Sozialismus als Parole", die Leitsätze, die Rede im Sitzungssaal des 53er Ausschusses der Marine, u. a. m., ist bisher unveröffentlicht.

Quellennachweis für Kapitel 1:

Die Worte von Bucharin stammen aus der „Jugend-Internationale". Der Artikel „Antimilitarismus" wurde veröffentlicht in der „Jugend-Internationale" 1919, Nr. 14 und 15.

Quellennachweis für Kapitel 2:

Es sind entnommen die Abschnitte „Entstehung und Grundlage . . .", „Soldatenmißhandlungen" dem Buche „Militarismus und Antimilitarismus". — Der Artikel „Hokuspokus" wurde zuerst veröffentlicht im „Vorwärts" vom 27. August 1913, Nr. 221.

Quellennachweis für Kapitel 3:

Der Artikel „Die neue Methode" ist in der „Neuen Zeit" XX, 2 (September 1902) veröffentlicht. — „Nicht die alte Leier" (1917) wurde der von der Zentrale der K. P. D. veranstalteten Ausgabe der Spartakusbriefe entnommen. — „Der neue Burgfriede" wurde zuerst gedruckt in der „Roten Fahne" vom 19. November 1918.

Quellennachweis für Kapitel 4:

Der Abschnitt „Proletariat und Krieg" stammt aus dem Buche „Militarismus und Antimilitarismus". — Die Abschnitte „Krieg und Sozialdemokratie" bis „Brief an die Redaktion des Labour-Leader" sind dem Buche „Klassenkampf gegen den Krieg" entnommen. — Der Brief vom 23. 9. 1915 ist in der Sammlung „Briefe aus dem Felde und aus dem Zuchthaus" enthalten. — Die letzten Abschnitte sind zuerst in dem Buch „Das Zuchthausurteil" veröffentlicht.

Quellennachweis für Kapitel 5:

Alle Abschnitte, außer dem „Kleine Mißverständnisse", der in den Spartakusbriefen (herausgegeben von der Zentrale der K. P. D.) gedruckt worden ist, stammen aus dem Buche „Klassenkampf gegen den Krieg". — Der letzte Abschnitt wurde aus Nr. 15 der „Kommunistischen Internationale" übernommen.

Quellennachweis für Kapitel 6:

Der Abschnitt „Politische Willensbildung" wurde der „Räte-Zeitung" vom 1. 11. 1920 entnommen. — Der Artikel „Das was ist" wurde zuerst in der „Roten Fahne" Nr. 7 vom 20. November 1918 gedruckt.

Quellennachweis für Kapitel 7:

„Gegen die Freiheitsstrafe" ist dem Buche „Briefe aus dem Felde und dem Zuchthause" entnommen.

Quellennachweis für Kapitel 8:

Die Briefe wurden sämtlich der Sammlung „Briefe aus dem Felde und dem Zuchthause" entnommen. — Der Artikel „Die Frage des Tages" wurde zuerst in der Zeitung „Die Republik" veröffentlicht (Juni 1919).

Quellennachweis für Kapitel 9:

Der Artikel „Trotz alledem" wurde der „Roten Fahne" vom 15. 1. 1919 entnommen.

Außer den „Politischen Briefen" (Spartakusbriefe) und dem Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land", die von Dr. Gustav Mayer zur Verfügung gestellt wurden, stammt das ganze Material für dieses Buch von Sophie Liebknecht.

Kürzungen sind durch drei Punkte angedeutet.

DER KAMPF FÜR DIE JUGEND

N. BUCHARIN:
KARL LIEBKNECHT UND DIE ARBEITERJUGEND

Es war vor mehr als einem Jahr. In der Berliner Russischen Botschaft feierten wir den eben aus dem Zuchthaus befreiten Genossen Liebknecht. Es waren viele Leute da, — die Gesellschaft war ziemlich gemischt: Da war der greise Revolutionär Mehring mit schneeweißem Haar, mit einem Körper, der schon fast tot war, aber mit immer noch sprühendem Geist, Haase war da und auch Barth und noch viele andere mit berühmten Namen und berühmter Vergangenheit. — Alle feierten den „Karl". Die einen mit Hoffnung und im Glauben, daß sein revolutionärer Enthusiasmus die Massen in den Kampf führen werde; die anderen — in dumpfer Angst, dieser „Sonderling" könnte den normalen Lauf der Dinge unterbrechen.

Alle sprachen. Aber niemand hatte einen so tiefen Eindruck auf mich gemacht, wie ein jugendlicher Arbeiter. Dieser — ein einarmiger Jüngling, mit schmalem Gesicht und eingefallenen Wangen, sprach mit einem so festen Glauben an unseren Sieg, daß jeder Revolutionär fühlte: Eine solche Generation muß siegen.

Das fühlte auch Karl Liebknecht. Ich erinnere mich noch dieser Szene, als wäre sie gestern gewesen. Ein langer Tisch, an dessen einem Ende der jugendliche Genosse saß. Und als Liebknecht seine Antwortrede hielt, da drehte er fast allen den Rücken und wandte sein Gesicht dem Jüngling zu. An ihn war das meiste von dem, was Liebknecht sagte, gerichtet, ihm galt vor allem die Antwort. Denn hier bestand ein inniger Zusammenhang — der große Revolutionär und die revolutionäre Jugend waren eng miteinander verknüpft. Liebknecht war immer von der Jugend umringt, diese „Kinder" waren es vor allem, die an allen Straßenkämpfen und Demonstrationen teilnahmen. . . .

Einige Tage später wurde der einarmige Jugendliche während einer Straßendemonstration verletzt; ein Polizeisäbel hatte seinen Armstumpf getroffen.

Mehring lebt nicht mehr, und Liebknecht ist auch tot. Selbst Haase haben die Scheidemannschen Henker ins Grab gelegt. Ich weiß nicht, ob der einarmige Jüngling noch lebt. Aber eins weiß ich: die deutsche Arbeiterjugend lebt, das Proletariat lebt, es lebt der revolutionäre Geist, mit dem Karl Liebknecht getauft war.

Dieser Geist beginnt wieder zu toben im Lande Noskes. Es wird der Tag kommen, wo er sich rächt für seine gemordeten Propheten und Führer.

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 26. MÄRZ 1912

. . . Es ist für uns, die wir Sie überhaupt mit stillem Vergnügen an der Jugendpflege zu unserer Vernichtung arbeiten sehen, recht vergnüglich, zu beobachten, wie Sie unter sich selbst nicht einig sind. Da wird von seiten der Zentrumsorganisationen, und der konfessionellen Organisationen überhaupt, mit allem Nachdruck die Prävalenz der Kirche auf diesem Gebiet betont, und dann tritt im Gegensatz dazu der durch seine Partei und seine Beziehungen immerhin recht einflußreiche Herr v. Kardorff auf und betont energisch, daß die Kirche ihre Schuldigkeit bisher nicht getan habe. In allererster Linie müßten interkonfessionelle Organisationen geschaffen werden, schon weil durch die konfessionellen Organisationen die große Masse des Volkes nicht erfaßt werden könne wegen der weitgehenden Abkehr von der Kirche. Daß aber der Kampf der verschiedenen Organisationen recht eigentümlich gekennzeichnet wird durch die Art, wie über die Verteilung der Geldmittel gezankt wird, dafür haben wir auf der erwähnten Konferenz in Elberfeld die köstlichsten Erfahrungen gemacht. Es war kein Geringerer als der Oberbürgermeister Cuno aus Hagen, der erklärte, daß auf das lebhafteste zu bedauern sei, wie sich die verschiedenen Organisationen um den besten Platz an der Futterkrippe herumzanken, und der schließlich in den Stoßseufzer ausbrach, diese Million würde der Sozialdemokratie noch viel ausgezeichnetes Agitationsmaterial schaffen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser Zank um die staatliche Subvention einen wenig angenehmen Charakter angenommen hat und daß dadurch ganz allein bereits sich dieses ganze treibhausartige Heraufpäppeln der staatlichen Jugendpflege als eine moralisch sehr minderwertige Erscheinung kennzeichnet. Im übrigen, welche Art Jugendpflege unter dem Einfluß der staatlichen Subvention entsteht, dafür liefert die Nummer der Deutschen Tageszeitung vom 2. März 1912 einen Beleg. Da ist die Rede von ländlicher Wohlfahrtspflege „aus dem praktischen Leben", durch die die Dorfjugend von der Frau v. Schwerin zum Patriotismus und all den großartigen Eigenschaften erzogen wird, die Sie in Ihrem Interesse so gern in der Jugend des Volkes erhalten möchten. Da werden allerhand Deklamationen von Matthias Claudius usw. vorgeführt, alles Dinge, die als ganz besonders geeignet erscheinen, die „Liebe zur Heimat" zu stärken. Dann kam auch ein fremder Gast, der Herr Pastor Schlegelmilch, der eine Vortragsreise durch Pommern begonnen hatte; der sprach vom „Segen der Heimatscholle" und von dem „Fluch der Heimatlosigkeit" dort vor der Dorfjugend, den Kindern der Tagelöhner und Landarbeiter; und natürlich auch von der Berliner Stadtmission. Es war ein „wirklich erhebender Abend", wenn man den Worten der Deutschen Tageszeitung Glauben schenken darf. Ja, meine Herren, es ist doch ganz eigentümlich, da vom „Fluch der Heimatlosigkeit" und vom „Segen der Heimatscholle" vor Leuten zu sprechen, die durch Ihre Wirtschaftsordnung in die Heimatlosigkeit

hinausgetrieben werden und den Segen der Heimatscholle nicht genießen können, weil sie eine Heimatscholle nicht besitzen, weil sie sie niemals besitzen können. *(Zuruf.)* — Wagen Sie nicht, zu widersprechen. Ich erinnere Sie nur an jene bekannten Arbeitsverträge, jene Tagelöhnerverträge, die gegenwärtig in Preußen noch gang und gäbe sind, und in denen sich die Bestimmung findet, daß, sofern Kinder über 14 oder 15 Jahren vorhanden sind, die nicht auf dem Gutshof arbeiten, die Eltern verpflichtet sind, sie aus dem Hause, aus der Heimat hinauszujagen. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Diese Bestimmungen finden sich noch überall, weil die Gutsherrschaften das Recht zu haben glauben, daß auch die Kinder ihrer Tagelöhner bei ihnen in den Frondienst eintreten.

Im übrigen ist es ja außerordentlich lustig, zu sehen, wie unter dem Einfluß der staatlichen Subvention, gefördert durch den Goldregen, der von oben herunterströmt, Geistichkeit und Militär und alles Mögliche sich zusammengefunden hat. Sehr lustig ist es, wie da zu großen Kriegsspielen ausgezogen wird und der Pastor dazu seinen Segen erteilt. *(Sehr gut! bei den Soz.)* Der christliche Pastor erteilt seinen Segen, und dann geht man einmal in das kleine Kirchlein hinein und betet. Dann geht es wieder durch Wald und Feld, und hierauf wird wiederum Kriegsspiel getrieben — frisch, fromm, fröhlich, frei, christlich, nach dem Gebot der Nächstenliebe. Ach Gott, um alles in der Welt! Die Geschichte ist ja so lächerlich, daß im Ernst über diese Dinge wahrhaftig nicht geredet werden kann.

Es wird auch den Kindern möglichst eifrig das Schießen beigebracht, das Schießen außer dem Beten. Ja, meine Herren, mit dem Schießenlernen ist es doch etwas gefährlich. Haben Sie nicht vielleicht doch ein bißchen Angst davor, die Kinder des Proletariats das Schießen zu lehren? Ich empfehle Ihrem ängstlichen Gemüt doch die Erwägung, ob es nicht vielleicht besser ist, andere Mittel anzuwenden. Im übrigen, das Beten und das Schießen, es paßt ausgezeichnet zusammen. *(Zuruf bei den Soz.: Echt christlich!)* In dem Sinne, in dem hier die Religion praktiziert zu werden pflegt, ist es genau dasselbe; denn die ganze Art, wie von Ihnen die „Religion" gehandhabt wird, ist im Grunde doch nichts weiter als eine Vergewaltigung, genau so wie der Krieg und andere menschliche Gewalttätigkeiten. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Ich habe hier in meinen Händen wiederum die Deutsche Tageszeitung vom 2. März 1912. Da wird von einem sozialdemokratischen Schießklub berichtet, der sich in Dresden befinden soll. Es wird von der Deutschen Tageszeitung gerügt, daß die Sozialdemokraten *auch* Schießklubs hätten, und es wird angedeutet, daß dies doch eigentlich eine große Gefahr bedeute; es sei von Interesse, zu erfahren, ob viele solche sozialdemokratischen Vereine bestehen. Hiermit soll offenbar die Regierung, die Polizei gegen die große Gefahr der sozialdemokratischen Schießklubs mobilisiert werden. Meine Herren, von dem „großzügigen" Essener Kriegsspiel, über das sich selbst Herr Hackenberg vorhin begeistert hat, braucht ja nicht viel gesprochen zu werden, obwohl es sehr charakteristisch ist für die ganze Art, in der die Jugendpflege gehandhabt wird. Da wird mit 5000 Kindern hinausgezogen, dann wird eifrig geschossen und alles mögliche getan in Hurrapatriotismus, und nachdem sich die Jugend genügend begeistert hat an dem Gefühl, Menschenleben vernichtet oder wenigstens nachgeahmt zu haben, wie man Menschenleben vernichten, Menschen hinschlachten kann (*Sehr richtig! bei den Soz.*), dann ist das religiöse Gefühl erst zu allerhöchster Weihe entwickelt. Ach Gott, diese Sorte Christentum, wahrhaftig, meine Herren!

. . . Meine Herren, wer macht nun diese staatliche Jugendpflege? Da wird geredet vom Zusammenwirken staatlicher und Gemeindebehörden, von geistlichen und kirchlichen Behörden, von vaterländisch gesinnten Vereinen aller Art, von Privatpersonen der verschiedensten Stände, von Gewerbe-, Medizinal-, Schul- und Gewerbeschulräten und anderen geeigneten Beamten. Drüben im Herrenhause haben wir am Sonnabend viel gehört von den ausgezeichneten Leistungen der Aerzte und der Rechtsanwälte auf diesem Gebiete; die galten als besonders geeignete Personen Dann, meine Herren, ist die Rede davon, daß auch die von anderen Verwaltungen geschaffenen Einrichtungen nutzbar gemacht werden sollten, namentlich die staatlichen Betriebsverwaltungen, Bergverwaltung, Eisenbahn usw., sowie Einrichtungen, die in Verbindung mit Fortbildungsschulen bereits vorhanden sind. Da kommen also die Herren Lehrer, die Herren Pastoren, die Herren Landräte, die spielen die große Geige, und hinterher auch noch nach dem bekannten Liede:

Und dann der Herre Leutnant, der Leutnant, der Leutnant,
Und dann der Herre Leutnant,

der drückt der ganzen Geschichte schließlich den Stempel auf: Donnerwetter, tadellos! Also, meine Herren, der Herr Leutnant zusammen mit dem Herrn Pastor und mit den Landräten und ich weiß nicht, was alles noch, das soll nun die große Arbeit leisten, die Jugend des Proletariats zu versöhnen mit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung! *(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)* In der Tat, meine Herren, ein ungetrübteres Vergnügen können Sie uns nicht bereiten, als wenn Sie auf diesem Wege fortfahren *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, und wenn da einer der Herren gemeint hat, das Echo der Sozialdemokratie beweise, wie ernst die Sozialdemokratie diese Sache nehme — ach, da sind Sie schief gewickelt. Sie können durch solche Aktionen nur zu unserem Vorteil wirken und sich selber lächerlich machen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Nun, meine Herren, ist ja heute schon mit recht viel gekünsteltem und gesalbtem Pathos gesprochen worden über die hohen idealen Zwecke und Motive, aus denen heraus diese Schulpflege unternommen werde. In den Debatten vom Sonnabend besonders donnerte und dröhnte es ja geradezu von Königstreue und Vaterlandsliebe, Gottesfurcht und all den schönen Sachen. Da hat uns Herr Heckenroth erzählt: „Freiheit und Freundschaft, Natur und Kunst, graben im Schacht der Wissenschaft und Ausbildung technischer Fertigkeiten, die werden Verständnis und Pflege finden." Und da hat er den „hohen, echten Idealismus" gepriesen, von dem die Bestrebungen des Herrn Ministers getragen seien. Meine Herren, dann wird wieder gesprochen von dem wagemutigen Idealismus, von dem großen Wagemut, mit dem der Herr Minister seine Tätigkeit in dieser Beziehung inszeniert habe. Es heißt: „wir wollen nicht politisch tätig sein"; „vaterländischer Geist auf dem Boden unseres Staatswesens", „Treue zu Kaiser und Reich und König" und „nehmen Sie die Dinge, wie sie dastehen, lesen Sie nicht zwischen den Zeilen", „national", „patriotisch" und was es da noch alles an schönen Worten gibt: „religiös-sittliche Erziehung" — meine Herren, es hängt einem zum Halse heraus *(Sehr richtig! bei den Soz.)*; und es sollte Ihnen zum Halse heraushängen, immer und immer wieder mit diesem falschen Pathos über solche Dinge zu reden und anzuhören, wie über sie mit solchem falschen Pathos geredet wird *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, wie eben in der Rede des Kultusministers, die ein Musterstück war von komödiantenhafter . . . . . *(Große Unruhe rechts und im Zentrum — Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Krause* (Königsberg) (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Liebknecht, es ist nicht Ihr Recht, persönlich zu verunglimpfen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Meine Herren, nach dem Erlaß des Herrn Kultusministers ist besonderes Gewicht darauf gelegt, daß vor allen Dingen nicht vergessen werde, die Rechte der Eltern an ihren Kindern zu respektieren Das ist ein Wort, das auch der Herr Abgeordnete Kesternich sich im vergangenen Jahre erlaubt hat. Und, meine Herren, in dem Erlaß des Herrn Kultusministers wird wiederholt darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, daß zusammengearbeitet werde mit dem Haus, mit der Familie, mit den Eltern. Meine Herren, *in Wahrheit erstreben Sie ja ganz bewußt etwas ganz anderes.* Soweit die Familie, die Eltern auf dem politischen Boden stehen, den Sie für den richtigen halten und der Herr Kultusminister, insoweit denken Sie ja gar nicht daran, ernstliche Jugendpflege zu treiben; Ihre Neigung zur Jugendpflege entwickelt sich *gerade dort, wo Sie der Ueberzeugung sind, daß die Eltern die Jugend anders erziehen, als Sie wünschen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und da wollen Sie sich dann zwischen die Eltern und Kinder drängen und wollen Unfrieden in die Familien hineinsäen.* Sie wollen den Eltern die Seelen ihrer Kinder rauben, das ist das Ziel, das in ganz bewußter, überlegter Weise von Ihnen verfolgt wird. *(Sehr wahr! bei den Soz. — Lachen im Zentrum.)* Meine Herren, Sie wissen, daß ich die Wahrheit sage, und wenn Sie wagen, darüber zu lachen, dann stellen Sie sich selbst das allertraurigste Zeugnis aus.

Dann, meine Herren, bringt es der Herr Abgeordnete v. Kardorff fertig, zu sagen, der junge gewerbliche Arbeiter sei der freieste Mann; er sei viel freier als die Jugend der höheren Stände. Ja, um alles in der Welt, was ist das für eine Auffassung! Meine Herren, wahr ist, daß der jugendliche Arbeiter die Freiheit hat, mit dem 14. Lebensjahre auf die Straße hinausgejagt zu werden; er hat die Freiheit, mit dem 14. Lebensjahre all den Versuchungen und Gefahren ausgesetzt zu werden *(Sehr wahr! bei den Soz.),* die das moderne Leben mit sich bringt; er ist vom 14. Lebensjahre so frei, sich von seinem Lehrherrn prügeln und in der Fabrik ausbeuten lassen zu dürfen — eine ungeheure Freiheit, die der Arbeiter vom 14. Jahre an hat! *(Sehr gut! bei den Soz.)* Wenn es wahr ist, daß der jugendliche Arbeiter der freieste Mann der Welt ist — nach den Worten des Herrn v. Kardorff —, dann lassen Sie doch Ihre Kinder freieste Männer von der Welt werden. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Der Herr Abgeordnete Kesternich hat am 14. März 1911 in seiner Rede erklärt: „Der früher das Jugendleben bestimmende Geist der Ordnung und Unterordnung ist aus weiten Volkskreisen geschwunden, und *unsere heutige Jugend zeigt vielfach einen geradezu krankhaften Hang zur Selbständigkeit.*“ Ja, meine Herren, der krankhafte Hang zur Selbständigkeit in der arbeitenden Jugend! Ich meine: kann überhaupt ein derartiges Wort über die Lippen eines einigermaßen nachdenkenden Menschen kommen? *(Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.)* Wo ist denn die Freiheit dieser Leute, der Hang zur Selbständigkeit? Es ist der Hang der Wirtschaftsordnung nach jungem Menschenfleisch, der hier zum Ausdruck kommt, und nichts anderes. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Es ist das Bedürfnis unserer Kapitalisten, das Bedürfnis unserer Großgrundbesitzer nach der Jugendlichen Arbeit. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Dadurch allein werden ja doch diese Jugendlichen frühzeitig hinausgejagt. Und es ist weiter die Tatsache, daß die Eltern der jugendlichen Arbeiter so schlecht bezahlt werden, daß sie nicht imstande sind, ihren

Kindern eine länger andauernde Schulbildung zu gewähren. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Diejenigen, die hierüber zetern, möchten sich doch einmal die Frage vorlegen, wieviel hunderttausende und hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, von Müttern und Vätern es gibt, die mit blutendem Herzen ihre Kinder mit dem 14. Lebensjahr aus der Schule herausnehmen *(Sehr richtig!)*, und wieviel Arbeiterkinder es gibt, die nur mit blutendem Herzen aus der Schule in diesem Alter bereits sich herausnehmen lassen, und die um alles in der Welt gern ihre weitere Ausbildung genießen möchten, wie es den Kindern der höheren Klassen beschieden ist. Und, meine Herren, da kommt man hier mit der Redewendung von krankhaftem Hang zur Selbständigkeit. Wenn etwas krankhaft daran ist, so ist es Krankheit unserer Gesellschaftsordnung, und Sie bestätigen damit, daß unsere Auffassung zutrifft, daß diese Gesellschaft an Haupt und Gliedern reformiert werden muß.

Meine Herren, die Säuglingssterblichkeit bei uns ist geradezu ungeheuerlich. Deutschland steht in dieser Beziehung nur wenig hinter Rußland zurück *(Hört, hört! bei den Soz.)*, es ist nach Rußland das ungünstigste Land. Es sind die entsetzlichsten Zahlen, die auch Ihnen allen wohl bekannt sein dürften Vor kurzem sind im Reichstage von Herrn Dr. Struve einige Tabellen mitgeteilt worden, die in einer erschreckenden Weise den Grad unserer Säuglingssterblichkeit und die verschiedene Intensierung dieser Sterblichkeit je nach der sozialen Lage der Bevölkerung in den einzelnen Teilen Deutschlands zum Ausdruck brachten. Wenn ich hier nur auf eine Zahl hinweisen darf: in Berlin — nur diese einzige Zahl will ich anführen — haben wir eine durchschnittliche Säuglingssterblichkeit von 18,1 Proz.; im Tiergartenviertel ist diese Sterblichkeit nur 5,2 Proz., dagegen auf dem Wedding 42 Proz. *(Hört, hört! bei den Soz.)*, d. h. also nicht weniger als achtmal größer auf dem Wedding da oben, in den Arbeiterdistrikten, als in dem reichen Tiergartenviertel!

Meine Herren, die *Wohnungsnot*, unter der die arbeitenden Klassen leiden, ist unzweifelhaft eine der prinzipiellen Ursachen mit für vielerlei moralisches Elend, das sich in der Jugend dieser armen Schichten herausbildet. Ja, meine Herren, aber wie wollen Sie der Wohnungsfrage zu Leibe gehen? In demselben Augenblick, wo Sie dieser Frage zu Leibe gehen wollen, geschieht genau dasselbe, was in der Schulfrage geschieht: Sie müssen grundstürzende Aenderungen vornehmen an unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung; und Sie werden immer wieder, wenn Sie in derartige Gedankengänge kommen, schließlich gezwungen, nach den Zielen des Sozialismus hinzusteuern. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, was brauche ich Ihnen da noch viel zu sprechen von dem unglücklichen Familienleben, das durch die heutige Wirtschaftsordnung zerstört wird, und von den Wirkungen, die dadurch eintreten! Meine Herren, Sie sind es, es ist die herrschende Gesellschaftsordnung, die die Mütter aus dem Hause heraus-reißt und die Kinder ohne Fürsorge läßt. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Meine Herren, es sind dieselben Ursachen, die zur Kriminalität der Jugendlichen führen: sie führen auch die körperliche Schwächung der Jugendlichen, die gewaltige Krankheitsziffer, das frühzeitige Siechtum, die große Sterblichkeitsziffer bei dieser Jugend herbei. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Es ist das moralische Elend, es ist das körperlich gesundheitliche Elend, das durchaus beides aus der gleichen Wurzel herauswächst.

. . . Die *Statistik der Verwahrlosung* rechtfertigt aber im übrigen durchaus nicht die Schlußfolgerungen, die hier vielfach gezogen worden sind. Tatsache ist,

daß gerade in den hochindustriellen Distrikten, in denen die Sozialdemokratie *nicht* herrscht — das gilt besonders von Rheinland und Westfalen, wo wir immerhin nur einen geringeren Einfluß besitzen als das Zentrum und die Nationalliberalen, und von Oberschlesien, wo die Arbeiterschaft in der Hauptsache noch der Fahne des Zentrums, der Nationalliberalen oder der Polen folgt — die Kriminalität bei weitem höher ist als da, wo zwar genau dieselbe Hochindustrie, derselbe Hochkapitalismus herrscht, wo aber die Sozialdemokratie ihren Einfluß ausgebreitet hat.

. . . Aber wenn Sie einmal sehen wollen, was das Elend der arbeitenden Kinder in Deutschland und in Berlin noch bedeutet, so lesen Sie bitte einmal durch — wenn er auch in einem sozialdemokratischen Verlage erschienen ist — den Bericht der Kinderschutzkommission der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgebung für die Zeit vom Juli 1910 bis Juni 1911. Da wird Ihnen im einzelnen gezeigt, in welchem Umfange in Berlin trotz der Kinderschutzgesetze noch die Kinderausbeutung gang und gäbe ist. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Da finden Sie, daß Kinder im 5. Lebensjahre in Wind und Wetter frühmorgens vor 5 Uhr zum Austragen von Frühstück, von Zeitungen und dergl. dienen, hier in Berlin unter den Augen der Polizei. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Meine Herren, im 5. Lebensjahre wurden allerdings nur ein Mädchen und drei Knaben festgestellt. Es handelt sich hier aber natürlich nur um eine Enquete, die nicht alle Fälle umfaßt. Aber jeder einzelne Fall dieser Art, der vorkommt, müßte Sie veranlassen, sich in ganz anderer Weise der Jugend anzunehmen, als es gegenwärtig der Fall ist, und ganz andere Wege zu beschreiten, als bisher von Ihnen beschritten worden sind.

Meine Herren, 6 Jahre alt waren 8 Knaben und 5 Mädchen, 7 Jahre alt 27 Knaben und 23 Mädchen. Die Mehrzahl der Kinder steht im Alter von 8 bis 13 Jahren, also in dem zartesten Alter. Und ich appelliere an jeden, der Kinder hat oder der Kinder gehabt hat und sich der Zeit noch entsinnen kann, wo sie noch in diesem Alter standen: was würden Sie dazu sagen, wenn Kinder aus den höheren Ständen heraus in der Weise ausgebeutet würden? Denn diese gewerbliche Arbeit findet statt neben der Schularbeit, und abgesehen davon, daß diese Kinder naturgemäß, wenn sie nach Hause kommen, auch noch nicht ruhen können; sie müssen der Mutter noch im Haushalt helfen. Da gibt es, abgesehen von einer kärglichen Nachtruhe, Tag und Nacht keine Rast für diese Kinder.

Meine Herren, 8 Jahre alt sind 23 Mädchen und 112 Knaben, 9 Jahre alt 88 Mädchen und 175 Knaben, 10 Jahre alt 163 Mädchen und 293 Knaben. Und so geht es weiter: im 12. Jahre waren 269 Mädchen und 566 Knaben, im 13. Jahre 302 Mädchen und 612 Knaben. Im 14. Lebensjahre nimmt es bereits wieder ab, ein Beweis dafür, daß gerade das jugendliche Alter zu dieser Ausbeutung anreizt.

Meine Herren, diese Zahlen reden geradezu eine vernichtende Sprache gegen unsere heutige Gesellschaftsordnung und gegen ihr Pflichtgefühl auch in bezug auf die heranwachsende Generation.

Meine Herren, die bürgerliche Jugend ist besser versorgt, sowohl zu Hause als auch in der Schule. Es wird hier darüber gehöhnt, wenn wir die Aufwendungen für die Volksschule und die Aufwendungen für die höheren Schulen vergleichen. Sie betrachten es eben als ganz selbstverständlich, daß für die höheren Schulen höhere Beträge aufgewendet werden; Sie betrachten es auch als selbstverständlich, daß für die Töchter höherer Stände besondere Heimathäuser und dergleichen schöne Dinge eingerichtet werden. Und trotzdem, meine Herren, möchte ich

doch sehr bezweifeln, ob die Verwahrlosung in der bürgerlichen Jugend, allerdings unter anderen Anreizen, nicht am Ende doch eine recht erhebliche ist. Dann und wann, meine Herren, liest man ja in den Zeitungen entrüstete Artikel über die Tauentzienstraßengirls und dergleichen Dinge; man hört allerlei ganz wunderbare Erzählungen über die Sittlichkeit in der Jugend unserer höheren Stände, trotz der fürsorglichen Eltern. Eine Dolly Pincus kommt allerdings nicht in Fürsorgeerziehung, obgleich sie es recht gründlich verdient hätte. Das ist etwas, was nur den Kindern der ärmeren Bevölkerung passiert.

Meine Herren, was unsere staatliche Jugendfürsorge, die mit so vielem Tamtam und Hurra eingeleitet ist, in Wirklichkeit will, darüber brauchen wir uns wahrlich nicht lange den Kopf zu zerbrechen; die Geschichte beweist es auf das deutlichste. Zunächst einmal, meine Herren, sehen wir ja seither, wie sich die herrschenden Klassen bereits um die Jugend des Proletariats, allerdings in einer sehr eigentümlichen Weise, gekümmert haben. Man hat in der Schule seit jeher alle Kraft darauf verwendet, um, abgesehen von der Verbreitung des notwendigen Wissens vor allen Dingen auch Charaktere und Gesinnungen in Ihrem Sinne zu erziehen. Das Militär gilt als eine Schule, die dem Hurra-Patriotismus und dergleichen Dingen, vor allem der Bekämpfung der Sozialdemokratie, dienen soll. Unser Militär, unsere Volksschule sollen paritätische, politisch indifferente Institute sein? Das glaubt ja doch keiner; Sie wissen alle, daß es anders ist. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Es sind in der Tat Institute, die in ganz überlegter Weise von unserem Staat unter Billigung der herrschenden Klassen zur Herbeiführung einer bestimmten politischen Gesinnung geleitet werden.

Und dann sind ja seither auch christliche, konfessionelle Organisationen an der Arbeit, um für die schulentlassene Jugend noch ein übriges zu tun, soweit die Fortbildungsschule nicht bereits dazu dient. Auch die Jugendwehren, meine Herren, sind bei uns in Deutschland schon recht alt; sie sind nicht etwa erst in den letzten Jahren, als die scouts eingeführt wurden, bei uns begründet worden. Ich habe die Trommelschlägerei und die Soldatenspielerei schon in den 90 er Jahren im Berliner Grunewald gesehen. Das ist natürlich alles in der festen, planmäßigen Absicht geschehen, die Jugend des Proletariats für Sie einzufangen und festzuhalten. Besonders die christlichen, die konfessionellen Organisationen sind uralt. Die katholischen Organisationen können schon auf ein jahrhunderte langes Bestehen zurückblicken, und die evangelischen Organisationen sind auch schon manches Menschenalter alt.

Diese Organisationen also, die durchaus keinen neutralen Charakter tragen, stehen am Beginne der Jugendpflege der herrschenden Klassen als ausgeprägte Klasseninstrumente *(Sehr wahr! bei den Soz.)* zur Hemmung des sich entwickelnden Selbstbewußtseins der unteren Schichten des Volkes, des Proletariats.

. . . Ja, Sie müssen verschiedenes auseinanderhalten. Richtig ist, daß die kirchlichen Organisationen, daß die Staatsschule, daß das Militär schon früher gegen die Jugend ausgenutzt worden ist *(Sehr richtig! bei den Soz.)* zur Bekämpfung einer wirklich freien geistigen und moralischen Entwicklung der Jugend. Das ist schon alles gewesen, bevor die sozialdemokratische Bewegung kam. Aber jetzt ist etwas neues eingetreten, jetzt sucht der Staat unter Ausnutzung der Formen, die die sozialdemokratische Jugendbewegung geschaffen hat, unter scheinbarer Annäherung an diese Bestrebungen der sozialdemokratischen Jugendbewegung den Wind abzufangen. Das ist das Neue an der Sache. Neu ist auch etwas anderes:

eine gewisse Einsicht in die sozialen Schäden, die unsere Jugend treffen. Diese Erkenntnis mag schon theoretisch hier und da bei einem ein klein bißchen statistisch veranlagten Mitglied Ihrer Parteien vorhanden gewesen sein; aber der Gedanke, hier einzugreifen oder wenigstens mit einem größeren Brimborium den Anschein zu erwecken, als ob etwas gemacht werden sollte, ist hervorgerufen worden durch die sogenannte sozialdemokratische, die freie proletarische Jugendbewegung. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Es ist kein Zweifel, daß das große Feuer, das plötzlich entzündet worden ist — ich weiß nicht, wer davon gesprochen hat; ich glaube, es war der Herr Kultusminister, er hat allerdings genug Oel vergossen, so daß das Feuer etwas aufflammen konnte — entzündet worden ist an dem „revolutionären Feuer" der Sozialdemokratie *(Sehr wahr! bei den Soz.)*; es ist insofern Feuer von unserem Feuer, wenn es auch sehr eigentümlich abgewandelt worden ist.

Die Ziele, die Sie verfolgen, sind, wie wir bereits wiederholt betont haben: das Proletariat und seine Jugend bequem zu machen zur wirtschaftlichen Ausbeutung, zur Erduldung der politischen Rechtlosigkeit und zur Ausbildung als Instrumente, die Sie ausnutzen können gegen das sich aufbäumende unruhige Proletariat; und auch dazu, daß sie Ihnen im Kriegsfall bequeme Werkzeuge sind *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, damit sie Ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen auf dem Schlachtfelde verfechten. So ist es denn ganz klar, weshalb von Ihrer Seite das große Geschrei inszeniert wird, sobald Sie denken: jetzt geht's dem Militarismus und den militaristischen Drillgesinnungen an den Kragen. In der Tat ist es ein reines Heulen und Zähneklappern, das sich in unsern herrschenden Klassen gezeigt hat, als sie sich der großen Gefahr plötzlich bewußt wurden, die sich in der sogenannten sozialdemokratischen Jugendbewegung entwickelte. Aber es ist ein großer Irrtum, wenn Sie meinen, daß es die sozialdemokratische Jugendbewegung sei, die den Antimilitarismus geschaffen habe. Es ist doch Tatsache, daß die Sozialdemokratie vom ersten Tage ihres Bestehens an eine prinzipielle Gegnerin des Militarismus und des militaristischen Systems gewesen ist *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, und daß sie dieses militaristische System mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vom Tage ihrer Geburt an bekämpft hat.

. . . Richtig ist, daß Sie in weiterem Sinne auch ein Interesse daran haben, auch die Mädchen möglichst zu beeinflussen, weil diese als Erzieherinnen und als Mütter auch für Sie wichtig sind. Aber ich verweise darauf, daß in diesen ganzen Debatten, soweit es sich um die weibliche Jugend handelt, noch nicht ein Wort über das traurigste Kapitel der Verwahrlosung unserer Jugend, besonders der Jugend der unteren Schichten der Bevölkerung gefallen ist. Es ist noch nicht ein Wort gesprochen von der Kinderprostitution, von der weiblichen Prostitution, die in dem Backfischalter und früher schon einsetzt. Haben Sie die Zahlen noch im Gedächtnis, die ich bei der Beratung des Justizetats Ihnen zu unterbreiten mir gestattet habe? Hier ist das traurigste Kapitel von allen. Wenn wirklich aus sozialen Gesichtspunkten, die Sie uns vortäuschen wollen, hier vorgegangen würde, dann hätte die Fürsorge für die weibliche Jugend nicht um einen Tag hinter der Fürsorge für die männliche Jugend zurückbleiben dürfen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Also, meine Herren, Sie mögen sich drehen und wenden, wie Sie wollen, es ist bewiesen und festgestellt, daß Ihr plötzlicher Opfermut und alle Aufwendungen nur ein Angstprodukt und nicht aus irgendwelchen anerkennenswerten, idealen Beweggründen entstanden sind, sondern aus dem ganz außerordentlich wenig

moralischen Beweggrunde, Mittel zur Aufrechterhaltung aller derjenigen politischen sozialen Schäden zu schaffen, deren Bekämpfung die Sozialdemokratie zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hat. Weshalb ist denn, wenn es sich darum handelt, die Jugend stark und frisch zu machen für die Wehrkraft und für das Vaterland, unsere Regierung bis zum heutigen Tage noch nicht daran gegangen, etwas in der allerbrennendsten und wichtigsten Frage, der Frage des Mutterschutzes und des Kinderschutzes, des Säuglingsschutzes zu tun? *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

. . . Genau dasselbe, meine Herren, gilt ja von den Bestrebungen in bezug auf die Verhinderung der Kinderausbeutung. Auch hier vermissen wir ein Vorgehen der Staatsregierung; auch in bezug auf das Verbot der Kinderarbeit. Wo sind denn da plötzlich die begeisterten Herolde des Kinderschutzes, wenn es sich darum handelt, nun einmal energisch einzugreifen, ohne daß die Möglichkeit gegeben ist, nebenher konfessionelle oder politische Geschäftchen zu machen? *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Im übrigen, meine Herren, betrübt Sie keineswegs die sittliche Verlotterung an und für sich, soweit sie vorhanden ist, so sehr, und noch weniger die Kriminalität an und für sich. *Als das allein da war, meine Herren, da haben Sie nicht den Finger gerührt. (Sehr wahr! bei den Soz.)* Erst als das Proletariat anfing, sich seiner Jugend anzunehmen, da begannen Sie, sich lebhafter zu regen. Nirgends ist so deutlich wie hier erkennbar, welche Wurzeln Ihre soziale Fürsorge hat. Meine Herren, nicht die soziale Not ist Ihnen schrecklich, sondern die Selbsthilfe des Volkes gegen diese soziale Not; nicht so sehr die moralische Verwahrlosung und das Verbrechen ist Ihnen ein Greuel, als vielmehr die Selbsthilfe des Volkes gegen diese Wirkungen der heutigen Zustände und nicht die politische Rechtlosigkeit, nicht die geistige Aushungerung der Massen widerstrebt Ihnen, sondern der Kampf des Volkes gegen diese Schäden. Es ist also die Selbsthilfe des Volkes, der Kampf, der Sie schreckt und der Sie veranlaßt einzugreifen, nicht aber sind es alle die Gesichtspunkte, die Sie hier mit dröhnenden Phrasen in den Vordergrund gestellt haben. Weil das so ist, darum sind Sie auch so eilig dabei; wenn es sich um soziale Reformen handelte, da könnten wir auf den Sanktnimmermehrstag warten. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Daß hier so prompt Millionen locker gemacht worden sind, meine Herren, das kommt daher, daß es Ihnen aus politischen Gründen auf den Fersen gebrannt hat.

Etwas anderes, was vielleicht nützlicher gewesen wäre zur Aufrechterhaltung unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung als dieser Korruptionsfonds, das muß lange Zeit warten. Bis zum heutigen Tag noch müssen wir warten auf die Verwirklichung des Versprechens der Thronrede wegen Einführung eines freieren Wahlrechts. Meine Herren, das wäre zweifellos ein ausgezeichnetes Mittel, um eine Menge von Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Aber, meine Herren, an so etwas denkt man nicht, das zu verwirklichen, ist zu schwer, und nur wenn es sich darum handelt, das Volk weiterhin zu bedrücken und zu bedrängen, dann allerdings sind Sie rasch bei der Hand.

Die sozialdemokratische Erziehungsarbeit, die wir hier in einem gewissen Sinne an Ihnen durch Abschreckung geleistet haben, ist immerhin nicht so ganz unbeachtlich. Besonders haben wir eine glänzende Erziehungsarbeit geleistet auf dem Gebiete des Farbensinns der patriotischen Vereine. Bis vor kurzem hat ja noch das erschreckende Faktum bestanden, daß unsere patriotischen Jugendturnbündler rote Schärpen trugen. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Da hat die Sozialdemokratie

durch ihre abschreckende Wirkung endlich dafür gesorgt, daß aus diesen roten Schärpen blaue geworden sind. *(Heiterkeit bei den Soz. und Zuruf: Gelbe wären noch richtiger!)* — Es ist ja ungefähr dasselbe. Die Gelben sind die Protegierten, die Blauen sind die Protektoren. Man mußte natürlich in dem Falle die Farben der Herren Protektoren nehmen.

. . . Sie wollen nicht etwa die Entpolitisierung der Jugend, sondern Sie wollen haben, daß die Jugend in Ihrem Sinne politisiert werde. *(Sehr richtig! bei den Soz.) Sie kämpfen nicht dagegen, daß die Jugend überhaupt in das Parteigetriebe hineingezogen werde, sondern Sie wollen für sich das Privileg, das Monopol beanspruchen, die Jugend mit Ihrer Politik vollzufüllen. (Sehr wahr! bei den Soz.)* Und weil hier diese freie Jugendbewegung Ihnen entgegenwirkt, deswegen kämpfen Sie, und deswegen kämpfen Sie unter falscher Maske, unter falscher Flagge. Meine Herren, es ist ein Kampf unter falscher Flagge, den Sie führen, wenn Sie uns hier predigen wollen von Entpolitisierung der Jugend, und es ist eine Hypochrisie allertraurigster Art, wenn Sie, die Sie die Jugend politisieren, direkt in Ihrem Sinne politisieren, nun sagen: ach, die arme Jugend ist ja noch gar nicht imstande, Politik ohne Gefahr ihrer Seele zu treiben. Meine Herren, es muß immer wieder *diese Tartüfferie* festgenagelt werden, die in diesem Ihrem Verhalten und, meine Herren, in dem Verhalten des Herrn Kultusministers, der Staatsregierung in dieser Frage liegt. Kämpfen Sie doch mit offenem Visier, wie es einst ritterlicher Grundsatz gewesen sein soll! Sagen Sie doch ganz offen: es ist ein Machtkampf, ein Machtkampf, der um die Jugend gekämpft wird: wir wollen die Jugend eben in unserm Sinne politisieren, und ihr wollt sie anders politisieren, und deshalb, da wir die Macht in den Händen haben, nützen wir diese Macht rückhaltlos in unserm Sinne aus, um das Proletariat niederzuwerfen. Bekennen Sie das offen; das ist die Wahrheit, und alles andere, was da geredet wird, ist mehr oder weniger eine durch Selbsttäuschung vielleicht teilweise minder bewußt gemachte Unwahrheit.

. . . Meine Herren, wenn wir die Weltanschauung, die sich ganz konsequent aus der Lebenslage des Proletariats ergibt, in die Jugend zu pflanzen suchen, so treiben wir damit nicht im allergeringsten Politik. Aber die Jugend des Proletariats wird allerdings von Ihnen in ganz ausgeprägter Weise in die Politik hineingezogen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, das möchte ich aber doch noch hervorheben. Wenn Sie es durch das Reichsvereinsgesetz und durch die Ungesetzlichkeiten, die mit dem Unterrichtserlaubnisschein getrieben werden, glücklich fertig gebracht haben, der Jugend die politische Betätigung und sogar die wissenschaftliche Betätigung nahezu unmöglich zu machen, dann begehen Sie damit ein großes Unrecht und tragen dazu bei, die Gegensätze zu verschärfen, nicht aber zu überbrücken. Darüber sollten Sie sich gar keinem Zweifel hingeben. Denn was könnte natürlicher sein, als daß die Jugend des Proletariats das Bedürfnis hat, sich politisch und sozialpolitisch zu orientieren, diese Jugend, die frühzeitig ins Leben hinausgetrieben wird und dem Leben und seinen übermächtigen Erscheinungen unausgesetzt kämpfend und abwehrend gegenübersteht. Daß diese Jugend das Bedürfnis nach einer Einsicht in das Wesen der Dinge hat, und daß diese Jugend, wenn sie noch dazu von der Polizei unausgesetzt bedrückt und geprügelt wird, die Mängel unserer sozialen und unserer politischen Gesetzgebung kennen lernen will, das Bedürfnis hat, sich auch wissenschaftlich zu orientieren und sich eine politische Anschauung zu bilden, über Politik zu diskutieren, von Erwachsenen darüber Reden zu hören, das ist an und für sich ganz selbstverständlich.

Nun aber, meine Herren, lassen wir das vollkommen sein! Sie beschränken sich ja nicht darauf, die Politik aus der freien Jugendbewegung herauszutreiben, Sie wollen diese Jugendbewegung überhaupt gänzlich vernichten. Das zeigt der Kampf, den Sie gegen unsere Jugendorganisationen, gegen die Turnvereine, gegen die Radfahrervereine, gegen die Gesangvereine u. dgl. geführt haben, und von dem ich neulich bereits einiges vorgetragen habe. Es ist nicht nötig, noch einmal darauf zurückzukommen.

. . . Ich habe wohl nicht nötig, Ihnen nach der positiven Seite hin Näheres über die Leistungen der proletarischen Jugendorganisationen vorzutragen. Der Kampf gegen den Schmutz in Wort und Bild, der Kampf gegen den Alkoholismus, das sind einige besonders wichtige Zweige dieser freien Jugendbewegung; die Hebung der Bildung und des Selbstbewußtseins der Jugend gehören allerdings auch dazu, die soziale Fürsorge und die Hebung zu dem Gefühl der Menschlichkeit. Allerdings wird auch von unseren Jugendorganisationen immer und immer als ihr Ziel angesehen, die *Weltanschauung des Altruismus* zu verbreiten, die auch die Weltanschauung der Sozialdemokratie ist. Diese Weltanschauung findet naturgemäß in der Jugend sehr lebhaften Anklang und sehr viel Verständnis. Die Jugendbildungsbestrebungen charakterisieren sich am allerbesten durch die Programme und Kataloge, die die Jugendzentrale der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Deutschlands ausgibt. Diese Kataloge und Programme, die Ihnen ja zum großen Teil nicht bekannt sind, werde ich mir erlauben am Schlusse meiner Ausführungen denjenigen, die es wünschen, in die Hände zu geben, damit Sie sich einmal aus eigener Anschauung über das orientieren, worüber Sie unausgesetzt reden, und wovon Sie gar keine Ahnung haben. *(Lebhafter Widerspruch rechts und im Zentrum.)*

Herr Abgeordneter Kesternich hat neulich über die „Arbeiterjugend" eine sehr heftige Philippika losgelassen. Wir sind ihm von Herzen dankbar für die Viertelstunde eines ungetrübten und heiteren Genusses, den er uns durch seine Ausführungen bereitet hat. Indem der Abgeordnete Kesternich Freiligrath und Heine als Monstra produziert hat, die in der „Arbeiterjugend" ihr Wesen treiben, hat er das Bildungsniveau, auf dem er steht, so schlagend charakterisiert, daß es dazu überhaupt eines Wortes nicht mehr bedarf. Das Allerlustigste dabei war ja, wie er von dem abstoßenden, gemeinen Gedicht, von dem kläglichen Machwerk gesprochen hat, von dem er nur eine kleine Probe hier zu geben wage und von dem er nicht wußte, woher es kam; *(Abg. Kesternich: Sehr gut!)* und als wir ihm nachher zuriefen, das ist ja die „Fürstengruft" von Schubart, als dann der Abgeordnete Kesternich empört uns zurief: Ob nun Schubart oder ein anderer Ihnen dieses Gedicht gemacht hat, ist uns ganz gleichgültig, — Herr Abgeordneter Kesternich, es gibt hier kein Herausreden, Sie haben durch diese Ausführungen Ihren *Befähigungsnachweis zum Jugendbildner* ausgezeichnet erbracht, *(Zuruf bei den Soz.: Auch als Lehrer!)* und es ist diese Ihre Ausführung auch so charakteristisch gewesen für die Ziele, die Sie in dieser Beziehung anstreben, daß wir uns wahrlich nichts weiter wünschen könnten, als daß diese Ausführungen in gewaltigen Mengen in das Volk hinausgebracht würden, damit man draußen erfährt, welche dunkelmännerlichen Bestrebungen bei uns in Deutschland und Preußen am Werke sind in bezug auf die Jugendbildung und Jugendpflege. So fassen Sie und Ihre Freunde die Jugendbildung auf! Das soll die Kulturverbreitung sein, die Sie uns da zum besten gegeben haben. Es ist gut, daß Sie uns Ihre Ziele entschleiert haben und die Wege zu diesem Ziel. Es ist das Ziel der Geistesknechtung, der Finsternis, der Muckerei

(Bravo! rechts.) und der Scheinheiligkeit, die in alledem zum Ausdruck kommt. Und wenn Herr Kesternich seine Ausführungen so pathetisch mit den Worten schloß: der Geist des Unglaubens hebt mehr und mehr frech sein Haupt und sucht alle Bande zu lockern, *(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)* so sage ich Ihnen: der Geist der Unwissenheit und Finsternis und Muckerei hebt immer mehr und mehr sein Haupt *(Sehr richtig! bei den Soz.)* in diesem Hause, besonders aus den Reihen des Zentrums. Ja, das schaffen Sie nicht aus der Welt.

Im übrigen hat Herr Kesternich sich besonders aufgeregt über das lebhafte Temperament der Gedichte, die da veröffentlicht werden, über den Kampfcharakter der Artikel. Ja, meine Herren, um alles in der Welt, darüber mußten Sie sich doch klar sein: wir können die Arbeiterjugend kein „Eia popeia" singen lassen, wir können sie kein „Schlaf' Kindchen schlaf'" singen lassen, wie Sie das am liebsten haben möchten — *(Widerspruch rechts.)* ja, wir müssen aufrüttelnde und kräftigende Gedichte und kräftigende Artikel, *(Große Heiterkeit rechts und im Zentr.)* wir müssen ihnen eine starke, aufrüttelnde Kost geben, wir müssen ihnen eine Kampfeskost geben. Das Schicksal der Jugend des Proletariats ist nicht Schlaf und Träumerei, sondern ein Kampf, der dieser Jugend durch die Gesellschaftsordnung, durch Sie und Ihre gewalttätigen polizeilichen Einwirkungen unausgesetzt aufgedrängt wird. Das Geschlecht des Proletariats ist zum Kampf geboren, Kampf ist sein Schicksal, und es muß zum Kampf erzogen werden. Da gibt es kein Ausweichen. Sie möchten es erziehen zum Schlafen, zum Ausbeuten und zum politischen Helotentum. *(Abgeordneter Frhr. v. Reitzenstein: Nein, zur Zufriedenheit!)* — Das ist die Differenz, die zwischen uns und Ihnen besteht. Wir wollen es erziehen in einem kriegerischen Geist, freilich in edlerem Sinne als Sie, nicht chauvinistisch-kriegerisch, nicht in dem Geist, der sich bereit machen soll, auf Vater und Mutter zu schießen, sondern kriegerisch in dem Sinn eines Krieges gegen alle die Rückständigkeiten unseres Gesellschaftslebens und alle die Gefahren, von denen die Jugend des Proletariats verfolgt wird, kriegerisch gegen alle Reaktion, die in Preußen und Deutschland ihr Wesen treibt und immer kühner ihr Haupt erhebt.

Es ist bemängelt worden, daß wir angeblich so viel Revolutionsgeschichte treiben. Meine Herren, es mag richtig sein, daß auch in der Arbeiterjugend mehr über Revolution geschrieben wird, als in Ihren für die Jugend bestimmten Zeitschriften. Das hat seinen sehr guten Grund darin, daß in den Schulen die Revolutionen überhaupt möglichst wegeskamotiert werden oder, wo sie überhaupt erwähnt werden, in einer persiflierten Weise, niemals aber ihrer Bedeutung und der Wahrheit entsprechend, es sei denn, daß es sich um eine Revolution von oben handelt, die dann allerdings auch ad usum Delphini byzantinisch zurechtgefärbt wird. Da müssen wir die Revolutionsgeschichte im Interesse einer gleichmäßigen Bildung der Jugend fördern. Und dann, meine Herren, wollen Sie es bestreiten, daß die Revolutionen die interessantesten Epochen sind, in denen sich das Wesen der menschlichen Gesellschaft und ihre Struktur gewissermaßen bis auf das Mark in den Knochen enthüllt, und daß infolgedessen gerade hier am ersten die Triebkräfte der ganzen menschlichen Entwicklung erkannt werden können? Dann ist es auch das heroische Moment, das in diesen Revolutionen hervortritt, und das bei der Jugend des Proletariats an diesem Teil der Geschichte ein Interesse von selbst hervorruft. Es ist dies nicht ein Heroismus der Menschenschlächterei, sondern ein Heroismus der Selbstaufopferung für die größten Ideale der Menschheit, für den Fortschritt des Menschengeschlechts, und in diesem Sinn ist gerade in der Revolu-

tionsgeschichte etwas ungemein Großzügiges, Ideales enthalten, nach dem die Jugend des Proletariats geradezu giert. Trotz aller Versuche, Ihre eigene Jugend in ihrem jugendlichen Wesen geistig zu tyrannisieren, begeistert sich auch Ihre eigene Jugend heute noch, wie vor hundert Jahren, an den großen revolutionären Gesängen, die ein Schiller gesungen hat, und das stürmische Wort „in tyrannos", das Schiller seinem großen Jugendwerk vorangesetzt hat, läßt auch die Herzen Ihrer eigenen Jugend noch erbeben. Es liegt in dem Wesen der Jugend, daß sie für derartiges revolutionäres Feuer ein lebhaftes Empfinden hat, und Sie lassen Ihre eigene Jugend ja auch Schiller lesen und lassen sie sich in diesen „Kinderkrankheiten" austoben; denn bald kommen sie zur Krippe zurück. Aber wenn die Jugend des Proletariats im entferntesten dasjenige Maß von politischer Bildung und Bewegungsfreiheit in dieser Richtung sich verschaffen möchte, was Ihre Jugend hat, dann kommt die Polizei, dann kommt das Kultusministerium, und dann wird ihnen das Leben sauer gemacht; man möchte ihnen dann am liebsten das schmerzstillende Halsband anlegen. So leicht wird Ihnen das aber nicht gelingen.

. . . Die Verfolgungen, denen die proletarischen Jugendorganisationen ganz ohne Grund ausgesetzt sind, sind besonders um deswillen so außerordentlich empfindlich und bedauerlich, weil diese Verfolgungen in durchaus einseitig parteiischer Weise erfolgen. Die Organisationen des Bürgertums, der Kirche, die durchaus politischen Charakter tragen, sie werden geduldet, niemand kümmert sich darum. Die Organisationen des Proletariats können gänzlich unpolitisch sein und sie werden doch zertrümmert, und wenn sie idealste Zwecke verfolgen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Die Jugendvereine werden vernichtet, die Jugendausschüsse werden aufgelöst, eine ausgedehnte Interpretation des Vereinsgesetzes greift Platz, die uns die Bewegungsfreiheit rauben soll, und der Herr Kultusminister gibt seinen Senf dazu. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Wenn man neben diesem Verhalten gegenüber den proletarischen Organisationen die Staatspäppelei betrachtet, die gerade durch den hier fraglichen Fonds mit den bürgerlichen Organisationen, diesen bürgerlich protegierten Schoßkindlein vorgenommen wird, und wenn man dann, meine Herren, z. B. in der Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf" diese wohlgepflegten und gehegten Abteilungen der bürgerlichen Jugendvereine betrachtet, dann, meine Herren, wird man allerdings von einem Gefühl der tiefsten Bitterkeit erfüllt. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Aber nicht nur von einem Gefühl der Bitterkeit, sondern der tiefsten Empörung und Entrüstung über diesen Mangel an jeglichem Gerechtigkeitssinn und jedem Gesetzlichkeitssinn, der in dieser Art des Verhaltens zum Ausdruck kommt.

Meine Herren, es sind von gar mancher Seite, auch aus bürgerlichen Kreisen, der proletarischen Jugendbewegung die denkbar günstigsten Urteile ausgestellt worden, und gerade auch den idealen Zwecken, die die proletarische Bewegung verfolgt. Meine Herren, das ist Ihnen schon ganz gleichgültig, ob Sie ideale Werte von geradezu unergründlicher Bedeutung durch dieses brutale Eingreifen vernichten. Sie wollen ja eben keine idealen Werte schaffen, sondern Ihr Ziel ist, zu vernichten, was das Proletariat sich aus eigener Kraft geschaffen hat, damit Sie in den Stand gesetzt werden, das Proletariat nach Ihrem Willen zu knebeln und zu seinem Schaden und zu Ihrem Vorteile weiter auszunützen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, es ist in der Tat richtig; Sie kennen nur ein Gebet, und dieses Gebet heißt: „Herr, erlöse uns von der Sozialdemokratie!" *(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)* Und alle die anderen Gebete, die Sie sonst noch gelegentlich beten, lassen sich zurückführen auf dieses eine Grundgebet, das Ihre Seelen völlig erfüllt.

. . . Ich bekenne Ihnen ganz offen: wir wußten, daß Sie diese Anträge ablehnen werden; wir haben aber diese Anträge trotz alledem gestellt, um für den Fall, daß sie nicht angenommen werden, Sie wenigstens vor aller Oeffentlichkeit auf die wirkliche Tendenz Ihrer Jugendpflege festgenagelt und damit den Schleier von all diesen scheinheiligen Redensarten heruntergerissen zu haben, mit denen diese staatliche Jugendpflege, die ein Jugendtrutz und kein Jugendschutz ist, verbrämt worden ist. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, Sie mögen sagen, was Sie wollen, der Fuchs zappelt im Eisen; in dem Augenblick, wo Sie unsere Anträge ablehnen, sind Sie vor aller Welt gebrandmarkt *(Lachen rechts und im Zentrum)*, vor aller Welt gebrandmarkt! und das Wesen Ihrer Bestrebungen ist so deutlich durch Ihre eigene Abstimmung festgelegt, daß Sie nicht mehr darum herumkönnen.

Meine Herren, der Herr Minister hat davon gesprochen und ebenso der Herr Hackenberg, daß die Sozialdemokratie die Jugend niemals auf die Dauer werde befriedigen können, weil sie nur Haß und nicht Liebe säe, weil sie den Kindern nichts für das Gemüt gebe. Meine Herren, das ist ein Zeugnis vollkommenster Unkenntnis des Wesens der Sozialdemokratie. *Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie in der Jugend des Volkes eine gewaltige, reine Liebe entzündet, eine gewaltige, reine Liebe für alles Große und Edle und Ideale, für die Gesamtheit, für die Volkswohlfahrt, für die großen Ziele des Menschengeschlechts.* Und der Haß, der in der Jugend allerdings vorhanden ist, das ist derselbe Haß, von dem einst Friedrich Schiller entbrannt war, als er sein „in tyrannos" schrieb, und als er von seinem Talisman sprach, der die Tyrannen vernichten müsse. Meine Herren, das ist der Haß gegen das Schädliche und das Volksfeindliche in unserer Gesellschaftsordnung. Also indem das Volk dieses Volksfeindliche haßt, drückt es seine Liebe aus für das Volk selbst *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, und darum allein handelt es sich schließlich. Sollen wir denn etwa das Volk erziehen zur Liebe für die Knute, die das Volk züchtigt? Nein, die Knute soll gehaßt werden, und die Unterdrückung, die von Ihnen (rechts) propagiert wird, soll gehaßt werden; die Rechtsungleichheit soll gehaßt werden von der Jugend. Die Ausbeutung soll gehaßt werden; unsere Gesellschaftsordnung, soweit sie Not und Elend in das Volk hineinträgt, soll gehaßt werden. Geliebt werden aber soll alles dasjenige, was wirklich der Volkswohlfahrt dient. Es ist auch Ihnen (rechts) nicht möglich, nur „Liebe" zu verbreiten, denn bei Ihnen liegt es umgekehrt: Sie beglücken mit Ihrer Liebe die Knute, die das Volk schlägt *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, den Kürassierstiefel, der das Volk treten soll, und die Flinten und Säbel, die bei Streiks und ähnlichen Gelegenheiten auf Vater und Mutter schießen und schlagen sollen. Und Sie (rechts), meine Herren, Sie hassen das Volk in seiner Gesamtheit, Sie betrachten es als das Ihnen feindliche Objekt Ihrer Gesetzgebung und Verwaltung. Also Ihr Haß richtet sich gegen die Volksgesamtheit und Ihre Liebe auf dasjenige, was das Volk unterdrückt und schädigt. Meine Herren, auch Sie also lieben nicht nur, sondern Sie hassen, und Sie hassen die Sozialdemokratie und alle freien Regungen des Proletariats! Meine Herren, ich stelle jedem die Wahl: *was ist besser, mit seinem Haß zu verfolgen die Masse des Volkes und zu lieben die Unterdrückung, oder zu hassen die Unterdrückung und zu lieben die große Masse des Volkes? (Sehr gut! bei den Soz.)* Ich glaube, die Wahl kann nicht schwer fallen. Und das ist das große Ideale, das die Jugend des Proletariats gerade durch die Sozialdemokratie beschert bekommt. Die Jugend des Proletariats, die bisher nicht

von der Sozialdemokratie erfüllt worden ist, sie hat allerdings das Paradies verloren durch die Schuld unserer Gesellschaftsordnung; aber sie erhält von der Sozialdemokratie ein Paradies zurück; denn die sozialdemokratische Weltanschauung ist es, die die Begeisterung für große Ziele und für alles Große, was die Menschheit geleistet hat, erweckt und systematisch fördert. Meine Herren, *von dem dunklen Hintergrunde unserer heutigen Gesellschaftsordnung hebt sich die proletarische Jugendbewegung leuchtend ab. (Sehr richtig! bei den Soz.)* Sie mögen gegen diese Jugendbewegung alle Hunde hetzen, alle Polizeihunde und alle sonstigen Hunde, Sie werden mit ihr nicht fertig werden! *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, Sie denken, wir haben Angst vor Ihnen? Das ist eine Selbsttäuschung. Sie können des einen versichert sein: nichts hat so sehr gerade die Wirkung beschleunigt, die der Herr Kultusminister vorhin angeblich beklagt hat, nämlich die Förderung der Jugendbewegung durch die sozialdemokratische Partei und durch die Gewerkschaften, wie der unbarmherzige, rücksichtslose und zum großen Teil ungesetzliche Kampf, der von Regierungs wegen gegen sie geführt worden ist. Diese Jugendbewegung wäre niemals so rasch vorangeschritten, wenn nicht in dieser Weise gegen sie gearbeitet worden wäre. Unsere Jugend läßt sich — dessen können Sie sicher sein — mit Gewalt ihre Ideale nicht austreiben.

. . . Meine Herren, ich rede ja gar nicht für Sie; das wissen Sie.

Meine Herren, daß Sie keine großen Ideale mehr vertreten, daß es alles Talmiideale und Pseudoideale sind, die Sie hier auch in der Jugendbewegung dem Volke vorsetzen möchten, darüber sind Sie sich selbst wohl klar. Aber, meine Herren, Ihr Bemühen ist vergeblich, mit derartigen Talmiidealen und mit derartigen Gewaltmitteln irgendwie Eindruck auf die Jugendbewegung des Proletariats zu machen. Der Kampf, den Sie da führen, das ist ein Peitschen des Meeres *(Unruhe)* so wie es jener Perserkönig getan hat. *(Andauernde Unruhe. Wiederholte Zurufe: Drei Stunden und Schluß! — Glocke des Präsidenten.)* — Ich sehe zu meiner Freude, daß der Herr Präsident mich in Schutz nimmt gegen den Lärm, den dieses Haus macht. Aber, meine Herren, lärmen Sie nur ruhig weiter, unterhalten Sie sich ruhig über den Gestütetat und über ähnliche, Sie lebhaft interessierende Dinge. Ich bin fest überzeugt, daß es durchaus nicht meines Amtes ist, Sie von diesen Sie interessierenden weltbewegenden Dingen abzulenken. *(Sehr richtig! rechts.)*

Meine Herren, ich sage Ihnen das eine: Es ist eine Sisyphusarbeit, die Sie hier leisten; Sie mögen noch so viel Geld auf diese Sorte von Jugendpflege verwenden, es ist ein Danaidenfaß, in das Sie hineinschütten. Was Sie schließlich der Jugend an Wissen beibringen werden, was davon hängen bleibt, das wird für uns nutzbar gemacht werden, dank dem gesunden Geiste, von dem die Jugend erfüllt ist, und dank der Tatsache, daß die Jugend nicht nötig hat, erst durch „sozialdemokratische Jugenderziehung" zu uns zu kommen, sondern zu uns gebracht wird durch die gesamte politische Entwicklung, daß sie zu uns kommt zugleich mit der Gesamtentwicklung der sozialdemokratischen Partei, und daß sie ebenso untrennbar wie diese verbunden ist mit den persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen jedes Einzelnen, mit der Entwicklung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Meine Herren, Sie könnten unter Umständen im Kampfe gegen die sozialistische Jugendbewegung und in Ihrem Kampfe gegen die Verrohung der Jugend und die vielen sozialen Mißstände, die hier bestehen, Erfolg haben. Aber nur, wenn Sie sich dazu entschließen, in energischer und rücksichtsloser Weise unter

politischer Unparteilichkeit soziale Fürsorge größten Stiles zu treiben, dem Volke politische Freiheit zu geben und das Volk zu befreien von der ökonomischen Ausbeutung, von den Schäden des Kapitalismus. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Kurzum, meine Herren, Sie können Erfolg haben, aber nur dann, wenn Sie in Ihrer Arbeit die Wege verfolgen, die die Sozialdemokratie verfolgt. Die einzige Möglichkeit, die Sozialdemokratie zu überwinden ist, die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen zu erfüllen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Aber selbstverständlich, dergleichen von Ihnen hier zu erwarten, das ginge viel zu weit. Sie, meine Herren, werden Ihren Kampf in der von Ihnen verstandenen beschränkten Weise weiter führen, mit Mitteln der Verdummung und Irreführung und Vergewaltigung. Meine Herren, wir gratulieren Ihnen zu dem Erfolge, den Sie dabei haben werden; wir können Ihnen schon heute versichern: der Erfolg wird sein eine gewaltige weitere Stärkung der Jugendbewegung des Proletariats, die ebenso unüberwindlich ist wie die gesamte proletarische Bewegung, wie die Sozialdemokratie, die einstens Ihr Totengräber sein wird, mögen Sie sich noch so sehr mit Händen und Füßen sträuben. *(Bravo! bei den Soz.)*

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 28. FEBRUAR 1912

. . . Meine Herren, wenn ich nun noch zu sprechen komme auf die Religion in den Fortbildungsschulen von Westpreußen und Posen, so möchte ich darauf hinweisen, daß *der* Herrgott, von dem hierbei immer die Rede ist, und der angeblich besonders geeignet sein soll, durch sein Gebot sittlichend auf die Jugend zu wirken — — *(Stürmische Pfuirufe rechts und im Zentrum — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich rufe Sie für diese Beleidigung der meisten Mitglieder des Hauses zur Ordnung.

Meine Herren, ich habe gesagt, daß derjenige Herrgott in Ihrem Sinne, der nach Ihrer Auffassung diese Einwirkung auszuüben imstande sein soll, derselbe Herrgott ist, zu dem jüngst in der Kreuzzeitung von einem preußischen Regierungsrat gebetet wurde: *Herr, gib uns wieder Krieg! (Hört, hört! bei den Soz.)* und derselbe Gott, in dessen Namen jetzt auch der Krieg gegen Tripolis, der Ueberfall Italiens gegen Tripolis ausgeführt worden ist. *(Pfui! bei den Soz.)* Meine Herren, ich wende mich dagegen, daß Sie einen solchen Gottesbegriff, wie Sie ihn hier auf den Markt tragen und in die Politik hineinbringen, zur Diskreditierung der ernsten, wirklichen Religiosität benutzen. *(Sehr richtig! bei den Soz. — Große Unruhe im Zentrum und rechts. — Abgeordneter Brust: Sie glauben an keinen Gott, darum halten Sie doch den Mund! — Zurufe bei den Soz.)* — Was ich glaube, werde ich Ihnen nicht sagen. Ich würde es für eine Blasphemie halten, das in diesem Hohen Hause zu sagen . . .

Meine Herren, im übrigen haben wir, wie mir scheint, gar keine Veranlassung, uns besonders zu verteidigen gegenüber den Angriffen, daß wir eine Verrohung

der Jugend herbeizuführen uns bemühten. Die Verrohung der Jugend, die sich zum Teil in den Kriminalitätsziffern ausdrückt, ist hervorgerufen durch diejenige Staats- und Gesellschaftsordnung, deren Vertreter und Repräsentanten *Sie* sind *(Sehr wahr! bei den Soz.);* und, meine Herren, ich habe Ihnen neulich bei Gelegenheit des Justizetats im einzelnen nachgewiesen, wie diese Kriminalität sich erklärt, wo ihre Wurzeln liegen. Meine Herren, Sie sollten wahrhaftig ruhig sein, die Sie zu einem guten Teil Ihren Unterhalt schöpfen aus dem Alkoholismus der Bevölkerung, aus der Verteuerung der Nahrungsmittel. *(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Liebknecht, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache und mache Sie auf die Folge eines dritten Rufes zur Sache, die im § 48 der Geschäftsordnung vorgesehen ist, aufmerksam.

Meine Herren, ich spreche von den Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen (Unruhe) und gestatte mir nur eine Bemerkung . . .

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 16. MÄRZ 1916

. . . Meine Herren, der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung offenbart sich im Bildungswesen, in dem Klassencharakter, in der Ungleichheit der Erziehung, und die besondere Art des preußischen Staates mit seinem Dreiklassenwahlrecht findet ihren Ausdruck in der Dreiklassenerziehung, die die Grundlage des preußischen Erziehungswesens ist *(Sehr richtig! bei den Soz.),* in der Dreiteilung: Volksschule, höhere Schulen, Universitäten.

Meine Herren, es ist schon richtig, daß das Erziehungswesen sich nicht von dem gesamten sozialen Wesen loslösen läßt; denn jede Art der Ausbildung setzt nicht nur voraus, daß man irgend etwas lernt, sondern auch eine besondere Zeit, innerhalb der es gelernt werden kann und in der man wirtschaftlich frei ist, wirtschaftliche Bedingungen, die es allein ermöglichen, auszuhalten, bis das Ziel der Ausbildung erreicht ist. Schließlich ist die Bildung ja am wenigsten in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Selbstzweck. Sie ist vielmehr Mittel zum Zweck. Nackter Utilitarismus, Nützlichkeit beherrscht unser Erziehungswesen; man wird erzogen, um eine bestimmte Funktion im heutigen Staat auszuüben, und die höheren Schulen dienen nach einer echt preußischen Tradition zur Vorbildung, zur Vorbereitung auf eine höhere Beamtenlaufbahn. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Meine Herren, die höheren Schulen bilden das Mittelglied zwischen dem Allerheiligsten der Wissenschaft, der Universität, und der Volksschule, auf der gerade nur das Notdürftigste beigebracht wird, um als Werkzeug der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geeignet zu werden. Die höheren Schulen sind die Treppen zum Tempel des Heiligtums, zu dem herrlichsten, was Menschengeist empfangen hat.

Meine Herren, je krasser sich heute die Gegensätze in der Gesellschaft herausbilden, in wirtschaftlicher Beziehung, in bezug auf die politischen Rechte, je krasser diese Gegensätze gerade im Kriege hervortreten — auch die Volksschule in ihrer heutigen Lage zeigt die Tatsache der Ungleichheit in der Erziehung drastischer

als je vorher. Die sozialen Mißstände im Volksschulwesen treten heute schärfer als je hervor. All das, was man selbst von bürgerlicher Seite als schwere Schäden im Volksschulwesen betrachtete, die Ueberfüllung der Klassen, die unzureichenden Räume, die unzureichende ärztliche Versorgung, der Lehrermangel, der häufige Wechsel der Lehrer, die Unterernährung der Schüler, die Kinderarbeit und die Uebermüdung der Kinder, die es verhindert, daß die Kinder auch nur dem wenigen, was ihnen in der Volksschule geboten wird, folgen können, sind heute im Kriege hoch gesteigert und potenzieren die Tatsache der Erziehungsungleichheit. Gewiß, meine Herren, auf dem Hintergrund von Blut und Brand verblaßt heute viel Tragik und Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber der Krieg wirft seinen grellen, flackernden Feuerschein in die Volksschule, in die Kinderheime. Und wenn man in der Staatshaushalts-Kommission die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten v. Campe über die Unterernährung der Volksschüler hörte und die Fragen, die er darüber an den Herrn Kultusminister richtete, und wenn man bedenkt, daß keine Antwort, wenigstens in der Staatshaushalts-Kommission nicht, auf diese Frage des Herrn v. Campe erfolgte — (*Ausdrücklicher Widerspruch des Kultusministers.)* Ich habe diese Antwort nicht gehört; jedenfalls, wie die Antwort auch ausgefallen sein mag, die Tatsache der Unterernährung ist nicht wegzudiskutieren. Sie trifft in schwerem Maße die Jugend des Proletariats, zerrüttet und schwächt ihre Gesundheit und hemmt damit in der bösartigsten Form die Bildungsarbeit, selbst in dem begrenzten Maße, das sonst in der Volksschule geleistet werden könnte.

Meine Herren, und wenn man bedenkt, wie heute mehr als je die Tendenz hervortritt, die Volksschule zu benutzen, um die Positionen der herrschenden Klassen zu verstärken, um die Seelen der jungen Proletarier mit allen Mitteln der Demagogie einzufangen für die herrschenden Klassen, für den Kapitalismus, für den Militarismus, wenn man die Hyänen des Schlachtfeldes, die sich auf dem Gebiete des Bildungswesens gerade gegenwärtig in stärkerem Maße hervorwagen als jemals zuvor, wenn man die Piraterie an den Seelen der Proletarier sieht, die jetzt in großem Stile geübt wird im Volksschulwesen, im gesamten Schulwesen, dann ergibt sich, wie außerordentlich dringend gerade heute vom Proletariat die Notwendigkeit einer grundstürzenden Reform des gesamten Erziehungswesens empfunden wird. Wenn man weiter die erschreckende Verwahrlosung der Jugend der Aermsten unter den Verhältnissen des Krieges bedenkt, und wie jetzt versucht wird, diese Verwahrlosung, über die von allen kundigen Seiten geklagt wird, zu beschönigen und zu vertuschen, dann bestätigt das nur in doppeltem Maße die Dringlichkeit der Forderung, die die Sozialdemokratie an unser Bildungswesen, unser Erziehungswesen stellt. Meine Herren, es gibt nicht Regen genug im milden Himmel, um die Sünde der Jugend-Verwahrlosung von der bürgerlichen Gesellschaftsordnung abzuwaschen, und alle Beschönigungsversuche, alle Versuche, durch Hervorhebung der „Lichtseiten" vorzuspiegeln, es sei mit der Verwahrlosung der Jugend gar nicht so schlimm, alle diese Versuche, die wir jetzt erleben müssen, nachdem Sie gesehen haben, wie aufregend die Aufdeckung der Tatsachen vor der Oeffentlichkeit gewirkt hat, bedeuten nur, daß Sie die Mißstände aufrecht erhalten wollen. Der Anfang jeder Besserung ist die ätzende, scharfe Kritik, die Feststellung dessen, was ist, nicht aber die Vertuschung dessen, was ist. Und wenn man erleben muß, daß jungen Mädchen, Proletarierinnen von 16, 17 Jahren, weil sie sich politisch mißliebig gemacht haben, auf dem Berliner Polizeipräsidium, wie

das vor wenigen Tagen geschehen ist, gesagt wird: Euch sollte man an die Wand stellen und niederknallen — dann erkennt man, daß wir wahrlich nicht in einer Zeit leben, wo es keine Klassen gibt, wo alle früheren Gegensätze in unserer Bevölkerung ausgelöscht sind. Im Gegenteil, diese Gegensätze sind schroffer geworden, sind vom Kriege herausgearbeitet worden, in brutal aufreizender Weise.

Meine Herren, wo bleibt angesichts dieser Dinge das „empfindsame deutsche Gemüt", von dem Herr v. der Osten so viele Worte gemacht hat? Ihre Parole ist in Wirklichkeit auch hier „fort mit der Sentimentalität!"

Es wäre wahrlich Zeit zur Erlösung der unerlösten Seelen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine ganze Anzahl von *Anträgen* sind von den bürgerlichen Parteien *zum höheren Schulwesen* gestellt, Anträge, die nicht aus eigenem Antriebe gestellt worden sind, sondern nur in Erwiderung auf unseren Einheitsschulantrag, Anträge, die Unbemittelten das Aufrücken zur höheren Bildung ermöglichen sollen. Meine Herren, die Worte der Sympathie für eine solche „Neuorientierung", — denn mehr als Worte sind diese Anträge ja nicht — bedürfen genauerer Durchleuchtung. Es wäre sehr erwünscht, eine Statistik zu haben, wie viele Kinder des Proletariats gegenwärtig durch die bisher bestehenden Einrichtungen ähnlichen Charakters eine höhere Bildung erlangt haben. Die Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit der Anträge aber würde sich erst zeigen, wenn man diesen Zahlen entgegenhalten würde die Millionen und Millionen derer, die ein Recht darauf haben, den Weg zum Lichte zu gehen. Eine solche Statistik würde die Lächerlichkeit dieser kleinen Experimentchen zeigen, dieser Flickversuche, die von Ihnen unternommen werden. Meine Herren, was von Ihnen über das bisherige hinaus angestrebt wird, das ist ja nichts. Es soll zu einem kleinen Pflästerchen noch ein kleines Pflästerchen gelegt werden. Meine Herren, was wird angestrebt? Besonders Begabte sollen aufrücken. Bei den Reichen und Wohlhabenden spielt die besondere Begabung keine Rolle. *Einige* besonders Begabte sollen aufrücken. Wer wird prüfen? Welche Rücksichten werden maßgebend sein? Ein paar neue Freistellen, ein paar neue Stipendien sollen für besonders Begabte eingerichtet werden, Dinge, von denen es schon jetzt klar ist, daß sie zu einem sehr großen Teile gerade verarmten bürgerlichen Kreisen zugute kommen, und nicht Proletariern. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, in einer Stipendienkommission der Berliner Universität mitzuwirken. Es ist ein seltener Fall, daß jemand, der dem Proletariat entsprossen ist, bis dahinauf gelangt; gewöhnlich sind es *Verarmte aus bürgerlichen Kreisen*, die auf diese Weise gestützt werden. Viele soziale Gründe, die ich vorhin kurz andeutete, bilden ein Hindernis dagegen, daß Proletarierkindern auch nur diese spärlichen Brocken zufallen.

In der Tat, statt so großer Worte, wie sie von bürgerlicher Seite bei diesen Anträgen gemacht sind, die dem Proletariat nichts weiter als Bettelpfennige geben sollen, sollten die Herren sagen: wir kochen breite Bettelsuppen. Und haben Sie denn kein Gefühl dafür, was es bedeutet, wenn man den Aufstieg zur höheren Bildung abhängig macht von solchen Bedingungen, wie Sie setzen, wenn man ihn zu einem Akt der Gnade macht, während dieser Aufstieg ein ursprünglichstes Menschenrecht ist, das durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur der breiten Masse des Volkes verschränkt ist durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die gerade hier ihre ganze Gemeinschädlichkeit offenbart? Glauben Sie, daß die Masse des Volkes nicht die Empfindung hätte für jenes Wort aus dem Faust: „Es ist so elend, betteln zu müssen" — von den herrschenden Klassen?

Statt des Rechtes geben Sie Almosen, die mit Notwendigkeit dazu führen, daß denen, die sie erhalten sollen, das Rückgrat gebrochen wird. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Nur in ihrem innersten seelischen Wesen Gebrochene, unselbständig gemachte, ihres Klassenbewußtseins beraubte Proletarier können so bestenfalls als Helfershelfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung von Ihnen auferzogen werden. Und das Unerfreulichste, ja Widerwärtigste an alledem ist die Selbstgefälligkeit, mit der solche wertlose Ansätze — man darf nicht einmal davon reden —, sondern solche Vorspiegelungen einer Neuorientierung der Oeffentlichkeit dargeboten werden. Dieses Linsengericht, das noch dazu das herrschende Dreiklassenerziehungssystem stützt und stützen soll, wird in der Masse des Volkes wahrlich nicht den Eindruck erwecken, als ob es die herrschenden Klassen auch nur mit dem Maß sozialer Gesinnung ernst meinten, das an sich mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verträglich wäre. Nichts ist aufreizender in der Klassengesellschaft als die brutale, wahllose Verschwendung menschlicher Geisteskräfte, schlummernder und erwachter Geisteskräfte, als diese Verschwendung von wertvoller Menschenkraft in der Tretmühle der mechanischen Arbeit; dieses Gegenteil von Menschenökonomie, das die Charakteristik der heutigen Gesellschaftsordnung bildet. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Die tiefste Tragik vielleicht im Schicksal des Proletariats ist das eherne Gesetz, das die Kinder des Proletariats in die Dunkelheit des Geistes schmiedet, dieses hoffnungslose Händeausstrecken unerlöster Seelen, die zum Höchsten geboren sind, dieses hoffnungslose Händeausstrecken aus dem Abgrunde nach dem Lichte der Höhe.

Ach, aus dieses Tales Gründen,
Die der kalte Nebel drückt,
Könnt ich doch den Ausweg finden,
Ach, wie fühlt' ich mich beglückt!

Aber den Ausweg zeigen diese Anträge nicht. Das ist in Wahrheit ein Wald von dichtgedrängten Geistern, gleich dem von Virgil mit Dante durchwandelten, ein Wald von Geistern derer, die nicht gesündigt haben und doch unerlöst geblieben sind.

Hier gibts kein Jammern, sondern nur ein Seufzen,
Davon die ew'gen Lüft' erzittern müßten.
Und dies kommt hier von Leiden ohne Marter,
So Scharen groß und zahlreich hier erleiden,
Von Kindern und von Weibern und von Männern

— nicht, wie jene vom Dichter geschilderten, verdammt, weil sie der Taufe entbehrten, sondern weil sie des Geldes entbehren. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* „Durch diesen Mangel, nicht durch inneres Böses sind sie verloren" und leben leidend und hoffnungslos im Sehnen, in jener tiefen Qual, die der Dichter erschüttert sieht. Und Sie sehen diese Tragik der heutigen Volksmasse, und die Furchtbarkeit dieses Weltkrieges legt das Nackteste des Menschen bis auf die Knochen bloß; aber Sie, auch die christlichsten Parteien, denken nicht daran, und der christliche Staat denkt nicht daran, diese Verschmachteten und Verdammten des Kapitalismus zu erlösen. Statt der Einheitsschule geben Sie Bettelsuppen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Und weshalb geben Sie auch nur diese Bettelsuppen? Der Grund ist zweifach. Sie wollen demagogisch wirken. Sie möchten den Anschein erwecken: was sind wir doch für tüchtige Kerle, wie liebevoll haben wir die Masse der Bevölkerung

im Auge! „Kommet zu uns, die ihr mühselig und beladen seid, wir werden euch helfen“ — mit Stipendien und Freistellen für ein paar besonders Begabte.

Aber, meine Herren, der Zweck dieser Anträge ist noch ein zweiter. Es ist eine von einsichtiger Seite hervorgehobene Wirkung, die der Krieg mit seinen ungeheuren Menschenverlusten auch für die kapitalistischen Kreise hervorrufen muß und schon hervorgerufen hat, daß eine große Masse von im kapitalistischen Sinne bestqualifizierten Kräften, von Menschen, die Sie als Unteroffiziere, als Offiziere des Kapitalismus brauchen, hingeschlachtet sind. Und es ist von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, wie unsere ganze materielle Kultur, wie die kapitalistische Kultur auch infolge der Zerstörung dieser Kräfte einen Rückfall wird erleiden müssen. Meine Herren, eine Parallelerscheinung zu der Erscheinung in der Feldarmee, wo durch die starken Offiziersverluste es unmöglich ist, alle Stellungen, die sonst Offizieren vorbehalten waren, durch Offiziere auszufüllen. So hat man sich in der Armee durch das Mittel der Feldwebelleutnants geholfen, denen freilich das Brandmal der niederen Herkunft aufgeprägt geblieben ist. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Aber immerhin, man schafft so dem Militarismus Funktionäre für den Krieg aus den unteren Schichten.

Meine Herren, so steht es auch mit der Industrie, mit dem gesamten Wirtschaftsleben. Und wenn die Herren ernstlich daran denken, in höherem Maß als bisher geistige Kräfte des Proletariats, der unteren Schichten, denen erst das Rückgrat gebrochen, denen erst das Klassenempfinden, das sie etwa besitzen, herausgerissen werden soll, heranzuholen —, wenn Sie ernstlich daran denken, so um deswillen, weil Sie Offiziere oder Feldwebelleutnants für den Kapitalismus brauchen *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, Führer, Unterführer aus den unteren Schichten, die Renegaten ihrer eigenen Klasse sind. Meine Herren, auch dieses Ziel Ihrer Anträge berechtigt uns, die Versuche der Demagogie, der Vorspiegelung falscher Tatsachen, die mit den Anträgen getrieben werden, von vornherein zu durchkreuzen. *(Bravo! bei den Soz. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Graf *v. Schwerin-Löwitz* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Liebknecht, Sie dürfen den Antragstellern nicht Vorspiegelung falscher Tatsachen vorwerfen. Ich rufe Sie wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Es darf auch wohl mit daran gedacht werden, daß Sie nach den Erfahrungen der Kriegszeit ein erhöhtes Vertrauen dazu haben, das Proletariat durch solche Mittel korrumpieren zu können.

Nun, meine Herren, aber selbst das, was von diesen Anträgen noch übrig bleibt, sind ja vorläufig nur Worte und längst nicht Taten, und was daraus werden wird, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls bin ich überzeugt: es werden nicht mehr Kräfte aus den unteren Schichten herangezogen werden, als Sie eben für Ihre kapitalistischen Zwecke brauchen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Und, meine Herren, so ist denn das Schicksal gerade dieser Anträge, die Sie zu einem ganz anderen Zwecke gestellt haben, der diesem Zwecke entgegengesetzten Wirkung zu dienen: das eherne Erziehungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzudecken; die eherne Mauer zu zeigen, an der derartige Flickreformversuche notwendig scheitern müssen. Die einzige Möglichkeit, hier Wandel zu schaffen, ist Ihnen in unserem Einheitsschulantrag gezeigt. Von diesem Ziel werden Sie durch solche Anträge nicht ablenken.

Herr v. der Osten hat gegen unseren Antrag gesagt, er führe zur Uniformierung, während Differenzierung das Wesen der Kulturentwicklung sei. Ja, meine

Herren, es ist schon richtig, daß sich, um mit Herbert Spencer zu reden, die beiden Tendenzen der Differenzierung und Integration in der menschlichen Entwicklung immer wieder ergänzen und ablösen; es ist schon richtig, daß eine andauernde Differenzierungstendenz in der gesellschaftlichen Entwicklung liegt. Aber was zum Vorteil der Menschheit dienen kann, das ist die *individuelle* Differenzierung, das ist die Nutzbarmachung der jeweils Besten für jeden einzelnen Zweck. Und gerade diese Differenzierung, diese Auswahl der Tüchtigsten für jeden gesellschaftlichen Zweck verhindert ja die kapitalistische Gesellschaftsordnung. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Innerhalb der Klasse des Proletariats hindert sie die Differenzierung; sie uniformiert die große Masse des Volkes in der grobschlächtigsten Weise; die kapitalistische Walze zerwalzt das Proletariat zu einer gleichförmigen Masse. Eine Differenzierung im Sinne des Herrn v. der Osten ist das Grab der Differenzierung, die zum Fortschritt der Kultur dienen kann. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, der Herr Minister hat am 14. d. M. gemeint, es habe kaum eine Zeit gegeben, wo so viel über Pädagogik geschrieben worden sei wie in dieser Kriegszeit. Herr Abgeordneter Oelze hat gestern in sehr hohen Tönen von Bildung, Wissenschaft, Freiheit, Ideal und ich weiß nicht, von was all für schönen Dingen geredet. Ist der Panegyrikus des Herrn Abgeordneten Oelze berechtigt? Keine Täuschung! Was und wie wird heute in den Schulen gelehrt? Wie kommt es, daß besonders der Reform des Geschichts- und Religionsunterrichtes von den verschiedenen Seiten dieses Hauses solche Loblieder gesungen worden sind? Gerade der Geschichts- und auch der Geographieunterricht ist schon seit langem systematisch ausgenutzt worden, bestimmte politische Gesinnungen in die Schüler hineinzutragen, und gerade die höheren Schulen waren ein Tummelplatz dieser Erziehungsmethoden. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, schon seit Jahren ist in den höheren Schulen systematisch jene Hatz besonders gegen England getrieben worden, die jetzt so herrliche Früchte trägt; die Saat ist herrlich aufgegangen. Die Art, wie man die Flottenvereine in den Schulen, gerade in den höheren Schulen propagierte, bildet einen schlagenden Beweis für den ganzen Geist, mit dem der Unterricht schon vor dem Kriege auch in den höheren Schulen durchtränkt war. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Und, meine Herren, wie steht es jetzt? Sie brauchen sich nicht nur an den Geschichtsunterricht, an den Geographieunterricht zu halten, in dem systematisch das Wirkliche und Wahre nicht gelehrt wird, sondern ganz etwas anderes, in dem die Weltgeschichte ad usum Delphini zu einer patriotischen Legende umgestaltet wird, um einen vorsichtigen Ausdruck zu gebrauchen: so steht in dem Mittelpunkt des Erziehungswesens in den höheren Schulen nicht das Ziel der Wahrheit, nicht das Ziel, objektives Wissen zu verbreiten, sondern das Gegenteil davon.

Meine Herren, betrachten Sie den deutschen Unterricht. Im deutschen Unterricht soll sich die jugendliche Seele am ersten frei entfalten, ihre Flügel ausspannen, um zu versuchen, eigene Gedanken, eigene Empfindungen frei zu entwickeln und zu gestalten. Und wie wird heute der deutsche Unterricht getrieben, welche Aufsatzthemata werden den Kindern gestellt? Krieg, Krieg und noch einmal Krieg ist die Losung in der Schule! *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Den Kindern wird zur Pflicht gemacht, patriotische Leitartikel zu schreiben, statt Aufsätze *(Sehr wahr! bei den Soz.)*: es wird ihnen vorgeschrieben, mit welcherlei Gesinnung und Empfindung sie das Aufsatzthema behandeln müssen; gewisse Phrasen der Kriegsbegeisterung werden ihnen vorgeschrieben. Das lernt jeder Vater an sich selbst kennen, wenn er

die Aufsätze seiner Kinder sieht und plötzlich darin Wendungen findet, vor denen ihm graut, und dann hört: ja, das müssen wir schreiben, das geht ja gar nicht anders. Dann sieht man, wie durch diese Art des Unterrichts der Keim der Unwahrhaftigkeit in die Jugend hineingetragen wird *(Sehr richtig! bei den Soz.),* statt des Geistes der Wahrhaftigkeit, aus dem allein alle Kraft und alle echte Kultur erwachsen kann. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Die hurrapatriotischen Aufsatzthemata, die hurrapatriotische Gesinnung, von der der ganze Unterricht heute auf höhere Anweisung getragen wird, sind geradezu ein Krebsschaden.

Meine Herren, natürlich, wenn Sie derartige Ansinnen an die Schüler der höheren Schulen stellen, richten Sie nicht so viel Schaden an, wie in den Elementarschulen. Denn die Schüler der höheren Schulen sind ja doch in der großen Menge Ihre Jugend, und der gebührt — so mögen Sie mit einigem Recht denken — nach ihrer Klassenstellung eben diese Gesinnung. Aber glauben Sie nur nicht, daß Sie durch eine solche gewalttätige Einzwingung, Eintrichterung von Gesinnung auch nur in Ihrem Sinne wirkliche Vorteile ziehen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Das schlägt auch gegen Sie aus; es ist eine der plumpsten Methoden, um Ihre Klassenherrschaft zu stärken. Aber das ist Ihre Sache. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Meine Herren, und nun die Religion in der Schule, auch in der höheren Schule! Glauben Sie mir, der Gegensatz läßt sich nicht überbrücken, durch die geschickteste Dialektik nicht und durch die stärksten, zartesten und gröbsten Mittel der Pädagogik nicht, der Gegensatz zwischen Religion und Christentum und dem heutigen Völkermord. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Der Riß klafft unüberbrückbar. Der Vorhang des Tempels ist zerrissen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, soll ich davon sprechen, in welche seelischen Schwierigkeiten auch die Kinder Ihrer eigenen Klasse kommen, wenn sie hören von dem Gott, der der Gott aller Menschen, also ein internationaler Gott ist, und dann wiederum hören, wie dieser Gott reklamiert wird von jeder Nation für sich und wozu? Zum Krieg! Der Gott der Nächstenliebe, der Friedensfürst, zum Krieg! Meine Herren, das sind Dinge, die einfach in ein kindliches Gemüt nicht hineingehen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Ich habe es an meinem eigenen Kinde erlebt. Es mußte in dieser Kriegszeit den Katechismus lernen; es mußte lernen: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Und ich frage das Kind: „Ja, hör' einmal, sagt denn dein Lehrer immer dasselbe: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst?" Dann sagt das Kind: „Nein, natürlich nicht." Ja, wenn die Kinder hören: sie sollen die Russen und die Franzosen und die Engländer nicht lieben, die sollen sie hassen — *(Hört, hört! bei den Soz.)* meine Herren, wie verträgt sich das? Meine Herren, *die* Lehre der Pädagogik ist die fundamentalste, daß nicht durch Worte am wirksamsten gelehrt wird, sondern durch Anschauung und durch Beispiel. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Was sollen die Kinder denken, wenn sie heute die Lehren der Religion mit Worten hören, und wenn sie die Taten des christlichen Staats, der kapitalistischen Gesellschaft sehen? Was wird das Ergebnis sein? Daß sie sich sagen: diese Worte der Religion, die uns hier gelehrt werden, sind Worte, die nicht befolgt werden, die sind etwas ganz anderes, als man *tun* muß. So wird die Religion irgendwo im Hintergrund der Seele eingeschlossen als etwas, woran man dann und wann denkt, was man an den Feiertagen einmal herausholt; so ist sie ganz etwas anderes als was sie nach der Forderung gerade des Christentums sein sollte, nämlich ein das ganze Leben und Handeln durchdringendes und bis ins einzelne bestimmendes Element. Meine Herren, über diese Gegensätze kommen Sie nicht hinaus, am wenigsten in einer Zeit, in

der so offenkundig wie heute nicht die Religion der Nächstenliebe, sondern die Religion des Baal, die Religion des Moloch und des Vitzliputzli gilt, meine Herren, in einer Zeit, wo wirklich — denken Sie an die Hyänen des Wirtschaftslebens, die heute in dem christlichen Gesellschaftsleben eine große Rolle spielen —, wo wirklich der Tanz um das goldene Kalb getanzt wird, meine Herren, in einer Zeit, wo schließlich doch auch die Kinder verstehen: es geht bei diesem Kriege um kapitalistische Geschäftsinteressen. *(Lebhafter Widerspruch, lebhafte Zustimmung.)* Ja, meine Herren,

Schreibtafel her, ich muß es schreiben,
Daß einer beten kann und immer beten
Und doch ein Kriegshetzer sein.

Wenn man da lehrt, lasset die Kindlein zu mir kommen, — es ist nicht zu vermeiden, daß die Kinder fragen, und die Eltern auch: wozu rufen sie heute die Kinder in die Schule: Lasset die Kindlein zu mir kommen? Die Kinder des Proletariats, man sucht sie zu beeinflussen, zu gewinnen für die Weltanschauung der herrschenden Klassen. Und was ist die Weltanschauung des Kapitalismus? Das ist die Weltanschauung der Unterdrückung, das ist die Weltanschauung dieses Weltkrieges, dieses Massenmordes.

Meine Herren, seit je ist die Schule als ein politisches Machtinstrument gebraucht worden *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, nicht nur in Preußen. Auch das ist eine Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Klassenordnung; auch in demokratischen Ländern, und in verschiedener Schärfe, in Preußen-Deutschland natürlich besonders ausgeprägt.

. . . Meine Herren, die Mißstände an den höheren Schulen, die ich zu rügen habe, haben die höheren Schulen im wesentlichen mit den anderen Teilen des Unterrichtswesens gemeinsam.

Es ist in der Budgetkommission viel von den Schulen als praktischen Helferinnen im Dienste des gegenwärtigen Krieges gesprochen worden. Das ist von Ihnen von Ihrem Klassenstandpunkt aus natürlich mit Freude begrüßt worden. Es ist darauf hingewiesen worden, wie man Schüler für die Kriegswirtschaft zur Verfügung stellt, zum Sammeln des Kriegsgoldes und zur Propaganda für die Kriegsanleihen systematisch ausnutzt. *(Hört, hört! bei den Soz. — Zurufe rechts.)* — Das gehört zu den höheren Schulen! Meine eigenen Kinder haben das Material mit nach Hause bringen müssen. Darüber muß hier gesprochen werden. Meine Herren, da man die Kinder nicht aufs Schlachtfeld hinausschicken kann, macht man sie so zu Propagandisten für den Krieg, zu Kriegsinstrumenten.

So ist die Schule nach ihrem Gesamtcharakter ein politisches Propagandamittel für den Krieg, ein Hilfsmittel für die Kriegswirtschaft, ein Werkzeug für die Kriegsfinanzen. Sie ist ein besonderes Mittel zur Erziehung für den Krieg! Die Militarisierung der Schule, meine Herren, auch der höheren Schule, wird auch von mancher bürgerlichen Seite mit einiger Bedenklichkeit betrachtet. Die heutige Erziehung geht darauf hinaus, schon in der Schule zu beginnen, die Menschen zu Kriegsmaschinen zu erziehen, sie macht die Schulen zu Dressuranstalten für den Krieg, körperlich und seelisch. Das Ziel der körperlichen Ertüchtigung der Jugend — natürlich an und für sich durchaus zu billigen —, weshalb wird es jetzt lebhafter verfolgt? Wegen der Erkenntnis, daß man die so gekräftigten jugendlichen Körper künftig brauchen wird für den Moloch Militarismus. Also auch diese „Er-

tüchtigung" steht unter dem Gesichtswinkel des Krieges; die Hebung der menschlichen Gesundheit unter dem Gesichtswinkel eines Zieles, das Vernichtung von Menschenleben ist!

Meine Herren, der obrigkeitliche Beeinflussungsapparat, in dem Kirche, Kunst und Wissenschaft, Volksschule, Universität und natürlich auch die höhere Schule, neben Polizei und Gerichten, Zensur und dem ganzen Verwaltungsapparat des Belagerungszustandes zusammenwirken, war noch nie so aufgedeckt wie heute, wo er dem Kriege dient. Aber die Zensur hindert die öffentliche Kennzeichnung. So muß man hier darüber reden.

Meine Herren, wie sich die Kriegspsychologie mit den Grundlagen unserer Bildung verträgt, will ich nicht untersuchen. Man käme zu jämmerlichen Ergebnissen. Ich darf jetzt nicht von Kunst und Wissenschaft im allgemeinen sprechen, sondern nur von höheren Schulen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Oelze hat gestern gefordert, daß der Militarismus in immer stärkerem Maße in die höheren Schulen eingeführt werde, daß er gewissermaßen der alles durchdringende Geist des höheren Schulwesens werde *(Hört, hört! bei den Soz.)*, der Militarismus, den er definiert hat als freie Unterwerfung unter die Disziplin. Diese Definition macht dem Herrn Abgeordneten Oelze alle Ehre. Wir sind der Ansicht, daß der Militarismus genau das Gegenteil von freiwilliger Disziplin ist, daß eben gerade die Gewaltdisziplin das Wesen des Militarismus ausmacht.

Aber der Wunsch, daß der militaristische Geist in den höheren Schulen alles durchdringe, ist bereits in so hohem Maße erfüllt, daß ich fragen möchte, was dem Herrn Abgeordneten Oelze noch zu wünschen übrig bleibt. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Meine Herren, wenn ein bürgerlicher Abgeordneter in der Kommission die Sorge äußerte, daß die einseitige militärische Ausbildung zur Verrohung der Jugend führe, so werden Sie doch durch diese Sorge nicht abgeschreckt, weil eben Ihr wirklich Allerheiligstes dabei auf dem Spiele steht, eben der Militarismus, und der läßt sich nun einmal, so wenig sich Religion mit Krieg und Militarismus verträgt, ebensowenig von der Verrohung trennen.

Die hohen Worte, von denen gestern der Mund des Herrn Abgeordneten Oelze überfloß, sind wahrlich nur hohe Worte gewesen, und sie werden nichts anderes sein als hohe Worte, und zwar Worte, die nicht einmal, wenn sie auch ausgesprochen werden, in ihrem Wortsinn ehrlich gemeint sein können.

Er sprach von der Freiheit als einem Ideal der Erziehung. Ja, meine Herren, Freiheit für die herrschenden Klassen, aber Unterdrückung für die unteren Klassen, für die breite Masse: das ist doch das Ideal Ihrer Erziehung. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Seien Sie doch ganz offen: Sie wollen keine Freiheit der Gesinnung in der großen Masse des Volkes: Sie wissen, daß das die Götzendämmerung der herrschenden Gesellschaftsordnung bedeuten würde. Die Ideale, die Sie hegen, haben für die breite Masse eine Kehrseite, die gar nicht ideal ist, und diese Kehrseite aufzudecken, ist unsere Aufgabe. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, ist Idealismus denn wirklich einer der Erziehungszwecke der höheren Schulen? Die klassische Bildung, die in der heutigen Schule gelehrt wird, noch dazu heute, im Kriege, ist nur eine Parodie der klassischen Bildung. Das Wesen der klassischen Bildung, so wie sie von denen verstanden wurde, die ihre Einführung als Grundlage des Bildungswesens in langen Kämpfen durchsetzten, ist

nicht das Lernen, das Einpauken von Wissen, von Sprachen, von Kenntnistatsachen, sondern der Geist des Humanismus, der Humanität, der Unabhängigkeit und Selbständigkeit, der Geist der ungehemmten Kritik, die wirkliche Freiheit des Geistes. Das Gegenteil ist es, was Ihr Erziehungsideal bildet: das Ideal der Pickelhaube, des Bajonetts, der Granaten, der Länderverwüstung, der Giftgase und der Bomben, die auf die Bevölkerung friedlicher Städte heruntergeworfen werden, das Ideal des U-Boot-Krieges, der Lusitania-Torpedierung. Meine Herren, das ist etwas ganz anderes als das Ideal der klassischen Bildung. *(Sehr richtig! bei den Soz. — Zurufe rechts.)* Ja, meine Herren, das ist die Wahrheit *(Große Heiterkeit)*, die ich den Verhüllungsversuchen entgegensetze, die Sie treiben. Ich spreche aus, was die Wirklichkeit Ihres Erziehungsideals ist, und zerfetze die Redewendungen, mit denen man die Wirklichkeit zu verdecken sucht. *(Sehr richtig! bei den Soz. — Lachen rechts.)* Von dem Herrn Regierungspräsidenten v. Schwerin in Frankfurt a. Oder ist der Ihnen allen bekannte Erlaß herausgegeben worden, dessen Uebertragung auf die höheren Schulen in der Staatshaushaltskommission gefordert worden ist, obwohl das kaum mehr nötig war, und auch bestätigt wurde, obwohl auch das kaum mehr nötig war. Der Geist, von dem auch der Unterricht in den höheren Schulen durchtränkt sein soll, ist in diesem Erlaß in klassischer Weise in Worte gefügt. Wenn es heißt, daß in den Schulen die Gefühle der allgemeinen Völkerverbrüderung und der internationalen Friedensschwärmerei ausgerottet, daß alle Neigungen, solchen Gefühlen Raum zu geben, in schroffer Form beseitigt werden müssen, wenn die Propaganda für gegenwärtige und künftige Militärvorlagen, für die Verstärkung der Armee zur Aufgabe des Schulunterrichts gestempelt wird, wenn es weiter zur Aufgabe der Schule gemacht wird, die „Schandtaten, die unsere Feinde an den Deutschen der ganzen Erde begangen haben", nicht zu entschuldigen oder zu beschönigen, sondern vielmehr die Empfindungen des Hasses und der Empörung darüber zu erwecken und zu pflegen, dann spricht das mit aller wünschenswerten Deutlichkeit das aus, was wir für verderblich halten *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, was wir als einen schlimmsten Mißbrauch der Schule erklären. *(Lachen rechts — Sehr wahr! bei den Soz.)* Und diese Gesinnung begrüßte der Herr Abgeordnete v. Campe mit den Worten: „ich halte diesen Erlaß für einen der verständigsten, die je erlassen sind." *(Hört, hört! bei den Soz. — Sehr richtig! rechts.)* Das Sehr richtig!, das Sie mir zurufen, soll festgehalten werden. Es ist nicht nur der Herr Abgeordnete v. Campe, der so denkt, sondern Sie allesamt sind es. *(Zuruf: Alle vernünftigen Leute!)* Das ergab bereits die Sitzung der Kommission; nicht nur Sie allesamt sind es, sondern auch die Regierung dazu.

Geist der klassischen Bildung, Geist des Humanismus! Der Herr Abgeordnete v. Campe sprach von einer Knochenerweichung in der Gesinnung, gegen die durch solche Kriegshetzpropaganda in der Schule gearbeitet werden müsse, und begrüßte es, daß in Hannover ein ähnlicher Erlaß herausgekommen ist. Wenn aber die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, die erste Pflicht aller Erziehung ist, und wenn die Wahrheit in den Schulen gelehrt werden sollte, dann müßte ganz etwas anderes gelehrt werden, als was nach dem Herrn Abgeordneten v. Campe und nach jenem Erlaß und nach dem Willen der Regierung jetzt in der Schule gelehrt wird. Dann müßte die Wahrheit des Belagerungszustandes gelehrt werden, dann müßte gelehrt werden, wie es mit der Neuorientierung steht, dann müßte gelehrt werden, welchen Interessen dieser Krieg dient, und wie dieser Krieg entstanden ist, dann müßte gelehrt werden nicht nur die Scheußlichkeit des Mordes von Serajewo, wie

Herr v. Campe will, dann müßte hinzugesetzt werden, daß gewisse Kreise in Deutschland und in Oesterreich diesen Mord als Gottesgeschenk begrüßt haben *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, weil er ihnen den Kriegsvorwand gegeben hat — — — *(Stürmische Pfuirufe. — Glocke des Präsidenten.)* Das ist die Wahrheit! *(Andauernde stürmische Unruhe und Pfuirufe. — Glocke des Präsidenten.)* Das ist die Wahrheit! Ein Vorwand war es. Die Maske vom Gesicht — — *(Fortgesetzte stürmische Pfuirufe. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Graf *v. Schwerin-Löwitz* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Liebknecht, ich bitte Sie zunächst, zu schweigen.

Das ist die Wahrheit! *(Andauernde stürmische Unruhe und Rufe: Raus!)* Sie wollen sie nicht hören. Das Gericht wird über die kommen — — *(Fortgesetzte stürmische Unterbrechungen. — Die Konservativen, Freikonservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen verlassen den Saal.)* Flüchten Sie vor der Wahrheit! Gehen Sie hinaus! Sie können sie nicht hören. *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Graf *v. Schwerin-Löwitz* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich rufe Sie wegen dieser unerhörten Verletzung der nationalen Empfindungen dieses Hauses und des ganzen Landes zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam. Ich werde, wenn Sie zu einem weiteren Ordnungsruf herausfordern, das Haus fragen, ob es Sie noch weiter hören will. Ich bitte Sie, fortzufahren. *(Große Unruhe — Rufe: Raus! — Zurufe bei den Soz.)*

Meine Herren, ich habe nur das mitgeteilt, was ich selbst mit tiefster Empörung empfinde, aber mit eigenen Ohren gehört habe und was die Wahrheit ist.

Das Ziel der humanistischen Bildung ist universal und natürlich, ist Freiheit der Kritik, Protest gegen alle knechtischen Vorurteile, um einen Ruf des Neuhumanismus zu wiederholen. Johann Amos Comenius hat in seinem System der Pädagogik jene Forderung des Einheitsschulwesens aufgestellt mit den hohen humanistischen Idealen, von denen ich eben sprach, und Pestalozzi war es, der gleichfalls den inneren Zusammenhang aller Schulgattungen in einem System und jene großen humanistischen Erziehungsgedanken lehrte, von denen die heutige Schule himmelweit entfernt ist, die heutige Schule, deren Zweck die materielle Nützlichkeit geworden ist. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Das gilt auch von den höheren Schulen, das gilt selbst von den Universitäten. Der Utilitarismus zerfrißt die Grundlagen unseres ganzen Erziehungssystems. Wissen — jawohl, soweit dieses Wissen dem Zweck dient, für die kapitalistische Gesellschaftsordnung Nützlichkeitsdienste zu leisten. Wissen — jawohl, soweit es vorteilhaft ist für die Technik des Kapitalismus, soweit es erforderlich ist für die Kriege des Kapitalismus. Und es ist eine der unmenschlichsten Erscheinungen in der heutigen Menschheit, daß die Wissenschaft sich zu einem sehr großen Teil, zu einem überwiegenden Teil orientiert gerade am Kriege, an der Frage: wie diene ich am besten den kriegerischen Interessen der herrschenden Klassen, des Imperialismus?

Wenn wir weiter sehen, wie die Vertreter der Kunst und Wissenschaft beim Trommelwirbel eingeschwenkt sind wie Rekruten — — *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Graf *v. Schwerin-Löwitz* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, hier handelt es sich nicht um Kunst und Wissenschaft, sondern um die höheren Lehranstalten. Ich bitte, dazu zu kommen.

Ich wollte zeigen, daß diese selbe Erscheinung sich zeigt auf dem Gebiete des höheren Schulwesens in der Art, wie dort Kunst und Wissenschaft gepflegt werden.

Natürlich ist ein großer Unterschied im Unterricht der Elementarschulen und der höheren Schulen. Denn während es die Aufgabe der Volksschule ist, die Jugend des Proletariats brauchbar zu machen zum Werkzeug für die kapitalistische Gesellschaftsordnung für die herrschenden Klassen, ist es in erster Linie die Aufgabe der höheren Schulen, die Jugend der herrschenden Klassen für die Herrenaufgabe, die sie in der heutigen Gesellschaftsordnung zu erfüllen hat, stark und fähig zu machen. Aber es ergibt sich dabei eine gar eigentümliche Synthese aus der Phraseologie der sozusagen amtlich abgestempelten Moral und der kapitalistischen Wirklichkeit, die im krassen Gegensatz dazu steht. Das Erziehungsideal des Kapitalismus ist nicht Humanität und Idealismus, sondern ihr Gegenteil. Der Fall Joel z. B., den ich nicht weiter berühren darf, das ist ein Stück der Wahrheit vom Idealismus des heutigen Bildungswesens.

Und ein anderes Stück dieser Wahrheit ist die *Behandlung der Ausländer in den Schulen.* Denn auch aus den höheren Schulen, nicht nur von den Universitäten sind die Angehörigen der feindlichen Staaten vertrieben worden *(Hört, hört! bei den Soz.)* mit dem Ausbruch des Krieges. Das allgemeine dazu hat gestern mein Freund Hoffmann gesagt. Unser Standpunkt bedarf keiner neuen Darlegung. Daß wir dieses Austoben des Völkerhasses auf dem Gebiete der Bildung grundsätzlich und schroff verwerfen, bedarf keines Wortes.

Der Herr Abgeordnete v. Savigny hat in der Budgetkommission ausgesprochen, welchen *Zweck* die frühere Zulassung von Ausländern zu den deutschen Schulen, welchen Zweck die Gastlichkeit, die früher gegen sie geübt worden sei, gehabt hat: man habe durch diese Gastlichkeit im Auslande Sympathien erwerben wollen, um sich dadurch indirekt politische und wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Das ist allerdings echter deutscher Idealismus! Wir können nur danken für diese Aufdeckung der wirklichen Wurzeln der früheren Zulassung von Ausländern. Auf demselben Gebiete liegt die Forderung der bürgerlichen Parteien, daß im gesamten Schulwesen, auch im höheren Schulwesen, jetzt die Teile des Orients, mit denen Deutschland und das deutsche Kapital in besonders engen Beziehungen steht, stärker berücksichtigt werden sollen. Man denkt, auch so die Schulen zu Propagandainstrumenten zu machen für die wirtschaftlichen Zwecke, die mit diesem Kriege verfolgt werden.

Diese ganze Erziehungsmethode gipfelt in der *militärischen Jugenderziehung,* die auf den höheren Schulen wie in den Elementarschulen immer systematischer betrieben wird, und auch diese militärische Jugenderziehung, diese Jugendwehrerziehung ist ein Stück der Wahrheit über das heutige Erziehungsideal.

So hat der Krieg, der so vieles umgestürzt und so vieles entblößt hat, was bis dahin seine Blößen schamvoll zudeckte, so hat der Krieg, der so vieles vernichtet hat, auch den Rest jener Erziehungsideologie zerstört, die noch an den hochfliegenden humanistischen Erziehungsgedanken des aufstrebenden Bürgertums festhielt. Der nackte Utilitarismus hat auf der ganzen Linie gesiegt.

Man könnte noch darlegen, wie der Krieg auch die technische Qualität des Unterrichts, den äußeren Bestand der Schule in den verschiedensten Richtungen aufs schwerste getroffen hat. Wenn der 30jährige Krieg geradezu verheerend und vernichtend auf das Erziehungswesen gewirkt hat, so müssen wir schon heute sagen, daß das Gleiche von dem jetzigen Krieg gilt. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Die Wirkung wird um so dauernder sein und um so stärker und entscheidender gerade das Edle treffen, was sich aus der Zeit des aufstrebenden Bürgertums

herübergerettet hatte in die heutige Zeit des Hochkapitalismus *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, je länger der Krieg dauert, je weniger während des Kriegs und nach dem Kriege die sozialen und politischen Pflichten von den herrschenden Klassen erfüllt werden. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* So ist der Krieg, dieser Zerstörer der Familie, auch der Zerstörer des Schulwesens. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Was Ihnen eine Neugeburt erscheint, was Sie am Geschichtsunterricht usw. preisen, das sind in der Tat Zeichen der Verwilderung *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, das sind Erscheinungen des Todeskampfes, den das frühere Erziehungsideal des Bürgertums heute kämpft. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Meine Herren, wenn es in jenem Schillerschen Gedichte der Sehnsucht heißt: „Nur ein Wunder kann dich tragen in das schöne Wunderland", und wenn ich an das Proletariat denke, an die Millionen der ins Dunkel Verdammten, so sage ich allerdings: hier gilt das Wort des Dichters nicht; nur die eigene Kraft, kein Wunder und keine Segnung von oben kann das Proletariat in das schöne Wunderland tragen, in dem die Schätze und Herrlichkeiten des menschlichen Geistes zu finden sind. *(Sehr wahr! bei den Soz. — Lebhafte Rufe rechts: Zur Sache!)* Davon handeln Ihre Anträge, die bei diesem Punkte zur Abstimmung stehen, Herr v. Pappenheim! — Und wenn jene unerlösten Seelen des Danteschen Weltepos leidend, doch ohne Hoffnung im Sehnen, leben, so gilt auch das nicht von dem Proletariat: es lebt nicht ohne Hoffnung, sondern voll Zuversicht. Aber die Errettung der Arbeiterklasse aus dem Abgrund kann nicht kommen von Ihren Anträgen. *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Graf *v. Schwerin-Löwitz* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, das gehört nicht mehr zum höheren Schulwesen. Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache und mache Sie auch in dieser Hinsicht auf die Folgen der Geschäftsordnung aufmerksam. Sie haben sich streng an die höheren Schulen zu halten.

Ich spreche von den Anträgen über den Aufstieg von Angehörigen der unteren Stände zu den höheren Schulen. Ich spreche genau von demselben, wovon ich vorhin sprach, und was der Herr Präsident vorhin als durchaus zur Sache gehörig betrachtete. Ich sage: auch die geistige Befreiung der Arbeiterklasse, ihre Befreiung aus den Fesseln der geistigen Unterdrückung kann nur das Werk der Arbeiterklase selbst sein. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Und es ist unsere Aufgabe, der Arbeiterklasse aller Länder auch bei dieser Gelegenheit zuzurufen: Ans Werk! Sowohl die in den Schützengräben wie die im Lande — sie sollen die Waffen senken und sich gegen den gemeinsamen Feind kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt. *(Große Unruhe rechts — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Graf *v. Schwerin-Löwitz* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht das gehört nicht zur Sache. Ich rufe Sie zum drittenmal zur Sache und werde jetzt das Haus fragen, ob es Ihre Ausführungen weiter hören will. *(Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum — Große Unruhe — Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten — Abgeordneter Dr. Liebknecht versucht vergeblich, weiter zu sprechen — Die Mitglieder der konservativen Partei, der freikonservativen Partei, des Zentrums und der nationalliberalen Partei treten wieder in den Saal ein.)* Ich bitte die Herren, Platz zu nehmen.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Liebknecht, nachdem ich ihn zum drittenmal zur Sache und außerdem zweimal zur Ordnung gerufen habe, noch weiter hören wollen, sich von ihren Plätzen erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich entziehe Ihnen das Wort und bitte Sie, die Tribüne zu verlassen. *(Stürmischer Beifall — Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten — Große Unruhe.)*

ANTIMILITARISMUS

Die zweite Internationale ist zusammengebrochen unter dem Orkan des Imperialismus, verschüttet unter dem Schutt des Chauvinismus, unter dem Schlamm jener Lüge von der nationalen Klassenharmonie, unter dem dumpfen Wust des Burgfriedensbetruges, dessen Segnung den Wölfen der Politik und den Schakalen des Wirtschaftslebens ungestörte Beutejagd sicherte. Die Legende vom babylonischen Turmbau ist am kühnen Bau der proletarischen Weltorganisation Ereignis geworden; Verwirrung ergriff die Geister und die Zungen derer, die daran mauerten und zimmerten; auseinandergestoben ist die brüderliche Gemeinschaft. Militarismus triumphans hat seine Totenkopfflagge hohnlachend auch auf diese Feste gepflanzt, vor der er trotz alledem gelinde zitterte und die ihm am ersten Tage seines Amoklaufs beim Frührot ohne Schwertstreich zufiel, der erste höchste „Siegespreis". Die einzige Sperre gesprengt, die seiner Allmacht wehrte. Ein Kartenhaus umgeblasen.

Ursachen, Umstände und Folgen dieser Tragödie, die hart an welthistorische Tragikomik streift, sind hier nicht zu schildern.

Aber mit Stolz dürfen wir sagen: wie sich manche Sektionen der Internationale ruhmvoll hielten — trotz alledem —, so hat gleich der Internationale der Frauen die Internationale der Jugend in dem allgemeinen Zusammensturz bestanden. Die Internationale der Alten ist dahin, die Internationale der Jugend besteht. Und sie wird weiter leben; lernend von dem Ungeheuern, dessen Zeuge sie ist, vorantreibend zum Wiederaufbau, anfeuernd helfen beim Wiederaufbau der großen neuen Internationale, von der geschrieben steht: „Ich werde sein und wiederum voran den Völkern werd ich gehn."

Was zu lernen ist, das sei hier mit einigen Strichen angedeutet.

Das Programm der proletarischen Jugendbewegung gilts zu überprüfen und am Feuer der neuen Erfahrung zu härten.

Nicht nur die jugendliche Begeisterung, die zu großen Taten befähigt, — es ist die Klarheit und Festigkeit, es ist der unnachgiebige Klassenkampfgedanke, der die Jugend feite: der Wille zu dem einen und unteilbaren internationalen Klassenkampf; das Bekenntnis zur Klassensolidarität über alle Schranken hinweg, und der unerbittliche antimilitaristische Grundzug ihrer Taktik.

Antimilitarismus lautet das Feldgeschrei der internationalen Jugendbewegung heute und für die Zukunft mehr wie je. Wer das bisher nicht begriff, wird es heute erkannt haben.

Eine Epoche des Uebermilitarismus steht der kapitalistischen Welt bevor. Der Antimilitarismus hat sich fieberhaft zu rüsten.

Zur Aufklärung über das Wesen des Militarismus hat die Jugendinternationale auf ihren Konferenzen in Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) Gründliches geleistet. Gründlicheres als die internationalen Kongresse. Durch Aufklärung die Entwicklung zu einem bewußten dialektischen Prozeß zu gestalten, bleibt das taktische Urprinzip. Die Aufgeklärtheit ist nur aus dem Schein in die Wirklichkeit aus dem Reiche des hohlen Schalls, des selbsttrügerischen und andere täuschenden Lippenbekenntnisses in das Bereich der innerlich fest verankerten Weltanschauung zu überführen. Die sozialistische Weltanschauung ist zur alles Denken *bestimmenden* seelischen Notwendigkeit, zur Busole alles Fühlens, zur Achse alles Handelns, zur allenthalben orientierenden geistigen Macht zu erheben.

Kein wesentliches Wort unserer bisherigen antimilitaristischen Lehre ist widerlegt; ihre Hauptsätze wurden in diesem Jahr des Unheils dreifach unterstrichen; und doch von vielen vergessen oder geradezu verspottet. Mit um so festerer Hand muß in diesem Wirrwarr zugegriffen werden, um die Köpfe zurechtzusetzen. Das Einmaleins des Sozialismus muß in eindringlichen Lektionen wieder eingepaukt werden: Aufklärung über den Klassencharakter der heutigen Gesellschaftsordnung, über die Vaterlandslosigkeit des Kapitals, und möge es sich noch so nationalpatriotisch gebärden; über die Vaterlandslosigkeit auch der Regierungen, die unter dem demagogischen Vorwand, dem Volksganzen zu dienen, die Volksmassen in die Dienste des vaterlandslosen Kapitals spannen; über die ober- und noch mehr unterirdischen internationalen Verkoppelungen des Weltkapitals und seine zwischenstaatliche Solidarität, die durch imperialistische Raubkriege so wenig berührt wird, wie die gesellschaftliche Interessengemeinschaft der im gleichen Staate sitzenden Kapitalisten durch ihre Konkurrenzkämpfe und wären es die blutigsten; über die Gemeingefährlichkeit des internationalen Rüstungskapitals, seine Völkerverhetzungsinteressen und Machenschaften; über die Kriegsparteien, ihre Bestandteile, ihr Wesen; über die Interesseneinheit der Arbeiterklasse aller Länder gegenüber dem Kapitalismus und den Regierungen aller Länder; über das für die Arbeiterklasse bei ihrer Rolle im dialektischen Geschichtsprozeß unbedingte Primat der *Klassen*scheidung gegenüber der nationalen und staatlichen Scheidung, d. h. über das Gebot, *im proletarischen Befreiungskampfe* der aus ihrem Wesen organisch notwendig hervorwachsenden, schichtenweisen Gliederung, der menschlichen Gesellschaft gegenüber ihrer von außenpolitischen Ursachen veranlaßten vertikalen Sondierung den Vorrang einzuräumen; über die Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung jedes Landes unverrückbar

auf diesen Grundsatz einzustellen, alle anderen noch so wichtigen Interessen, so immer sie damit in Widerspruch geraten, entschlossen beiseite zu schieben: Internationaler Klassenkampf über Staatenkrieg. Internationaler Klassenkampf *gegen Staatenkrieg.* — Die praktische Folgerung für den Kriegsfall aus dem allgemeinen Antagonismus: Sozialismus gegen Imperialismus, welcher Gegensatz ohne jene Folgerung zum Gegenstand einer unpolitischen Betrachtung herabsinkt.

Und der antimilitaristische Kampf ist die zugespitzteste Form des Klassenkampfes gegen den Krieg und gegen die innerpolitische Gewaltpolitik des Kapitalismus.

Die Voraussetzungen und Bedingungen dafür bedürfen eingehender Prüfung.

„Revolutionen können nicht gemacht werden" — dies Wort, das auf alle gesellschaftliche Entwicklung angewandt wird, ist wahr und falsch zugleich. „Revolutionen" *werden,* wie alle gesellschaftliche Entwicklung, „gemacht". Nur, daß sie nicht aus dem Boden gestampft werden, sondern in organischer Entfaltung von Erkenntnis, Gesinnung und Willen herauswachsen, in einer Entfaltung, die nicht vom Himmel purzelt, freilich auch nicht mit mechanisch-außermenschlicher oder vegetativ-unwillkürlicher Naturgesetzlichkeit vor sich geht, sondern nach den Gesetzen des menschlichen, des gesellschaftlichen Seelenlebens, durch menschliches — mehr oder weniger bewußtes — Handeln, d. h. eben durch eine gegebene Individual- und Sozialpsychologie und durch allgemeine gesellschaftliche Umstände bestimmt ist. Nur daß es ein gesellschaftliches *Machen* ist; ein *Massen*prozeß, ein Vorgang *in* den Massen *durch* die Massen; ein Vorgang, der sich aber vollzieht in Handlungen der einzelnen, aus denen sich die Massen zusammensetzen oder die zu Zeiten die Massen vertreten. Allzu oft ist jenes Wort als Schild für politische Untätigkeit mißverstanden und mißbraucht worden. Das gilt nicht für alle Länder gleich. Am meisten für Deutschland, mit seiner für normal ruhige Entwicklung musterhaften sozialdemokratischen Organisation, die für außergewöhnliche Zeiten aber wie spanische Stiefel einschnürt. Viel weniger in den romanischen Ländern. Kein Quietismus, sondern Aktivierung heißt die Losung.

Und keine Unterdrückung, keine Unterbindung der individuellen Tat. Zu engbrüstiger Besorgnis vor den Gefahren der freien Initiative, vor übereilten törichten Handlungen und „Verirrungen" einzelner fehlt bei einer weltgeschichtlichen Erscheinung, die auf breiter Grundlage gesellschaftlicher Kräfte und Strebungen ruht, schlechthin der zureichende Grund. Eine große gesellschaftliche Bewegung kann die für sie verfügbaren gesellschaftlichen Kräfte nur durch einen in ihr selbst andauernd spielenden, verwickelten

dialektischen Prozeß herausholen und einspannen, vornehmlich in Zeiten katastrophaler Erschütterung. Nötig ist in gewissen Entwicklungsabschnitten die Zurückdrängung eingängerischer Putschbedürfnisse; dazu diente auch die Fassung und immer wiederkehrende Predigt jenes Satzes, der einseitig auf diesen Entwicklungszustand der Arbeiterbewegung zugeschnitten ist. Aber im tieferen Sinne ist die Verfehmung der Einzelaktion als anarchistisch oder anarchosozialistisch nur gerechtfertigt, wenn sie individualistisch nicht nur Erscheinungsform, sondern auch der Wirkung, der gesellschaftlichen Bedeutung nach ist. Einzelhandlungen, die Massenaktionen zu fördern oder gar auszulösen vermögen, bestehen nicht nur vor dem kritischen Auge der marxistischen Gesellschaftslehre, sondern werden von ihr geradezu gefordert.

Massenaktionen im Sinne der gleichzeitigen Bildung und Durchführung eines Entschlusses zur Tat in allen einzelnen, aus denen sich die das geschichtliche Werden entscheidende Masse zusammensetzt, sind ein Unding. Der erste Anstoß ruht stets beim einzelnen oder mehreren einzelnen; seine oder ihre Initiative ist das Signal für andere, und deren Eingreifen das Signal für die übrigen. Ein Funke ist's, der zündet, wenn auch erst der Brand der entzündeten Massen die Feuersbrunst bildet.

Es ist nicht wahr, daß in jedem geschichtlichen Zeitpunkt das Möglichste, der Gesamtheit Nützlichste mit „Naturnotwendigkeit" vollzogen wird. Dieser Satz hieße das verwickelte organische Wesen aller Gesellschaftsentwicklung mit ihrer Breite der Möglichkeiten verkennen. Naturgesetzliche Ursächlichkeit und Notwendigkeit beherrscht freilich das gesellschaftliche Geschehen; aber in die Reihe dieser Ursächlichkeit und Notwendigkeit gehört auch die vom *gesellschaftlichen* Standpunkt aus sehr wandlungsfähige und beeinflußbare individuelle Kraft und Tat, und soweit sie auslösend, massenzündend wirken kann, als ein Faktor hohen Grades.

Die bisherige Erziehung des Proletariats zur Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit, unter den von ihr umständlich gebildeten Entschluß bedarf bitter notwendig einer Ergänzung zur *freien, kühnen Initiative des Einzelnen* für den richtig gewählten Moment; durch Erziehung zum *Handeln auf eigene Verantwortung*; durch Erziehung zur Fähigkeit, in Augenblicken, wo die Entschlüsse der Massen noch *nicht* getroffen werden konnten oder Verwirrung herrscht, auf eigene Faust das richtige und nötige zu finden und zu tun — als Alarmruf für das alsbaldige Eingreifen der Massen oder im Sinne ihrer zunächst noch verkannten tieferen Interessen. Daß es Zeiten gibt, in denen die Organisationen nicht wirken und nicht wirken können, in denen alle herkömmlichen Wege zur förmlichen Bildung und Ausführung des Massenwillens ungangbar sind, hat die Arbeiterklasse

seit einem Jahre in schmerzlichen Erfahrungen kennengelernt, gründlich gelernt und hoffentlich, um es nicht wieder zu vergessen.

Daraus gilt's die Nutzanwendung zu ziehen. Die Organisation hat wenigstens in Deutschland ihr Recht erkämpft; jetzt gilt's der Individualität zu geben, was ihr gehört: die auch zu Nutzen gerade der Organisationen gebotene Ellbogenfreiheit.

Der „Mechanismus" der gesellschaftlichen Machtausübung, der „Mechanismus", durch den sich potentielle gesellschaftliche Kräfte in kinetische Kräfte durch die Tatsachen, die an sich *mögliche* gesellschaftliche Ursachen sind, sich in gesellschaftliche Wirkungen umsetzen, also in Wirklichkeit *gesellschaftliche* Ursachen werden, und die Art dieser Wirkungen, ihr Verhältnis zu der Art der Ursachen, der gesellschaftliche Resorptions- und Assimilationsprozeß, in dem diese Ursachen zu Wirkungen gestaltet werden, ist noch nicht erschöpfend untersucht. Es handelt sich um einen sehr verwickelten sozialpsychologischen Vorgang. Der seelische Zustand der Gesellschaft ist nichts weniger als beständig. Mit seinen Wandlungen wechselt die Art, in der sich die Wirkungskette abwickelt. Gleiche Ursachen können ganz verschiedene gesellschaftliche Wirkungen erzeugen. Die Verschiedenheit kann darin liegen, daß unter gewissen Umständen *jede* gesellschaftliche Wirkung ausfällt, daß eine Tatsache schlechthin gesellschaftlich unfruchtbar bleibt, nicht aufgesogen, nicht angepaßt wird; z. B. indem sie nicht bekannt oder nicht eingestanden wird. Die Verschiedenheit kann auch räumlich und quantitativ sein, d. h. in der Verschiedenheit der betroffenen Teile der Gesellschaft bestehen, wobei diese „Teile" bald verschiedene Gesellschaftsschichten (Klassen usw.), bald örtliche Gruppen verschiedener Größe sein können. Sie kann in der Qualität der Wirkung liegen, im Unterschied der erweckten Stimmung, des angeregten Urteils und des hervorgerufenen Verhaltens. Die Stärke der Wirkung auch im gleichen Gesellschaftskreis kann erheblich schwanken. Nicht minder ihre Dauerhaftigkeit. Und schließlich ist zeitlicher Ablauf, insofern die Wirkung schneller oder langsamer, sofort oder — was gar nicht selten — erst nach einem recht langen Intervall, dann aber oft um so machtvoller eintritt, nach einem Zwischenraum scheinbarer Wirkungslosigkeit, während dessen die Ursachen unter Erhaltung ihrer potentiellen Kraft in einem gesellschaftlichen Verpuppungszustande ruhen, möglich.

Der Möglichkeiten sind um so mehr, je mehr die Objekte und die Zwischenglieder nicht untätig, sondern in steter Tätigkeit verschiedenen Grades und verschiedener Richtung sind, und so die verwickeltsten Gattungen der Wechselwirkung und nach Art der Chladnischen Schall-

reihen sich gegenseitig schwächender, aufhebender, steigender Effekte entstehen.

Die Erfahrung der Kriegszeit lehrt, in wie hohem Maße der Militarismus durch Ausschaltung und Unterbindung des Gedankenverkehrs, durch Verhinderung der Nachrichtenverbreitung, die Wirkung individueller Auffassungen und Handlungen, den Einfluß von Vorgängen, die an sich die Massen aufs stärkste erregen würden, hintanzuhalten vermag.

Die Vorausberechnung der *gesellschaftlichen* Wirkung eines etwaigen Verhaltens bildet das Fundament der *politischen* Leistung.

Als Ziele des antimilitaristischen Kampfes kommen grundsätzlich *alle* Machtstellen des Militarismus in Betracht: Die militärischen, im engeren Sinne wie die bürgerlichen, seine persönlichen und seine sachlichen Werkzeuge.

Dazu einige Hinweise. Der Krieg des voll entwickelten Imperialismus zeigt mehr wie jeder frühere die Kriegführung als eine Angelegenheit nicht nur der Armee, sondern des ganzen Staatswesens, des ganzen Wirtschaftslebens und der gesamten Bevölkerung, von deren Charakter und Leistungsfähigkeit die Heeresorganisation freilich auch im Frieden hochgradig abhängt. Wie das ganze Wirtschaftsleben zu einer Funktion des Militarismus geworden ist, so der Staat zu einer bis ins einzelne durchgebildeten Maschine, weit „vollkommener", gewaltiger und verwickelter als selbst die viel bestaunte spartiatische, die sich neben ihr wie ein griechischer Wurfspeer neben einer Skodaschen 42-Zentimeter-Haubitze ausnehmen mag: die Bureaukratie ist zur Kanonokratie „emporgediehen". Von der amtlichen, halbamtlichen und privat-freiwilligen Regie zu der „Begeisterung" der öffentlichen Meinung für den Krieg, von der Durchführung der Heeresmobilisation, dem Transportwesen und dem Nachrichtendienst, von der finanziellen Mobilmachung und der Regelung der Produktion oder anderweitigen Besorgung der Heeresbedürfnisse (Waffen und Munition, Ausrüstung und Bekleidung, Verpflegung) bis zur laufenden Bearbeitung der Zivilbevölkerung (Monopolisierung aller Instrumente der Stimmungsmache durch Belagerungszustand usw. und mehr oder minder virtuose Benutzung dieser Instrumente zur Verhinderung unliebsamer Strömungen; materielle Versorgung der Zivilbevölkerung, einschließlich der Soldatenfamilien, zur Vorbeugung und zur Beseitigung unerwünschter Regungen) hat die zivile Staatsverwaltung — selbstverständlich unter militärdiktatorischer Obhut — ein außerordentliches Betätigungsfeld. Wenn ihr dabei die Parlamente, nicht nur verfassungsmäßig mitwirkend — diese Mitwirkung verflüchtigt sich unter der Herrschaft der Militärdiktatur zur theatralischen Phrase — sondern auch als gefälliger Putz, als demagogische Fänger, Treiber, Einpeitscher zur

Seite stehen, so bedeutet das eine wichtige Unterstützung, die von den parlamentarischen Vertretern der herrschenden Klassen natürlich im bestverstandenen eigenen Interesse geleistet wird.

Das Wirtschaftsleben versorgt die Armee mit ihrem Bedarf. Wie das menschliche, so auch das sachliche Material der Kriegführung heute im Gegensatz zu einst keine einmal gegebene feste Größe, sondern ein fortgesetzt sich erneuerndes, ergänzendes, nach den jeweiligen Erfordernissen an Masse und Art wechselndes gesellschaftliches Erzeugnis ist. Bei der Vielfältigkeit und Riesenhaftigkeit des laufenden Armeebedarfs ist der mit seiner Herstellung und Zuführung beschäftigte Teil des Wirtschaftslebens schier unübersehbar. Der Begriff der Rüstungs- und gar der der Kriegsindustrie, sowie der in ihrem Dienst stehenden distributiven Verrichtungen hat sich ungeahnt erweitert. Aber auch die Erzeugung und Verteilung des Bedarfs der Zivilbevölkerung, einschließlich des „geistigen" Bedarfs („panem et circenses") gehört zu den Erfordernissen des modernen Krieges: die Zivilbevölkerung muß — schon als Vorratsbecken für künftigen Heeresersatz und kapitalistische Ausbeutungsobjekte und vor allem um der Armee willen (wegen ihrer Versorgung und zur Erhaltung ihres Kampfgeistes) — schlecht und recht in möglichst guter Stimmung erhalten werden.

Die Zivilbevölkerung ist nicht nur der Träger der — persönlichen und sachlichen — Heeresversorgung, sondern, als Gegenstand der stärksten Interessen, der engsten seelischen und materiellen Lebensbeziehungen der Heeresangehörigen, ein Faktor von elementarem Einfluß auf die *„Moral"*, den „Geist" der Armee. Die Sicherung ihrer „Moral", ihres „Geistes" gehört zu den unbedingten Notwendigkeiten der heutigen Kriegführung.

Zu den menschlichen Werkzeugen des imperialistischen Militarismus gehört also außer der Armee „als Versorger der Armee" ein großer Teil der Zivilbevölkerung, den man wenigstens in den wichtigsten Zweigen auch der militärischen Disziplin zu unterwerfen sucht; und schließlich — als Mittel zur Einwirkung auf die „Moral" der Armee und als menschlicher Stoff der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt — die sonstige Zivilbevölkerung.

Zu seinen Werkzeugen rechnen zuvörderst Waffen, Munition, Ausrüstung und aller übrige Heeresbedarf, auch die Zivilbevölkerung.

Der viel größere Kreis der militärischen und bürgerlichen Machtstellungen, der menschlichen und sachlichen Werkzeuge des Militarismus in *Friedenszeiten* braucht hier nicht näher umgrenzt zu werden; das ist anderswo geschehen.

Daß der Militarismus nicht nur in seiner Friedens-, sondern auch in seiner Kriegsgestaltung zugleich der Bekämpfung des inneren Feindes dient,

redet die neueste Erfahrung mit tausend Zungen. Immerhin ist das besonders für den Militarismus in Kriegsform zweischneidig genug. Ist der „innere Feind" in der Zivilbevölkerung oder gar in der Armee selbst von einiger Kraft, so bedeutet das freilich Schwächung, weitere Gefährdung der militärischen „Moral"; seine Bekämpfung aber vergrößert leicht das Uebel, sintemalen die „Moral" des ganzen Volkes mit all seinen Klassen, Interessenkreisen und Gesinnungsgruppen und mit seiner Resonanz für Anklagen und Empörung aller Art zu beachten ist. Eine Absperrung des ganzen Volkes in Waffen vom übrigen Volk oder gar des ganzen Volkes von sich, ist Nonsens. Durch Einschnürung der Tatsachenverbreitung und des Meinungsaustausches (Kontrolle der Korrespondenz, Zensur, Zeitungsverbote, Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes) könnte dieses Bedenken theoretisch verringert werden; aber solche Maßnahmen wirken auf die „Moral" nicht völlig sklavensinniger oder eingeschüchterter Menschen an sich verhängnisvoll, und Menschen, auf die sie nicht verhängnisvoll wirken, sind — bei dem Charakter der modernen Kriegsführung — militaristisch minderwertig: eine der zahlreichen Zwickmühlen, in die der heutige Militarismus ständig gerät. Freilich ist es mit dem Seelenzustand der Soldaten und der Zivilbevölkerung im Kriege ein eigenes Ding. Besonders an der Front, in ständiger Lebensgefahr, in dauernder ungeheurer Nervenanspannung, wird er leicht eng, monomanisch und primitiv; die Triebe herrschen, der Verstand schweigt; der Ueberblick fehlt auch, der über die Kriegsereignisse — jeder Gedanke über die Interessen der unmittelbaren eigenen Lebenshaltung hinaus geht zum Teufel; selbst die Anteilnahme an den Angehörigen tritt leicht zurück — Abstumpfung, Abhetzung, nicht zur Besinnung, nicht zu Atem kommen lassen ist eine ausgezeichnete Methode der seelischen Absperrung und Mechanisierung bis zur hemmungslosen Gefügigkeit. Doch auch sie findet schließlich ihre Schranke. Bei längerer Kriegsdauer versagt selbst der suggestive Einfluß des Erfolges, und die Triebhaftigkeit des soldatischen Seelenlebens schlägt dann leicht in erhöhte Gefährlichkeit um.

So sieht sich der Militarismus bei Bekämpfung des inneren Feindes in Kriegszeiten viel ernsteren Schwierigkeiten gegenüber als in Friedenszeiten.

Ein klarblickender, in der Geschichte des amtlichen und halbamtlichen Lügen- und Heuchlertums erfahrener, allen offiziellen und offiziösen Verlautbarungen grundsätzlich schroff mißtrauender, gegen sie instinktiv sich aufbäumender, bis in die innerste Seele international und klassenkämpferisch besonnener Sozialdemokrat kann *nie* ein williges Werkzeug des Militarismus sein, nicht im Frieden oder im Kriege gegen den inneren Feind, noch im imperialistischen Krieg gegen den äußeren Feind; nicht in der Armee und

nicht außerhalb der Armee. Das ist die viel berufene Zersetzung und Zermürbung des militaristischen Geistes.

Nichts tun, was die militärische „Moral" in Heer und Zivilbevölkerung fördern kann, heißt das erste Gebot für die Bekämpfung des Krieges vor und nach seinem Ausbruch. Eiserne Konsequenz in Befolgung dieses höchsten und heiligsten Gebots ist von jedem Sozialdemokraten und von der Politik der sozialdemokratischen Partei zu fordern.

Gewaltig stärkte die politische Unterstützung des Krieges und der Regierung durch die Sozialdemokratie, wo sie stattfand, den Imperialismus; sie vervielfältigte seine Sprungkraft, seine Elastizität, seine Zähigkeit, seine Selbstsicherheit.

Die Verpönung dieses Wahnsinns ergibt sich von selbst, und damit die Pflicht der entgegengesetzten Politik — die Ablehnung jeder Unterstützung — nicht nur, sondern die konsequente rücksichtslose Bekämpfung der gesamten Regierungspolitik, die schärfste Fortführung des Klassenkampfes auf allen Gebieten; Burgkrieg, nicht Burgfrieden: Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Lage zur Aufrüttelung der Massen. In den Schrecken des modernen Krieges verblassen selbst die Nöte der blindwütigsten Säbeldiktatur: Hölle, wo ist dein Stachel! Wenn alle Bande der Menschlichkeit, der Moral zerreißen und zerflattern, wird die Autorität paragraphenbedruckter Papierfetzen leichter zum nebelhaften Schemen, als sich mancher brave Parteibureaukrat träumen läßt. Und auch das Postulat des großen Soldatenkönigs, daß der Soldat vor dem Vorgesetzten größere Angst fühlen müsse, als vor dem Feinde, ist bei der infernalischen Grauenhaftigkeit der modernen Kriegführung nicht mehr zu verwirklichen; die Wurzel der militärischen Zwangsdisziplin wird morsch.

Freilich nur unter einer Voraussetzung: Wenn wenigstens die Masse der Völker reif ist, sich ihre Zwecke selbst zu setzen, sich für eigene, selbst gewählte Ziele nach freiem Entschluß zu opfern, statt für die Ziele ihrer Feinde, die noch ihre Herren sind; wenn die kommandierte sklavenmütige Opferbereitschaft verdrängt sein wird. Sicher ist sie auch in Deutschland heute schon stärker entwickelt, als es den Anschein hat. Ungenützt verkümmert sie, wenn das Signal ausbleibt, wenn der Weg nicht gefunden wird. Schlecht besuchte Versammlungen jener totgehetzten Sorge beweisen weniger als nichts. Die *Technik* des „revolutionären" Kampfes ist in gewissen Ländern ganz unbekannt. Manch einer schmiedete sich gern ein Schwert. Die Erfahrung der Ueberlieferung mangelt. Tausend für den politischen Alltag nützliche Hemmungsvorstellungen liegen als Felsblöcke auf der Bahn. Freischöpferische, schlagfertige Aktionsfähigkeit der Ein-

zelnen, möglichst vieler Einzelner ist vonnöten. Alle Wege führen den Kritiker der revolutionären Taktik heute nach diesem Rom.

Die Vergangenheit war, und die Gegenwart ist der Triumph des Völkermordes; die Zukunft muß der Triumph des Völkerfriedens sein, und die proletarische Jugend wird der neuen Internationale voranschreiten — aufwärts — der Sonne Sozialismus entgegen.

REDE AUF DEM PARTEITAG ZU JENA 1911

. . . Den herrschenden Klassen mag die Hoffnung schwinden, durch alle ihre Mittelchen uns die Jugend abwendig zu machen; „man hemmt uns, doch man zwingt uns nicht". Ja, man hemmt uns nicht einmal. Nie und nimmer hätte die Jugendbewegung so rasch eine solche einmütige Billigung in Partei und Gewerkschaften gefunden, wenn sie nicht so verfolgt worden wäre. So ist sie durch die infame Taktik ihrer Verfolger gefördert worden. Die herrschenden Klassen werden es erleben, daß alle ihre Wünsche und Hoffnungen zerschellen. Wir rufen ihnen zu: „e pur si muove" — und sie — die proletarische Jugend — bewegt sich doch! Die Jugend des Proletariats wird Sieger bleiben über alle ihre Feinde und die Scharen liefern, die dereinst die Kämpfe weiterführen werden, die jetzt von den Erwachsenen gefochten werden. *(Lebhafter Beifall.)*

GEGEN DEN MILITARISMUS

ENTSTEHUNG UND GRUNDLAGE DER GESELLSCHAFTLICHEN HERRSCHAFTSVERHÄLTNISSE*)

Die entscheidende Stütze jedes gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses ist in letzter Linie die Ueberlegenheit der *physischen Kraft*, die als gesellschaftliche Erscheinung nicht in der Form größerer Körperstärke der einzelnen Individuen in die Erscheinung tritt, für die vielmehr dem großen Durchschnitt entsprechend zunächst einmal Mensch gleich Mensch ist und das reine zahlenmäßige Mehrheitsverhältnis entscheidet. Dieses Zahlenverhältnis entspricht nicht ohne weiteres dem zahlenmäßigen Verhältnis derjenigen Personenkreise, die widersprechende Interessen besitzen, sondern es wird, da nicht ein jeder seine eigenen wirklichen Interessen kennt, insbesondere nicht seine grundsätzlichen Interessen, da vor allem nicht jeder die Interessen seiner Klasse als seine eigenen individuellen Interessen erkennt oder anerkennt, wesentlich durch das sich je nach der geistigen und sittlichen Entwicklungsstufe der einzelnen Klasse richtende extensive Maß des Klassenbewußtseins bestimmt. Diese geistige und sittliche Stufe wiederum richtet sich je nach der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Interessengruppen (Klassen), während sich die soziale und politische Lage mehr als Folge, freilich als eine auch sehr stark zurückwirkende Folge, als ein Ausdruck des Herrschaftsverhältnisses darstellt.

Auch *unmittelbar* wirkt die rein wirtschaftliche Ueberlegenheit mit zur Verschiebung und Verwirrung jenes Zahlenverhältnisses, da der wirtschaftliche Druck nicht nur die Höhe der geistigen und sittlichen Stufe und damit die Erkenntnis des Klasseninteresses beeinflußt, sondern auch eine Tendenz erzeugt, entgegen dem mehr oder weniger wohlverstandenen Klasseninteresse zu handeln. Daß auch die politische Maschinerie derjenigen Klasse, in deren Händen sie ist, weitere Machtmittel verleiht, um jedes Zahlenverhältnis zugunsten der herrschenden Interessengruppe zu „korrigieren", lehren vier uns allen wohlbekannte Einrichtungen: Polizei, Justiz, Schule und, was auch hierher gerechnet werden muß, Kirche, Einrichtungen, die die politische Maschinerie als Gesetzgebungsmaschinerie schafft und als Gesetzanwendungs-, Verwaltungsmaschinerie ausnutzt. Die ersten beiden wirken hauptsächlich durch Drohung, Abschreckung und

*) Das Buch „Militarismus und Antimilitarismus", dem dieser Abschnitt entnommen ist, wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, der Autor selbst (im Jahre 1907) wegen Hochverrats zu 1½ Jahren verurteilt.

Gewalt, die Schule hauptsächlich durch möglichste Verstopfung aller Kanäle, durch die das Klassenbewußtsein in Hirn und Herz strömen könnte, die Kirche aber in wirksamster Weise durch Anlegen von Scheuklappen, durch Erweckung der Begierde nach dem vorgegaukelten himmlischen Honig und durch die Angst vor der höllischen Folterkammer.

Aber auch das so gewonnene Zahlenverhältnis entscheidet nicht schlechthin über das Herrschaftsverhältnis. Der bewaffnete Mensch vervielfältigt seine physische Kraft durch die Waffe. In welchem Maße sich diese Vervielfältigung vollzieht, hängt ab von der Entwicklung der Waffentechnik einschließlich Fortifikation und Strategie, deren Gestaltung im wesentlichen Folgeerscheinung der Waffentechnik ist. Die intellektuelle und wirtschaftliche Ueberlegenheit einer Interessengruppe über die andere setzt sich durch die Bewaffnung oder die bessere Bewaffnung der überlegenen Klasse geradezu in physische Ueberlegenheit um und schafft damit die Möglichkeit der vollständigen Beherrschung einer klassenbewußten Mehrheit durch eine klassenbewußte Minderheit.

Wenn auch die Klassenscheidung durch die wirtschaftliche Lage bestimmt ist, so wird danach doch das politische Machtverhältnis der Klassen nur in erster Linie durch die wirtschaftliche Lage der einzelnen geregelt, in zweiter Linie aber durch zahlreiche geistige, moralische und physische Machtmittel, die wiederum durch die wirtschaftliche Klassenlage der wirtschaftlich herrschenden Klasse in die Hand gespielt sind. Den Bestand der Klassen vermögen alle diese Machtmittel nicht zu beeinflussen, da dieser Bestand durch eine von ihnen unabhängige Situation gegeben wird, die mit Naturnotwendigkeit gewisse Klassen, die selbst eine Mehrheit darstellen können, in wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber andern Klassen, die eine kleine Minderheit sein können, zwingen und darin halten, ohne daß daran der Klassenkampf oder ein politisches Machtmittel etwas ändern könnte. *Der Klassenkampf kann also nur sein ein Kampf zur Förderung des Klassenbewußtseins einschließlich der revolutionären Tat- und Opferbereitschaft im Interesse der Klasse unter den Klassengenossen, und zur Gewinnung derjenigen Machtmittel, die für die Erzeugung oder Unterdrückung des Klassenbewußtseins von Wichtigkeit sind, sowie derjenigen körperlichen und geistigen Machtmittel, deren Besitz eine Vervielfältigung der physischen Kraft bedeutet.*

REDE AUF DEM PARTEITAG IN CHEMNITZ 1912

. . . Es ist ganz eigentümlich, daß Lensch, der sonst ein so eifriger Bekenner des antagonistischen Charakters unserer Gesellschaftsordnung ist,

hier so vollkommen versagt, und es ist erstaunlich, daß er verkennt, wie es zwar in der kapitalistischen Gesellschaft wohl notwendige Tendenzen gibt, aber keinerlei absolute Notwendigkeiten nach einer Richtung hin, und wie den notwendigen Tendenzen allenthalben ebenso notwendige Gegentendenzen entgegentreten. Und wenn Lensch erklärt, wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, so müssen wir sagen, indem wir ein Wort von Lensch aufnehmen, wir dürfen auch den Kapitalismus nicht isoliert nehmen, nicht als unter einer Glasglocke befindlich betrachten, losgelöst von den gleichzeitigen antikapitalistischen Kräften und Trieben. Es gehört zu den Tendenzen der kapitalistischen Entwicklungsperiode, daß alles zeitweilig notwendig und alles nicht dauernd notwendig ist. Wir brauchen nur zu erinnern an die kapitalistische Konkurrenz — ich spreche noch nicht von der internationalen —, wie sie in verschiedenen Perioden einen sehr verschiedenen Charakter annimmt. Das einmal Bestehende ist ein Notwendiges, nur insoweit sich nicht Gegentendenzen entfalten, die Modifikationen und Umänderungen herbeiführen. Ganz genau so liegt es mit der Frage, die uns hier beschäftigt. Es trifft nicht zu, daß im Kapitalismus keine Gegentendenzen gegen die kriegerischen Tendenzen und gegen das Wettrüsten vorhanden seien. . . . Der Imperialismus, kann man wohl kurz und bündig sagen, ist ein kapitalistisches Geschäft, und weil er das ist, empfiehlt es sich, das Wesen des Kampfes gegen den Imperialismus auf eine kaufmännische Formel zu bringen. *(Sehr gut!)* Die historische Mission des Proletariats gegenüber dem Imperialismus ist, geschäftlich betrachtet, das soziale, politische und auch wirtschaftliche Risiko der kriegerischen Form des internationalen Konkurrenzkampfes durch seine Klassenkampfpolitik für die herrschenden Klassen der beteiligten Länder dermaßen zu erhöhen, daß ihnen selbst die friedliche Verständigung in der internationalen Konkurrenz, z. B. im Sinne der Vertrustung, als das geschäftlich Zweckmäßigere erscheint. In dieser Weise das Problem aufgefaßt, haben wir nicht die Spur preisgegeben von irgendeinem marxistischen Grundgedanken. Die wichtigste der Tendenzen gegen den Imperialismus ist die vom Proletariat getragene der Solidarisierung aller Völker, des Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse innerhalb der einzelnen Länder und in der Internationale führt gegen diejenigen Kreise, deren Geschäft der Imperialismus ist. Hier gilt es weiter zu arbeiten, genau in der Richtung, in der die Sozialdemokratie, die internationalen sozialistischen Kongresse bisher gewirkt haben; wir haben nicht einen Buchstaben wegzunehmen von dem, was wir bisher gesagt und getan haben. Und wenn die Sozialdemokratie aller Länder in dieser Richtung unter Aufbietung der rücksichtslosesten Energie weiterarbeitet, so tut sie alles, um das Menschenmögliche an Macht zu entfesseln,

den Imperialismus an kriegerischen Abenteuern zu hindern. Die internationale proletarische Solidarität immer weiter auszubilden und zu festigen; den Klassenkampf immer intensiver und leidenschaftlicher zu gestalten, immer mehr bereit zu sein, mit allen Mitteln, koste es, was es wolle, dem Imperialismus entgegenzutreten, das ist meiner Ueberzeugung nach ein sehr guter und sicherer Schutzwall gegen die Völkerverhetzung der herrschenden Klassen, und wir können nichts Besseres tun gegen die Kriegsgefahr, als den herrschenden Klassen keinen Zweifel zu lassen, welch gewaltige wirtschaftliche, politische und soziale Gefahren sie durch Entzündung eines Weltenbrandes über sich heraufbeschwören, vermöge der hohen intellektuellen Entwicklung des Proletariats und vermöge der rücksichtslosen Entschlossenheit des Proletariats zum Klassenkampf. Für uns gilt in der Tat das alte Wort: si vis pacem, para bellum, wenn du Frieden willst, bereite den Krieg. Wir können sagen, wenn wir den Völkerfrieden wollen, müssen wir den Krieg, den Klassenkampf bereiten, ihn mehr und mehr international führen und schüren. Es ist nicht möglich, heute abzuirren von der Richtlinie, die wir auf unseren bisherigen Kongressen uns gezogen haben, und nur das eine ist nötig, daß wir uns heute noch einmal zu einer einmütigen und enthusiastischen Kundgebung vereinigen gegen den Imperialismus, für die internationale Solidarität und für die Anerkennung der wichtigen und bedeutungsvollen Rolle der proletarischen Macht gegenüber den Mächten des imperialistischen Kapitalismus. In einer Zeit, die dermaßen erfüllt ist mit Zündstoff, wie die heutige, ist es unmöglich, auf einem sozialistischen Kongreß über dieses Thema hinwegzugehen. Und ebenso unmöglich ist es, daß sich irgendwelche ernsthafte Meinungsverschiedenheit darüber geltend machen könnte, daß wir über alle Welt hinaus dem Proletariat zurufen: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ *(Großer Beifall.)*

REDE IM DEUTSCHEN REICHSTAG VOM 6. DEZEMBER 1912

. . . Die Herren vom Zentrum lenken die Augen des Volkes auf die Jesuiten; die Herren von der konservativen und freikonservativen Partei benutzen dazu mit Vorliebe die äußere Politik. Daß die *bonapartistischen Experimente* außerordentlich gefährlich sind, ergeben gerade die Erscheinungen der letzten Tage. Wir sehen, wie die innere und äußere Politik aufs engste zusammenhängt; wir sehen, wie sich die innere und äußere Politik zu einem Ringe zusammenschließt, wie sie organisch zusammengehören und eine äußere Politik nicht möglich ist so, wie sie eine „starke“ Regierung führen möchte, wenn durch innerpolitische Konflikte die Kraft der Be-

völkerung gehemmt, neutralisiert ist. Gerade bei auswärtigen Konflikten treten in unseren heutigen Zeiten mit ihrer weit fortgeschrittenen geistigen und psychischen Verselbständigung der Massen all die Sünden zutage, die in der inneren Politik von den herrschenden Klassen gegen eben diese Massen begangen worden sind. Sie dürfen sich nicht wundern, daß wir die Versuche, von denen ich vorhin bereits schon sprach, in dem Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob das deutsche Volk nicht von inneren Kämpfen zersetzt sei, durchaus nicht unterstützen können. Der Klassenkampf besteht, und der Klassenkampf geht weiter, und wir lassen keineswegs zu, soweit es in unserer Kraft steht, daß der Klassenkampf etwa angesichts irgendwelcher demagogischen oder bonapartistischen Erwägungen und Bemühungen, die von reaktionären Parteien oder auch von der Regierung gepflogen werden, hintangesetzt wird. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß das herrliche Kriegsheer, für das sich jetzt das Volk so einmütig begeistern soll, dasselbe Kriegsheer ist, das in Mansfeld und in Rheinfelden und im Ruhrrevier mit Bajonetten und Maschinengewehren gegen die Arbeiterschaft mobilisiert worden ist, dasselbe Kriegsheer, das damals den Haß der Bevölkerung gegen sich und seine Lenker erweckt hat. Wir denken daran, daß es dasselbe herrliche Kriegsheer ist, dem es zur Pflicht gemacht worden ist und das täglich und stündlich bereit sein soll, auf Vater und Mutter zu schießen.

Meine Herren, es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß die inneren Sünden, die *Sünden Ihrer inneren Politik* nicht dadurch wieder gutgemacht werden können, daß Sie das deutsche Volk in außerpolitische Konflikte stürzen oder aber es in einen chauvinistischen Rausch versetzen. Wir werden vielmehr dafür sorgen, daß das Gedächtnis geschärft bleibt, und daß alle die Sünden der inneren Politik nach wie vor vom Volk unvergessen bleiben und nach wie vor dazu führen, daß die Bevölkerung sich in immer größeren Scharen der Sozialdemokratie anschließt, auf daß sie sich befreien kann von dem Joch, das gegenwärtig in Preußen und in Deutschland in doppelt verschärfter Wucht auf ihr lastet.

Meine Herren, wenn wir sehen, wie man sich fortgesetzt in Sisyphusarbeit abmüht, durch vermehrte Kriegsrüstungen den Frieden zu sichern, wenn wir sehen, wie aber eben durch diese wahnsinnigen Kriegsrüstungen fortgesetzt wie äußere so auch innere Konflikte ausgelöst werden, direkt und indirekt, wenn wir sehen, wie durch Ihre gesamte innere Politik sowohl in körperlicher, gesundheitlicher wie in moralischer und anderer Beziehung die Bevölkerung geschwächt und wie sie durch all das in immer heftigere Klassenkämpfe getrieben wird, dann, meine Herren, muß man erkennen, daß diese Ihre Regierungsmethode der Stärkung des Vaterlandes wahrhaftig nicht dient. Es wird ja immer wiederholt: si vis pacem, para bellum. Bereits in der politischen Blütezeit des deutschen Bürgertums wurde dem entgegengesetzt das andere Wort: si vis pacem, para libertatem, wenn du den Frieden willst, so bereite die Freiheit des Volkes. Und wir sagen: si vis pacem, para „socialismum", wenn du den Frieden willst, mußt du den Sozialismus bereiten, den Sozialismus, der gleichzeitig eine Lösung der innerpolitischen Konflikte und Schwierigkeiten herbeiführt; der aber auch die einzige Möglichkeit, der einzige Weg ist, um auch für auswärtige Konflikte den richtigen Weg zu finden, um auswärtige Konflikte aus der Welt zu schaffen und ihre Beilegung in einer menschenwürdigen, eines Kulturvolkes würdigen Weise zu ermöglichen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, die Etatsdebatte hat gerade in diesem Jahr eine absolute Unfruchtbarkeit aller anderen politischen Parteien in der inneren Politik ergeben, eine

innerpolitische Unfruchtbarkeit, die ihresgleichen in der Vergangenheit sucht. Meine Herren, es ist nicht ein einziger neuer Gedanke zu irgendeiner Reformtätigkeit im Interesse der großen Masse des Volkes aufgetaucht. Damit haben Sie sich selbst das Urteil gesprochen über Ihre Fähigkeit zur Verwaltung, zur Leitung eines Sechzigmillionenvolkes. Es wird Ihnen nichts übrig bleiben, als angesichts gerade auch der außerpolitischen Schwierigkeiten zu verstehen, daß es nicht möglich ist, in dieser Weise fortzuwirtschaften, wenn man nicht eine schwere Gefahr über das Deutsche Reich heraufbeschwören will, eine schwere Gefahr auch selbst in Ihrem Sinn. Meine Herren, ich bezweifle allerdings sehr stark, daß Sie aus der gegenwärtigen kritischen Situation, in der Sie sich in der äußeren Politik befinden, die Lehre ziehen werden, daß Sie sich in der inneren Politik eifrig an die Arbeit machen müssen, um alle Forderungen der Bevölkerung, die schon seit Jahrzehnten mit nur allzuviel Recht erhoben werden, auch zu befriedigen. Meine Herren, aber ob Sie wollen oder ob Sie nicht wollen, wir werden nach wie vor alle unsere Kraft einsetzen, um die Masse des Volkes aufzupeitschen *(Oho! rechts)*, um die Masse des Volkes aufzupeitschen *(Bravo! bei den Soz. — Oho! rechts)*, damit Sie, ob Sie nun wollen oder ob Sie nicht wollen, vorangetrieben werden, gerufen, gezwungen werden zu Ihrer Pflicht. *(Bravo! bei den Soz.)*

SOLDATENMISSHANDLUNGEN

Die Stellung, die man auf militaristischer Seite den Soldatenmißhandlungen gegenüber annimmt, richtet sich selbstverständlich nicht nach Ethik, Kultur, Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Christentum und ähnlichen schönen Sachen, sondern nach puren jesuitischen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten. Ihre verborgene Maulwurfsgefährlichkeit für die Disziplin und den „Geist" in der Armee selbst ist bis heute noch längst nicht zur allgemeinen Erkenntnis gelangt. Das „Schäften" der Rekruten und unbequemen Mannschaften durch die alten Leute, die rohen Kasernenhofblüten und gemeinen Schimpfreden aller Art, sowie ein beträchtliches Maß von Püffen, Stößen, Schlägen und dergl., von „Hochnehmen" und „Schleifen" der Mannschaften wird bis zum heutigen Tage von der Mehrzahl der Unteroffiziere und selbst der Offiziere — die dem Volke entfremdet und feind, zu borniertesten Gewaltpolitikern en miniature dressiert sind — im Innersten ihres Herzens skrupellos gutgeheißen, ja geradezu als notwendig angesehen. Der Kampf gegen diese Exzesse stößt daher von vornherein auf einen schier unüberwindlichen passiven Widerstand. Nicht offen, aber heimlich kann man es jeden Tag hören, wie Vorgesetzte das Verlangen nach menschenwürdiger Behandlung der „Kerls" als törichte Humanitätsduselei bezeichnen. Der Dienst der Waffen ist ein rauher Dienst. Aber auch, soweit man bis zur Erkenntnis jener in der Tiefe wühlenden Maulwurfsgefährlichkeit der Disziplinarmißhandlungen durchgedrungen ist, befindet man sich wieder in einer jener

Zwickmühlen, in die ein sich der natürlichen Entwicklung entgegenstemmendes Gewaltsystem auf Schritt und Tritt geraten muß, und von denen wir schon einige aufgedeckt haben. Jene Mißhandlungen sind eben — wie noch näher zu zeigen — unentbehrliche Hilfsmittel des äußeren Drills, deren der kapitalistische Militarismus, für den die innere freie Disziplin doch unerreichbar bleibt, faute de mieux nicht entraten kann. Sie gelten trotz alles Bedenkens und Bedauerns, wir wiederholen es, zwar nicht offiziell, aber offiziös als ein zwar nicht legales, aber unentbehrliches militaristisches Erziehungsmittel.

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 19. APRIL 1913

. . . Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat mir gestern zunächst mit einem nationalökonomischen Gallimathias geantwortet, auf den näher einzugehen ich keine Veranlassung habe. Er hat dann gemeint, es seien Geheimnisse irgend welcher Art in dem hier fraglichen Falle Krupp nicht verraten worden. Meine Herren, es sind Geheimnisse verraten worden. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Das müßte dem Herrn Kriegsminister bekannt sein. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Auch er müßte wissen und unterscheiden, ob es sich handelt um den Verrat militärischer Geheimnisse an einen fremden Staat oder um den Verrat militärischer Geheimnisse an eine Privatperson. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Verrat letzterer Art ist unzweifelhaft geschehen auf Anstiftung, auf Bestechung durch Kruppsche Angestellte. Meine Herren, das ist bereits nachgewiesen. Die Firma Krupp hat eine große Anzahl von Geheimberichten über allerhand Dinge, die sich zum Teil nur auf die Konkurrenz beziehen, zum Teil aber auch auf Konstruktionen *(Hört! hört! bei den Soz.)* — neue Konstruktionen, die die Militärverwaltung und die Konkurrenz einführen will —, eine große Zahl solcher Geheimberichte in ihren Geheimfächern in Essen gehabt. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Diese Geheimberichte sind zu einem großen Teil auch beschlagnahmt worden. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Meine Herren, ich habe eine Anzahl von Abschriften dieser Geheimberichte in meinen Händen. Ich will sie dem Hause in diesem Stadium nicht zur Verfügung stellen. Ich habe dem Herrn Kriegsminister das höchste Maß von Loyalität bewiesen, indem ich ihm von diesen mir zugegangenen Papieren einige in der Form, in der sie mir zugegangen sind, überantwortet habe.

Meine Herren, es sind keine Geheimnisse, die verraten worden sind — sagt der Herr Kriegsminister. Die ganze Angelegenheit ist aber von der Firma Krupp als das Geheimste, Intimste behandelt worden. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Von der Firma Krupp sind die Geheimberichte einer ganz besonderen Person überantwortet worden, die die besondere Aufgabe gehabt hat, sie als Geheimnisse geheim zu bewahren. *(Hört! hört! bei den Soz.)*

Der Herr Kriegsminister sagt, es sei nicht erwiesen, daß höhere Kruppsche Beamte mit bei der Angelegenheit tätig seien. Meine Herren, wir sind daran gewöhnt, daß die Methode befolgt wird, die Kleinen preiszugeben, die kleinen Diebe

zu hängen und die großen laufen zu lassen — eine sehr ritterliche Methode! Gehört aber etwa der Herr v. Dewitz in Essen zu den Kleinen der Firma Krupp? *(Hört! hört! bei den Soz.)* Der ist der Verweser dieser ganzen Dinge gewesen; in seinem Schrank sind vom Berliner Untersuchungsrichter die Geheimberichte beschlagnahmt worden. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Aber es sind die Kleinen, auf die man alles abwälzen möchte, damit die Firma Krupp rein dastehe, damit man ihr weiterhin Aufträge von Reichs wegen zuwenden kann, damit die Ehre des Deutschen Reichs, die mit der Ehre der Firma Krupp merkwürdig versippt zu sein scheint *(Sehr gut! bei den Soz.)*, gerettet werde!

Meine Herren, ich habe selbstverständlich vom Herrn Kriegsminister keinen Dank erwartet. Aber daß der Herr Kriegsminister in seinen Ausführungen glaubte, der Firma Krupp noch Dank abstatten zu müssen für ihre großen patriotischen Leistungen, das mutete doch ein wenig eigenartig an. *(Zustimmung und lebhafte Zurufe bei den Soz. — Unruhe.)* Vielleicht ist der Herr Kriegsminister, der ja jetzt gar oft an patriotischen Zentenarfeiern teilzunehmen hat, dabei durch die Gewohnheit hingerissen worden. Ohne Krupp kann man ja alle die patriotischen Ruhmeslieder auf Deutschland gar nicht singen, wie sie in den Kriegervereinen, im Jungdeutschlandbund, in allen Militärvereinen usw. gesungen werden. Wenn Krupps Ruhm zusammenstürzt, dann hat unser deutscher Patentpatriotismus einen schweren Schlag erlitten. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Man braucht nur zu beachten, wie sich die Presse heute zum Teil stellt. Die „Deutsche Tageszeitung" registriert die gestrigen Vorgänge mit der Bemerkung: „eine schwere Beleidigung" — ich weiß nicht, vielleicht sogar: eine Verleumdung — „der Firma Krupp". *(Hört, hört bei den Soz.)* Das ist die Art, wie — — *(Abgeordneter Dr. Oertel erhebt sich von seinem Platze. — Große anhaltende Heiterkeit.)* — Lassen Sie es sich nur einmal geben! *(Abgeordneter Dr. Oertel: Das steht nicht darin!)* — Ich werde es Ihnen gleich zeigen. *(Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Paasche:* Ich bitte, Herr Abgeordneter, nicht Privatgespräche zu führen.

Meine Herren, die „Tägliche Rundschau" reagiert in einer höchst verwerflichen Weise auf diese Dinge, indem sie dasselbe, was ich hier vorgebracht habe, in einem Entrefilet in einer geradezu schnoddrigen Weise verhöhnt, während es die Kruppschen Entschuldigungsmeldungen breit und auffällig wiedergibt. Das ist auch so ein Organ, das sich nicht genug tun kann in patriotischem Geschrei, ein Organ, von dem man so sicher, wie zweimal zwei vier ist, sagen kann, daß, auch ohne daß es vielleicht die Betreffenden wissen, die geheimen Kanäle jener Rüstungsinteressenten hineinleiten. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat die Frage aufgeworfen, wieviel wir doch der Firma Krupp in Deutschland verdanken. Ich werfe die Gegenfrage auf: was verdankt die Firma Krupp dem deutschen Volke?! *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Der Herr Kriegsminister hätte sich doch einmal die Frage vorlegen sollen, ob die Leistungen der Firma Krupp nicht recht gut bezahlt worden sind. *(Lebhaftes „Sehr wahr!" bei den Soz.)*, und ob die Hunderte von Millionen, die jetzt in den Händen dieser Firma sind, nicht den Taschen der Aermsten der Armen des deutschen Volkes entnommen worden sind. *(Lebhaftes Sehr wahr! bei den Soz. — Unruhe rechts.)* Die Firma Krupp sollte dem deutschen Volke danken, daß es diese Firma

so hat blühen, wachsen und gedeihen lassen, wenn auch zu einem großen Teil recht widerwillig.

Die Firma Krupp als patriotische Firma! Ist Ihnen vielleicht erinnerlich, Herr Kriegsminister, daß am 29. April 1868 Herr Friedrich Krupp, Gußstahlfabrikant zu Essen im Kreise Duisburg, an einen gewissen Napoleon III. von Frankreich einen Brief gerichtet hat, der in den bekannten „Briefen deutscher Bettelpatrioten" abgedruckt ist *(Hört, hört! bei den Soz.)*, in dem es heißt:

> Ermutigt durch das Interesse, welches Eure erhabene Majestät für einen einfachen Industriellen und die glücklichen Ergebnisse seiner Bemühungen und seiner unerhörten Opfer bewiesen haben, wage ich von neuem, mich Allerhöchstderselben mit der Bitte zu nahen, geruhen zu wollen, beifolgenden Atlas anzunehmen. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Er enthält eine Sammlung von Zeichnungen verschiedener in meinen Werkstätten eingeführter Gegenstände. *(Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.)* Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß besonders die vier letzten Seiten, welche die Gußstahlkanonen darstellen *(Hört, hört! bei den Soz.)*, die ich für verschiedene hohe Regierungen Europas angefertigt habe, einen Augenblick die Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf sich lenken dürften und meine Kühnheit entschuldigen werden.
>
> Mit dem tiefsten Respekt, mit der größten Bewunderung — (man könnte hinzufügen: und mit der Hoffnung auf recht zahlreiche Bestellungen) — *(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.)* bin ich Eurer Majestät untertänischer und ergebenster Diener. *(Heiterkeit und Zurufe bei den Soz.)*

Und damit Sie auch wissen, meine Herren, unter wessen Segen die Firma Krupp sich so glänzend entwickelt hat, will ich Ihnen die Antwort Napoleons III. vorlesen. Sie lautet:

> Der Kaiser hat mit vielem Interesse den Atlas empfangen, und Seine Majestät haben den Befehl gegeben, Ihnen für diese Mitteilung zu danken und Ihnen zu wissen zu tun, daß Seine Majestät lebhaft den Erfolg und die Ausdehnung einer Industrie wünschen, welche die Bestimmung hat, der Menschheit beträchtliche Dienste zu erweisen. *(Zurufe und Lachen bei den Soz.)*

Es ist nur noch notwendig, daß in das Kruppsche Wappen ein Heiligenschein aufgenommen wird, in dem der Name Napoleon III. einzuschreiben wäre. *(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)*

Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat nicht nur der Firma Krupp den besonderen patriotischen Dank auszusprechen sich für verpflichtet gehalten, sondern er ist sogar so weit gegangen, mir einen kleinen Vorwurf zu machen, daß ich die Sache vorgebracht hätte; es würde das nicht dienlich sein für die Untersuchung, meint er. Meine Herren, wenn etwas bewiesen hat, daß es notwendig war, die Sache jetzt vorzubringen, dann ist es die Art, wie der Herr Kriegsminister mir gestern geantwortet hat *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, und die Tatsache, daß der Herr Kriegsminister gestern zugegeben hat, daß ihm jener unerhörte Brief der Deutschen Munitions- und Waffenfabrik bereits seit zwei Jahren bekannt war, und daß er dennoch gegen diese Firma nichts unternommen hat *(Hört, hört! bei den Soz.)*, obwohl dieser Brief doch in der Tat ein mindestens sehr starkes Stück auch für die stärksten Nerven der stärksten Geschäftspatrioten darstellt.

Wie nötig es war, dieses Material hier vorzubringen, beweist aber weiter eine andere Tatsache. Nämlich die Untersuchung, die in der Hauptsache geschlossen ist, ist nunmehr auch gekehrt worden gegen denjenigen, von dem man den Ver-

dacht hat, daß er mir die Mitteilungen gemacht hat. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Meine Herren, das ist eine altbewährte Methode in Preußen: *(Zurufe von den Soz.)* wenn ein Mißstand aufgedeckt wird, dann wird vor allem auch eingeschritten gegen den, der ihn aufgedeckt hat. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Nachdem ich als Zeuge vernommen worden bin in einem Verfahren, das dienen soll der Ermittlung, der Feststellung, ob irgendeine Person als Ueberlieferer dieses Materials in Frage kommen kann, sehe ich mich allerdings verpflichtet, auch meinerseits mit aller Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Im übrigen muß ich darauf hinweisen: der Untersuchungszweck kann nicht mehr gefährdet werden, denn alles Material ist bereits in den Händen der Richter *(Hört, hört! bei den Soz.)*, alles ist beschlagnahmt; es kann sich jetzt nur noch darum handeln, die rechtliche Qualifikation für die Handlungen zu finden; das Tatsächliche liegt bereits fest in den Akten. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Aber etwa mit diesen Mitteilungen so lange zu warten, bis die Heeresvorlage unter Dach und Fach sein würde, das konnte mir natürlich nicht beikommen *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, um so weniger, als ich und alle meine Freunde und jeder Einsichtige vielleicht nach diesen Enthüllungen noch mehr als bisher wissen, daß es in der Tat gegenwärtig keine größere Gefahr für den europäischen Frieden gibt — das muß immer wiederholt werden — als die französische und deutsche Heeresvorlage. — Und die deutsche Heeresvorlage ist unzweifelhaft, genau wie die französische Heeresvorlage, zu einem sehr wesentlichen Teil das Produkt der patriotischen Wühlarbeit jener Sorte verächtlicher Geschäftspatrioten, von denen ich gesprochen habe. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, das Gemeinwohl hat mein Vorgehen gefordert, hat mir zur Pflicht gemacht, die gemeingefährlichen Praktiken der Rüstungsinteressenten aufzudecken!

Ich habe gestern gesprochen von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, von den Dillinger Werken, von Krupp. Der Herr Kriegsminister hat Krupp halb oder dreiviertel in Schutz genommen und noch dazu verherrlicht; er hat in bezug auf die Waffen- und Munitionsfabrik zugegeben, daß er nichts getan hat, und auch nicht gesagt, daß er etwas zu tun gedenke *(Hört, hört! bei den Soz.)*, und über Dillingen hat er gänzlich geschwiegen. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich daraus die Schlußfolgerung herleite, daß die erforderliche Energie zum Eingreifen beim Herrn Kriegsminister noch nicht vorhanden ist, daß er denjenigen Standpunkt, über den meiner Ansicht nach gar nicht diskutiert werden kann, weder in einer Verwaltung, die auf Reinlichkeit hält, noch in einem Parlament, das auf Reinlichkeit hält, bisher noch nicht mit der wünschenswerten Sicherheit eingenommen hat. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Dabei ist die Sache von einer viel größeren Bedeutung, als nur durch den Namen Krupp angedeutet wird, oder durch die Namen Krupp, Waffen- und Munitionsfabrik, Dillingen. Ich habe zu Beginn meiner gestrigen Ausführungen auf den Panzerplattenkonzern hingewiesen. Es ist Ihnen bekannt — das pfeifen ja die Spatzen von den Dächern; hier sitzen ja viele Herren, die über diese Dinge besser Bescheid wissen als wir — *(Hört, hört! bei den Soz.)*, daß die Rüstungsinteressenten untereinander allgemein kartelliert sind. Es ist weiterhin bekannt, daß Krupp der führende Name, die führende Macht in der Rüstungsindustrie ist. Wenn nun dasjenige, was ich hier vorgetragen habe, bei der Firma Krupp, der angesehensten aller dieser Fabriken, vorkommt und nicht mehr bestritten werden kann, was für ein Licht wirft das dann auf die gesamte deutsche Rüstungsindustrie? Wessen haben

wir uns zu versehen bei den übrigen Unternehmungen, die auf demselben Gebiete liegen? Die allergrößte Vorsicht ist geboten, das allergrenzenloseste Mißtrauen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Der Kriegsminister müßte eine allgemeine Enquete einleiten, die in der rücksichtslosesten Weise allen Firmen gegenüber durchgeführt würde. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Denn wenn das bei Krupp und bei der Waffen- und Munitionsfabrik passiert ist, dann garantiert uns niemand dafür, dann spricht vielmehr eine gewisse Wahrscheinlichkeit — möchte ich fast sagen — dafür, daß die anderen Firmen in ihren Geschäftspraktiken nicht wesentlich anders, anständiger als diese beiden großen Firmen, sein werden. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Ich habe bei dem Herrn Kriegsminister vermißt, daß er diese allgemeine Konsequenz gezogen hat. Daß der Konzern der Rüstungsinteressenten nicht nur ein deutscher Konzern, sondern ein internationaler ist, darauf weist ja bereits der Vorgang Dillingen hin. Ich darf auch darauf hinweisen, daß die Firma Krupp mit ihrer vollen Firma, vollkommen unverschleiert, in Oesterreich-Ungarn an einem größeren Konzern teilnimmt, also über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Daß es sich um eine Sache von prinzipalster Bedeutung für das Wohl des Vaterlandes handelt, das dürfte doch wohl außer Zweifel stehen.

Was habe ich nachgewiesen? Ich habe dargetan, daß die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in der ausländischen Presse falsche Nachrichten verbreitet, um auf diese Weise in Deutschland Stimmung für eine neue Heeresvorlage zu machen. Ich habe nachgewiesen, daß die Firma Krupp in Essen mit Bestechung, mit dem Mittel des Verrats militärischer Geheimnisse arbeitet, daß sie damit bereits seit Jahren arbeitet, und zwar mindestens mit Kenntnis und auf Betreiben sehr hoher Angestellter dieser Firma. Das sind Dinge von allergrößter Bedeutung, die dazu führen müssen, daß die Stellung des Reichstags zu der Frage unserer Rüstungen und der Art, wie die erforderlichen Materialien aufgebracht werden, sich gegenüber der Vergangenheit wesentlich verändert. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Die Bestechlichkeit — darauf möchte ich hinweisen — der unteren oder oberen Beamten der Militärverwaltung fördern, wie es die Firma Krupp getan hat, das ist wahrlich keine Kleinigkeit. Das heißt diese Beamtenschaft korrumpieren *(Sehr wahr bei den Soz.)*, das heißt diese Beamten doppelt zugänglich machen etwaigen Bestechungen auch aus dem Auslande. *(Erneute Zustimmung bei den Soz.)* Das ist wohl kaum eine „hochherzige Betätigung patriotischer Gesinnung", für die ein solcher Dank hätte abgestattet werden müssen, wie ihn gestern der Herr Kriegsminister abgestattet hat. *(Sehr gut! bei den Soz.)* Diese Leute, wie sie in der Firma Krupp, wie sie in der Waffen- und Munitionsfabrik, wie sie in dem Werke Dillingen das große Wort führen und diese Geschäftspraktiken ausüben, das sind dieselben Leute, denen der größte Teil der jetzt neu geforderten Milliarden aus den Taschen des Volkes gezahlt werden soll, das sind dieselben Leute in deren Taschen jährlich ungezählte Millionen geflossen, das sind dieselben Leute, die gleichzeitig den Hauptprofit aus unserer heutigen Militärverfassung, aus den heutigen kapitalistischen Zuständen ziehen *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, und die als die schlimmsten Scharfmacher die Massen der Bevölkerung gewalttätig niederhalten, das sind die Rufer zum Streit in der Unterdrückung der Bevölkerung, die Hauptschreier nach Zuchthaus- und Ausnahmegesetzen. *(Wiederholte Zustimmung bei den Soz.)* Das sind dieselben Leute, die der Sozialdemokratie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu machen sich erdreisten. Diese Musterpatrioten dürften

gerichtet sein mit ihrem Gebaren, das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Meine Herren, ich habe, indem ich mein Material hier vorgebracht habe, meine Schuldigkeit getan; der Herr Kriegsminister wird seine Schuldigkeit zu einem großen Teil noch zu tun haben. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Es darf nichts verschleiert und nichts vertuscht werden. Es handelt sich hier um ein Panama, schlimmer als Panama. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Wir wollen abwarten, ob die Regierung die nötige Energie finden wird, um auch der allmächtigen Kapitalsclique gegenüber mit der nötigen Wirkung einzugreifen, und wir wollen abwarten, ob auch die Mehrheit dieses Reichstags die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen wird, die im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse des europäischen Friedens gezogen werden müssen. *(Lebhafter Beifall bei den Soz.)*

Vizepräsident Dr. *Paasche:* Das Wort hat der Herr Kriegsminister.

REDE IM DEUTSCHEN REICHSTAG VOM 20. JUNI 1913

. . . Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat vor einigen Tagen von einem Zusammenhang zwischen der Armee und dem Volkę gesprochen, den er nicht zerstört wissen möchte. Ich habe jetzt von einer besonderen Art des Zusammenhangs zwischen Militär und Volk zu sprechen, nämlich von der Beziehung der Armee zum Volke, die mit der Beziehung des Hammers zum Ambos zu vergleichen ist. Das ist der ernsteste Abschnitt aus dem ernsten Kapitel des Militarismus in seiner Arbeit gegen das Volk.

Unser Antrag befaßt sich einmal mit dem *Verhältnis der Armee zum Streikbruch.* Die Armee hat häufig genug in Streiks eingegriffen, indem Soldaten zum Streikbruch kommandiert werden. Besonders in der Erinnerung dürfte jener Fall sein, der sich, wenn ich nicht irre, im Jahre 1896 in Torgau abgespielt hat, und bei dem das Mitglied des Reichstags General v. Liebert mitgewirkt hat. Es war, wenn ich nicht irre, ein Bäckerstreik, zu dem er Soldaten kommandiert hatte. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Herr v. Liebert erklärte damals, dieser Streik sei mit Feuersbrunst und Wassersnot gleichzusetzen. Besonders bei Transportarbeiterstreiks greift immer wieder das Militär ein, um die etwa durch den Streik vakant gewordenen Stellen zu besetzen. Ich will mich mit den Einzelheiten dieses Themas nicht befassen; das wird ein anderer meiner Parteigenossen tun. Ich möchte hier nur noch jene unverantwortlichen Uebergriffe der Militärbehörden erwähnen, die, wie z. B. in Nürnberg bei dem Streik von 1906, die zur Reserve übertretenden Mannschaften in Streikbrecherarbeit zu pressen versucht haben.

Meine Herren, das Hauptgewicht meiner Ausführungen will ich legen auf die *Verwendung der Armee als Gewaltwerkzeug im wirtschaftlichen und politischen Kampfe* zur Niederhaltung und Niederwerfung des Volks, besonders der Arbeiterklasse. Mein Freund Lensch hat bei der Erörterung unseres Gardeantrags von diesen Dingen gesprochen. Der Herr Kriegsminister hat ihm ziemlich ausführlich erwidert, er hat aber auf die Angriffe wegen der Verwendung der Garde gegen den

inneren Feind nicht ein einziges Wort der Erwiderung gefunden. Um so mehr ist es nötig, daß wir noch einmal auf dieses Thema gründlicher eingehen.

Es handelt sich da keineswegs um blutrünstige Phantasien irgendeines Revolutionärs im Heugabelsinne; es handelt sich vielmehr um die Weltanschauung des deutsch-preußischen Militarismus. Es sind eine große Zahl von Reden und Zeugnissen vorhanden, beunruhigenden Worten, Drohungen, die kurz zusammengestellt werden müssen, um den ganzen Ernst dieser äußerst gefährlichen Seite des Militarismus zu erkennen.

Meine Herren, der Inhaber der Kommandogewalt hat im Mai 1889 zu jener bekannten Deputation der Bergarbeiter gesagt:

> Bei dem geringsten Widerstand gegen die Behörden lasse ich alles über den Haufen schießen. *(Hört, hört! bei den Soz.)*

In den Hohenloheschen Memoiren ist unter dem 12. Dezember 1889 berichtet: Der Inhaber der höchsten Kommandogewalt habe erklärt, wenn die Sozialdemokratie im Berliner Rathaus die Mehrheit haben würde, dann würden die Sozialdemokraten die Bürger plündern *(Hört, hört! bei den Soz.)*; ihm, dem Inhaber der Kommandogewalt, sei dies gleichgültig, er würde Schießscharten an das Schloß machen lassen und zusehen, wie geplündert wird; dann müßten ihn schon die Bürger um Hilfe anflehen.

Am 23. November 1891 wurde bei einer Rekrutenvereidigung in Potsdam nach dem offiziellen Texte folgendes gesagt:

> Ihr habt Mir Treue geschworen, d. h. ihr seid jetzt Meine Soldaten, ihr habt euch Mir mit Leib und Seele ergeben. Es gibt für euch nur einen Feind, und der ist Mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß Ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen. Aber auch dann müßt Ihr Meinen Befehl ohne Murren befolgen.

Meine Herren, ohne Murren! Daß der eine Feind, von dem hier der Inhaber der Kommandogewalt spricht, der innere Feind ist, der Sozialismus, das ergibt der Wortlaut und der Zusammenhang. Es ist also in dieser Rede von dem äußeren Feinde mit keinem Worte die Rede, es ist nur die Rede von einem Feinde, dem inneren Feinde, der Sozialdemokratie.

Meine Herren, gedenken Sie weiter jenes Vorgangs aus dem Anfang der 90er Jahre, den Fürst Bismarck dem Professor Dr. Kämmel erzählt hat. Bismarck betonte, die sozialdemokratische Frage sei eine militärische. Er wies auf Hamburg hin. Er erinnerte an ein Gespräch, das er mit dem Inhaber der Kommandogewalt gehabt habe. In Hamburg — so hat er damals referiert — besteht das besondere Privileg, daß die Truppen nur aus Hamburger Bürgern bestehen dürfen; und die Hamburger Bevölkerung besteht zum größten Teil aus Sozialdemokraten. Wenn nun diese Truppen sich einmal weigern würden, auf Vater und Mutter zu schießen — so hat Bismarck den Inhaber der Kommandogewalt gefragt —, was dann? Wie soll eingegriffen werden? Soll dann gegen Hamburg das Militär von Schleswig-Holstein oder Hannover mobilisiert werden? Dann hätten wir in Hamburg eine neue Kommune, — so sagte Bismarck. Der Inhaber der Kommandogewalt war, nach dem Berichte Bismarcks und des Herrn Professors Kämmel, eingeschüchtert: er sagte, er wolle nicht einmal „Kartätschenprinz" heißen, wie sein Großvater, und nicht gleich am Anfang seiner Regierung bis an die Knöchel im Blute waten — „nicht gleich am Anfange seiner Regierung". Bismarck hat darauf nach seinen eigenen Worten erwidert:

Ich sagte ihm damals: „Eure Majestät werden noch viel tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen". *(Hört, hört! bei den Soz.)*

Meine Herren, diese Dinge sind etwas alt, aber sie sind doch nicht veraltet; denn wir haben eine dauernde Kette von gleichartigen Aeußerungen bis in die Gegenwart hinein. Im Jahre 1901 wurde jene berühmte Alexandrinenrede gehalten. Das Kaiser-Alexander-Regiment wurde als Leibwache angesprochen, die Tag und Nacht bereit stehen müsse, um für den Inhaber der Kommandogewalt und sein Haus, wenn es gelte, Leben und Blut in die Schanzen zu schlagen.

Und wenn jemals wieder in dieser Stadt eine Zeit wie damals kommen sollte, eine Zeit der Auflehnung, wie 1848, gegen den König, dann — davon bin ich überzeugt — wird das Regiment „Alexander" alle Unbotmäßigkeit und Ungehörigkeit wider seinen kaiserlichen Herrn nachdrücklich in die Schranken zurückweisen.

Die Schießschartenkaserne der Alexandriner ist weltbekannt geworden.

Machen wir einen Sprung von 8 Jahren; wenn ich nicht sehr irre, war es 1909 — oder war es bereits 1907? —, daß irgendein Kadett, ein wildgewordener Kadett — freilich plagiierend — jene Reime reimte von der roten Schar, die es etwa nach einem roten Jahr oder nach blauen Bohnen gelüstete, und von den Kadetten, die gerüstet bereit stehen.

Dann wird nicht erst mit den Augen gezwickt:
Wir schießen für unseren Kaiser!

Dieser edle Kadett, der hoffentlich damals bereits lange Hosen trug, wurde für dieses sein Gedicht, seine große poetische Plagiatleistung, von dem Inhaber der Kommandogewalt ganz besonders öffentlich belobigt *(Hört, hört! bei den Soz.)* wegen seiner Bereitwilligkeit, für den Kaiser auf den inneren Feind zu schießen. Das Gedicht wurde auf Allerhöchste Anordnung in den Kadettenhäusern verteilt.

Schließlich erinnern wir uns jenes Vorgangs vom Jahre 1912, jener bekannten Rede, die vom Inhaber der Kommandogewalt gehalten wurde, in der gedroht wurde, die *Verfassung von Elsaß-Lothringen in Scherben zu schlagen.* Dieses Inscherbenschlagen könnte natürlich nur mit Hilfe eben des Militarismus, der Armee, von statten gehen; darüber war sich natürlich der Inhaber der höchsten Kommandogewalt vollkommen klar.

Meine Herren, daß diese Redewendungen nicht etwa isolierte Aeußerungen einer einzelnen, in mittelalterlichen Anschauungen befangenen, einen mystischen Militarismus vertretenen Persönlichkeit sind, das beweist eine große Anzahl von Aeußerungen ganz verwandter Art von verschiedenen Personen.

Meine Herren, das bekannteste Beispiel von dem Leutnant und den zehn Mann, jenes Wort des früheren Mitglieds des Reichstags, des Herrn v. Oldenburg, hat für uns einen sehr großen Wert; es ist für uns agitatorisch von allergrößtem Vorteil geworden. Aber von fast noch größerem Interesse als dieses Wort des Herrn v. Oldenburg (Januschau), von fast noch größerem Interesse als der Beifall, der diesem skrupellosem Worte, diesem frechen Worte damals in diesem Hause gespendet wurde, ist für mich in diesem Monat jene Enquete, die der Berliner Magistratsrat Kremski unter Offizieren und Staatsbeamten über ihre Auffassung zu diesem Oldenburg-Januschauschen Wort veranstaltete. Besonders charakteristisch ist aus dieser Enquete die Antwort eines Offiziers, die dahin ging: selbstverständlich werde er bereit sein, einem Befehl, den Reichstag mit Gewalt aus-

einanderzujagen, nachzukommen. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Der Offizier setzte hinzu:

> Ich könnte mir ja gar nichts Schöneres denken, als einmal ordentlich in die Quatschköpfe rinpfeffern zu können. *(Hört, hört! und Heiterkeit bei den Soz.)*

Meine Herren, „die Quatschköpfe!" *(Zurufe.)* Sie sehen daraus, wie in militaristischen Kreisen über den Reichstag geurteilt wird, wie man dort mit einem geradezu grenzenlosen Hochmut und mit einer grenzenlosen Bereitwilligkeit zu hochverräterischer Gewalttätigkeit dem Reichstag gegenübersteht.

Auch jene Rede des Mitgliedes des Herrenhauses v. Puttkamer vom 8. April 1911 gehört hierher, in der er mit dürren Worten erklärte, daß es früher oder später doch zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse kommen werde, und daß in diesem Kampf der Gegner vernichtet werden müsse, der Kampf müsse bis zur äußersten Konsequenz geführt werden, mit Nerven von noch ganz anderer Art, als sie selbst ein Bismarck und Roon in der Konfliktsperiode gezeigt hätten.

Meine Herren, auch die Rede des Herrn v. Deimling, die er am 16. d. M. bei dem Jubiläum gehalten hat, gehört in dieses Gebiet. Der Herr hat erklärt:

> sie wollten alle im Kampf gegen alle destruktiven Kräfte, gegen alle, die Unfrieden und Zwietracht säen in den Reichslanden, gegen die Reichsfeinde, dem Kaiser treu zur Seite stehen. Wenn einmal die Stunde kommen sollte — und wer weiß, ob sie nicht kommen wird und mit Naturnotwendigkeit kommen muß —, dann soll diese Stunde ein Geschlecht finden, nicht entnervt durch falsche Friedensutopien, sondern ein Geschlecht, tatkräftig, opferfreudig, gewillt, für das Vaterland alles hinzugeben.

Es ist ersichtlich, daß dabei in erster Linie an einen Kampf mit dem inneren Feind gedacht ist.

Von größtem Interesse, meine Herren, ist die Haltung der konservativen Presse zu den *Vorgängen in Ungarn.* Dort wird ein brutales Regiment, eine *Säbeldiktatur* über das Parlament und die Bevölkerung aufrechterhalten. Die Vorgänge in Budapest will ich hier nicht im einzelnen erörtern. Ich bin überzeugt, daß die ganz überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes und auch des Reichstags mit mir darin einig ist, daß diese Säbeldiktatur in Ungarn geradezu eine Schmach für den gesamten Parlamentarismus ist. Der Präsident des ungarischen Reichstags, Tisza, jener von dem ungarischen Volk bis aufs Blut gehaßte gemeingefährliche Reaktionär, dieser Mann, der jetzt zum Ministerpräsidenten in Ungarn ernannt worden ist, hat bei allen seinen Aktionen, bei der Verwendung des Militärs gegen das Parlament natürlich den begeistertsten Beifall unserer reaktionären Parteien gefunden. Und es ist charakteristisch, daß in der konservativen Presse nicht ein einziges Wort des Tadels zu finden war gegenüber dem Panamisten Lukacs, der in Schimpf und Schande aus seinem Amt hat fliehen müssen, daß dieser Panamist Lukacs in den Augen der konservativen Partei durch die brutale militaristische Scharfmacherei des Tisza und seiner Kumpane gedeckt ist. Sie sehen also, meine Herren, daß unsere Reaktionäre wahrlich nicht skrupellos sind, wenn es sich um die Auseinandersetzung zwischen ihnen und dem aufstrebenden Volk handelt.

Deutlich war jenes Wort des Herrn v. Massow: „Der einzige Trost, den wir haben, sind die Bajonette und die Kanonen unserer Soldaten." *(Hört! hört! bei den Soz.)* Das ist der Gedanke, den gewiß gar viele Mitglieder der reaktionären Parteien auch in diesem Hause hegen; das ist offenbar der Gedanke, von dem

unsere Militärverwaltung beseelt ist, das ist der Gedanke, der auch in den Reden des obersten Kriegsherrn immer wiederkehrt, der nicht müde geworden ist zu betonen, daß die Armee das sicherste Bollwerk, der festeste Pfeiler sei, auf dem das Reich und seine Herrlichkeit beruhen.

Von größtem Werte war der Satz der „Kreuzzeitung" von 1907: „Der innere Feind ist gefährlicher als der äußere Feind *(Hört, hört! bei den Soz.)*, weil er die Seele unseres Volkes vergiftet und uns die Waffen aus der Hand windet, ehe wir diese noch erheben." Ich bin fest überzeugt, daß das durchaus der Auffassung großer Parteien dieses Hauses entspricht, und ich weiß nicht, ob nicht auch in der Militärverwaltung diese hochpatriotische Auffassung eine recht weite Verbreitung gefunden hat, daß nämlich der innere Feind, d. h. der Volksgenosse, der Mitbürger mit unbequemer politischer Auffassung, schlimmer und staatsgefährlicher sei als der äußere Feind.

Der Herr Kriegsminister hat vor einigen Tagen noch mit dem Pathos, das ihm so gut ansteht, abgeleugnet, daß unser Militär zu politischen oder wirtschaftlichen Kämpfen benutzt werde. Als ihm das Wort: „Ruhrstreik", „Mansfeld" dazwischengerufen wurde, hat er seine Bemerkung dahin eingeschränkt, das Militär sei ja in diesen Fällen nur zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung zugezogen worden. Anders hat sich der Herr Kriegsminister bereits am 17. d. M. ausgelassen. Da hatte er sich wieder aus der großen patriotischen Phrase zurückgefunden, mit der die Militärvorlage im übrigen begründet worden ist, und die alle die Klassengegensätze in der deutschen Bevölkerung nach Möglichkeit zu vertuschen suchte. Da hat er sich wieder zurückgefunden auf den Standpunkt des Vertreters einer Armee, die staatserhaltend zu wirken hat im Sinne der deutsch-preußischen Reaktion: „Die Armee ist sich dessen bewußt, in ernster Zeit das Rückgrat des Staates zu bilden" usw.

Meine Herren, daß alle die Worte, die ich eben zitiert habe, keineswegs nur graue Theorie sind, sondern ein ernster Wille der Militärverwaltung hinter ihnen steht, dafür zeugen Taten ernstester Art.

Ich will zuerst von wirtschaftlichen Kämpfen sprechen, bei denen die Armee mobilisiert worden ist. Ich will nicht weiter zurückgreifen. Die Weberkrawalle vom Jahre 1847 sollen das erste Beispiel sein. Es blieben auf der Strecke damals 11 Tote, 24 Verwundete von diesen ausgemergelten Proletariern. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Im *Ruhrstreik* vom Jahre 1889 sind insgesamt 5 Tote und 9 Verwundete auf der Strecke geblieben. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Das war am 10. Mai 1889! Bei dem Ruhrstreik vom Januar bis Februar 1905 ist das Militär konsigniert und in Bereitschaft gehalten worden, und das hat dem ganzen Streik seine Signatur aufgedrückt. In Mansfeld, insbesondere im Oktober 1909, ist das Militär in einer geradezu provokatorischen Weise eingeschritten. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Die 66er wurden aus Magdeburg und die 36er aus Halle herangezogen, Maschinengewehrabteilungen fuhren in den Straßen von Mansfeld, Hettstedt und anderen Orten auf. Mit aufgepflanztem Bajonett auf der Straße patrouillierten die Soldaten, mit scharfen Patronen versehen, um bei der ersten gegebenen Gelegenheit den um eine bessere Lebenshaltung kämpfenden Proletariern blaue Bohnen zum Sattwerden „in den Wanst zu applizieren".

Bei dem Ruhrstreik vom Jahre 1912 ist der Militarismus in derselben rücksichtslosen und unerhörten Weise vorgegangen. Es wurden aus Münster zwei Bataillone Infanterie und zwei Schwadronen Kürassiere in den Kreis Reckling-

hausen gebracht, ein Regiment Infanterie, zwei Schwadronen Husaren in den Kreis Dortmund, Maschinengewehrabteilungen aus Minden und Infanterieregiment Nr. 15. Ich habe persönlich gesehen, wie das Militär dort gewirkt hat. Auf dem Wege von Dortmund nach Lütgendortmund traf man überall auf den Straßen Kavalleriepatrouillen, kriegsbereit, gegen den inneren Feind vorzugehen. In Castrop waren Maschinengewehre — wenn ich nicht irre, sechs Stück — aufgepflanzt, zum Niederknallen streikender Arbeiter. Diese Maschinengewehre wurden jeden Tag zur Abschreckung der Bevölkerung durch die Stadt gefahren. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Erwähnung verdient die Instruktion, die am 14. März in Unna nach dem Aussteigen ein Offizier der 13er aus Münster seiner Kompagnie gegeben hat. Sie lautete: „Wenn Zusammenrottungen stattfinden, sind die Leute dreimal aufzufordern, auseinanderzugehen; gehen sie nicht auseinander, so ist von der Schußwaffe Gebrauch zu machen; auf keinen Fall darf in die Luft geschossen werden." *(Lebhafte Zurufe von den Soz.: Hört, hört!)* Ein Soldat, der bei dieser barbarischen Instruktion angeblich gemurmelt haben soll, wurde sofort — wenigstens wurde so berichtet, die Sache wurde nachher vertuscht — entwaffnet und unter Bedeckung in die Garnison zurückgeschafft. Wie das Militär im einzelnen bei diesem Streik gewirkt hat, darüber wird mein Freund Sachse nachher das Nähere ausführen. Er wird Ihnen darüber noch mancherlei mitteilen können, was das Vorgehen der Militärverwaltung als geradezu unentschuldbar erscheinen läßt.

Aus allerneuester Zeit ein Beispiel. In *Hüningen im Elsaß* ist gegenwärtig ein Streik der Färbereiarbeiter. Zur sogenannten Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung sind hier die berittenen und Fußgendarmen aus ganz Oberelsaß und Oberbaden zusammengezogen, außerdem die Schutzmannschaft. Aber das genügt noch nicht, um den inneren Feind in Schach zu halten. Umfassende Vorkehrungen sind dort getroffen worden, damit das Militär eingreifen kann. Außer in Basel, wo vielleicht zum Schutz der Grenzen zwei Kompagnien zusammengezogen sind, stehen die Mülhauser und Mülheimer Garnisonen in Marschbereitschaft.

Ich glaube, daß diese Beispiele genügen werden, um den Ernst der Frage, die wir hier behandeln, zu beweisen.

Meine Herren, wer ist es, in dessen Händen die Befugnis liegt, die militärische Gewalt aufzurufen gegen die eigenen Bürger, zum Bürgerkriege? Das sind die Verwaltungsbehörden; nur bei Gefahr im Verzuge kann auch die Militärbehörde selbständig vorgehen. Die Verwaltungsbehörden, d. h. in Preußen der Oberpräsident, Regierungspräsident, der Landrat, der Polizeipräsident von Berlin, Inhaber der Königlichen Polizeigewalt im Ruhrrevier und dergleichen. Diese Männer sind befugt, das Militär zu requirieren und damit die größten Gefahren über die Zivilbevölkerung heraufzubeschwören. Können diese Leute, in deren Kompetenz eine so außerordentlich wichtige Entscheidung liegt, auch nur im geringsten das Vertrauen rechtfertigen, daß sie ihre Entscheidung unparteiisch treffen werden zum wirklichen Wohle der Bevölkerung? Davon kann keine Rede sein. Die preußische Verwaltung ist die einseitigste und parteiischste Verwaltung der ganzen Welt. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Die preußische Verwaltung zum Herren einsetzen über die Verwendung des Militärs gegen den inneren Feind, das heißt in der Tat den Feinden des Volkes die Macht in die Hände geben, bei jeder Gelegenheit, wenn die Interessen der herrschenden Klassen, der reaktionären

Cliquen in Preußen bedroht zu sein scheinen, das Heer gegen das Volk zu mobilisieren. Meine Herren, die preußische Verwaltung zum Patron der Gerechtigkeit und zum Hüter der Ordnung in dem Sinne der Gerechtigkeit einsetzen, das würde heißen, den Fuchs zum Patron über den Hühnerstall einsetzen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, wir haben Beweise dafür. In dem *Falle Mansfeld* hat sich der Bürgermeister Georgi von Eisleben öffentlich darüber beklagt, daß das Militär in das Streikgebiet gezogen sei, ohne daß die geringste Veranlassung vorgelegen und ohne daß der Magistrat das Bedürfnis hierfür ausgesprochen habe. *(Hört! hört! bei den Soz.)*

Genau so liegt es mit dem *Ruhrstreik von 1912.* Da war es allerdings der christliche Bergarbeiterverband, der ein großes Geschrei nach dem Militär erhob, der Zentrumsverband und die Zentrumspresse. Sie entsinnen sich wohl jenes Artikels der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", der auch im Reichstage bei den Debatten über den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiete eine Rolle spielte! Da hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" ausdrücklich anerkannt, daß nicht die geringste Veranlassung vorliege, Militär heranzuziehen, daß ernste Ruhestörungen überhaupt nicht vorgekommen und nicht zu besorgen gewesen seien, und daß man die Mobilisierung des Militärs gegen die streikenden Arbeiter nur von dem Gesichtspunkte aus verstehen könne, daß die Regierung den christlichen Streikbrechern ein größeres Entgegenkommen zeige als selbst den Bergherren im Jahre 1905. *(Hört! hört! bei den Soz.)*

Nun, jedenfalls ist es die Auffassung wohl aller Kreise gewesen, die unbefangen den Vorgängen im Ruhrgebiet im vergangenen Jahre gegenüberstanden, daß keine Veranlassung vorlag, in dieser rigorosen Weise unter Aufbietung des äußersten Mittels der Staatsgewalt einzugreifen. Der Herr Kriegsminister hat, als ich ihn neulich auf das Eingreifen des Militärs beim Ruhrgebiet hinwies, eine Bemerkung gemacht, die vielleicht auf mich abzielen sollte. Er sagte, es sei anerkannt worden, daß das Eingreifen des Militärs vorteilhaft gewirkt habe, insofern, als gewisse Exzesse aufgehört und die Konflikte mit einzelnen Sicherheitsorganen nachgelassen hätten. In der Tat habe ich etwas Aehnliches ausgeführt, aber in einem vollkommen anderen Sinne. Ich habe betont, wie die lokale Polizei und Gendarmerie und auch die „private sheriffs" (nach amerikanischem Muster) die Privatpolizeibeamten, die man aus den Zechenbeamten genommen und mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet hatte, sich im allerhöchsten Maße als Partei gefühlt haben und gar manche von ihnen unkontrolliert ihrem zügellosen Haß gegen die streikenden Arbeiter in allerhand Exzessen Ausdruck gegeben haben, während die zentralisierte Leitung des Militärs dergleichen naturgemäß verhindert und in gewissem Sinne Ordnung geschaffen hat. Aber dieses geordnete Eingreifen des Militärs ist darum nicht etwa ein geringeres Uebel gegenüber dem minder geordneten Eingreifen der Polizei und Gendarmerie. Das ungeheuerliche Gewaltinstrument der Armee erzwingt die Ruhe des Kirchhofs und der Verzweiflung. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Wenn das das Ziel des Kriegsministers ist, dann ist sein Standpunkt wenigstens konsequent. Daß die Bergarbeiterbevölkerung mit leidenschaftlichem Haß im Herzen die Niederzwingung ihres Streiks durch das Militär begleitet hat, sollte dem Herrn Kriegsminister nicht verborgen sein, er müßte sonst mit Blindheit geschlagen sein.

Wir haben Beweise dafür, daß das Eingreifen des Militärs den Streik kaputt geschlagen hat! Abgeordneter Freiherr v. Zedlitz hat am 18. März 1912 im Abgeordnetenhause gesagt: die Polizei habe der einheitlichen Leitung entbehrt, die Regierung habe mit Recht Militär in die Streikgegenden hineingezogen, nicht etwa in der Absicht, daß geschossen werden solle, sondern weil das Erscheinen des Militärs erfahrungsgemäß einen durchaus beruhigenden und moralischen Eindruck mache. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Meine Herren, das ist doch geradezu zynischer Hohn im Munde dieses preußischen Oberscharfmachers! *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Und der Herr Abgeordnete Friedberg hat gesagt:

> Die Entsendung von Militär hat, glaube ich, einen durchaus beruhigenden Eindruck gemacht;

— im Sinne natürlich der Bergherren, deren Interessen der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg ja vertritt —

> der Beweis dafür ist, daß der Rückgang des Streiks mit dem Moment eintrat, wo das Militär erschien. Vom Standpunkt der Arbeitswilligen aus hat die Regierung sich den Dank des deutschen Volkes verdient.

Das sagt der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg, und da wagt der Herr Kriegsminister noch die Behauptung aufzustellen, daß das Eingreifen des Militärs nicht die Bedeutung gehabt habe, durch Drohung mit Gewalt den Streik niederzuschlagen.

Auch die Verwendung militärischer Gewalt im politischen Kampfe ist keineswegs eine seltene Erscheinung in Preußen und in Deutschland. Ich will nicht von allerhand Zwischenspielen reden, wie jenem vom 1905 in Hildburghausen. Ich will auch den bayerischen Fall Fuchsmühl hier nicht näher erörtern. Ein Jubiläumsartikel der „Deutschen Tageszeitung" meint, daß unsere Hohenzollern durch ein halbes Jahrtausend hindurch dem brandenburgisch-preußischen Volke die Treue gehalten haben, und daß das preußische Volk in allem Wechsel der Zeit seinem Königshause auch die Treue halten werde. Nun, Treue um Treue! Mitte November 1848 wurde diese Treue durch die Mobilisierung der Truppen gegen die preußische Nationalversammlung, durch die gewaltsame Sprengung der Nationalversammlung unter dem Kommando des Generals Wrangel besiegelt. Meine Herren, Treue um Treue! Auch Baden kann ein Lied von der militärischen Hohenzollerntreue gegen das deutsche Volk singen; aus jenem Sommer des Jahres 1849, in dem ein prinzlicher Offizier der preußischen Armee den Namen „Kartätschenprinz" redlich erwarb. Preußische Truppen nicht nur in Preußen zur Niederwerfung des Volkes, sondern auch in Baden. Und das sächsische Volk? Preußische Truppen haben im Mai 1849 auch geholfen, den Dresdener Aufstand niederzuschlagen, dessen Zweck die Einführung der deutschen Reichsverfassung war. Das Stuttgarter Rumpfparlament ist ja wohl von einheimischem württembergischem Militär auseinandergejagt worden!

Meine Herren, so hat sich Preußen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts als Gendarm Deutschlands bewährt, und die preußische Armee als die Gendarmerie Deutschlands; so wurde von den Hohenzollern und ihrer Armee Treue um Treue geübt, nicht nur gegen das preußische Volk, sondern auch gegen Sachsen und Baden — als Vorschuß auf die Herrlichkeit des einigen späteren Deutschen Reichs.

Meine Herren, aus der neuen Zeit brauche ich nur die militärische Besetzung Ludwigshafens vom Sonntag vor der Wahl 1887 zu erwähnen. Die erste Mai-

feier, 1890, hoffte die preußische Militärpartei nach dem Zeugnis des Fürsten Hohenlohe zu einer blutigen Abrechnung mit der verhaßten Sozialdemokratie ausnutzen zu können. Es wurde ihr allerdings die erwünschte Gelegenheit nicht gegeben, aber bereit war alles. Meine Herren, bei den Maifeiern ist noch lange Zeit hindurch das Militär immer konsigniert worden, genau so, wie an kritischen Wahltagen. Am Stichwahltage 1903 wurde in Spandau das Pionierbataillon mobilisiert und gegen die Bevölkerung auf die Straße geführt. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Das sollte die Aufregung über den Wahlausfall dämpfen. Am 5. Februar 1907, am Abend des Stichwahltages, wurden die Truppen der Berliner Garnison mit scharfen Patronen versehen und zum Ausrücken bereit gehalten. *(Hört! hört! bei den Soz.)*

Meine Herren, ein besonderes Kapitel bilden unsere *Wahlrechtskämpfe.* Der Jahrestag des Petersburger Blutsonntags wurde am 21. Januar 1906 von der deutschen Sozialdemokratie mit ihrer ersten großzügigen Wahlrechtsdemonstration gefeiert. Damals fuhren die Kanonen der Artillerie über die Straßen von Berlin zur Warnung, zur Einschüchterung der „unbotmäßigen" Bevölkerung; das Militär stand schuß- und marschbereit. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Bei den Wahlrechtskämpfen von 1910 wurde die Berliner Garnison mit scharfer Munition versorgt. Die Ulanen wurden auf dem Pflaster von Berlin eingeritten für die Attacke gegen den inneren Feind. Die Kanonen standen geladen auf dem Kasernenhofe. *(Hört! hört! bei den Soz.)*

Meine Herren, am 13. Februar 1910 wurden in Neumünster vom Regiment 163 vier Kompagnien, etwa 450 Mann, marschbereit in der Kaserne gehalten, jeder Mann ausgerüstet mit 30 scharfen Patronen. Die Soldaten blieben allerdings damals in den Kasernen. Am 15. Februar fand eine Protestdemonstration gegen die Polizeiüberfälle vom 13. Februar statt. Da ist das Militär in Aktion getreten. An diesem Tage rückte nach 9 Uhr eine Kompagnie des Infanterieregiments mit aufgepflanzten Bajonetten an. Nach dreimaliger Aufforderung unter Trommelwirbel, den Platz zu räumen, verteilte sich das Militär in Gruppen und vertrieb die Menge.

Meine Herren, wenn Sie an diese Vorgänge denken, wenn Sie speziell die Vorgänge vom Jahre 1848/49 im Gedächtnis halten, werden Sie begreifen, daß wir einen Vorgang aus den jüngsten Tagen, der viel Staub aufgewirbelt hat, mit etwas anderen Augen betrachten, als es in der Presse zumeist geschehen ist. Ich spreche von dem *Testament Friedrich Wilhelms IV.*, in dem er den jeweiligen Thronfolger aufforderte, noch vor der Vereidigung die preußische Verfassung umzustoßen. Meine Herren, es wäre ja nicht das erste Mal, daß dergleichen staatsstreichlerische Aktionen in der preußischen Geschichte unternommen würden. Friedrich Wilhelm IV. braucht also keineswegs verrückt gewesen zu sein, als er dieses Testament niederschrieb — obgleich nicht recht klar ist, was an der heutigen preußischen Verfassung der krassesten Reaktion etwa änderungsbedürftig erscheinen könnte. Meine Herren, was aber besonders charakteristisch für den Geist der heutigen Zeit und des Bürgertums ist: daß der heutige deutsche Kaiser dieses Testament vernichtet hat, daß er nicht dem Testament entsprechend gehandelt hat, das wird ihm als ein besonderes Verdienst angekreidet! Das soll ein Beweis für den konstitutionellen Sinn des Kaisers sein, daß er nicht das Verbrechen des Verfassungsbruchs, des Hochverrats von oben, begangen hat! Meine Herren, daß überhaupt eine solche Beurteilung dieses Vorgangs auftauchen konnte, spricht Bände! Aber nicht minder charakteristisch ist, daß dieses Testament. das als historisches

Moment immerhin nicht ohne Interesse war, ins Feuer geworfen worden ist; offenbar, weil man nicht die nötige innere Sicherheit gegenüber der Versuchung fühlte, die in diesem Testament zum Ausdruck kam. *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, wegen dieser Aeußerungen über Seine Majestät den Kaiser, die für ihn verletzend sind, rufe ich Sie zur Ordnung. *(Bravo! rechts.)*

Meine Herren, daß unser Volksheer in der Tat als ein Exekutor gegen das um seine Freiheit und seine Wohlfahrt kämpfende Volk benutzt wird, ist eine Erfahrung der Geschichte und entspricht dem Willen der herrschenden Parteien in Preußen und in Deutschland. Wenn der Militarismus auf dem Gebiete des Boykotts und auf vielen anderen Gebieten seine Gemeinschädlichkeit enthüllt, so sind das im Verhältnis zu der Eigenschaft unseres Militarismus, von der ich eben spreche, Kleinigkeiten, Tatsache ist, daß die Verwendung des Militärs als eines Gewaltmittels gegen den inneren Feind im Sinne der herrschenden Parteien und Klassen, im Sinne der Heeresverwaltung dazu führen soll, eine chinesische Mauer gegenüber jedem Fortschritt der politischen und sozialen Entwicklung aufzurichten. Ich weiß nicht, vielleicht gibt der Herr Kriegsminister darüber Auskunft, ob für die Verdienste im Felde gegenüber dem inneren Feind auch besondere Abzeichen verliehen werden, und ob vielleicht den Fahnen der an der Niederwerfung des inneren Feindes beteiligten Regimenter auch Fahnennägel verliehen werden. Meine Herren, will der Herr Kriegsminister bestreiten, daß im Großen Generalstab oder in den Generalstäben der einzelnen Armeekorps gerade ebenso Pläne für den Bürgerkrieg ausgearbeitet werden und vorliegen, wie für den Kampf gegen den äußeren Feind? Der Herr Kriegsminister wird das nicht bestreiten können; denn wir haben einen derartigen Generalstabsentwurf zur Kenntnis erhalten in jenem bekannten sogenannten „Korpsbefehl" des Generals Bissing, in dem auf das genaueste geschildert wird, welche Maßregeln zu ergreifen sind bei der Bekanntmachung des Belagerungszustandes. Es heißt dort, daß ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten alle Führer und Agitatoren alsbald verhaftet werden sollen. *(Hört, hört! links.)* Im übrigen ist ja auf das genaueste angegeben, wie das Militär eingreifen soll. Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampfe gelten unter anderem folgende Bestimmungen: Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein Frontalsturm auf Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er oft fehlgeht. Also, meine Herren, Artillerie gegen den inneren Feind, gegen den deutschen Staatsbürger! Der Herr Kriegsminister wird das — — *(Zurufe rechts.)* — Ich sah voraus, meine Herren von der rechten Seite, daß so etwas Sie begeistern wird; ich habe das nicht anders erwartet. *(Zuruf rechts.)* — Aber ich bitte Sie, Herr Dr. Oertel, Sie sind nicht das einzige Mitglied der konservativen Partei mit weißer Weste. *(Heiterkeit.)* Hinter Ihnen steht ein anderer Herr, der nicht bestreiten wird, soeben seine Zustimmung zu dem Bissingschen Bürgerkriegsplan ausgedrückt zu haben!

Also ohne Rücksicht auf die Immunität sollen die Abgeordneten festgenommen werden. Man sieht, daß das alte Wort sich bewahrheitet: inter arma silent leges — innerhalb der Armee kennt man keine Gesetze; der Militarismus steht über dem Gesetz. Die Weltauffassung des Militarismus, der sich als Achse des ganzen Staatswesens fühlt, und als sein Hauptpfeiler, ist neulich von dem Herrn Abgeordneten Erzberger in einer außerordentlich prägnanten Weise zum Ausdruck gebracht worden, wenigstens soweit es sich um den Kampf gegen den äußeren Feind, um den äußeren Militarismus handelt. Er hat als Aufgabe unserer Militär-

politik bezeichnet, Angst und Schrecken zu erregen. Dieser Gedanke des „oderint dum metuant", mögen Sie mich hassen, wenn Sie mich nur fürchten, ist auch der Grundgedanke der inneren Militärpolitik. Daß der Militarismus sich in dieser volksfeindlichen Rolle der Unterdrückung und Hintanhaltung jeder Fortentwicklung zur Freiheit und wirtschaftlichen Wohlfahrt, — daß er sich darin noch außerordentlich aktuell fühlt und für die Zukunft eine große, noch größere Aufgabe als je erwartet, das ist ja nach der ganzen Situation in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und speziell nach der politischen Situation in Preußen und in Deutschland nur allzu begreiflich.

Besonders fühlen sich ja die Herren Junker in Preußen eigentlich nur noch sicher hinter dem Schutzwall der Bajonette. Wir dürfen nicht vergessen — und das möchte ich den Jubiläumslobpreisern des preußisch-deutschen Militarismus aus dem Liberalismus ins Stammbuch schreiben —, daß wir dem herrlichen preußischen Kriegsheer und dieser allerheiligsten Kommandogewalt auch das herrliche Dreiklassenwahlrecht mitsamt dem allerheiligsten Herrenhaus verdanken und damit die ganze heutige preußische Misere. Und so, wie dieses Kriegsheer die Dreiklassenschmach zu schaffen geholfen hat, so erblickt es sein hehrstes Ziel darin, die Dreiklassenschmach aufrechtzuerhalten; und es wird von Ihnen (nach rechts) als das geeignetste Mittel, ja das einzige Mittel dafür erachtet. Aber freilich; man kann auf Bajonetten nicht auf die Dauer sitzen. Dieses alte politische Wort wird auch den Herren in Preußen, so dick die Rhinozeroshaut auch sein mag, die Ihnen an einem gewissen Körperteil gewachsen ist — — *(Glocke des Präsidenten)*

Präsident: Ich bitte doch, diesen Vergleich zu unterlassen; er ist unparlamentarisch!

Meine Herren, ich habe das Wort eines großen Staatsmannes zitiert, und ich weiß nicht, daß dieses Zitat — — *(Glocke des Präsidenten)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich erkläre diese Aeußerung für unparlamentarisch, und dabei hat es sein Bewenden!

Also, meine Herren, ich sprach von der rückständigsten Staatsauffassung, die man sich überhaupt ausmalen kann. Die Herren Junker, die da glauben, daß sie imstande sind, mit einer solchen gewalttätigen Politik die Entwicklung des Volkes zu hintertreiben, werden sehen, daß sie schließlich doch den kürzeren ziehen.

Der Kampf gegen den inneren Feind ist eine der wichtigsten Aufgaben des Militarismus. Der Herr Kriegsminister kann das nicht ableugnen, er hat zu einem großen Teile bereits das Geständnis abgelegt; die ganze Geschichte und eine Unzahl von Dokumenten beweist es. Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Kampf gegen den inneren Feind in gewissen Zeitläuften in der Instruktionsstunde sogar dem Kampf gegen den äußeren Feind vorangestellt *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, daß in diesem Sinne die ganze Ausbildung der Soldaten geleitet wird. Der „Kreuzzeitung", die den militärischen Zweck dieser Militärvorlage nicht sofort anerkennen konnte, war diese Vorlage mit dem Ziel der Einstellung von weiteren 120- bis 130 000 Mann um deswillen von vornherein sehr sympathisch, weil sie auf diese Weise die nationale Schule des Militarismus einem weiteren großen Teile unserer Bevölkerung glaubte angedeihen lassen zu können.

Dieser Kampf gegen den inneren Feind, der einen der Hauptzwecke unseres Militarismus ausmacht, genügt allein, um die Sozialdemokratie zu einem unerbittlichen Gegner und Feind des gegenwärtigen Militärsystems zu machen. Die Tatsache, daß unser Militärsystem als ein Hemmnis für jede Kulturentwicklung aufs

schwerste, wie ein Alp, auf unserer Bevölkerung lastet, diese Tatsache allein spornt uns zu dem leidenschaftlichen Kampfe gegen das gegenwärtige Militärsystem an. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Alle Ausführungen des Herrn Kriegsministers über das Milizsystem und seine geringe Brauchbarkeit im Kampfe gegen den äußeren Feind können von uns nicht als seine gründlich durchdachte, wirkliche Meinung angesehen werden. Wir sind überzeugt, daß unser Militärsystem in der gegenwärtigen Form trotz gewisser schwerer Nachteile, die es auch für die herrschenden Klassen mit sich bringt, nur um deswillen aufrechterhalten wird, weil Sie eine Armee haben wollen, die zum Kampf gegen den inneren Feind in dem von mir gekennzeichneten Sinne gut verwandt werden kann. Deshalb scheiden sich gerade bei der Erörterung der vorliegenden Frage, die Weltanschauungen auf das allerschroffste. Deshalb wundert es mich auch gar nicht, daß Sie (nach rechts) mit zur Schau getragener Gleichgültigkeit der Behandlung dieses Punktes beiwohnen. Wir wissen genau, daß die Erörterung dieses Punktes in das Herz des Militarismus hineinstößt.

Soll ich dem Herrn Kriegsminister, der Vertrauen zu der Disziplin unserer Armee auch bei der Verwendung gegen den inneren Feind hegt, da wir nun einmal im Jubiläumsjahre sind, vielleicht aus dem *Soldatenkatechismus eines gewissen Ernst Moritz Arndt* verlesen, was jener große Patriot über die militärische Disziplin und ihre Grenzen gesagt hat?

> Sie meinen, wenn sie zur Fahne eines Königs oder Fürsten geschworen haben, müssen sie blind alles tun, was er ihnen gebietet; sie achten sich also nicht als Menschen, die einen freien Willen von Gott erhalten haben, sondern als dumme Tiere, die sich treiben lassen. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Und diesen tierischen Zustand und diesen blinden Gehorsam gegen ihren Herrn nennen sie ihre Soldatenehre und meinen, Soldatenehre sei ein anderes Ding als Bürgerehre und Menschenehre. Das ist aber nicht wahr.

Das sagt Ernst Moritz Arndt. Und weiter:

> Wenn aber ein Fürst anderes tut, als wofür Gott ihn eingesetzt hat, und nicht fürstlich regiert nach dem Ebenbilde Gottes, so muß der Soldat und Christ Gott mehr achten als den Menschen. *(Hört! hört! bei den Soz.)*

Meine Herren, es heißt: Du sollst Vater und Mutter ehren, auf daß es dir wohl gehe, und du lange lebest auf Erden. Es heißt nicht etwa: Du sollst auf Vater und Mutter schießen, auf daß es dir wohl gehe! *(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)* E. M. Arndt fährt fort:

> Denn wenn ein Fürst seinen Soldaten befähle, Gewalt zu üben gegen die Unschuld und das Recht, wenn er sie gebraucht, das Glück und die Freiheit ihrer Mitbürger zu zerstören . . . wenn er durch sie seine eigenen Landsleute . . . bekämpfen hieße, müßten sie nimmer gehorchen *(Hört! hört! bei den Soz.)*, was wider das Gebot Gottes und das ebenso heilige Gebot streitet, das Gott in unser Gewissen gepflanzt hat. Denn auch ein König und Fürst darf nie tun noch befehlen, was in aller Ewigkeit Unrecht bleibt, und spräche man es mit Engelszungen, und schmückte man es mit Engelsschein aus.

Dann heißt es:

> Und diese einfache und ewige Lehre gehört auch dir an, Soldat; denn du bist ein Mensch, und du sollst den Menschen nicht ausziehen, wenn du die Montur anziehst.

Das ist das bekannteste Wort aus dem Soldatenkatechismus. Ferner heißt es:

Das ist die wahre Soldatenehre, daß kein König und Fürst, keine Gewalt noch Herrschaft, den edlen und freien Mann zwingen kann, das Schändliche oder Unrechte zu tun oder tun zu helfen —

und wem es dennoch befohlen werde, der soll dem Befehlshaber „den Degen im Angesicht zerbrechen". *(Sehr gut! bei den Soz.)* Das sagt Ernst Moritz Arndt.

Meine Herren, und er sagt schließlich:

Das ist deutsche Soldatenehre, daß der Soldat fühlt, es war ein deutscher Mensch, ehe er von Königen und Fürsten wußte; es war ein deutsches Land, ehe Könige und Fürsten waren; daß er tief und innniglich fühlt: das Land und das Volk sollen unsterblich und ewig sein, aber die Herren und Fürsten mit ihren Ehren und Schanden sind vergänglich.

(Hört, hört! bei den Soz.) So steht in Ernst Moritz Arndts Soldatenkatechismus geschrieben!

Und Sie, meine Herren (zur Rechten), fühlen selbst, wie die militärische Disziplin Ihnen unter den Fingern zerbricht. Denn das ist ja doch evident: ein wie zerbrechliches Ding muß die militärische Disziplin nach Ihrer eigenen Auffassung sein, wenn Sie sie so ängstlich vor jeder Gefährdung zu behüten suchen, wie die Maßnahmen in bezug auf den Militärboykott zeigen.

Meine Herren, vielleicht darf ich darauf hinweisen, wie sich jüngst in einer Fortbildungsschule die Fortbildungsschüler weigerten, dem Kommando ihres Lehrers, ein Kaiserhoch auszubringen, Folge zu leisten. Diese Rebellion in der Fortbildungsschule unter den jugendlichen Arbeitern hat in den Zeitungen der reaktionären Parteien blasses Entsetzen hervorgerufen. Ja, meine Herren, dieselben Stimmungen und Auffassungen, nur viel aufgeklärter, wie sie hier in diesen jugendlichen Herzen und Köpfen demonstrativ zum Ausdruck gekommen sind gegenüber einem Schulleiter, der diese Schüler zu patriotischen Demonstrationsobjekten herabwürdigen wollte, dieselben Anschauungen und Empfindungen beherrschen einen gewaltigen Teil und einen immer gewaltiger werdenden Teil unserer Armee. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Wir sind uns dessen sicher, daß Sie allesamt gegen unseren Antrag stimmen werden. Das dient aber nur dazu, daß derjenige Sinn unseres Antrags damit nur um so deutlicher klargelegt wird, auf dessen Feststellung es uns in allererster Linie ankommt. Meine Herren, durch Ablehnung dieses unseres Antrags wird die Legende zerstreut, vernichtet, die Legende von der patriotischen Sendung der schimmernden Wehr. Ihre Stellung zu unserem Antrag zeigt, daß es Ihrem Willen und dem Willen der Militärverwaltung entspricht, daß auch die weitere Vermehrung unseres Heeres dem Zweck dienen soll, das Heer, das sogenannte Volksheer gegen das Volk zu gebrauchen als ein Gewaltinstrument zu seiner Niederhaltung im Kampfe um politische Freiheit und wirtschaftliche Wohlfahrt. Aber die Versuche des Herrn Kriegsministers, der Militärverwaltung, die sozialistischen Anschauungen, die rebellischen Anschauungen im Sinn des Ernst Moritz Arndtschen Soldatenkatechismus aus der Armee herauszutreiben, — diese Versuche werden vergeblich sein. Ich sage dem Herrn Kriegsminister nach einem alten Wort: socialismum expellas furca, tamen usque recurret, man mag den Sozialismus mit Spieß und Schwert heraustreiben, er wird immer wieder zurückkehren. Der innere Feind, der von Ihnen bekämpft werden soll, steht längst nicht mehr außerhalb der Armee, sondern in der Armee selbst darinnen. *(Sehr gut! bei den Soz.)* So werden alle Versuche, diesen inneren Feind mit militärischen

Mitteln abzuhalftern, ganz vergeblich sein; und wir leben der frohen Zuversicht, daß in einer gar nicht allzufernen Zeit auch Ihre stärkste Waffe, auch die Waffe des Militarismus, zerbrechen wird an dem aufsteigenden Volk wie Strohhalme an einer steinernen Mauer. *(Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Liebknecht, Sie haben im Laufe Ihrer Ausführungen gesagt: Die preußische Verwaltung zum Patron der Gerechtigkeit und zum Hüter der Ordnung in dem Sinne der Gerechtigkeit einsetzen, das würde gleichstehen, den Fuchs zum Patron über den Hühnerstall einsetzen zu wollen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Dieser Vergleich ist unparlamentarisch. *(Lachen bei den Soz.)* Das Wort hat der Herr Kriegsminister.

HOKUSPOKUS

Ich gedachte, mich vorab nicht zu den Krupp-Prozessen zu äußern. Die fortdauernden Schwindelmanöver der Kruppschen Leibgardisten und das wirre Wechselspiel der verschiedensten Nachrichten- und Dementierapparate, zu denen sich auch das offiziöse Wolff-Büro und die „Norddeutsche Allgemeine" gesellt haben, läßt jedoch einige Betrachtungen angezeigt erscheinen.

Man hat die ganze Affäre mit einer Fingerfertigkeit umzustülpen gesucht, die indischer Fakire würdig wäre, wäre sie minder ungeschickt; mit Siebenschwabenspießen, furchtbarlich anzuschauen, rennt man gegen mich an und sucht durch ein erschrecklich wütendes Geheul das Augenmerk von Brandt und Genossen, vor allem aber von der hochmögenden, großmächtigen Krupp-Direktion abzulenken — ein Unterfangen, dem nach den neuesten Zeitungsmeldungen gewisse Chancen nicht versagt sind.

Wie war es denn eigentlich?

Am 18. April d. J. sprach ich im Reichstage von üblen Dingen aus dem Geheimkabinett der Rüstungsindustrie: von den Machenschaften ihrer Presse, von ihrem skrupellosen Internationalismus, von ihren patriotistischen Intrigen zur Völkerverhetzung und Rüstungssteigerung. Intrigen, die, den Erisapfel des Chauvinismus unter die Völker werfend, in die Taschen des verbrüderten Rüstungsweltkapitals arbeiten, von dem berüchtigten Maschinengewehrbrief der Munitions- und Waffenfabrik und schließlich von gewissen Geschäftspraktiken bei Krupp, von dem es heißt: der Militarismus ist groß und Krupp ist sein Prophet. Von Krupp berichtete ich nackte, kalte Tatsachen: daß der Vorstand dieser Firma jahrelang in Berlin einen früheren Feuerwerker Brandt unterhielt, der die Aufgabe hatte, sich an die Kanzleibeamten der Behörden, der Armee und der Marine heranzumachen und sie zu bestechen, um auf diese Weise Kenntnis von Absichten der Behörden in Bewaffnungsfragen, von Konstruktionen und Versuchen der

Behörden und der Konkurrenz, namentlich aber von den Preisen zu erhalten, die andere Werke fordern, oder die ihnen bewilligt werden; Herrn Brandt seien zu diesem Zwecke erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt; die berühmte Firma scheue sich nicht, höhere und niedere Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten; eine große Menge von Geheimberichten des Brandt seien in den Geheimschränken des Herrn v. Dewitz in Essen, eines hohen Beamten der Firma Krupp, beschlagnahmt worden; ich hätte davon dem Kriegsminister Kenntnis gegeben; der Kriegsminister habe eingegriffen und dabei seine volle Schuldigkeit getan.

Hiermit war der Skandal fertig, bis auf das letzte Tipfelchen fertig, nicht mehr zu überbieten, ein Weltskandal. Das Idol des Hurrapatriotismus, der im Nimbus einer schrankenlosen Gnade, ja Liebe der kaiserlichen Majestät verklärte Krupp, die Zierde und der Ruhm Deutschlands, der heiligste Nationalheilige, lag im Staub niederer kapitalistischer Menschlichkeit. Krupp, der gehätschelte Liebling des Staats, des Kriegsministeriums, dieses täuschend, die Pest der Korruption systematisch in die deutsche Beamtenschaft, die deutsche Militärverwaltung, die deutsche Armee tragend! — Und in derselbigen Nacht kam der Kruppdirektor v. Hugenberg nach Berlin gejagt.

So kam der folgende Tag heran. Die Redner fast aller Parteien verlassen das sinkende Schiff der Ehre des Rüstungskapitals, als dessen Hauptsünde trotz alledem vielfach der Brief der Waffen- und Munitionsfabrik angesehen wird. Ich spreche zum zweitenmal, sage sachlich nur Abwehrendes, Ergänzendes. Dabei fällt ein Wort: „Panama", die ganze heillose Wirtschaft der Rüstungsindustrie kennzeichnend, nichts mehr und nichts weniger, und eine viel zu sanfte Kennzeichnung höchstens.

Nur eines von alledem bedurfte trotz der Zugeständnisse des Kriegsministers vielleicht noch einer gewissen Aufklärung: die Kruppkorruption. Alles andere war erwiesen und unbestritten.

Und nun kam der erste Krupp-Prozeß: *Krupp*-Prozeß wohlgemerkt! Die ganze Oeffentlichkeit nannte ihn *so*. Der in der Oeffentlichkeit Angeklagte war ja *Krupp*, nicht irgendein Beamter der Militärverwaltung. Dieser Prozeß stand ja sozusagen unter einer Parole, nämlich: „Kein Panama". Man klammerte sich verzweifelt und unermüdlich schier eine Woche lang an den Strohhalm dieser zwei Worte der Exklamation, der Charakterisierung! „Kein Panama", so hieß die Beschwörungsformel, die sofort bei Beginn des Prozesses feierlich ausgesprochen wurde. „Kein Panama", so begann der öffentliche Ankläger, so wiederholten die Verteidiger, so verkündete das Gericht. Und die kapitalistische Welt, der militärische Klüngel, alle Patriotarden und vor allen Dingen die ganze Meute

der Rüstungsinteressenten brüllten vor Begeisterung morgens, mittags, abends: „Kein Panama, gelobt sei Jesus Christus!"

Man machte sich die Sache trotz aller scheinbar kräftigen Worte gegen die armen Sünder auf der Anklagebank wirklich höllisch leicht, für die öffentliche Meinung fast beleidigend leicht. Ein Kind konnte den Hokus-pokus durchschauen. Zu beweisen war, so hieß es, Panama oder Nicht-Panama, und zwar Panama wessen? Der Heeresverwaltung. Was heißt Panama? Bestechung bis zum Kriegsminister hinauf.

Erwiesen ist Bestechung einiger Offiziere und Zeugfeldwebel, die zur Vergrößerung der Distanz noch zu „elenden Schreiberseelen" herabgedrückt wurden. Bestechung des Kriegsministers ist nicht nachgewiesen, folglich usw.; man vergleiche die verschiedenen Redeblüten.

Eine klassische Beweisführung in der Tat! Daß die „öffentliche Meinung", wenigstens soweit sie in der Presse zum Ausdruck kam, in weitem Umfange auf den grotesken Gallimathias hereinfiel, beweist, mit welcher Begierde sie nach irgendeinem Mauseloch suchte, um aus der militaristischen Blamage zu entschlüpfen. Man hatte sich in jenen Apriltagen in allzu große moralische Unkosten gestürzt, die man längst bedauerte und bereits bei der dritten Etatslesung durch Gelächter, Verzerrung und Verhöhnung zu einem Teil wieder zurückzukassieren bemüht gewesen war. Das Kapitol mußte gerettet werden. Aber gemach. Das Fazit des Prozesses hat zu dem Panama des Rüstungskapitals nur eben noch das Panama der sogenannten öffentlichen Meinung Deutschlands hinzugesellt.

Welch großartiges Ergebnis des Prozesses! Es war bewiesen, daß der Kriegsminister nicht bestochen war. Daß ich schandbarer Mensch den Kriegsminister zu meinem Vertrauten gemacht und ihm und seiner Gewissenhaftigkeit bei Verfolgung der Affäre Anerkennung gezollt hatte, erhöhte offenbar nur meinen Reinfall. Das Wort Panama kann sich nur auf die höchsten Staatsbehörden beziehen, so schwur man, und gleich darauf wurde in allen Tonarten ein Panama des Abgeordneten Liebknecht in die Welt posaunt, obwohl ich es meines Wissens noch nicht bis zum Kriegsminister gebracht habe.

Wie durchsichtig all das Gerede! Eine „große" Korruption ist nicht enthüllt worden, so berichtete auch ein Teil der liberalen Presse jeden Tag sechsmal. Eine „große" Korruption wessen? Der Heeresverwaltung? Die war nicht einmal behauptet. Aber trotz alledem prüfen wir in aller Ruhe, was das Militärgericht, das ja auch nicht über seinen Schatten springen kann, zutage gefördert hat — beträchtlich über das von mir Behauptete hinaus. Was es zutage gefördert hat, obwohl ihm außer den Urkunden, insbesondere den „Kornwalzern", fast nur die Aussagen der Angeklagten und der höchst

unmittelbar beteiligten Krupp-Beamten zur Verfügung standen, und obwohl die Prozeß-Beteiligten mit peinlichster Sorgfalt vermieden, irgend etwas zu erörtern, was die Angeklagten Tilian und Genossen nicht direkt selbst betraf.

Die Korruption *in der Militärverwaltung* ist nicht groß, weil — die Summen, mit denen die Angeklagten Tilian und Genossen bestochen sind, nicht groß waren. Aber, mit Verlaub, seit wann gibt es denn einen Tarif der Käuflichkeit, vielleicht eine Art Zonentarif, der den Grad der Korruption nach dem Kaufpreis des käuflichen Individuums bemißt? Seit wann ist leichtere Käuflichkeit eine geringere Gefahr? Seit wann ist Filzigkeit des erfolgreichen Bestechers — die doch die Affäre nur schwieriger macht — ein Gegengift gegen Korruption? Repräsentieren die Achtgroschenmänner der Geheimpolizei einen noch höheren Grad der Reinheit als die Zwanzigmarkmänner des Rüstungskapitals? Und mit Verlaub: steht nicht neben den baren Bestechungsgeldern das höchst energische Bestechungsmittel des Versprechens einer lukrativen Anstellung bei Krupp? Und, mit Verlaub, wie sind die Bestechungssummen festgestellt? Nur durch das Geständnis der Angeklagten einschließlich Brandt. Und mit Verlaub: wie konnte eine „große" Korruption — im Sinne der Keinpanamaschreier — bewiesen werden in einem Prozesse, der sich nur die Untersuchung einer „kleinen" Korruption zum Ziele setzte?

ZUR KRUPP-VERTUSCHUNG*)

„Keine Nervosität! Kein Zittern in den Knien!", so warnte Herr Schiffer die Reichstagsmehrheit eindringlich für die Zukunft. Diese Warnung vor der Zukunft enthielt einen Vorwurf und auch einige Gewissensbisse für die Vergangenheit und ein Eingeständnis, daß man es damals mit der „Nervosität" und dem „Zittern in den Knien" bekommen hatte. Bekommen hatte, obwohl man hinter den Kulissen genau Bescheid wußte und weiß, und obwohl sicherlich keine Nervosität die Knie zittern machte, die nicht durch die selbigen bekannten nervösen Zustände hinter den Kulissen, also durch die Wahrheit und Wirklichkeit veranlaßt worden waren. Man denkt *ja auch zur Verhinderung künftiger „Nervosität", nicht die Ursache der früheren „Nervosität" zu beseitigen, im Gegenteil, die Rüstungskorruption wurde fast zu einem Nationalheiligtum erklärt* und es fehlte nicht viel, die Brandt und Exius als Retter des Vater-

*) Aus dem Fragment eines Buches, das L. zusammen mit dem Franzosen Morizet und dem Engländer Newbold über die Rüstungsindustrie zu schreiben beabsichtigte und das in großen Teilen im Frühjahr 1914 niedergeschrieben wurde.

landes. *Herr Schiffer will vielmehr eine Abhärtungskur gegen allzu große Empfindlichkeit gegenüber von kapitalistischen Korruptionserscheinungen,* eine Rhinozeroshaut der Unempfindlichkeit, der Abgebrühtheit: *laßt abgebrühte Menschen um mich sein, mit festen Knien und die Schmutz nicht riechen.* Zehn Meilen gegen den Wind roch es nach Bestechung. Kriegspest in der Welt. In der Tat, die Gerüche waren in der Zeit vom 18. April bis zum 12. Dezember 1913 nicht geringer geworden. Der Unterschied war nur der, *daß die Nasen minder empfindlich, abgestumpft geworden waren. Köstlich ist die Begeisterung, mit der die Schiffersche Rede alsbald in der großkapitalistischen Presse aufgenommen wurde.* „Das ist ein Mann, nehmt alles nur in allem, wir werden nimmer seinesgleichen sehen", so jubelte das Kruppecho allenthalben und das Wolffsche Bureau, das Kruppoffiziösentum verlor alle Contenance und kugelte sich vor Begeisterung. Gleich in zwei Stilübungen, in der Wochenübersicht, dem berühmten unsterblichen Bandwurm, und einem besonderen Entrefilet kam das Kanzlerblatt in der Nummer vom 13. März auf die Reichstagssitzung vom 12. März zurück und brachte dem Abgeordneten Schiffer die wärmsten Ovationen dar. Das war etwas übernommen, etwas zu viel auf einmal, eine solche anteilsame Freude konnte nur immer mehr kompromittieren.

Daß auch das offiziöse Wolffbureau gerade die Schiffer-Rede in alle Welt als Glanzleistung hinausposaunte, kann nicht wundernehmen. *Die Gesellschaft meint halt wieder Oberwasser zu haben und trumpft auf.*

Wir aber können es nur zufrieden sein, wenn sich die gesamte bürgerliche Welt nach ihrem kurzen Ueberschwange einer gewissen elementaren Reinlichkeit sich jetzt wieder zu jener Perversion der politischen Reinlichkeitsbegriffe zurückgefunden hat, die in den Reden der Schiffer und Genossen klassischen Ausdruck gefunden hat.

Und für uns kann es nur von Wert sein, zu beobachten, festzustellen, welche Rolle in unserer Welt die Jagd nach dem Golde der Dame Krupp spielt. Wie ein Magnetberg reißt es alles an sich; welche Verwirrungen richtet das gleißende Kruppgold an! Von den Feuerwerkern angefangen, *bis zu Herrn Löwenstein,* dem Brandtverteidiger, der diesen Meister und Organisator des inneren deutschen Kruppschen *Bestechungsdienstes unter die Sterne versetzen wollte,* gleich einem stoischen Asketen der griechischen Staatskunst, gleich einem Aristides. Und bis zu Herrn *Schiffer,* der jene köstliche *Kaltwasser-Therapie* zur Abhärtung der moralischen Empfindung des Reichstages entdeckt hat, eine *Entdeckung, die fast diejenige des Herrn Löwenstein übertrifft.*

Da kommt weiter selbst ein *Landgerichtsdirektor von Campe,* nationalliberaler Abgeordneter seines Zeichens, und besitzt die Ahnungslosigkeit

oder die Kühnheit, in der National-Zeitung vom 15. Dezember zu behaupten: *Das Gute des Prozesses war die Feststellung, daß auf all diesen Gebieten nennenswerte Schäden nicht vorliegen;* und der dann als hoher preußischer Richter fast in dieselbe Kerbe mit Herrn Witting schlägt und sich besonders *den Kopf zerbricht, wie künftig dergleichen Bloßstellungen kapitalistischer Ausschreitungen* vorgebeugt werden kann.

Man ist versucht, mit Keulen in dies Gesindel hineinzuschlagen; im Grunde indessen können wir es wohl zufrieden sein, wenn die bürgerliche Presse die Korruptionserscheinungen in ihrem Staat, in ihrer Gesellschaft nicht nur zu verdecken, sondern auch noch zu fördern sucht, wie dies in den letzten Monaten geschehen ist. Im Grunde können wir nur zufrieden sein, wenn die führenden kapitalistischen Kreise ihr eigenes Gewissen, soweit sie noch eins haben, durch ihr lautes *„kein Panama"-Geschrei* zu übertönen suchen. Im Grunde können wir auch Herrn Schiffer nur gratulieren. Uns fallen so wieder aufs bequemste so viel Früchte mühelos in den Schoß, daß wir fast in eine Verlegenheit des Ueberflusses kommen. *Einer der Kruppdirektoren hatte den schönen Plan, den Verfasser wegen seiner Angriffe gegen Krupp mit der Pistole im Duell niederzuknallen.* Er gedachte die gegen ihn und die übrigen Mitglieder jenes Klubs der Harmlosen in Essen erhobenen, unzweifelhaft und erwiesenermaßen wahren Bezichtigungen durch Pulver und Blei zu widerlegen. Das wäre zwar eine Eisenbartkur gewesen; durch ihre urwüchsige Drastik nicht ohne Reiz, und hätte den Kruppiers sicher gut gepaßt. Danach können sie von Glück sagen, daß es zu diesem Gottesgericht nicht gekommen ist, denn dank der Hilfe der großkapitalistischen Parteien und der Presse und dem Parlament und dank der Hilfe der Justiz können sie jetzt in dulce jubilo leben, als sei gar nichts geschehen. Ist das nicht wundervoll?

GEGEN DEN REFORMISMUS

ÜBER OPPOSITION

Nur diejenige *Opposition* ist eine wirkliche, die eine der herrschenden Macht im Schlußergebnis selbständig entgegenstehende und sie schwächende Macht bildet, die der Regierungspolitik in ihren entscheidenden Aktionen, in denen sie laufend die Summe aus der politischen Gesamtlage zieht, Kräfte nimmt, Kräfte entgegensetzt und so Abbruch tut. Wobei das Formale von dem Materiellen wohl zu unterscheiden ist: auch eine formal ganz korrekte prinzipiell scheinende parlamentarische, ja außerparlamentarische Opposition ist dann nur Scheinopposition, wenn sie durch äußerlich prinzipielles Verhalten machtloser Instanzen (z. B. Parteivertretungen in Scheinparlamenten!) die zu wirklichem Kampf fähigen und bereiten Faktoren in tatenloses Gottvertrauen einwiegt, in stumpfe Gleichgültigkeit lullt, in ihrer Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft lähmt. Hier liegt für das Proletariat die tiefste Gefahr aller politischen Vertretungssysteme, der stärkste Grund für unablässige Schulung, Aktivierung, Verselbständigung der Massen selbst, d. h. für die Verwirklichung der proletarischen Demokratie.

DIE NEUE METHODE

„Marxismus!" Nicht viele Bahnbrecher der Menschheit sind so mißhandelt worden wie Marx. Gewiß, wer wird die Widersprüche hinwegleugnen wollen, die sich in seinen zahlreichen Werken vermöge ihres bald rein wissenschaftlichen, bald propagandistischen, bald pamphletistischen Charakters und vermöge der geistigen Fortentwicklung dieses induktivsten aller philosophischen Genies naturgemäß vorfinden? Wer wird Irrtümer und Unvollkommenheiten in der Lehre dieses vielseitigen und temperamentvollen Geistes nicht von vornherein für selbstverständlich halten? Aber wem ist der Appetit an der immer noch modernen „revisionistischen" Aufkläricht-Suppe, deren wichtigstes Ingredienz ein oft grundsätzliches Mißverstehen und Verzerren der Marxschen Theorie ist, nicht seit langem aufs gründlichste vergangen? Auch Jaurès verfällt in seinem kürzlich erschienenen Werke „Aus Theorie und Praxis", einer Sammlung von Zeitungs-

artikeln, für die er indessen die Note „hinreichender Genauigkeit und Ausführlichkeit" bei Behandlung der wichtigsten Probleme unserer Partei in Anspruch nimmt, in so zahlreiche ernste Irrtümer über den „Marxismus", daß er zum Widerspruch geradezu *zwingt*.

Sonderbarerweise schöpft Jaurès hier die Marxsche Theorie fast ausschließlich aus dem 36 Jahre vor dem Tode von Marx entstandenen Kommunistischen Manifest, das keineswegs aus einem Gusse ist, vielmehr die nicht ganz gleichen Stilarten und Denkweisen der beiden Verfasser deutlich erkennen läßt. Wenn es kaum möglich erscheint, gewisse Stellen des Manifestes (z. B. Seite 17/18 der Vorwärtsausgabe von 1898) ohne Zwang anders als im Sinn der absoluten Verelendung zu deuten, lassen andere Stellen eine entschieden optimistischere Auffassung erkennen. Ich habe hier besonders die Schilderung des „Kampfes gegen die Bourgeoisie" im Auge (Seite 15 bis 17 der Vorwärtsausgabe), der nach dieser Stelle zu einer fortgesetzten allmählichen Steigerung der Macht des Proletariats und schließlich zur Erzwingung gewisser Reformen führt. Da die späteren Werke von Marx die absolute Verelendungstheorie jedenfalls *nicht* verfechten und diese Theorie dem heutigen Sozialismus überhaupt fremd ist, klingt der Wunsch, daß Erörterungen dieses Problem-Popanzes, wie sie Jaurès noch unternimmt, recht bald verstummen mögen, schwerlich unbescheiden. Jedenfalls bedarf Jaurès' Ansicht, daß Marx für seine dialektische Geschichtskonstruktion ein gänzlich verarmtes und verelendetes Proletariat gebraucht habe, keiner Widerlegung.

Ein arges Mißverständnis passiert Jaurès in bezug auf die Marxsche „Revolutionstheorie". Er imputiert dem Kommunistischen Manifest die Idee und das Ziel einer „parasitären Revolution", das heißt einer sozialistischen Revolution, die bei Gelegenheit einer bürgerlichen Revolution unter Ueberrumpelung des zunächst von dem Proletariat zu unterstützenden Bürgertums auf die bürgerliche Revolution aufzupfropfen wäre. Er verwendet nahezu fünfzehn Seiten auf Darstellung und Widerlegung dieses seines eigenen Mißverständnisses, dessen Entstehung kaum erklärlich erscheint: im Abschnitt IV des Manifestes wenigstens tritt die proletarische Revolution gegenüber der allerdings vorher erwarteten bürgerlichen durchaus selbständig auf. Und wenn sich Jaurès mehrmals mit Emphase gegen die angebliche Idee des Manifestes wendet, den Kommunismus mit Hilfe einer *Minorität* durchzuführen, so sei nur auf den nirgends abgeschwächten Satz verwiesen: „Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl."

Auch über die Diktatur des Proletariats und das Revolutionsprogramm verfällt Jaurès einem entscheidenden Irrtum. Das Manifest setzt, wie

erwähnt, einen Sieg der Majorität des Volkes voraus, deren Herrschaft mit der Demokratie wohl vereinbar ist. Weil aber eben eine wenn auch demokratische Klassenherrschaft des Proletariats stabiliert und diese Klassenherrschaft zu einer energischen Ausnützung der Staatsmaschinerie im proletarischen Sinne verwendet werden soll, so spricht das Manifest von „Diktatur" des Proletariats. Das ist — wie auch Engels Programmbrief zeigt — der Sinn besonders der Sätze auf Seite 24 des Manifestes, in denen das Wort „Demokratie" freilich einen etwas weniger verschwommenen Sinn hat, als im revisionistischen Jargon. Von einem „Chaos der Methoden" ist mithin keine Rede. Ebenso wenig wie von einem „Chaos der Programmforderungen". Jaurès weiß nämlich das „Programm" des Manifestes (Seite 23) nicht genug zu tadeln, weil es selbst hinter Babeuf zurückgehe, da es zunächst nur die Grundrente beseitigen wolle. Das widerspricht aber dem Wortlaut des „Programms", das ausdrücklich eine sofort beginnende allmähliche Zentralisation *aller* Produktionsinstrumente in den Händen des als herrschende Klasse organisierten *Proletariats* in Aussicht stellt.

Aber all das hat nur historisches Interesse. Der Hauptinhalt des Jaurèsschen Buches betrifft die „neue Methode", die mit einer sogenannten „veralteten" Methode kontrastiert wird.

Wie manche unserer deutschen „Revisionisten" ist Jaurès nicht Pessimist und Umstandskrämer, sondern hochgradiger Optimist, selbst Illusionist. Er sieht sich schon mitten im Sozialisierungsprozeß; er hört das Gras des Kollektivismus wachsen. Welchen starken Illusionen er unterliegt, zeigen seine, auch einige juristische Unrichtigkeiten enthaltende Schlußkapitel, in denen er unzählige Institutionen des geltenden und zumeist schon des ultra-individualistischen römischen Rechtes als Keime des Sozialismus preist, während sie geradezu zur Intensierung der kapitalistischen Ausnutzung des Eigentums dienen, oder dem kapitalistischen Kreditwesen angehören, oder die Erhaltung des Familienguts bezwecken. Das Endziel muß stets und überall energisch in den Vordergrund gerückt werden; bei *jedem* noch so kleinen Schritt ist das Auge fest auf das Endziel zu richten; die ganze bestehende Gesellschaft systematisch durchsetzen, durchtränken, besäen mit dem Geiste, mit dem Blute, mit den Institutionen des Sozialismus: das ist die heiße begeisternde Grundtendenz, die Jaurès in seinen Aufsätzen nicht müde wird, fort und fort zu betonen.

Was aber ist die „neue Methode"? Wir müssen ein wenig zusammensuchen, da Jaurès selbst sie nirgends systematisch entwickelt.

Zunächst ein argumentum e contrario. Auf einigen Stellen scheint Jaurès unter der *alten* Methode die ausschließlich auf eine „parasitäre Revolution" lauernde Taktik zu verstehen, während alles andere, insbeson-

dere die sogenannte praktische Arbeit als dem altmethodisch-taktischen Prinzip widerstrebende Konzession an die „Notwendigkeiten der Neuzeit" gilt. Da diese alte Methode jedoch, wie gezeigt, imaginär ist, kann der Gegensatz zu ihr nicht charakterisieren.

Neue Werkzeuge zur wirtschaftlichen, sozialen, politischen Stärkung des Proletariats; neue Werkzeuge zur Gewinnung des Proletariats; neue Werkzeuge zur Schwächung und eventuell Bekehrung von Nichtproletariern; neue Werkzeuge zur Umformung der Produktionsverhältnisse, der sozialen Zustände, der Staatsform; oder eine neue Technik in Anwendung der alten Werkzeuge: das erwarten wir von einer neuen Methode. Was bietet uns aber Jaurès für Werkzeuge? Politische und gewerkschaftliche Organisation und Aktion, Genossenschaften, Erweiterung und Intensierung der Sozialgesetzgebung, Ausnützung, Förderung, Erweiterung der in unserm Gesellschaftsleben bereits enthaltenen Tendenzen zur Demokratisierung und Sozialisierung, sowie mancher in der Rechtsordnung bereits zugelassenen Methoden, z. B. der Zwangsenteignung. Wer wird diesem Aktionsprogramm nicht zustimmen? Ist es nicht das Programm, das seit Jahrzehnten von der Arbeiterklasse tatsächlich befolgt und propagiert wird?

In der Tat liegt das Charakteristikum der neuen Methode einerseits — das ist minder wichtig — in der besonderen prinzipiellen Wertung und praktischen Betonung gewisser Aktionsformen, z. B. des Genossenschaftswesens; andererseits — und das ist die Hauptsache — in drei Punkten: 1. in dem wahren Gottvertrauen auf eine mystische Wunderkraft, genannt „Demokratie", 2. in der Unterschätzung des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sowie in der daraus resultierenden starken Hoffnung auf friedliche glatte Entwaffnung und Gewinnung der Bourgeoisie oder ganzer Teile von ihr, vor allem durch die Kraft der Ueberredung; 3. — trotz aller Vorbehalte — in dem Abschwören der „Revolution", der „gewaltsamen Aktion".

Die neue Methode hält sich gern für die Vertreterin einer „organischen" und friedlichen gegenüber einer sprunghaften und gewaltsamen Entwicklung. Zunächst ist aber das „sprunghaft" dem „organisch" nicht gegensätzlich, das „allmählich" ihm nicht wesentlich. Und „organisch" — ein übrigens schwieriger Begriff — und friedlich ist sicher zweierlei. Eine andere Lehre als die von organischer Fortentwicklung in der vom Marxismus, der gesellschaftsorganischen Entwicklungslehre kat exochen, beherrschten sozialistischen Theorie und Praxis zu suchen, ist glatter Widerspruch in sich selbst: man lese nur mit einiger von revisionistischem Dogmenfanatismus ungetrübten Vorurteilslosigkeit sogar das Kommunistische Manifest und seine freilich manchmal ins Agitatorische, Schlagworthafte gearbeiteten

Formulierungen. Aber auch der Begriff „friedlich" ist nichts weniger als klar; seine Begrenzung hängt davon ab, welche Kampfmittel und Mittel der Beeinflussung man als nicht-friedlich bezeichnet. Um hier Klarheit zu gewinnen, heißt es die Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens scheiden und die Möglichkeit und Art einerseits der „organischen", andererseits der friedlichen Form der Entwicklung für jede dieser Seiten des Gesellschaftslebens prüfen.

Es stellt sich heraus, daß eine *selbständige* organische Entwicklung auf *keinem* der drei Gebiete, von denen das wirtschaftliche das grundlegende ist, *für sich* stattzufinden scheint, da diese Gebiete eben nur Teile eines sich fortbildenden Gesellschaftsganzen darstellen, daß also Sprünge und Gewaltsamkeiten schon darum auf jedem der drei Gebiete — am wenigsten freilich auf dem grundlegenden des Wirtschaftslebens — möglich sind, die aber innerhalb der organischen Gesundheitsbreite des Gesellschaftsganzen bleiben.

Es gilt sodann *Gesellschaftsstatistik* zu studieren, zu prüfen, welches die Momente sind, die im wirtschaftlichen, im sozialen, im politischen Leben Einfluß, Macht verleihen, ob auf jedem der drei Gebiete die nämlichen Momente entscheiden, und wenn dies der Fall, welches Gewicht den einzelnen Momenten auf jedem einzelnen Gebiet, und ob ihnen auf den verschiedenen Gebieten ein gleiches innewohnt und schließlich, mit welcher Schnelligkeit sich die Gleichgewichtsveränderungen auf jedem der drei Gebiete Anerkennung verschaffen.

Hier herrscht in der Doktrin allenthalben Systemlosigkeit und Unklarheit; nicht einmal eine richtige Fragestellung, eine präzise Formulierung des Problems findet sich, am wenigsten bei den Revisionisten, den Vertretern der „neuen Methode", auch nicht bei Jaurès.

Die Kräfte, die im Kampfe der Klassen walten, sind mannigfaltige, wie es überhaupt Mittel der Entwicklung von Mensch auf Mensch gibt. Es kommt hier weit weniger auf die Aufzählung der einzelnen Kräfte, als auf ihre richtige Rangierung in der Kräfteskala an.

Wie bildet sich das *wirtschaftliche Gleichgewicht?* Man kann nicht sagen: Diejenige Klasse herrscht, die einen unentbehrlichen Faktor des Wirtschaftslebens darstellt; *jede* Klasse ist eben solch ein unentbehrlicher Faktor. Selbst der nichtstuende reine Kapitalist müßte zur Ermöglichung des kapitalistischen Systems erfunden werden, wenn er nicht da wäre. Keine Klasse kann ihre wirtschaftliche Herrschaft einfach dadurch begründen, daß sie z. B. in Form eines Generalstreikes ihre Unentbehrlichkeit ad oculos demonstriert und die anderen Klassen auf die Knie zwingt. Die bestimmte Eingliederung im Organismus ist ihr unabhängig von ihrem, wie

vom Willen der anderen Klassen zugefallen. Wenn nach Marx' Worten fester denn Prometheus an den Felsen das Proletariat an die Lohnknechtschaft geschmiedet ist, so ist das Band, das die Bourgeoisie an ihr Ausbeutertum kettet, nicht minder fest.

Es ist überhaupt verkehrt, anzunehmen, daß von dem „Reichtum" der Klassen als solchen im Verhältnis zueinander ihre Stellung in der Stufenleiter der Wirtschaftsorganisation abhänge.

Wenn wir als wesentliches Charakteristikum der wirtschaftlichen Unterordnung des Proletariats die kapitalistische Ausbeutung bezeichnen, so kann eine Veränderung der statistischen Verhältnisse in der Oekonomie des Kapitalismus durch Aenderung des Ausbeutungsgrades oder Abschaffung der Ausbeutung bewirkt werden. Die Frage der friedlich-allmählichen Entwicklung zum Sozialismus qua Wirtschaftsleben beantwortet sich dann mit der Frage der friedlich-allmählichen Verringerung und Beseitigung der Ausbeutung, die noch nicht spruchreif ist. Daß die Verringerung und Beseitigung der Ausbeutung mit der Fortentwicklung der Produktivkräfte mehr und mehr möglich, ja zur historischen Notwendigkeit wird, ist die Legitimation des Sozialismus und daher Gemeingut aller sozialistischen Theorien. Es fragt sich nur, ob sich die ausbeutende Klasse unter dem mehr oder weniger sanften Drucke der Arbeiterklasse allmählich „freiwillig" ihr Ausbeutungsprivileg entsprechend der wirtschaftlichen Möglichkeit seiner Einschränkung einzuschränken bereit finden wird. Dieser Druck ist die Wirkung einer Bewegung, die im letzten Ende gleich den „Menschenrechten", den „allgemein-menschlichen" seit Beginn der Klassenunterdrückung in allen Epochen gesellschaftlicher Götzendämmerung aktiven Trieben zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Freiheit entspringt: eine andere Quelle hat auch die wachsende „Empörung" im berühmten 24. Kapitel des ersten Bandes vom „Kapital" nicht. Und dieser Trieb entnimmt seine Stärke vor allem der wirtschaftlichen Unentbehrlichkeit des Proletariats und führt zum Erfolg, entsprechend der jeweiligen objektiven Möglichkeit einer Aenderung des Ausbeutungsgrades.

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß manche Nichtproletarier, selbst Kapitalisten, auch einem Ueberreden, dem Einflusse gewisser humanitärer Ideen und einer etwaigen „öffentlichen Meinung", einer Einsicht in die Richtung der Entwicklung, in ihr eigenes besser verstandenes Interesse zugänglich sind. Wie viele unserer Revisionisten, verspricht sich auch Jaurès von derartigen Einwirkungen, einem derartigen Drucke nicht wenig; er will sogar — nach berühmtem Muster — die zartbesaiteten Nasen solcher braven Bourgeois nach Kräften vor dem Ludergeruch des revolutionären Sanskulottismus bewahren; — nur nicht vor den Kopf stoßen, in Güte

macht sich alles, alles! — Das ist vielleicht das gröbste Stück Utopismus in der „neuen Methode". Wäre die Praktizierung dieses Teils der neuen Methode nicht dank der vom kämpfenden Proletariat selbst geübten Pädagogik ausgeschlossen, man könnte ihn gemeingefährlich nennen. Es liegt ihm eine Verwechslung von primären und sekundären Ursachen zugrunde, die zu einer völligen Verwaschlappung der Arbeiterbewegung führen müßte. Herz und Kopf des Durchschnittsbourgeois öffnet sich uns nicht um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen. Nein! Die Zielsicherheit, der unvergleichliche Elan, das Siegesbewußtsein, das Selbstvertrauen, die Unermüdlichkeit, wachsende Geschlossenheit und Stärke, die Ausnützung aller Fehler der Gegner, aller Schäden des kapitalistischen Systems zwingt die einen zur Achtung und jagt anderen heillosen Schrecken ein. Um sich und ihren lieben Profit zu retten, werfen sie der „blutdürstigen Wolfsherde" des Proletariats, die ihnen schon auf den Fersen jagt, dann und wann einen Bissen hin — freiwillig! Die Angst, der Selbsterhaltungstrieb schärfen den Verstand und zermürben das hartgesottenste Herz fabelhaft. Wäre es nicht der reine Selbstmord, diese *sekundären* Ursachen mancher unserer Erfolge künftig *direkt*, als *primäre* — durch Ueberredung, liebenswürdiges Entgegenkommen und dergleichen — erzeugen und die Ursache dieser Ursachen, die revolutionäre Energie unseres Kampfes, vernachlässigen zu wollen?

Alles in allem: je fester, umfassender und ökonomisch kräftiger das Proletariat in sich organisiert ist, je prinzipieller, rücksichtsloser, begeisterter und besonnener es seine politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe führt, um so eher mag es ihm — trotz Reservearmee und Unternehmerorganisation — gelingen, die Bourgeoisie zur Gewährung der jeweils objektiv günstigstmöglichen Bedingungen zu zwingen, die „Produktionsverhältnisse" in einer gewissen Kontinuität fortlaufend entsprechend den jeweils äußersten Möglichkeiten des Wirtschaftslebens zu gestalten und die Gefahr wirtschaftlicher Katastrophen abzuwenden. Ob es gelingen wird, steht nach der bisherigen Erfahrung dahin. Wir müssen auf beide Möglichkeiten gefaßt sein.

Soweit für die wirtschaftliche Struktur der Gesellschaft die Verteilung des Eigentums an den Produktionsmitteln und die Leitung der Produktion in Betracht kommt, mag die konstitutionelle Fabrik als ein freilich recht schwächlicher Ansatz zur allmählichen Umwandlung erscheinen.

Wenn Camille in „Dantons Tod" schwärmt: „Die Staatsform muß ein durchsichtiges Gewand sein, das sich dicht an den Leib des Volkes schmiegt", so ist das leider ein frommer Wunsch. Selbst die elastischste unserer *Staatsformen*, die demokratische Republik, bleibt hinter diesem

Ideal himmelweit zurück. Offensichtlich ist unser Staat nicht ein bloßes Gewand des Volkes, sondern eine riesenhafte, aufs äußerste komplizierte Maschine, mit vielfältigen, bedeutsamsten Funktionen. Er ist in gewissem Grade verselbständigt und, wie die Geschichte predigt, gar leicht als Werkzeug zur Unterdrückung selbst einer Majorität des Volkes geeignet. Mag immerhin eine Staatsform in thesi nur ein besonderer Ausdruck, eine Konsequenz der wirtschaftlichen Organisation sein, so hieße es doch der Geschichte und täglichen Erfahrung ins Gesicht schlagen, wollte man sie mit Kampffmeyer *) in concreto als „sehr wandlungsfähig" entsprechend „den wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnissen" bezeichnen. Das wäre wieder ein faustdickes Stück Utopismus in der Methode unserer Revisionisten. Geradezu unfaßlich erscheint es, wie sich Jaurès dermaßen in seinen wahren Köhlerglauben an die alleinseligmachende *friedlich-allmähliche* Methode versteigen konnte.

Aber wo Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein: Demokratie! Mit diesem Wörtchen löst jeder Revisionist, jeder Anhänger der „neuen Methode" alle Schwierigkeiten spielend. Mit dem *Wörtchen* „Demokratie" sage ich; denn der Begriff dieses Wörtchens im Sprachgebrauch der Revisionisten ist gar sehr verschwommen. Anscheinend soll es die gleichmäßige Beteiligung aller in einer wirtschaftlichen oder politischen Organisation eingegliederten Personen an der Verwaltung, das heißt natürlich auch an der Nutzung dieser Organisation bezeichnen. Bei dieser Definition ist Demokratie = Sozialdemokratie, und schließt den Sozialismus begrifflich ein, so daß die vielfachen Aeußerungen Jaurès (und anderer Männer der „neuen Methode"), die Demokratie sei wesentliche Voraussetzung, sei die Form zur Verwirklichung oder gar schon ein Stück des Sozialismus, Aeußerungen, die im Grunde nur eine unklare Wiederaufnahme der „reprobierten" Lehre von der Diktatur des Proletariats ergeben, nur Verwirrung stiften können.

Zu solcher *wirtschaftlichen* Demokratie finden sich Ansätze, wie es eben Ansätze zum Sozialismus gibt; daß sie einen nennenswerten Grad erreicht hätten, kann schwerlich behauptet werden — doch das ist bereits gestreift.

Auf *politischem* Gebiete ist die Demokratie weiter fortgeschritten, aber längst nicht so weit, wie uns die Revisionisten glauben machen wollen. Wie wenig sich die Begriffe Demokratie und Republik zum Beispiel in Frankreich decken, hat kein Geringerer als Bernstein dargelegt. Ich könnte hier Jaurès eine lange und eingehende Erörterung aus demselben posthumen

*) Ein revisionistischer Sozialdemokrat.

Werke Liebknechts entgegenhalten, in dem Jaurès die vorahnende Formulierung des Revisionismus und Millerandismus findet. Nicht einmal das demokratische Wahlrecht ist, von ganz verschwindenden Ausnahmefällen abgesehen, einwandsfrei realisiert. Die Demokratie mag also wohl *ein* vorzügliches Pulver sein, um den Kapitalismus zu sprengen, aber *das* Pulver muß erst noch erfunden werden. Vorläufig sitzen wir noch allenthalben, in den Staaten wie in den Gemeinden, in der dicksten Undemokratie. Wie, woher kriegen wir das Fehlende? Werden wir die Früchte der Demokratie friedlich-allmählich von dem gastlichen Apfelbaum der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Erkenntnis der Bourgeoisie pflücken können?

Mehr als irgend eine andere Manifestation unseres Gesellschaftsorganismus trägt der *Staat mechanischen* Charakter. Gewiß kann man nur cum grano salis die Regierungen als den Ausschuß der sogenannten herrschenden Klassen bezeichnen, ebenso gewiß aber ist der Staat in einem sehr hohen Grade Werkzeug dieser herrschenden Klassen, deren ureigene Interessen ihnen nur zur Sicherung ihrer Herrschaft gewisse Konzessionen an die beherrschten Klassen aufzwingen, die jedoch das Maß der politischen Kapazität dieser Klassen, ihres wirtschaftlichen Einflusses, durchschnittlich bei weitem nicht erreichen. Es gibt eben ganz echte politische Herrschaftsverhältnisse, selbst die Demokratie ist ein solches, schließt die Unterdrückung einer eventuell sehr starken Minderheit ein. Nur *sehr* bedingt trifft es zu, daß sich Verschiebungen im wirtschaftlichen Gewicht in der Staatsform ausprägen. Am *ehesten* gilt es freilich noch bei der Demokratie.

Aber, eben, woher die Demokratie nehmen und nicht stehlen? Wie hat Deutschland sein allgemeines Wahlrecht, so ziemlich das einzige Fetzchen demokratischen Linnens, das unsere politische Blöße deckt, „erobert"? War seine Einführung nicht als Kniff einer reaktionären Demagogie gedacht? Ist es nicht auch in anderen Fällen eines solchen reaktionär-demagogischen Ursprungs und also um so weniger a priori für gesichert zu halten? Ein starker, übermächtiger Zug zur politischen Demokratisierung soll unserer Zeit nicht abgestritten werden; es fragt sich eben nur, *wie* sich dieser Zug durchsetzt. Eine *Steigerung* der *gütlichen Nachgiebigkeit* ist bei den herrschenden Klassen alles in allem *nicht* zu konstatieren. Man vergleiche Hessen, Bayern, Belgien, Schweden. Und wie steht es mit Preußen? Hat hier nicht manch ein Revisionist, vor die Kanonen der praktisch-politischen Logik gestellt, der Revolution, vorläufig in der verschämten Form des Generalstreikes, von neuem den Treueid leisten müssen? Haben nicht unsere belgischen Brüder in ihrer verzweifelten Ratlosigkeit die Hilfe eines deus ex machina in Gestalt des königlichen Freundes der schönen Cléo herbeizubeten begonnen? Werden wir nicht ebenso leicht wie die Demo-

kratie in der Mehrzahl der Staaten den Sozialismus bekommen? Haben nicht unsere belgischen Brüder gerade vor *dieser* Frage gestanden?

Und *haben* wir denn das, was wir haben, auch *wirklich?* Wenn Engels in seinem Programmbrief meint: man könne sich das friedliche Hineinwachsen in die neue Gesellschaft möglicherweise vorstellen für Länder, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun könne, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat — was übrigens für Frankreich und England keineswegs zutrifft —, so fragt es sich gerade: ob man diese Majorität ohne „Katastrophe" wird erlangen können. Vorläufig tut die Demokratie der Bourgeoisie noch nicht ernstlich weh; wenn aber Sein oder Nichtsein die Frage sein wird — und diese Frage wirft sich trotz aller möglichen organischen und friedlichen Fortentwicklung an einem bestimmten Punkte überall auf —, so wollen wir erst erleben, ob die Menschheit sich seit einigen Jahrhunderten so grundstürzend geändert hat, daß es ohne harte und böse Friktionen abgeht. — Daraus ergibt sich zweierlei: daß es mit dem allmählich-friedlichen Hineinwachsen *überhaupt* seinen Haken hat, und daß die Demokratie schon um deswillen nicht als das Allheilmittel gelten kann, weil sie vorläufig in gewissem Sinne noch von der Gnade der herrschenden Klassen abhängt. Wer will bestreiten, daß in allen Ländern der Welt eine durchaus verfassungsmäßige Beseitigung aller demokratischen Institutionen noch möglich ist, sofern eben nur die Bourgeoisie zusammenhält? Wer will die Möglichkeit abstreiten, daß in Zeiten der äußersten Zuspitzung des Interessenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, deren höchster Grad noch längst nicht erreicht sein dürfte, dieser Zusammenhalt der Bourgeoisie mindestens zeitweilig hergestellt werden mag? Man blicke doch auf Sachsen! Dieses industriellste aller deutschen Länder, das uns eben deshalb in ähnlicher Weise die Zukunft des Klassenkampfes zeigt, wie England bisher der Spiegel unserer Zukunft war, hat allen anderen deutschen Staaten gegenüber den Vorteil voraus, daß es, fast aller feudalen Reste eines übermächtigen Junkertums und damit eines Zankapfels der herrschenden Klassen ledig, eine unerhört geschlossene Bourgeoisie aufweist, also einen gewissermaßen reinen Fall darstellt, der nicht nur mit einer überlegenen Armbewegung abgetan werden kann. Und Jaurès möge doch gerade auf Frankreich blicken, das nach seiner Meinung vor beiläufig vier Jahren drauf und dran war, im Sturme aufgewühlter Volksleidenschaft seine ganze schöne Demokratie zu verlieren! Und schließlich: darf man nicht, um auf das Gebiet *wirtschaftlicher* Demokratie zurückzugreifen, die englischen Lordrichterentscheide hier als Warnungstafel aufrichten? Es gehört der ganze revisionistische Aberglaube an die „Demokratie" dazu, um zu verkennen,

wie nahe England damit einer Zuspitzung des Klassenkampfes zu festländischer Schärfe und festländischen Formen gerückt ist. Daß sich die englische Bourgeoisie damit — im erstarkenden Sozialismus — auch ihren „Totengräber" schafft, illustriert doch nur die Bedeutung der Entscheidung in unserem Sinne.

Nach alledem kommt es bei Wertung der bestehenden oder noch zu erringenden demokratischen Institutionen für die Möglichkeit einer katastrophenlosen Fortentwicklung zum Sozialismus zunächst auf genaue Prüfung der *Festigkeit* und Sicherung dieser Institutionen an, eine Prüfung, die man bei keinem Revisionisten — auch bei Jaurès nicht — findet. Nach alledem begreift man aber auch, warum die „neue Methode" als wesentliche Eigenschaft der „Demokratie" nicht so sehr die Herrschaft der Mehrheit, als die Rücksicht auf die Minderheit betrachtet.

Die gar zu offensichtliche Gefahr gewaltsamer Kollisionen, die mithin gerade in der Notwendigkeit einer Erhaltung und Erkämpfung der Demokratie liegt, vermag Jaurès nicht zu übergehen; er kann nicht umhin, mit einem Versuch gewaltsamer Entreißung demokratischer Rechte zu rechnen, den er sogar erfolgreich sein läßt! (Seite 154.) Das ist das Saltomortale der „neuen Methode". Was soll dann noch die Bekämpfung der „Katastrophentheorie"? Welcher Sozialist hat je *prinzipiell* (von Entgleisungen in der Propaganda natürlich zu schweigen!) auf eine Katastrophe hingearbeitet, oder seine Taktik nur auf eine solche Katastrophe eingerichtet? Wir müssen nur auf der Hut sein, Mißtrauen gilt mit Recht als gute demokratische Eigenschaft. Mögen die Gegner zu uns kommen, mögen sie ihre Konzessionen machen, — wir weisen sie nicht von der Hand, aber kein Einlullenlassen durch Friedensschalmeien, kein Eiapopeia von der gütigen allmächtigen Göttin Demokratie, keine Abrüstung. Nur unsere „kriegerische" Tüchtigkeit macht uns im sozialen Leben bündnisfähig, vermag uns den Rupprechtssack der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen zu öffnen, könnte, wenn überhaupt möglich, zur Abwendung von Katastrophen führen. . . .

REDE AUF DEM PARTEITAG ZU BREMEN 1904

. . . Es wird gesagt: Wenn wir den Generalstreik machen *können*, brauchen wir ihn nicht mehr. Das ist unrichtig. Wir können in den Generalstreik *hineingedrängt* werden durch aktuelle politische Fragen. Gewiß, der Gedanke, die bürgerliche Gesellschaft durch den Generalstreik auszuhungern, ist lächerlich. Für mich handelt es sich um den politischen

Massenstreik, der nur unter Umständen die Form des eigentlichen Generalstreiks annehmen kann. Mit solchen Rechenexempeln aber, wie, daß die Arbeiter ihre kümmerlichen Vorräte schneller aufzehren würden als die Besitzenden ihre reichlichen, und daß der Massenstreik deshalb aussichtslos sei, kann man auch die Frage des eigentlichen Generalstreiks nicht lösen. Es gibt zu viel andere Faktoren, die zugunsten der Streikenden sprechen können. Ich weise auf die berühmten Hungerstreiks in Rußland hin, die auf dem Gedanken beruhen, durch Gefährdung des eigenen Lebens einen Zwang auf die regierenden Gewalten auszuüben. Diese Streiks sind ein Beispiel dafür, wie durch Imponderabilien, durch Furcht vor Skandalen, durch Erweckung menschlicher Empfindungen doch ein Eindruck erzielt werden kann. Es heißt, wir dürfen den Massenstreik nicht diskutieren, weil wir den Gegnern unsere Pläne nicht enthüllen dürfen. Das wollen wir gar nicht. Wann wir den Generalstreik inszenieren wollen und in welcher Form, darüber sprechen wir ja gar nicht. Es ist richtig, wir können nicht für alle Eventualitäten Vorsorge treffen; wir müssen darauf vertrauen, daß die Massen das lebendige Gefühl des Klassenkampfes haben und im gegebenen Falle das Richtige finden werden. Man erinnere sich der interessanten Ausführungen der Genossin Luxemburg über die Entwicklung der Taktik in der russischen Arbeiterbewegung. Aber wir müssen doch die Mittel, die wir schon heute als brauchbar erkennen, diskutieren. Ist nicht Sachsen ein Menetekel für die Partei? Man sagt, das Reichstagswahlrecht ist uns geblieben. Aber wenn uns auch das genommen wird? Dann sollen wir in die Kommunen gehen. Aber wenn uns auch da der Zugang genommen wird? Dann bleiben die Gewerkschaften. Aber wenn uns das Koalitionsrecht genommen wird? Was tun wir dann? Es ist nicht wahr, daß wir unter allen Umständen eine Kraftprobe vermeiden können. Es kann der Fall eintreten, wo wir unsere Macht, von der wir jetzt einen mehr formalen Gebrauch machen, realisieren und manifestieren müssen. Das geschieht in der drastischsten Form durch die Entfaltung eines Massenstreiks. Das ist der Gedanke, den die Partei in sich aufnehmen muß. Es besteht in der Tat eine gewisse Gefahr für die Partei, die Gefahr des Verrostens in bezug auf die Kampfesmittel. Wir sind verwöhnt in Deutschland, trotz des Sozialistengesetzes, weil uns auch da das Wahlrecht nicht genommen worden ist. Dazu kann es aber kommen, und wir müssen darauf gerüstet sein. Es heißt, denken Sie an Pfannkuchs Bericht, man solle den Teufel nicht an die Wand malen. Aber der Teufel ist doch leibhaftig da: es wäre Vogelstraußpolitik, wenn wir das leugnen wollten. Und Genossen, wie sollen wir die ganze Welt erobern, wenn wir nicht einmal imstande sind, unsere wenigen Grundrechte, die wir schon haben, zu verteidigen, unsere

jetzigen Positionen zu halten?! Dazu ist es notwendig, den Massenstreik zu diskutieren. Wir wollen Ihnen gar nicht empfehlen, ihn ohne weiteres als neues Kampfmittel zu akzeptieren. Wir wünschen vorläufig nur eine Diskussion und damit eine gewisse Sympathiekundgebung für den Grundgedanken. Toujours en vedette, stets auf dem Posten sein, komme was kommen mag, ist erste Pflicht und Lebensinteresse der Partei. Jener ganz gefährlichen Feindseligkeit gegen den Grundgedanken des Massenstreiks gilt es entgegenzutreten. Die Frage des Massenstreiks ist die aktuellste Frage unserer gegenwärtigen und künftigen Politik. Gehen Sie nicht mit Lächeln darüber hinweg. Erfassen Sie den Wert dieser Frage, und unsere Partei wird gerüstet sein!

SPARTAKUSBRIEFE

POLITISCHER BRIEF Nr. 1a

DIE DEZEMBERMÄNNER VON 1915

Nach anderthalb Kriegsjahren wuchs am 21. Dezember 1915, bei der fünften Milliardenvorlage, das Häuflein der Kreditverweigerer auf zwanzig. Heißt das Erlösung? Die Situation kann verwirren. Ziehen wir scharfe Linien.

Erlösung könnte sein eine Fraktionsminderheit, die einig über das Wesen von Sozialismus und Imperialismus, einig über die Aufgaben des Proletariats gegen Imperialismus und Krieg, einig über die Kampfmethoden, einig im Kampfwillen, eine aktionsfähige, zielklare, konsequent und rücksichtslos vorwärtsdrängende Gemeinschaft bildete, eine Fraktionsminderheit, die entschlossen wäre, den außerparlamentarischen Burgfrieden auf Schritt und Tritt mit allen Mitteln in zäher öffentlicher Fronde gegen die Fraktionsmehrheit zu zerstören, den Klassenkampf gegen Krieg, Regierung und herrschende Gesellschaftsordnung rastlos zu führen, eine Fraktionsminderheit, die keine revolutionären Kräfte hemmen, sondern unter Entfesselung der kühnsten Initiative immer neue revolutionäre Kräfte schaffen würde.

Messen wir an diesem Maße die Männer vom 21. Dezember und ihre Leistungen.

Sind sie einig in der Grundauffassung? Mit nichten! Wer sind diese wenigen Vertreter des grundsätzlichen Internationalismus, die die Verwirrungsphrase von der Vaterlandsverteidigung schlechthin ablehnen, neben

allerhand Eroberungsgegnern, die dieser Phrase anhängen, die bei jeder Gelegenheit ihr „wahrhaft patriotisches" Herz öffentlich ausstellen, aber nach Jahr und Tag das Haar der Annexionspolitik in der Suppe der imperialistischen „Vaterlandsverteidigung" entdeckt haben; und neben diversen „Sicherungs"-Gläubigen, die im Vertrauen auf Hindenburg und Falkenhayn leben und meinen, Deutschland habe genug gesiegt, Feinde und Verfechter der Politik des 4. August — Feuer und Wasser nebeneinander! Auch Verfechter des Vergeltungsprinzips, denen die diplomatische „Aufhebung des Seebeuterechts" — just im Augenblick der Zerstampfung allen Völkerrechts — Wundersalbe gegen Rasereien der Kriegsbarbarei und Schlüssel zum Paradies des Völkerfriedens oder doch zu seinem Vorhof scheint.

Prinzipielle Einmütigkeit ist die erste Voraussetzung aller ernsthaften Aktionsfähigkeit. Den Dezembermännern fehlt diese Voraussetzung.

Sind sie einig in der Haltung der Fraktionsmehrheit? Mit nichten! Nur wenige sind gewillt, den unerbittlichen öffentlichen Widerstand und die unerbittliche öffentliche Offensive gegen sie zum dauernden Prinzip ihres Handelns zu machen. Die Mehrzahl wagt sich nicht über den „Disziplinbruch" in der Kreditfrage hinaus, sucht ihr „Disziplingewissen" advokatorisch zu betäuben, schwört, die Parteieinheit zu schirmen, preist ihren spätgeborenen Radikalismus als das beste Oel zur Beruhigung der aufsässigen Massen und tröstet sich und die Fraktionsmehrheit mit der Erwartung baldiger Erneuerung treuer Waffenbrüderschaft. Und die Festigkeit, die Zuverlässigkeit der Dezember-Bekehrten, die von der Massenstimmung in die Opposition geweht sind? Dieser politische Flugsand müßte erst zu Stein erhärten, ehe auf ihm zu bauen wäre.

Einmütige Bereitschaft zu entschlossenem revolutionären Handeln ist die zweite Voraussetzung für die einzige Leistung, die heute vor dem Sozialismus legitimiert, für den internationalen revolutionären Klassenkampf gegen Krieg und Imperialismus. Den Dezember-Männern fehlt auch diese Voraussetzung.

Die Minderheit vom 21. Dezember, die unter dem Segen Kautskys entstand, war schon an diesem Tage keine Gemeinschaft, nur eine für den Einzelfall zusammengewürfelte Schar verschiedenartiger Elemente, eine Schar von so widersprechender Auffassung in Theorie und Taktik, von so verschiedenem Grade der Energie und Festigkeit, daß sie von vornherein zur gemeinsamen Durchführung einer folgerichtigen sozialistischen Politik unfähig war, ein Konglomerat, das, wenn es die fortgeschrittensten Elemente in ihrer freien Initiative binden und hemmen würde, ein böser Schaden wäre.

Ist aber der 21. Dezember 1915 selbst nicht eine schlagende Widerlegung dieser These? Mit nichten! Er trägt alle Schwächen jener „Gemeinschaft".

Gewiß, die öffentliche Abstimmung gegen die Kredite war ein Schritt voran. Gewiß, daß nun auch die 18 durch das Fegefeuer des „Disziplinbruches" gingen, als sie im Plenum des Reichstages handelten und redeten, war nicht ohne. Wenn es auch 17 Monate zu spät kam. Aber der Inhalt der Erklärung zeigte sofort die peinliche Halbheit der Leistung. Sie vermeidet eine schroffe Stellungnahme gegen die Fraktionsmehrheit und selbst gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien: man wollte nicht das öffentliche Schauspiel heftiger Szenen zwischen Fraktionsgenossen und — um Himmelswillen — auch keine Empörung unter den Bürgerlichen. Man war artig und vornehm, wie sich's im Zeitalter des Weltkrieges und des Belagerungszustandes für wohlerzogene Sozialdemokraten ziemt; Burgfrieden immerhin! Mit Blitz und Donner hätte die Erklärung dreinfahren sollen — sie trug den gedämpften Ton, den besonnenen Geist „gemäßigter" Staatsmännerei.

In allen Stellungen ist die Opposition gegen den Krieg schwach und verloren; nur auf einem Standpunkt steht sie unanfechtbar, unverwundbar. Und dieser Standpunkt ist: Anerkennung der internationalen Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse, ihres internationalen Interessengegensatzes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und der Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes als der souveränen Bestimmungsgründe für die sozialistische Taktik im Frieden und im Kriege; daraus hergeleitet: grundsätzliche Kampfstellung gegen den Imperialismus als die höchste Phase der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und gegen Krieg und „Burgfrieden" als intensivste Lebensäußerung des Imperialismus, als Verneinungen der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes.

Jede Politik, die den grundsätzlichen Internationalismus verwirft, und ihre Stellung zu Krieg und Burgfrieden nicht nach dem geschichtlichen Wesen des Krieges, der Regierung und der bestehenden Gesellschaftsordnung bestimmt, jede Politik, die der Verwirrungsphrase von der „Vaterlandsverteidigung" folgt und die Unterstützung oder Bekämpfung der Regierungen und des Krieges von der jeweiligen militärischen Lage oder irgendwelchen Kriegszielkundgebungen abhängig macht, unterscheidet sich von der Mehrheitspolitik des Regierungsoffiziösentums sans phrase nur durch geringere Folgerichtigkeit. Jedes Zugeständnis an sie bedeutet Kapitulation vor der Mehrheitspolitik.

Die Erklärung vom 21. Dezember weicht einer Stellungnahme zu jedem Grundprinzip jämmerlich aus. Sie bietet einen Satz des Mißtrauens gegen die Gesamtpolitik der kapitalistischen Regierung; und sofern diese freilich sehr sanftmütige und vorsichtige Phrase der Ablehnungserklärung unmittelbar vorangeht, möcht's leidlich erscheinen. Sie unterläßt aber jede ge-

schichtliche Charakterisierung des Krieges, vermeidet selbst das Wort Imperialismus, erwähnt selbst die Eroberungspläne, als seien sie erst in kürzlichen Regierungskundgebungen offenbart, und bringt schließlich die Wendung: . . . „unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert", „uns droht kein Einbruch feindlicher Heere". Diese Wendung ist absichtlich zweideutig gehalten; sie soll nach ihrer Entstehungsgeschichte die „Sicherung der Landesgrenzen" nicht als Motiv für die Kreditablehnung bezeichnen, sondern nur als Tatsache feststellen; sie soll demagogische Einwendungen abschneiden und etwa besagen: „Selbst dieses Motiv — wo immer es gehegt wurde — ist für Deutschland bei seiner günstigen militärischen Lage erledigt". Sie drückt das jedoch — eine Konzession an die „Sicherungs"-Gläubigen! — so undeutlich aus und knüpft so deutlich an eines der bedenklichsten Schlagworte aus der Erklärung vom 4. August 1914 an, daß sie in hohem Maße gefährlich ist. Es gilt von der Erklärung, was einer der 20 noch am 21. Dezember den andern 19 schrieb:

„Sie grenzt an eine Anerkennung der Politik des 4. August 1914; sie enthält Wendungen, die der französischen Fraktionsmehrheit ein Argument zur Fortsetzung ihrer bisherigen Kriegspolitik bieten, der französischen Minderheit Schwierigkeiten machen, und — bei Umschwung der Kriegslage — den Umfall der deutschen Fraktionsminderheit vorbereiten können; sie ist nur schwer mit dem Zimmerwalder Beschluß in Einklang zu bringen."

Und es gilt weiter von der ganzen Aktion des 21. Dezember, was am Schlusse dieses Briefes gesagt ist:

„So erfreulich und wertvoll die heutige Abstimmung der 20 und die Tatsache der Abgabe einer Erklärung im Plenum ist, sie wird — zumal bei dem Inhalt der Erklärung — *ihre Bedeutung erst durch die weitere Politik dieser Genossen erhalten.* Nur wenn sie durch diese Politik als *Kundgebung des entschlossenen Willens zur Aufnahme des Klassenkampfes, zur grundsätzlichen Zerstörung des parlamentarischen Burgfriedens* gekennzeichnet wird, wird sie mehr sein, als eine „schöne Geste". Eine konsequente unerbittliche Opposition im Reichstag, usw. gegen den Willen der Fraktionsmehrheit, ist das „Gebot der Stunde", dieser Stunde.

Versagen hier die 20, so verdammen sie sich selbst zur Ohnmacht, ihre Ohnmacht wird offenbar, ihr anscheinender Einfluß auf die Massen geht zum Teufel, und Fraktionsmehrheit wie Regierung werden in Zukunft *parlamentarisch* stärker sein, als vor dem 21. Dezember 1915."

Wie aber steht es mit der Erfüllung dieses Postulats? Hat die spätere Politik der Dezember-Männer ihrer Aktion den Stempel aufgeprägt, der ihr erst Wert verliehen hätte? Darnach ist heute das Urteil zu fällen. Bereits in der ersten Fraktionssitzung nach der „Dezembertat" wehte ein sentimen-

tales Mailüfterl statt des Konfliktorkans, den die Lage erforderte; ein Landregen rann statt des stürmenden Wolkenbruchs. Die Minderheit spielte mit dem Gedanken des Ausschlusses aus der Fraktion, im Ernst dachte kaum einer daran. Das Strafgericht gegen die neuen Disziplinbrecher wurde zu einem Kusch-Kusch, zu einem aussichtsreichen Drohen mit dem Bakel gegen künftige gröbere „Ausschreitungen" der Minderheit. Der Wille zu diszipliniertem Zusammenwirken auf allen Gebieten außerhalb der Kreditfrage, die Hoffnung baldiger fleckenloser Eintracht, verklärte die Stimmung bei Mehrheit und Minderheit.

Bereits am 20. Dezember hatten die Dezember-Männer ihre historische Arbeit begonnen mit einem Versuch zur Unterbindung der freien Initiative ihrer entschlossensten Elemente, zur Dämpfung der gesamten Opposition auf den flauen Ton ihrer unsichersten Kantonisten. Daß der Versuch mißglückte, war nicht ihr Verdienst. Unter dem Zeichen dieser Dämpfung stand die Tätigkeit der Geyer und Genossen während der Januartagung des Reichstages, in der die Probe der Zuverlässigkeit und Energie abgelegt werden mußte. Soviel Sitzungstage — soviel verpaßte Gelegenheiten! Man unterstützte die Anfragenaktion nicht, sondern bekämpfte sie mit kleinlichen Gründen engbrüstiger Rechnungsträgerei. Man regte sich nicht zur energischen Abwehr der unausgesetzten brutalen Unterdrückung eines einzelnen im Reichstag, auch nicht zum pflichtgemäßen Kampf gegen den schnöden Geschäftsordnungsbruch, der die politische Freiheit der Anfragen eskamotierte; man ermöglichte, ja deckte dadurch diese Vergewaltigungen geradeswegs. Man ermöglichte und deckte damit auch den Ausschluß dieses einzelnen aus der Fraktion, gegen den man nur papierne Proteste fand.

Aber allem setzte die Krone auf, was am 15. Januar geschah. Bei dem infamen und heuchlerischen Völkerverhetzungsmanöver, zu dem der Reichstag den Baralong-Fall mißbrauchte, ergriff zwar einer der Dezember-Männer, *Ledebour,* das Wort, aber ohne eine Silbe der Brandmarkung gegen die Hetzkumpanei und ihre sauberen Zwecke unter kaum gedämpfter Zustimmung zu dem verächtlichen Entrüstungschorus, unter Inschutznahme der deutschen Kriegführung, gegen jede Aufrollung ihres Sündenregisters, unter prinzipieller Anerkennung des Vergeltungsprinzips, und nur unter so schüchternen Vorbehalten, daß ihm von der reaktionären bürgerlichen Presse wohlverdientes Lob zuteil ward. Und als der Abgeordnete Oertel die Einmütigkeit des gesamten Reichstages in der Empörung über den auch noch unbewiesenen „Baralong-Mord" und die englische Note feststellen wollte, und ein einzelner diesen sauberen Plan durch ein schneidendes „Nein" durchkreuzte, konnte der Abgeordnete Oertel ihn unter dem brüllenden Beifall des Reichstages als den einzigen Dissidenten verhöhnen, ohne

daß von denen um Geyer auch nur einer Widerspruch erhoben hätte. Und bei der Rede Noskes, die das Niederträchtigste an Rohheit und Verrat am Sozialismus enthielt, was je dem Munde eines „Sozialdemokraten" entfloß, blieb der Protest eines einzelnen ebenso einsam, wie das gegen Oertel geschleuderte „Nein".

Heißt der 21. Dezember „Erlösung"? Nein! Er war bestenfalls Verheißung, eine Verheißung, die nicht erfüllt worden ist. Er konnte sein eine Ueberschreitung des Rubikon, aber keine Schlacht auf den pharsalischen Gefilden ist ihm gefolgt. Und keine wird ihm folgen, ehe nicht ein Märzsturm des Massenunwillens die Dünste der Opportunitätspolitik zerfegt und das morsche Geäst und Gestrüpp der Halbheit, das die Bahn noch versperrt, erbarmungslos niederbricht.

EIN SCHWARZER TAG IM REICHSTAG

Wir sind es seit dem 4. August 1914 gewohnt, daß der deutsche Reichstag sich durch sein ganzes Verhalten vor aller Welt diskreditiert. Aber die Vorgänge, die sich am 15. Januar bei der Besprechung der „Baralongaffäre", in dem „hohen Hause" abspielten, müssen jeden Demokraten und Sozialisten mit Ekel erfüllen. Diese Affäre ist bekanntlich noch keineswegs geklärt; die Zuverlässigkeit der Zeugen, die bisher den „Mord" bestätigten, wird von neutraler Seite bezweifelt. Die deutsche Regierung selbst fordert erst eine Feststellung im geordneten Verfahren; und die englische Regierung lehnt das gar nicht ab, sondern erbietet sich, diesen Fall nebst einigen anderen nicht nur, wie die deutsche Regierung fordert, einem englischen, sondern sogar einem neutralen Gericht zu unterbreiten. Dennoch benutzte die deutsche Regierung und der Reichstag die englische Antwortnote mit ihren „diplomatischen" Bosheiten als erwünschte Gelegenheit, eine unverschämte Hetze gegen das ganze englische Volk zu entfesseln und die Kriegs„Begeisterung" im eigenen Lande zu schüren. Das Beschämendste bei dem ganzen wohlinszenierten Entrüstungs- und Hetzaufzug war die Teilnahme der sozialistischen Reichstagsfraktion. Schon der Berichterstatter Graf *v. Westarp* begann seine Rede mit der Konstatierung, daß im Haushaltsausschuß über den Fall und die deutsche Anwortnote, die bekanntlich Repressalien ankündigt, volle Einigkeit geherrscht habe. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, *Noske,* hat sich denn auch nach Kräften bemüht, diese Einmütigkeit in aller Oeffentlichkeit zu unterstreichen. Noske scheute sich nicht, die ausgedroschene Phrase vom „Aushungerungskrieg" Englands zu wiederholen — als ob nicht alle Staaten, auch *Deutschland,* in ihrer Kriegsführung die wirtschaftliche Schädigung des Gegners anstrebten.

Noske war weiter so albern, sich über feindliche „Franktireurschiffe und Schiffe unter falscher Flagge" zu entrüsten, als ob er nicht wüßte, daß auch unsere Flotte nach altem Kriegsbrauch sich falscher Flaggen (bis zum Moment der Aufnahme des eigentlichen Kampfes) bedient. Dieser „Demokrat" sprach es ohne Scham aus, daß ihm noch „derbere Töne" in der deutschen Antwortnote recht gewesen wären. Aber den Gipfel erreichte dieser „Sozialist", als er statt eines „papiernen Protestes" „energische Vergeltungsmaßregeln" forderte.

Die bürgerlichen Redner wußten, wie der Schriftleiter des ausgesprochenen deutschen Hetzorgans, *Dr. Oertel,* schmunzelnd konstatierte, diese Einmütigkeit mit der Sozialdemokratie gebührend hervorzuheben. Als *Oertel* konstatierte, *daß* alle im Reichstag einig in der Forderung nach Vergeltungsmaßregeln seien, da protestierte niemand von den 110 sozialdemokratischen Abgeordneten außer dem Genossen *Liebknecht,* dem natürlich wieder das Wort abgeschnitten und die politische Kennzeichnung der Szene unmöglich gemacht wurde. Auch *Ledebour* sprach sich in seiner Rede ausdrücklich für Repressalien aus. Dabei hat sich gerade in diesem Kriege gezeigt, daß die Vergeltungsmaßregeln eines Landes sofort andere in dem betreffenden Lande nach sich ziehen und so eine endlose Kette von Nachteilen für einzelne Unschuldige entsteht, bis beide Regierungen vernünftig genug sind, alle Maßnahmen aufzuheben. Die Einschränkung, die Ledebour machte, daß bei den Vergeltungsmaßregeln nicht „unschuldige" Personen ... ihr *Leben* verlören, ist natürlich von sozialistischem Standpunkt aus völlig unzureichend. Verbrecher mag man bestrafen, wenn man sie faßt. Unschuldige aber dürfen nie und in keiner Form für andere irgendwie herangezogen werden. Die öffentliche Brandmarkung in der Presse diente dem Zwecke der „Sühne" viel mehr, als irgendwelche Repressalien.

Genosse *Ledebour* verteidigte zwar das englische Volk gegen die plumpesten Beschimpfungen. Aber statt das heuchlerische Getue des Reichstages zu brandmarken, was in jedem Moment geboten war, verlor er sich in eine Polemik gegen das Seebeuterecht, als ob es im Moment der Völkerverhetzung im eigenen Lande nichts wichtigeres zu tun gibt, als das Ausland zu kritisieren. Matt und verklausuliert fiel *Ledebours* Kritik des U-Boot-Krieges aus, dessen frühere und jetzige Formen zur Verschärfung des Wirtschaftskrieges geführt haben.

Auch Ledebours Rede war letzten Endes bestimmt durch die Rücksicht auf den parlamentarischen „Burgfrieden", den zu durchbrechen gerade in jenem Moment der Hetze und Raserei unnachläßliche Pflicht jedes Demokraten und Sozialdemokraten war. — Von den übrigen 18 der 20 wollen wir schweigen; denn auch sie schwiegen wie immer.

Sie hatten kein Wort des Protestes; auch nur in Zwischenrufen gegen die frohlockende Rede Oertels, daß er mit ihnen in der Forderung von scharfen Repressalien einig sei; kein Wort der Entrüstung gegen die schamlose Englandhetze. Sie billigten stumm um des lieben „Burgfriedens" und der geheiligten Fraktionsdisziplin willen die Reden eines Oertel und Noske.

LIEBKNECHTS KLEINE ANFRAGEN

Ueber die Taktik Karl Liebknechts*) bei Einbringung der kleinen Anfragen scheinen eigentümliche Mißverständnisse obzuwalten und dürfte notwendig sein, sie klarzustellen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat nicht nur am 4. August und dann wiederholt für die Kriegskredite gestimmt, sondern sie hat darüber hinaus Regierungspolitik, d. i. Kriegspolitik, getrieben. Dokumentierte schon die Zustimmung zu den Krediten, daß die Fraktion bereit war, die Verantwortung für die Kriegsführung mitzutragen — denn das und nichts anderes bedeutet trotz aller „Erklärungen" der parlamentarische Akt der Zustimmung — so hat darüber hinaus die Fraktion, indem sie in den „Burgfrieden" willigte und die Kritik an den Handlungen der Regierung verstummen ließ, diese Verantwortung in der Weise übernommen, daß sie gegen alle Akte der Kriegsführung und der Knechtung des Volkes, gegen die Säbelherrschaft nicht reagierte, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. — Gegen diese Taktik, gegen die Preisgabe aller sozialdemokratischen Grundsätze anzukämpfen, wäre Pflicht eines jeden Sozialdemokraten. Als ein Mittel, diese Pflicht zu erfüllen, betrachtete Karl Liebknecht die „kleinen Anfragen", und es erwies sich als brauchbar.

Die „kleinen Anfragen" sind ein im deutschen Reichstage neues, im englischen Parlament längst erprobtes Mittel der Geschäftsführung. Ihre Bedeutung im Sinne der parlamentarischen Praxis beruht darauf, daß die Regierung in irgendeiner Angelegenheit zur Rede gestellt werden kann, ohne daß die jeweils zu verhandelnden Angelegenheiten dadurch einen Aufschub erleiden. Die Form ist deshalb vereinfacht: jeder einzelne Abgeordnete kann Fragen stellen, die Regierung kann antworten oder nicht, eine Debatte darf an die Antwort nicht geknüpft werden. Die parlamentarische Praxis hat dazu geführt, daß die Regierung zuweilen Fragen stellt, um Gelegenheit zu einer Kundgebung zu erhalten (in der letzten Tagung ist das auch im deutschen Reichstage geschehen, denn die Fragen des Herrn Bassermann waren offenkundig bestellte Arbeit). Für uns Sozialdemokraten ist

* Anm.: L. spricht von sich selbst in dritter Person, um seine Autorschaft zu verbergen. Als Armierungssoldat war ihm verboten worden zu schreiben und politische Artikel zu veröffentlichen.

der Parlamentarismus nichts anderes als ein Mittel der Propaganda und Agitation, ein Mittel, für den Sozialismus zu wirken, den Interessen des Proletariats zu dienen, er ist nicht an sich ein Heiligtum, das wir zu hüten und zu wahren haben, sondern eine Waffe, deren wir uns bedienen. Die kleinen Anfragen sind für diesen Zweck im allgemeinen wenig geeignet. Da aber eine Interpellation nach der Geschäftsordnung nur von einer größeren Zahl von Abgeordneten eingebracht werden kann, eine Rede stets verhindert werden kann, wenn die Fraktion oder die Mehrheit es will, so blieb unter den gegebenen Umständen für den einzelnen Sozialdemokraten nichts anderes übrig, als dieses Mittel auszunützen.

Nun wird zuweilen eingewendet, es sei von vornherein sicher gewesen, daß die Regierung nichts antworten oder durch nichtssagende Antworten den Zweck der Frage vereiteln würde, daher sei es überflüssig, zu fragen. Es hat sich gezeigt, daß das eine durchaus falsche Anschauung ist; die Fragen haben ihre Wirkung getan.

Nehmen wir die von Liebknecht am 14. Dezember gestellten Anfragen. Die Regierung hatte am 10. November die Annexionspolitik proklamiert; sie wird gefragt: „auf welcher Grundlage sie bereit sei, in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten". Sie verweigert die Antwort! Sie wird weiter gefragt, wie sie sich zu dem Friedensvermittlungsvorschlage neutraler Regierungen stellt, den Schweizer Sozialdemokraten beim Schweizer Bundesrat beantragen? Die Frage wird unterdrückt. Das sind indessen Antworten, Antworten, die eine sehr eindringliche Sprache führen; wäre es ernst mit dem „Verteidigungskriege", käme es der Regierung darauf an, der Menschenschlächterei ein Ende zu bereiten, den Frieden herbeizuführen, so hatte sie hier die Gelegenheit, diesen Willen kundzutun; ihr Schweigen ist die deutlichste Antwort.

Alle Welt weiß, daß in dem sogenannten „Weißbuch" der deutschen Regierung Dokumente von größter Wichtigkeit unterschlagen sind, daß die deutsche Regierung bisher die Verhandlungen mit Oesterreich seit dem Attentat von Serajewo geheim hält, während alles dafür spricht, daß beide Regierungen dieses Attentat planmäßig praktizierten, um den Krieg mit Rußland herbeizuführen. Alle Welt weiß ferner, daß die deutsche Regierung den Reichstag direkt belogen hat, indem sie ihm am 4. August 1914 das an Belgien gerichtete Ultimatum verschwieg, während sie wissen mußte, daß die Vergewaltigung der Neutralität Belgiens den Krieg auch mit England bedeutete. Es gilt, dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk die Schuldigen, die diesen Krieg angezettelt haben, die nicht alles getan haben, um ihn zu vermeiden, zur Rechenschaft ziehen muß. Daher fragt Liebknecht: will die Regierung alle Dokumente veröffentlichen, will sie dafür

eintreten, daß die parlamentarische Kommission unter Kontrolle der Oeffentlichkeit die Schuld prüft und die Verantwortlichkeit der Sühne zuführt? Die Regierung antwortet mit einer Phrase über ihre Unschuld und lehnt jede Kontrolle ab — wie zu erwarten war! Aber die Frage erheben von der einzigen Stelle, wo es heute möglich ist, hieß von neuem die Gedanken auf die Blutschuld der deutschen und der österreichischen Regierung hinlenken, von neuem daran erinnern, was allen Sozialdemokraten nach dem nichtswürdigen österreichischen Ultimatum klar war: daß nämlich die Zentralmächte den Krieg wollten, daß die Phrasen vom Verteidigungskrieg eine Lüge sind. Ebenso galt es, daran zu erinnern, daß alles Gezeter über den Bruch des Völkerrechts seitens der Gegner blödes Gerede ist, nachdem die deutsche Regierung durch das Verbrechen an Belgien alle Satzungen des Völkerrechts über den Haufen warf.

Liebknecht fragt weiter: will die Regierung mitwirken, daß die Geheimdiplomatie beseitigt, die auswärtige Politik der öffentlichen Kontrolle unterstellt, die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung übertragen wird? Die Regierung antwortete mit einem höhnischen Nein! Das war zu erwarten, selbstverständlich! Aber in einer Zeit, in der die Scheidemann, Noske, Heine das schmähliche Handwerk der Regierungskommissare besorgen, jedes Verbrechen der Regierung zu decken bereit sind, ist es nützlich, daran zu erinnern, daß die drei Millionen Menschen, die ihr Leben bereits gelassen haben und die vielen Millionen Krüppel als Opfer eines infamen, von den Regierungen und den herrschenden Klassen gewollten, von den Völkern verdammten Verbrechens sind. Es war Zeit, daran zu erinnern, daß die angeblichen Sozialdemokraten, die die Regierungen bei der Kriegsführung unterstützten, dahin wirken, daß dieser Umstand, bei dem ein Haufen von kapitalistischen Interessenten über Wohl und Wehe der Völker entscheiden, verewigt wird.

Die Regierung hat, um die Volksmassen zu ködern, bei Beginn des Krieges von der „Neuorientierung" der inneren Politik gesprochen, sie regiert mit dem Schrecken des Belagerungszustandes; Liebknecht fragt: was ist es mit der Neuorientierung, was versteht die Regierung darunter, wann wird sie mit Reformen beginnen? Die Regierung verweigert die Antwort! Ist etwa die Frage überflüssig? Sollte nicht vielmehr jeder sozialdemokratische Abgeordnete diese Frage der Regierung jeden Tag stellen und die Reformen fordern? Es wurde gefragt, um vor aller Welt die Lüge der „Neuorientierung" zu brandmarken.

Aehnlich die Anfragen vom 14. Januar: die türkische Regierung hat ein furchtbares Gemetzel unter den Armeniern angerichtet; alle Welt weiß davon — und in aller Welt macht man Deutschland dafür verantwortlich, weil

in Konstantinopel die deutschen Offiziere die Regierung kommandieren. Nur in Deutschland weiß man nichts, weil die Presse geknebelt ist. Auf diese Schandtaten hinzuweisen, war ein Verdienst. Die zweite Frage bezog sich auf die Verwaltung in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten. Die Wahrheit ist, daß entgegen dem verlogenen Geschwätz in der deutschen Presse die Bevölkerung Belgiens, Nordfrankreichs, Polens, Litauens, Kurlands unsäglich leidet, daß die deutsche Verwaltung dort den deutschen Namen schändet und unauslöschbaren Haß sät. — Die dritte Frage bezog sich auf die Schande des Säbelregiments unter dem Belagerungszustand in Deutschland; Tausende von Menschen sind eingekerkert, es sind schwarze Kabinette errichtet, das Briefgeheimnis besteht nicht mehr, die Generale haben ein Regiment der Willkür etabliert. — Zu fragen war Pflicht, die dadurch nicht aufgehoben wird, daß man weiß, die Regierung wird schweigen oder schnoddrige Antworten erteilen.

Im Einvernehmen mit der Regierung hat der „freisinnige" Präsident verschiedene Fragen unterdrückt, hat die Geschäftsordnung mit Füßen getrampelt, indem er die Ergänzungsfragen Liebknechts nicht zuließ. Das „hohe Haus" aber, einschließlich der Sozialdemokraten, hat durch wieherndes Gelächter seine Zustimmung erteilt zur Schändung der Rechte der Volksvertreter. Dann stellen sich parlamentarische Kloppfechter hin und behaupten, Liebknecht diskreditiere und gefährde die parlamentarischen Rechte! Ach nein! Das Verhalten des Reichstages beweist nur, daß der deutsche Reichstag sich im Kriege zum Troßknecht der Generalstäbler herabgewürdigt hat. Da in der parlamentarischen Politik noch immer die vornehmste Aufgabe bleibt, zu zeigen, was ist, so ist auch dieser Effekt der Anfragen Liebknechts nur zu begrüßen. Folgt das Possenspiel: die „Entrüstung" der sozialdemokratischen Fraktion, über die weiter unten das Nötige gesagt ist. Das Wort vom „Disziplinbruch" ist abgetan; wenn die Fraktion Verrat an der Arbeiterklasse übt, so ist es verdienstlich, wie das Verhalten eines Soldaten, der rebelliert und Alarm schlägt, weil das Regiment vor dem Feinde Verrat übt, oder des Beamten, der die Solidarität bricht, weil er nicht durch Schweigen Mitschuldiger werden will, wenn seine Kollegen einen Raub an der Kasse begehen.

Leider haben auch Mitglieder der parlamentarischen Opposition sich an der Hetze gegen Liebknecht wegen der „kleinen Anfragen" beteiligt, haben mit helotischem Eifer ihre Reisigbündel zu dem Scheiterhaufen geschleppt, auf dem der Frevler gegen den heiligen Parlamentarismus verbrannt werden sollte. Sie bewiesen damit, daß auch sie von dem parlamentarischen Kretinismus befallen sind, der unter anderem bewirkt, daß die Form über das Wesen gestellt wird, daß man die Hauptaufgabe, den Parlamentarismus als

Werkzeug des Klassenkampfes zu benutzen, vergißt, und den Formelkram und die falsch verstandene Disziplin über alles stellt.

Auch das ist gut so: der ungestüme Frager hat auf solche Weise den Parteigenossen durch sein Vorgehen auch in dieser Hinsicht gezeigt, wohin der Kurs geht.

POLITISCHER BRIEF Nr. 1b

SITZUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN REICHSTAGSFRAKTION VOM 12. JANUAR 1916

Scheidemann berichtet über die Sitzungen des Seniorenkonvents vom 11. und 12. Januar, in denen die Behandlung der Liebknechtschen Anfragen erörtert wurde, etwa wie folgt:

Der Präsident wollte die Anfrage über die Chemnitzer Nahrungsmittelkrawalle wegen Gefährdung des Reiches nicht zulassen. Die auf die Schweizer Friedensinterpellation bezügliche Frage liege auf der Grenze. Scheidemann und Geyer betonten, es sei besser, die Anfragen würden ordnungsmäßig erledigt, als wenn sie nach ihrer Zurückweisung ins Ausland getragen würden, was doch zu gewärtigen sei; Hausmann führte aus, Liebknecht erstrebe offenbar für die in den Anfragen aufgestellten Behauptungen Publizität: die Anfragen dürften nicht zugelassen werden, sonst käme Liebknecht jeden Tag mit neuen Anfragen, die das Reich schädigten; es müsse sofort Schluß gemacht werden. Dem stimmte Westarp mit dem Bemerken zu, Liebknecht suche das Land mit einem Trommelfeuer von Anfragen zu strafen. Während Paasche es bedenklich fand, wegen Gefährdung der Reichsinteressen Anfragen zurückzuweisen, und meinte, es solle rein geschäftsordnungsmäßig verfahren werden, erklärte Payer, der Schade sei groß, gleichviel wie man die Sache erledige; keinesfalls aber dürfe man den Regierungsapparat zu einem solchen schädlichen Zwecke benutzen lassen. Gröber erachtete den § 13 der Geschäftsordnung, der die Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses in die Hände des Präsidenten legt, für ausreichend. Am Schluß der Sitzung vom 11. stellt der Präsident fest, daß die große Mehrheit des Seniorenkonvents der Auffassung sei, die Anfragen seien nicht zuzulassen.

In der Sitzung des Seniorenkonvents vom 12. Januar, in der über die abgeänderte Fassung der Anfragen verhandelt wurde, forderte Fehrenbach für den Präsidenten das Recht, schlankweg alle Anfragen abzulehnen. Müller-Meiningen begehrte Aenderung der Geschäftsordnung; mindestens

müsse dem Präsidenten während der Kriegszeit das Recht gegeben werden, Anfragen, die das Interesse des Reiches gefährden, zurückzuweisen. Geyer warnte vor einer Geschäftsordnungsabänderung ab irato.

Bassermann wies darauf hin, daß eine Aenderung der Geschäftsordnung zunächst das Plenum beschäftigen müsse und damit die Gelegenheit zu bedenklichen öffentlichen Debatten gebe. Gröber erinnert daran, daß eine solche Aenderung umfassend seit längerer Zeit vorbereitet werde; bis dahin solle nichts unternommen werden; § 13 der Geschäftsordnung reiche völlig aus, wenn der Präsident das Recht habe, einzelne Personen zu schützen, so dürfe er auch das Deutsche Reich schützen.

Es wurde weiter für den Präsidenten die Vollmacht verlangt, nach eigenem Ermessen über die Zulassung von Anfragen zu entscheiden und gefordert, daß der Präsident auch keine Geschäftsordnungsdebatten zulassen solle, durch die der mit der Verhinderung der Anfragen verfolgte Zweck illusorisch gemacht werden könne. Hausmann verwies auf den am 30. November vom Seniorenkonvent gefaßten Beschluß, der den Präsidenten ermächtigte, wegen Gefährdung des Reiches Anfragen zurückzuweisen. Fehrenbach und Dove legten sich gleichfalls für die diskretionäre Macht des Präsidenten ins Zeug. Dove forderte eine Bestimmung in die Geschäftsordnung, wonach Anfragen nicht mehr von einem Einzelnen, sondern von 15 Personen gestellt werden müßten. Weiter wurde es für notwendig erklärt, zu verhindern, die Anfragen, wie es Liebknecht versucht habe, der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Oertel warf die Frage auf, ob es sich der Reichstag gefallen lassen müsse, daß mit ihm Schindluder gespielt würde. Ledebour erklärte es für ausgeschlossen, daß sich für einen Antrag ans Plenum, wie ihn Liebknecht beabsichtigt habe, 15 Unterschriften finden würden.

Geyer ergänzte den Bericht Scheidemanns, indem er sich in heftiger Weise gegen die Gefährdung eines Parlamentsrechts aussprach, wie es durch Liebknechts Vorgehen herbeigeführt werde. Die Vertreter aller Parteien seien über das Vorgehen Liebknechts ungehalten gewesen. In der Tat sei es unerklärlich, daß ein Mitglied des Hauses auf ein Parlamentsrecht losstürme, um es zu vernichten. Es sei nicht angebracht, die bürgerlichen Parteien so zu provozieren. Die Fortschrittler hätten in dem Seniorenkonvent sich reaktionärer gezeigt als alle bürgerlichen Parteien. Wegen der Geschäftsordnungsänderung solle man aber nicht allzu ängstlich sein, das habe gute Wege. Natürlich müsse gegen jeden solchen Versuch Opposition gemacht werden.

Buck stellt die Frage, ob die Fraktion mit sich Schindluder spielen lassen solle; das Maß der Geduld müsse zum Ueberlaufen kommen. Die Fraktion

mache sich im Lande lächerlich, wenn sie nicht endlich scharf gegen Liebknecht einschreite, dessen Vorgehen den Eindruck erwecke, als ob er der einzige sei, der die Interessen des Volkes vertrete. Buck stellte den bekannten, zu Beschluß erhobenen Antrag, nach dem Liebknecht die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit hervorgehen, verwirkt habe. Die Fraktion habe ihr Verhalten so einzurichten, daß Liebknecht für sie nicht mehr existiere. Es habe den Anschein, als ob Liebknecht der einzige Hüter der Volksinteressen sei. Der Parteitag werde ja noch zu sprechen haben. Jedenfalls müsse sich die Fraktion von einem Ballast befreien.

Noske: Die Fraktion habe keinen Anlaß, sich mit den Liebknechtschen Anfragen zu befassen, mit dem Zeug, das da zu Papier gebracht sei. Liebknecht habe in sträflicher Weise ein Recht verunglimpft. Natürlich wird es sich kein Parlament der Welt gefallen lassen, von Querulanten und Herostraten in der Arbeit gehindert zu werden. Weder der Präsident noch der Seniorenkonvent werden sich gefallen lassen, daß ihnen die Zeit direkt gestohlen wird mit Anfragen, von deren Schädlichkeit auch er — Noske — und wohl alle anderen überzeugt seien. Es sei von Liebknecht die Erklärung zu verlangen, daß er sich der Fraktionsdisziplin unterwerfe und ihre Gesetze respektiere. Er habe auf die Fraktion gepfiffen. Heine ruft dazwischen: „Und uns noch dazu beschimpft!"

Die Redezeit wird nach Noskes Rede auf 10 Minuten verkürzt. Ein Antrag Ledebour, Liebknecht sofort das Wort zu erteilen, war bereits vorher mit dem Bemerken abgelehnt worden, Liebknecht brauche keine Extrawurst.

Bender beantragt, den Fraktionsmitgliedern das gesamte Material zum Fall Liebknecht zu unterbreiten.

Bauer bezeichnet Liebknechts Verfahren als groben Unfug, als Versündigung am Parlament; er fordert, die sozialdemokratische Fraktion solle selbst eine Abänderung der Geschäftsordnung vorschlagen und zwar dahin, daß Anfragen nur durch die Fraktionsvorstände eingereicht werden dürften. Damit wäre dem Liebknechtschen Treiben ein Riegel vorgeschoben.

Ledebour meint, Liebknechts Taktik sei verfehlt und widerspreche der Auffassung, die die Parteien bei Einführung der Anfragen geäußert hatten. Freilich stehe in der Geschäftsordnung nichts davon. Man müsse auch einen Mißbrauch in Kauf nehmen.

Keil behauptet, die Chemnitzer Verurteilten seien zum Teil die Opfer der Liebknechtschen Politik. Die Nachsicht gegen Liebknecht sei von der Fraktion bis zur Selbstverleugnung und Selbstentehrung gegangen. Die Frage des formellen Rechts könne nicht mehr aufgeworfen werden. Man könne zweifeln, ob man es bei ihm noch mit einem normal denkenden Men-

schen zu tun habe. Jedenfalls sei sein Treiben für die Fraktion verhängnisvoll. Die Fraktion müsse ihn von sich abweisen. Am besten wäre ein Beschluß, ihn aus der Fraktion auszuschließen, aber der Antrag Buck besage ja mit anderen Worten auch nichts anderes und genüge.

Liebknecht *) schob die persönlichen Angriffe beiseite und bemerkte: Mein Kampf gilt nicht mehr der Kreditbewilligung allein, sondern Ihrer Gesamtpolitik, die in der Kreditbewilligung gipfelt, Ihrer Politik der Regierungsunterstützung und Klassenharmonie, des parlamentarischen und außerparlamentarischen Burgfriedens. Nicht nur die Bewilligung der Kriegskredite bedeutet eine schroffe Verleugnung der Parteigrundsätze, sondern diese Gesamtpolitik, die Sie seit ein bis zwei Jahren auf Schritt und Tritt verfolgen. Ist es Pflicht, der Fraktion im Punkt der Kreditbewilligung mit aller Schroffheit und öffentlich entgegenzutreten, so ist es nicht minder Pflicht, ihre Gesamtpolitik ohne Rücksicht und öffentlich zu durchkreuzen. Die Disziplinbruchtaktik der 20 vom 21. Dezember 1915 ist Nichtigkeit, wenn sie nicht auf der ganzen Linie gegen die Politik des 4. August durchgeführt wird.

Der parlamentarische Burgfrieden ist, *wo immer sich Gelegenheit bietet*, zu entlarven und zu zerstören.

Dem dienen auch die Anfragen. Jeder Versuch, die Genehmigung der Fraktionsmehrheit zu diesem Kampf zu erlangen, wäre töricht. Es gehört zu seinem Wesen, daß er gegen den Willen der Fraktionsmehrheit, unter unausgesetztem Bruch der parteiwidrigen Fraktionsdisziplin geführt wird. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder.

Ob die „Anfragen" das idealste Mittel für diesen Zweck sind, spielt keine Rolle, da einem Einzelnen *jedenfalls kein besseres Mittel* zur Verfügung steht, und es ein Verbrechen wäre, heute *irgend* ein vorhandenes Mittel ungenutzt zu lassen. Die Anfragen sind genau das, was man daraus macht, und können dem, der *will*, eine mächtige Waffe sein. Weshalb dieses Wutgeheul? Eben *weil* sie sich als mächtige Waffe der Opposition erproben. Der Grad der Empörung gegen sie bildet nur den Maßstab ihres Wertes in *meinem* Sinne!

Das Beispiel des englischen, französischen, italienischen Parlaments, wo die „unbequemen", die „lästigen Fragen" als selbstverständliche Methode hingenommen werden, sollte belehren.

Man bleibe mit dem Gezeter über „Mißbrauch" vom Leibe! Die skandalösesten Mißbräuche der Geschäftsordnung sind an der Tagesordnung;

*) Wir geben diese Darlegungen ausführlicher wieder, weil sie zum Verständnis der Vorgänge gegenüber den zahlreichen Angriffen erforderlich sind.

der ganze Reichstag wird als gefälliges Werkzeug der Regierung mißbraucht: keine Hand regt sich dagegen! Und die der Kriegshetze dienenden Anfragen der Bassermann und Konsorten fanden noch gestern begeisterte Aufnahme. Nicht aus Abneigung gegen einen „Mißbrauch", der gar nicht vorliegt, sondern um ihres politischen Inhalts und Zwecks willen wütet man gegen die Anfragen. Und ebenso wird man wüten gegen jede andere noch so geschäftsordnungsmäßige Methode der Opposition; man wird sie niederzutrampeln versuchen, wo immer sie angewandt wird. Einst wußten auch Sie das Geschrei über den Mißbrauch politischer Rechte zu würdigen. Haben Sie die Zolltarifkämpfe vergessen? Damals, 1902, war es einem Eugen Richter vorbehalten, die Sozialdemokratie der Geschäftsordnungsverwüstung zu bezichtigen, weil sie ihre Schuldigkeit ohne Scheu getan hatte. Im Preußischen Abgeordnetenhaus suchte man unser kleines Häuflein durch die Lex Kröcher niederzuzwingen. Hätten wir uns ins Bockshorn jagen lassen sollen? Haben wir nicht auch das Koalitionsrecht dauernd „mißbraucht"? Und das Reichstagswahlrecht? Erhoben sich nicht stets, wenn das Proletariat von irgendeinem Rechte rücksichtslosen Gebrauch machte, die reaktionären Gewalten, um ihm dieses Recht wegen „Mißbrauchs" zu rauben? Welche Antwort fand die Partei früher auf solche Attentatsgelüste und Drohungen? Sich dadurch vor der Ausnutzung eines Rechts abschrecken zu lassen, heißt: Dieses Recht aus Furcht, daß es künftig gewaltsam entrissen werde, schon für die Gegenwart völlig preisgeben. Aber freilich, die Fraktionsmehrheit hat das Kämpfen, den Kampf ums Recht mit dem Klassenkampf verlernt. Noch mehr: sie hat ihn abgeschworen; sie will ihn nicht mehr.

Klassenkampf gegen den Krieg, gegen die Regierung und die bestehende Gesellschaftsordnung wäre Pflicht der Partei, der Fraktion gewesen. Die wildesten Verfolgungen und alle Staatsstreiche einer imperialistischen Vabanque-Politik hätte sie unbekümmert dabei in Kauf nehmen müssen. Und nun sollte die Gefahr einer Geschäftsordnungsänderung den Einzelnen hindern, wenigstens an seinem Teil diejenige Politik zu verfolgen, die das höchste Lebensinteresse des internationalen Proletariats empfiehlt? Im Zeitalter des Belagerungszustandes, der Aufhebung der Verfassung, der Knebelung aller Freiheiten, wo von der Militärdiktatur nur solche Rechte geduldet werden, die als Theaterkulissen für die Heuchelkomödie des Burgfriedens dienen, sollten ernsthafte Politiker vor einer Gefährdung der Reichstagsgeschäftsordnung erzittern? Das „bißchen Krieg", das „bißchen Internationale" und das „bißchen" Sozialismus soll nicht das Risiko einiger Paragraphen rechtfertigen? Wenn das Recht der Anfragen nur wie ein rohes Ei

behütet in die Friedenszeit hinübergerettet werden kann, so mag es auch heute zerschlagen werden — und Sie tragen die Verantwortung! *Heute,* für die Konflikte dieser Zeit, hat sich alles zu bewähren oder es breche zusammen! Das Morsche mag sinken. Illusionen über Macht, die wir nicht besaßen, über Recht, das nur Scheinrecht war, über Grundsätze von Papier und nicht Leben liegen im Haufen zerfetzt am Wege der Politik des 4. August; Sie haben den jämmerlichen Zusammenbruch der Internationale und vor allem der deutschen Partei mit verschuldet. Keine Illusionen mehr! Nackte, erbarmungslose Wahrheit allein kann der Zukunft des Sozialismus frommen.

Ist aber das Recht der Anfragen, dieses hochheilige Recht, um das die Fraktion heute in atemloser Begeisterung gegen mich kämpft, nicht bereits seit dem 30. November 1915 entwurzelt, seitdem der Präsident die politische Zensurgewalt über die Anfragen erhielt? Hätte er diese Gewalt erhalten gegen Ihren entschlossenen Widerstand? Haben Sie etwas Ernsthaftes gegen diesen schnöden Rechtsraub unternommen? Indem Sie das unterließen und obendrein — auch Genossen der Minderheit! — in dieser Situation vor den bürgerlichen Parteien in das „Mißbrauch"-Gezeter einstimmten, haben Sie den bereits vor anderthalb Monaten unternommenen Raub trotz Ihres formellen Protestes politisch erst ermöglicht und dann gedeckt. Und die heutige Diskussion, in der Sie nach einem Ausnahmegesetz gegen mich schreien! Und der Antrag Bauer! — *Sie* wagen, *mich* der Gefährdung eines Parlamentsrechts anzuklagen? — Ihr Zorn richtet sich gegen meine gesamte Politik, und die Methode der Anfragen hat sich umso mehr in meinem Sinne bewährt, je mehr sich Ihre Empörung und die Empörung der bürgerlichen Parteien dagegen aufbäumt. Eine Fraktionspolitik und Fraktionsbeschlüsse, die den wichtigsten Parteigrundsätzen zuwiderlaufen, werde ich auch in Zukunft nicht befolgen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen.

Nunmehr wird *ein Schlußantrag,* gegen den sich *Stadthagen* und für den sich *Frohme* ausspricht, mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Geschäftsordnung beantragt *Herzfeld* die Abstimmung über den Antrag Buck zu verschieben. Das wird abgelehnt . . . .

Oskar *Cohns* Antrag auf namentliche Abstimmung über die Anträge Buck und Bauer wird mit 37 gegen 32 Stimmen angenommen. Danach erfolgt die Annahme des *Antrags Buck* mit 60 gegen 25 Stimmen bei einer Enthaltung (Liebknecht) und des *Antrags Bender* mit 59 gegen 9 Stimmen. Ueber den *Antrag Bauer* (auf Herbeiführung einer Geschäftsordnungsänderung durch Verleihung des Anfrage-Monopols an die Fraktionsvorstände)

findet keine Abstimmung statt, da Bauer keinen förmlichen Antrag gestellt haben will.

DIE PRESSEZENSUR GEGEN DIE ANFRAGEN

Gegen die am 31. Juli 1915 gestellte Anfrage über die Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen erging alsbald ein Zensurverbot; freilich ein wenig „als Senf nach dem Essen" —: Die Anfrage war von der Presse bereits publiziert und nur ihre weitere Erörterung konnte verhindert werden. Am 12. oder 13. November liefen im Reichstagsbureau die am 14. Dezember 1915 verhandelten fünf Anfragen (über die Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen, über die Vorlegung des Materials zur Entstehung des Krieges und die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission; über die Demokratisierung der auswärtigen Politik; über die wirtschaftliche Kriegsnot, über die Neuorientierung der inneren Politik) sowie eine sechste, vom Präsidenten nicht zugelassene, ein. Diese Anfragen wurden erst am 30. November „in Geschäftsgang genommen". Dennoch müssen sie bereits spätestens am 14. November der Zensurbehörde bekannt geworden sein. An diesem Tage erging an die gesamte deutsche Presse das Verbot, über künftige Liebknechtsche Anfragen außer bei ihrer Verhandlung im Reichstag zu berichten. An diesen Tatsachen messe man den triumphierenden Hohn gewisser Zeitungen über die Nichtbeachtung dieser „unbequemen Anfragen" in der Presse.

PARLAMENTSZENSUR GEGEN DIE ANFRAGEN

Die am 14. Dezember 1915 verhandelten fünf Anfragen und weiter die folgende:

1. Ist der Regierung bekannt, daß die Masse des deutschen Volkes in- und außerhalb der Armee — ähnlich der Bevölkerung der übrigen kriegführenden Länder — dringend fordert: daß ihr die Schrecknisse eines neuen Winterfeldzuges erspart werden, und daß gegenüber diesem Ziel alle Eroberungspläne und alle kapitalistischen Rücksichten schlechthin zurückzutreten haben?
2. Was hat die Regierung bisher zur Erfüllung dieser Forderung getan?
3. Ist die Regierung bereit, dieser Forderung wenigstens noch in letzter Stunde zu genügen?

waren dem Reichstagsbureau spätestens am 13. November zugegangen. Die erste Reichstagssitzung vom 30. November fiel auf einen Dienstag, d. h. einen Anfragetag. Unter allerhand Geschäftsordnungsvorwänden verweigerte das Bureau und der Präsident, sie auf die Tagesordnung dieser

Sitzung zu stellen. An den darauf folgenden Anfragetagen, dem 3., 7. und 10. Dezember, vermied man Plenarsitzungen, so daß die Verhandlung um volle 14 Tage hinausgezögert wurde, und die erst Ende November eingebrachte Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion vorher (am 9. Dezember) in der bekannten Weise erledigt werden konnte.

Die gegen den Winterfeldzug gerichtete Anfrage lehnte der Präsident unter dem 30. November ab, dem Reichstag zu unterbreiten: „weil ihre Wirkung eine schwere Schädigung der Interessen des Deutschen Reiches herbeizuführen geeignet ist". Diese Entscheidung des Präsidenten erging im Einverständnis mit der Mehrheit des Seniorenkonvents, in dem sich auch der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer im Sinne dieser Präsidialdiktatur aussprach. Obwohl die Geschäftsordnung eine derartige politische Zensur der Anfragen ausschließt, blieben alle Remonstrationen ergebnislos. Am 18. Dezember wurden außer den drei am 11. Januar verhandelten Anfragen (über die Armeniergreuel, über den Belagerungszustand usw., über die Lage der Bevölkerung in den von Deutschland okkupierten Gebieten) die folgende eingereicht:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Masse des deutschen Volkes in- und außerhalb der Armee, ähnlich der Bevölkerung der übrigen kriegführenden Länder, dringend fordert, daß den Schrecken des jetzigen neuen Winterfeldzuges unter Beiseiteschiebung aller Eroberungspläne ohne Verzug ein Ende gesetzt werde?

Weiß der Herr Reichskanzler, daß durch die Proklamation der Eroberungspolitik, die am 9. d. M. in seiner Rede und der Erklärung der bürgerlichen Parteien erfolgt ist, im Gegensatz zu dieser Forderung der Masse die Entschlossenheit zur Fortführung des Krieges in den feindlichen Ländern erstarkt und die Aussicht auf baldigen Frieden verringert worden ist?

Auch diese Anfrage lehnte der Präsident ab und zwar einmal aus dem gegen die früher zurückgewiesene Anfrage angeführten Grunde und sodann, weil der zweite Absatz ein Urteil enthalte.

Unter dem 7. Januar folgten zwei Anfragen: eine über die Nahrungsmittelkrawalle in Deutschland, insbesondere in Chemnitz, über die aus diesen Anlässen erfolgten zahlreichen und schweren Verurteilungen und das Verbot der Zensurbehörde, über diese Krawalle und Prozesse irgend etwas zu veröffentlichen; und ferner die andere:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß am 22. v. M. (Dezember 1915) im Schweizer Nationalrat der Bundesrat Hoffmann im Namen der Schweizer Regierung auf sozialdemokratische Anfrage erklärt hat, daß die Schweizer Regierung grundsätzlich gewillt ist, als Friedensvermittlerin

aufzutreten, daß sie dazu jedoch bisher nicht habe schreiten können, weil bei den Kriegführenden das erforderliche Friedensbedürfnis noch fehle? Ist dem Herrn Reichskanzler weiter bekannt, daß die Schweizer Regierung Friedensverhandlungen auf Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art bei entsprechender Bereitschaft der deutschen Regierung schon jetzt für möglich und aussichtsreich erachtet?

Ist die deutsche Regierung bereit, der Schweizer Regierung von dem Friedensbedürfnis des deutschen Volkes Kenntnis zu geben und sich nunmehr zu Friedensverhandlungen auf Grundlage des Verzichtes auf Annexionen aller Art bereit zu erklären?

Diese Anfragen wies der Präsident zurück, weil sich die erste nicht auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft erwünscht wird, beschränke und die zweite im Absatz 2 ein Urteil enthalte.

Zur Beseitigung dieser an den Haaren herbeigezogenen Geschäftsordnungsbedenken wurden beide Anfragen in veränderter Fassung wiederholt eingereicht. Sie wurden jedoch auch in dieser Form unter Berufung auf eine angebliche Gefährdung der Interessen des Deutschen Reiches zurückgewiesen. Damit waren jene formalen Geschäftsordnungsbedenken als nackte Vorwände enthüllt.

Alle diese Entscheidungen des Präsidenten ergingen im Einverständnis mit der Mehrheit des Seniorenkonvents, in dem auch die sozialdemokratischen Vertreter aus ihrer Unzufriedenheit mit der von Liebknecht angewandten Anfragen-Taktik keinen Hehl machten.

Am 15. Januar wurde folgende Anfrage übergeben:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das amtliche Wolffsche Depeschenbureau das auf dem jüngsten Nationalkongreß der französischen Sozialdemokratie (Dezember 1915) beschlossene Manifest, insbesondere den darin enthaltenen Abschnitt über den deutschen Militarismus in Wortlaut und Sinn völlig entstellt wiedergegeben hat?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, darauf hinzuwirken, daß wenigstens nachträglich eine Richtigstellung durch das amtliche Wolffsche Bureau erfolgt?

Auch sie wurde — aus nichtigen geschäftsordnungsmäßigen Gründen — zurückgewiesen.

Liebknecht hatte Anfang Dezember sämtlichen Reichstagsmitgliedern und noch besonders dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das bis dahin erwachsene Material über die Vergewaltigung der Geschäftsordnung durch den Präsidenten unterbreitet. Es fanden sich jedoch — auch unter der „Minderheit" — nicht die nach der Geschäfts-

ordnung erforderlichen 15 Abgeordneten für einen Antrag, der es ermöglicht hätte, im Plenum des Reichstages gegen die am 30. November 1915 errichtete Diktatur des Präsidenten aufzutreten.

POLITISCHER BRIEF Nr. 2

DIE LEBENSFRAGE DES SOZIALISMUS

Nicht von außen, sondern von innen brach die August-Katastrophe über die proletarische Klassenbewegung; nicht als Zufälligkeit, sondern als notwendiges Ergebnis des Zustandes, in dem sie sich beim Kriegsausbruch befand.

Voraussetzung aller politischen Macht ist Aktionskraft, Voraussetzung aller Aktionskraft ist Einheitlichkeit des Willens, und deren Voraussetzung wiederum: Einmütigkeit über Ziel und Mittel der Aktion. Diese Voraussetzungen bestanden in den sozialistischen Parteien für die Bedürfnisse des Alltags, sie fehlten fast überall für die letzten großen Fragen. In Staat und Wirtschaft, in der inneren und äußeren Politik drängte es vor dem Kriege auch in Deutschland und dort vor allem, zu großen Entscheidungen. Die deutsche Sozialdemokratie wich ihnen aus; sie fühlte sich schwach und war um so schwächer, je mehr sie ihre Gebresten unter dem pomphaften Mantel gewaltiger Worte und Zahlen verdeckte. Auch die Internationale wich aus: ein halb Dutzend Mal ergoß sie sich in Bannflüchen gegen den drohenden Weltbrand; nicht einmal ward von ihr die Grundfrage eindeutig gestellt, eindeutig beantwortet, nicht einmal faßte sie ein klares *Aktions*programm gegen den Krieg; und auch sie vermochte es nicht über sich zu bringen, ihre Mängel schonungslos zu enthüllen und so den einzigen Weg zur Kraft zu beschreiten.

Diese innere Unwahrhaftigkeit der offiziellen sozialistischen Politik führte zu dem ungeheuerlichen Ausmaß der Enttäuschung vom August 1914, der Enttäuschung, die gerade weil sie nur eine Aufklärung war, die Internationale um so rettungsloser dem Gespött überlieferte. Sie hatte jenen Fehler der politischen Rechnung veranlaßt, der bis zum August 1914 die proletarische Bewegung falsch einstellte und die dann einsetzende Verwirrung um so heilloser gestaltete. Und die Schwäche der Bewegung selbst war, wechselwirkend und in gegenseitiger Steigerung, dieser inneren Unwahrhaftigkeit, dem von Wort und Zahl genährten Machtwahn, der unter der Flagge der „Einigkeit" betriebenen Vertuschungspolitik mit zu danken. Sie hinderten die prinzipielle und taktische Durchbildung des Proletariats,

seine ernsthafte Vorbereitung zu schlagfertiger Aktion im entscheidenden Augenblick, halfen die Massen in den Instanzenkäfig sperren, setzten ohnmächtige Extase statt Tatkraft, klappernde Routine statt freier Initiative.

Der Krieg legte die Krankheit und die Krankheitsherde bloß. Aus der Enttäuschung ward in immer weiteren Kreisen der Drang nach erbarmungsloser Ausrottung des Krebsschadens geboren. Immer weitere Kreise erkannten, daß Vertuschung der Gegensätze und Einigkeitstrug der Uebel größte sind und die Partei des internationalen und revolutionären Sozialismus, um ihre geschichtliche Aufgabe zu lösen, im Sozialismus, im Internationalismus und in der revolutionären Aktion nicht nur zum Schein, sondern in Wahrheit übereinstimmen muß.

Aber schon beginnt ein neues Wort neue Nebel zu verbreiten: „Opposition". Schon beginnt in der „Opposition" das allböse Spiel der „Sammlung": „Einheit, Einheit über alles"; zwar nicht in der Gesamtpartei, aber in der — „Opposition".

Was heißt „Opposition"? — Ein neuer Götze statt des eben gestürzten?

Was heißt Sammlung? — Eine neue Unwahrheit statt der eben zerfetzten?

Was heißt „Einheit"? — Eine neue lähmende „Disziplin" statt der eben durchbrochenen?

Dreimal nein!

Ja, wenn die „Opposition" eine Gemeinschaft des Geistes und des Willens wäre, einig in Prinzip und Taktik, aktionsfähig und aktionsbereit! Aber sie ist es nicht. Gemeinsame Arbeit soweit Uebereinstimmung herrscht — ja. Sammlung ohne Klärung, ohne Uebereinstimmung? — nein! Sammlung zur Unterwerfung rücksichtsloser Entschlossenheit unter die Botmäßigkeit vorsichtiger Rechnungsträgerei? — nein! Heute, unter der Militärdiktatur und dem Burgfrieden, in den Tagen der Götterdämmerung und Sintflut weniger als je. — Sammlung bis zu den Anhängern der Politik des 4. August, die sich heute von ungefähr zur „Opposition" rechnen? — was da hieß: Sammlung auf dem Boden dieser Politik? — nein! Auch nicht Zusammenschluß auf jener mittleren Linie, auf jener breiten und krummen Kompromißstraße des „marxistischen Zentrums". Keine andere Sammlung als auf der schnurgeraden Bahn, die die Grundsätze des internationalen revolutionären Sozialismus weisen, und von der nicht um Fußes Breite abgewichen werden darf, soll nicht die Zukunft eine noch traurigere Kopie der traurigen Vergangenheit und Gegenwart sein.

Nicht „Einheit", sondern Klarheit über alles. Keine milde Duldsamkeit — auch nicht in der „Opposition" —, sondern ätzende Kritik bis in die letzte Faser, peinliche Abrechnung auf Heller und Pfennig. Durch

unerbittliche Aufdeckung und Austragung der Differenzen zur prinzipiellen und taktischen Einmütigkeit, und damit zur Aktionsfähigkeit und damit zur Einheit, so geht der Weg. Nicht den Beginn des Gärungsprozesses, den die sozialistischen Parteien und auch noch die „Opposition" durchläuft, erst seinen Abschluß darf die „Einheit" bilden. Und die reinigende Auseinandersetzung wird auch in der „Opposition" fortzusetzen sein, bis der Internationalismus, bis der absolute Vorrang des internationalen Klassenkampfes als leitendes Prinzip der proletarischen Bewegung anerkannt und in revolutionärer Aktionsbereitschaft Fleisch und Bein geworden ist.

Oder soll an der Schwelle der neuen Internationale neue Vertuschung, neue Grenzverwischung stehen? Soll sie den „ärgsten, ältesten der Flüche" erben, an dem die alte Internationale zugrunde ging?

Dann lieber gleich zurück zum alten Sumpf, er ist nicht tiefer als der neue.

Der Selbstverständigung, der Klärung, dem Kampfe für den unbedingten Internationalismus sollen diese Briefe dienen.

Aufgabe der ersten war, wichtige Gegensätze innerhalb der „Opposition" aufzuzeigen und damit die Legitimation für unser Vorhaben zu erbringen. . . .

POLITISCHER BRIEF Nr. 5

KAMPF UM DIE PARTEI

Die deutsche Partei ist in Revolution. Die Ereignisse überstürzen sich.

Am 24. März maßregelte die Mehrheit der Reichstagsfraktion unter grobem Verstoß gegen das Organisationsstatut die 18 um Haase aus der Fraktion. Am 25. März drückte die Mehrheit des Parteivorstandes unter grobem Verstoß gegen das Organisationsstatut den Genossen Haase aus dem Parteivorstand. Am 27. März fällte der Parteiausschuß, unter grobem Mißbrauch seiner Stellung, sein Verdammungsurteil gegen die Arbeitsgemeinschaft und gab dem Parteivorstand Blanko-Vollmacht und -Auftrag, gegen die Genossen der entschiedenen Opposition vorzugehen. Schlag auf Schlag folgte die Etablierung der Parteivorstands-Zensur gegen oppositionelle Pressorgane und der unerhörte Eingriff gegen die „Vorwärts"-Redaktion, ein Eingriff, dessen rücksichtslose Planmäßigkeit sich in der Tatsache offenbart, daß der Parteivorstand, trotz einmütiger Mißbilligung

durch die Berliner Preßkommission, pfeifend auf die klarsten Bestimmungen des Organisationsstatuts, die Knebelung der „Vorwärts"-Redaktion bis zum heutigen Tage unbekümmert aufrechterhält.

Seit unserm Brief vom 30. März hat er sich zu zwei neuen Staatsstreichen erdreistet.

Am 31. März kündigte er über den Kopf der zuständigen Parteiinstanzen der Kreise Duisburg-Mörs den Genossen Minster und Schoch, Redakteuren der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung" in Duisburg. Am 3. April wurden die beiden Redakteure von Otto Braun, als delegiertem Hausknecht des Parteivorstandes, persönlich sofort aus der Redaktion aufs Pflaster geworfen und durch den parteivorstands- und regierungs-frommen Pokorny ersetzt. All dies „wegen Mißbrauch des Blattes und wegen Schädigung der Partei", die darin bestanden, daß die beiden Genossen — das Blatt im Sinne der entschiedenen Opposition geleitet hatten. Trotz aller Proteste der Duisburger Parteigenossen und Funktionäre, des engeren und weiteren Kreisvorstandes und der Bezirksleitung Niederrhein hat der Parteivorstand auch diesen Handstreich bis zum heutigen Tage nicht rückgängig gemacht.

Am 15. April beschloß der Parteivorstand, einen zur entschiedenen Opposition gehörenden „Vorwärts"-Redakteur zu entlassen, weil er an dem Flugblatt: „Die Lehre des 24. März" mitgewirkt hatte, das im gleichen Geiste wie unser Brief vom 30. März den Kampf zur Rückeroberung der Partei für den internationalen Sozialismus aufnimmt und die Organisationen auffordert, dem Parteivorstand die Beiträge zu sperren. Die telegraphisch zusammenberufene Preßkommission des „Vorwärts" lehnte diesen Schlag gegen den sozialistischen Geist in der Partei und gegen die Meinungsfreiheit, diese parteioffizielle Ergänzung des Belagerungszustandes, das traurige Ansinnen, die außerredaktionelle Tätigkeit des Inkulpaten zur Maßregelung zu benutzen, einstimmig ab. Die Schnapphähne des Parteivorstandes, die bereits angekündigt hatten, daß sie ihren Beschluß auf alle Fälle durchführen würden, begnügten sich nicht mit der moralischen Stäupung durch die Preßkommission. Sie appellierten an die Kontrollkommission und ließen sie telegraphisch zum Abend des Karfreitags einberufen. Sie taten dies, nachdem der dem Parteivorstand nahestehende, geschäftsführende Ausschuß des Groß-Berliner Zentralvorstandes es wegen der Feiertagszeit abgelehnt hatte, den in seiner Mehrheit auf dem Boden der Opposition stehenden Zentralvorstand — wie die Preßkommission verlangte — zur Stellungnahme in dem Konflikt auf den Gründonnerstag einzuberufen, und obwohl der „Beschuldigte" an der Sitzung der Kontrollkommission nicht teilnehmen konnte: zum Parteihochverrat wurde eine

Illoyalität gröbsten Kalibers gehäuft, eine Uebertrumpfung selbst der häßlichsten Machenschaften, deren man sich bei einer beschränkten und bösartigen Bureaukratie des Klassenstaats zu versehen hat. Nur gegen den erbitterten Widerstand des Parteivorstandes konnte in stundenlangem Kampf die Vertagung der Karfreitagssitzung erzwungen werden!

In der Tat: es geht aufs Ganze. Die Rücksichtslosigkeit des Parteivorstandes kennt keine Grenze; nur dreifache Rücksichtslosigkeit kann dagegen aufkommen. Jetzt in der Defensive bleiben, heißt kapitulieren. Nur die entschlossene Offensive kann helfen. Sperrung der Beiträge bleibt das wirksamste Mittel, um die Scheidemann-Ebert unschädlich zu machen.

Wenn der Parteivorstand gegen diese Parole in schäumender Wut losschlägt, so beweist' das nur, daß sie ins Schwarze trifft, daß sie ein taktischer Schachzug ist, der die Machtposition des Parteivorstandes im Kern bedroht. Und die beiden neuen Akte des Terrorismus beweisen nur aufs Neue und so schlagend wie möglich, daß der Parteivorstand zu allem fähig ist, daß die stärksten Notwehrakte geboten sind, daß die Beitragssperre als das radikalste Mittel die einzige Sicherung des Sieges bietet.

Die Duisburger Funktionäre haben sie als treffende Antwort auf den Schlag gegen ihre Redakteure einstimmig beschlossen. Auch an anderen Orten ist sie von den Organisationen aufgenommen worden. Sie wird und muß sich durchsetzen und wie ein fliegendes Feuer über die ganze Partei verbreiten. Alle böswilligen Mißdeutungen, alle ängstlichen und mißverständlichen Berufungen auf das Organisationsstatut werden das nicht hindern. Berufungen auf das Organisationsstatut — im Kampf gegen einen Parteivorstand, der Programm und Organisationsstatut seit Jahr und Tag mit Füßen tritt! Gegenüber einem Parteivorstand, der stündlich beweist, daß er sich wahrlich nicht durch die Zwirnsfäden der schönsten Paragraphen von seinen Gewaltakten abhalten läßt!

Es gibt gute Seelen und schlechte Musikanten, die auch jetzt noch meinen: durch vorsichtiges Verharren auf dem formalen Rechtsstandpunkt werde der Parteivorstand matt gesetzt werden. Als ob nicht bereits der Stuttgarter Fall das Gegenteil bewiese! Der Parteivorstand hat sich auf den Boden der Gewalt gestellt, auf diesem Boden muß er bekämpft werden. Die ehrlichste Berufung auf die Buchstaben des Organisationsstatuts, das reinste Paragraphengewissen, wird diese Staatsstreichpolitiker nicht rühren. Nur durch die Entfaltung und Einsetzung der größten Macht kann ihnen ein Paroli geboten werden. Als Machtkampf, nicht als Formalprozeß muß dieser Entscheidungskampf durchgefochten werden. Speer gegen Speer, Macht gegen Macht. Dasjenige Mittel ist das richtige, das die stärkste Macht gewährt. Und wer kann zweifeln, daß die stärkste Macht der Oppo-

sition entfaltet wird, wenn die dem Sozialismus treu gebliebenen oder ihm mit Aufbietung aller agitatorischen Kraft wiedergewonnenen Organisationen ihre Mittel für sich selbst, für ihren Kampf gegen Krieg und Imperialismus und alle seine Helfershelfer einschließlich der verräterischen Parteiinstanzen in den Händen behalten und aufwenden? Wer kann daran zweifeln, daß diese Instanzen durch Entziehung der Geldmittel am energischsten geschwächt werden? Wer kann zweifeln, daß der Parteivorstand, wenn ihm die Parteiorganisationen in größerer Zahl, in breiter Front, so gerüstet entgegentreten, matt gesetzt ist? Nur auf die entschlossene Ausführung der Tat kommt es an; wer sich ihr widersetzt, lädt die Mitverantwortung für einen Sieg des Parteivorstandes auf sich, für die Parteizerrüttung, für die weitere Auslieferung der Partei an die Regierung, für die Hemmung des Kampfes gegen den Krieg. Nur Unentschlossenheit der Opposition kann den Erfolg dieser Taktik in Frage stellen.

Und wahrhaftig: was sollen engherzige Buchstabenbedenken, was soll kleinliche Paragraphen-Rechnungsträgerei in einem Augenblick von so entscheidender geschichtlicher Bedeutung für die Partei? Wie uns die großen Grundsätze des Sozialismus heiliger sind, als Beschlüsse der Fraktionsmehrheit, so ist uns der Geist des Organisationsstatuts, das organisatorische Wesen der Partei, das Demokratie heißt, heiliger als einzelne Buchstaben des Organisationsstatuts, die spitzfindig gegen das innerste Wesen der Partei mißbraucht werden.

Aber es kommt auch kein formeller Verstoß gegen das Parteistatut in Frage. Nicht um Verweigerung der Beiträge durch die einzelnen Mitglieder handelt es sich. Im Gegenteil! Wir fordern eifrigste Werbung und Schulung neuer Mitglieder für die Partei, damit sie unsern Kampf führen helfen. Es handelt sich um die Sperrung der den Organisationen zugeflossenen Parteigelder gegenüber den parteiverräterischen Instanzen. Nicht der Partei sollen diese Mittel entzogen werden, sondern diesen Instanzen, die die Mittel der Partei systematisch und pflichtvergessen gegen die Partei verwenden und der Partei, dem sozialistischen Kampf, rauben. Die Beiträge sollen der Partei nicht vorenthalten, sondern zugeführt und ihren großen Aufgaben gesichert werden, indem sie den parteizerrüttenden und programmverhöhnenden Funktionären, den Usurpatoren ihrer Aemter und Mandate, vorenthalten werden. Das organisatorische Wesen der Partei, die Demokratie in der Partei, soll nicht vernichtet, sondern verwirklicht werden, indem von unten auf und von innen heraus der Wille der parteigenössischen Massen, indem die Verwendung der Parteigelder im Sinne unserer Grundsätze durchgeführt wird.

Unsere Parole steht mit dem Organisationsstatut so wenig im Widerspruch, daß sie von ihm, von seinem Geiste vielmehr geradewegs zur Pflicht gemacht wird. Nicht wir verstoßen gegen das Organisationsstatut, sondern der Parteivorstand, der nicht nur die heiligsten Grundsätze und das organisatorische Wesen der Partei schnöde verleugnet, sondern auch im Bunde mit Fraktionsmehrheit und Parteiausschuß jede klare Einzelbestimmung des Organisationsstatuts, die im Wege steht, unbedenklich durchbricht.

Es bleibt dabei: die Alternative heißt Parteirettung oder Parteizerstörung. Die Notwehr zwingt uns im Kampf um die Partei zur Anwendung der schärfsten Mittel, die allein den Sieg des sozialistischen Geistes in der Partei sichern.

Es bleibt dabei: alle unsere Kräfte für die Partei, für den Sozialismus. Aber diesem Parteisystem, diesen verräterischen Parteiinstanzen keinen Mann und keinen Groschen, sondern Kampf aufs Messer.

Und wer dabei nicht für uns ist, der ist wider uns.

NICHT DIE ALTE LEIER, SONDERN DAS NEUE SCHWERT

⟨AUS DER UNTERSUCHUNGSHAFT⟩

„Wird es dem Reichstag gelingen, der Stimme der Vernunft, dem Verlangen eines endlichen Völkerfriedens nachdrückliches Gehör zu verschaffen und die baldigste Beendigung des Krieges herbeizuführen?“ seufzte der „Vorwärts“ am 28. September. Und nach der Kanzlerrede vom 28. September über die politische Lage und die Kriegsziele wimmerte er zerschlagen: „Wie auch die spannungsvoll harrenden Hörer zu den Kriegsfragen stehen möchten . . . sie alle waren erschienen, um den fiebernden Puls der Zeit zu fühlen, um dabei zu sein, wenn von den Lippen des verantwortlichen deutschen Reichskanzlers Entscheidendes über die Geschicke der Nationen gesagt würde . . . . Aber die Harrenden und Hoffenden erlebten wieder einmal eine Enttäuschung. Sie vernahmen keine neue Botschaft, kein befreiendes Wort.“

Hoffen und harren auf den Reichskanzler! Harren und hoffen auf den deutschen Reichstag! Hoffen und harren, Enttäuschung und Jammergestöhn — das war der Weisheit letzter Schluß für den „Vorwärts“, als er noch Hauptorgan der Arbeitsgemeinschaft war. Jammergestöhn, wohl

gemerkt, über den Kanzler, den Reichstag — nicht über sich selbst und seine Politik aschgrauen Elends.

Stehen *wir* so zum Reichstag, zum Parlamentarismus? Gewiß nicht. „Lieber ein Stück Unterfutter von einem alten Weiberrock" sein, als von der Partie dieser vorwärtslichen Spittelhelden.

Wir haben lang genug geharrt;
Man hat uns lang genug genarrt!
Jetzt greifen wir nach unserm Recht.
Jetzt stellen wir uns zum Gefecht!

Bethmann quoll in jener Rede über in verlogener und hetzerischer Heuchelei über Rumäniens Treubruch; er wiederholte die Komödie der Friedensheuchelei zum sechstenmal und bekannte sich demonstrativ zum Glauben seiner grimmigen Gegner aus dem Agrarierlager, — derselben Junius Alter und Kapp, die er am 5. Juni zur unbändigen Begeisterung der Scheidemänner radikal zu verbrennen schwur, weil sie seine Kriegswut in Zweifel gezogen hatten.

„Was wollen die unverbesserlichen, die innere Politik mit der Kriegführung vermengenden Demokraten"; wir kämpfen nicht gegen die russische Reaktion" — sagen die Piraten um Kapp und Junius Alter. „In die inneren Zustände der anderen Länder mischen wir uns nicht ein. Wie Rußland seine inneren Verhältnisse regeln will, ob autokratisch oder konstitutionell, das ist Rußlands Sache" — betete der Kanzler nach. „England ist der Hauptfeind" — lehrt das Gesetz der Kapp-Piraten. „Darum ist England der selbstsüchtigste, der hartnäckigste und der erbittertste Feind," — schwört der Kanzler nach. Der Staatsmann, der gegen England nicht *jedes* taugliche Kampfmittel anwendet, verdient verjagt und angeklagt zu werden — drohen die Kapp-Piraten. Er „verdient gehenkt zu werden", — übertrumpft sie der Kanzler und schüttelt sich vor Widerwillen über den Verdacht „veralteter Verständigungsneigung". Zum Teufel mit dem Gedanken der Demokratisierung Deutschlands, fluchen die Kapp-Piraten. „Freie Bahn für alle Tüchtigen, das sei unsere Losung", echot der Kanzler dem preußischen Junkerparlament nach: „eine an sich völlig nichtssagende rhetorische Wendung" — wie das Agrarierblatt, die „Deutsche Tageszeitung", quittierte.

Diese Kanzlerrede war allerhand — selbst für das sanftlebigste Fleisch. Genug, sollte man meinen, um milde Limonade in gärend Drachengift zu verwandeln. Aber die Limonade der Arbeitsgemeinschaft brodelte nicht auf. Mucksmäuschenstill saßen die artigen Schulbuben. Bei den stärksten

Herausforderungen — kein lispelnder Hauch des Widerspruchs, während brausender Beifall den Kanzler umtönte.

Heilig sei der gute Ton im Parlament! Keine Szenen heraufbeschwören. Ordnung über alles. In einigen Wochen vielleicht, an der gehörig eingerichteten Stelle, wird — wenn die Mehrheit keinen Strich durch die Rechnung macht — wird auch die Arbeitsgemeinschaft ihr wohlgegliedert Zunftsprüchlein sagen, mit guten Manieren und würdigen Worten, wie sich's für eine respektable Opposition gehört. Und — wir hörten im Oktober 1916 aus Haases Munde die dutzendste Friedenssehnsuchts- und Verständigungsrede.

Fassen wir die Aufgaben des parlamentarischen Kampfes so auf, wie die Kämpen von der Arbeitsgemeinschaft ihn führen?

Gewiß nicht! Wir sind weder harrende Narren, noch parlamentarische Droschkengäule, die stets die alten Straßen traben, vor jeder Neuerung der parlamentarischen Taktik scheuend, noch Musterknaben des guten Tons und trocknen Tons, den wir mit allen politischen Philistern, Schlafröcken und Filzpantoffeln dorthin wünschen, wo der Pfeffer wächst.

Um was geht es in diesen Tagen? Kein Augenzwinkern hilft darüber hinweg — um alles! Um Sein oder Nichtsein des Proletariats als politischer Faktor! Um den Besitz der gesellschaftlichen Macht! Um die Macht über Krieg und Frieden! Um die Schicksale der sozialen Revolution selbst!

Wir stehen vor der Wahl: Kampf oder schimpfliche Kapitulation. Ein Drittes gibt es nicht. Wer dem Kampf ausweicht, kapituliert. Wer vom Kampf redet, aber ihn nicht wagt, höhnt den bittern Ernst der Zeit, indem er ihn mit faden Grimassen nachäfft. Der ist nicht für uns, der ist wider uns.

Nicht in Sitzungen und Konferenzen fällt die Entscheidung, sondern in den Fabriken, auf den Straßen, im Heere. Dem Proletariat lebt nur ein Erlöser: das Proletariat selbst.

Das Parlament kann ihm kein Erlöser sein — trotz aller „Vorwärts"brunst, am wenigsten das erbärmlichste aller Parlamente, der deutsche Reichstag.

Und doch kann es der revolutionären Bewegung wichtige Hilfe leisten. Aber nicht als Gesetzesfabrik, nicht als Schwatztheater und Gebetsmühle einer parlamentarischen „Opposition", sondern indem es vom Klassenkämpfer, der sein parlamentarisches Mandat nur für diesen Zweck erworben hat, zur revolutionären Tribüne verwandelt wird, von der er den Feuerbrand ins Gebälk der herrschenden Ordnung und den Schlachtruf in die Massen schleudert.

Keine Worte, die nur Worte sind! Ein Ruf, ein Kampfschrei allein, der die Oeffentlichkeit aufscheucht, das Proletariat alarmiert, ist schon ein Gewinn. Die schönste Rede dagegen, die das Meer der sozialen Leiden-

schaften nicht aufwühlt und sich ängstlich scheut, auch nur ein Geschäftsordnungswässerlein zu trüben, ist von Uebel. Und mag sie von radikalsten Worten und prinzipiellsten Darlegungen wimmeln: sie bleibt ein Irrlicht über dem Sumpf.

Die Männer von der Arbeitsgemeinschaft wollen den parlamentarischen status quo, die alte Leier.

Ihre ganze Tätigkeit im Reichstag legt davon Zeugnis ab. Auch die eben verflossene Tagung — und nicht nur der 28. September, wo die Haasesche „Stimme der Vernunft" erschallte und Ledebours Vision der weltparlamentarischen Menschheitserlösung aufstieg, sondern nicht minder die Schutzhaft-Debatte —der parlamentarische „Erfolg" der Arbeitsgemeinschaft. Dittmann bewegte sich im Grunde genommen, trotz des radikalen Kleides, auf dem Boden des hergebrachten parlamentarischen Kretinismus. Statt den Reichstag anzuklagen, rief er ihn um Hilfe an. Statt durch Art und Richtung seiner Angriffe den Kriegsblock von Westarp bis David und die ganze bürgerliche Welt zum Geständnis der Wahrheit, nämlich ihrer Spießgesellenschaft mit der Säbeldiktatur und zur Solidarisierung mit ihr zu zwingen, erwarb er den Segen Paasches, Scheidemanns und der ganzen bürgerlichen Welt. Die Beseitigung der „Mißstände" wurde zu einer „gemeinsamen Angelegenheit aller Parteien". Das Volk kann ruhig schlafen — der Reichstag wacht; die Sache ist in besten Händen.

Der Antrag auf Liebknechts Enthaftung bestätigt noch schlagender unser Urteil. Schaut hinter die trutzigen Helmvisiere der Kämpen. Nur in einem Sinne konnte diese Parlamentsaktion ernste Bedeutung gewinnen: wenn sie im Geiste unserer eingekerkerten und verschickten Freunde zu einem Hilfsmittel der außerparlamentarischen Massenaktion gestaltet wurde.

Gerade das aber tat die Haase-Schar nicht. Dreimal hatte sie schon die „wilden Streiks" verleugnet. Und mit hölzernen Kindersäbeln statt mit stählernen Flammenschwertern zog sie in die Bahn.

Die außerparlamentarische Tatenlosigkeit der Arbeitsgemeinschaft trägt ihr gerüttelt Maß von Mitschuld wie an den Opfern der Schutzhaft, so an Liebknechts Geschick. Parlamentarische Reden können diese Schuld nicht sühnen. Stadthagens Rede wurde zur pathetischen Deklamation an den Reichstag. Statt den Reichstag neben der Militärjustiz und der Regierung an den Pranger zu stellen und zum Fenster hinaus an die Massen zu appellieren, wie es Rühle später im Namen Liebknechts tat.

Ohne klare Grundsätze, ohne politische Orientierung, ohne die Kraft und den Willen zur vollen Ausnutzung der parlamentarischen Möglichkeiten ist die Arbeitsgemeinschaft im Reichstag vollends und grundsätzlich zur

Unfruchtbarkeit verdammt, da ihr der Mutterboden des außerparlamentarischen Kampfes fehlt.

Wohin wir blicken, wortgefälliges Nichtstun, das sich von dem offenen und bewußten Referierungsoffiziösentum der Scheidemänner durch noch größere Gefährlichkeit unterscheidet, soweit das Proletariat das parlamentarische Schattenspiel für ernsten Klassenkampf nimmt und auf Hilfe vom Reichstagshimmel hofft und harrt.

Welcher Sozialist das Parlament heute nicht als Werkzeug in den Dienst der Massenaktion stellt, macht es zur plappernden Spinnstube oder zu schlimmerem. Welcher Sozialist es heute nicht benutzt, um das Vertrauen, die Hoffnung der Arbeiterklasse, wie auf Regierung, Reichskonferenzen, Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, so auch auf den Reichstag und auch auf die *parlamentarischen Scheinaktionen der sozialistischen Abgeordneten der Opposition* systematisch und in derWurzel auszurotten, ist ein Irreführer, kein Führer des Proletariats. Und welcher sozialistische Abgeordnete heute, da der Belagerungszustand alle anderen Tribünen verschlossen hat, im Parlament diese heiligsten Pflichten nicht erfüllt, er mag sich drehen und wenden wie er will, er macht sich zum Mitschuldigen des Belagerungszustandes.

Fort mit dem alten Geleier — wir brauchen das neue Schwert!

REDE IM DEUTSCHEN REICHSTAG VOM 18. JANUAR 1916

. . . Meine Herren, man hat mir heute wie gestern aus dem Hause mehrfach entgegengerufen: Sie arbeiten im Dienste des Auslandes, Sie sind ein Landesverräter. *(Sehr richtig! links.)* Meine Herren, ich betone, daß mir soeben wieder „sehr richtig!" zugerufen wird — — *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich muß hervorheben, daß hier am Tische des Bureaus die von Ihnen erwähnte Bemerkung nicht gehört worden ist. Wenn sie gehört worden wäre, würde auch eine entsprechende Rüge eingetreten sein. *(Sehr gut!)*

Ich stelle fest, daß mehrere Herren eben wieder „sehr richtig!" gerufen haben *(Widerspruch)* — eben wieder „sehr richtig!" gerufen haben. Meine Herren, ich ziehe vor, von Ihnen Landesverräter und wer weiß was sonst gescholten zu werden, als Ihren Beifall zu finden, wie gewisse Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. *(Stürmische Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, die letzte Bemerkung war nicht mehr persönlich!

Meine Herren, durch Ihr Verhalten beweisen Sie nur, daß Sie die Wahrheit scheuen — — *(Glocke des Präsidenten. — Große Unruhe und Lachen.)*

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dittmann.

DER NEUE BURGFRIEDE
⟨19. NOVEMBER 1918⟩

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" — dies Trugwort stand am Anfang des Weltkrieges. Die Verwirrungsphrase der heiligen Einigkeit aller Klassen umnebelte die Hirne der Völker und versetzte auch weite Kreise des Welt-Proletariats in den verzückten Rausch patriotischer Begeisterung, aus dem Kriegsraserei und Mordwahnsinn wucherten. Das proletarische Klassenbewußtsein ward wie von einer Sturmflut hinweggeschwemmt. Proletarischer Klassenkampf gegen den Imperialismus allein hätte die Welt vor dem grauenvollen Gemetzel bewahren können. Die „heilige Einigkeit" lieferte die Volksmassen bedingungslos in die Krallen der Kriegstreiber; die „heilige Einigkeit" war Massenmord, Millionenelend, Kulturverwüstung, Hölle. Ihre wirksamsten und skrupellosesten Propagandisten waren die Durchhalte- und Burgfriedenpolitiker der Sozialdemokratie. Als Quertreiber, Störenfried, Landes- und Kriegsverräter wurde verschrien und verfolgt, wer seine Stimme warnend und anklagend gegen die Irreführer des Proletariats erhob.

„Wir kennen keine verschiedenen sozialistischen Parteien mehr — wir kennen nur noch Sozialisten" — so klingt es am Schluß des Weltkriegs. Die Flagge eines neuen Burgfriedens ist gehißt; fanatischer Haß wird gesät gegen jeden, der sich dem neuen Einigkeitstaumel entgegenwirft. Und wieder sind die lautesten Rufer im Streit die Scheidemann und Konsorten.

Sie finden ein hallendes Echo vor allem unter den Soldaten. Kein Wunder. Bei weitem nicht alle Soldaten sind Proletarier; und Belagerungszustand, Zensur, amtliche Propaganda und Stampferei waren nicht wirkungslos. Die Masse der Soldaten ist revolutionär gegen den Militarismus, gegen den Krieg und die offenkundigen Repräsentanten des Imperialismus; im Verhältnis zum Sozialismus ist sie noch zwiespältig, schwankend, unausgegoren. Ein großer Teil der proletarischen Soldaten wie der Arbeiter, die den verblödenden Einflüssen der Sozialimperialisten jahrelang unterworfen waren, wähnt, die Revolution sei vollbracht; nun gelte es nur noch den Frieden und die Demobilisation. Sie wollen Ruhe nach langer Qual.

Sie übersehen, daß die „Revolution", die sich fast unter behördlicher Duldung vollzog, bisher nicht mehr war, als ein Zusammenbruch der autokratischen Formen, die das „tolle Jahr" übrig gelassen hatte, als die Vollendung der bürgerlichen Revolution. Sie vergessen, daß dem Proletariat zwar die politische Macht zugefallen ist, daß diese Machtverschiebung aber ihre historische Rechtfertigung nur erhalten kann, indem sie zur Vollbringung der historischen Aufgabe des Proletariats benutzt wird: zum Sturz

auch der ökonomischen Klassenherrschaft. Sie verkennen, daß auch die Probleme des Friedens, der Demobilisation und der wirtschaftlichen Erneuerung nur lösbar sind, wenn das Proletariat entschlossen und unbeirrt den Weg zum Endziel geht.

Einigkeit! Wer könnte sie mehr ersehnen und erstreben als wir. Einigkeit, die das Proletariat stark macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jede „Einigkeit" macht stark. Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage.

Nur gleich gerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung; einander widerstrebende Kräfte zusammenketten, heißt sie lähmen.

Gleichgerichtete Kräfte verbinden: das ist unser Bemühen; verschiedengerichtete Kräfte verkoppeln, um die radikalen Stoßkräfte der Revolution zu hemmen und abzulenken, das ist das Bemühen der jetzigen Einheitsapostel, wie es das Bemühen der Einigkeitsprediger im Kriege war.

Politik ist Tat. Zusammenwirken zur Tat setzt Einigkeit über Weg und Ziel voraus. Wer mit uns in Ziel und Weg übereinstimmt, ist uns willkommener Kampfgenosse.

Einigkeit im Geiste, in der Gesinnung, im Wollen und Handeln, das nur ist wahre Einigkeit. Einigkeit in der Phrase ist Irrlicht, Selbsttäuschung oder Betrug.

Die Einigkeitsapostel, sie wollen die „Revolution", die noch kaum begonnen, schon heute liquidieren; sie wollen die Bewegung in ruhige Bahnen lenken, um die kapitalistische Gesellschaft zu retten; sie wollen dem Proletariat durch Wiederherstellung des Klassenstaates und Erhaltung der ökonomischen Klassenherrschaft die Macht wieder aus den Händen winden, während sie es durch die Einigkeitsphrase hypnotisieren. Sie fallen über uns her, weil wir dieses Vorhaben durchkreuzen, weil wir es ehrlich und ernst meinen mit der Befreiung der Arbeiterklasse, mit der sozialistischen Weltrevolution.

Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind, als sozialistisch verkleidete Platzhalter der kapitalistischen Ausbeuter?

Können, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Anschlägen?

Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Preisgabe des Sozialismus, der Internationale. Ihnen gebührt kein brüderlicher Handschlag, ihnen gebührt nicht Einigkeit, sondern Kampf.

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klares Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, zielsichere Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können, Zerstreuung des Einigkeits-Phrasennebels, Bloßstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot — heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus.

GEGEN DEN KRIEG

AN KARL LIEBKNECHT!

Aus Holland wurde im Namen „vieler sozialdemokratischer Frauen" das folgende Schreiben gesandt:

Genosse Liebknecht, für Ihre Tat, für Ihren Mut unsern Dank. Wir haben die Stimme der Internationale wieder gehört. Wir wissen, daß sie lebt! Tausenden und aber Tausenden unter dem Proletariat aller Länder haben Sie eine neue Hoffnung gegeben. Wir wissen jetzt, daß die Internationale „keine Grenzen" hat, daß sie, als Kulturträger, als Lebensträger, auch während des wütenden Kampfes für den Frieden arbeiten muß. Genosse Liebknecht, nehmen Sie unsern Dank entgegen.

DIE „AUSHÖHLUNG".

Das Alte äußerlich zunächst bestehen lassen, es innerlich allmählich auszuhöhlen, die ausgehöhlte Form des Alten als Hülle für das Neue benutzen, bis es sich genügend entwickelt hat, um die Form ohne Gefahr zersprengen zu können — das ist die Methode, in der sich die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ideologien und Einrichtungen vornehmlich vollzieht. K. L.

PROLETARIAT UND KRIEG

Wenn die Funktion des Militarismus gegen den äußeren Feind als eine nationale bezeichnet ist, so ist damit nicht gesagt, daß es eine Funktion sei, die den Interessen, der Wohlfahrt und dem Willen der kapitalistisch regierten und ausgebeuteten Völker entspricht. Das Proletariat der gesamten Welt hat von jener Politik, die den Militarismus nach außen notwendig macht, keinen Nutzen zu erwarten, seine Interessen widersprechen ihr sogar auf das allerschärfste. Jene Politik dient mittelbar oder unmittelbar den Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen des Kapitalismus. Sie sucht der regellos-wilden Produktion und der sinnlos-mörderischen Konkurrenz des Kapitalismus mit mehr oder weniger Geschick über die Welt hinaus den Weg zu bereiten, indem sie alle kulturellen Pflichten gegen die minder entwickelten Völkerschaften niedertrampelt; und sie erreicht doch im Grunde genommen nichts, als eine wahnsinnige Gefährdung des ganzen Bestandes unserer Kultur durch die Heraufbeschwörung weltkriegerischer Verwicklungen. Auch das Proletariat begrüßt den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung unserer Tage. Es weiß aber, daß dieser wirtschaftliche Aufschwung sich auch ohne den gewappneten Arm, ohne Militarismus und Marinismus, ohne den Dreizack in unserer Faust und ohne die Bestialitäten unserer Kolonialwirtschaft friedlich entfalten könnte, sofern ihm vernünftig geleitete Gemeinwesen unter internationaler Verständigung und in Uebereinstimmung mit den Kulturpflichten und Kulturinteressen dienen würden. Es weiß, daß unsere Weltpolitik zu einem großen Teil eine Politik der gewaltsamen und plumpen Bekämpfung und Verwirrung der inneren sozialen und politischen Schwierigkeiten ist, vor denen sich die herrschenden Klassen sehen, kurzum eine Politik bonapartistischer Täuschungs- und Irreführungsversuche. Es weiß, daß die Arbeiterfeinde ihre Suppe mit Vorliebe am Feuer des beschränkten Chauvinismus kochen, daß schon die von Bismarck skrupellos erzeugte Kriegsangst des Jahres 1887 der gemeingefährlichsten Reaktion gar trefflich Vorspann leistete, und daß ein jüngst enthülltes sauberes Plänchen hochge-

stellter Persönlichkeiten dahin ging: im Trüben kriegerischer Hurrastimmung dem deutschen Volk „nach Heimkehr eines siegreichen Heeres" das Reichstagswahlrecht wegzufischen. Es weiß, daß der Vorteil des wirtschaftlichen Aufschwunges, um dessen Ausnützung sich jene Politik bemüht, und daß im besonderen aller Vorteil unserer Kolonialpolitik nur der Unternehmerklasse, dem Kapitalismus, dem Erbfeind des Proletariats in die weiten Taschen rinnt. Es weiß, daß die Kriege, die die herrschenden Klassen für sich führen, gerade ihm die unerhörtesten Opfer an Gut und Blut auferlegen, für die es nach vollbrachter Arbeit mit jämmerlichen Invalidenpensionen, Veteranenbeihilfen, Leierkästen und Fußtritten aller Art regaliert wird. Es weiß, daß sich bei jedem Krieg ein Schlammvulkan hunnischer Rohheit und Gemeinheit über die beteiligten Völker ergießt und die Kultur auf Jahre hinaus rebarbarisiert. Es weiß, daß das Vaterland, für das es sich schlagen soll, nicht sein Vaterland ist, daß es für das Proletariat jedes Landes nur einen wirklichen Feind gibt: die Kapitalistenklasse, die das Proletariat unterdrückt und ausbeutet; daß das Proletariat jedes Landes durch sein eigenstes Interesse eng verknüpft ist mit dem Proletariat jedes anderen Landes; daß gegenüber den gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats alle nationalen Interessen zurücktreten, und der internationalen Koalition des Ausbeutertums und der Knechtschaft die internationale Koalition der Ausgebeuteten, der Geknechteten gegenübergestellt werden sollte, zum Kampfe gegen seine eigenen Brüder und Klassengenossen geführt würde und damit zum Kampfe gegen seine eigenen Interessen. Das klassenbewußte Proletariat steht daher jener internationalen Aufgabe der Armee wie der gesamten kapitalistischen Ausdehnungspolitik nicht nur kühl bis ans Herz hinan, sondern in ernster und zielbewußter Feindschaft gegenüber. Es hat die vornehmste Aufgabe, den Militarismus auch in dieser Funktion bis aufs Messer zu bekämpfen, und es wird sich dieser seiner Aufgabe in immer stärkerem Maße bewußt — das zeigen die internationalen Kongresse, das zeigt der Austausch von Solidaritätskundgebungen zwischen deutschen und französischen Sozialisten beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, der spanischen und amerikanischen Sozialisten beim Ausbruch des kubanischen Krieges, der russischen und japanischen Sozialisten beim Ausbruch des ostasiatischen Krieges von 1904 und der 1905 für den Fall eines schwedisch-norwegischen Krieges von den schwedischen Sozialdemokraten gefaßte Generalstreiksbeschluß, das hat weiter die parlamentarische Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten von 1870 und der Marokkokonflikt kundgetan, das beweist auch die Haltung des klassenbewußten Proletariats gegenüber der russischen Intervention.

Der Krieg kann riesige Umwälzungen bringen, auf allen Gebieten, auch solche, die dem Proletariat günstig sind, ohne daß ihn das Proletariat als Mittel zu solchen Umwälzungen wollen kann. Der Krieg, wenn er da ist, kann in thesi in verschiedenen Richtungen verlaufen, von denen die eine günstiger für die proletarische Bewegung sein würde als die andere. Soll und kann sich darum die proletarische Politik dahin konzentrieren, ihn auf eine bestimmte günstige Richtung zu drängen? Daß sie *auch* in diesem Sinne sich betätigen soll und vielleicht sogar — im Wege der Oppositionspolitik — einigen Einfluß darin üben kann, ist natürlich außer Zweifel. Die Frage selbst aber ist zu verneinen; aus zahlreichen Gründen. *Erstlich* ist es möglich, sich zu konzentrieren, ohne zugleich für den Krieg selbst einzutreten, jede positive Mitwirkung in dieser Art wird stets in ein positives Eintreten für den Krieg verschmolzen, und alle Vorbehalte werden zur Dekoration, was das Erstgeburtsrecht des Sozialismus schließlich doch um ein Linsengericht verkaufen hieße. *Weiter:* Es ist keineswegs möglich, alle die Möglichkeiten des Kriegsausgangs erschöpfend und klar zu überschauen, speziell in bezug auf ihre Nützlichkeit für die Arbeiterbewegung. Von den verschiedenen Ländern aus wird die Antwort auch leicht recht verschieden ausfallen, das Ergebnis wäre keine gemeinsame internationale Aktion, sondern internationale Zersplitterung und eine phantastische Konjekturalpolitik dazu. *Sodann:* Die zivile und die militärische Regierung verfolgen ihre Pläne, die Pläne der herrschenden Klasse gerade im Kriege unter den für sie und ihre unkontrollierbaren Machenschaften denkbar günstigsten Umständen; eine Kontrolle und Beeinflussung der Kriegspolitik durch „positive" Einwirkung auf die Regierung ist unter den in Deutschland herrschenden Verfassungszuständen noch aussichtsloser als eine Kontrolle und Beeinflussung der auswärtigen Politik im Frieden bekanntlich war. Und *schließlich:* Alle möglichen Lösungen des Kriegsrätsels sind in einem imperialistischen Kriege imperialistisch, Lösungen der militaristischen Vergewaltigung, unter denen es für die Sozialdemokratie keine gibt, für die sie eintreten könnte.

Wohl hat die Sozialdemokratie ihren Einfluß für eine dem internationalen Proletariat möglichst wenig schädliche Lösung einzusetzen. Dazu hat es aber nur *eine* Kraft, die Kraft des Klassenkampfes. Außerhalb des Klassenkampfes ist das Proletariat machtlos; rücksichtslos geführter Klassenkampf, rückhaltlose Opposition kann ihm allein den überhaupt möglichen Einfluß auch auf die Kriegsgestaltung, auf das Kriegsziel verschaffen.

Die geschichtliche Funktion des Proletariats im Kriege ist nicht das Eintreten für den Krieg, die Schürung des Völkerhasses, die Stärkung der

Kriegsbegeisterung, sondern der Widerstand gegen den Krieg, die Propaganda der internationalen Solidarität, die Verschärfung des Klassenkampfes.

Kurzsichtigkeit nur kann die Haltung der Sozialdemokratie im Kriege von der jeweiligen militärischen Situation abhängig machen wollen. Eine feste, klare, konsequente Haltung ist so nicht möglich, sie kann nur auf dem festen Boden einer klaren prinzipiellen Auffassung erwachsen. Ein festes Orientierungsprinzip ist nötig, und das kann nur der geschichtliche Charakter des Krieges sein. Dieser Charakter aber ist der imperialistische, der des kapitalistischen Eroberungskrieges.

Dieses Wesen des Krieges kann das Proletariat nicht willkürlich verändern, es besitzt ja, wie gezeigt, kaum die Macht, auf das imperialistische Kriegsziel nennenswert einzuwirken.

Auch von dem Einfluß des Proletariats auf die Beendigung des Krieges gilt das Gesetz: nur im Klassenkampf ist er möglich. Jede Friedensaktion der Sozialdemokratie — gleichviel welcher Art — wird nur soviel Macht besitzen, wie sie internationales Echo erweckt, und dieses internationale Echo wird stets nur so stark sein, wie die revolutionäre Kraft, von der sie getragen wird. Die Sozialdemokratie jedes Landes aber hat das Recht, im Namen der Internationale zu sprechen, und die Möglichkeit, international zu wirken, sobald sie sozialistisch redet und sobald sie sozialistisch kämpft gegen Militarismus und Kapitalismus.

BRIEF VOM AUGUST 1914

Am 13. Juli früh fuhr ich mit Longuet nach Paris zur Kammersitzung, in der die Deckungsvorlage beraten wurde. Wir sahen den pompösen militärischen Einzug des Kammerpräsidenten, unterhielten uns mit dem Minister der Justiz Bienvenu-Martin über die brennende Amnestiefrage. Der Minister des Innern Malvy sprach uns wegen eines Mißgriffs der Polizei von Condé sein lebhaftes Bedauern aus und versicherte, daß das Vorgefallene den Intentionen der Regierung durchaus nicht entspreche. Jaurès war so kampffrisch wie je, hinreißend und voll strömender, wärmender Kraft. Wir erörterten die politische Lage. Meine Bemerkung: „Die Demokratisierung Preußens ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Frage", unterstrich er nachdrücklich und ernst: „C'est une question européenne!" In der Sitzung hielt Sembat eine seiner feinen geistreich-pointierten Reden. Mit Longuet zog ich zum Nationalrat der Partei, der den am 14. Juli, dem Tage des Bastillefestes, beginnenden National-Kongreß vorbereitete. In der Redaktion der Humanité trafen wir von neuem Jaurès. Am Nachmittag dieses

Tages, des 13. Juli, hatte der Senator Humbert seine berühmte Rede über die Mißstände in der französischen Heeresverwaltung gehalten. Unter einem Haufen lärmender, hin- und herlaufender Menschen schrieb Jaurès, mit einer Konzentration, die sein Hirn mit dreifacher Mauer von der Außenwelt abzusperren schien, in wenigen Minuten seinen Artikel über die Affäre. Wir blieben dann — ein größerer Freundeskreis — bis tief in die Nacht beisammen; Jaurès unerschöpflich in Scherz und Ernst. Paris tanzte — tanzte überall — in den Wirtschaften, in den Cafés, auf den Straßen, auf den Plätzen. Fete nationale, Fete de la République. Paris tanzte nach den diskreten Klängen der Musikkapellen, deren rasch errichtete Pavillons über die ganze Stadt verstreut lagen. Paris tanzte — alt und jung, arm und reich, geputzt und zerschlissen. Es tanzte behend und graziös — es tanzte fast lautlos — kein brutaler Ton, kein rohes Lachen, keine gemeine Geste, kein Stoßen, kein derbes Gedränge. Wundersam verhalten schien mir diese Heiterkeit, die in der hellen Julinacht diese bewegliche, hüpfende, schwebende, wogende Menge erfüllte. Heute will es mir erscheinen, als habe eine düstere Ahnung des Fürchterlichen, was da zehn Tage später kam, auf ihr gelastet. Ein gespenstiger danse macabre — ich werde diese Vorstellung nicht mehr los.

Wir saßen im Café des Grand Hotel auf dem Boulevard. Freund Duc sprach böseste Prophezeiungen aus für die nächste Zukunft, die mein Optimismus selbstsicher beiseite schob. Spät trennten wir uns. Das war mein Abschied von Jaurès. Ich fuhr mit nach Longuets kleinem Häuschen in Chatenay. Die ganze Nacht zwitscherte es über den grünen Fluren. Am 14. gelang mir noch ein kurzer Blick in den Nationalkongreß, der seine klugen Beratungen über die dem Wiener Kongreß vorgeschlagene Anti-Kriegstaktik pflog. Weill hatte eine enthusiastisch aufgenommene Ansprache gehalten. „Er spricht wie ein Franzose, wie ist das möglich?" — meint ein Genosse. „Er ist so gut Franzose wie ich und du", antwortet Morizet. Ein kurzer, herzlicher Abschied von Renaudel und den anderen. Dann in rascher Fahrt durch das gesegnete Land nach Basel zu, über Belfort, wo große Massen Deutsch-Elsässer zur Heimkehr einsteigen: sie waren zum Nationalfest über die Grenze gezogen, zahlreicher wohl als je. Die Zabernaffäre hält die Gemüter noch in Hitze. Da liegen die Vogesen in dunstiger Dämmerung — friedlich ladend — ein Asyl der Unrast, heute ein blutiges Leichenfeld, hallend vom Brüllen der Kanonen. In Basel zischt von der Münsterterrasse das letzte Feuerwerk in den schwarzen Himmel. Man feiert das „Franzosenfest" auch hier in der deutschen Schweiz.

Diese Erinnerungen sind mir ins Hirn eingebrannt. Sie begleiten mich seit dem 23. Juli 1914, wo immer ich bin.

AN DIE REDAKTION DER BREMER BÜRGERZEITUNG

Berlin, den 3. September 1914.

Werte Genossen!

Wie ich erfahre, haben mehrere Genossen und einige Parteizeitungen allerhand über die Beratungen der deutschen Reichstagsfraktion vom 3. und 4. August dieses Jahres veröffentlicht. Danach soll in der Fraktion über die politische Lage und unsere Stellung zu ihr keine ernstliche Meinungsverschiedenheit bestanden haben und der Beschluß auf Bewilligung der Kriegskredite einstimmig gefaßt sein.

Um einer unerträglichen Legendenbildung entgegenzuwirken, sehe ich mich genötigt, festzustellen, daß in der Fraktion über die bezeichneten Punkte diametral gegensätzliche Auffassungen geherrscht haben, die in Debatten von bisher unerhörter Leidenschaftlichkeit ihren Ausdruck fanden und ein einmütiges Votum schlechterdings ausschlossen. Darnach ist es auch ganz unrichtig, daß der Beschluß über die Bewilligung der Kriegskredite einstimmig gefaßt sei.

Die Erörterung der Einzelheiten muß auf eine Zeit aufgespart werden, die dazu wenigstens annähernd die gleiche Freiheit der Meinungsäußerung gewährt, wie sie unter dem gegenwärtigen anormalen politischen Zustand die Verfechter der Kreditbewilligung in so reichem Maße genießen. Ich bitte Sie dringend, die vorstehenden Zeilen abdrucken zu wollen.

Mit Parteigruß Ihr

(gez.) *Karl Liebknecht.*

RESOLUTION

1. Der Krieg ist nicht nur das Ergebnis einer von uns stets bekämpften Politik, des Wettrüstens, der Geheimdiplomatie, nicht nur ein unmittelbar gegen die Arbeiterbewegung gerichtetes bonapartistisches Unternehmen. Er ist seinem geschichtlichen Wesen nach imperialistisch. Er ist imperialistisch nach seiner Entstehung. Er ist imperialistisch nach seinen Zielen, d. h. er verfolgt kapitalistische Ausdehnungs- und Eroberungszwecke. Alles dies gilt in höchstem Maße gerade von Deutschland, dessen Kriegspartei ihn im Einvernehmen mit der österreichischen Kriegspartei unter einer rücksichtslosen Verwirrungsregie auch unmittelbar veranlaßt hat. Durch feindliche Einbrüche in den einen imperialistischen Raubkrieg führenden Staat wird der Krieg nicht zu einem Krieg für die Verteidigung der staatlichen und

nationalen Unversehrtheit. Solche Einbrüche sind das Risiko jedes Eroberungskrieges. Der imperialistische Krieg wird geführt von einer kapitalistischen Regierung, die von den imperialistischen Mächten beherrscht wird. Es ist ein Widersinn, anzunehmen, der seinem Wesen nach imperialistische Krieg werde von ihr als ein Krieg der nationalen Verteidigung geführt. Die Kriegskredite dienen also imperialistischen Zwecken.

2. Das Wohlergehen der Völker ist bei der heutigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung untrennbar verbunden (vergl. Jugendinternationale Nr. 2, die Implacibilis*) = Glosse, Leitartikel!). Der Klassenkampf des Proletariats kann nur international geführt werden, nur international erfolgreich sein. Jede Schädigung der Arbeiterklasse eines Landes zieht das Proletariat auch aller anderen Länder in Mitleidenschaft. Das sozialistische Proletariat keines Landes darf dazu beitragen, daß das Proletariat irgendeines anderen Landes die aus einer Niederlage etwa erwachsenden Schädigungen erfährt. Die Aufgabe der Sozialisten in jedem Lande muß sein, alle solche Schädigungen jedes Landes zu verhindern.

Die Aufgabe der Sozialisten ist, einen Frieden ohne Eroberungen, ohne Demütigung irgendeines Landes zu erkämpfen, alles zu tun, um in allen beteiligten Ländern eine wachsende Bewegung für einen solchen sozialistischen Frieden zu erwecken. Jede Förderung des Krieges in jedem Lande erschwert die Erreichung jedes Zieles. Die Sozialisten haben ihre Haltung zum Kriege von diesem internationalen Standpunkt aus einzunehmen, und zwar auch im Interesse jedes einzelnen Volkes.

Die Bewilligung der Kredite ist eine Unterstützung des Krieges, eines imperialistischen Krieges. Sie verstößt gegen das Wesen der Sozialdemokratie, gegen ihr Programm und die Beschlüsse der internationalen Kongresse.

ZUM 4. AUGUST

Heute ist es nur bei Anspannung aller Gedächtniskraft möglich, sich in die taktische Lage zurückzuversetzen, die am 4. August 1914 für die Fraktionsmitglieder von der Minderheit bestand. Der Abfall der Fraktionsmehrheit kam selbst für den Pessimisten überraschend, die Atomisierung des bisher überwiegenden radikalen Flügels nicht minder. Die Tragweite der Kreditbewilligung für die Umschwenkung der gesamten Fraktionspolitik ins Regierungslager lag nicht auf der Hand: Noch bestand die Hoffnung, der Beschluß vom 3. August 1914 sei das Ergebnis einer vorübergehenden Panik

*) Pseudonym L.s.

und werde alsbald korrigiert, jedenfalls nicht wiederholt und gar übertrumpft werden. Aus diesen und ähnlichen Erwägungen, allerdings auch aus Unsicherheit und Schwäche, erklärt sich das Mißlingen des Versuchs, die Minderheit für ein öffentliches Separatvotum zu gewinnen. Nicht übersehen werden darf dabei aber auch, welche heilige Verehrung damals noch der Fraktionsdisziplin entgegengebracht wurde, und zwar *am meisten vom radikalen Flügel,* der sich bis dahin in immer zugespitzterer Form gegen Disziplinarbrüche oder Disziplinarbruchsneigungen revisionistischer Fraktionsmitglieder hatte wehren müssen. Ein Separatvotum war eine in der Geschichte der deutschen Reichstagsfraktion seit Menschengedenken unerhörte, bei der damaligen parlamentarischen Durchschnittspsychologie schlechthin unfaßbare Sache. Nach alter Ueberlieferung gab es nur ein Mittel, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu vertreten und nach Kräften zur Geltung zu bringen: Den Kampf in der Fraktion. Daß deren Mehrheitsentscheidung zu respektieren sei, galt als ausgemacht; süddeutsche Vorgänge hatten diese Psychologie wenigstens für die Reichstagsfraktion nicht erschüttert, *gerade bei den Radikalen* sogar befestigt. Und diese Disziplin wurde rein formell, organisatorisch aufgefaßt. Das praktische Verständnis für ihre notwendigen Grenzen war völlig unentwickelt. Noch andere Gesichtspunkte spielten eine Rolle: Haase hatte sich auf Drängen gerade bisher als radikal geltender Genossen — Hoch, Kautsky usw. (vor dem 2. Dezember wieder besonders Hilferding) — zur Verlesung der Erklärung im Plenum bestimmen lassen: Die Abstimmung der Fraktion darüber wurde bei der Verwirrung der Gemüter gar als eine Kraftprobe zwischen dem „radikalen" (dessen völlige Zerstörung man noch nicht begriff) und dem revisionistischen Flügel, und das Ergebnis dieser Abstimmung als ein Erfolg des ersteren aufgefaßt: Man gönnte dem revisionistischen Flügel die Vertretung der Fraktion auch bei dieser Gelegenheit nicht; der „radikale Flügel" scheute das öffentliche Hervortreten seiner Niederlage, seiner Sprengung, seiner Vernichtung. Die Aufrechterhaltung des Wahns von seiner Fortexistenz nach dem Tode war sein letzter Ehrgeiz.

Manche meinten auch: der Gegensatz in der Fraktion werde doch bekannt werden (man war ja an die Zensur noch nicht gewöhnt!) und das innere Gewicht der Fraktionsabstimmung klarstellen; die Abtrennung einiger weniger von der Fraktion im Plenum werde das Gewicht der übrigen nur erhöhen.

Auch in bezug auf die Technik der Separatabstimmung fehlte jede Vorstellung und Uebung.

Zum Verständnis der sich kreuzenden Erwägungen, die auch verhinderten, daß ich mich am 4. August im *Plenum* des Reichstags als Einzelner von

der Fraktion trennte, dient die Tatsache, daß Rosa Luxemburg mir am 1. Dezember die Botschaft überbrachte, sowohl Mehring wie Karski rieten mir, falls ich allein bliebe, von einem Separatvotum für den 2. Dezember ab.

Nach alledem ist zu begreifen, daß noch am 4. August, wenigstens für die nicht in württembergischen Erfahrungen Bewanderten, alles, was gegen die Kreditbewilligung getan werden konnte, ihre Bekämpfung in der Fraktion zu sein schien, ein Standpunkt, über den die Stuttgarter Opposition allerdings damals hinausgewachsen war. So kam es, daß die Fraktions-Opponenten am 4. August 1914 im *Plenum* Fraktions-Disziplin übten.

Die Vorgänge in der Partei, die sich nach dem 4. August abspielten, klärten die Situation gründlich und wiesen den einzig möglichen Kurs der Opposition.

Auch ich beschränkte mich unter diesen Umständen bei der ersten Kreditvorlage auf ihre Bekämpfung in der Fraktion, ohne zunächst — aus vielen Gründen — noch war der innere Zusammenbruch der Partei nicht klar zutage getreten, noch schien ein Einzelfall der Verwirrung vorzuliegen, die Fraktionsdisziplin wurde damals auch von mir hochgestellt — den Kampf auch ins Plenum des Reichstags zu tragen. Im Dezember ging ich dann, die programmzerstörende Fraktionsdisziplin zum Teufel jagend, zur öffentlichen Ablehnung der Kredite im Plenum des Reichstages über.

REICHSTAGSERKLÄRUNG VOM 2. 12. 1914

Die von Liebknecht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Abgabe in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1914 vorgeschlagene Erklärung (die von der Fraktion abgelehnt und deren Aufnahme in das Stenogramm der Reichstagsverhandlungen verweigert wurde), lautet:

Wir haben zu der Vorlage zu erklären:

Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg und zwar besonders auch auf deutscher Seite, mit dem Ziel von Eroberungen großen Stils. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens aus bestenfalls um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg, zu dem die Gelegenheit günstig schien, als die große deutsche Wehrvorlage verabschiedet und ein technischer Vorsprung gewonnen war. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Zertrümmerung und Demoralisierung der rapide anwachsenden revolutionären Arbeiterbewegung. Das Attentat von Serajewo wurde als demagogischer Vor-

wand ausersehen. Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli war der Krieg, der gewollte Krieg. Alle späteren Friedensbemühungen waren nur Dekoration und diplomatische Winkelzüge, gleichviel, ob sie von einzelnen Mitwirkenden ernst gemeint wurden oder nicht. Alles das haben die letzten vier Monate mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Dieser Krieg ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt. Er ist kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg. Er ist kein Krieg für eine höhere „Kultur" — die größten europäischen Staaten gleicher „Kultur" bekämpfen einander und zwar gerade, weil sie Staaten der gleichen d. h. der kapitalistischen „Kultur" sind. Unter der trügerischen Flagge eines Nationalitäten- und Rassekrieges wird ein Krieg geführt, bei dem in beiden Lagern das bunteste Nationalitäten- und Rassegemisch aufgeboten ist. Die Parole „gegen den Zarismus" diente nur dem Zweck, die edelsten Instinkte des deutschen Volkes, seine revolutionären Ueberlieferungen für den Kriegszweck, für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, dessen Regierung zur militärischen Hilfe für den Blutzaren gegen die große russische Revolution bereit stand, Deutschland, in dem die Masse des Volkes wirtschaftlich ausgebeutet, politisch unterdrückt ist, wo nationale Minderheiten durch Ausnahmegesetze drangsaliert werden, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen Volkes muß dessen eigene Sache sein, so wie die Befreiung des deutschen Volkes nicht das Ergebnis von Beglückungsversuchen anderer Staaten, sondern nur sein eigenes Werk sein kann.

Zur Durchführung der gewissenlosen Regie, mit der der Krieg inszeniert wurde, zur Unterdrückung jeder Opposition, zur Vorspiegelung chauvinistischer Einmütigkeit des deutschen Volkes wurde der Belagerungszustand verhängt, die Preß- und Versammlungsfreiheit vernichtet, das kämpfende Proletariat entwaffnet und zu einem höchst einseitigen „Burgfrieden" gezwungen, der — durch nebensächliche „Zugeständnisse" schlecht verbrämt — nur eine stilistische Umschreibung der politischen Kirchhofsruhe ist.

Um so geringere Energie wurde entfaltet zur Steuerung der bitteren Not, die den größten Teil der Bevölkerung heimgesucht hat. Selbst in dieser schweren Zeit konnte sich die Regierung nicht zu durchgreifenden Maßregeln entschließen ohne Rücksicht auf den Widerspruch derer, die ihren persönlichen Vorteil heute wie stets dem Wohl der Massen voranstellen.

Die Art der Kriegführung fordert unseren leidenschaftlichen Widerspruch heraus.

Die Proklamation des Grundsatzes „Not kennt kein Gebot" entzieht allem Völkerrecht den Boden.

Wir protestieren gegen die Mißachtung der luxemburgischen und belgischen Neutralität, diesen Bruch feierlicher Verträge, gegen den Ueberfall auf ein friedliches Volk. Mißlungen sind alle nachträglichen Beschönigungsversuche.

Wir verdammen die grausame Behandlung der Zivilbevölkerung auf den Kriegsschauplätzen. Die Verwüstung ganzer Ortschaften, die Festnahme und Exekution Unbeteiligter als Geiseln, die Niedermachung Wehrloser ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, die als Repressalien für Verzweiflungs- und Notwehrakte erfolgten, rechtfertigen die schwerste Anklage. Die gleiche Schuld anderer Armeen bildet keine Entlastung.

Wir bedauern die Mißstände, die die Versorgung der Kriegsgefangenen noch in allen Ländern, Deutschland nicht ausgenommen, aufweist. Wir verlangen in dieser Frage wie für die Behandlung der zivilen Angehörigen feindlicher Staaten eine unverzügliche internationale Regelung im Geiste der Humanität und unter Kontrolle der Neutralen. Das Vergeltungsprinzip lehnen wir ab.

Wir bekämpfen jede Annexion grundsätzlich und entschieden, da sie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstößt und nur kapitalistischen Interessen dient. Jeder Friede mit Eroberungen wird, weit entfernt, eine Friedenssicherung zu sein, eine Aera des verschärften Wettrüstens einleiten und einen neuen Krieg im Schoße tragen.

Wir empfinden mit den Söhnen des Volkes, die im Felde Uebermenschliches an Tapferkeit, Entbehrung, Aufopferung, leisten. Wir empfinden mit ihnen als mit unserem eigenen Fleisch und Blut, für das wir, wenn die Zeit kommen wird, unerbittlich Rechenschaft heischen werden. Umsomehr aber verwerfen wir diesen Krieg, umsomehr gebietet uns die Pflicht gegenüber dem deutschen Volk und der ganzen Menschheit, gegenüber dem internationalen Proletariat, das dennoch unlöslich zusammengehört, mit allen unseren Kräften der Völkerzerfleischung entgegenzuwirken.

Wir erheben die Forderung eines schleunigen, für keinen Teil demütigenden Friedens. Wir danken unseren Freunden in den neutralen Staaten für ihre wertvolle Initiative in dieser Richtung und begrüßen die Friedensbemühungen der neutralen Mächte, deren Zurückweisung nur den Zielen der Annexionspolitik und dem an langer Kriegsdauer interessierten Rüstungskapital entgegenkommt.

Wir warnen die Regierungen und die herrschenden Klassen aller kriegführenden Länder vor der Fortsetzung des blutigen Gemetzels und rufen

die arbeitenden Massen dieser Länder auf, seine Beendigung zu erkämpfen. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität erwachsender Friede kann ein gesicherter sein. Proletarier aller Länder, vereinigt euch wieder trotz alledem!

Indem wir Protest erheben gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die politische und soziale Pflichtvergessenheit, deren sich die herrschenden Klassen auch und gerade jetzt schuldig machen, lehnen wir die geforderten Kredite ab.

IM LABYRINTH DER WIDERSPRÜCHE

„Liebknechts Abstimmung und Erklärung hat die Kriegstreiber des feindlichen Auslandes ermutigt; sie trägt zur Verlängerung des Krieges bei." Das konnte für den oberflächlichen Betrachter einen Augenblick so scheinen — nach den ersten Aeußerungen einiger französischer und englischer Zeitungen. Einen Augenblick lang. Dann wurden diese Zeitungen frostig gegen die deutschen Quertreiber; und schließlich giftig und empört; Liebknecht wurde als einflußloser Sonderling beiseite geschoben, schließlich als deutscher Regierungsagent verschrien, dessen Protest im Einverständnis mit Bethmann-Hollweg zum Export ins Ausland fabriziert sei. (Vergl. z. B. Action française und Information, zit. Golos Nr. 96 vom 3. Januar 1915; Matin vom 27. Januar 1915.) Auch die französische Parteipresse, soweit sie eine der deutschen „Mehrheits"-Politik verwandte Politik treibt, wurde stutzig und kühler und machte ersichtliche Anstrengungen, durch starke Betonung aller Betätigungen der deutschen „Mehrheits"-Politik, das anfangs sehr hoch geschätzte Gewicht der deutschen Parteiopposition gering erscheinen zu lassen.

Woher diese Wendung? Das Geheimnis dieses Geheimnisses liegt auf der Hand: im Widerklang zur deutschen Opposition entwickelte sich oder verstärkte sich eine erhebliche französische Opposition, die die Abkehr von der bisherigen Politik der französischen Fraktion und die Rückkehr zum Klassenkampf, die Proklamation des internationalen Klassenkampfes gegen den Krieg heischte. Damit erschien die deutsche Opposition als Mittel, um „Verwirrung in die Einmütigkeit der französischen Nation" zu tragen; d. h. den Kriegswillen zu schwächen. Das Gegenstück zu dieser Erscheinung zeigte sich in Deutschland, wo die oppositionellen Aeußerungen der englischen Sozialisten von der I. L. P. der Keir Hardie, Mac Donald, Shaw usw. anfangs von der reaktionären Presse mit breitem Be-

hagen als Beweise der englischen Schwäche ausposaunt, dann aber als unwichtige Kundgebungen vereinzelter Schwärmer am liebsten in den Papierkorb geworfen wurden; und wo Scheidemann und sein Gefolge sich im Schweiße ihres Angesichts abquälten, die Opposition der I. L. P. zu diskreditieren und die I. L. P. — die größte sozialistische Partei Englands — zu einem ganz bedeutungslosen Häuflein zu stempeln. Auch hier setzte dieser Umschwung ein, als sich die deutsche Opposition dieser Symptome des Klassenkampfes im „Feindlichen Ausland" immer systematischer zur Stärkung der deutschen Opposition bemächtigte. Und auch hier wurden von den Vertretern der „Mehrheit" immer hitziger und energischer die Aeußerungen der Kriegsbegeisterung oder gar die Entgleisungen des Chauvinismus in den ausländischen Parteien betont und das Material über dieses gute Beispiel in einer besonderen Korrespondenz, der von dem Adlatus des Internationalen Gewerkschaftssekretärs herausgegebenen I. K., sorgfältig und einseitig gesammelt und verarbeitet: um der deutschen Opposition zu erschweren, sich an dem Beispiel der ausländischen Arbeiterbewegung zu ermutigen und zu stärken.

Nicht die Opposition, nicht der Klassenkampf kräftigt darnach letzten Endes und auf die Dauer den Kriegswillen des Gegners, seinen Willen zum „Durchhalten", sondern die „Mehrheits"-Politik. Kriegswille diesseits der Grenzen entzündet Kriegswillen jenseits der Grenzen in verhängnisvoller Wechselwirkung. Opposition, Klassenkampf diesseits der Grenzen entfacht Opposition, Klassenkampf jenseits der Grenzen — in heilsamer Wechselwirkung. Es liegt ein internationaler Prozeß vor, dessen Naturgesetzlichkeit zu begreifen nur allzuviel Sozialisten in der heutigen Zeit verlernt haben. Jeder Versuch einer Orientierung der Taktik aus bloßen nationalen Gesichtspunkten führt unvermeidlich in einen verhängnisvollen Zirkel, in den Zirkel des Imperialismus und der politischen Abdankung des Proletariats.

Das sind die berechtigten Perspektiven der gerühmten Politik des „Durchhaltens". Und diese Perspektiven sind wahrlich hoffnungslos genug für das deutsche und das ganze internationale Proletariat. Die David und Genossen verkünden das gute Recht der Franzosen und Engländer und Russen auf eine gleiche Politik des Durchhaltens, wie sie ihr in Deutschland das Wort reden; nicht nur das Recht, nein: die Pflicht zu dieser Politik. Sie wollen sich so selbst decken; sie schalten damit das Proletariat als politischen Faktor aus; sie schüren damit in Wahrheit den Krieg bis zum Weißbluten.

Vom Frieden reden, den Friedenswillen bekunden, den Frieden fordern heißt Schwäche zeigen und die Feinde zur Anspannung aller Kräfte an-

spornen, so lehrt die Politik David-Heine-Scheidemann. Das heißt den internationalen Charakter des Sozialismus begraben. Wenn die Sozialdemokratie eines Landes sozialistisch redet und handelt, wenn sie als Klassenkampfopposition auftritt, kann sie, ja muß sie international reden und handeln; kann sie, ja muß sie im Namen nicht nur des eigenen, sondern aller auch der „feindlichen" Länder auftreten. Wenn sie in einem Lande gegen den Krieg kämpft, kämpft sie zugleich in allen anderen kapitalistischen Ländern für den Frieden, denn ihr Beispiel ist der stärkste Hebel zur Entfaltung einer gleichen Klassenkampfbewegung gegen den Krieg auch in den anderen Ländern. Nie kann die Bekundung des Friedenswillens, des Willens zum Klassenkampf durch die Sozialdemokratie irgendeines Landes etwas anderes zeugen als sozialistische Prinzipientreue, Kampfes- und Opferbereitschaft.

BRIEF AN DIE REDAKTION DES „LABOUR LEADER"

Werte Genossen!

Ich freue mich, in einer Zeit, in der die herrschenden Klassen Deutschlands und Englands mit allen Mitteln blutdürstigen Haß zwischen beiden Völkern schüren, als deutscher Sozialist englischen Sozialisten Worte der Brüderlichkeit schreiben zu können. Es schmerzt mich, diese Worte in einer Zeit schreiben zu müssen, wo die sozialistische Internationale, unsere strahlende Zuversicht von einst, mit tausend Hoffnungen zertrümmert am Boden liegt, wo nur allzuviele „Sozialisten" in den meisten kriegführenden Ländern — Deutschland wahrlich nicht ausgenommen — sich just, da die Gemeinschädlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung offenbarer ward als je, in dem räuberischsten aller Raubkriege gefügig vor den Kriegswagen des Imperialismus haben schirren lassen. Aber ich bin glücklich und stolz, meine Grüße gerade Ihnen, gerade der I. L. P. zu schicken, die mit unseren russischen und serbischen Brüdern die Ehre des Sozialismus im Taumel der Völkerzerfleischung gerettet hat.

Verwirrung herrscht in den Reihen der sozialistischen Armee, und mancher klagt darob die sozialistischen Grundsätze an. Aber nicht unsere Grundsätze haben versagt, sondern ihre Vertreter. Nicht zu ändern gilt es unsere Lehren, sondern sie lebendig zu machen, zur Tat zu gestalten.

Trügerischer Flitter sind die Vaterlandsverteidigungs- und Völkerbefreiungsphrasen, mit denen der Imperialismus seine Mordwerkzeuge schmückt. Jede sozialistische Partei hat ihren Feind, den Feind des internationalen Proletariats im eigenen Lande; dort hat sie ihn zu bekämpfen. Die Befreiung jedes Volkes muß sein eigenes Werk sein.

Nur Verblendung kann Fortsetzung des Gemetzels bis zur Niederwerfung der „Feinde" fordern. Das Wohlergehen aller Völker ist untrennbar verknüpft; der Klassenkampf des Proletariats kann nur international geführt werden.

Siebenmal Weise, deren opportunistische Seele sich nur allzu willig von den Wirbeln der diplomatischen Winde, von dem Strudel des entfesselten Chauvinismus davontragen ließ, sagen, die Zukunft der Arbeiterbewegung werde fürder nicht mehr international sein. Der Weltkrieg aber, der die bisherige Internationale zertrümmerte, ist die gewaltigste Predigt für die neue Internationale, eine Internationale freilich anderen Geistes, anderer Entschlossenheit als jene, deren die kapitalistischen Mächte am 4. August 1914 so spielend Herr wurden.

Nur im Zusammenwirken der arbeitenden Massen aller Länder für den Frieden liegt schon jetzt im Kriege das einzige Heil der Menschheit. Nirgends haben diese Massen den Krieg gewollt, nirgends wollen sie ihn. Sollen sie, den Abscheu gegen den Krieg im Herzen, einander bis zum Weißbluten zerfleischen? Kein Volk soll anfangen dürfen, vom Frieden zu reden — nun, so mögen sie alle zugleich davon reden; und welches zuerst davon redet, wird Stärke, nicht Schwäche zeigen, und Ruhm und Dank ernten. Jeder Sozialist hat in seinem Lande auch heute zu wirken als Klassenkämpfer und Verkünder der internationalen Brüderlichkeit, im Vertrauen, daß jedes Wort, das er für den Sozialismus, für den Frieden spricht, jede Tat, die er für sie verrichtet, gleiche Worte und Taten in den anderen Ländern entzündet, bis die Flamme des Friedenswillens über Europa hell auflodert.

Das Vorbild, das Sie und unsere russischen und serbischen Freunde der Welt gegeben haben, wird Nacheiferung finden, wo die Sozialdemokratie bisher noch im Garn der herrschenden Klassen gefangen sitzt. Und ich bin gewiß, daß die Masse der englischen Arbeiter bald zu den tapferen Scharen der I. L. P. stoßen wird. Schon heute ist die Stimmung auch der deutschen Arbeiterschaft viel mehr, als zumeist bekannt, einer solchen Haltung geneigt. Immer stürmischer wird sie diesen ihren Willen geltend machen, immer stürmischer, je mehr sie das Echo ihres Friedensrufs in den anderen Ländern vernimmt. Beim Proletariat aller kriegführenden Länder wird sich so der Entschluß Bahn brechen, in internationalem Zusammenwirken einen Frieden im Sinne des Sozialismus zu erkämpfen, einen Frieden ohne Eroberung, ohne Demütigung, einen Frieden, der nicht auf Haß, sondern auf Brüderlichkeit, nicht auf Gewalt, sondern auf Freiheit gebaut, die Gewißheit der Dauer in sich trägt.

So kann die Internationale, kämpfend und frühere Fehler sühnend, wieder auferstehen, während des Weltkrieges. So wird sie wieder auferstehen müssen, aber als eine andere, gemehrt nicht nur an äußerer Kraft, sondern an innerer revolutionärer Kraft, an Klarheit, an Bereitschaft, die Gefahren des Absolutismus, der Geheimdiplomatie und der kapitalistischen Verschwörungen gegen den Frieden zu überwinden.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Krieg dem Kriege!

Mit sozialistischen Grüßen

(gez.) *Karl Liebknecht.*

Berlin, im Dezember 1914.

DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND
⟨FLUGBLATT ZUR ITALIENISCHEN KRIEGSERKLÄRUNG⟩

Was seit 10 Monaten, seit dem Angriff Oesterreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetreten: *Der Krieg mit Italien ist da.*

Die Volksmassen der kriegführenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennetzen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkrieges, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch, hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. *Der Irrwahn heiliger Kriegsziele* ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, *der Wille zum schleunigen Frieden* mächtig emporgewachsen, allenthalben — auch in der Armee!

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie scheint ihnen jetzt gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen willkommene Gelegenheit bieten, *neuen Taumel des Völkerhasses* zu entfachen, *den Friedenswillen zu ersticken,* die Spur ihrer eigentlichen Schuld zu verwischen. Sie spekulieren auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes, auf seine nur allzu erprobte Langmut.

Würde der saubere Plan glücken, das Ergebnis zehnmonatiger blutiger Erfahrung wäre zunichte, das internationale Proletariat stünde wiederum entwaffnet da, völlig ausgeschaltet als selbständiger politischer Faktor.

Der Plan muß zu Schanden werden — sofern der dem internationalen Sozialismus treugebliebene Teil des deutschen Proletariats seiner geschichtlichen Sendung in dieser ungeheuren Zeit eingedenk und würdig bleibt.

Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergeßlichkeit der Massen — wir setzen dieser Spekulation entgegen die Losung:

Alles lernen — nichts vergessen!

Nichts vergessen!

Wir haben erlebt, daß beim Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit lockenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die schillernden Seifenblasen der Demagogie zerplatzten, *die Narrenträume des August* verflogen, wie statt des Glücks *Elend und Jammer* über das Volk kamen, wie die *Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen* zu Strömen anschwollen; wie die Erhaltung der *Dreiklassenschmach*, die verstockte Heiligsprechung der Viereinigkeit: Halbabsolutismus — Junkerherrschaft — Militarismus — Polizeiwillkür zur bitteren Wahrheit wurde.

Durch die Erfahrung sind wir gewarnt — alles lernen, nichts vergessen!

Widerwärtig sind die Tiraden, mit denen der italienische Imperialismus seine Raubpolitik verbrämt; widerwärtig ist jene römische Tragikomödie, in der auch die landläufig gewordene Grimasse des Burgfriedens nicht fehlt. Noch widerwärtiger ist jedoch, daß wir in alledem nur wie in einem Spiegel die deutschen und österreichischen Methoden vom Juli und August 1914 wiedererkennen.

Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Kriegshetzer. Aber sie sind nichts als die *Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegshetzer*, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. *Gleiche Brüder — gleiche Kappen!*

Wem hat das deutsche Volk die neue Heimsuchung zu verdanken? Von wem hat es Rechenschaft zu fordern — für die neuen Opfer-Hekatomben, die sich türmen werden?

Es bleibt dabei, das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff.

Es bleibt dabei: dieses Ultimatum war das *Signal für die Neuverteilung der Welt* und rief mit Notwendigkeit alle kapitalistischen Raubstaaten auf den Plan.

Es bleibt dabei, dieses Ultimatum rollte die Frage der Vorherrschaft auf dem Balkan, in Kleinasien und im ganzen Mittelmeer und damit auch alle Gegensätze zwischen Oesterreich-Deutschland und Italien mit einem Schlage auf.

Wenn sich die deutschen und österreichischen Imperialisten jetzt hinter dem Busch der italienischen Raubpolitik, hinter der Kulisse der italienischen Treulosigkeit zu verstecken suchen; wenn sie die Toga der moralischen Entrüstung, der gekränkten Unschuld umwerfen, während sie doch *in Rom nur eben ihresgleichen* gefunden haben, so verdienen sie die Lauge des grausamsten Hohnes.

Nicht vergessen gilt's, wie *mit dem deutschen Volke gerade in der italienischen Frage gespielt* worden ist, gespielt von den sehr ehrenwerten deutschen Patrioten.

Seit je war der Dreibundvertrag mit Italien eine Farce — euch hat man darüber getäuscht.

Stets galt Italien dem Kundigen für den Kriegsfall als sicherer Gegner Oesterreichs und Deutschlands — euch hat man es als einen sicheren Bundesgenossen vorgegaukelt.

Im Dreibundvertrag, bei dessen Abschluß und Erneuerung niemand euch befragte, lag ein gut Teil von Deutschlands politischem Schicksal beschlossen — *bis zum heutigen Tage ist euch von diesem Vertrage nicht ein Buchstabe mitgeteilt.*

Das österreichische Ultimatum an Serbien, mit dem eine kleine Clique die Mehrheit überrumpelte, war der Bruch des Bündnisvertrags zwischen Oesterreich und Italien — euch hat man nichts davon gesagt.

Dieses Ultimatum ist gegen den ausdrücklichen Widerspruch Italiens ergangen — euch hat man dies verschwiegen.

Am 4. Mai dieses Jahres schon war von Italien das *Bündnis* mit Oesterreich aufgelöst — *bis zum 18. Mai hat man diese entscheidende Tatsache dem deutschen und österreichischen Volk vorenthalten,* ja, der Wahrheit zum Trotz, geradewegs *amtlich abgeleugnet* — ein Gegenstück zu jener geflissentlichen Düpierung des deutschen Volkes und des deutschen Reichstages über das deutsche Ultimatum an Belgien vom 2. August 1914.

Auf die Verhandlungen Deutschlands und Oesterreichs mit Italien, von denen das Eingreifen Italiens abhing, gab man euch keinen Einfluß. *Als Unmündige wurdet ihr in dieser Lebensfrage behandelt,* während die Kriegspartei, während die Geheimdiplomatie, während eine Handvoll Leute in Berlin und Wien um das Geschick Deutschlands würfelte.

Durch die Torpedierung der *Lusitania* wurde nicht nur die Macht der englischen, französischen und russischen Kriegsparteien gefestigt, ein schwerer Konfikt mit den Vereinigten Staaten heraufbeschworen, das ganze neutrale Ausland zu leidenschaftlicher Empörung gegen Deutschland aufgebracht, sondern auch der *italienischen Kriegspartei gerade in der kritischen Zeit ihr verhängnisvolles Werk erleichtert* — auch dazu hat das deutsche Volk schweigen müssen; die eiserne Faust des Belagerungszustandes drückte ihm die Gurgel zu.

Im März dieses Jahres schon konnte der Friede angebahnt werden — die Hand war von Engand geboten — die Profitgier der deutschen Imperialisten wies sie zurück. Hintertrieben wurden aussichtsreiche Friedensbemühungen durch die deutschen Interessenten an kolonialen Eroberungen

großen Stils, an der Annexion Belgiens und Französisch-Lothringens, durch die Kapitalisten der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften, durch die Scharfmacher der deutschen Schwerindustrie.

Auch das hat man dem deutschen Volke *verheimlicht* — auch da hat man es nicht zu Rate gezogen.

Wem hat, so fragen wir, das deutsche Volk die Fortsetzung des grauenvollen Krieges, wem Italiens Eingreifen zu verdanken? Wem anders, als den *verantwortlichen Unverantwortlichen im eigenen Lande.*

Alles lernen — nichts vergessen!

Der italienische Abklatsch der deutschen Ereignisse vom Sommer vorigen Jahres kann Denkenden *kein Sporn zu neuem Kriegstaumel* sein, nur ein neuer Anstoß zur Verscheuchung jener Hoffnungsirrwische von einer Morgenröte politischer und sozialer Gerechtigkeit, nur ein neues Licht zur Erleuchtung der politischen Verantwortlichkeiten, zur Enthüllung der ganzen Gemeingefährlichkeit jener österreichischen und deutschen Kriegstreiber, nur ein neuer Anklageakt gegen sie.

Lernen und nicht vergessen gilt es aber auch und vor allem, welch' *heldenmütigen Kampf unsere italienischen Genossen gegen den Krieg gekämpft haben* und noch kämpfen. Kämpfen in der Presse, in Versammlungen, in Straßenkundgebungen, kämpfen *mit revolutionärer Kraft und Kühnheit,* trotzend mit Leib und Leben dem wütenden Anprall der obrigkeitlich aufgepeitschten nationalistischen Wogen. *Ihrem Kampf* gelten unsere begeisterten Glückwünsche! *Laßt ihren Geist unser Vorbild sein!* Sorgt, daß er das *Vorbild der Internationale* werde!

Wäre er es seit jenen Augusttagen gewesen, es stünde besser in der Welt. Es stünde besser um das internationale Proletariat.

Aber kein Zu-Spät kennt entschlossener Kampfeswille!

Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des „Durchhaltens", die nur immer tiefer in den Mahlstrom der Völkerzerfleischung führt. *Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das Gebot der Stunde.*

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volke — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns, mit der deutschen Re-

gierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese — alles für das deutsche Volk. *Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariates, um der getretenen Menschheit willen!*

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen; sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen — wir aber erheben den *stürmischen Ruf:*

„Wie lange noch sollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen? Genug und übergenug der Metzelei! Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze!

Ein Ende dem Völkermord!

Proletarier aller Länder! *Folgt dem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüder!* Vereinigt euch *zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörung der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist!*

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

REDE IM DEUTSCHEN REICHSTAG VOM 23. MÄRZ 1916

. . . Meine Herren, ich hatte mich bereits, bevor der Herr Präsident zur Abstimmung schritt, zur Geschäftsordnung gemeldet; der Herr Präsident hat das nicht gehört. Ich bin durch den Schluß der Debatte, der sich sicherlich in erster Linie gegen mich gerichtet hat *(Lachen rechts.)* — die Vergangenheit ist der Beweis dafür! —, leider gehindert, zu erklären, daß ich selbstverständlich der Regierung des Belagerungszustandes, der Regierung des Krieges grundsätzlich alle Mittel, alle Steuern versage. *(Unruhe.)*

Präsident: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung! Ich muß Sie bitten, sich lediglich an das Wort zur Geschäftsordnung zu halten! Sachliche Ausführungen sind in einer Geschäftsordnungsbemerkung nicht zulässig.

Meine Herren, ich stelle fest, daß sogar im Preußischen Abgeordnetenhause mehr Redefreiheit *(Große Heiterkeit.)* herrscht als in diesem Hause. *(Glocke des Präsidenten. — Unruhe.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß Sie nur zur Geschäftsordnung sprechen können, und daß sachliche Ausführungen dabei untersagt sind. Ich würde gezwungen sein, Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter zu geben, wenn Sie sich daran nicht halten. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren, Sie haben mir auch unmöglich gemacht, in die Dunkelkammer der deutschen Kriegspolitik und der Militärdiktatur hineinzuleuchten — — *(Glocke des Präsidenten. — Andauernde Unruhe und Heiterkeit.).*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich kann Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter geben.

Meine Herren, ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung zu halten morgen, Freitag, den 24. März, vormittags 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung . . .

BRIEF VOM 23. SEPTEMBER 1915

. . . In den ersten Tagen gleich tauchten allerhand Offiziere bei mir auf, darunter zwei Prinzen, um mit mir beim Kanonendonner zu diskutieren; das geschah von mir mit aller Deutlichkeit und war ganz amüsant. Ich sagte ihnen die ganze Wahrheit ins Gesicht und erhielt das Zugeständnis des deutsch-österreichischen Angriffs, eine Apologie des Kronprinzenmordes von Serajewo als eines wahren Segens, die ungenierte Verfechtung des Eroberungszieles und von einem das Bekenntnis, daß er seit Jahren für den Krieg gearbeitet habe und der Krieg noch ein bis zwei Jahre dauern müsse. Ich werde Dir, wenn's geht, darüber noch ausführlicher berichten . . . . .

REDE IM DEUTSCHEN REICHSTAG AM 8. APRIL 1916

. . . Meine Herren, die Hauptleistung des Herrn Staatssekretärs, dessen Gehalt hier zur Debatte und Entscheidung steht, war im vergangenen Jahre ja wohl die Tätigkeit für die Kriegsanleihen. Es wird meine Aufgabe sein, diese Tätigkeit einer kritischen Betrachtung zu unterwerfen. *(Lachen.)*

Meine Herren, die *neue Anleihe* hat zwar 1400 Millionen Mark weniger ergeben als die vorangegangene, aber immerhin rund 10,7 Milliarden. *(Lebhafte Rufe: Bravo!)* Meine Herren, wie ist dieser Erfolg zu erklären und zu bewerten? Welche Methoden sind angewendet worden, um diesen Erfolg zu erzielen? Meine Herren, im vergangenen Herbst hat das Reichsschatzamt einige Propagandaschriften herausgegeben, die die Methoden, nach denen die englische Regierung ihre Kriegsmittel aufgebracht hat, in ein ungünstiges Licht stellen sollen. Meine Herren, wer diese Schriften kritisch durchlas, sah sofort, daß die vom Reichsschatzamt, von den Verfassern der Propagandaschriften der englischen Regierung zum Vorwurf gemachten Methoden neben anderen keineswegs erfreulicheren tatsächlich fast sämtlich in stärkstem Maße von der deutschen Regierung angewendet worden sind, — was natürlich in der Presse und sonst in der Oeffentlichkeit nicht gesagt werden darf! *(Erregte Zurufe.)*

Man hat in bezug auf die Anleihen von Inzucht des deutschen Kapitals gesprochen. Und die deutschen Kriegsanleihen sind wegen der Einführung der Möglichkeit, früher erworbene Kriegsanleihe zu beleihen, um mit dem Entliehenen neue Anleihe zeichnen zu können, nicht übel als perpetuum mobile bezeichnet worden. Sie gleichen auch in gewissem Sinne einem Karussell. Dieselben Mittel drehen sich fortgesetzt im Kreise. Es handelt sich zu einem guten Teil auch nur um eine Zentralisierung der öffentlichen Mittel in der Reichskasse — — — — *(Glocke des Präsidenten. — Große Unruhe auf allen Seiten. — Erregte Zurufe: Müssen wir uns das gefallen lassen, Herr Präsident! — Landesverrat! — Das ist unerhört! — Anhaltendes Läuten der Glocke.)* Ich habe das Recht, hier Kritik

zu üben! Die Wahrheit muß gesagt werden! Sie wollen mich daran hindern! *(Andauernde erregte Zurufe. — Andauerndes Läuten der Glocke.)*

Präsident: Meine Herren, ich bitte, die Zwischenrufe auch hier zu unterlassen. Ich kann allerdings nur meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß ein Deutscher von dieser Tribüne Aeußerungen gemacht hat, wie dies seitens des Abgeordneten Dr. Liebknecht geschehen ist. *(Lebhafte Zustimmung. — Erregte Zurufe: Das ist kein Deutscher!)*

Und Sie sind Vertreter der kapitalistischen Interessen! Ich bin Sozialdemokrat — Vertreter des internationalen Proletariats! *(Stürmische Rufe: Irrenhaus! Unsinn! — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident: Meine Herren, ich muß — — — *(Andauernde große Erregung. — Andauerndes Läuten der Glocke.)*

Ihre Zurufe sind eine Ehre für mich! Das ist *(Fortwährende Unterbrechungen. — Erregte Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident: Meine Herren, das geht doch nicht so! Ich bitte um Ruhe! *(Zuruf: Herr Präsident, Sie müssen uns hier Recht schaffen! Der muß runter, das dulden wir nicht!)*

Dr. Liebknecht versucht weiter zu sprechen. (Andauernde erregte Zurufe. — Andauerndes Läuten der Glocke. — Stürmische Rufe. — Andauerndes Läuten der Glocke.)

Präsident: Ich muß Sie bitten, meine Herren, die Ruhe zu bewahren. Sie können sich darauf verlassen, daß ich die Ordnung aufrecht erhalten werde *(Erregte Zurufe)*, auch die Ordnung gegenüber dem Herrn Abgeordneten Dr. Liebknecht. *(Andauernder Lärm. — Zuruf: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!)* — Ich kann jetzt das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben; ich muß hier nach der Geschäftsordnung verfahren! *(Andauernde erregte Rufe: Nein! nein! Er darf nicht reden!)*

Meine Herren, es ist gestern in der Presse eine Zusammenstellung erschienen — — *(Stürmische Rufe: Schluß! Schluß!)* Haben Sie so viel zu verbergen? Die Wahrheit muß gesagt werden! Es ist gestern eine Zusammenstellung erschienen über „die vierte Kriegsanleihe — — — *(Anhaltende große Unruhe und heftige Schlußrufe. — Ein Abgeordneter *) entreißt dem Redner seine schriftlichen Aufzeichnungen und wirft sie zu Boden. — Andauerndes stürmisches Beifallklatschen im Hause und auf den Tribünen. — Immer erneute Zurufe: Bravo! — Abgeordneter Dr. Liebknecht verläßt die Rednertribüne, kehrt alsdann wieder zurück.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, Sie hatten die Tribüne verlassen. *(Abgeordneter Dr. Liebknecht: Nein!)*

Herr Präsident, das ist doch geradezu eine schnöde Vergewaltigung! Ich habe mich nicht entfernt! Meine Papiere, die mir von einem Mitgliede des Reichstags hier im Hause heruntergerissen worden sind — — — *(Andauernde erregte Zurufe: Nein, er soll nicht reden!)* — habe ich aufgehoben, Herr Präsident! Haben Sie denn nicht gesehen, daß mir die Papiere weggerissen wurden? Ich bin noch auf der Tribüne! *(Andauernde stürmische Rufe: Schluß! Schluß! — Glocke des Präsidenten.)* Herr Präsident, das ist infam von Ihnen! Können Sie das vor Ihrem Gewissen verantworten? *(Stürmische Erregung. — Zurufe: Runter mit ihm!)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich rufe Sie zunächst zur Ordnung, und dann schließe ich Sie auch von der Sitzung aus wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses! *(Anhaltender stürmischer Beifall. — Abgeordneter Dr. Liebknecht*

*) Es war Müller-Meiningen.

will weitersprechen, ruft wiederholt: Das ist eine Infamie! — Fortgesetztes Läuten der Glocke. — Nachhaltige Erregung im ganzen Hause.) Es liegen weiter keine Wortmeldungen vor; die Debatte ist geschlossen. *(Abgeordneter Dittmann: Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses!)* — Die Beschlußfähigkeit des Hauses ist angezweifelt worden. Das Bureau ist darüber einig, daß das Haus nicht beschlußfähig ist. Die Verhandlung ist daher abzubrechen.

BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DER BUDGETKOMMISSION DES DEUTSCHEN REICHSTAGES

Dieser Bericht über die Geheimverhandlungen der Budget-Kommission wurde von L. aus der Untersuchungshaft im Sommer 1916 herausgegeben mit dem Vermerk: *„Höchst wichtig! Verwahren! Abschreiben lassen!* (14 Seiten)". Ob L. den Bericht im Gefängnis aus Notizen zusammengestellt oder ob es sich um eine Nachschrift bei den Verhandlungen selbst handelt, ist nicht festzustellen.

U-BOOT-FRAGE

Bassermann referiert.

Reichskanzler: Man wirft der Regierung vor, sie schrecke vor dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg zurück, entweder aus Rücksicht auf die Neutralen oder aus Humanität oder aus dem Wunsch nach Verständigung mit England. Alles dies ist falsch. Mir ist jedes Mittel recht — wenn es nur Erfolg verspricht. Die Regierung ist zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg natürlich bereit, sobald unsere Vorbereitungen soweit sind, daß sie den Erfolg sichern. Wir sind entschlossen, auch das grausamste Mittel anzuwenden, das geeignet ist zum Erfolg zu führen, zum raschen Frieden unter Erreichung unseres Kriegsziels. Wann wir dazu kommen — das ist nur eine Rechnung.

v. Capelle: Zwei Wirkungen des U-Boot-Krieges: 1. die positive Frachtraum-Minderung durch Versenkung und Kaperung; 2. der Terror, der die Benutzung der noch verbleibenden Tonnage infolge der Gefährdung verschwierigt (durch die Einschüchterung der *Schiffsmannschaft*, durch die Einschüchterung der *Reeder*, durch die *Erhöhung der Frachten und Versicherungssummen).*

Von den 18 Millionen Tonnage, die England bei Kriegsausbruch besaß, gehen rund 6 Millionen ab, die für militärische Zwecke requiriert sind. Diese können aber im Notfall für den Handel zum Teil wieder freigemacht werden. Hinzutreten die Neubauten, die auch die bisherigen Verluste gedeckt haben; und die beschlagnahmten deutschen und neutralen Schiffe.

Davon könnten jetzt beim rücksichtslosen U-Boot-Krieg in 6 Monaten 4 Millionen Tonnen vernichtet werden; d. h. ein Drittel der jetzt verfügbaren 12 Millionen Tonnage. Damit wäre England jedoch noch nicht niedergerungen. Bei dem plötzlichen Verfahren können wir ungefähr die Hälfte davon vernichten; vom 2. 3. bis 27. 3. d. J. waren es 130 000 Tonnen, davon 97 000 englische.

Wir haben große U-Boote mit je 8 Torpedos und Geschützen; außerdem mittlere und kleine, und schließlich Minen-U-Boote, die auch Torpedos führen und die sehr nützlich waren.

Die Tauchzeit ist von 8 auf 2 Minuten verkürzt; die Herstellungszeit der großen U-Boote von 2½ Jahr auf 1½ Jahr; die der mittleren und kleinen beträgt ½ Jahr. Den Höhepunkt unseres U-Boot-Bestandes werden wir im Frühjahr 1917, eventuell etwas früher erreichen; 41 sind im Bau, von denen die letzten im Sommer 1917 fertig sein werden.

Die Zeppeline sind von 22 000 auf 55 000 cbm vergrößert; ihre Gefechtshöhe auf 4000 Meter erhöht. Sie sind aber nur bei geeignetem Wetter verwendbar. Sie sind die Augen unserer Marine.

Die U-Boote sind in der Nacht blind.

In bezug auf die politische Wirkung darf nicht vergessen werden, daß wir jetzt z. B. aus Holland noch eine Monatseinfuhr von 100 Millionen haben.

Tirpitz wollte anfangs die Themse blockieren; er war mit der Kriegsgebiets-erklärung nicht zufrieden.

Es erfolgt eine *Erörterung der Prisenordnung*, die die Vorschrift enthält, daß bei Versenkung die Besatzung von Handels- etc. Schiffen nach Möglichkeit zu retten sei.

Nach Müller-Meiningen ist dies ein interessanter Rechtssatz, demgegenüber Deutschland durch den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ins Unrecht gesetzt würde.

Müller-Meiningen: Die Zeit des Grafen Waldersee sei heute übertroffen an Raunzerei und Beistellerei.

Das Vertrauen zur Kriegsleitung müsse vom Reichstag einmütig zum Ausdruck gebracht werden. Der fortschrittliche Antrag bezwecke ein Vertrauensvotum.

Stresemann: In England muß die Friedensneigung vor allem durch Versenkung von Tonnage erzwungen werden.

Scheidemann: Selbstverständlich ist auch uns jedes Mittel recht, auch das grausamste, wenn es nur seinen Zweck erfüllt; wenn es den Krieg abkürzt und zum Siege führt. An der Agitation gegen die Regierung ist besonders gefährlich, daß unser Volk dadurch zu Zweifeln an der Tüchtigkeit der Heeresführung veranlaßt wird, während es bisher darin einig und voll Vertrauen war.

Gröber (Zentrum): Auch ich unterschreibe: Keine Sentimentalität in der Kriegführung.

Es folgen: *Heydebrandt, Müller-Meiningen, Stresemann, Reichskanzler, v. Capelle, v. Campe, v. Capelle.*

Noske schlägt in der Nahrungsmittelfrage die üblichen gestatteten „radikalen" Töne an. Und weiter:

Auch ich bin selbstverständlich für jede Rücksichtslosigkeit der Kriegführung. wenn sie erfolgversprechend ist. Der Lusitania-Fall ist von dem Gesichtspunkt zu betrachten, wieviel deutsche Soldaten wären durch die Ladung (Munition etc.) vernichtet worden. Dennoch sind auch die politischen Wirkungen zu erwägen. Angesichts der Erregung im Auslande möchte ich empfehlen, kein zweites Schiff von solcher Größe nachzuschicken. Ein Streit darüber, ob dieser oder ein anderer Akt der Kriegführung moralisch gerechtfertigt ist oder nicht, kommt nicht in Frage. England hat im Krieg Skrupeln nie gekannt, und wir haben auch jetzt, angesichts des Aushungerungskrieges keinen Anlaß zu Betrachtungen, ob England jetzt human handeln wolle.

Ledebour: Ich spreche meine Genugtuung darüber aus, daß jetzt das Recht auf Kritik der Kriegführung anerkannt wird. Aus humanitären und politischen Gründen hatte ich vor einem Jahr eine Kritik an einer Maßnahme Hindenburgs, dessen

hohe Verdienste auch ich dabei anerkannte, geübt, weil sie die russische Grenzbevölkerung, statt sie für Deutschland zu gewinnen, gegen Deutschland aufbringen mußte; Sie wissen, mit welcher Empörung meine Worte damals aufgenommen wurden.

Ich frage den Herrn Reichskanzler: Als der U-Boot-Krieg erklärt wurde, wurde mitgeteilt, falls die englische Regierung auf die Blockade verzichtet, verzichtet Deutschland auf den U-Boot-Krieg. Ich möchte sehr bitten, diese höchst wertvolle Erklärung nochmals in aller Oeffentlichkeit abzugeben. Das wäre höchst wertvoll. Es würde im Interesse Deutschlands auf die Neutralen einwirken und wäre wichtig auch für Friedensverhandlungen.

Ich hege die Hoffnung, daß das unglückselige Seebeuterecht beseitigt wird, von dem dieser ganze unglückliche Zustand herrührt.

Die Hauptschuld daran, das erkenne ich gern an, fällt auf die englische Regierung. Es ist ein Unglück für alle Beteiligten.

Daß der Plan des rücksichtslosen U-Boot-Krieges jetzt nicht durchführbar ist, ist gezeigt. Der Reichskanzler hat erklärt: im Prinzip bin ich dafür, nur ist er jetzt nicht durchführbar. Diese prinzipielle Anerkennung des U-Boot-Krieges ist bedauerlich. Kein Redner hat bisher dagegen Front gemacht. Ich erhebe schärfsten Widerspruch dagegen, daß ein solcher Plan, der den Grundsätzen des Völkerrechts und der Menschlichkeit widerspricht, durchgeführt wird.

Stresemann hat gemeint: auch wenn England durch den rücksichtslosen U-Boot-Krieg nicht niedergerungen werde, so werde es doch schwer geschädigt. Ich sage: wir würden dabei durch Imponderabilien eine kolossale politische Schädigung erleiden; genau, wie durch den Neutralitätsbruch gegen Belgien. Es ist ein großer Fehler der deutschen Regierung, daß sie diese Dinge nicht beachtet. Auch deutsche Bundesgenossen haben ja mit einer Revision des Bündnisses gedroht, falls der rücksichtslose U-Boot-Krieg eröffnet werde.

Auf allen Seiten besteht ein wachsendes Friedensbedürfnis. Die Annektionspläne, die Sie aufstellten, hindern den Frieden ebenso, wie die der ausländischen Regierungen. Der Reichskanzler hat sich *nicht* bereit erklärt, den ersten Schritt zum Frieden zu tun.

Der *Vorsitzende Spahn* unterbricht den Redner, weil dies nicht zur Sache gehöre.

Ledebour: Was ich sage, steht in engstem Zusammenhang mit der U-Boot-Frage. Der Reichskanzler möge sagen, wie er den Frieden herbeiführen will.

Indem wir, ich und meine Freunde, hier für den Frieden wirken, stärken wir die gleiche Bewegung in den feindlichen Ländern.

Nur davon ist der Friede zu erwarten.

Reichskanzler: Ich erkläre mich mit der parlamentarischen Einwirkung auf die Kriegführung *nicht* einverstanden.

Ledebour (zwischenrufend): Mit ihrer Kritik!

Reichskanzler: Auch nicht mit ihrer parlamentarischen Kritik. Ich bin auf die Vorgeschichte der jetzigen U-Boot-Frage bisher absichtlich nicht eingegangen. Am 22. Februar 1915 haben wir erklärt: Wir werden den U-Boot-Krieg in den Grenzen des bisherigen Völkerrechts führen, falls England gleichfalls zum Völkerrecht zurückkehrt und insbesondere die Londoner Seerechtsdeklaration innehält.

Ledebour (zwischenrufend): Ich habe gefragt, ob die Regierung auf die Abschaffung des Seebeuterechts hinwirken und bei seiner Abschaffung den U-Boot-Krieg aufgeben wird.

Reichskanzler: Was ich *nach* dem Kriege tun werde, weiß ich nicht.

Ledebour: Während des Krieges!

Reichskanzler: schweigt.

Reichskanzler (fortfahrend): Ich wiederhole das prinzipielle Bekenntnis zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg.

Ich kämpfe nicht für das Völkerrecht, sondern für Deutschlands Existenz. *„Dafür ist mir jedes Mittel recht, keins zu schlecht."* Gewiß, wir alle wollen Frieden, aber einen ehrenvollen Frieden. Wollen Sie (zu Ledebour) einen anderen als einen ehrenvollen Frieden?

Ledebour: Das habe ich nie gesagt!

Reichskanzler: Ich habe am 9. Dezember 1916 gesagt, was möglich ist. Ich habe nie gesagt, daß wir fremde Völker vergewaltigen und vernichten wollen. Wie Herr Ledebour meine Stellung mit der von Asquith vergleichen kann, ist mir unfaßbar. Asquith will die deutsche Militärmacht vernichten. Was heißt das? Was heißt deutsche Militärmacht? „Einig, frei, sicher seiner Zukunft entgegengehen können!" Wir müssen einen Frieden schließen, der Deutschlands militärische Kraft und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit in Zukunft wahrt. Das sind wir unseren Feldgrauen schuldig, die dafür ihr Blut vergossen haben.

Graf Westarp: Der Prozentsatz der möglichen 4 Millionen Tonnen Beute (bei einer bisherigen deutschen Tonnage von 3,2 Mill. Tonnen) wäre nicht aus 18/4, sondern aus 12/4 oder gar 8/4 zu berechnen. Den rücksichtslosen U-Boot-Krieg jetzt zu eröffnen, wäre besonders wichtig wegen der brasilianischen Getreidetransporte. Die Kriegsgebietserklärung vom 8. 3. 1915 enthielt zwei Warnungen: 1. im Kriegsgebiet wird jedes feindliche Kauffahrteischiff zerstört — ohne Rücksicht auf die Besatzung; 2. im Kriegsgebiet laufen auch die neutralen Schiffe gleiche Gefahr, da England die neutrale Flagge mißbraucht.

Ist die letztere Warnung noch heute so in Geltung, daß man sich den Neutralen gegenüber darauf berufen kann? Amerika gegenüber ist das freilich infolge der Lusitania-Note nicht mehr möglich. Der Bruch mit Amerika ist kaum zu vermeiden. Und wenn trotz unserer Vorsicht der Bruch *doch* kommt? Ist dann unsere Stellung im neutralen Ausland usw. besser? Nein! Welche anderen Mittel haben wir, England niederzuringen? Darüber fehlt uns die Aufklärung. Der Reichskanzler hat auf die Möglichkeit verwiesen, wenn nicht jetzt, so später den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu führen. Es ist sehr fraglich, ob unsere Lage dann besser sein wird. Ob sich unsere wirtschaftliche Lage in gleicher Höhe halten wird, wie unsere militärische, ist doch zweifelhaft. Und die Widerstandskraft unserer Verbündeten ist gefährdet. Zwei Möglichkeiten gibt es, wenn wir England nicht militärisch niederwerfen: 1. einen jahrelangen Erschöpfungskrieg — gewiß, wir können aushalten, selbst wenn unsere wirtschaftliche Lage noch viel schlechter wird als heute; 2. einen Frieden aus gutem Willen Englands; das könnte niemals ein Friede sein, der alle die Ziele erreicht, die wir erreichen wollen.

Aber über die U-Boot-Frage hinaus: wir wünschen, daß England als der Feind angesehen wird, aus dessen gutem Willen, unter Verständigung mit dem kein Friede möglich ist, der auch nur Herrn Ledebour befriedigt.

Das ist der Gedankengang, auf den es uns noch viel mehr ankommt, als auf die U-Boot-Frage im besonderen!

Wenn wir die U-Boot-Frage jetzt *nicht* öffentlich erörtern, so wird der Eindruck der Schwäche im Ausland erweckt. Wir Konservativen haben auch ein

Interesse, die Angriffe gegen uns öffentlich abzuwehren. *Wir* haben die Einigkeit des Volkes *nicht gestört.* Aber wir haben den Appell des Reichskanzlers gehört, die Erörterung im Plenum zu unterlassen. Und wir haben dem dadurch Rechnung getragen, daß wir den Antrag hier in anderer Form eingebracht haben, als im Plenum (durch Fortlassung des zweiten Absatzes). Wer kann nun eigentlich gegen diesen Antrag stimmen?

Ich richte eine Bitte an den Herrn Reichskanzler: In allen Fraktionen waren Meinungsverschiedenheiten, aber in einem Punkte war man sich wohl überall einig. Die Art der Aufmachung, unter der die Sache von der Regierung in der Presse behandelt wurde, hat wohl keinem so recht gefallen. Ich darf bitten, das Ziel unserer Bestrebungen nicht als einen unzulässigen Eingriff zu behandeln.

Wir sind bereit, an einer Kundgebung mitzuwirken, die zustande kommt als eigene Meinungsäußerung der Parteien, die dem Reichskanzler eine Stütze ist bei seinen Verhandlungen mit dem Ausland, eine Kundgebung, in der gesagt ist, daß der Reichstag eine rücksichtslose Kriegführung, speziell gegen England, für erforderlich hält.

Reichskanzler: Natürlich ist mir eine jede Kundgebung des Reichstages willkommen, die meine Stellung im Ausland stärkt. Erstaunt war ich nur, daß mir gesagt wurde, ich sei aus *politischen* Gründen gegen eine rücksichtslose Kriegführung. Natürlich ist die einzige Frage, was geeignet ist, einen baldigen, separaten, ehrenvollen Frieden zu erreichen. Ich kann doch nicht einen Weg gehen, den ich für falsch halte. So schlimm steht's mit uns wahrhaftig nicht, daß wir nur mal noch um uns schlagen sollten, um dann zu Boden zu fallen. Nüchterne Betrachtung ist nötig: Im Osten können wir uns halten. Die Operation gegen Verdun hat schon verhindert, daß sich Frankreich an der Frühjahrsoffensive beteiligt: 150 000 Mann französische Verluste; wir nicht mal die Hälfte. Vielleicht kommt in Frankreich ein Zusammenbruch, das ist durchaus in Aussicht zu nehmen. Die Rückwirkung auf England brauche ich nicht zu schildern. In der Koalition fängts an zu knistern und zu bröckeln. Beim Eintritt Amerikas in den Krieg wären diese Chancen auf die Hälfte reduziert. *Ich habe die feste Zuversicht, daß es uns gelingt, einen unsere militärische, staatliche, wirtschaftliche Zukunft sichernden Frieden zu erreichen.* Unmöglich kann ich Schritte tun, die diese Möglichkeit und meine Ueberzeugung abschwächen.

von Capelle: Ich war in der U-Boot-Frage zuweilen mehr Optimist als Tirpitz. Das Wort: „England auf die Knie zwingen", hat zwei Deutungen: entweder die radikale: England völlig niederwerfen, ihm den Frieden diktieren und es zwingen, auf die Seeherrschaft zu verzichten; oder England zum Frieden geneigt machen. Das radikale Ziel ist auch durch sechsmonatigen rücksichtslosen U-Boot-Krieg nicht zu erreichen; das wird auch Tirpitz unterschreiben. Auch sonst ist die radikale Ansicht in Marinekreisen kaum vertreten. Unter der im März 1916 zerstörten Tonnage von 130 000 To. ist auch die durch Minen vernichtete.

Wenn's ums Ganze geht, hat England die Tonnage der ganzen Welt. Auch mit 30 Proz. Tonnage-Verlust bringen wir England nicht so auf die Knie, daß es als besiegt um Frieden bittet.

Folgt *Helfferich.*

David: Ich messe allen den guten Glauben und den guten Willen bei, auch die Rechte der Neutralen zu respektieren. Wir haben zu einer allgemeinen Einigung eine goldene Brücke gebaut durch unser Amendement zum konservativen Antrag.

Heckscher: Der Kanzler, Herr v. Capelle und Herr Helfferich haben heute mit einer beispiellosen Offenheit zu uns geredet — das ist eine Art Flucht in die Oeffentlichkeit. Der Gegensatz in der *Politik* zwischen Tirpitz und v. Capelle ist offen eingeräumt. Wenn Herr Stresemann meint, wir könnten und müßten jetzt mit dem Neubau von Handelsschiffen beginnen, so erwidere ich: das können unsere Werften nicht. Unserer Bundesgenossen sind wir absolut nicht sicher in der U-Boot-Frage. Das ist das gefährliche unserer Lage, daß wir den Kampf weiterführen an der Seite zweier saturierter Bundesgenossen. Im Volke herrscht der feste Wille zum Durchhalten. Eine öffentliche Besprechung der U-Boot-Differenzen muß vermieden werden. Das Uebermaß schamloser Angriffe draußen in der Agitation ist eine Gefahr. Die müssen Sie — die Konservativen usw. — beschwören. Auch die sozialdemokratische Fraktion ist zu einem Kompromiß bereit. Herr von Heydebrandt hat prompt geäußert: Fürs Vaterland sei er auch bereit, ein Ueberzeugungsopfer zu bringen. Auf zur Tat, Herr von Heydebrandt. Haben wir Vertrauen! Das ganze feindliche Ausland spitzt die Ohren. Es handelt sich um keine Vertrauenskundgebung für den Reichskanzler oder für Tirpitz, sondern darum, dem deutschen Volke das Vertrauen wiederzugeben, das zur Durchführung des Krieges nötig ist. Alle Parteiinteressen müssen wir dabei beiseite lassen. In der Beurteilung Englands begegne ich der Auffassung des Herrn von Heydebrandt, England ist der Feind. Daraus verstehe ich auch ein gewisses Maß von Agitation. Es gibt in Deutschland ehrenwerte Leute, die meinen, auch mit England zur Verständigung zu kommen. Das halte ich für eine Utopie. Es wäre richtig, wenn sich die Regierung zu dieser Anschauung bekennen würde, daß auch sie den Weg einer Verständigung mit England für ungangbar hält. Die Jagd nach dem englischen Phantom kann Deutschland eine große Gefahr bringen. Jede Rede Asquiths schließt: Germaniam esse delendam. Sasanow, Italien, Japan gehen nicht so weit. Alle sollen sich klar werden, wohin die Reise geht. Eine Resolution, die dies erreicht, ist anzustreben. Ich bitte die Regierung, die Offiziösen im Zaum zu halten, wenn die Konservativen usw. sich zurückziehen sollten.

Stresemann: Wir haben noch längst keinen Rückzug angetreten. Heckscher hat Unrecht, wenn er sagt, in der Frage des U-Boot-Krieges sei die Entscheidung unwiderruflich getroffen. Nein! Sie ist nach den Erklärungen des Reichskanzlers pro tempore — bis die Zahl der U-Boote ausreicht.

Wir können unseren prinzipiellen Standpunkt nicht aufgeben! Freilich mit Entrüstung ist keine Politik zu machen. Die Ausarbeitung einer möglichst einheitlichen Kundgebung ist jetzt die Hauptsache; aber im Prinzip halten wir an unserer Anschauung fest.

Schiffer spricht seine Freude aus über die Offenheit der Regierung; sie hat uns ein ehrenvolles Vertrauen erwiesen. Durch ihre Erklärungen hat die Debatte eine Berichtigung und Vertiefung erfahren. Ein Bund zwischen David und v. Heydebrandt unter dem Segen von Heckscher — freilich kein Bund fürs Leben. Aber doch eine erfreuliche Annäherung der Ansichten.

Ein völliges Auf-die-Knie-Zwingen und Aushungern Englands ist von allen Seiten abgelehnt. Alle sind für einen U-Boot-Krieg, der England in Schwierigkeiten bringt. Die Hauptsache ist, jetzt die Mißstimmung in unserem Volke zu beseitigen oder abzuschwächen. Das Volk hegt die Sorge, daß andere als militärische Rücksichten unsere Haltung in der U-Boot-Frage bestimmen: Schwäche, Rücksicht auf die Zukunft, besonders auf unsere zukünftige Stellung zu England.

Das Volk weiß wohl zu unterscheiden. Es verstand im Sommer 1915 das Zurückweichen.

Jetzt wissen wir, daß, sobald die Waffe genügt, sie benutzt wird und daß England der Hauptfeind ist.

Herr Ledebour hat uns allen hier durch seine deutlichen Worte gegen England einen besonderen Dienst erwiesen.

Es ist keine Kundgebung nötig, die fordert, daß die Regierung alles nötige und mögliche tut. Es ist gut, daß der Reichskanzler die Zuständigkeitsfrage hat fallen lassen. Die Mißstimmung entspringt daher, weil man unklar war über die Richtung des Krieges gegen England und über die Bereitschaft zur Anwendung dieser Mittel.

Daß die Besorgnis darüber unbegründet ist, ist jetzt klar; ebenso, daß in der Regierung die erforderliche Entschlußkraft vorhanden ist. Das müssen wir öffentlich sagen.

Erzberger: Eine einmütige Kundgebung ist möglich und nötig.

Zwei Millionen Tonnen können wir jetzt, ohne Konflikt mit Amerika, in sechs Monaten versenken; bei rücksichtslosem U-Boot-Krieg das doppelte.

Auch kein Christ kann Widerspruch dagegen erheben — auch Herr Ledebour nicht, daß jedes Mittel recht ist, das den Krieg rascher beendet.

Alle Kräfte sind daran zu setzen, weiter U-Boote zu bauen.

Man fragt, welchen Sinn der Zentrumsantrag hat. Jeden, den man will. „Freiheit, die ich meine." Ist das eine Zweideutigkeit? Nein! Nur eine Einigungsformel.

41 neue U-Boote ist etwas wenig im Vergleich mit dem Flottenplan und der Steigerung anderer Kriegsfabrikationen.

Ich gebe eine Erwägung, ob man nicht alle Kohlenschiffe torpedieren soll — an den beiden englischen Kohlenexportstellen anfangend, von denen für Frankreich und Italien Kohlen ausgeführt werden. Dabei sind keine Komplikationen mit neutralen Staaten zu bedenken.

v. Capelle: Sowohl Arbeiter wie Werften sind eventuell noch mehr zur Hand, als ich bei meinen vorigen Angaben voraussetzte. Wir erwägen, ob wir noch mehr U-Boote bauen sollen. Die Sperrung der Kohlenausfuhr ist ins Auge gefaßt.

Koch: Der Reichskanzler sollte stets so offen reden. Wir haben ein Recht darauf — es besteht kein Grund zur Dankbarkeit.

Ich erhebe Einspruch gegen die Anschauungen der Konservativen, daß durch immer schärfere Mittel etwas für den Frieden zu erreichen sei. Das führt nur dazu, daß auch die Gegner ihre Mittel verschärfen. Wir kommen dann auf ganz falsche Bahn. Unser Zweck ist doch, möglichst bald zu einem befriedigenden Frieden zu kommen. Der Reichskanzler unterschätzt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das Volk hat am 9. Dezember etwas anderes vom Reichskanzler erwartet.

Keine zweideutige Haltung! Wir fordern eine deutliche Absage an alle Eroberungspläne. Das ist nötig zur Beruhigung des Volkes. Nur dann wird die heutige Aussprache den Erfolg haben, den ich von ihr erwarte.

Reichskanzler: Wir werden bei den Plenarverhandlungen von der Friedensfrage reden. Ich habe mich nicht nach dem Muster der ausländischen Staatsmänner gerichtet. Wenn wir klipp und klar auf den Tisch legen, welches unsere Kriegsziele sind, geben wir die wertvollsten Trümpfe aus der Hand. Wenn ich klar aus-

spreche, wie ich mir die Lösung des belgischen Problems denke, gebe ich doch meine Trümpfe aus der Hand. Ein guter Friede ist nicht möglich, wenn wir alles preisgeben.

Payer: Auch ich trete dafür ein, daß wir, wenn wir genug U-Boote haben, von diesem radikalen Mittel Gebrauch machen. Durch die jetzige Agitation aber entsteht ein großer Schaden.

Ledebour: Der Reichskanzler hat den Einwirkungen der Konservativen nachgegeben. Weder Asquith noch Bethmann-Hollweg will den ersten Schritt tun. Bethmann-Hollweg hält die Gegner für besiegt, Asquith will erst siegen, dann Frieden schließen: Das ist beides dasselbe.

Auch wir werden für keinen unehrenhaften Frieden eintreten. Ich frage die Regierung, warum sie den Vermittlungsversuch, der vor fast einem Jahre durch einen holländischen Staatsmann gemacht wurde, abgelehnt hat?

Reichskanzler: Ein solcher Versuch ist nicht gemacht. Mir ist davon nichts bekannt.

Roesicke: Wir können unsere Auffassung nicht aufgeben. Wir haben gegenseitig die Gründe kennen und achten gelernt und haben das gesagt und das ist von höchster Bedeutung, indem es den Auseinandersetzungen jede Spitze nimmt.

Auch wir haben stets nur daran gedacht, durch den U-Boot-Krieg die englische Wirtschaft so stark zu treffen, daß es zu einem Frieden, wie wir ihn akzeptieren können, bereit und geneigt wird.

England ist der Hauptfeind, das ist allgemein zugegeben. Ein im wesentlichen intaktes England wäre beim Frieden höchst gefährlich.

Der Reichskanzler will den verschärften U-Boot-Krieg, aber erst später. Wird es dann nicht zu spät sein? Sollen wir uns durch Wilson weiter hineinziehen lassen? Es kann eine Situation geben, wo die Ehre Deutschlands Nachgiebigkeit nicht mehr gestattet. Werden wir dann noch stark genug sein?

Wir sind zur Einigung auf gemeinsamen Antrag bereit, aber Payer hat es uns nicht erleichtert. Keinesfalls werden wir einem Antrag zustimmen, der uns zumutet zu erklären, daß wir unsere Ansicht aufgegeben hätten.

Unterstaatssekretär Zimmermann (zum Fall Dresselhuis—Schücking): Prof. Schücking kam im April 1915 zu mir, um mir den Wunsch des holländischen Unterstaatssekretärs Dresselhuis (Mitglied vom Antiorlograad) zu einer Verhandlung über eine deutsch-englische Verständigung vorzutragen. Ich fragte Herrn Schücking: Hat Herr Dresselhuis denn einen Auftrag von Sir Edward Grey? Schücking: Nein. Ich: Dann lehne ich es ab. — Ich denke, ein anderes Verhalten könnte mir doch auch Herr Ledebour nicht zumuten. Das sähe aus, als liefe ich der englischen Regierung nach.

Wie es mit der englischen Verständigungsbereitschaft stand, können Sie aus folgendem ersehen: Im Juni oder Juli (?) waren die Pazifisten in London; ohne daß die englische Regierung einen Vertreter zu ihnen schickte — nur frühere Minister, Burns, Trevelyan usw. — wohnten ihren Verhandlungen bei. Aber, und das ist das wesentliche, selbst Burns erklärte: Belgien könne kein Handelsobjekt sein, das sei tel quel zu räumen. Auf dieser Basis kann mir doch keiner zumuten zu verhandeln.

(*ergo* ein Rattenkönig verfilzter Unwahrheiten, Bluffs, Regierungsbeschlüsse!)

Auswärtiges Amt. (Debatte vielfach weitergesponnen.)
30. März 1916.

Bassermann (referiert): Waren wir bei dem „Separatfrieden" mit Montenegro mitbeteiligt? Ist dafür gesorgt, daß kein Bundesgenosse auf eigene Faust Friedensverhandlungen unternimmt?

Ist mit Oesterreich eine Einigung über *Polen* getroffen? In der Türkei ist viel englisches Geld ausgegeben. Besonders in alttürkischen Kreisen herrscht Mißstimmung und Mißtrauen, daß Deutschland die Ausbeutung der Türkei plane. Nach Mitteilungen sollen der Türkei sehr günstige Angebote für einen Separatfrieden mit der Entente gemacht sein.

Der russische Vormarsch nach Persien richtet sich gegen England. In Persien herrschen anarchistische Zustände, die ein Eingreifen der Mittelmächte erschweren.

Wie steht's am Suez-Kanal mit den Senussi?

80 Proz. der rumänischen Armee sind mobil und gegen Oesterreich aufgestellt. Das Kriegsmaterial ist von der Entente geliefert. Englisches Gold arbeitet. Bratianu rechnet auf einen Sieg der Entente, er will sich auf die Seite des Gegners werfen. Es ist zu begrüßen, daß die Getreide- usw. Ausfuhr aus Rumänien jetzt erleichtert ist und die Donautransporte glatt vonstatten gehen.

Wie steht's mit dem Friedenswillen in den feindlichen Staaten? In *Rußland* ist die Revolution höchstens nach dem Kriege zu erwarten. Die liberale Partei bildet ein starkes Element zur Aufrechterhaltung der Kriegslust.

In *Frankreich* fragte sich's: wie wirkt Verdun?

In *Japan* sehen wir starke Ausbrüche gegen das englisch-japanische Bündnis.

Gegen *Italien* wird die österreichische Offensive wohl nun beginnen.

Die Schiffsdiebstähle der englischen Vasallen — Portugal, Italien — gegen uns sind natürlich schmerzlich.

In *Schweden* war anfangs die Stimmung für Deutschland sehr günstig; das liegt jetzt anders. Die Partei des Herrn Branting ist antideutsch. Man hat in Schweden viel verdient durch die Entente — gerade auch in der Familie des Ministers Wellenberg. Der deutsche Ex- und Import von und nach Schweden ist erschwert. Schweden: als Brücke zwischen Westen und Osten — es werden ihm große Zukunftsmöglichkeiten vorgespiegelt.

Dänemark: Kopenhagen ist ein Zentrum der Ententespionage.

In *Holland* hat die Torpedierung der Tubantia große Erregung gegen Deutschland erzeugt.

In *Spanien* herrscht eine deutsch-freundliche Richtung, aber angesichts der Frachtraumnot steht die Schiffsfrage im Vordergrund.

Amerika: Nach einer neueren Entscheidung des Schatzamtes gelten Hydroäroplane als Wasserfahrzeuge. Ist deutscher Protest dagegen erhoben? Der Sussex-Fall hat neue Erregung geschaffen.

Auch in *Südamerika* herrscht Frachtraumnot und Neigung die deutschen Schiffe zu nehmen.

China ist von England aufgefordert, der Entente beizutreten. Infolge der japanischen Intervention ist das aufgegeben und ein Abkommen zwischen England und Japan getroffen, wonach Japan in China freie Hand behalten, aber sich verpflichtet, England bei Angriff auf Indien und Aegypten zur Seite zu stehen.

Japans Ausdehnungsbedürfnis, das sich auch auf Mexiko erstreckt, ist für England bedenklich.

Wie steht's mit *Sonderfriedensangeboten an Belgien und Rußland?* und mit der Mitteilung des Abgeordneten Ströbel aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, daß die Regierung versucht habe, durch die Sozialdemokraten Fühlung mit dem feindlichen Ausland zu gewinnen?

Die offiziöse Weitergabe des Friedensartikels der Neuen Züricher Zeitung durch Wolff hat viele Bedenken erregt.

Das Fernbleiben Rußlands von der letzten Pariser Konferenz gibt viel zu denken.

Heckscher: In Amerika ist die Meinung weit verbreitet, daß Deutschland bereits einen künftigen Krieg mit den Vereinigten Staaten vorbereite, und hinter den mexikanischen Schwierigkeiten stehe.

Ich verweise auf den Artikel der Frankfurter Zeitung über Japan. Die Frankfurter Zeitung gilt in auswärtigen Sachen als offiziös! Danach ist in Japan ein Stimmungsumschwung eingetreten. Es heißt, Deutschland hätte Japan ein offizielles Friedensangebot gemacht. Wie steht es damit?

Staatssekretär v. Jagow: Der „Friede" mit Montenegro wurde natürlich in Fühlung mit uns geschlossen, wenn auch formell nur Oesterreich auftrat. Die Verhandlungen waren rasch zu Ende, da der montenegrinische Unterhändler kein Mandat hatte und der König abtransportiert wurde.

Ueber *Polen* ist ein Abkommen mit Oesterreich schwer, aber es ist Aussicht auf eine leidlich befriedigende Regelung.

Die *Türkei* will gleichberechtigt werden. Wir werden einen Teil unserer Rechte aufgeben müssen und einen Mittelweg wählen. Natürlich bestehen Mißstimmungen — viele englische und französische Einflüsse wirken, und man hegt Sorge vor uns; aber die Regierung denkt nicht an Abfall. Die Türkei hat die Friedensverhandlungen mit unserer Zustimmung angefangen, die wir schon darum gaben, weil wir doch mal hören wollten. In verschiedene türkische Ministerien treten deutsche Beamte als eine Art Staatssekretäre ein.

Die Vorkommnisse in *Armenien* sind bedauerlich; der türkische Haß war in gewissem Sinne gerechtfertigt durch Verrätereien. Man ist aber weit über das Ziel hinausgestoßen. Wir haben Vorstellungen erhoben.

Ob die Russen vor den Engländern in Bagdad sein wollen, weiß ich nicht. Ihre Vereinigung hoffen wir zu verhindern. Die Lage von der Goltz' ist schwierig. Türkische Verstärkungen gehen ab.

Persien hat keine Regierung.

Möglich, daß die *Russen* auch bis Trapezunt kommen; die moralische Bedeutung ist größer als die militärische.

In *Aegypten* ist vorläufig nichts möglich. Englands Stellung dort ist sehr stark. Unsere Vorbereitungen werden weiterbetrieben. Die Senussi leisten uns gute Dienste. Es fehlt ihnen aber an Waffen und an Nahrungsmitteln. Wir konnten ihnen auch mal eine größere Waffensendung zukommen lassen. Der Bruder von Enwer, der die Senussi aufzureizen suchte, soll gefallen sein — die Türken bestreiten das aber.

In *Serbien* müssen die Engländer eine Besatzung halten.

Afghanistan wartet ab.

Zwischen *Bulgarien und Oesterreich* herrschen kleine Verstimmungen wegen der Besetzung von Serbien. Sie werden bald behoben sein.

Rumänien wird jetzt schwerlich noch vorgehen. Der leitende Staatsmann hat es versprochen. Unser Interesse besteht vor allem an der Einfuhr. 130 000 Waggons sind fürs Frühjahr abgeschlossen; davon 90 000 nach Deutschland, 40 000 für unsere Verbündeten. Neue Abschlüsse für den Herbst auf Mais usw. sind gemacht. Das englische Ausfuhrgeschäft war ein verkapptes Anleihegeschäft.

Bulgarien und Rumänien lieben sich nicht, aber König Ferdinand wünscht jetzt wohl keinen Krieg mit Rumänien.

Rumänien hat keine 80 Proz. mobilisiert.

Es stehen auch bulgarische Truppen an der rumänischen Grenze. Wir hoffen einen Zusammenstoß zu verhindern.

Japan wird deutschfreundlicher. Es ist unrichtig, daß wir Japan Frieden angeboten hätten. Natürlich haben wir Fühler ausgestreckt, aber leider war nichts zu machen.

Es ist unwahr, daß wir *chinesische* Interessen besonders gegen Japan vertreten hätten.

Die Frankfurter Zeitung ist viel mehr das Organ des Herrn Heckscher als das meine. Sie bringt ab und zu einen von uns gewünschten Artikel — kriegt einen Wink — aber für ihre Artikel bin ich nicht verantwortlich. Das gilt nur von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

China sollte der Entente beitreten. Aber der chinesische Gesandte bestritt, daß je Aussicht dazu war.

Japan hat eine Art Monroe-Doctrin für Asien aufgestellt. Asien liegt in Differenz mit England. Ob das erwähnte englisch-japanische Abkommen getroffen ist, weiß ich nicht.

Was über die Zahl und Wirksamkeit der Japaner in *Mexiko* gesagt wird, ist sehr übertrieben.

Japan geht jetzt auf keinen Konflikt mit Amerika aus; jetzt hat es in *China* zu tun.

In *Italien* sind die wirtschaftlichen Verhältnisse schlecht. Durch die hohen Kohlenpreise besonders ist eine Mißstimmung gegen England entstanden. Der Krieg ist jetzt als eine große Dummheit erkannt, aus der man nur nicht herauskann. Es hat 194 000 Tonnen deutscher Schiffe requiriert. Aus gewissen militärischen Gründen hegen wir nicht den Wunsch, mit Italien in Krieg zu kommen.

Mit *Portugal* hatten wir solche Langmut wegen der Schiffe: 278 000 Tonnen!

Südamerika: Die Staaten brauchen Schiffe; bitten um einen Teil der unsrigen. Vielleicht kommen wir entgegen. An gewaltsame Requisition glaube ich nicht.

Schweden: Die Stimmung ist nicht wesentlich verändert. Die *Aktivisten* waren stets nur verschwindend. Man kann es ihnen nicht verdenken, wenn sie für uns nicht eingreifen wollen. Die Sympathien sind doch auf deutscher Seite.

Dänemark ist nicht besonders günstig für uns gestimmt; das Ministerium versichert aber loyale Neutralität. Das Ergebnis der nordischen Ministerzusammenkunft ist kein sehr großes: nur der Beschluß weiter neutral zu bleiben.

Die Tubantia war kein deutsches Torpedo. Die Aufregung in *Holland* gegen uns ist sehr groß.

In *Spanien* ist die Stimmung gut für uns. Unsere Propaganda ist dort sehr wirksam.

Wegen der Sussex hat Amerika bei uns angefragt, ob wir sie torpediert haben. Wir haben noch nicht geantwortet, weil noch nichts festgestellt worden ist.

Wir haben *Rußland* und *Belgien* keinen Frieden angeboten. Was die „Neuen Gerüchte" (vergl. Artikel in der Deutschen Tageszeitung vom 29. 3.) anlangt, so ist mir von diesen Zusammenkünften, Verhandlungen nichts bekannt.

Daß schließlich dem Frieden inoffizielle Verhandlungen vorangehen werden, liegt auf der Hand.

Was den Artikel der *Neuen Züricher* betrifft, so hatten wir nur das Telegramm und nicht den Artikel und mußten daher das Telegramm dementieren; so entstanden die Mißverständnisse.

Dieser Artikel war uns sehr unangenehm.

Müller-Meiningen: Hat die *dänische* Regierung englische U-Boote durch den Sund gelassen?

Welche *militärischen* Gründe stehen dem Krieg mit Italien im Weg? Bisher hatte man gemeint, daß es in Italien sozialpolitische, in Deutschland wirtschaftliche Gründe seien?

Besteht ein Defensiv-Vertrag zwischen *Deutschland und Rumänien?* (Aus der Zeit des Königs Karol.) Hat er auch mit dem Verhältnis zu Italien zu tun?

Könnte man nicht von Abessynien leichter an den Suez-Kanal. Von technischer Seite wurde angeregt, in Abessynien U-Boote zu bauen, unter wohlwollender Neutralität Abessyniens.

In der Türkei sind sehr ernste Gegenströmungen. In Genf entsteht ein sehr gefährliches jungtürkisches Komitee, das ententefreundlich ist.

Wir haben nichts mit innerpolitischen Verhältnissen in der Türkei zu tun! Kein Recht uns in die armenische Frage einzumischen. Solche Taktlosigkeiten industriöser Deutscher in der Türkei sind dort sehr störend.

v. Jagow: Die Serben haben ihre Archive aus Belgrad mitgenommen, aber unterwegs tropfenweise verloren — wir haben nun solche bis 1912 gefunden. Auch in Nisch scheint noch viel zu stecken.

Von englischen U-Boot-Passagen durch den Sund ist mir nichts bekannt. Mit Abessynien ist nur sehr schwer Verbindung möglich. Ein Eingreifen von dort aus, ist ohne eine Umwälzung in Aegypten unmöglich.

Wir können nicht verhüten, daß einmal eine Nachricht kommt, die Griechenland unbequem ist. Eine Vorzensur habe ich nicht.

Von mir aus brauchte es überhaupt keine Zeitungen zu geben.

Auf die Türkei geben wir sehr acht.

Ein Vertrag mit Rumänien besteht, er ist aber nur vom König und einem Minister gezeichnet; der Kronrat etc. lehnten ab. Aber der König hält sich jetzt noch für gebunden.

David: Was heißt „eine relativ befriedigende Lösung" der polnischen Fragen? Ich wünschte ein Wort, das die polnische Regierung für uns begeistert, gerade wegen der vielen russischen Elemente. Wenn Polen etwa nochmals geteilt würde, so wäre das die denkbar ungünstigste Lösung für uns.

In bezug auf die Türkei bin ich nicht so optimistisch.

Die armenischen Vorgänge sind Deutschland aufs Konto gesetzt. Es handelt sich nicht nur um eine Reaktion gegen Verräterei; denn wer dem Islam beitrat, wurde nicht getötet.

Vielfach zeigt sich eine hochgradige Ueberspannung eines nationalistischen Parvenütums in der Türkei. Das tritt auch zutage in Aeußerungen wie: Deutsch-

land solle sich ja nicht einbilden das türkische Wirtschaftsleben zu beherrschen usw. Wir bringen so große Opfer für die Türkei — das ist ein schöner Dank.

Daß wir auf dem Weg über die Türkei das englische Reich im Genick fassen könnten, ist nach den Mitteilungen des Staatssekretärs Illusion. Daraus ergeben sich klare Folgerungen über die Methode, England niederzuwerfen.

Persien ist nach Herrn v. Jagow „anämisch". Der russische Vormarsch an den persischen Golf ist für England höchst gefährlich. Uns zeigt es die Möglichkeit einer großen Kompensation an *Rußland* für den Verlust Polens und damit einen eventl. Weg zum Frieden, der Rußlands Politik wieder nach dem Osten schieben würde.

Japans Vormachtstellung in Asien ist die unausbleibliche Wirkung des Krieges. Alle Plätze an der Sonne helfen nichts. Die Haßanwandlung in Deutschland gegen Japan ist vorbei; heute wird ein Sonderfrieden mit Japan sogar von Bassermann erwogen.

In *England* besteht eine intensive Campagne gegen die Politik Asquiths mit der Parole: Der eigentliche Feind ist nicht Deutschland, sondern Rußland und Japan. Auch wir wollen die Volksstimmung in England für den Frieden gewinnen; aber nicht durch Belebung der Hoffnung auf inneren Zwiespalt in Deutschland.

In *Frankreich* ist mit einem jähen Umschwung für Deutschland zu rechnen. Die Politik muß darauf gestellt sein, eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen. Das würde pazifizieren und auch die englische Gefahr erledigen. In Frankreich sind Ansätze zu einer Friedensstimmung, wohl infolge der Erkenntnis, daß Deutschland nicht niederzuwerfen ist. — Der Senator Humbert und Caillaux werden dabei viel genannt.

Ich bedaure sehr, daß der *Fall Dresselhuis* in die Oeffentlichkeit gebracht ist. Es ist strittig, welche Kräfte in England hinter Dresselhuis standen? Damals war Italien noch im Schwanken. Vielleicht handelte es sich um ein Manöver, Italien zu rascher Entscheidung zu drängen. Wie sollten solche Fälle gemacht werden, wenn sie sofort in die Oeffentlichkeit gezerrt werden?

(Ergo: Also nimmt David an, daß die englische Regierung inoffiziell dahinterstand! Und der Fühler der *englischen* Regierung wurde doch erst in die Oeffentlichkeit gebracht; nachdem schroff abgelehnt!)

Große Teile der *schwedischen* Sozialdemokratie wollen eine ehrliche Neutralität, nicht à la Branting!

Das dänische Ministerium Zahle hat die stärkste Stütze in der dänischen Sozialdemokratie.

v. Jagow: Auch wir hoffen auf einen Umschwung in Frankreich *Ich bitte die Namen Caillaux und Humbert in Deutschland nicht zu nennen.* Das erschwert die Arbeit.

v. Solf: England hat die in Afrika untergebracht gewesenen Gefangenen bald nach England gebracht, wo sie korrekt behandelt werden.

Zimmermann: Der Abgeordnete Hanse (?) hat mir einen Brief geschrieben, in dem er auf die Einzelheiten der Affäre Dresselhuis verweist. Damals sei aus Holland jemand — Herr Dresselhuis — nach England gereist, um dort wegen Friedensmöglichkeiten anzufragen. Von einem Herrn, der im englischen Auswärtigen Amt „sehr einflußreich, wirklich sehr einflußreich" ist, sei ihm gesagt worden: Wenn England nur wüßte, daß Deutschland Belgien nicht dauernd behalten wolle, seien Friedensverhandlungen und vorher ein Waffenstillstand mög-

lich. Herr Dresselhuis wünschte mit einem Vertreter der deutschen Regierung darüber zu sprechen. Herr Dresselhuis ist Unterstaatssekretär im holländischen Justizministerium, also kein politischer Beamter Hollands, wohl aber Vorsitzender des pazifistischen Anti-Orlog-Raad. Er hatte Informationen nur von einer „im Auswärtigen Amt sehr einflußreichen" Persönlichkeit, von der nicht mal klar war, daß sie im Auswärtigen Amt sitzt. Der Wunsch, dessen Ueberbringer Herr Schücking war, war also kein Friedensangebot, sondern eben wohl nur der Wunsch eines Pazifisten. Das sind nicht die geeigneten Mittel einen Frieden herbeizuführen.

(Wie inszeniert die deutsche Regierung Friedensfühler, die doch nach Zimmermann unbedingt den Anfang machen müssen?)

Im Juli 1915 war dann die Zusammenkunft des Anti-Orlog-Raad in London, bei der u. a. Burns jene *unmöglichen Auffassungen* über Belgien äußerte (no bargain object) — daraus können Sie entnehmen, was etwa, wenn der Schritt von Dresselhuis etwas ernster gewesen sein sollte, im April bei Friedensverhandlungen mit England hätte erwartet werden können.

Ich hoffe, daß damit die Sache ein für allemal erledigt ist.

Ein Geheimrat über die Lage der Gefangenen in Sibirien.

Ledebour: Herr Zimmermann hat gestern die beiden Vorgänge vom April und Juli 1915 durcheinandergebracht. *Die Bemerkung von Burns vom Juli 1915 über Belgien ist natürlich auch für uns ganz unsinnig.* Zimmermann hat Recht gehabt, nicht selbst zu verhandeln, er hätte aber fragen sollen, in wessen Auftrag Herr Dresselhuis kommen wollte und sich dann zu Verhandlungen bereit erklären sollen, falls ein vollgültiges Mandat vorlag.

Zimmermann: Das habe ich ja gefragt!

Ledebour: Das habe ich nicht gehört. Dann ist gegen sein Verhalten nichts einzuwenden — nur hätte er vielleicht sagen können, Herr Dresselhuis könne eventl. wiederkommen, wenn er ein vollgültiges Mandat habe.

Rohrbach hat beantragt, England habe uns ein paarmal den Frieden angeboten.

Wir sind dann hier, um volle Klarheit zu schaffen.

Wir können nur dann einen Friedensvertrag im Ausland erzielen, indem wir für den Frieden wirken.

Zimmerwald hat zweifellos in Frankreich günstig auf den Frieden gewirkt.

Branting ist nicht deutschfeindlich.

Die Mißstimmung in Dänemark ist durch die deutsche Dänenpolitik herbeigeführt.

Ich möchte dringend wünschen, daß Sie diese Gesichtspunkte bei jeder Gelegenheit den Herren, die über die innere Politik entscheiden, recht eindringlich zu Gemüte führen.

Die Teilung Polens wäre eine schwere Gefahr! Nur die Selbständigkeit Polens darf kommen. Die Grausamkeit Rußlands bei Wegschleppung der polnischen Bevölkerung war die beste Gelegenheit für uns, die polnische Bevölkerung für Deutschland zu gewinnen!

Ich bedaure, daß die Armeniergreuel hier entschuldigt worden sind. Die Armenieraufstände sind zurückzuführen auf die früheren türkischen Armeniergreuel. Deutschland trägt die Mitverantwortung. Die Russen haben davon den Vorteil.

Zuletzt über Herzfelds verhinderte Schweizer Reise; seine Durchsuchung etc. an der Grenze.

In der Sitzung vom 31. 3. 16. — Militäretat — hält *Noske* eine begeisterte Rede — (meisterlich!) — besonders über die Verpflegung der Soldaten — so gut könne er sich's nicht leisten etc. — —

REICHSTAGSERKLÄRUNG VOM 28. APRIL 1916

Berlin, den 28. April 1916.

Herr Präsident!

Der Reichstag ist bis zum 2. Mai vertagt. Nach Zeitungsmeldungen besteht die Absicht, die Plenarsitzungen noch später beginnen zu lassen.

Ich erhebe dagegen Widerspruch und fordere die unverzügliche Zusammenberufung des Plenums.

Der amerikanische Konflikt und damit die Frage einer weiteren Ausdehnung, Verschärfung und Verlängerung des Krieges, befindet sich im kritischsten Augenblick. Die Regierung ist im Begriff, auch diese Lebensfrage des deutschen Volkes in der Dunkelkammer der Geheimdiplomatie zu entscheiden, während die Masse der Bevölkerung den Strick des Belagerungszustandes um den Hals trägt. Wiederum sind die Einflüsse der imperialistischen Kriegs-Interessenten und Scharfmacher am Werk, dieser Masse neue furchtbare Leiden und Opfer aufzubürden.

Die deutsche Regierung, die an das amerikanische Volk appelliert, muß genötigt werden, auch die Masse des deutschen Volkes zu hören und nach ihrem Willen zu handeln; nach ihrem Willen, der auf unbedingte friedliche Beilegung des Konflikts, auf sofortige Einstellung des unheilvollen U-Boot-Handelskrieges, auf sofortigen Eintritt in Friedensverhandlungen auf Grundlage des Verzichts auf Annektionen aller Art dringt.

So sehr die Mehrheit des Reichstages nur eine Schutztruppe des Imperialismus und eine Kulisse der Militärdiktatur darstellt, und so gewaltig sie auch — selbst die russische Duma weit übertrumpfend — selbst einen Belagerungszustand ohnegleichen zur Unterdrückung jeder ernsten oppositionellen Regung etabliert hat, ich erachte es doch für meine Pflicht, zu verlangen:

Daß in einer sofortigen Plenarverhandlung des Reichstages die Regierung der Oeffentlichkeit das gesamte Material über den Konflikt unterbreitet und ihre Auffassung und Absicht darlegt; und zugleich Gelegenheit dazu geben wird, auf die endliche sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu dringen, damit die Masse des deutschen Volkes bei der Entscheidung des Konfliktes ihr Gewicht in die Wagschale werfen kann.

Ergebenst

gez.: *Karl Liebknecht.*

BRIEF AN DAS KOMMANDANTURGERICHT VOM 8. MAI 1916

Berlin, den 8. Mai 1916.

An das Königl. Kommandanturgericht, Berlin.

In der Strafsache gegen mich bemerke ich noch:

1. Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der „Vorschub zu leisten" er auch nur denken könnte. Er steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutionär gegenüber wie der eigenen. Nicht: „einer feindlichen Macht Vorschub leisten", sondern: „in internationaler Wechselwirkung mit den sozialistischen Mächten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch zu tun", ist die Quintessenz seines Strebens.

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er faßt ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.

In diesem dialektischen Prozeß, im nationalen Klassenkampf gegen den Krieg verwirklicht sich der internationale Klassenkampf gegen den Krieg.

Das ist nun der Sinn der Worte Jaurès, die zum Motto meiner Ende März 1905 erschienenen Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg" gewählt sind.

2. Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein und unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei; und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

Gewiß hat der internationale Sozialist und nur er, da er den Klassenkampf gegen die eigene Regierung führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür aber finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Skrupellosigkeit und Demagogie, so daß er

seine ganze Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muß, um wenigstens der schlimmsten Wirrnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden der anderen Regierungen zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung; ja, es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu schonen ist, und weil solche Unwahrheiten heute mehr wie je dem verwerflichen Zweck der Völkerverhetzung, der Aufstachelung des Kriegshasses dienen.

Ich habe die ausländischen Regierungen, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Aug in Aug angegriffen, und in Deutschland, wenn ich davon im Ausland einen Erfolg im sozialistischen Sinne erwartete oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug in Aug angriff. Niemals werde ich es tun, wenn ich damit der Kriegshetzerei Vorschub leiste.

Wegen meines Kampfes gegen den Zarismus und die zaristische Politik der deutschen Regierung bin ich jahrelang von deutschen Behörden heftig verfolgt worden. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde ich — allen parlamentarischen Ueberlieferungen zuwider — vom Preußischen Abgeordnetenhaus voller Haß und Empörung deswegen dem Ehrengericht der Anwaltschaft ausgeliefert; während des Krieges — im November 1914 — wurde das Verfahren gegen mich mit einem Schuldigspruch beendet. Ich werde das Material dazu überreichen, aus dem ersichtlich ist, wie ich unter den heutigen Verhältnissen Angriffe gegen „feindliche" Regierungen betrachte.

3. Es gehört zum Wesen des bewußten internationalen Kampfes, daß der Sozialist die Kooperation der Sozialisten in allen Ländern als ein Ganzes überblickt, daß er *bewußt* in dieser Arbeitsstellung zu gemeinsamem Zweck an seinem Teil in seinem Lande mitwirkt, daß er *bewußt* seinen Kampf und den der Sozialisten in den anderen Ländern als sich ergänzende Funktionen erkennt und so den Kampf auch gegen die anderen Regierungen in sein Bewußtsein aufnimmt.

Dem Gegner im eigenen Lande gegenüber diesen internationalen Gesichtspunkt hervorzuheben, kann als ein Moment der Entschuldigung, der Unsicherheit, der Unentschlossenheit erscheinen und so den Klassenkampf abschwächen. Wenn dieser Gesichtspunkt ausgesprochen werden muß, so nur zur Propaganda unter denen, die für die internationale sozialistische Politik gegen den Krieg zu gewinnen sind, und um diese Politik bei denen, die sie betreiben, zu einer bewußten zu machen.

In solchem Sinne und in solcher Form tritt dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegen.

Armierungssoldat *Karl Liebknecht.*

BRIEF AN DAS KOMMANDANTURGERICHT VOM 3. JUNI 1916

Berlin, den 3. Juni 1916.

An das Königl. Kommandanturgericht, Berlin.

Zur heutigen Verlesung der Anklageschrift bemerke ich:

Was die Anklageschrift zum Kriegsverrat sagt, hält sich durchaus in den engen Horizonten der Preß- und Parlamentsäußerungen meiner politischen Gegner. Es läßt — trotz meiner Eingabe vom 8. Mai — alles vermissen, was auch nur wie ein Versuch gedeutet werden könnte, sich über die parteipolitischen Schranken hinwegzusetzen und die Gedankengänge einer internationalen Betrachtung zu verfolgen.

Dabei befindet sich die Anklage, ohne es bisher ausgenutzt zu haben, in der guten Gesellschaft einer „Action française" und „Information" eines „Matin" und „Figaro" und anderer Kriegshetzblätter der gegnerischen Länder, wenn ich auch dort — locus rigit actum — ebenso schlagend wie von der deutschen Anklage als Landesverräter, als Agent der deutschen Regierung gebrandmarkt werde. Sie befindet sich nicht minder in der guten Gesellschaft der französischen, österreichischen, italienischen, türkischen, russischen und schwedischen Justiz, die meine Gesinnungsgenossen in diesen Ländern als Landesverräter zu verfemen sucht und ihren letzten Erfolg — das Zuchthausurteil gegen meine Freunde Höglund, Oljesund und Heden wegen ihrer hochverdienstlichen Propaganda für den Massenstreik gegen den Krieg — vor wenigen Wochen in Schweden davontrug.

Ich habe meine Pflicht getan, wie ich sie unbeirrt weiter tun werde; ich habe mich nicht zu verteidigen.

Die Anklage ist befohlen von Instanzen, die ungeniert noch während meiner Haft meine Immunität verletzt haben (vgl. meine Eingabe vom 2. d. M.); die den Belagerungszustand rechtswidrig aufrechterhalten und von diesem Boden der wirklichen Gesetzlosigkeit aus meine angebliche Gesetzlosigkeit bekämpfen.

Die Anklage wegen Kriegsverrats ist mit inspiriert von dem Polizeipräsidenten von Jagow, jenem begeisterten Lobpreiser des staatsstreichlerischen Zaberngeistes, jenem einflußreichen Mitglied der unter dem Protektorat des deutschen Kronprinzen stehenden Kamarilla und Kriegspartei, der Hauptschuldigen am Kriegsausbruch.

Ich habe mich nicht zu verteidigen, ich bekenne mich schlechthin zum internationalen Sozialismus, zu der Politik, die ich Jahre hindurch vor der ganzen Oeffentlichkeit geführt habe, zu jedem Buchstaben des Flugblatts,

zu den Rufen „Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!", zu meiner Eingabe vom 3. Mai, zu jedem Wort, das ich in den Parlamenten unter dem Wutgeheul meiner Feinde gesprochen habe. Ich habe mich nicht zu verteidigen.

Wenn aber schon von Landesverrat gesprochen werden soll, so möge man sich gesagt sein lassen:

Der Landesverrat war seit je ein Privilegium der herrschenden Klassen, der Fürsten und Aristokraten, zu deren vornehmster Geschichtstradition er gehört. Die wirklichen Landesverräter sitzen heute noch nicht auf der Anklagebank, sondern in den Kontoren der Schwerindustrie, der Rüstungsfirmen, der Großbanken, auf den Rittergütern der agrarischen Junker; sie sitzen an der Moltkebrücke, in der Wilhelmstraße und Unter den Linden, in den Minister- und Prinzenpalais, in den Fürstenschlössern und auf den Thronen.

Die wirklichen Landesverräter, das sind in Deutschland die Verantwortlichen und Unverantwortlichen der deutschen Regierung, die Bonapartisten des bösen sozialen Gewissens, jene politischen und kapitalistischen Beutejäger und Vabanquespieler, jene Agioteure und Finanziers aller Art, die um schnöden Vorteils willen den Krieg unter dem Schutz des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie so frevelhaft inszeniert haben, wie nur je ein Krieg inszeniert wurde; das sind diejenigen, die die Menschheit in ein Chaos barbarischer Gewalt gestürzt haben, die Europa in Schutt und Wüstenei verwandeln und in eine Atmosphäre der Lüge und Heuchelei hüllen, in der die Wahrheit erblindet und erstickt; und die dieses infernalische Treiben fortsetzen wollen und werden, bis ihnen die blutenden und geknechteten Massen der Völker in die Arme fallen.

Die wirklichen Landesverräter, das sind diejenigen, von denen ich am 3 Mai schrieb, die das Flugblatt am Schluß als die wahren Feinde des deutschen Proletariats kennzeichnet, die mit der ungeheuren Blutschuld des Krieges belastet sind, die den Schweiß, die Not, den Jammer und das Gebein des Volkes in Gold und Macht münzen; jene Interessenten am Kriege selbst und jene Interessenten am imperialistischen Kriegsziel, deren Habsucht und Herrschgier sich hinter lärmendem patriotischen Eifer verstecken, das sind diejenigen, welche seit je — gleich jenem preußischen Gentz — mehr Angst vor einem Erfolg der Freiheitsbewegung des eigenen Volkes, als vor einer Niederlage hatten; die die Volksfreiheit auch in allen anderen Ländern hassen; die entschlossen sind, das deutsche Volk auch jetzt wieder um seine Freiheitshoffnungen zu betrügen; deren Skrupellosigkeit nicht davor zurückschreckte, diesen Krieg dennoch als einen Freiheitskrieg zu registrieren, und die nur darum bisher nicht zur Rechenschaft

gezogen sind, weil die Masse des Volks — heute noch das Opfer feiger Verwirrungskünste — bisher die Wahrheit nicht kennt.

Die wirklichen Landesverräter sind die, die auch während des Krieges mit ihren Gesinnungsgenossen auch in den feindlichen Ländern in einer lebendigen Internationale zur Bekämpfung und Besudelung jeder Friedensregung verbunden sind, deren Macht gegen mich aus der verwerflichen Kriegsanzettelung und aus der Gesetzlosigkeit der Militärdiktatur stammt und gegen die ich alle meine Angriffe hiermit erneuere, die ich im Parlament und wo immer sonst unter dem Toben der Trabanten des Imperialismus erhoben habe.

Die Anklage verteidigt und begünstigt diese wirklichen Landesverräter, indem sie mich wegen meines Widerstandes gegen sie unschädlich zu machen sucht.

Die Anklage ist ein Akt der Staatsraison, ein Handstreich der imperialistischen Politik, eine Attacke des Militarismus, den bis zum letzten Blutstropfen zu bekämpfen meine Lebensaufgabe ist.

Ich bedarf keines Verteidigers, gebe anheim, nach § 338 M.St.G.O. zu verfahren, und verzichte auf alle Fristen. Die Bemerkung im heutigen Protokoll (wo von einer Bitte die Rede ist, obwohl ich nichts zu bitten habe und nichts erbitte) findet damit ihre Erledigung.

Einzelheiten und Richtigstellungen zur Anklageschrift werde ich nach Eingang ihrer Abschrift nachholen.

Armierungssoldat *Liebknecht.*

BRIEF AN DAS KOMMANDANTURGERICHT VOM 10. JUNI 1916

Gegen die Anklageschrift wandte sich Liebknecht in mehreren Schriftsätzen:

Berlin, den 10. 6. 16.

An das Königl. Kommandanturgericht, Berlin.

Zur Strafsache gegen mich.

Die Anklageschrift bietet eine Sammlung der Geschichtslegenden und Sprachformeln, die in der großen Zeit, da die deutsche Technik des Massenmordes Triumphe feiert, zu jeder Kundgebung des vorschriftsmäßigen Patriotismus gehören.

Sie variiert den Galimathias von dem „uns freventlich aufgezwungenen Krieg", den schon Anfang 1914 das deutsche Weißbuch wider Willen grau-

sam verhöhnte. Sie wagt es, in einem Krieg, der mit dem deutschen Ueberfall auf Belgien begann, von einem Ueberfall auf Deutschland zu reden.

Warum läßt sie sich die „russische Anstiftung" des Mordes von Sarajewo entgehen, den die deutsch-österreichischen Kriegstreiber als einen Segen des Himmels begrüßten, weil er ihnen die ersehnte Gelegenheit zum Losschlagen bot? Warum den „Befreiungskampf" gegen den Blutzaren, warum „das Krämervolk" des „perfiden Albion" und die „belgischen Franktireur-Bestien", die infam genug waren, ihr Vaterland ohne obrigkeitliche Mordkonzession in einer levée en masse zu verteidigen, ohne sich in der Ueberstürzung des Augenblicks so gut präparieren und organisieren zu können, wie der seit Jahren sprungbereite deutsche Militarismus?*) Warum schmückt sie sich nicht auch mit jenen ganz- und halbamtlichen Arabesken, die in den Kriegsfibeln weiterleben, von den vergifteten Brunnen, den erst nach 21 Monaten dementierten Fliegerangriffen auf Nürnberg, den ausgestochenen Augen, abgehackten Händen, pulvergefüllten belgischen Zigaretten usw.? Warum läßt sie die übrigen Requisiten der glanzvollen deutsch-österreichischen Kriegsregie ungenützt?

Warum spricht sie nicht von dem Extrablatt des *„Lokalanzeigers"*, das bereits am 30. Juli 1914 die deutsche Mobilisation bekanntgab, und auf dessen Geheimgeschichte — als Werk derer an der Moltke-Brücke — gerade die Kanzlerrede vom 5. d. Mts. ein neues amtliches Licht wirft? Warum nicht von der „Blutschuld", die die russische Regierung durch die russische Mobilisation auf sich geladen habe, während die zynische Provokation des österreichischen Ultimatums an Serbien der gewollte Krieg war; während die Veröffentlichung der Order zu der im geheimen längst fieberhaft betriebenen deutschen Mobilisation, wie die Kanzlerrede vom 5. d. Mts. wiederum zugibt, nur aus Gründen der Kriegsdemagogie bis zur Veröffentlichung der russischen Mobilisationsorder verzögert wurde; während die österreichische Mobilisation bereits vor der russischen erfolgt war? Warum nicht davon, daß Oesterreich schon im Sommer 1913 „unter der Maske eines Verteidigungskriegs" Serbien, gegen das es seit langem eine skandalöse wirtschaftliche und politische Abwürgungspolitik trieb, hatte überfallen wollen? Warum redet sie über den „Hetzkniff" der „Blutschuld" nicht mit der moralischen Ueberlegenheit des Grafen Reventlow („Deutsche Tages-

*) Vor hundert Jahren, im deutschen Befreiungskrieg, fand bekanntlich die preußische Regierung die „echt-preußische Idee" (Friedrich Engels) von der Verruchtheit unkonzessionierter Vaterlandsverteidigung so absurd, daß sie die Pflicht zum grausamsten Franktireurkrieg verkündete. Uebrigens wurde im deutschen Osten nach dem Geständnis deutscher Zeitungen ganz munter gegen die Russen franktiriert. Die deutsche Scharfmacherpresse warf mir voller Verachtung vor, daß ich im September 1914 bei Löwen abgelehnt hätte, gegen ausfallende belgische Truppen mit zu franktirieren.

zeitung" vom 8. d. Mts.), dieses Ravachol der Weltpolitik, der das Sprachrohr mächtigster Kreise ist? Warum beruft sie sich nicht auf das jetzt konfiszierte Zeugnis Hardens („Zukunft" vom 22. April 1916)?

Warum schweigt sie vom „Dreizack", der schon vor Dezennien „in unsere Faust" gehörte, und vom „Admiral des Atlantischen Ozeans"? Von den seit Jahren ausgearbeiteten Generalstabsplänen für den Einbruch nach Belgien, dessen nachträgliche Rechtfertigung durch die ausgeklügelte Unwahrheit von einer Preisgabe der belgischen Neutralität — durch Anschluß an die Entente — zur Gewalt und zum Treubruch noch die Heuchelei häufte? Von der Tatsache, daß 1913 die deutsche Regierung in Petersburg einen etwaigen russischen Einmarsch in Armenien als Kriegsfall erklärte? Von den geheimen deutschen Waffensendungen von 1913 nach Nordafrika — zur Bewaffnung der Eingeborenen —? Von dem unmittelbar vor dem Kriege geschlossenen deutschen Orient- und Afrika-Abkommen mit England, durch das einige die Neutralität Englands erkauft zu haben meinten, während die imperialistischen Scharfmacher, denen es eine unerträgliche Fessel dünkte, es durch Krieg zu zerreißen trachteten? Von der deutschen Riesenwehrvorlage von 1913 und den Wagenmangel-Debatten seit 1913? Von den Besonderheiten des Vertuschungsfeldzuges für Krupp und die anderen Rüstungsinteressenten, der 1913 bereits systematisch einsetzte? Von der finanziellen und sonstigen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung? Von der Geheimgeschichte der waffen-technischen Kriegsvorbereitung Deutschlands, den 42-cm-Mörsern, den Unterseebooten, den Giftgasen usw.?

Warum schafft sie nicht die noch immer verheimlichten Dokumente über die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien aus der Zeit vor dem 23. Juli 1914 zur Stelle, nach denen ich im vergangenen Herbst die Regierung im Reichstage formell fragte, eine Anfrage, auf die der Staatssekretär v. Jagow vielsagend auswich?

Die Anklage bestreitet den imperialistischen Charakter des Krieges und die deutschen Eroberungspläne. Sie möge sich bei den Impresarien der Marokkopolitik, des Panthersprungs nach Agadir, erkundigen, beim deutschen Generalstab, beim deutschen Kronprinzen, bei Herrn v. Tirpitz, bei Staatssekretär Solf, bei der Deutschen Bank und den übrigen Großbanken, bei der Schwerindustrie, als deren Lebensinteresse die Eroberung des französischen Minettegebietes (Briey und Longwy), möglichst auch des Nord-Departements mit seinen Erzfeldern, und Belgiens vor und hinter den Kulissen seit Kriegsbeginn leidenschaftlich verfochten wird, ein Kriegsziel, dem auch die jetzige Offensive auf Verdun, das „Bollwerk des französisch-belgischen Eisenbeckens" („Deutsche Tageszeitung" vom 9. d. Mts.), ganz wesentlich dient; bei Herrn Ballin und anderen Vertretern des Reederei-

kapitals (Antwerpen, Calais usw. — vergl. auch „Deutsche Tageszeitung" vom 9. d. Mts. —), bei denen um Rohrbach, bei den Alldeutschen, bei den mächtigen Wirtschaftsverbänden, die die Denkschrift vom März 1915, bei den deutschen Professoren usw., die die Denkschrift vom Sommer 1915, bei Prof. v. Amira und seinen Eidgenossen, die die Denkschrift vom März 1916 verfaßten; beim Flottenverein, bei der Kolonialgesellschaft, bei den Vorständen der bürgerlichen Parteien und Parlamentsfraktionen, bei den Teilnehmern an den Kriegszieldebatten der Budgetkommissionen des Reichs- und Landtags (die geheimen Stenogramme liegen auf den Bureaus dieser Parlamente!). Auch beim König von Bayern mit seinen dynastischen Aspirationen. Auch vor allen Dingen beim „Admiral des Atlantischen Ozeans" und beim Reichskanzler, dessen Eroberungspläne dem Reichstag — zunächst vertraulich — schon vor Jahr und Tag mitgeteilt wurden, dessen öffentliche Reden eine ganz klare Sprache führen (vergl. u. a. die Reichstagssitzung vom 5. April d. J.), und der in seiner Rede vom 5. d. Mts. unter der Maske einer Abwehr gegen Angriffe gewisser Annektionshetzer sich zur Befriedigung der eroberungswütigen „Post", „Täglichen Rundschau" und selbst der „Deutschen Tageszeitung" tatsächlich auf die Seite eben dieser Angreifer stellte (vergl. auch „Germania" vom 9. d. Mts.). Und ist nicht die Redensart von dem Frieden, der „uns für absehbare Zeit gegen einen Ueberfall (!) der vorliegenden Art sichert" gleich im Beginn des Krieges zur verschleiernden und demagogischen Bezeichnung des imperialistischen Kriegsziels in Kurs gesetzt? Möge man sich die Entrüstung über die Kriegsziele von Staatsmännern anderer Länder sparen.

Die Anklage bestreitet die Hungersnot, unter der die Masse der Bevölkerung seufzt, und versteigt sich zu der Behauptung, es mangle nicht an den erforderlichen Lebensmitteln. Die Reichstagssitzung vom 7. d. Mts. ist eine drastische Begleitmusik dazu.

Die beliebte Floskel von dem „schändlichen Aushungerungsplan" (d. h. der Blockade!) Englands (beileibe nicht der deutschen Kriegswucherer, deren Treiben erst durch die Pflichtvergessenheit der deutschen Regierung ermöglicht und gefördert worden ist!) fehlt natürlich nicht. Warum aber läßt sich die Anklage die obligaten Empörungsworte über die amerikanischen Munitionslieferungen entgehen, deren ausdrückliche völkerrechtliche Sanktion auf Drängen der *deutschen* Regierung zu Nutz und Frommen der Krupp und Genossen in die Haager Verträge aufgenommen worden ist?

Die „Friedensbereitschaft" Deutschlands? Die, wie die Anklageschrift selbst bestätigt, nichts ist, als die Bereitschaft, die Unterwerfung der Gegner, die Anerkennung des Sieges der Mittelmächte entgegenzunehmen, d. h. *Siegesbereitschaft*! Als ob die angeblichen „Friedensreden" des deutschen

Kanzlers nicht ein würdiges Gegenstück zu jenem „sentimentalen Friedens-kaiserspiel" vom Ende Juli 1914 wären, bei dem u. a. an die Solidarität der Fürsten (des Blutzaren und des deutschen Kaisers!) gegen ihre Völker appelliert wurde! Als ob der Theaterkampf, den der Kanzler am 5. d. Mts. unter dem Anschein führte, als ringe er nach Leibeskräften — ein neuer Laokoon — gegen mächtige annektionswütige Widersacher und strecke die Hände nach der Palme eines neuen „Friedensfürsten", — als ob dieser Kampf nicht in Wirklichkeit aufgeführt worden wäre nur für das beifallsfreudige Parterrepublikum gewisser „Sozialdemokraten", die man noch braucht! Und als ob ihm nicht nach dem Fall des Vorhanges alsbald ein Verbrüderungsfest lachender Auguren gefolgt wäre (vergl. „Post", „Tägliche Rundschau", „Deutsche Tageszeitung"). Als ob dieser Theaterkampf nicht eine bloße Neueinstudierung des klirrenden Turniers Bassermann-Bethmann aus dem August 1915 gewesen wäre! Spiel mit verteilten Rollen! Als ob nicht Graf Reventlow, soweit die deutsche Regierung in Betracht kommt, allen Grund hätte, zu jubeln, daß die Aussicht auf eine Verständigung mit England nun eine „hoffentlich ertrunkene Hoffnung" sei („Deutsche Tageszeitung" vom 7. d. Mts.).

Und die Stimmung der deutschen Zivilbevölkerung, der deutschen Armee? Nimmt die Anklage, gleich dem Admiralstabsbericht über die Seeschlacht am Skagerrak, „aus militärischen Gründen" Abstand, die ganze Wahrheit auszusprechen? Die jüngsten Reichstagsvorgänge passen vortrefflich zur Idylle, die die Anklage mit allem bukolischen Zauber ausstattet. Einst — lange! — stand ich im Reichstage allein, als Landesverräter kat' exochen. Andere Sozialdemokraten folgten. Und jetzt? Staatsverräter hin und Landesverräter her — wie ein Ball fliegt das Anklagewort vom Vizekanzler gegen den Konservativen Gräfe, von allerhand „Ueberpatrioten" gegen den Reichskanzler, von diesem gegen die „Piraten der öffentlichen Meinung", von der Kreissynode Köln-Stadt gegen die agrarischen und kapitalistischen „Wucherer", die „Verbündeten Englands". Ein Mummenschanz! Deutschland wimmelt von Landesverrätern! — Geduld! Es gibt noch Deutsche, die keine Landesverräter sind! Unter den patriotisch gemauserten Vaterlandsfeinden von einst, unter den Aposteln ihrer einstigen Ideale, unter den Sozialpatrioten, die sich Sozialdemokraten nennen; unter den martialisch dröhnenden Parvenu-Patrioten weiland demokratischer Couleur.

Von der Farce zur Tragödie!

Weiß die Anklage nichts von den Friedens- und Nahrungsmittel-demonstrationen und von den Hungerkrawallen in fast allen größeren Städten Deutschlands? Von den hunderten Jahren Zuchthaus und Gefäng-

nis, die deswegen verhängt wurden? Von dem fast allgemeinen Zensurverbot, diese Vorgänge und diese Prozesse zu publizieren? Von der präsidialen Zensur, die im Reichstage meine Anfragen darüber verhinderte? Weiß sie nichts von der Schutzhaft, die so viele unzufriedene Staatsbürger zwangsweise zur Raison bringen soll? Nichts von der immer häufigeren Strafe des Schützengrabens gegen politisch Verdächtige und Unruhige?

Sie wendet sich von der „feindlichen Lüge", als könne die Ruhe in Deutschland nur mit Gewalt aufrechterhalten werden. Aber ist der Belagerungszustand, der ganz Deutschland wie ein Alp bedrückt, das Volk wie eine schwere Kette zu Boden zieht, etwas anderes, als die Gewalt höchster Potenz in ein raffiniertes System gebracht? Von Oesterreich, diesem Ueberrußland, ganz zu schweigen.

Die Möglichkeit eines „inneren Zwiespaltes" scheint der Anklage als ein bloßes Gespenst! Die Kirchhofsruhe der Militärdiktatur, die den Verzweiflungsschrei der Massen erstickt, gilt ihr als „Einigkeit"!

Die Anklage rühmt den Geist der deutschen Truppen. Ja, sind denn die Militärgefängnisse und Festungen nicht so überfüllt, daß viele Tausende von bestraften Soldaten in Zivilgefängnisse haben überführt werden müssen? Weiß die Anklage nicht, daß die Fälle von Dienstverweigerung und Ungehorsam in gewissen Teilen der Front sich vielfach so vermehrt haben, daß in geheimen Armeebefehlen die Gefahr einer Zerrüttung der gesamten „Moral" der Truppen betont wurde? Ist ihr unbekannt, daß die Truppen nicht selten nur durch den Revolver der Vorgesetzten vorangetrieben werden konnten, daß nicht nur einzelne oder kleine Abteilungen, sondern mehrfach auch größere Verbände sich geweigert haben, länger an der Menschenmetzelei teilzunehmen, dem Befehl zum Sturmangriff den Gehorsam verweigert haben usw.? Daß die deutschen Soldaten im Stellungskrieg sehr oft zu den Gegnern in fast kameradschaftliche Beziehungen traten, daß diesem Fraternisieren durch Armeebefehle entgegengewirkt werden mußte und laufend durch häufigen Wechsel der Truppen vorgebeugt wird? Ahnt sie gar nicht, wie groß die Zahl der deutschen Soldaten ist, die mit mir eines Sinnes sind?

Täuscht sie sich darüber, daß die von ihr so gerühmte Haltung der leider noch großen Mehrzahl auch der deutschen Soldaten nichts weniger als rühmenswert ist? Steht nicht jeder Soldat, der sich an der imperialistischen Menschenmetzelei teilzunehmen sträubt, moralisch turmhoch über dem, der „mit Begeisterung" daran teilnimmt?

Und die Wurzeln der Tapferkeit, der „Begeisterung" der *proletarischen* Soldaten? Mangel an Klassenbewußtsein, d. h. falsche Vorstellungen über ihre Situation in der heutigen Gesellschaftsordnung, falsche Vorstellungen,

genährt durch jenes System der Täuschung, der geistigen Verkrüppelung, dessen sich die Regierungen, die herrschenden Klassen bedienen; und mangelnde Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe: *Das ist der intellektuelle Faktor!* — Künstlich erhaltene Unselbständigkeit der Massen, Einschüchterung durch drakonische Disziplin, deren Fünfteltakt nach friderizianischem Rezept ist: „Mehr Angst vor den Vorgesetzten als vor dem Feinde"; das heißt „Tapferkeit" aus Feigheit, aus Angst! „Tapferkeit" als die Wahl des kleineren Uebels! Tapferkeit auch, weil sich der einzelne im entscheidenden Moment in dringende persönliche „Notwehr" versetzt sieht. Dazu angestachelter Haß und sorgsam gezüchtete Brutalität: *Das ist der „moralische" Faktor!* — Bei vielen, die sich trotz alledem von diesen intellektuellen und moralischen Rühmlichkeiten gesäubert haben: der Irrtum, durch Siege den Frieden zu fördern, ein Irrwahn, der trotz aller krampfhaften Suggestion nach den Erfahrungen des Krieges mehr und mehr verfliegt.

Jawohl — die Proletarier-Soldaten, die „mit hohem Schwung" „jubelnd" usw. in den Tod gingen oder noch gehen, sind Opfer eines schändlichen Trugs. Die ganze Anklage aber ist ein Beweis dafür, auf wie brüchigen Pfeilern die gepriesene „Begeisterung" ruht, für die die Regierung und die herrschenden Klassen allerdings auf den Knien danken können, und für deren bisherige Erhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung allerdings die Krone des Macchiavellismus gebührt. Man wagt die Stimmung der Massen, die Disziplin der Truppen keiner sozialistischen Feuerprobe auszusetzen!

Die *Anklage* wirft *mir* „herabwürdigende Behandlung der tapferen Männer" vor. Weil ich sie aufrufe, sich aus der Würdelosigkeit ihres jetzigen Zustandes zu lösen! Weil ich den schnöden Mißbrauch, den die Herrschenden mit ihnen treiben, weil ich ihre Herabwürdigung durch die Regierenden des Dreiklassenwahlrechts schonungslos aufdecke! Der Vorwurf „herabwürdigender Behandlung der Soldaten", erhoben in einer Anklageschrift, deren Kern und Ziel eine Verteidigung des Militarismus ist, d. h. jenes Systems, das die Negation aller Menschenwürde bedeutet; das die „tapferen Männer" mit allen Mitteln der Vergewaltigung in willenlose Maschinen zu verwandeln sucht; dessen tägliches Brot Beschimpfungen und Mißhandlungen der „tapferen Männer" sind — auch jetzt im „Volkskrieg"; dessen Lebenszweck es ist, die Massen des Proletariats für Kapitalismus und Absolutismus zum Brudermord gegen ihre Klassengenossen im Ausland und nicht minder gegen ihre Klassengenossen im eigenen Land (den „inneren Feind") zu treiben! Der Vorwurf herabwürdigender Behandlung der „tapferen Männer", erhoben vom deutschen Militarismus, auf dessen Haupt — mehr als auf ein anderes — das Blut des belgischen Volkes und aller der im Krieg hingeschlachteten Millionen kommt, an dessen Händen

auch das Blut streikender und um ihre Befreiung kämpfender deutscher Arbeiter klebt!

Ueber die Legalität derer, die sich über meine Illegalität entrüsten, ist genug gesagt; über die Verfassungswidrigkeit des Belagerungszustandes, über die wirklichen Landesverräter.

Wer hat das Gesetz verletzt? Die Verfassung umgestürzt? Die Regierung! Die Militärgewalt! Meine Verfolger!

Wer trägt die Schuld an der Erregung der Massen, an ihren Demonstrationen und Verzweiflungsausbrüchen? Die Verantwortlichen des Krieges, des Belagerungszustandes, des politischen und wirtschaftlichen Elends, dem das Volk überantwortet ist! Die Regierung! Meine Verfolger!

Will man mir die Pflicht ansinnen, mich dem Imperialismus, dieser Zusammenfassung aller dem Proletariat todfeindlichen Kräfte zu verbünden? Das elementare Recht der Arbeiterklasse auf Selbstbestimmung, das Gebot des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität, steht in erhabener Souveränität über jenen angemaßten Privilegien der herrschenden Klassen, denen heute noch Mark und Leben des Volkes ausgeliefert sind.

Ich, der ich die Klassengesellschaft, den Krieg und den Militarismus grundsätzlich ablehne, anerkenne kein Gebot und kein Verbot, auch kein militärisches, das meinen politischen und sozialen Pflichten widerstreitet; auch nicht das Gebot: „Morde deinen Nächsten!" Und dafür stehen mir bessere Gründe zur Seite, als der deutschen Heeresleitung, die jenes „Not kennt kein Gebot" zur Maxime ihres Handelns erhob und das Völkerrecht zerfetzte.

Ich weiß mich dabei eins mit einer rasch wachsenden Zahl von Proletariern im Felde und in der Heimat. Und wenn der Kanzler jüngst verkündete: „Mit denen um Liebknecht" werde „das Volk nach dem Kriege abrechnen", so habe ich das Vertrauen, daß sich die Abrechnung des Volkes nach einer ganz anderen Seite richten wird — und hoffentlich gründlich und nicht erst nach dem Kriege.

Armierungssoldat *Liebknecht.*

ERKLÄRUNG IN DER HAUPTVERHANDLUNG ÜBERREICHT AM 26. JUNI 1916

In der Strafsache gegen mich werde ich in der Hauptverhandlung erklären:

Das Flugblatt „Auf zur Maifeier" und den Handzettel habe ich Ende April und auch noch am 1. Mai d. J. in Berlin und Umgebung verteilt — das Flugblatt in zwei Ausgaben mit fingiertem Drucker.

Außerhalb Berlins habe ich nicht selbst verteilt, doch war mir diese Verteilung bekannt und dringend erwünscht. Ich trage dafür die Verantwortung.

Auch für den Inhalt des Flugblattes und der Handzettel trage ich volle Verantwortung; über die Entstehung des Flugblattes und der Handzettel verweigere ich die Auskunft.

Ich war in den Ostertagen in Jena. Näheres darüber sage ich nicht aus.

An Soldaten habe ich nicht verteilt. Ich war aber damit einverstanden, erwartete und wünschte dringend, daß Flugblatt und Handzettel auch in die Hände von Soldaten kommen würden.

An der Demonstration auf dem Potsdamer Platz nahmen mehrere (wohl 10) Tausend Personen teil, die von der Polizei in drei Züge getrennt und in die Link-, die Köthener und die Königgrätzer Straße gedrängt wurden.

Auch Soldaten waren anwesend.

Ich rief mehrfach: „Nieder mit der Regierung!" „Nieder mit dem Krieg!" Auch noch, nachdem ich polizeilich festgenommen war.

Der Festnahme fügte ich mich nicht ohne weiteres, weil ich keine Lust hatte, mich durch irgendwelche Polizeifäuste von der weiteren Beteiligung an der Kundgebung abhalten zu lassen.

Ich weiß und es entspricht meinem Willen, daß Demonstration und Flugblatt im Auslande bekannt geworden sind.

Anfang Februar 1915 — bei meiner Einstellung ins Heer — ist mir auf dem Bezirkskommando V Berlin vom Bezirkskommandeur das Verbot, an revolutionären Versammlungen usw. teilzunehmen, revolutionäre Propaganda in Wort und Schrift zu treiben, revolutionäre Rufe auszustoßen, sowie das Verbot, Zivil zu tragen und Berlin zu verlassen, eröffnet worden. Auf jenes Verbot verwies mich Ende März 1915 Oberstleutnant v. Lindstedt, Kommandeur des Armierungsbataillons Dieuze (Nr. 45), dem ich zugeteilt war; ich bemerkte ihm, daß mir das Verbot bereits bekannt gemacht sei. Ein paar Redewendungen über dieses Verbot mag auch noch mein Kompagnieführer Oberleutnant Hänicke im März und April 1915 haben fallen lassen.

Dieser Vorgänge und meiner Soldaten-Eigenschaft war ich mir durchaus bewußt, als ich die inkrimierten Handlungen ausführte.

Dem Verbot habe ich zuwider gehandelt, weil es mir meine politische und soziale Pflicht gebot.

Ich wußte, daß über Berlin und Umgebung der Belagerungszustand noch verhängt ist. Freilich ist dieser Belagerungszustand verfassungswidrig — vergl. u. a. „Vorwärts" vom 28. Mai d. J. —; aber eines der traurigsten Symptome der militärischen Allmacht und der Zerrüttung

unserer sogenannten Rechtsgrundlagen ist es, daß sich noch kein Gericht gefunden hat, das gewagt hätte, wider diesen Stachel der Militärdiktatur zu löken.

Im übrigen wiederhole ich den Inhalt meiner Schriftsätze.

Den Sinn der Ausrufe „Nieder mit der Regierung!", „Nieder mit dem Krieg!" habe ich am 3. Mai gezeigt.

Dazu und zu dem Inhalt des Flugblattes ist unter dem 3., 10., 11. und 24. Juni näheres ausgeführt. Dort sind auch die patriotischen Legenden der Anklage zerpflückt.

Die Macht der kapitalistischen Regierung und der herrschenden Klassen Deutschlands wie aller anderen Länder auf allen Gebieten, auch in erster Reihe ihre *militärische* Macht zu schwächen, zu brechen und durch die bestimmende Macht des sozialistischen Proletariats zu ersetzen: das ist das politische Ziel des internationalen Sozialismus.

Im proletarischen Kampf um den Frieden, um einen Frieden im sozialistischen Geist — ohne Eroberung und Vergewaltigung — vollzieht sich heute — im Einklang mit den Beschlüssen unseres Stuttgarter Kongresses — der Kampf um jenes allgemeine Ziel der sozialen Revolution.

Diesem Ziel, diesem Kampf gelten nach meinem Willen die Demonstrationen, das Flugblatt, die Rufe.

Die höchste sozialistische Aufgabe ist es, das gesamte Proletariat für dieses Ziel, für diesen Kampf zu gewinnen; auch die proletarischen *Soldaten*, die trotz Montur, Gewaltdisziplin und Kriegsartikeln proletarische Klassenkämpfer bleiben müssen, internationale Klassenkämpfer, auch und gerade im Kriege; auch die proletarischen *Soldaten*, denen die Pflichten der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes über alle militärischen Befehle gehen müssen.

Die höchste sozialistische Aufgabe ist es, dafür zu wirken, daß in naher Zeit dem imperialistischen Mordkommando — im Staatenkriege und im Bürgerkriege — hunderttausendfältig der trotzige Ruf antwortet: „Wir werden nicht schießen!"

Die höchste sozialistische Aufgabe ist es, alles zu tun, damit die große Masse des Volks von der Gesinnung und dem Mute erfüllt werde, der dem bonapartistischen:

„Plutot la guerre que l'insurrection!"

entgegensetzt das sozialistische:

„Plutot l'insurrection, plutot la révolution que la guerre!"

Das ist das Hauptstück des Antimilitarismus.

Im Preußischen Abgeordnetenhause sagte ich am 16. März d. J.:

„Auch die geistige Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Und es ist unsere Aufgabe, der Arbeiterklasse aller Länder zuzurufen: „Ans Werk! Die im Lande wie in den Schützengräben, sie sollen die Waffen senken und sich gegen den gemeinsamen Feind kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt."

In diesem Sinne begrüße ich es, in diesem Sinne entspringt es nur meinem dringenden Willen, wenn das Flugblatt und der Handzettel auch unter den Soldaten Verbreitung fand.

Aber den Vorwurf des Landesverrats schleudere ich denen zurück, die diesen räuberischsten aller Raubkriege in schnöder Weise und unter einer infamen Regie um ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen willen entfesselt haben und weiterführen; denen die Verelendung ganz Europas zur Last fällt; an deren Händen das Blut von Millionen klebt; der deutschen Regierung, den deutschen Imperialisten; denen, die sich bei ihrer Anklage gegen mich in der Kumpanei der schlimmsten Kriegshetzer des feindlichen Auslandes befinden, und die noch immer nicht einmal den Mut aufbringen, die Konsequenz ihrer eigenen Beschuldigung gegen mich zu ziehen. Wo heute noch die wirklichen Landesverräter sitzen — nicht auf der Anklagebank! — das habe ich am 3. Juni gezeigt.

Ich beharre bei meiner politischen, bei meiner internationalen sozialistischen Ueberzeugung, gleichviel, wie das Gericht entscheiden wird.

Ich werde meinen politischen Kampf, meinen internationalen sozialistischen Kampf unbeirrt nach meinen Kräften fortsetzen, mag das Urteil lauten, wie es will.

Armierungssoldat *Liebknecht.*

VERTEIDIGUNG VOR DEM KRIEGSGERICHT

Angeklagter: „Zuchthaus!" „Verlust der Ehrenrechte!" Nun wohl! Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: kein General trug je eine Uniform mit so viel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. —

Ich bin hier, um anzuklagen, nicht — um mich zu verteidigen!

Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg ist für mich die Losung! — Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!

Der *Anklagevertreter* beklagt sich erregt über die Angriffe, die der Angeklagte gegen ihn gerichtet habe, und beruft sich darauf, wie das Volk über den Angeklagten urteile.

Angeklagter: Man vergegenwärtige sich: Der Anklagevertreter schilt mich ehrlos, beantragt sechs Jahre und einige Monate Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Ich gebe ihm einige Worte nur allzu berechtigter Kritik, und er, der mir sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust — eine Kleinigkeit! — zudenkt, gerät aus dem Häuschen! Der Anklagevertreter hat das Volk gegen mich aufgerufen. Ei, tun Sie das doch nicht bloß in Worten, nicht bloß in zehnfach verriegelter Verhandlung, die sich vor dem Volke versteckt. Nehmen Sie doch dem Volke die Knebel und Handschellen des Belagerungszustandes ab! Rufen Sie das Volk zusammen, hier und wo Sie wollen, und die Soldaten im Felde, wo Sie wollen! Und lassen Sie uns vor die Versammelten treten, vor *ihr* Gericht — auf der einen Seite Sie alle, der ganze Gerichtshof, der Anklagevertreter und auch die Herren da drüben vom Generalstab, Kriegsministerium und Kriegspresseamt und wen Sie sonst wollen. Auf der anderen Seite ich ganz allein oder einer meiner Freunde. Wo die Masse des Volkes stehen wird, wenn der Vorhang des Trugs von seinen Augen gerissen sein wird, ob bei Ihnen oder bei mir — *ich zweifle nicht!*

Der *Angeklagte* ruft: Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!

Der *Anklagevertreter* beantragt Ausschluß der Oeffentlichkeit für die Verkündung der Urteilsgründe.

Angeklagter: Wirklich, Sie haben allen Anlaß, dazu die „Oeffentlichkeit" auszuschließen.

Die Oeffentlichkeit wird für die Beratung über den Antrag ausgeschlossen.

GEGEN DIE OFFIZIELLE DEUTSCHE PARTEI

REDE AUF DEM PARTEITAG ZU ESSEN 1907

. . . Ich bin durchaus kein Freund von Splitterrichterei und bin auch der Ansicht, daß man bei der Kritik nicht einzelne Worte aus einer Rede herausgreifen soll. So liegt es aber im vorliegenden Falle nicht. Die Rede Noskes war keine x-beliebige Volksversammlungsrede. Noske sprach als Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage und an solche Reden, die doch einen autoritativen Charakter haben, muß selbstverständlich ein scharfer Maßstab angelegt werden. Ich habe die Auffassung, daß Noske bei seiner Rede ähnlich wie in gewissem Umfange auch Bebel unter dem deprimierenden Einfluß des Wahlausfalls gestanden hat. *(Sehr richtig!)* Die ganzen Debatten der damaligen Zeit sind nicht gerade besonders rühmlich für unsere Partei gewesen. Und Noske ist am stärksten auf den nationalistischen Rummel hereingefallen, der während der Wahl gemacht worden ist, und dem wir ja zweifellos mancherlei Niederlagen zu verdanken haben. Noske wollte nach seinen einleitenden Worten die Bestrebungen, denen wir gegenüber dem Militarismus „nachgehen", klarstellen, „unbeschreiblich und unbegreiflich falschen Ansichten über diese Bestrebungen" entgegentreten. Was sind das nun für „unbeschreiblich falsche Ansichten"? Noske betont in seiner Rede wiederholt mit Nachdruck, daß die Sozialdemokratie weit davon entfernt sei, die Abschaffung des Heeres zu verlangen. Gleich im Anfang weist er es als eine Unterstellung zurück, als ob wir den Standpunkt des Alles-oder-Nichts in der Militärfrage vertreten und fährt fort: Wo ist es jemals einem Sozialdemokraten eingefallen, die plötzliche Abschaffung des Heeres zu verlangen? Er betont immer wiederholt, daß die Sozialdemokratie bei ihren Forderungen Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit der Nation nehme. Das immerwährende Betonen der Notwendigkeit, daß Deutschland wehrhaft bleibe, sollten wir doch den Kriegervereinlern überlassen. *(Sehr gut!)* Noske forderte u. a. eine Einschränkung der Militärkapellen; selbst dabei hielt er es für nötig, zu versichern, auch diese Einschränkung solle nur soweit gehen, als es möglich sei, ohne dadurch eine Beeinträchtigung der Schlagfertigkeit des Heeres herbeizuführen. *(Heiterkeit.)* Weiter weist Noske die Behauptung der Gegner zurück, als wenn die Sozialdemokraten überhaupt keine Soldaten

wollten. „Niemals ist von sozialdemokratischer Seite die Aufhebung der Armee gefordert worden!“ Er fährt fort: Natürlich könne ein einzelner Staat nicht an Abrüstung denken. Wenn wir anerkennten, daß im Augenblick es für Deutschland ganz ausgeschlossen sei, die Abrüstung vorzunehmen, so müßten wir uns doch gegen das ewige Wettrüsten wenden. Ich gebe gern zu, daß, wenn man sich Mühe gibt, man aus diesen Worten wohl einen richtigen Gedankengang herausfindet, aber das fortgesetzte Betonen der Notwendigkeit, daß Deutschland stark gerüstet sei, gibt der Rede den Grundton. Es kommt nicht auf den logischen Inhalt der Worte an, sondern auf den „Kriegervereinston“, auf den diese Rede gestimmt ist. Der Kriegsminister hatte eine Stelle aus meiner Broschüre angeführt, wo ich davon spreche, daß die Militärmißhandlungen besonders geeignet seien, um eine grundlegende Kritik am Militarismus zu üben. Durch einen Zwischenruf Bebels — ich weiß nicht, ob er ihn gebraucht hat, der stenographische Bericht verzeichnet ihn —, soll diese Stelle desavouiert worden sein, obwohl das doch nur eine Auffassung ist, die unsere Partei, solange sie überhaupt antimilitaristische Propaganda treibt, allenthalben vertreten hat. Natürlich wandte sich auch Noske gegen diese Selbstverständlichkeit. Noske wies weiter die Behauptung des Kriegsministers zurück, daß wir den Leuten den Heeresdienst verekeln wollten. Zur Widerlegung behauptete er, auf drei Parteitagen sei einmütig der Antrag abgelehnt worden, eine Propaganda in der Kaserne zu betreiben. Ein Antrag, in der Kaserne Agitation zu treiben, ist aber nie auf einem Parteitag gestellt worden. Noskes Behauptung ist ebenso unrichtig wie unvorsichtig. Im übrigen wollen wir allerdings dem Proletariat den Kasernendrill verekeln. Es fragt sich nur wie und in welchem Sinne. Auch den angeblich schweren Vorwurf des Kriegsministers, wir wollten die Disziplin im Heere untergraben, glaubte Noske ohne jede Einschränkung zurückweisen zu müssen. Er verweist darauf, daß wir auch in der Partei Disziplin fordern. Gewiß, aber wir freuen uns, wenn die Disziplin innerhalb des Heeres nicht so gut ist, wie innerhalb der Sozialdemokratie. *(Heiterkeit.)* In der Beurteilung von Angriffskriegen, sagt Noske weiter, stimmen wir (das heißt die Sozialdemokratie und der Kriegsminister) „absolut überein“. „Da gibt es gar keinen Unterschied“ — nämlich zwischen dem Kriegsminister und Noske. *(Heiterkeit.)* Das ist doch ein Zu-Tode-Hetzen des unglückseligen Ausdrucks Angriffskrieg, wie er Gott sei Dank bis jetzt auch bei uns noch nicht üblich war. Der Schluß von Noskes Rede lautet: „Wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist!“ So schließt ein Sozialdemokrat eine Rede! In der ganzen Rede Noskes kommt nicht mit einem Worte der Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Es wird nicht

betont, daß wir den Militarismus als ein dem Interesse der herrschenden Klassen dienendes Klasseninstrument bekämpfen. Nicht eine Silbe von internationaler Solidarität, gleich als ob die Aufgaben der Sozialdemokratie an den schwarz-weiß-roten Grenzpfählen aufhören. Die ganze Rede ist ein fortgesetztes Betonen unseres Patriotismus in einer Art Hurrastimmung. Es fehlt jede Hervorhebung unseres prinzipiellen Standpunktes, und deshalb hat sie mit Recht scharfe Zurückweisung gefunden. *(Lebh. Beifall.)*

KLEINE MISSVERSTÄNDNISSE

Scheidemann und Genossen können mit Recht erbittert über schwarzen Undank klagen. Seit Jahr und Tag arbeiten sie im Schweiße ihres Angesichts, um der Regierung das Geschäft zu erleichtern. Sie bewilligen sämtliche Kriegskredite. Sie schreiben Broschüren, Zeitungsartikel und predigen reisend in Volksversammlungen das „Durchhalten" im Völkermord. Sie verfolgen mit allen Mitteln die Opposition im Lager der Sozialdemokratie. Sie tun alles, um den leise herannahenden Gewittersturm der Volksmassen gegen den Krieg zu beschwören. Sie suchen ihn mit Fluten denunziatorischer Flugblätter gegen „anonyme" Aufwiegler zu bannen und gehen so der siebenten Abteilung des Königlichen Polizeipräsidiums (Politische Geheimpolizei) kräftig an die Hand. Sie sind endlich auf den witzigsten aller bisherigen Einfälle gekommen: auf die famose „Friedenspetition", die den Wind des Massengrolls abfangen soll, damit er, statt zum Sturm anzuwachsen, im harmlosen Drehen einer niedlichen Windmühle gefesselt wird. Den beunruhigten Löwen, der sich vom langen trägen Schlaf erhebt und anfängt, seine Mähne zu schütteln, wollen sie zu einem gelehrigen Pudel abrichten, der auf den Hinterpfoten schön tut und auf Kommando „bitte, bitte um Frieden!" macht. Scheidemann und Genossen tun alles und unterlassen nichts, um die Regierung zu stärken, das Proletariat zu demoralisieren, kurz — den Krieg zu verlängern. „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?" können sie mit Recht den heutigen Machthabern zurufen.

Aber o weh! Man würdigt sie „dort" nicht ganz nach Verdienst. Man ist undankbar. Man ist sogar mißtrauisch.

Ist es zum Beispiel erhört? Scheidemann geht extra nach Breslau und streut dem Reichskanzler in einer gewaltigen Volksversammlung Blumen vor die Füße, er stellt ihm auf Grund einer „vertraulichen" Unterredung das Zeugnis aus, daß Bethmann nicht im Traume an Annexionen denke — „dies Kind, kein Engel ist so rein!" Und da erfolgt sofort in der „Norddeutschen Allgemeinen" ein kategorisches Dementi desselben Bethmann, der

die eifrigen Anbiederungen seines Freundes Scheidemann mit eisiger Kälte abschüttelt! Ja, es kommt noch besser: diese selbe brillante Breslauer Rede Philipp Scheidemanns, die als Broschüre die Herzen aller Volksgenossen für den Reichskanzler und die Fortsetzung des Krieges gewinnen sollte, begegnete zunächst großen Schwierigkeiten bei der Herausgabe. Philipp Scheidemann mußte wieder im Laufen von einem geheimrätlichen Vorzimmer zum andern ein Paar Stiefelsohlen durchlaufen, bis man ihm erlaubt hatte, seine patriotische Broschüre zu verbreiten. Ist es erhört?!

Und nun gar die Tragikomödie mit der „Friedenspetition". Das patente Mittel gegen Friedensdemonstrationen und politische Massenstreiks, das die Männer des 4. August ausgeklügelt haben, ist in einigen Bezirken von den Militärkommandos verboten worden! Die alten Haudegen des Belagerungszustandes trauen nämlich dem Burgfrieden nicht ganz. Sie wissen, daß die Scheidemann und Genossen die Massen nicht mehr im Zügel haben und daß in Zeiten der allgemeinen Erregung und gewitterhaften Spannung die „bestgemeinten" Experimente manchmal ganz unerwartete Resultate zeitigen. Sie, die Träger der rohen Gewalt und der unverblümten Reaktion, erraten mit dem sicheren Instinkt der Herrschenden, daß „auf dem Markte der Geschichte" die Verkleidung nicht gilt. Sie verlassen sich deshalb lieber auf Polizei, Gefängnis und Zensur, als auf die Schlaumeierei der Scheidemänner. Und der arme Parteivorstand muß wieder von Vorzimmer zu Vorzimmer laufen und vor jedem „Diensthabenden" seine Weste aufknöpfen, sein verkanntes reines Herz bloßlegen, um das „kleine Mißverständnis" zu zerstreuen und für die „Friedenspetition" den Segen sämtlicher Armeekorpskommandanten zu erbetteln!

Solche kleinen Mißverständnisse sind übrigens schon anderen Petitionen und anderen Leuten passiert. Auch dem Popen Gapon z. B., der vor dem Ausbruch der russischen Revolution in Petersburg zarentreue Arbeitervereine gründete, um der revolutionären Agitation der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die zarische Regierung machte dem eifrigen Manne jede erdenkliche Schwierigkeit. Man löste seine Vereine auf, Gendarmen verhafteten seine treuen Schäflein. Und diese kleinen Mißverständnisse. Der Zug der „Bittenden", die der Pope Gapon am 22. Januar 1905 vor das Zarenschloß führte, um dort eine untertänigste Petition mit der Bitte um politische Freiheiten dem Väterchen Zaren zu Füßen zu legen, wurde vom Militär Väterchens mit blauen Bohnen begrüßt und die rührende Massenbitte verwandelte sich unversehens in eine blutige Massenmetzelei, die das Signal zum Ausbruch der Revolution gab.

Solche peinliche Ueberraschungen erwachsen mitunter in Zeiten elektrischer Spannungen der Weltgeschichte, in denen leichte Harlekinaden und

Karnevalsmasken manchmal plötzlich zu einer furchtbar tragischen Grimasse erstarren. Es wäre wirklich zum Lachen, wenn z. B. die braven Scheidemann, Ebert und Braun, von den genasführten Massen gedrängt, sich an die Spitze eines untertänigsten Bittzuges treuer Volksgenossen zum Reichskanzlerpalais stellten und, plötzlich mit blauen Bohnen traktiert, als erste Opfer eines revolutionären Massenkampfes in Deutschland aufs Pflaster fielen.

Ob sie innerlich nicht doch ein leises Unbehagen bei diesem Spielen mit dem Feuer beschleicht? Um den Frieden läßt sich nämlich bei der Säbeldiktatur beinahe so schlecht „bitten", wie um die politische Freiheit beim Blutzaren. . . .

RESOLUTION AN DEN PARTEIVORSTAND VOM 29. SEPTEMBER 1914

N. N., den 29. Oktober 1914.

Der Kreisvorstand des Kreises N. N. und der Vorstand des Ortsvereins N. N. beschließen in kombinierter Sitzung:

Den Parteivorstand zu ersuchen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Partei und insbesondere die Parteipresse den Grundsätzen unseres Parteiprogramms entsprechend geleitet wird, daß den sich immer mehr häufenden groben Verstößen gegen das Parteiprogramm mit Nachdruck entgegengetreten wird und daß der Parteivorstand im geeigneten Moment eine öffentliche Kundgebung gegen die Annexionspolitik und für baldigen Frieden erläßt.

Antwort des Parteivorstandes vom 5. Oktober 1914:

Werter Genosse!

Der Parteitag hat von der uns übermittelten Resolution der kombinierten Sitzung des Kreisvorstandes des Wahlkreises N. N. und des Ortsvorstandes von N. N. Kenntnis genommen. Wir haben zu dieser Resolution zu bemerken, daß der Parteivorstand, soweit das notwendig war und soweit das möglich war, im Sinne der in der Resolution enthaltenen Wünsche gewirkt hat, und daß es deshalb einer solchen Resolution nicht bedurfte.

Mit Parteigruß

(gez.) *Müller.*

BRIEFWECHSEL MIT DEM PARTEIVORSTAND VOM 7. OKTOBER 1914 UND 10. OKTOBER 1914

Berlin SW. 68, den 7. Oktober 1914.

Herrn Dr. *Karl Liebknecht,* Groß-Lichterfelde b. Bln., Hortensienstr. 14.

Werter Genosse!

In der Unterredung, die wir am 2. d. M. mit Ihnen gehabt, und in dem Briefe, den Sie uns am gleichen Tage geschrieben haben, betonten Sie zur Rechtfertigung Ihrer Tätigkeit in Holland und Belgien, daß es „ein Gebot der Selbstachtung, vor allem aber ein Interesse der deutschen Partei gewesen sei, gegenüber den unwahren Darstellungen über die jüngsten Parteivorgänge, die geflissentlich im Auslande wie im Inlande verbreitet würden", die wirklichen Vorgänge zu schildern.

Wir wollen nicht unterlassen, Ihnen mitzuteilen, daß wir Ihr Vorgehen sehr bedauern, denn ebensowenig wie einen der anderen Genossen, auf die Sie hinweisen, hat die Parteileitung Sie ermächtigt, zwecks Wahrnehmung der „Interessen der deutschen Partei" im Auslande tätig zu sein.

Das zu tun ist, wie wir im vollen Einverständnis mit dem Parteiausschuß ausdrücklich betonen, einzig und allein Aufgabe der Parteileitung, die ihre Pflichten auch in dieser Beziehung nach bestem Gewissen getan zu haben glaubt.

Ihr Verhalten in Stuttgart ist nach Ihrer eigenen Darstellung noch mehr zu verurteilen, als Ihre Tätigkeit in Holland und Belgien. Wenn Sie sich berufen glauben, die deutsche Sozialdemokratie gründlich zu regenerieren, dann müssen wir Sie schon bitten, diese Tätigkeit zu vertagen, bis Fragen der Taktik und des Parteiprogramms in voller Oeffentlichkeit erörtert werden können, damit die Genossen, die anderer Meinung sind als Sie, die Möglichkeit haben, Ihnen entgegenzutreten.

Den Standpunkt, den wir in diesem Schreiben Ihnen gegenüber vertreten, nehmen wir selbstverständlich allen Genossen gegenüber ein.

Ihrem Wunsche gemäß werden wir Ihr Schreiben vom 2. d. M. als Formulierung Ihrer Erklärungen in der Parteivorstandssitzung vom selben Tage unserm Protokoll beifügen.

Mit Parteigruß (gez.) *Scheidemann.*

Berlin, den 10. Oktober 1914.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin).

Werte Genossen!

Die Wahrung der Parteiinteressen ist kein Monopol der Parteileitung, wenn sie auch eine Pflicht der Parteileitung ist. Jeder Parteigenosse teilt

diese Pflicht; Presse, Versammlungen, parteigenössische Besprechungen dienen ihrer Erfüllung. Noch sind wir so verdammt demokratisch, daß jeder Parteigenosse im Parteiinteresse auch gegen die höchsten Parteiinstanzen Front machen darf.

In diesen Grenzen habe ich mich gehalten; diese Grenzen lasse ich mir nicht streitig machen, von niemand; andere Grenzen lasse ich mir nicht vorschreiben, von niemand.

Auch als ich mit den ausländischen Genossen sprach, blieb ich in diesen Grenzen. Die Internationale ist trotz allem für mich noch kein leerer Wahn. Die holländischen und nicht minder die belgischen Genossen sind für mich auch heute noch Genossen, Freunde, Brüder, nach wie vor, ohne jeden Vorbehalt. Meine Empfindungen für unsere Genossen in dem armen unglückseligen Belgien sind nur noch herzlicher geworden — trotz alledem. Genau wie für unsere französischen Genossen. Und ich weiß, daß ich dafür auch in der deutschen Sozialdemokratie Verständnis finde. Auch wenn ich sie beim Parteivorstand nicht finde, beim Parteivorstand, dessen Emissäre im Ausland u. a. den deutschen Ueberfall auf Belgien verteidigt und faktisch fast wie Herolde des deutschen Imperialismus gewirkt haben; beim Parteivorstand, unter dessen Augen die Partei immer tiefer in die masurischen Sümpfe eines seichten Nationalismus und Illusionismus gerät und Position auf Position — bis zur kommandierten — zeitweiligen — öffentlichen Abschwörung des Klassenkampfes ohne nennenswerten Kampf räumt; beim Parteivorstand, der die Anregung auf verschärfte Propaganda gegen die Annexionshetze, diese Ausgeburt der imperialistischen Raserei, zurückwies, die am 31. August in Aussicht gestellte Proklamation gegen die Annexionspolitik und für den Frieden bis heute nicht erlassen hat, wohl aber eine Proklamation gegen Entgleisungen ausländischer Genossen und Bruderparteien; der nicht dagegen einschreitet, wenn der Brandenburger Provinzvorstand unter Führung eines Parteivorstandsmitgliedes statutwidrig meinen Wahlkreis an einer Kundgebung gegen den wahnwitzigen Völkermord zu hindern sucht, der aber unter Drohungen die Opposition gegen seine überopportunistische Politik niederzuschlagen versuchte.

Was lag der Erörterung im Parteiausschuß zugrunde? Eine einseitige mindestens unvollständige Darstellung, die schon phantastische und widerwärtige Klatschereien geboren hat. Mich hatte man weder in noch vor der Sitzung gehört! So saß man über mich zu Gericht nicht nur im Parteiausschuß, sondern auch in der Redakteurkonferenz; und zwar auf Veranlassung des Parteivorstandes! Fünf Tage, nachdem mich der Parteivorstand zweimal in contumaciam hatte verurteilen lassen, wurde derselbe Parteivorstand meiner „habhaft", um mich post festum zu hören. Ich nagele das

hiermit fest. Es ist schwer, dabei die Ruhe zu bewahren. Im übrigen: Der Parteiausschuß hat keinen Beschluß gefaßt; er konnte auch keinen fassen; nicht einmal ein Parteitag könnte das, ohne zugleich Parteistatut, Parteiprogramm und das bisherige Wesen der Partei gründlich zu ändern.

Ihre Auslassung über Stuttgart ist wohl nicht ganz ernst gemeint, obwohl die Sache ernst genug ist. Nicht darum handelt es sich, als fühlte ich mich „berufen", die „deutsche Sozialdemokratie gründlich zu regenerieren", sondern daß ich meine pflichtgemäß gewonnene Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Regeneration pflichtgemäß ausgesprochen habe. Und mag meine Ueberzeugung noch so unmaßgeblich sein, das Recht, sie zu verfechten, beruht auf einem festeren Grunde, als der jetzt vom Parteivorstand unternommene Versuch, mir dieses Recht zu verschränken.

Nicht wenig verblüfft mich Ihr Verlangen nach Rücksicht auf die Wehrlosigkeit der — Kreditbewilligungsfreunde und Parteinationalisten, d. h. der Genossen, über denen jetzt die Regierungssonne trotz des Belagerungszustandes heller strahlt als je zuvor über einem Sozialdemokraten und heller, als ich wünschte, daß sie je über einem Sozialdemokraten gestrahlt hätte. Ich bitte, aus dem Vorwärtsbericht über die Fischersche Versammlung vom 6. d. Mts., diesem Lorbeerblatt, zu entnehmen: Welche Ansicht heute in Wahrheit unterdrückt ist und welche Ansicht ganz ungeniert „in voller Oeffentlichkeit" erörtert wird, unter dem Schutze ihrer militärischgesicherten Unantastbarkeit.

Die Erörterung in Stuttgart fand, wie Sie wissen, nicht „in voller Oeffentlichkeit" statt, weil für sie nicht die gleiche Meinungsfreiheit besteht wie für Darlegungen à la Fischer. Es handelt sich, wie Sie wissen, um eine geschlossene Sitzung der Parteifunktionäre, in der mit genau derselben Legitimation Fragen der Taktik und des Parteiprogramms verhandelt wurden, wie im Parteiausschuß, in der Redakteurkonferenz, im Parteivorstand und im Berliner Zentralvorstand. Ich kann mein Befremden nicht verhehlen, daß es nötig ist, dergleichen Selbstverständlichkeiten zu betonen. In Stuttgart obwaltete zudem das höchste Maß von Loyalität: zur fraglichen Sitzung war Genosse Keil ausdrücklich eingeladen.

Nach alledem lehne ich sowohl das Bedauern wie die Verurteilung, mit denen mich Ihr Schreiben bedenkt, durchaus ab. Zu bedauern ist etwas ganz anderes: das ungerechtfertigte, ja unbegreifliche Vorgehen des Parteivorstandes gegen mich.

Das politische Prinzip für die gegenwärtige Situation muß sein: Wie die Sozialdemokratie zur Intensierung des Krieges international gewirkt hat, so kann sie noch heute, auch während des kriegerischen Prozesses, zu seiner Schwächung, Hemmung, international wirken. Das Signal dazu hat die

deutsche Sozialdemokratie zu geben, wie sie das Signal zur Intensierung des Krieges gegeben hat, jedenfalls die schwerste Schuld, eine schwerere als die übrigen Bruderparteien, an dieser Intensierung auf sich geladen haben. Ich fordere, daß dieses Signal gegeben wird. Den ausländischen Genossen habe ich von der in Aussicht gestellten Proklamation des deutschen Parteivorstandes gesprochen, die die deutsche Sozialdemokratie vor der Internationale wohl hätte rehabilitieren können.

Natürlich ist die Internationale unsterblich, weil und solange ihre objektiven Ursachen dauern. Nur ist die Frage, auf welchem Wege und in welcher Form sie wieder auferstehen wird; jedenfalls nicht ohne gründlichste Läuterung.

Mit Parteigruß (gez.) *Karl Liebknecht.*

SITZUNGEN DER REICHSTAGSFRAKTION VOM 2. BIS 4. FEBRUAR 1915

. . . Im Handumdrehen wurde aus dem Anklagetribunal gegen Südekum eine Sternkammer gegen Liebknecht und Ledebour. Südekum verließ die Sitzungen als Triumphator — ein sanfter Tadel des Parteivorstandes, der ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit erteilt war, erhöhte nur den Reiz des gesicherten Wohlwollens, mit dem sich die Fraktionsmehrheit für den freiwilligen Regierungskommissar aufwarf. Durch einen theoretischen Beschluß wurde sein Verhalten prinzipiell geradezu gebilligt.

Zum Fall Liebknecht lagen 3 Anträge vor.

1. Der *Fraktionsvorstand* schlägt vor:

Die Abstimmung der Fraktion im Plenum des Reichstages hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist.

Glaubt ein Fraktionsmitglied nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.

2. *Legien* fordert den Ausschluß Liebknechts aus der Fraktion.

3. *Frohme* beantragt:

Die Fraktion schließt sich der über die Abstimmung Liebknechts abgegebenen Erklärung des Fraktionsvorstandes vom 2. Dezember 1914 an. Sie verurteilt den von Liebknecht begangenen Disziplinarbruch aufs schärfste.

Sie weist die von ihm verbreitete Begründung seiner Abstimmung als unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie entschieden zurück.

Ebenso verurteilt sie die von Liebknecht im Ausland verbreiteten irreführenden Mitteilungen über Vorgänge innerhalb der Partei.

Da der Fraktion nach dem Organisationsstatut nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen zusteht, so muß sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag anheimstellen.

Hierzu stellt *Bernstein* seinen Abänderungsantrag, der anerkennt, daß Liebknecht im guten Glauben und in bester Ueberzeugung gehandelt habe.

Schöpflin behauptet, Liebknecht fahre bei der Jugend von 15 bis 16 Jahren herum und lasse sich von ihr in allerhand Konventikeln Vertrauensvoten ausstellen. Auch *Legien* und andere reden von Konventikeln Liebknechts und dergl. *Liebknecht* stellt fest, daß ihm ganz ohne sein Zutun von einigen Jugendsektionen der Wahlvereine, die die Genossen von 18—21 Jahren umfassen, schriftliche Zustimmungserklärungen übersandt seien, daß er ferner einmal an einer Besprechung von erwachsenen Jugendleitern teilgenommen habe, in der kein Mensch daran gedacht habe, irgendwelche Beschlüsse oder Resolutionen auch nur anzuregen; er habe ausschließlich in Wahlvereinen und Gewerkschaften referiert, und zwar in ordnungsmäßig berufenen Mitgliederversammlungen, Vertrauensmännerkonferenzen, Zahlabenden, Generalversammlungen, auf Einladung der dazu statutgemäß berufenen Instanzen; zumeist hatten Verfechter der Kreditbewilligung in diesen Versammlungen schon vorher gesprochen, oder es fand Referat und Korreferat statt; das Schlagwort von den Konventikeln sei ebenso bequem wie unwahr; nie hätte so sehr, wie heute, Politik in die Jugend, das Kanonenfutter von morgen oder gar heute, gehört; gar mancher Genosse von der Majorität habe zum Entzücken der Regierung und aller Imperialisten bei der Jugend hurrapatriotisch agitiert: im neuen Jugendkalender schütte Heinrich Schulz Patriotismus und Kriegsbegeisterung eimerweise aus.

Heine meint, Liebknecht habe damit Schöpflins Behauptung bestätigt.

Liebknecht erklärt es als sein gutes Recht, mit ausländischen Parteigenossen, die doch auch Parteigenossen seien, über Vorgänge in der deutschen Partei, die bekanntzugeben das Interesse der Arbeiterbewegung erfordere, ebenso offen zu sprechen, wie mit deutschen Genossen. Er verweist auf den Bericht der belgischen Partei über den Besuch von vier deutschen Genossen (abgedruckt in der Humanité vom 17./18. Dezember 1914). Daraus ergebe sich, daß Genosse Wendel den belgischen Freunden allerhand — übrigens unzutreffende oder doch mißverstandene — Mitteilungen über interne Fraktionsvorgänge gemacht habe. Nur in Anknüpfung daran und an irreführende Mitteilungen der Genossen Südekum, Fischer und Scheidemann im Auslande, sowie an den bekannten Artikel des Genossen Pannekoek in der holländischen „Tribune" habe auch er den ausländischen Freunden einiges berichtet, was zur Aufklärung gerade im Interesse der deutschen Partei gedient hat. Er habe sich dabei an unbestreitbare und unbestrittene Tatsachen gehalten; in den nachträglichen Aufzeichnungen der belgischen Genossen seien, wie der Bericht der „Humanité" zeige, manche Irrtümer untergelaufen, für die er selbstverständlich keine Verantwortung trage. Er verlange, daß man ihm wenigstens *eine* von ihm verbreitete irreführende Mitteilung nenne und nachweise. Er bestreite, irgend eine solche Mitteilung gemacht zu haben. Ein Mitglied des Parteivorstandes verbreitet im Ausland deutsche Weißbücher — in sonderbarer Selbsttäuschung; denn das deutsche Weißbuch ist für die deutsche Regierung höchst kompromittierlich. Legien trägt die Parteiangelegenheiten auf den Markt. Heine zerrt Einzelheiten aus der Fraktionsberatung vom 30. November in die Oeffentlichkeit des Auslandes („Berner Tageblatt"); offizielle Parteigesandte (Fischer, Südekum u. a.) diskreditieren die Partei durch unzutreffende und unsozialdemokratische Artikel und Aeußerungen im Ausland. Aber gegen ihn (Liebknecht), der kein unrichtiges

oder irreführendes Wort gesprochen habe, schreite man ein. Weshalb? Weil er einen anderen, der Fraktionsmehrheit unbequemen politischen Standpunkt verfechte.

Heine wirft ein, er habe seine Indiskretionen aus der Fraktion nur in Abwehr gegen Liebknechts Mitteilungen begangen.

Liebknecht erwidert, in solcher Abwehr habe *er* sich befunden; Heines ausländischer Artikel sei eine Polemik gegen seine Abstimmungsbegründung, die von Rechts wegen in den stenographischen Reichstagsbericht gehörte und nur durch einen Willkürakt des Präsidenten unterdrückt sei; von Mitteilungen sei hier gar keine Rede gewesen.

Ledebour meint, die Separatabstimmung Liebknechts sei ein politischer Fehler gewesen; sie verwische die Spur und treibe zur Scheidung der Geister auf einer falschen Linie. *Liebknecht* *) entgegnete, wer dem Zusammenarbeiten mit einer Gruppe von Anhängern der Kreditbewilligung das Wort rede, solle diesen Vorwurf am wenigsten erheben; solche Duldsamkeit nach rechts gebe ihm Anspruch auf Duldsamkeit nach links; nicht er verwische die Spur, viel eher wer, obwohl sachlich im wesentlichen der gleichen Auffassung, seine Polemik dennoch hauptsächlich gegen ihn kehre; Aufrüttelung und Klärung sei heute vonnöten, nicht Sammlung auf irgend einer mittleren Linie.

Heine und andere werfen Liebknecht fanatischen Haß gegen Deutschland vor; er gefährde die Interessen Deutschlands durch seine Angriffe gegen die Regierung.

Liebknecht weist diese aus beschränktem Nationalismus geborenen Insinuationen weit von sich. Seit wann sei Burgfrieden — Knechtseligkeit Programmpflicht der Sozialdemokratie? Seit wann habe man vergessen, daß die Fähigkeit eines Volkes, Opposition zu treiben und zu ertragen, d. h. frei zu sein und zu handeln, kein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke, der Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist? Eine Hörigen- und Leibeigenenpolitik des Duckens, eine Kasernenhofpolitik des Strammstehens, eine Untertanenpolitik des Maulhaltens und Parierens könne nur den Feinden der Arbeiterklasse und jedes politischen Fortschritts erwünscht und dienlich sein.

Die Bewilligung der Kriegskredite verletze das Interesse des deutschen und des internationalen Proletariats tödlich. Eine Politik der proletarischen Opposition, eine Politik des internationalen Klassenkampfes gegen den Krieg sei geboten. Die Sozialdemokratie habe nicht auf Verschärfung, sondern auf eine internationale Abschwächung des Krieges, nicht auf völlige „Niederwerfung" der „Feinde" — d. h. auf einen Frieden der Vergewaltigung und Eroberung im Sinne des Imperialismus —, sondern auf einen Frieden ohne Eroberung und Demütigung der Beteiligten, d. h. auf einen Frieden im sozialistischen Sinne hinzuwirken. Diese proletarische Klassenkampfpolitik sei selbst bei momentaner praktischer Aussichtslosigkeit geboten, da die Sozialdemokratie unter allen Umständen auch gegen eine kompakte und gewalttätige Uebermacht ihre eigenen politischen Ziele zu verfolgen habe — in weitausschauender Erkenntnis der proletarischen Zukunftsinteressen, im Bewußtsein der Pflicht, sich selbst auch in schwersten Zeiten treu zu bleiben und im Bewußtsein des Vertrauens und der gewaltig wirkenden Kraft, die der Partei aus unverbrüchlicher Programmtreue und unerschütterlicher Festigkeit schließlich, alle Opfer hundertfältig lohnend, erwachsen werde. Die Sozialdemokratie und

*) L. spricht in der dritten Person, um seine Autorschaft zu verbergen.

nur die Sozialdemokratie könne international sprechen, internationale Politik treiben, und die deutsche Sozialdemokratie besitze die Legitimation, im Namen des Proletariats auch der anderen kriegführenden Staaten zu reden, wenn sie nur international und sozialistisch rede und handle. Nur ein Friede, der unter solcher Einwirkung der Internationale zustande komme, trage die Gewähr der Dauer in sich. Nur die Verknüpfung der Interessen der Völker, nur die Macht der internationalen sozialistischen Brüderlichkeit vermag den künftigen Frieden zu sichern, während jeder imperialistisch gesicherte Friede, jeder Friede unter Vergewaltigung irgend eines Volkes, mag er auch auf die stärkste militaristische Uebermacht gestützt sein, ein fauler Friede sein wird, aus dem schwere innere und äußere Gefahren, verschärftes Wettrüsten und neue kriegerische Konflikte hervorgehen. Schon regt sich diese politische Auffassung nicht nur in Rußland und Serbien, sondern auch in England und Frankreich: Die Politik des internationalen Klassenkampfes gegen den Krieg marschiert; sie ist notwendig im Interesse auch des deutschen Proletariats. Nicht er, Liebknecht, gefährde dieses Interesse, sondern die Parteiimperialisten mit ihrer genugsam gekennzeichneten kurzsichtigen und unsozialistischen Parole des „Durchhaltens" bis zum vollen Siege.

Diese Parole bedeute als *Prinzip:* Anerkennung des imperialistischen Kriegszieles und der Mittel und Wege zu diesem Ziel. Sie bedeutet *dem Erfolge nach* entweder: „durchhalten" bis zur Verwirklichung der Annexionspläne, oder „durchhalten" bis zum Weißbluten — beides gleich verhängnisvoll. Sie bedeutet die Zerfleischung und Schädigung des Proletariats, statt seine Vereinigung und Förderung zur Aufgabe des internationalen Sozialismus zu erheben. Sie habe vielleicht mehr Aussicht sich durchzusetzen, als die Politik der Opposition gegen den Krieg. Aber diese Aussicht sei nur für den Imperialismus erfreulich. Möge die Politik der Opposition aussichtslos sein — sie sei Pflicht und könne im sozialistischen Sinne jedenfalls nur nützen, nicht schaden: nur nützen während des Krieges und nach dem Kriege. Wegen Aussichtslosigkeit einer an sich richtigen Politik das aussichtsreiche Gegenteil dieser Politik treiben, heiße grundsatzlosen Opportunismus dialektisch in grundsätzlichen Inopportunismus umkehren.

Zur *Disziplinarfrage* bemerkt *Liebknecht* etwa: „Keine Körperschaft kann außerhalb ihrer sachlichen Zuständigkeit wirksame Beschlüsse fassen. Der Fraktionsvorstand kann nicht über die Geschäfte des Parteivorstandes entscheiden und die Fraktion nicht über die des Parteitages. Das heißt: die Fraktion hat das Parteistatut zu respektieren. Keine Körperschaft kann auch innerhalb ihrer sachlichen Zuständigkeit wirksame Beschlüsse fassen, deren Inhalt dem Willen der Gesamtpartei widerspricht. Das heißt: die Fraktion hat das Parteiprogramm und die Beschlüsse der Parteitage zu respektieren. Genau so zu respektieren, wie jeder Wahlvereinsvorstand. Jeder Verstoß dagegen ist ein Verstoß gegen die Parteidisziplin und raubt dem Beschluß die bindende Kraft. Eine disziplinbrechende Mehrheit kann die disziplintreue Minderheit nicht zur Teilnahme am Disziplinbruch, zur Verletzung des Parteistatuts oder des Parteiprogramms zwingen.

Das ist nicht theoretische Haarspalterei, sondern praktische Lebendigkeit. In der Erfurter Resolution von 1891 gegen die „Jungen" wird die Beachtung von „Anordnungen der Parteiorgane" nur vorgeschrieben, „solange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln".

Als in den süddeutschen Landtagsfraktionen die Mehrheit entgegen dem Parteibeschluß das Budget bewilligte, und die Minderheit entgegen dem Fraktions-

beschluß das Budget verweigerte, zog der Parteitag die Disziplinbrecher zur Verantwortung. Aber wer saß in Nürnberg, in Magdeburg auf der Anklagebank? Nicht die Fraktionsminderheit, die auf die *Fraktions*disziplin gepfiffen hatte, vielmehr die Fraktions*mehrheit*, die auf die Parteidisziplin getrommelt hatte.

Und was für die Landtagsfraktion billig ist, muß für die Reichstagsfraktion recht sein. Beide sind mit der gleichen Elle zu messen. Auch das ist keine absurde Sondermeinung eines absurden „Quertreibers" und „Herostraten". Als am 1. Dezember Regierung und bürgerliche Partei, angestachelt durch einen ähnlichen Erfolg vom 3./4. August v. J., mehrere Aenderungen der Erklärung forderten, und als sich eine große Zahl von Fraktionsmitgliedern eifrig und beflissen diesem Verlangen beugten, rissen bekanntlich einige Dutzend vorher gar elastischer Geduldsfäden. Ein erklecklicher Teil der Fraktion beschloß feierlich, diesen Kotau nicht mitzumachen und, falls ihn die Fraktionsmehrheit doch vollziehe, im Plenum ein Minderheitsvotum abzugeben.

Und wie, wenn die Mehrheit der Reichstagsfraktion im März das Budget bewilligen, d. h. nicht nur den Geist, sondern auch den klaren Wortlaut von fast einem halben Dutzend Parteitagsbeschlüssen gröblich verhöhnen will? Hat sich dann nicht jeder Genosse, der sich nicht selbst außerhalb der Partei stellen will, in aller Oeffentlichkeit gegen die Mehrheit zu wenden, die die Parteidisziplin zerbricht, die Partei zerstört? Wird dann nicht die Fraktionsminderheit die Parteidisziplin öffentlich gegen die Fraktionsmehrheit verteidigen *müssen?*

Allerdings, die Fraktionsmehrheit hat am 30. November den Antrag auf ausdrückliche Gestattung des öffentlichen Minderheitsvotums verworfen. Immerhin regte sich das Bedürfnis, diesen Fraktionsbeschluß durch einen Parteibeschluß zu decken. Man berief sich auf einen „Beschluß" des Gothaer Parteitages von 1876, der geschlossene Fraktionsabstimmung für das Plenum vorschreibe. Das schlug in der Fraktion durch — und doch gründlich daneben. Denn jener Beschluß existiert nicht. Ein Antrag dieses Sinnes hatte freilich dem Parteitag vor 38 Jahren vorgelegen; er war von demselben Fraktionsmitglied gestellt und begründet, das jetzt den „Beschluß" ausgrub; er war aber so wenig angenommen, daß er geradenwegs abgelehnt war, weil „durch die Fraktionsabstimmungen die persönliche Ueberzeugung der Abgeordneten verwischt werde".

Die bürgerliche Presse, unter deren sanften Fittichen die reformistischen Disziplinbrecher der Vergangenheit gehegt und vor der radikalen „Disziplinreiterei" behütet wurden, fiel mit gesträubtem Gefieder und schrillem Geschnatter über den radikalen Disziplinbrecher her. Das Protektorat, das gewisse bürgerliche Zeitungen bei der Entwicklung der jetzigen revisionistischen Parteiherrschaft übernommen hatten, fand seinen beredten und berechtigten Ausdruck in der Forderung des „Berliner Tageblattes" e tutti quanti, den Sündenbock schleunigst aus dem Paradies der sozialdemokratischen Partei, in dem die Regierungssonne nicht untergeht, zu verjagen. Eigentlich eine Kraftvergeudung, da von derselben Presse die Sünde des Sündenbocks gleichzeitig der Lächerlichkeit anempfohlen wurde, die bekanntlich am sichersten tötet. Soll etwa diese „authentische Deklaration" der sozialdemokratischen Parteipflichten den Beweis des Disziplinbruches erbringen? Oder das Anathema des Fraktionsvorstandes, der am 2. Dezember mit erhabener Jupitergebärde seinen Fluch und Bann hinter mir herdonnerte, — natürlich ohne mich zu hören; und der Mit- und Nachwelt schwur, daß die Verweigerung der Kriegskredite einen alten Brauch der deutschen Sozialdemokratie schnöde verletzt habe?

Auch mit dem angeblichen Präzedenzfall Rittinghausen haben, wie heute jeder weiß, die plötzlichen Gralshüter der Fraktionsdisziplin kein Glück, von denen gar mancher auf dem Nürnberger und Magdeburger Parteitag vor der Parteidisziplin eine höchst mäßige Achtung bekundet hatte.

Aber selbst, wenn der Fall Rittinghausen bewiese, was er nicht beweist, und selbst, wenn jener Gothaer Beschluß so sicher bestände, wie er nicht besteht, kein Jota würde an dem prinzipiellen Satz geändert: Parteidisziplin über Fraktionsdisziplin! Und daran, daß die Fraktion nimmermehr Gehorsam für Fraktionsbeschlüsse heischen kann, die dem Willen und Wesen der Partei widersprechen.

So stellt sich die Frage des verschrieenen „Disziplinbruchs" und *nur so:*

Ist die Bewilligung der Kriegskredite mit dem Parteiprogramm, mit den Beschlüssen der Parteitage und der internationalen Kongresse vereinbar oder nicht? Ist sie es nicht, so hat die Fraktionsmehrheit die Parteidisziplin gebrochen, und ihr Beschluß entbehrte schlechthin der Wirksamkeit. *Daß* sie es *nicht* ist, habe ich am 30. November gezeigt. Damit ist die ganze Frage für mich erledigt.

Wenn ich mich am 4. August schließlich der Fraktionsmehrheit fügte, so nur unter schwersten Gewissenskonflikten. Damals standen wir plötzlich, im letzten Moment (die Fraktion trat ja erst am 3. August zusammen) vor der unerwarteten Tatsache einer Zersprengung, ja Atomisierung des Radikalismus. Jeder Versuch, wenigstens ein kleines Häuflein zu einer Minderheitsaktion zu gewinnen, scheiterte; die Minderheit war aktionsunfähig. Haase, ein Vertreter der Minderheit, verlas die ihm widerstrebende Erklärung der Fraktionsmehrheit im Plenum. Ueber die weitere Politik der Partei während des Krieges war ich trotz alledem in optimistischer Täuschung befangen; scharfe Konflikte zwischen ihr und der Staatsgewalt schienen mir unvermeidlich. Wenn ich mich darum nicht entschloß, schon damals im Plenum ganz allein meines Weges zu gehen — die traurige Ausflucht des Hinauslaufens kam natürlich nicht in Frage —, so hat das niemand mehr und niemand eher beklagt, als ich selbst. Ich gebe meine Haltung vom 4. August gern preis, wie ich sie überall sofort nach dem 4. August preisgegeben habe. Am 2. Dezember lagen die Verhältnisse in vielen Beziehungen anders; längst waren alle Illusionen fortgeblasen. Jetzt handelt es sich um den 2. Dezember.

Wer sitzt über mich zu Gericht? Dort die süddeutschen Budgetbewilliger und ihre Freunde, heute wohl die Mehrheit der Fraktion, dort die 20—30 Genossen, die nach Edmund Fischers Zeugnis am 4. August zum Disziplinbruch gegen einen Kreditverweigerungsbeschluß der Fraktion bereit waren — darunter sicherlich die lautesten Disziplinbruchschreier von heute; dort die anderen 20—30 Genossen, die am 1. Dezember 1914 feierlich gelobt und beschlossen hatten, gegen einen etwaigen Fraktionsbeschluß auf Abänderung der Fraktionserklärung in öffentlicher Sitzung aufzutreten! O weise, o gerechte Richter! Die Kennzeichnung eines Fraktionsbeschlusses, der mich rügen sollte, hat Genosse Edmund Fischer vorweggenommen; ich versage mir die Wiederholung und versichere, daß ich auch künftig unbeirrt meine Haltung nach meinem Gewissen und nach meiner Ueberzeugung, nach meiner Auffassung des Programms und der Kongreßbeschlüsse einrichten werde."

Von keiner Seite wurde bestritten, von verschiedenen Richtern wurde als selbstverständlich bezeichnet, daß der Fraktionsdisziplin durch den Willen der Gesamtheit Grenzen gesetzt sind.

Der *Antrag Legien* wurde zurückgezogen, nachdem Richard Fischer erklärt hatte, die zu erwartende Ablehnung dieses unzulässigen Antrages werde von Liebknecht als Vertrauensvotum der Fraktion ausgenutzt werden.

Ein *Antrag Liebknechts*, die Abstimmung über den dritten Absatz des Antrages Frohme (betreffend irreführende Mitteilungen) bis zur gründlichen Klärung zurückzustellen, da er in Wahrheit keinen Buchstaben einer irreführenden Mitteilung in das Ausland oder Inland habe gelangen lassen, wurde mit 53 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

DIE AUFGABEN DER DEUTSCHEN ARBEITER NACH DEM KRIEGE

Beim Versagen des Proletariats, beim Ausbleiben der sozialen Revolution gegen den Krieg, bei deutschem Sieg vor allem, würde der ganze Krieg „umsonst" geführt, würden die ganzen Opfer „umsonst" gebracht sein — so hört man oft.

Ja, wenn das nur wäre! Wenn das internationale Proletariat seine Arbeit, seinen Kampf nach dem Kriege in der Machtstellung und in dem Punkt wieder aufnehmen und fortsetzen könnte, in denen es sich bei Kriegsausbruch befand!

Aber es ist in allen kriegführenden Ländern grauenhaft geschwächt — physisch und moralisch; die besitzenden Klassen der siegreichen Länder sind gewaltig gestärkt — politisch und wirtschaftlich. Die meisten Führer und ein großer Teil der arbeitenden Massen in den siegreichen Ländern bis ins Mark korrumpiert, betäubt, desorientiert oder entmutigt; in den besiegten Ländern bis zur Raserei chauvinisiert oder verzweifelt. Das Proletariat aktionsunfähiger, die besitzenden Klassen selbstbewußter und zielklarer als je. Die internationale Solidarität gewaltig gehemmt — die Völkerverhetzung gewaltig erleichtert, ja zum chronischen Zustand erhoben. Der Imperialismus triumphierend, der Sozialismus diskreditiert — selbst die Kommune von 1871 rückwirkend . . . Ein Riesendefizit, nicht eine Null ist das Kriegsergebnis für das revolutionäre Proletariat!

Aus dem deutsch-französischen Kriege, aus allen Kriegen seitdem ging der Sozialismus rein und neu geheiligt, neu gestählt hervor — aus dem Weltkriege als ein Trümmerhaufen. Ein Trümmerhaufen seiner Organisationen — am meisten dort, wo sie sich äußerlich durch Unterwerfung unter die herrschenden Gewalten am besten erhalten haben, d. h. als Ganzes den Todfeinden des Proletariats in die Hand gespielt sind.

Die Arbeiterbewegung bis hinter das Jahr 1870 zurückgeworfen: Das ist das Fazit.

In jedem einzelnen Lande und in der Internationale muß von vorn angefangen werden — in der Aufklärungsarbeit, in der Organisation,

in der Schulung zum Klassenkampf, in der Erziehung zur internationalen Solidarität.

Die Schöpfung einer aktionsfähigen internationalen Massenorganisation und -bewegung des Proletariats, diese grundlegende Aufgabe, hat von neuem zu beginnen; unter schwierigeren Bedingungen als je. Alle Hände ans Werk! Arbeiten — nicht verzweifeln!

Auch nach dem Kriege wird, wie während des Krieges, ja, in noch höherem Maße oder doch offensichtlicher — Deutschland der Schlüssel- und Angelpunkt der internationalen Lage sein; besonders für die revolutionäre Entwicklung. Die Pflicht des deutschen Proletariats ist höchste Aktivität — und es wird nur so seine Schuld sühnen können. Vor den künftigen Geschlechtern aber wird der deutsche Arbeiter verflucht und verworfen sein, der diese Pflicht nicht erkennt und erfüllt.

Im einzelnen wird unsere Aufgabe sein:

1. Unter Zugrundelegung der nach dem Krieg vorhandenen staatlichen Gestaltungen und ihren wirtschaftlichen, sozialen, politischen und historischen Bedingungen in jedem Lande die Anhänger zu sammeln, zu ordnen, im Geiste mit aller Kraft und den wirksamsten Mitteln (ohne Rücksicht auf Gesetzfreiheit? natürlich!) Massenagitation und -organisation zu betreiben.

2. Vom Boden der nach dem Kriege vorhandenen staatlichen Gebilde, imperialistischen Komplexe, kapitalitischen Weltbeziehungen ausgehend, die proletarische Internationale als Zusammenfassung der vom Geiste des revolutionären Internationalismus erfüllten Proletarier aller einzelnen Länder, als den Träger des internationalen Klassenkampfes, wiederherzustellen.

3. Die nach dem Kriege vorhandenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Massenerregungen für Organisation und Kampf in allen Ländern auszunutzen.

4. Die nach dem Kriege vorhandenen nationalen Gegensätze durch Umschmelzung möglichst auch in den Dienst des internationalen Klassenkampfes zu stellen, oder doch für diesen Kampf möglichst unschädlich zu machen.

5. Den internationalen Klassenkampf in allen Ländern auf allen Gebieten mit aller Schärfe zu führen; dabei die spezielle antimilitaristische Arbeit (Agitation und Organisation!) in den militärischen und nichtmilitärischen Massen mit besonderem Eifer zu betreiben.

6. Bei alledem den Hauptnachdruck auf Deutschland zu legen: Die deutschen Massen müssen vor allem gewonnen und vorangetrieben werden.

7. Nach den Bedürfnissen, wie sie durch die Aufgaben zu 1—6 diktiert werden, die verräterischen, unzuverlässigen, falsch orientierten und schwächlichen (nicht aktionsfähigen) Strömungen im Proletariat zu bekämpfen.

UM DAS PROLETARISCHE KLASSENBEWUSSTSEIN

POLITISCHE WILLENSBILDUNG

Die Linie der gesellschaftlichen Entwicklung ist die Diagonale eines Parallelogramms der virtuellen gesellschaftlichen Kräfte. Jede der gesellschaftlichen Kräfte verändert sich fortwährend in Qualität und Intensität. Bisherige Kräfte scheiden aus, neue Kräfte treten auf. Für die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und Aufgaben wirken verschiedene Kräftekombinationen, denen verschiedene Kräfte oder die gleichen Kräfte, aber in verschiedener Intensität und Qualität, angehören können. Keineswegs wirken für jedes einzelne gesellschaftliche Interesse und Ziel jeweils alle überhaupt in der Gesellschaftsentwicklung wirkenden Kräfte. Zu den verschiedenen Kräftekombinationen, die die verschiedenen Aufgaben betreffen, bilden sich Resultanten der Diagonalen der unterinstanzlichen Kräfteparallelogramme, als die sich diese Kombinationen darstellen. Kräfte-Parallelogramme-Diagonalen vieler Instanzen bilden sich übereinander, wobei in den höheren Instanzen jedesmal die in der vorhergehenden gewonnenen Diagonalen als die einzelnen Kräfte der höherinstanzlichen Kräftekombinationen auftreten. Die Kräfte-Kombination höchster Instanz führt nach dem Gesetz des Kräfteparallelogramms zu den Diagonalen, auf der sich die Gesamtentwicklung der Gesamtgesellschaft vollzieht, zu einer Resultante, die den Willen der Gesamtgesellschaft darstellt. Der konkrete Wille der Gesamtgesellschaft ist also keine originäre, ursprüngliche, selbständige Kraft, kein Element neben jenen Kräften, sondern das Produkt der verschiedenartigen und verschiedengerichteten Gesellschaftskräfte, die in jedem konkreten Falle das konkrete Objekt des Willens betreffen. Jede Verschiebung dieser Kräfte verändert ihn, weil sich die Diagonale verschiebt, die ihn darstellt, und es gibt kein anderes Mittel, ihn zu verändern, zu beeinflussen, als durch Veränderung, Verschiebung, Beeinflussung der ihn bildenden Kräfte.

Kompromiß und Radikalismus, Majorität und Minorität.

Die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich hiernach auf der Linie des Kompromisses, unter scheinbarer Führung von Kompromißfaktoren (schlauen Rechnungsträgern usw.). Oft wird daraus gefolgert: der Radikalismus sei sinnlos, wirkungslos, eine zwecklose Kraftvergeudung. Aber weit gefehlt!

Jene scheinbare Führung ist keine wirkliche. Die Entwicklung ist nicht ihr Werk, sondern das Fazit der divergierenden Gesellschaftskräfte

Diese aber wirken — bei gleicher Größe — um so stärker auf die Richtung der Diagonale des Kräfteparallelogramms, je extremer sie gerichtet, d. h. je radikaler sie sind. Wären die radikalen Kräfte nicht am Werk, so würden sich die Kompromißfaktoren auf einer anderen Linie bewegen: denn sie haben keine eigene Linie. Sie werden auf der Kräftediagonale entlanggeschleppt und nennen das „führen", „regieren". Sie sind immer die Etikette des Durchschnitts der Gesellschaftskräfte. Sie hängen am Draht des Radikalismus und fallen vollends um, wenn dieser Draht fehlt oder reißt, außerstande, auf eigenen Füßen zu stehen. Sie sind nur scheinbare Führer, in Wirklichkeit geführte, geschobene, nur scheinbare Kräfte, in Wirklichkeit Produkte der Kräfte, Produkte ohne Eigenkraft, an die Oberfläche geworfene Blasen, Schaumkronen in der Brandung der Entwicklung.

Der Radikalismus ist das dialektische Prinzip in energischster Verkörperung. Er trägt am meisten zur Entfaltung aller gesellschaftlichen Kräfte im Entwicklungsprozeß bei.

Analog gilt auch von inaktiven Kompromiß-Majoritäten, daß sie ernten, was die radikalen Minoritäten gesät und zur Reife gebracht haben. Auch solche Majoritäten sind nur aller Eigenkraft ledige Produkte der wirkenden Kräfte.

Schöpferische (konstitutive) Politik und repräsentative (deklaratorische Schein-) Politik.

Neue Kräfte schaffen oder heranziehen helfen, die im gesellschaftlichen Kräfteparallelogramm bestimmend mitwirken, solche bereits vorhandenen Kräfte nach Möglichkeit steigern, qualifizierend, ziel- und richtunggebend zu beeinflussen: das ist schöpferische, konstitutive Politik.

Die Diagonale ziehen, auf der Diagonale herumtanzen, ob sie sich auf der Diagonale entlangschleifen lassen, kurz, die Staatsmännerei, die dem oberflächlichen Blick als Politik schlechthin erscheint, ist bestenfalls deklaratorische, repräsentative und nur, wenn sie mit organisatorisch-technischer Leistung einhergeht, mehr als bloße Scheinpolitik.

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 24. JUNI 1909

. . . Meine Herren, ich will etwas literarisch beginnen. *(Oh, oh!)* Nach Cardano, einem der Philosophen, die am Beginn des neuen Zeitalters stehen, teilt sich die Menschheit in drei verschiedene Klassen: in die Klasse derer, qui decipiunt, in die zweite Klasse derer, qui decipiunt et decipiuntur, und die dritte Klasse derer,

qui decipiuntur; die erste Klasse diejenigen, die betrügen, die zweite, die betrügen und gleichzeitig betrogen werden, die betrogenen Betrüger, und die dritte Klasse diejenigen, die nur betrogen werden. Das ist in Kürze der Sinn des Dreiklassenwahlrechtes. *(Große Heiterkeit.)* Ja, meine Herren, Sie lachen über sich selbst und wissen nicht einmal, daß Sie über sich selbst lachen. Meine Herren, ich möchte darauf verweisen, daß von Ihrer Seite gar so gern gesagt wird: das Volk bedarf der Führung, wir sind es, die das Volk führen und behüten. Wir haben ja gerade erst bei einem der vorigen Punkte der Tagesordnung Gelegenheit gehabt, die formale Gleichberechtigung zwischen den wohlhabenden Kreisen und den arbeitenden Klassen charakterisiert zu sehen.

Ich möchte Ihnen auch hier etwas Anekdotisches vortragen. Es war ein Reformator namens Bucerus, ein Freund von Luther und Zwingli, also eine sehr respektable Persönlichkeit von Ihrem Standpunkt aus, der im Jahre 1526 gesagt hat — — — *(Zwischenruf — Lachen rechts.)* — Ja, meine Herren, Sie sind ja in Ihrem Standpunkt noch gar nicht über 1526 hinausgekommen *(Zwischenruf — große Heiterkeit);* — Jawohl, besser vom Jahre 2000 sein als von 1526! — Deswegen ist es am Platze, Ihnen das heute noch zu sagen. Er hat gesagt: „Wenn man den Wölfen befiehlt, daß sie die Schafe hüten sollen, oder den Katzen, daß sie die Bratwürste warten sollen, mag man wohl bedenken, wie sie behütet werden. Gleicherweise ist jetzt der arme Mann behütet." Ja, meine Herren, das gilt auch heute noch und ist eine vorzügliche Charakteristik Ihres Standpunktes in bezug auf das Verhältnis der besitzenden zu den armen Klassen.

Sie vertreten mit außerordentlicher Energie den Standpunkt, daß das Dreiklassenwahlrecht nicht zu beseitigen sei. Meine Herren, zunächst möchte man doch einmal fragen: auf Grund welcher Legitimation vertreten Sie diesen Anspruch? *(Zurufe rechts: Verfassung!)* — Ja, auf Grund der Verfassung! Auf Grund des Verfassungsbruches *(Oho! rechts.),* auf Grund eines Hochverrats von oben und von nichts anderem. *(Oho! und lebhafte Zurufe rechts.)* Meine Herren, Ihre frühere Generation waren die Mitschuldigen an diesem Hochverrat von oben, und Sie sind die Nutznießer dieses Hochverrats von oben, und die Energie, mit der Sie heute an dem Dreiklassenwahlrecht festhalten, steht genau im Verhältnis zu der Rechtlosigkeit der Grundlagen des Dreiklassenwahlrechtes.

Meine Herren, wer die Geschichte von 1849 ein wenig kennt, der weiß, daß das preußische Dreiklassenwahlsystem eine genau so — wie soll ich mich ausdrücken — schmutzige Entstehung zeigt, wie das Wahlrecht, das gegenwärtig in Rußland der dritten Duma zugrunde liegt. Meine Herren, es ist eine Frage, die nicht nur uns augenblicklich in Preußen befaßt. Wir wissen ja alle, daß im Deutschen Reiche gegenwärtig ein Zustand besteht, aus dem eigentlich kein Mensch recht herauszukommen weiß, am allerwenigsten allerdings offenbar derjenige, der es am besten wissen müßte, der Reichskanzler. *(Unruhe rechts.)*

Meine Herren, es ist unbestritten geblieben, daß die Herren Konservativen speziell ihre Taktik in der Finanzreform des Deutschen Reiches — — *(Zunehmende Unruhe und Zurufe rechts — Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie aber doch bitten, nicht auf den Gegenstand, der augenblicklich im andern Hause verhandelt wird, hier einzugehen.

Ich spreche jetzt nur davon, daß die Konservativen diesen Standpunkt — allerdings in einem anderen Hause — nach unwidersprochener Meldung eingenom-

men haben mit Rücksicht auf die preußische Thronrede, mit Rücksicht auf die Gefahr, daß von der preußischen Regierung dem Dreiklassenwahlrecht mit Energie an den Kragen gegangen wird; und insofern gehört allerdings diese Frage hierher. Die Herren treiben damit, wie ich überzeugt bin und wie ich glaube sagen zu dürfen, ein frivoles Spiel. Sie trüben die Zustände im Deutschen Reiche, sie verwirren die Zustände im Deutschen Reiche in einer bisher unerhörten Weise, in einer Weise, die gerade im Sinne auch der Regierungsparteien unerhört ist, und zwar rein aus dem Grunde heraus, daß Sie sich aus Ihrer Machtposition in Preußen nicht verdrängen lassen wollen. Das ist ein frivoles Spiel — ich wiederhole es —, das von der konservativen Partei getrieben wird. Ihnen kommt es allein darauf an, Ihre Machtpositon zu halten. Sie fragen nach Recht und Gerechtigkeit nichts *(Große Unruhe rechts);* Sie fragen vor allen Dingen nicht nach Christentum und Christenpflicht. *(Lebhafter Widerspruch rechts.)* Sie treten das Christentum in Ihren Handlungen mit Füßen. *(Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie dürfen doch nicht Mitgliedern dieses Hauses den Vorwurf machen, daß sie die Grundsätze des Christentums mit Füßen treten. Ich bitte Sie, derartige Anschuldigungen zu unterlassen. *(Bravo! und Zurufe rechts.)*

Anderthalb Jahre Zeit gehabt? Meine Herren, anderthalb Jahre Zeit! Diese Strafe ist die größte Ehre, die mir bisher zuteil geworden ist. *(Lebhafte Zurufe rechts.)* — Ich weiß ja, daß einer von den Herren früher schon einmal das Bedauern ausgesprochen hat, daß ich nicht im Zuchthause bin. Meine Herren, selbst wenn ich ins Zuchthaus hineingekommen wäre, wäre es für mich eine Ehre gewesen. Glauben Sie denn etwa, daß wir in dieser Beziehung auch nur soviel gemein haben mit Ihren Ehrbegriffen? *(Große Unruhe rechts.)* Wir pfeifen auf Ihre Ehrbegriffe. *(Zuruf rechts.)* — Besser im Zuchthause sein auf Grund von Vergewaltigung, als hier sitzen als Vergewaltiger. Meine Herren, alle Ihre patriotischen Redewendungen, alle Ihre christlichen Redewendungen verdienen in der ganzen Welt ein Höllengelächter. Kein Mensch glaubt an den Ernst. *(Zuruf rechts.)* — Ja gewiß.

Meine Herren, dasjenige, was die Petition verlangt, ist identisch ungefähr mit demjenigen, was unser Programm fordert, und daraus ergibt sich, daß wir Sozialdemokraten uneingeschränkt für sie eintreten. Ich möchte darauf verweisen, daß das Bürgertum wohl in der Lage sein würde, mit Ihnen von der Rechten, den eigentlichen Trägern des Unrechts, fertig zu werden. Das Bürgertum hat den Mut nicht. Uns wäre es erwünscht, wenn es einen höheren Mut entfalten würde; uns wäre es erwünscht, wenn der Sozialdemokratie an der Seite stehen würde ein mannhaftes Bürgertum, das wenigstens diejenigen Grundsätze der Zivilisation auch in Preußen zur Durchführung zu bringen versuchen würde, die in allen anderen Kulturstaaten bereits längst verwirklicht worden sind. Das wäre ein Gebiet zu nützlichster Wirksamkeit für den neugegründeten Hansabund. Aber gerade, wenn wir den Hansabund mit den Kirdorff und Genossen betrachten, sehen wir die Aussichtslosigkeit solcher Hoffnungen. *(Zuruf rechts.)* — Meine Herren, das Wahlrecht gehört unbedenklich ins Aktionsgebiet des Hansabundes; denn es ist in der vorliegenden Petition mit Recht hervorgehoben worden, daß von dem Wahlrecht die gesamte innere Politik Deutschlands abhängt, und ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen, daß das ganz speziell in der Reichsfinanzreform, wegen der der Hansabund zusammengetreten ist, der Fall ist. *(Zuruf.)* — Meine Herren, Sie wären natürlich lieber im Zirkus Busch, das wissen wir ja. — Meine Herren, wir haben leider wenig Ver-

trauen dazu, daß der Freisinn auch mit der Energie, die eigentlich in seinem Interesse liegen würde, uns in diesem Kampfe beistände. Wir wollen es hoffen und werden jedenfalls keine Kampfgenossenschaft, wo immer sie uns geboten werden würde, auf diesem Gebiet zurückweisen. Augenblicklich befindet sich ja der Freisinn, ich möchte sagen, ein klein wenig in der Stimmung des loin du bal; er ist aus den Kreisen, die gegenwärtig in Deutschland die Politik machen, hinausgeschoben worden. Vielleicht führt diese Stimmung des loin du bal dazu, daß der Freisinn mit größerer Energie die Volksrechte vertreten wird, als das leider in letzter Zeit unter dem Druck der Blockpolitik der Fall gewesen ist.

Meine Herren, wir können konstatieren, daß nach der letzten Debatte über das Dreiklassenwahlrecht, die hier in diesem Hause stattgefunden hat, die Verhältnisse trotz der Thronrede sich nicht gebessert, sondern ganz beträchtlich verschlechtert haben. Zunächst rechne ich zu der Verschlechterung des Zustandes, der seit dieser Zeit eingetreten ist, auch die Tatsache des meiner Ueberzeugung nach rechtsbrüchigen Hinauswerfens meiner vier Freunde, der vier in Berlin gewählten Abgeordneten. *(Lebhafte Unruhe und Zurufe rechts.)* Meine Herren, des weiteren rechne ich dazu die Tatsache, daß nach unbestrittener Nachricht in der Presse die Neuwahl für diese vier Sozialdemokraten erst im November angesetzt werden soll. Wenn das der Fall ist, so wäre das ein Skandal ohnegleichen. *(Unruhe rechts.)* Meine Herren, wir haben keine klare Bestimmung in der Verfassung darüber, wann eine Neuwahl in solchen Fällen stattzufinden hat; wir haben aber eine Bestimmung über den Zeitpunkt der Neuwahl für den Fall der Auflösung des Parlaments. Diese Bestimmung muß analog angewandt werden, und der Sinn der Verfassung ergibt, daß nicht ohne dringende Not ein Wahlkreis erhebliche Zeit ohne Vertreter sein soll. Nun will man hier ein volles halbes Jahr — im Mai hat die Kassierung stattgefunden, und im November sollen die Neuwahlen stattfinden — diese vier Berliner Wahlkreise, diese vier Wahlkreise der deutschen Reichshauptstadt ohne Vertreter lassen. Wenn das ernstlich die Meinung und der Wille der Regierung ist — ich wiederhole es —, so ist das ein Skandal sondergleichen und wird von der arbeitenden Bevölkerung Berlins als eine Attacke auf das Geringe von Recht empfunden werden, das sie in Preußen noch besitzt. Meine Herren, wir müssen uns darüber klar sein, daß jeder Wahlkreis das Recht hat, jederzeit vertreten zu sein. Wir können nicht wissen, wie die Verhältnisse sein werden, wir können nicht wissen, ob außerordentliche Tagungen notwendig sein werden, wir können nicht wissen, wann dieses Haus genötigt sein wird, zusammenzutreten. Wir wissen genau, warum die Hinausschiebung geplant ist. Wenn die Wahl sofort stattfände, würde ein großer Teil der Wähler und Wahlmänner aus den besitzenden Klassen, die man gegen unsere Parteigenossen mobil machen will, verreist sein. Also weil man diesen Wahlmännern nicht zumuten will, im Interesse des preußischen Staates und ihrer Partei ihre Sommerreise hinauszuschieben, um deswillen sollen die Wähler der vier Berliner Wahlkreise sechs Monate lang ohne Vertretung im Parlament sein.

Meine Herren, wir haben auch auf anderen Gebieten noch Verschlechterungen zu verzeichnen. Wir haben die betrübende Tatsache gesehen, daß in Rixdorf, in der Nähe von Berlin, eine Verschlechterung des Wahlrechts, leider zum Teil auch unter Mitwirkung von früheren Mitgliedern der freisinnigen Parteien, stattgefunden hat, eine Verschlechterung, die von denjenigen, die ein klein wenig auf Fortschritt im preußischen Staate sehen, als etwas ungemein Bedauerliches bezeichnet worden

ist. Und in Kiel sogar haben wir erlebt, daß die Stadtverordnetenversammlung zum Minister petitionieren, betteln gegangen ist, um von ihm einen Rat zu holen, wie sie ihr Wahlrecht verschlechtern könne. *(Zuruf rechts.)* — Es waren Freisinnige; das ist ganz recht. Es waren Freisinnige dabei; Sozialdemokraten waren nicht dabei.

Und trotzdem: Ueberall haben wir die Wahlrechtsbewegung, und die Tatsache dieser reaktionären Vorstöße gegen das Wahlrecht beweist nicht etwa, daß die Sache des allgemeinen Wahlrechts nicht marschiert; im Gegenteil, sie beweist, daß die Sache des allgemeinen Wahlrechts immer stärker, immer gefahrdrohender für Sie wird, und daß Sie infolgedessen Schanzen aufzuwerfen suchen, wo immer Ihnen die Möglichkeit gegeben scheint. Meine Herren, das allgemeine Wahlrecht marschiert! *(Heiterkeit.)* Wir haben in Sachsen ja Zustände gehabt, die den preußischen ganz ähnlich waren. Sie wissen, daß mit dem Dreiklassenwahlrecht in Sachsen nicht regiert werden konnte; die ganze Regierung hat schließlich dort — es sei erlaubt zu sagen — im Dreck gesessen, und nun hat sich die sächsische Regierung daran gemacht, ein neues Wahlrecht zu schaffen. Das war sehr schwer, und es ist schließlich ein Wahlrecht nach Ihrem Herzen zustande gekommen. Das brauchen Sie gar nicht erst zu sagen, daß das sächsische Wahlrecht nach Ihrem Herzen ist; denn es ist womöglich noch schlechter als das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Es entspricht ungefähr demjenigen Wahlrecht, das der Herr v. Deutsch-Traubenberg für das ganze Reich anempfiehlt, und daraus ergibt sich denn auch die für das preußische Abgeordnetenhaus selbstverständliche Konsequenz, daß Sie zwar gegenüber dem Antrag Cauer die Tagesordnung beantragt haben, hingegen gegenüber dem Antrage v. Deutsch-Traubenberg die Ueberweisung als Material. *(Zuruf.)* — Natürlich! Wenn es nichts anderes wäre, hätten Sie doch nicht Ueberweisung zum Material beantragt.

Meine Herren, daß die Sache des Wahlrechts kein Kinderspiel ist, darüber sind Sie sich inzwischen wohl auch klar geworden. Es ist schon in Deutschland an verschiedenen Stellen um das Wahlrecht Blut geflossen. Im Dezember 1905 ist es in Dresden zu Blutvergießen gekommen; im Januar 1906 ist es in Hamburg dazu gekommen; im Januar 1908 ist es in Berlin dazu gekommen; und im Januar 1909 in Dresden *(Zuruf. — Heiterkeit.)* — Gewiß, meine Herren, ich war nicht dabei. *(Große Heiterkeit. — Zuruf.)* — Aber, mein edelster Herr, wissen Sie denn nicht, daß sich unsere Parteigenossen drücken könnten. *(Sehr richtig! rechts.)* Meine Herren, Sie schließen von sich auf andere. *(Heiterkeit und Widerspruch.)* Ich will Ihnen eins sagen: im Augenblick befinden Sie sich sozusagen auf dem Kapitol. Aber es ist schon einmal in aufgeregter Zeit gesagt worden: vom Kapitol zum tarpejischen Felsen ist nicht weit. Meine Herren, beherzigen Sie das! *(Heiterkeit.)* Wenn es zu Unruhen in Deutschland kommt, so darf ich mich auf die Autorität eines Mannes berufen, den Sie vielleicht auch als Autorität anerkennen, nämlich auf die Autorität Goethes, der einst erklärt hat, daß, wenn es zu Revolutionen kommt, jedenfalls nicht das Volk, sondern stets die Regierungen daran schuld seien. Wir halten es für nötig, hier stets wiederum unser ceterum censeo auszusprechen, daß dieses Karthago, dieses Dreiklassenwahlrecht zu vernichten sei, und wir werden nicht müde werden, bei jeder Gelegenheit hier und im Lande draußen dies auszusprechen. Wir werden so lange nicht nachlassen, bis diese Schanze genommen sein wird, und wir werden dafür sorgen, daß, um ein Wort von Friedrich Wilhelm I. zu variieren, die

Volkssouveränität stabilisiert werden wird wie ein rocher de bronce und den Herren Junkern der Wind vom Landtage bleibt. (Heiterkeit.)

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 23. FEBRUAR 1910

... Meine Herren, dem Cölner Karneval machen Sie keine Schwierigkeiten (*Sehr gut! links — Heiterkeit.)* und wenn dabei auch Hunderte von Verletzten alljährlich auf der Strecke bleiben, und bei den Demonstrationen, die die Anhänger des Hottentottenblocks in der bekannten Januarnacht des Jahres 1907 auf den Berliner Straßen veranstaltet haben, haben Sie nicht die Spur einer Ungesetzlichkeit gefunden, und die Polizei hat auch ganz deutlich kundgegeben, daß sie diese Demonstrationen als einen durchaus dem Gesetz entsprechenden Vorgang betrachtete.

Es ist in der Tat nicht möglich, über die Haltung der Berliner und der preußischen Polizei gegenüber den Straßendemonstrationen zu sprechen, ohne dabei gleichzeitig eine Satire zu schreiben. Meine Herren, zum Teil waren doch die Maßnahmen wirklich ein klein bißchen komisch. Denken Sie doch einmal, wie wir alle zum ersten Tag der Beratung der Wahlrechtsvorlage eine Zuschickung bekamen, die uns dringend empfahl, von der Leipziger Straße aus in das Abgeordnetenhaus hineinzugehen, weil große Menschenansammlungen vor dem Abgeordnetenhause zu erwarten seien. Sie sind ja mit dieser Ueberängstlichkeit fürchterlich ins Wasser gefallen und haben damit allenthalben eine große Heiterkeit erregt. *(Zurufe rechts.)* — Meine Herren, Sie sind es doch gewesen, Sie werden doch wohl nicht sagen wollen, daß hier in diesem Hause irgend etwas gegen oder ohne Ihren Willen geschieht! Sie haben die Maßregeln auf diesem Gebiet so gut am Zügel wie die preußischen Herren Minister; Ihnen muß hier alles Ordre parieren.

Des weiteren darf ich wohl darauf hinweisen, wie außerordentlich komisch in der künftigen Betrachtung der bekannte Maueranschlag des Berliner Herrn Polizeipräsidenten wirken wird. Da heißt es in einem Stil, der, wie eine Zeitung mit Recht bemerkte, geradezu nach Pulver riecht:

> Es wird das „Recht auf die Straße" verkündet.
> Die Straße dient lediglich dem Verkehr.
> Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.
> Ich warne Neugierige.
>
> Der Polizeipräsident:
> v. Jagow

(Bravorufe und Heiterkeit.) — Meine Herren, ich glaube, Herr v. Jagow sagt heute selbst nicht mehr Bravo, sondern er wäre froh, wenn er das nicht gemacht hätte. *(Sehr gut! bei den Soz. — Lachen rechts.)* Allerdings, ich kann mich in die Seele eines preußischen Polizeipräsidenten nicht gut hineinversetzen *(Zurufe)*, und ich habe auch gar nicht den Ehrgeiz, mich in eine solche Seele hineinzuversetzen. *(Erneute Zurufe.)* — Man kann nicht immer wieder auf die alten Witzchen eingehen; machen Sie doch mal neue!

Meine Herren, es ist von der Sozialdemokratie, von der organisierten Arbeiterschaft am 13. Februar dieses Jahres in Form von Straßendemonstrationen, in Form

von Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel ihre Meinung, ihr Wille in einer so gewaltigen Weise zum Ausdruck gebracht worden, daß ähnliches in der deutschen Geschichte bisher nicht zu verzeichnen ist. *(Lachen rechts.)* — Meine Herren, Sie können darüber lachen und Sie können darüber höhnen, und niemand wird an den rechten Ernst dieser Heiterkeit und dieses Hohnes glauben.

Meine Herren, nur wer diese Straßendemonstrationen mitgemacht hat, kann in vollem Umfange darüber urteilen, wie sie getragen waren von einer Stimmung des Enthusiasmus *(Lachen rechts)*, von einer Stimmung des Idealismus, von einer Stimmung der Opferfreudigkeit *(Lachen rechts)*, die jeden, der sie erfahren hat, mit der Ueberzeugung erfüllen muß: diese Volksmasse ist reif geworden, die Regierung selbst in die Hände zu nehmen *(Lachen rechts)*, diese Volksmasse ist nicht länger gewillt, sich die Herrschaft eines übermütigen kleinen Häufleins von Ausbeutern und Unterdrückern auf die Dauer gefallen zu lassen. *(Unruhe — Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muß Sie doch bitten, solche Ausdrücke nicht zu gebrauchen.

Man hat ja gesagt, meine Herren . . .*(Zuruf rechts)* — Sie sind natürlich keine Ausbeuter; ich spreche stets nur von denjenigen Herren, die außerhalb des Hauses sind.

Also diese Straßendemonstrationen sind in geradezu glanzvoller Weise verlaufen, nicht nur wegen der ungemeinen Begeisterung, von der sie getragen waren, nicht nur nach der Richtung hin, daß der preußischen Regierung bei dieser Gelegenheit einmal deutlich zu Gemüte geführt worden ist, wie die wirkliche Stimmung der Masse ist, *gegen deren Willen sie auf die Dauer nicht regieren kann;* auch in der Richtung sind die Straßendemonstrationen glanzvoll verlaufen, daß die Arbeiterschaft dabei ein Maß von Besonnenheit und Selbstzucht an den Tag gelegt hat, die ihre politische Reife selbst in dem Sinne eines preußischen Polizeiministers deutlich zeigt.

Meine Herren, es ist ja bekannt, daß es an einigen Orten zu Ausschreitungen gekommen ist *(sehr richtig! rechts):* in Halle, in Frankfurt a. M., in Köngsberg und in Neumünster besonders, daß dort Blut geflossen ist. Meine Herren, es ist Blut geflossen, aber das Blut, das dort geflossen ist, ist nicht geflossen durch die Schuld der demonstrierenden Arbeiterschaft *(Zurufe rechts)*, dieses Blut ist geflossen ausschließlich durch die Schuld der engherzigen preußischen Polizeiorgane. *(Stürmische Zurufe rechts.)* — Ihre Schuld, meine Herren, sind diese Blutopfer; es sind die Opfer der preußischen engherzigen Polizeimißwirtschaft, der preußischen Reaktion, der preußischen Junkerreaktion. *(Lachen rechts.)* — Meine Herren, das ist nicht die Auffassung der Sozialdemokratie allein; ich kann auch in diesem Falle wiederum andere Schwurzeugen anführen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Frankfurter Zeitung . . . *(Zuruf rechts.)* — Natürlich sozialdemokratisch, meine Herren! Sie war mal vor gar nicht langem eine Blockzeitung, da haben Sie nicht so über sie abgeredet. Also die Frankfurter Zeitung hat in sehr deutlicher Weise ihre Ansicht folgendermaßen kundgetan:

Zum Glück liegt der Charakter der gestrigen Vorgänge bereits jetzt so klar, daß eine Fruktifizierung des Geschehenen zu reaktionären Zwecken nicht möglich ist, wenigstens nicht in gutem Glauben.

Wohlgemerkt, meine Herren, die Frankfurter Zeitung, die keine sozialdemokratische Zeitung ist, sagt, daß *eine Fruktifizierung des Geschehenen zu reaktionären Zwecken nicht möglich ist, wenigstens nicht in gutem Glauben.* Halten Sie an diesen Worten einmal auch für den weiteren Fortgang der Debatte fest!

Soweit es sich um die Frankfurter Demonstranten selber handelt, brachte der gestrige Abend eine eindrucksvolle und würdige Kundgebung zugunsten des freien Wahlrechts, eine Kundgebung, deren Disziplin iertheit um so mehr Achtung einflößen muß, als nach dem brutalen Vorgehen der Polizei am letzten Sonntag die allgemeine Stimmung sehr erbittert war. Trotzdem haben sich die Versammlungsteilnehmer zu keinerlei Ausschreitungen verleiten lassen.

Es ist des weiteren gesagt, daß, nachdem die Polizei in dieser Weise sich Ausschreitungen hat zuschulden kommen lassen, die Polizei damit bewiesen hat — das gilt der preußischen Polizei, das gilt dem preußischen Herrn Polizeiminister —, daß sie der gegenwärtigen schwierigen Situation nicht gewachsen ist. Die einzigen, die bei den gestrigen Vorfällen sich nichts vorzuwerfen haben, sind die Wahlrechtsdemonstranten.

Meine Herren, diese Ausführunngen aus bester Quelle *(Lachen rechts)* und aus einer nichtsozialdemokratischen Quelle — — — *(Lachen und Zurufe rechts)* — Gott, meine Herren, es ist aus der Frankfurter Zeitung, was ich Ihnen vorgelesen habe! *(Erneute Zurufe und Lachen rechts.)* — Meine Herren, es hat keinen Sinn, darüber zu streiten. Sie bilden sich wohl ein, daß Sie mich irgendwie aus dem Konzept gebracht haben, weil ich auf Ihre Redereien nicht eingehe? Ich habe besseres zu tun. — Ich kann Ihnen auch wieder die Frau Minna Cauer vorführen. *(Zuruf rechts.)* Es ist ein merkwürdiger Zufall: wie sie bei den Berliner Polizeiausschreitungen gelegentlich der Ferrerversammlungen zugegen gewesen ist, so ist sie jetzt auch in Frankfurt a. M. bei den Wahlrechtsdemonstrationen zugegen gewesen.

Sie sah, daß die Massen ruhig durch die Straßen zogen. Aber dann sprengten die Berittenen auf die Bürgersteige. *Dann prügelten die Schutzleute die Männer und Frauen aus den Häusern heraus, in die sie sich geflüchtet hatten. Dann sah sie, wie die Schutzmannsfäuste den Rücken eines achtjährigen Kindes solange bearbeiteten, bis sie ihm zu Hilfe kommen konnte.*

(Hört! hört! bei den Soz.) Meine Herren, es sind andere Fälle berichtet worden, in denen die Polizei in rücksichtslosester Weise auf Frauen eingehauen hat. Ist dieses Vorgehen gegen Frauen nicht geradezu unerhört, gegen das schwache Geschlecht? Diejenigen, die ihre Hand gegen diese Frauen erhoben haben, verdienen in der Tat, der allgemeinen Verachtung preisgegeben zu werden.

Es ist weiter ein Fall mitgeteilt worden, wo ein Geheimschutzmann auf einen Invaliden namens Köhler losging. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das ein kranker Mann sei, der sich nicht bewegen könne. Er gab darauf die Antwort: *„Ob Invalide oder nicht — nur drauf!"* Mehrere Schutzleute *hieben auf eine Frau, die zu Boden geworfen war, unbarmherzig ein. (Stürmisches Lachen rechts.)* — Meine Herren, daß Sie lachen, zeigt nur, auf welchem Tiefstand der Moral Sie sich befinden. *(Erneutes Lachen rechts.)* Wer in solchen Fällen nicht den Ernst zu bewahren vermag *(Lachen rechts)*, der zeigt auf das deutlichste, daß er längst das Recht und die Fähigkeit verloren hat, an der Verwaltung eines modernen Staatswesens irgendwie teilzunehmen.

. . . Wir dürfen mit Fug und Recht behaupten, daß das Blut, welches geflossen ist, an den Händen der preußischen Polizeiverwaltung klebt, und daß kein Regen

des milden Himmels ausreichen wird, dieses Blut, diese Blutschuld, von der preußischen Verwaltung abzuwaschen. *(Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung und mache Sie gleichzeitig auf die Folgen eines zweimaligen Ordnungsrufes aufmerksam, indem ich Sie auf § 48 der Geschäftsordnung hinweise.

Die Polizei ist in bezug auf diese Demonstrationen in eine gewisse Bedrängnis geraten, weil ihre Darstellung vielfach, sobald die Demonstrationen Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen und in eine unparteiische Beleuchtung gerückt wurden, widerlegt werden konnte. Deshalb hat sie neuestens einen erfreulichen Fortschritt auf dem Gebiete, auf dem die preußische Polizei allerdings fast allein fortzuschreiten pflegt, auf dem Gebiet nicht des Schutzes, sondern der Verfolgung der Bevölkerung. *(Zuruf rechts.)*

. . . Diese Ausschreitungen und Uebergriffe der Polizei sind schon vor den städtischen Kollegien in Halle, Frankfurt, Neumünster und wohl auch in Königsberg erörtert worden. Sie sind — so sehr wir sie bedauern — sicherlich eins der besten Agitationsmittel für die Sozialdemokratie und haben vor allem dazu beigetragen, das Interesse an dem Wahlrechtskampf geradezu ins Ungemessene zu steigern. Natürlich hat die Sozialdemokratie in diesem Kampf noch weitere und schärfere Mittel, vor deren Anwendung sie nicht zurückschrecken wird *(Hört! hört!)*, sobald sie es selbst für zweckmäßig hält. *(Hört! hört!)* Ich spreche nicht von Browningpistolen, von Maschinengewehren und Säbeln und all dieser brutalen Gewalt, sondern von unserer Agitation, die die Bevölkerung in eine Stimmung hineintragen wird — auch solche Kreise, ohne die Sie nicht existieren können —, daß die Regierung nicht mehr imstande sein wird, ihre volksfeindliche Haltung in bezug auf das Wahlrecht zu bewahren. Es ist nicht der geringste Zweifel, daß, wenn die Verhältnisse sich weiter so entwickeln, wenn nicht zur rechten Zeit dafür gesorgt wird, daß auf die Wunden des Volkes etwas Balsam gelegt wird, daß dem Bedürfnis des Volkes eine nennenswerte, eine ausreichende, eine volle Befriedigung zuteil wird, dann auch das Mittel des Massenstreiks zur Anwendung kommen wird. *(Lebhaftes Hört! hört!)* Das Mittel wird zur Anwendung kommen. Der Massenstreik wird nicht gemacht werden, sondern der Massenstreik kommt von selbst. Steigern Sie nur die Aufregung weiter so, wie sie jetzt gesteigert worden ist, und Sie werden zweifellos erleben, daß in einer ganz explosiven, in einer im höchsten Maße für Sie nachteiligen und Ihre Herrschaft gefährdenden Weise dieses wichtigste und gewaltigste Machtmittel des Proletariats zur Anwendung kommen wird. *(Bewegung.)* Meine Herren, ins Bockshorn jagen läßt sich das Proletariat noch längst nicht, und wenn Sie und die Polizei auch mit Ihrer ultima ratio, den Waffen, dem Militär und dergleichen weiterhin vorgehen, so werden Sie keinen Erfolg haben gegenüber diesem Ansturm der breiten Massen des Volkes, von dem Sie sich im Innersten Ihres Herzens selbst sagen, daß er Ihre äußerlich zur Schau getragene Zuversicht doch recht erheblich erschüttert hat. *(Heiterkeit.)* — Ja, meine Herren, ich darf Ihnen sagen, daß gerade der neueste Wahlrechtskompromißversuch, der von den herrschenden Parteien gegenwärtig unternommen worden ist, nur geeignet ist, die Empörung weiterhin zu steigern, und daß nichts mehr Oel in unser Feuer zu gießen geeignet ist, als eine derartige Haltung der Kommission. *(Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, es ist vorhin ausdrücklich beschlossen worden, über die Wahlrechtsfrage nicht zu sprechen. Ich bitte, sich an diesen Beschluß des Hauses zu halten.

Meine Herren, wir Sozialdemokraten, das organisierte Proletariat, werden uns nicht ins Bockshorn jagen lassen, werden die Flinte nicht in das Korn werfen. Der Ansturm wird wachsen und nicht zurückgehen; er wird um so energischer und gefährlicher werden für Sie und die ganze preußische Herrschaft, je mehr Sie versuchen, die Demonstrationen und die legitime Geltendmachung der Stimmung des Volkes zu unterbinden. *(Zurufe rechts.)* Meine Herren, wir rufen das Bürgertum auf, Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu stehen bei diesen Kämpfen, diesen Demonstrationen; wir rufen vor allen Dingen die Schichten des Proletariats, die noch hinter dem Wagen der herrschenden Parteien herlaufen *(Zurufe rechts)*, immer und immer wieder auf, den Kampf zu führen Seite an Seite mit dem klassenbewußten Proletariat, der Sozialdemokratie. Ich darf wohl auch sagen, daß die große Masse der Beamtenschaft und der anderen Funktionäre des gegenwärtigen Staats in immer höherem Maße erkennen, daß sie nicht interessiert sind an der Aufrechterhaltung der preußischen Reaktion *(Oho! rechts)*, daß die große Masse der Beamtenschaft und der übrigen Staatsfunktionäre sich mehr und mehr auf die Seite der Sozialdemokratie scharen wird *(Widerspruch rechts und im Zentrum)*, daß, meine Herren, wenn es darauf ankommen wird, auch *Ihre letzten Waffen gegen das Proletariat versagen werden: Polizei und Militär! (Bravo! bei den Soz.)*

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 14. MÄRZ 1910

. . . Meine Herren, es ist sicherlich kein Zweifel, Sie fühlen trotz der äußeren Siegeszuversicht, mit der Sie hier auftreten, daß Sie vor dem ganzen Lande gezeichnet sind, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stimmung, die sich gegenwärtig im Volk draußen immer lebendiger zeigt, einer weiteren Steigerung fähig ist, und wir, die wir diese Volksstimmung kennen, wissen, daß diese Stimmung *nicht etwa nur ein Strohfeuer ist*, das übermorgen vorüber sein wird! Bilden Sie sich durchaus nicht ein, daß, wenn Sie jetzt Ihre Beute recht schnell unter Dach und Fach bringen, Sie damit der Gefahr entronnen sind, die Sie aus der gewaltigen Volksbewegung für sich hervorwachsen sehen! Das wäre ein schwerer Irrtum. Darüber dürfen Sie sich nicht dem geringsten Zweifel hingeben: wenn es Ihnen gelingen sollte, den jetzt vorliegenden Entwurf durchzubringen, dann würde die Empörung im Volk nicht etwa abflauen — sie würde immer weiter aufgepeitscht werden. Sie haben heute wiederholt gezeigt, daß Sie mit dröhnendem Gelächter sehr rasch bei der Hand sind. Sie tragen heute am Schluß der Verhandlungen zweiter Lesung eine sehr vergnügte und siegeszuversichtliche Haltung zur Schau. Es wird aber darauf ankommen, *wer zuletzt lacht*, und wir sind uns *noch lange nicht darüber klar, daß Sie zuletzt lachen werden.* Es wird ja auch in Preußen nicht ewig so sein, daß die Herren, die da meinen, ihre Macht für alle Ewigkeit auf der nackten Gewalt aufgebaut zu haben, die sich hinter die Kanonen und Flinten verkriechen, auch die Tyrannen und Despoten des Volkes bleiben.

Die Massenbewegung ist einmal im Gang, und wenn wir die Massen auf dem Lande, die unter Ihrer (nach rechts) Sklaverei leben, nicht so rasch gewinnen können für eine Massenbewegung, wie die Massen in den Städten — die Massen

in den Städten, auch die zur Wählerschaft des Zentrums gehören, sind der Agitation zugänglich, sie sind auch aufgeklärt genug, um sich durch falsche und verwirrende Vorspiegelungen nicht dauernd irreführen zu lassen.

Diese Wähler werden rasch darüber Klarheit gewinnen, daß die Zentrumspartei und alle Parteien, die gegen die Anträge der Linken gestimmt haben und an dem gegenwärtigen Kompromiß beteiligt sind, Feinde des Volkes sind, und es wird der Sozialdemokratie — das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel — gelingen, dafür zu sorgen, daß Sie, die Sie mit dem Brandmal des Volksverrats behaftet sind — *(Glocke des Präsidenten)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung.

auch draußen vor dem Lande in Ihrem wahren Charakter enthüllt werden. Sie glauben, hier im Abgeordnetenhaus, wie Sie glaubten, in der Kommission die Geschicke des Volkes nach Ihrem Geschmack lenken zu können. Sie sollten erkennen, daß Ihnen die Zügel längst aus den Händen geglitten sind, Sie sollten wissen, daß die Wahlrechtsreform gegenwärtig bereits nicht mehr im Abgeordnetenhaus, sondern außerhalb des Abgeordnetenhauses vom Volke selbst gemacht wird *(Lachen rechts)*, lenken Sie noch rechtzeitig in die Bahnen ein, die dem Willen des Volkes entsprechen, ehe der Volkszorn dazu übergeht *(Lachen rechts)*, die Wechsler und Schacherer, die in dem Tempel des Volkes hausen, aus dem Tempel herauszugeißeln! *(Bravo! bei den Soz.)*

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 16. MÄRZ 1910

. . . Meine Herren, die Vertreter der Sozialdemokratie haben in diesem Hause wiederholt den Standpunkt vertreten, daß das gegenwärtig bestehende preußische Dreiklassenwahlrecht zu Unrecht besteht, weil es verfassungs- und gesetzwidrig zustande gekommen ist, daß infolgedessen der Kampf um ein demokratisches Wahlrecht, wie ihn die Sozialdemokratie und andere Parteien führen, nicht eigentlich bedeutet einen Kampf um eine Umgestaltung der gesetzlichen Grundlagen des preußischen Staates, sondern einen Kampf zur Wiederherstellung der staatsstreichlerisch zerstörten wesentlichen Grundlagen des preußischen Staates. Auf diesen grundsätzlichen rechtlichen Standpunkt ist von keiner Seite eingegangen. Wir dürfen hier sagen: qui tacit consentit. Sie haben unseren Standpunkt in dieser Beziehung durch Ihr Schweigen gerechtfertigt. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, es ist Ihnen ja auch vorgehalten worden, daß das Wahlrecht zur russichen Duma ein besseres Wahlrecht ist als das Wahlrecht zum preußischen Landtag, und zwar so, wie es jetzt ist, und so, wie es nach der Kompromißvorlage sein wird. In die russische Duma, die eine erheblich kleinere Zahl von Mitgliedern zählt als dieses Hohe Haus, sind 21 Sozialdemokraten, 21 Arbeitervertreter gewählt worden. Dabei hat es der russische Staat, der russische Zarismus nötig gehabt, zwei Staatsstreiche zu verüben, um ein solches Wahlrecht zustande zu bringen, das, wie ich eben gezeigt habe, im Schlußresultat noch erheblich besser ist als das Wahlrecht, das vermöge des einmaligen Staatsstreiches von 1849 dem preußischen Volke

aufoktroyiert worden ist. Meine Herren, aber auch in Preußen geht es voran, und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch für Preußen das Wort gilt:

Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.

Sogar diejenige Partei, die hier stets als ein Fels gegolten hat, an dem alle Umsturzfluten abprallen, die Partei der Konservativen, ist in eine Unsicherheit geraten, die in der Tat, wie mir scheint, in der Geschichte fast einzig dasteht, eine Unsicherheit, die sich vielleicht nur noch vergleichen läßt mit der Unsicherheit der Vorfahren der preußischen Herren Junker in den Zeiten von Jena und Auerstädt.

Es ist von verschiedenen Seiten betont worden, sowohl von seiten des Herrn Ministerpräsidenten wie von den Führern der großen Parteien, daß man den *Ernst der Situation* wohl verstanden habe. Meine Herren, ich bezweifle, daß Sie den Ernst der Situation wirklich vollständig begriffen haben. Sie fassen den Ernst der Situation, von dem Sie reden, als den Ernst einer parlamentarisch verzwickten Situation auf und sehen nicht ein, daß es sich um den Ernst einer allgemeinen innerpolitischen Krise erster Ordnung handelt, einer Krise von einer Bedeutung, die sich in der Tat wohl mit jeder Krise messen kann, die jemals irgendein Staatswesen durchgemacht hat.

Meine Herren, wir sind ja bei dem parlamentarischen Handelsgeschäfte, das hier während der Verhandlungen dieses Hohen Hauses fortwährend propagiert worden ist, nicht unmittelbar beteiligt. Wir sind die lachenden Dritten bei diesem Handelsgeschäft. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, wenn wir aber auch nicht an dem Handel beteiligt sind, der ja soeben wieder in diesem Hause vor unseren Augen so eifrig betrieben wird, daß man wirklich schon meinen kann, im großen Saal der Berliner Börse und nicht im Abgeordnetenhause zu sein, — meine Herren, wenn wir auch an diesem Handel nicht unmittelbar beteiligt sind, so sind wir doch wohl berechtigt, im Namen der Millionen, die draußen im Lande hinter uns stehen, Sie noch einmal zu warnen vor dem letzten, vor dem ernstesten Schritt, um den es sich im gegenwärtigen Moment handelt.

Meine Herren, ich will mit wenigen Worten auf den Charakter der Vorlage, wie sie gegenwärtig gestaltet ist, eingehen. Die Thronrede vom 20. Oktober 1908 hat eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts verheißen, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung, entsprechend der Ausbreitung der Bildung, entsprechend der Ausbreitung des politischen Verständnisses und entsprechend der Verstärkung des staatlichen Verantwortungsgefühls. Meine Herren, wenn ich zunächst einmal in kurzem den Standpunkt, den wir und mit uns Millionen einnehmen, scharf charakterisieren soll, so behaupte ich, daß die Herren, die gegenwärtig die Mehrheit in diesem Hause bilden und die im Begriffe stehen, das Wahlrechtskompromiß zustande zu bringen, — daß diese Herren, wenn man die Worte der Thronrede in einem verständigen Sinne auffaßt, ihres Wahlrechtes verlustig gehen müßten, und daß an dessen Stelle ein demokratisches Wahlrecht der breiten Massen des Volkes treten müßte. Denn gerade bei den breiten Massen des Volkes trifft alles dasjenige zu, was nach der Thronrede als Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts gelten soll. Meine Herren (nach rechts), insbesondere das politische Verantwortlichkeitsgefühl streiten wir Ihnen mit allem Nachdruck ab; *(Sehr richtig! bei den Soz.)*; Sie handeln nicht wie Männer, die sich ihrer politischen Verantwor-

tung bewußt sind *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, Sie, die Sie im Begriffe stehen, das Volk durch Ihre Halsstarrigkeit, durch die Rücksichtslosigkeit, mit der Sie an Ihren Privilegien festhalten, in die schwersten inneren Konflikte zu treiben. Die Herren, die Triarier Seiner Majestät, deren Liebe zur Majestät der Simplizissimus in die klassische Formel gebracht hat:

Wir bitten Dich, Du großer Hort,
Um ein gebroch'nes Fürstenwort!

sind es ganz gewiß nicht, die, wenn sie an ihrer bisherigen Politik festhalten, dem Heil des preußischen Volkes dienen werden.

Die *Dreiklassenteilung* bleibt, d. h. der Geldsack regiert nach wie vor, die Ausbeutung regiert nach wie vor. Das Recht, in der ersten Wählerklasse wählen zu dürfen, ist eine Prämie für die Ausbeutung der Mitmenschen; natürlich dokumentiert sich darin auch eine gottgewollte Nächstenliebe. Sie werden das wahrscheinlich bezeichnen als eine organische Fortentwicklung, entsprechend der Entwicklung des Verantwortlichkeitsgefühls und des Wirtschaftslebens. Und die *Wahlkreiseinteilung* ist die alte geblieben. Die rückständigen Gutsbezirke regieren nach wie vor die Städte. Das nennen Sie wohl eine organische Fortentwicklung, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung und der fortschreitenden Bildung. Und wenn das *indirekte Wahlrecht* aufrechterhalten geblieben ist, diese Schönheit, die hier so oft charakterisiert ist, so bedeutet das nichts weiter als die Herrschaft der Gewalt, des Terrorismus auf den weitesten Gebieten des preußischen Landes; Sie werden wahrscheinlich geneigt sein, das als einen Fortschritt, entsprechend der Fortenwicklung des politischen Verantwortlichkeitsgefühls, zu bezeichnen.

Herr v. Zedlitz hat bei der Beratung der Kommission das Wort aus dem Zaun seiner Zähne entfliehen lassen, die Drittelung in den Urwahlbezirken sei deswegen so ungerecht, weil sie dazu führe, daß in gewissen Bezirken die wohlhabenden Kreise der Bevölkerung in die dritte Wählerklasse hinabgestoßen würden und *dort in der Masse der Wähler absolut rechtlos würden.*

Es ist uns hier vorgespiegelt worden, als ob Sie alle nicht recht einsehen wollten, daß die Wähler der dritten Klasse gegenüber den Wählern der anderen Klassen entrechtet seien. Aus den Worten des Herrn v. Zedlitz geht deutlich hervor, daß die Herren, wenn sie selbst in die Lage kommen, in die dritte Wählerklasse hinabzusteigen, sofort merken, wie rechtlos sie geworden sind. *(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)*

Was die von den Anhängern des gleichen Wahlrechtes, den Herren vom Zentrum, ganz aus freien Stücken in die Vorlage hineingebrachte Privilegierung der Akademiker anbelangt, so darf ich mir wohl erlauben, darauf hinzuweisen, daß dieses Privileg nicht gerade solche Kreise trifft, die man als politisch besonders tüchtig und reif bezeichnen könnte. Daß eine Examensnote weit davon entfernt ist, politische Bildung und Erfahrung zu garantieren, darüber herrscht nicht der geringste Zweifel. Gerade die Akademiker sind vielfältig geneigt, in ihrer politischen Haltung hin und her zu irrlichtern, weil sie etwas abseits von den großen politischen Kämpfen stehen. Meine Herren, es soll eine Art *Leibgarde der Hohenzollern* — Sie wissen ja, daß die Professoren so bezeichnet worden sind — privilegiert werden. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Wenn Sie die Stellung, die von der Wissenschaft leider gar vielfältig gegenüber den politischen Machthabern eingenommen wird, gekennzeichnet sehen wollen, dann empfehle ich Ihnen allen, einmal in die neue König-

liche Bibliothek in Berlin zu gehen und sich dort die Bilder von Artur Kampf anzusehen. Da können Sie sehen, wie es dieser Künstler — vielleicht hat er dabei auf höheren Befehl gehandelt — fertig gebracht hat, die angesehensten Gelehrten der Zeit Friedrichs des Großen in einer Stellung vor dem Könige zu zeichnen, die in der Tat geradezu als ein Katzbuckeln bezeichnet werden muß; in einer so unwürdigen Haltung, daß ein mir befreundeter Russe, als er dieses Bild zum ersten Male gesehen hatte, voll Erstaunen zu mir gelaufen kam und sagte: was für ein abscheuliches Bild haben Sie da in Ihrer Königlichen Bibliothek! Sind denn das Lakaien, diese Professoren, die da mit ihren Bücklingen vor dem Könige gemalt sind?

Meine Herren, das ist also das Privilegium der Akademiker. Sie können versichert sein, daß den Arbeitern, die Anhänger des Zentrums sind, das Verständnis für diese Privilegierung gründlichst abgehen wird, und daß diese vom Zentrum aus eigener Initiative hineingebrachte Verschlechterung des Gesetzes in allen Gebieten, wo das Zentrum gegenwärtig seine Machtstellung besitzt, ein wirksames Agitationsmittel sein wird. *(Lachen im Zentrum.)*

Meine Herren, man hat sich ja nun unterfangen — den Beginn damit hat ja in unserem Falle der Herr Ministerpräsident gemacht —, die Dreiklassenschmach gewissermaßen unter göttlichen Schutz zu stellen. Alle die Abhängigkeiten, die in dem Dreiklassenwahlrecht enthalten sind, und die Sie jetzt konservieren wollen, sind unter die Autorität des göttlichen Willens gestellt, werden bezeichnet als gottgewollte Realitäten, als gottgewollte Abhängigkeiten. Meine Herren, ist es nicht eine schnöde Blasphemie, gerade hier bei dieser schnöden Entrechtung den Christengott anrufen zu wollen zum Zeugen und zum Schildträger? *(Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie doch bitten, dieses Thema etwas zarter zu behandeln. *(Sehr richtig!)*

Es muß wohl möglich sein, einer Partei, die in dem Maße, wie es das Zentrum tut, als konfessionelle Partei auftritt, als Vertreterin des Christentums, es muß möglich sein, einer solchen Partei vorzuhalten, in welcher Weise sie der Masse der Bevölkerung den Willen ihres Gottes darstellt, in einem Augenblick, wo man sich anschickt, die Interessen des Volkes zu verraten *(Sehr richtig! bei den Soz.);* es muß möglich sein, dem Zentrum hier zu sagen, daß, wenn es selbst oder wenn es die ihm verbündete Partei in der Tat wagt, sich zur Erhaltung des gegenwärtigen preußischen Wahlrechts auf den Willen Gottes zu berufen, daß das Zentrum damit vom Standpunkte seiner eigenen Anschauungen aus eine schwere und böse Blasphemie begeht oder doch unterstützt. *(Lachen im Zentrum.)* Im Vergleich zu der Behauptung, daß alle diese Ungerechtigkeiten gottgewollte Abhängigkeiten seien, ist ja der Anspruch, den unsere Fürsten erheben, von Gottes Gnaden zu sein, außerordentlich bescheiden; denn die Fürsten behaupten nur, daß die Gnade Gottes sie eingesetzt habe; hier wird aber behauptet, daß alle diese schnöden Ungerechtigkeiten dem Willen Gottes entsprungen seien.

Meine Herren, ich frage Sie: wo ist in den ganzen Verhandlungen über dieses so ungemein wichtige Gesetz, auf dessen Gestaltung nicht nur das preußische Volk, sondern ganz Deutschland und, darf ich sagen, die ganze zivilisierte Welt mit äußerster Spannung und Erregung sieht, wo ist da auch nur ein einziges Mal ein großer Zug gewesen (Sehr wahr! bei den Soz.), wie es an der Zeit gewesen wäre, wenn die Herren ihren Pflichten nachgekommen und des historischen Moments sich bewußt gewesen wären? Millionen von Menschen stehen, bildlich gesprochen,

vor der Pforte dieses Hauses und warten und harren des Rechtes, das ihnen hier gewährt werden soll. Und hier wird gehandelt und gefeilscht und geschachert um ein Fraktionsinteresse *(Unruhe.)*, um eine Mark, um ein paar Pfennige; es ist eine wahre Schacherbude geworden, ein wahrer Mühlendamm, es ist eine wahre Trödelbude geworden, dieses Abgeordnetenhaus. *(Erregte Zurufe und Unterbrechungen rechts und im Zentrum. — Glocke des Präsidenten. — Andauernde Bewegung.)*

Vizepräsident Dr. *Porsch* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich rufe Sie zur Ordnung wegen dieser groben Beschimpfung des Abgeordnetenhauses. *(Andauernde erregte Zurufe — Glocke des Präsidenten.)* Meine Herren, ich bitte um Ruhe, und ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren. *(Erneute andauernde Erregung und Zurufe.)* Meine Herren, ich bitte um Ruhe, — ich muß dringend um Ruhe bitten. Ich kann es vollständig verstehen, daß die Herren sehr erregt sind; ich bitte Sie gleichwohl, vollständig ruhig zu bleiben, damit der Herr Redner seine Rede fortsetzen kann. *(Erneute erregte Zurufe und Gegenrufe bei den Soz.)*

Meine Herren, Herr Abgeordneter v. Richthofen hat offenbar gemeint, durch die wiederholte Betonung seiner außerordentlichen Bildung die Ueberzeugung wecken zu können, daß der Passus der Thronrede, nach welchem das Wahlrecht der Bildung entsprechend verteilt werden solle, es durchaus rechtfertige, wenn die Herren von der konservativen Partei ein so außerordentliches privilegiertes Wahlrecht besitzen. Ich glaube, man darf mit Recht betonen, daß dieses unausgesetzte Herumreiten des Herrn v. Richthofen auf seiner Bildung doch, ich möchte sagen, einen etwas *parvenuhaften Eindruck* macht, und daß man aus seinen gespreizten Aeußerungen wohl eher schließen kann, daß in den Kreisen, in denen er zu verkehren pflegt, eine Bildung auch nur solcher Art, wie er sie besitzt oder zu besitzen vermeint, als eine große Ausnahme erscheint. In wirklich gebildeten Kreisen pflegt man von seiner Bildung nicht so viel Wesens und Aufsehens zu machen, wie es Herr v. Richthofen getan hat.

Meine Herren, Sie müssen auf die Dauer doch die große Masse des Volkes auf Ihrer Seite haben, wenn Sie Ihre Stellung im preußischen Staate aufrechterhalten wollen, und *es wird Ihnen auf die Dauer doch unmöglich sein, gegen ein innerlich längst von der Tyrannei der herrschenden Klassen, der herrschenden Parteien in Preußen befreites, aufgerütteltes und seiner selbst bewußtes Volk gegen seinen eigenen Willen zu regieren.* Meine Herren, man hat meinem Parteifreund Hirsch, wie er das Wort „leider?' dazwischen warf, als man von der Vormachtstellung Preußens im Reich sprach, einen schweren Vorwurf gemacht. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß mancher große deutsche Mann, auf den alle Parteien dieses Hauses sicherlich mit Stolz blicken, in dieser Richtung einen ähnlichen Standpunkt eingenommen hat, wie ihn heute meine Freunde einnehmen. Ich will Sie nicht an die Zeilen erinnern, die der Dichter Herwegh über Preußen gedichtet hat, an die Zeilen von der verfluchten Preußensuppe, die niemand gern fressen will. Aber ich möchte Sie daran erinnern, daß es ein Winkelmann gewesen ist, der da erklärt hat, daß es das beste für ihn und alle diejenigen, welche in diesem unglücklichen preußischen Lande eine schwere und erstickende Luft schöpfen, wäre, wenn sie aus diesem Lande herauskämen oder sterben würden; er führt aus: „Auf Preußen drückt der größte Despotismus, der je erdacht ist *(Lachen rechts.)*, ich denke mit Schaudern an dieses Land!" *(Lachen und Zurufe rechts.)* — Es ist leider nicht besser geworden; das *ist ja eben die ganze preußische Misere, daß es heute noch gerade so ist, wie es vor 150 Jahren war* —. Und, meine Herren, er schließt damit: „Lieber

ein beschnittener Türke als ein Preuße sein." Und es war kein anderer als Lessing, der Preußen als das sklavischste Land der Erde bezeichnet hat. *(Erneute Zurufe rechts.)* Wenn es auch schon 150 Jahre her ist, so können Sie versichert sein, daß auch heute noch von manchen Leuten, die Sie als die Leuchten der Wissenschaft und der Kunst bezeichnen, ähnliche Urteile über Preußen gefällt werden; und Sie brauchen nur einen Schritt über die schwarz-weißen Grenzpfähle hinauszugehen, und Sie werden derartige Urteile ganz unverblümt in Masse hören.

Meine Herren, es wird Ihnen auf die Dauer unmöglich sein, gegen ein Volk zu regieren, das in dieser Weise gegen Sie und Ihre Privilegienherrschaft aufgerüttelt und aufgeregt ist. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Man hat der Sozialdemokratie den Vorwurf machen wollen, als ob sie es sei, die in künstlicher Weise die Erregung des Volkes aufgepeitscht habe. *(Sehr richtig! rechts.)* Meine Herren, wir sind die wahren Waisenknaben in der Agitation und Demagogie im Vergleich zu den herrschenden Klassen. *(Sehr gut! bei den Soz.)* Darf ich mir erlauben, Ihnen eine Autorität, die Autorität des großen Dichterphilosophen Nietzsche, zu zitieren? Er sagt über die Beredsamkeit — und im allgemeinen pflegt ja die Agitation durch Beredsamkeit geübt zu werden —: „Wer besaß bis jetzt die überzeugendste Beredsamkeit? Der *Trommelwirbel.* Und solange die Könige (die herrschenden Klassen) diesen in ihrer Gewalt haben, sind sie immer noch die besten Redner und Volksaufwiegler." Ja, meine Herren, mit diesem Trommelwirbel, mit Hilfe der Gewalt und mit Hilfe der Verführung, die Sie durch den Trommelwirbel und all das Bunte und Glitzernde, an Augen, Ohren und alle Sinne Dringende des Militarismus veranstalten, dadurch schon sind Sie Demagogen und Agitatoren von weit größerer Geschicklichkeit und Wirksamkeit, als jemals irgendwelche sozialdemokratischen Agitatoren sein könnten *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, aber Agitatoren freilich, die dem Volke höchst schädlich sind, weil sie die Agitation und Demagogie gegen die Interessen des Volkes, im Interesse der Aufrechterhaltung einer Minderheitsherrschaft betreiben. *Meine Herren, wenn die Sozialdemokratie in der Tat gegenwärtig einen so gewaltigen Anhang aufgeregter und ihrer Interessen bewußter Volksmassen hinter sich hat, so ist das nicht ein Verdienst der Sozialdemokratie und nicht ein Verdienst irgendwelcher Agitation, so ist das eine Wirkung der geistigen Hebung dieser Massen, ein Verdienst des Selbstbewußtseins dieser Massen, es ist ein Beweis für die politische Reife dieser Massen,* die aus eigenem Impuls heraus, spontan, in ihrer Erregung gegenwärtig so weit gehen, wie Sie es zu Ihrem Schrecken allenthalben beobachten. Meine Herren, zu Ihrem Schrecken, darf ich wohl sagen. *(Lachen rechts.)* — Meine Herren, lachen kann man immer, auch aus Angst, und auch, um seine wirkliche Aengstlichkeit zu verbergen; also Ihr Lachen beweist mir gar nichts. Ihre *Handlungsweise* nur beweist mir etwas, und darauf werde ich zu sprechen kommen.

Meine Herren, eine Volksvertretung unter Polizeischutz! Wissen Sie denn nicht, daß heute, wie alle Tage der Wahlrechtsverhandlungen, in dem Museum, dem Hause gegenüber, ein *ungeheures Schutzmannsaufgebot* konsigniert ist, ein Schutzmannsaufgebot, das jeder beobachten kann, der etwa eine Viertelstunde nach Beendigung der Sitzung in den Torweg hineinblickt, ein Schutzmannsaufgebot mit zahlreichen Offizieren und mit einer großen Zahl von Wachtmeistern und Mannschaften! *Eine Volksvertretung, die es für nötig hält, sich unter Polizeischutz zu begeben gegen die Liebe des Volkes (Na, na!),* ist eine gar *absonderliche Erscheinung. (Sehr gut! bei den Soz.)* Meine Herren, die Liebe des Volkes würde

Ihnen gegenüber allerdings ein bißchen sadistisch ausfallen, wenn es dazu kommen sollte.

Und, meine Herren, denken Sie doch an dieses andere Bild: Volksvertreter, denen direkt der *Rat* gegeben wird, *sich heimlich durch eine Hinterpforte hier in dieses Haus hineinzustehlen,* damit sie, diese Herren Volksvertreter, nicht von dem Volke gesehen und begrüßt werden, dessen Ansammlung vor dem Haupteingang besorgt wurde. Gewiß, ein Bild für Götter! Ja, meine Herren, das ist eine Volksvertretung, die sich offenbar wirklich des Vertrauens der Massen draußen im vollen Umfange bewußt ist, daran kann ja doch wohl gar kein Zweifel sein! *(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)*

Meine Herren, daß die Demonstrationen spontan entstanden sind, beweist Ihnen jetzt jeder einzelne Tag; die Massen sind allenthalben über ganz Preußen hinaus auf den Beinen, und es vergeht kein Tag, kann man sagen, ohne Demonstrationen, die stets friedlich verlaufen, wenn die Polizei es nicht für nötig hält, in ungeschickter Weise einzugreifen. Meine Herren, *auf die göttliche Komödie, die am vergangenen Sonntag vor acht Tagen hier in Berlin und Treptow aufgeführt worden ist,* brauche ich hier nicht noch einmal einzugehen. Es ist ja ein *unsterbliches Lachen durch die ganze Welt gegangen* über die unsägliche Blamage, die sich der Berliner Polizeipräsident hierbei zugezogen hat. Aber, wenn Sie etwa aus Mitleid mit dem in so bedauernswerter und unglücklicher Weise versetzten Berliner Polizeipräsidenten, der so versetzt worden ist, wie nur jemals ein kleines Mädchen versetzt werden könnte *(Lachen),* sich dazu verleiten lassen sollten, etwa nun mit scharfen Angriffen und mit Verdächtigungen gegen die Demonstranten vorzugehen, so darf ich dem gegenüber auf allerhand Zeugnisse hinweisen, die Sie sicherlich auch in der Presse verfolgt haben, die freilich in der von Ihnen bevorzugten Presse wohl nicht vermerkt worden sind, weil man es dort für gut hält, sie totzuschweigen. Ich darf Sie nur daran erinnern, daß diese angeblichen Radaubrüder, wie Sie so gern die Demonstranten zu bezeichnen pflegen, am letzten Sonntag, als ihrem Zuge ein Leichenzug, ein Leichenwagen begegnete, in einer Weise verstummten, die die Mitglieder der bürgerlichen Parteien frappierte und zur Hochachtung vor der Disziplin und der Anständigkeit, der edlen Gesinnung dieser Massen veranlaßte, zu einer Hochachtung, die Ihnen sicherlich sehr unangenehm, hoffentlich sehr unangenehm ist. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Ich darf Sie weiter daran erinnern, daß der Umzug der Demonstranten, der am Sonntag vor acht Tagen hier in der Schmidstraße in Berlin stattfand, und bei dem es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, auch gerade dadurch das allgemeine Erstaunen und allgemeine Bewunderung erweckt hat, daß er, als er in die Nähe des Krankenhauses Bethanien kam, sofort verstummte, und daß dafür gesorgt wurde, daß an dieser Stelle auch nicht ein einziger Ruf aus der Masse mehr laut wurde. Das sind die Radaubrüder, von denen Sie sprechen. Leute, die sich so in der Gewalt haben, die sich so diszipliniert haben, sind besser diszipliniert als die Treptower Kosaken, besser diszipliniert als die herrschenden Klassen. Diese Massen sind imstande, unter Einhaltung aller Verpflichtungen, die die Humanität ihnen auferlegt, ihre Interessen, ihre heiligsten Interessen mit Nachdruck, Rücksichtslosigkeit und höchster Opferfreudigkeit zu verfolgen. Seien Sie sich darüber klar, gegen ein solches Volk, wenn es gegen Sie tiefernstlich erregt und empört ist, können Sie auf die Dauer nicht regieren. *(Sehr richtig! bei den Soz.) Sie können mit einem solchen Volk nicht regieren nach innen und nach außen.* Sie sind nicht

imstande, die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten, und mögen Sie noch so viele Trommelwirbel, noch so viele Kanonen, Flinten, Säbel, Polizeipferde und Polizeihunde zur Verfügung haben. Mit Gewalt läßt sich auf die Dauer kein selbstbewußtes Millionenvolk regieren, darüber müssen Sie sich klar sein. Was die *äußere Sicherheit* des Staates darunter leidet, wenn jeder Mann außerhalb Deutschland, alle diejenigen, die Sie so gern als Feinde Deutschlands bezeichnen, hören, sehen und tagtäglich lesen, wie in Preußen eine Regierung und Parteien am Ruder sind, die von der ungeheuren Masse des Volkes im äußersten Maße gehaßt werden, — glauben Sie, daß das dazu beiträgt, die Machtstellung Deutschlands zu sichern? (*Sehr wahr! bei den Soz.*) *Wenn Sie nicht rechtzeitig einlenken, gefährden Sie nicht nur den inneren, sondern auch den äußeren Frieden Deutschlands.*

Eine Petition, die zweifellos die innere Logik für sich hat, — sie ist dem Hause von einigen Volksversammlungen in Remscheid und Solingen vorgelegt worden —, verlangt, daß denjenigen Wählern, die durch die Einreihung in die dritte Wählerklasse tatsächlich, um mit jenem Worte des Herrn Frhrn. v. Zedlitz zu sprechen, absolut entrechtet werden, auch nicht zugemutet werden soll, der Militärpflicht zu genügen. Es ist eine Pflicht der Gerechtigkeit, daß man denjenigen, denen man das wichtigste politische Recht vorenthält, nun auch die wichtigste politische Pflicht, die Militärpflicht, von den Schultern nimmt. . . .

Meine Herren, wir können ja mit aller Ruhe die Arbeit abwarten, die hier in diesem Hause vollführt werden wird. Sie werden keinen Lorbeerkranz für diese Arbeit bekommen, man wird Ihnen bestenfalls einen Kranz von Stroh aufs Haupt drücken. Wir können uns zu eigen machen, was ein nationalliberales Organ vor einiger Zeit — bei Gelegenheit des bekannten Daily Telegraph-Interviews — betonte: daß *kein Machtwort eines Cäsaren imstande* sein werde, den Kampf und Sieg aufzuhalten. *Kein Machtwort eines Cäsaren*, mag er nun auf den Bänken der Zentrumspartei sitzen und ein schwarzes Kleid tragen oder mag dieser Cäsar auf der rechten Seite des Hauses sitzen und Heydebrandt von der Lasa heißen. *Und die Massen des Volkes werden auch über diese Cäsaren hinwegschreiten.*

Meine Herren, die Ernte, von der Sie meinen, daß Sie sie jetzt bereits unter Dach und Fach gebracht hätten, kann Ihnen doch noch ganz gründlich verhageln. In der Tat: diese „Reform" ist ein solches *Pasquill auf eine Reform*, um mich hier des Ausdrucks eines Herrn von der freikonservativen Partei *über die Reichsfinanzreform* zu bedienen, daß es geradezu unmöglich sein wird, die Wähler auf die Dauer über die Wahrheit der gesetzgeberischen Arbeit zu täuschen, die Sie hier leisten. Meine Herren, wir wissen, daß das Wort wahr ist, daß die Weltgeschichte das Weltgericht ist, und Sie werden vor diesem Weltgericht Rede und Antwort zu stehen haben; und es wird die Posaune des jüngsten Gerichts (*Stürmisches Lachen rechts und im Zentrum.*) — die Posaune des jüngsten Gerichts *(Andauerndes stürmisches Lachen rechts und im Zentrum.)* die Posaune des Volksgerichts, meine Herren, wird Ihnen bös in den Ohren tönen *(Zuruf und Lachen rechts.)*, ja, meine Herren, der Tag der Rache und der Tag der Vergeltung wird kommen, dies irae, dies illa! *(Zurufe rechts.)* und wenn Sie sich einbilden, daß comedia finita sei, so dürfen wir Ihnen bemerken, wenn auch comedia finita ist, der Applaus draußen, ohne den Sie nicht existieren können, wird gründlich ausbleiben; ausgezischt werden Sie; und meine Herren: wenn es in der Tat einen Gott gibt, so werden Sie auch ein Gottesgericht über sich zu verzeichnen haben, ein Gottesgericht, *das Sie treffen wird an Haupt und Gliedern*, meine Herren. Und Sie können fest überzeugt sein,

daß *dasjenige, was Sie hier vollbringen,* wenn Sie es in der Tat formal zustande bringen, *nicht ein Abschluß der Volksbewegung* sein wird, *sondern nur eine ganz nebensächliche Episode* in dem Verlauf, den der Wahlrechtskampf auch weiterhin nehmen wird.

Meine Herren, es ist seit jeher das Unglück der herrschenden Klassen gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören können und nicht zur rechten Zeit auf ihre Privilegien zu verzichten übers Herz brachten. Wenn Sie meinen, hier einen Sieg erfechten zu können — nun gut, diesen parlamentarischen Sieg können Sie erfechten. Aber *es gibt Siege, die verhängnisvoller sind als Niederlagen, und der Sieg, den Sie hier scheinbar erfechten, wird Ihnen teuer zu stehen kommen, und Sie können versichert sein, die Massen und die Millionen des Volkes draußen rufen mit uns: Trotz alledem! Der Kampf geht weiter! (Bravo! bei den Soz. — Lachen rechts.)*

Vizepräsident Dr. *Krause* (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bell (Essen).

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 19. MÄRZ 1912

. . . Meine Herren, unter dem Geheul der Scharfmacher *(Oho! und Heiterkeit.)* ist hier nach Blut und Eisen gerufen worden und sind Hymnen auf die Gewalt gesungen worden. Ich hätte noch gern einmal die Stimmen — —

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordeter Liebknecht, das ist nicht zur Geschäftsordnung. Die Bemerkungen zur Geschäftsordnung beziehen sich auf die geschäftliche Behandlung des zur Beratung stehenden Gegenstandes respektive auf die Feststellung der Tagesordnung.

Es ist üblich, daß man in kurzen Worten seine Meinung zum Ausdrucke bringen darf *(Lebhafter Widerspruch.),* wenn einem das Wort abgeschnitten worden ist. Es ist seit jeher so gewesen *(Erneuter Widerspruch),* und Sie wissen das ganz genau. Man hat jederzeit sein Bedauern darüber aussprechen können, daß man nicht auf Angriffe hat antworten können, und nur darum handelt es sich hier. *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Das sollen Sie auch; Sie sollen es aber in der Form der geschäftsordnungsmäßigen Bemerkungen und nicht mit einer Beweisführung machen.

Das tue ich. Ich sage nur, ich hätte gern die Gelegenheit benutzt, um noch einmal der Stimme der Wahrheit *(Stürmisches Lachen.)* und der Gerechtigkeit *(Wiederholtes Lachen.)* und der Menschlichkeit in diesem Hause Gehör zu verschaffen *(Andauerndes Lachen und große Unruhe.)* und dabei die Heuchelei und Brutalität zu brandmarken. *(Wiederholte große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Das ist gleichfalls nicht zur Geschäftsordnung.

Es wird mir ja sehr schwer fallen, auch nur im entferntesten in der Form einer geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung zu sagen, was zu sagen wäre, und auch den Judas Ischariot genügend zu kennzeichnen *(Lachen rechts. — Lebhafte Unruhe im Zentrum. — Glocke des Präsidenten.),* der hier seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken

gefallen ist. *(Große Unruhe und Rufe im Zentrum: Wer ist das? — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Ich bitte, daß Sie ruhig sind, wenn ich klingele. Ich weiß nicht, wen Sie mit diesem Judas Ischariot meinen. Haben Sie damit ein Mitglied des Hauses gemeint? *(Abgeordneter Dr. Liebknecht: Jawohl!)* — Dann rufe ich Sie zur Ordnung. *(Große Unruhe und Rufe rechts: Raus!)*

Meine Herren, Sie haben es uns durch Ihr Verhalten, durch das Schlußmachen, auch unmöglich gemacht, hier auf die unglaublichen Polizeibombenmärchen, die der Herr Polizeiminister hier vorgetragen hat, einzugehen und auf die Versuche, diese Märchen im Interesse des Scharfmachertums zu fruktifizieren. Aber, meine Herren, ich will darüber gar nichts weiter sagen; das mag alles nichts schaden. Diese Debatten haben meiner Ansicht nach dieses Haus so deutlich wie möglich gekennzeichnet — — *(Rufe rechts: Zur Geschäftsordnung! — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Ich bitte, sich nun aber ernsthaft mit Ihrer Bemerkung zur Geschäftsordnung und nicht mit anderen Dingen zu beschäftigen.

Ich sage ja nur, daß meine Rede nicht notwendig ist, weil die Debatten von gestern und heute bereits genügend dieses Haus gekennzeichnet haben *(Rufe rechts: Zur Geschäftsordnung!)*, das da ein Spott für die ganze gesittete Welt *(Große Unruhe.)* und die Schande Europas ist. *(Andauernde Unruhe und Rufe: Unerhört! Schluß! — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Für diese letzte Bemerkung, Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, rufe ich Sie nochmals zur Ordnung.

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 9. MAI 1912

. . . .Meine Herren, dieser Beifall zu den Worten des Herrn Abgeordneten v. Kröcher beweist, daß Sie in dieser ganzen Angelegenheit von dem allersubalternsten Kommißgeist beseelt sind *(Heiterkeit.)*, der in preußischen Polizeiwachtstuben zu Haus zu sein pflegt. Meine Herren, Sie verwechseln nur den Landtag mit einer preußischen Polizeiwachtstube. Aber ich gebe Ihnen recht: Sie dürfen ihn verwechseln. Wenn wir die Art, wie Sie sich heute hier aufgeführt haben *(Große Unruhe.)*, betrachten, so haben Sie ein gutes Recht zu dieser Verwechslung. *(Glocke des Präsidenten.)*

Meine Herren, es ist vom Herrn Präsidenten und vom Herrn Abgeordneten v. Kröcher gemeint: sobald die Polizei im Hause ist, schweigt der Herr Präsident, die Polizei hat das Wort, und die Polizei hat die Macht, die Macht des Herrn Präsidenten ist erledigt. Meine Herren, dieser Standpunkt, wonach die Ordnung des Hauses aufrechtzuerhalten Aufgabe des Polizeileutnants wird in dem Augenblick, wo er ins Haus tritt, und der geschäftsordnungsmäßig zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufene Präsident kapituliert vor dem Polizeisäbel und der Pickelhaube — meine Herren, diese Auffassung ist, wenn Sie sie vertreten wollen, Ihrer würdig; aber mit der Geschäftsordnung und mit der Verfassung ist diese Auffassung nicht verträglich. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, wir haben natürlich gar keine

Veranlassung, die Würde dieses Hauses gegen Sie selbst zu verteidigen. Sie mögen die Würde dieses Hauses in den Kot ziehen, soviel Sie wollen — — *(Pfui, pfui! rechts. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter ich rufe Sie zur Ordnung.

Der Herr Präsident stellt sich also, wie es scheint, auf den Standpunkt: sobald die Polizei hier im Saale ist, haben die Gesetze zu schweigen, hat die Verfassung zu schweigen, hat die Geschäftsordnung zu schweigen, und es regiert ausschließlich noch die Willkür der Polizei. Meine Herren, ich glaube, daß wir Sozialdemokraten keinen Zweifel darüber obwalten lassen dürfen, daß wir irgendeine freie Disposition irgendeines Polizeibeamten hier in diesem Hause unter keinen Umständen anerkennen können. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Selbst unter der Voraussetzung, daß diese Geschäftsordnungsparagraphen, diese Maulkorbparagraphen, diese Hausknechtsparagraphen gültig sein sollten, selbst dann, meine Herren, würde der Standpunkt, den Sie eingenommen haben, nicht zutreffen.

Nun haben aber die Herren, und der Herr Präsident insbesondere, sich auf den unglaublichen Standpunkt gestellt, daß unser Freund Leinert die Aufgabe gehabt habe, der Polizei seinen Fraktionskollegen Borchardt als freiwilliger Büttel der Polizei aus dem Saale gewaltsam hinausbringen zu helfen. Ja, meine Herren, daß ein solches Ansinnen, gerichtet an unseren Fraktionsfreund Leinert, wiederum einmal das geistige, moralische und politische Niveau dieses Hauses glänzend illustriert, darüber noch ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. *(Lachen rechts.)* Meine Herren, auch darüber soll für Sie kein Zweifel bestehen, daß wir alle zusammen uns niemals freiwillig aus dem Hause entfernen werden *(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)*, wenn wir wider Gesetz und Verfassung etwa hinausgeworfen werden sollten auf Grund dieses Hausknechtsparagraphen, da können Sie lange warten, ehe wir uns fügen werden; eher können Sie uns alle zusammen aus dem Hause tragen lassen. *(Lebhafter Beifall bei den Soz.)* Es soll uns ein Vergnügen sein. Sie werden aber immer weiter in den Morast der Verachtung hinein sinken, in den Sie gehören. *(Erneuter lebhafter Beifall bei den Soz. — Großer Lärm und andauernde Unruhe auf allen Seiten des Hauses.)* Meine Herren, haben Sie denn so wenig Gefühl für Ihre eigene Würde, daß Sie es als selbstverständlich hinnehmen, daß das ganze Haus hier mit einem Schutzmannskordon umgeben ist, daß es hier in allen Gängen des Hauses von Pickelhauben wimmelt, daß die Polizeioffiziere da draußen stehen und daß man in diesem Hause geradezu unter Polizeiaufsicht steht? Eine Volksvertretung, eine sogenannte Volksvertretung unter Polizeiaufsicht! *(Sehr gut! bei den Soz. — Große Unruhe auf allen Seiten des Hauses.)* Ich muß offen gestehen; wenn dieser Vorgang heute von dem Herrn Präsidenten als widerwärtig bezeichnet worden ist *(Lebhafte Rufe rechts: Sehr wahr!)*, — meine Herren, das ist unsere Auffassung auch. *(Sehr gut! bei den Soz.)* Nur scheint uns dieses Urteil noch viel zu milde zu sein angesichts des Vorgehens gegen unseren Freund Borchardt nicht nur, sondern auch angesichts des geradezu unerhörten Verhaltens gegenüber unserem Freunde Leinert, angesichts der Tatsache, daß der Präsident nicht seine elementarste Pflicht getan hat *(Sehr richtig! bei den Soz. — Erneuter großer Lärm und große Unruhe auf allen Seiten des Hauses.)*, um den Abgeordneten Leinert gegen ein solches Vorgehen zu schützen. Meine Herren, das war nicht nur widerwärtig, das war ein Skandal ohnegleichen. *(Bravo! bei den Soz. — Große anhaltende Unruhe auf allen Seiten des Hauses. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordeter Liebknecht, ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung und entziehe Ihnen hiermit das Wort.

Sie sind blamiert bis auf die Knochen; Sie sitzen im tiefsten Moraste drin, und wir sind die lachenden Dritten. *(Lebhafter Beifall bei den Soz. — Große andauernde Unruhe.)*

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 9. MÄRZ 1915

. . . Meine Herren, vor wenigen Tagen haben Sie mir in Fortsetzung einer alten Gepflogenheit dieses Hauses, das sich also auch in dieser Beziehung treu geblieben ist, das Wort abgeschnitten; heute werden Sie es sich doch gefallen lassen müssen, daß ich Ihnen dasjenige sage, was ich für angemessen halte.

Meine Parteifreundin *Rosa Luxemburg* ist, wie Ihnen bekannt, im vorigen Jahre wegen angeblicher an die Soldaten gerichteter Aufforderung zum Ungehorsam zu der ungeheuerlichen Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden *(Abgeordneter Ströbel: Hört! hört!);* das Urteil wurde vor einigen Monaten vom Reichsgericht bestätigt. Im Januar dieses Jahres erhielt sie wegen Krankheit einen Strafaufschub bis zum 31. März. Sie hatte mehrere Wochen im Schöneberger Krankenhaus zugebracht und war von dort ungeheilt mit der Aufgabe zur Innehaltung einer bestimmten Kur entlassen worden. Am 18. Februar wurde sie plötzlich in ihrer Südender Wohnung von zwei Berliner Kriminalbeamten festgenommen, im Automobil nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht, und zwar nach Abteilung 7, d. h. der *politischen* Polizei, nicht der Kriminalpolizei. Von dort wurde sie trotz Intervention ihres Anwalts im *Grünen Wagen* gemeinsam mit gemeinen Verbrechern nach dem Weibergefängnis in der Barnimstraße transportiert, und zwar zur Vollstreckung ihrer einjährigen Gefängnisstrafe.

Dieser Vorgang enthüllt das Wesen des sogenannten Burgfriedens mit der Präzision eines physikalischen Experimentes. *(Abgeordneter Ströbel: Sehr wahr!)* Darüber, daß diese hochpolitische, diese parteipolitische Strafe jetzt trotz des sogenannten Burgfriedens vollstreckt wird, beschweren wir uns nicht. Darüber mögen sich diejenigen beschweren, die an den Burgfrieden geglaubt haben *(Abgeordneter Ströbel: Sehr wahr!)*, die sich die Würdigkeit für die Segnungen dieses Burgfriedens durch Wohlverhalten zu erwerben versucht haben oder versuchen. Ich weiß, daß meine Freundin Luxemburg genau so wie ich in dieser Vollstreckung im Gegenteil einen Ehrentitel erblickt, ein Zeugnis dafür, daß sie ihrer Pflicht, im sozialistischen Sinne für das Interesse des Volkes zu arbeiten, auch in dieser Zeit der inneren Wirrnisse gar vieler nach Kräften und wirksam genügt hat.

Aber, meine Herren, bemerkenswert ist folgendes — und diese Tatsache hebe ich besonders heraus —: sie ist zum Zweck der Strafvollstreckung verhaftet worden trotz des Strafaufschubes, der ihr bis zum 31. März bewilligt war, ohne daß man ihr, nachdem man meinte, daß die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Strafaufschubes nicht mehr vorhanden seien, eine erneute Aufforderung zum freiwilligen Strafantritt hätte zugehen lassen. Man hat sie ohne jede Aufforderung gefaßt und weggeschleppt, ohne ihr die Möglichkeit zu geben, sich freiwillig im Gefängnisse

zu stellen. Die Art der Ausführung ist unter aller Kritik. Dieser Transport mit dem Grünen Wagen und die Einzelheiten, von denen ich vorhin sprach, rechtfertigen die schwersten Vorwürfe gegen diejenigen Beamten, die für dieses Vorgehen verantwortlich sind. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Von besonderer politischer Bedeutung ist der Grund dieser Maßnahmen. Die „Deutsche Tageszeitung" hat, bevor noch in unseren Parteizeitungen irgendeine Mitteilung von der Verhaftung meiner Parteifreundin erschienen war, bereits eine Notiz gebracht, die sicherlich inspiriert war und jedenfalls von gut unterrichteter Seite herrührte, und in der mit klipp und klaren Worten gesagt wurde, dieses Verfahren sei eingeschlagen worden, weil die Frau Dr. Luxemburg Versammlungen abgehalten habe *(Hört, hört! bei den Soz.)*, weil sie sich politisch betätigt habe. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Gewiß, die Verhaftung war keine bloße militärdiktatorische Maßregel, gewiß, es handelt sich um eine Strafvollstreckung; aber man hat das beschriebene Verfahren aus Gründen angewendet und in einer Weise zur Ausführung gebracht, daß es den Stempel einer parteipolitischen Verfolgung in der schärfsten und verwerflichsten Form trägt.

Sehr bemerkenswert ist, daß, wie ich weiß, dieses Vorgehen stattgefunden hat, nachdem die Berliner Geheimpolizei dem Oberkommando in den Marken vom Auftreten der Frau Luxemburg in einigen Versammlungen Kenntnis gegeben hatte. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Das Oberkommando in den Marken als die höchste militärdiktatorische Institution der Mark Brandenburg hat die Staatsanwaltschaft, die ihr ja in diesen Zeiten als Verwaltungsorgan untergeben ist, angewiesen, gegen Frau Luxemburg einzuschreiten, einzuschreiten wegen der Versammlungen, wegen ihrer politischen Tätigkeit. *(Hört! hört! bei den Soz.)*

Nun ein Beispiel, wie prompt die Spitzelei funktioniert, die hier im Dienst der Justiz und damit im trauten Verein der Militärdiktatur stand! Am 10. Februar hat Frau Luxemburg in Charlottenburg in einer geschlossenen Mitgliederversammlung gesprochen. Schon am 13. Februar war daraufhin in Frankfurt am Main die Verfügung erlassen, sie nunmehr in Haft zu bringen. Es war also im Verlaufe von drei Tagen oder vielmehr von zwei Tagen — die Versammlung hatte ja erst am Abend des 10. Februar stattgefunden — von dem Spitzel, der in der Versammlung gewesen sein muß, und für den Sie jetzt den Etat bewilligen werden, die Nachricht an das Polizeipräsidium, von diesem an das Oberkommando und vom Oberkommando nach Frankfurt a. M. gegeben, und von dort ist die Verfügung getroffen worden. So prompt funktioniert die Technik des preußischen Staates zur politischen Unterdrückung der Bevölkerung auch heute, zur Zeit des „Burgfriedens"! Hier hat sich der Mechanismus des preußischen Staates fast noch bewundernswerter erprobt als in den Gebieten, von denen hier in den letzten Tagen soviel Rühmens gemacht wurde.

Man soll mir nicht sagen, Frau Dr. Luxemburg sei in Haft genommen worden, weil sie, nachdem sie Versammlungen gehalten hat, nicht mehr krank gewesen sei. Meine Herren, zunächst weiß ich, daß sie nur unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte *obwohl krank*, sich bemüht hat, ihre Parteipflicht im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse des ganzen internationalen Proletariats zu erfüllen. Aber, meine Herren, wer will uns denn etwa glauben machen, daß diese Maßnahmen unabhängig gewesen seien von dem, *was* sie gesagt hat? *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Der parteipolitische Inhalt dessen, was sie gesagt hat, war bestimmend für die Behörden, die „keine Parteien mehr kennen". Hätte sie die heute übliche Marktware von so-

genanntem Patriotismus verzapft, so wäre ihr nicht nur dieser überraschende Ueberfall erspart worden, sondern es wäre ihr wahrscheinlich sogar die Amnestie aufgenötigt worden. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Aber, meine Herren, sie hat eben unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft sich bemüht, in proletarisch-sozialistischem Sinne gegen den wahnwitzigen Völkermord zu wirken. Das paßt den herrschenden Gewalten nicht, und deshalb wurde zugepackt.

Wohl das schlimmste aber ist, daß man sich nicht begnügt hat, meine Freundin Luxemburg in dieser Weise zu fassen, sondern daß man noch versucht, ihr eine Brandmarkung zuteil werden zu lassen, daß man ihre Ehre antasten möchte, indem man, aus durchsichtigen Gründen, geflissentlich behauptet, sie habe sich fluchtverdächtig gemacht. Meine Herren, Frau Dr. Luxemburg wollte zu einer Freundin nach Holland fahren. Sie hat zu diesem Zweck den Auslandspaß nachgesucht, und zwar bei der für sie zuständigen Polizei, die von ihrer Strafe natürlich unterrichtet war und sich zudem bei dem natürlich auch unterrichteten Berliner Polizeipräsidium vor Erteilung des Passes zu erkundigen hatte; sie hatte sich, als ihr dort Bedenken geäußert wurden, mit meiner Hilfe, einen Tag, bevor sie verhaftet wurde, an den Staatsanwalt in Frankfurt am Main, d. h. an den zur Strafvollstreckung zuständigen Beamten, gewandt und die Erlaubnis zu der geplanten Auslandsreise nachgesucht. Der Auftrag, diesen Antrag bei dem Staatsanwalt zu stellen, war ihrem Frankfurter Rechtsanwalt am Nachmittag des 17. Februar gegeben worden. Meine Herren, ich habe nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß eine Frau wie Frau Dr. Luxemburg nicht zu denen gehört, die sich einer Strafe zu entziehen suchen, daß eine Frau wie Frau Dr. Luxemburg tapfer genug ist, um ihren Feinden Auge in Auge Trotz zu bieten, und nicht daran denkt, das für sie gerade in der jetzigen Zeit besonders wichtige Kampffeld Deutschland zu verlassen, wo ein so großer Teil des Kampfes gegen die internationale Reaktion, gegen den Imperialismus, auszufechten ist. Es gehört in der Tat ein ganz preußischer Polizeigeist dazu, um das nicht zu begreifen. Angesichts aber der Tatsachen, von denen ich eben gesprochen habe, angesichts der offenkundlichen Unmöglichkeit, in der jetzigen Zeit ohne den Willen der Behörden über die Grenzen zu kommen, kennzeichnet sich das Gerede vom Fluchtverdacht nur als ein Versuch, die wirklich genügend verfolgte Frau auch noch in ihrer Ehre zu stigmatisieren. Ganz nach russischer Methode, die sich auch nicht damit begnügt, politisch mißliebige Untertanen zu bestrafen, sondern sie nach Möglichkeit auch in ihrer Ehre herabzuwürdigen sucht.

In der Tat lag die Sache so, daß die Militärbehörde besorgte, daß Frau Luxemburg im Ausland in einem den herrschenden deutschen Gewalten nicht erwünschten Sinne politisch tätig sein könne. Sage man das doch offen und ehrlich heraus, statt sich hinter solchen Paragraphenmasken zu verstecken.

Wie für Ihre Wahlrechtsabsage, für die Aufrechterhaltung der Ausnahmerechte, wie für Ihre Verweigerung jeder inneren Reform es nur ein Gegenstück gibt, nämlich die politische Unbelehrbarkeit und Volksfeindlichkeit der zaristischen Regierung, so bildet dieses Verfahren gegen meine Freundin Luxemburg ein Gegenstück zu den Verhaftungen der russischen Dumaabgeordneten, unserer bewunderungswürdigen Freunde im Kampfe für die Völkerfreiheit und für die Wiederherstellung des Völkerfriedens, die mit uns gemeinsam — jeder in seinem eigenen Lande — sich bemühen, in unversöhnlicher Opposition gegen die eigene Regierung dem Wohl des eigenen Volkes und dem Wohl der anderen Völker, dem Wohle des internationalen Proletariats, dem Wohle der Menschheit zu dienen. Und so gewiß die Ver-

haftung der Dumaabgeordneten dazu geführt hat, daß in Rußland selbst Hunderttausenden Verblendeter die Augen geöffnet wurden, so sind wir überzeugt, daß auch das Verfahren gegen unsere Genossin Luxemburg gar manchen Träumer aufgescheucht hat *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, und daß es den Kampf für ein freies Preußen fordern wird und den Kampf für die Beendigung des Völkermassenmords. *(Bravo! bei den Soz.)*

ÜBER PARLAMENTARISMUS
⟨EINE ANTWORT AN EINEN RUSSISCHEN SOZIALISTEN⟩

I. Kein Parlament, auch nicht das mächtigste, das über Gesetzgebung und Verwaltung „gebietet", *ist*, von seiner Bedeutung als organisatorischer Faktor abgesehen (vgl. III.), an und für sich selbst eine wesentliche Macht. Das Häuflein Deputierter ist eine Macht durch die realen außerparlamentarischen Mächte, die es *repräsentiert;* solche realen Mächte sind vor allem a) die Menschen, b) die sachlichen Machtfaktoren, z. B. Arbeitsmittel, Gütervorräte, Verkehrsmittel (wirtschaftliche Machtfaktoren) sowie Waffen aller Art (Gewaltfaktoren oder brutale Machtfaktoren, z. B. die staatlichen, die kirchlichen und die privaten Organisationen, in denen Methoden zu zweckmäßiger Anwendung der anderen Machtfaktoren gestaltet sind; die Ausnutzung wiederum der sachlichen und der organisatorischen Machtfaktoren liegt notwendig in den Händen von Menschen; kein Parlament repräsentiert mehr Macht als diejenigen Teile des Volkes besitzen, von deren Vertrauen es getragen wird; die wesentliche Macht jedes Parlaments liegt außerhalb des Parlaments.

II. Nur scheinbar werden parlamentarische Kämpfe, sofern sie um anderes als Quisquillien gehen, im Parlament ausgekämpft. Politik heißt Interessenvertretung; da gibt es kein Ueberreden und kein Ueberzeugen; da gibt es nur Machtkampf; Kanonen und Streiks sind die besten politischen Schlußargumente; der Kampf um das Vertrauen, um die „Seele" der Träger der außerparlamentarischen Macht — das ist der Kern jedes parlamentarischen Ernstkampfs, in dem die eine Partei sich oftmals müht: quieta non movere, während die andere den Acheron zu bewegen trachtet. Das Reden zum Fenster hinaus gehört zum Wesen des Parlaments. Allein auf dem Umweg über die Einwirkung auf die außerparlamentarischen Mächte oder über die Besorgnis einer solchen Einwirkung wirken die parlamentarischen Parteien aufeinander.

III. Auch soweit das Parlament selbst unmittelbar organisatorischer Machtfaktor ist, ist es kontrollierter Repräsentant außerparlamentarischer Mächte. Auch soweit es *nicht* selbst ein organisatorischer Machtfaktor ist, *nicht* direkt entscheiden und agieren, seinen Willen exekutieren kann, übt es den Einfluß, den die von ihm vertretenen realen Mächte besitzen; nur setzt sich dieser Einfluß auf Umwegen, indirekt, nicht auf den staatlich organisierten Wegen durch, was immerhin einen schweren Nachteil bedeutet.

In welchem Sinne man aber auch immer das Wort Scheinparlament gebrauchen mag: die Tätigkeit proletarischer Deputierter war nur in einem solchen „Parlament" wertlos, eine Farce und ein Humbug, in dem der Weg nach außen, die aufklärende, aufrüttelnde, aufwühlende Wirksamkeit auf das Volk, auf die Massen versperrt wäre.

IV. So wenig unmittelbare Macht der Deutsche Reichstag besitzt — die Wirksamkeit nach außen gestattet er; und so miserabel das preußische Wahlrecht ist,

so sehr das Abgeordnetenhaus eine groteske und aufreizende Karikatur von Volksvertretung bildet — dem halben Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneter bietet es die vortrefflichste Tribüne der Welt, um zu den Massen zu sprechen, deren starke und zielklare Organisationen jenen Sechsen inmitten einer Welt giftiger Feinde wiederum eine erstaunliche Machtstellung gegenüber dem sündenbeladenen preußischen Regime gewähren. Unsere Freunde in der dritten Duma aber haben oft genug bewiesen, daß ihnen ähnliche Chancen zu Gebote stehen, und daß sie sie vortrefflich auszunutzen wissen. Unsere Taktik im deutschen, vor allem im preußischen „Scheinparlamentarismus" kann mit der für die Duma empfehlenswerten sehr wohl in Parallele gesetzt werden.

V. Die deutsche Sozialdemokratie hat es *nicht* verschmäht, einen Petitionssturm gegen die Zollwuchervorlage von 1902 zu entfesseln; die Konsumvereine haben gegen die Erdrosselungssteuer-Vorlagen petitioniert; und der Vorschlag, die preußische Wahlrechtsfrage durch Massenpetitionen an die preußische Duma wieder in Fluß zu bringen, ist durch keine prinzipiellen Bedenken zu Fall gebracht worden.

Die Beispiele ließen sich häufen.

VI. Petition *heißt* zwar *auch* Bittschrift, aber ebenso gut: Forderung. Das Petitionsrecht ist kein bloßes Bittrecht. Es kommt ganz auf die Form an, die der Petition gegeben wird. Ob ein Petitionsrecht verfassungsmäßig gewährleistet ist oder nicht, macht keinen Unterschied; eine auf dem von Ihnen gewollten Weg der Duma aufgedrängte Petition ist *um so weniger* eine Bitte um Gnade. Die Form der vorgeschlagenen Petition ist das Gegenteil von erniedrigend. Ein Anflehen jener Bande wäre verächtlich und schädlich; Sie aber wollen fordern und drohen. C'est le ton qui fait la musique.

VII. Ein Initiativantrag oder eine Interpellation über das Vereinsrecht würde in der russischen Partei schwerlich auf Widerstand oder auch nur Bedenken stoßen; wir in Deutschland und Preußen haben diese Mittel jedenfalls ungeniert und mit bestem Erfolg — natürlich zunächst agitatorischem Erfolg, *der aber eben der Hebel für jeden anderen Erfolg ist.* Wir werden uns nimmermehr scheuen, diese Taktik bei jeder geeigneten Gelegenheit immer wieder zu verfolgen.

Es macht gewiß keinen Unterschied, *durch welche Tür* eine solche agitatorische Diskussion in die Duma hineingebracht wird. Auf den agitatorischen Erfolg auf die Massen kommt es an. Wie nun eine solche Aktion um deswillen verwerflich werden könnte, weil sie durch die Massen selbst, durch außerparlamentarische Mächte, durch eine „Petition" veranlaßt, erzwungen werden soll, will mir um nichts in der Welt einleuchten.

VIII. Gewiß darf keine Illusion über die reformatorische Kraft und Bereitwilligkeit der russischen Regierung oder der russischen Duma erweckt werden. Aber *Fordern* und *Kämpfen*, um Reformen zu *ertrotzen*, heißt das Gegenteil von Illusionen erwecken, heißt Klassenkampf. Reicht die Kraft noch nicht aus, der reaktionären Niedertracht das Geforderte zu entwinden, so reicht sie aus, um diese Niedertracht vor allem Volk an den Pranger zu schmieden und so die Massenbewegung voranzupeitschen.

IX. Nichts ist geeigneter, Massenbewegungen zu entfalten, als die Inangriffnahme eines einzelnen besonders aktuellen Punktes. Den Angriff jeweils mit voller Wucht auf einen solchen Punkt zu konzentrieren — das war das taktische Prinzip Lassalles. Die einzelne aktuelle Frage wird ganz konkret empfunden und verstanden. Nur muß eben eine Frage gewählt werden, die wirklich in den Massen so

stark empfunden und so klar erfaßt wird, daß eine große Bewegung entsteht. In der parlamentarischen Aktion aber steht natürlich auch nichts im Wege, Einzelfragen von minder großer, minder aktueller Massenbedeutung jeweils in den Vordergrund zu stellen, sei es mit, sei es ohne Antrieb durch eine Petition.

Im proletarischen Klassenkampf muß jede Frage der Tagespolitik sub specie aeternitatis, im Hinblick auf das Gesamtprogramm, als Teil des Ganzen betrachtet und behandelt werden. Jede große Frage der Tagespolitik entrollt im Grunde die Gesamtpolitik des Klassenkampfs und zwingt uns an dieser zu orientieren; jede wichtige Einzelforderung des Programms enthält in nuce das ganze Klassenkampfprogramm. Wird der Einzelkampf und der Tageskampf in diesem Geist geführt, so verwirrt er nicht, sondern klärt auf durch lebendigsten Anschauungsunterricht. Neben dem Kampf ums Wahlrecht, um Militarismus, Polizei, Justiz, um die Sozialpolitik, um die Steuerpolitik scheint mir der Kampf um das Koalitionsrecht dazu besonders geeignet.

Berlin, 11. 12. 1913.

DAS WAS IST

Zwischen der bisherigen politischen Form und dem bisherigen sozialen Inhalt der deutschen Revolution klafft ein Widerspruch, der Lösung heischt und in dessen Lösung sich die weitere Entwicklung der Revolution vollziehen wird. Ihre politische Form ist die einer proletarischen Aktion, ihr sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform.

Freilich: Ihre politische Form war in erster Reihe eine militärische Aktion, die nur mit manchem Körnlein Salzes proletarisch genannt werden kann; ihre Antriebe waren zum großen Teil nicht proletarische Klassennöte, sondern mehr oder weniger allgemein-gesellschaftliche Gebrechen; der Sieg der Arbeiter- und Soldatenmassen war nicht so sehr ihrer Stoßkraft zu verdanken, als dem inneren Zusammenbruch des früheren Systems; die politische Form der Revolution war nicht nur proletarische Aktion, sondern auch Flucht der herrschenden Klassen vor der Verantwortung für den Gang der Ereignisse; Flucht der herrschenden Klassen, die mit einem Seufzer der Erleichterung die Liquidation ihres Bankrotts dem Proletariat überließen, und so der sozialen Revolution zu entgehen hoffen, deren Wetterleuchten ihnen den Angstschweiß auf die Stirn treibt.

Die heutige „sozialistische" Regierung möchte jenen Widerspruch lösen, durch Zurückschrauben der proletarischen Form auf den bürgerlichen Inhalt; Aufgabe des sozialistischen Proletariats ist, den rückständigen Inhalt auf die höhere Stufe der fortgeschrittneren Form zu erheben; die Revolution zur sozialen Revolution zu steigern.

„Das deutsche Proletariat besitzt heute die politische Macht."

Hält dieser Satz den Tatsachen Stand?

Wohl in allen größeren Städten Deutschlands sind Arbeiter- und Soldatenräte gebildet; daneben aber nicht selten auch Bürgerräte und dergleichen. In den kleineren Städten ist oft alles beim alten geblieben, oder nur dekorativ gewandelt. Zahlreiche „Bauernräte" sind entstanden, sie liegen nirgends in den Händen des ländlichen Proletariats, meistens in denen des mittleren oder großen Grundbesitzes.

Die Arbeiterräte sind keineswegs überall nur dem Proletariat entnommen und dessen eindeutigen Vertretern; wir wissen Fälle, in denen die Arbeiter den geschickt sich anbiedernden Unternehmer oder andere feiste Bourgeois sich haben aufschwatzen lassen. Häufig sind die gewählten Arbeiter nur sehr unvollkommen aufgeklärt, nur sehr wenig klassenbewußt, oder aber sehr unsicher, unentschlossen, kraftlos, so daß sie entweder gar keinen revolutionären Charakter tragen, oder ihre politische Macht gegenüber den Faktoren des alten Regimes nur scheinbar ist. Immer mehr regen sich zudem die Angehörigen aller möglichen bürgerlichen Berufe, um sich als Aucharbeiter vorzustellen, und schicken ihre Vertreter in die Arbeiterräte, die so zu einem allgemeinen Volksparlament mit beruflicher Gliederung nach den Wünschen des Herrn von Heydebrandt zu werden drohen.

Mit den Soldatenräten steht es noch ungünstiger. Sie sind der Ausdruck einer aus allen Klassen der Gesellschaft zusammengesetzten Masse, in der zwar das Proletariat bei weitem überwiegt, aber keineswegs das zielbewußte, klassenkampfbereite Proletariat; sie sind oft geradewegs von oben herab, durch das Eingreifen der Offiziere, auch hochfeudaler Kreise gebildet, die so in schlauer Anpassung ihren Einfluß auf die Soldaten zu bewähren suchten und sich zu ihren Vertretern haben wählen lassen.

Nimmt man hinzu, daß die sozial minder differenzierten Soldatenräte nach dem ganzen Wesen der Revolution naturgemäß heute noch weit stärkeren Einfluß besitzen als die Arbeiterräte; daß der ganze bürgerliche Staats- und Verwaltungsapparat und auch die militärische Maschinerie von der „sozialistischen Regierung" nach Kräften aufrechterhalten oder wiederhergestellt sind und eine wirksame Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte darüber nur schwer durchführbar ist; daß die gewaltige wirtschaftliche Machtstellung der besitzenden Klassen nicht angetastet ist, und manche ihrer sozialen Machtstellungen, z. B. ihre überlegene formale Bildung, auf absehbare Zeit fast uneinnehmbar sind, daß vor allem der größte Teil der Lebensmittel in den Händen des antiproletarischen, antisozialistischen Grundbesitzes ist, so erkennt man, daß von wirklicher politischer Herrschaft des Proletariats heute nur mit stärksten Vorbehalten geredet werden kann.

Allerdings, die gegenwärtige Regierung des Sechsmänner-Kabinetts und

der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats sind von den Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräten gewählt, deren innere Reife heute etwa dem Reichsdurchschnitt entsprechen dürfte; aber das ist nur Fassade. Politische Macht besteht nicht in formalen Aufträgen oder irgendwo beschlossenen Vollmachten, sondern in der festen Innehabung so starker realer Machtmittel, daß die Machtstellung vor allen Anschlägen gesichert ist.

Die Zentralen der Staatsgewalt waren am 9. November in den Händen der Arbeiter und Soldaten; niemand hätte sie auch hindern können, wichtige wirtschaftliche Machtmittel zu ergreifen.

Statt dessen haben sie sich auch die bereits eroberten politischen Machtmittel seit dem 9. November mehr und mehr wieder entgleiten lassen.

Täuschen wir uns nicht. Auch die politische Macht des Proletariats, soweit sie ihm am 9. zugefallen war, ist heute schon zum großen Teil zerronnen und zerrinnt von Stunde zu Stunde weiter.

Parallel mit diesem Prozeß der Schwächung des Proletariats geht der höchst intensive Prozeß der Sammlung aller Todfeinde des Proletariats. Auf dem Lande wie in den Städten organisiert sich die Gegenrevolution mit immer offenerem Zynismus. Aus Schleswig-Holstein und anderen Provinzen hören wir, wie sich Landräte, Amts- und Ortsvorsteher, Gendarmen, Kommunalbeamte, Lehrer, Anwälte, Fabrikanten, Bauern und alle wohlhabenden Schichten zu einem täglich festeren und umfassenderen Block zusammenschließen, dessen Gefährlichkeit um so größer ist, je mehr das Landproletariat seinen Einflüssen überlassen und zugänglich ist.

Ein Aushungerungskrieg und — wenn es drauf ankommt — eine Vendée gegen die proletarischen Zentren der Revolution ist in deutlicher Vorbereitung.

Die Gefahr wächst reißend. Es ist keine Zeit zu verlieren, soll das Proletariat nicht in wenigen Wochen vor einem Trümmerhaufen seiner Hoffnungen stehen.

Die arbeitenden Massen müssen dem Prozeß ihrer weiteren Schwächung sofort Halt gebieten; sie müssen der Regierung, die diesen Prozeß fördert, sofort in den Arm fallen: bis hierher und nicht weiter!

Sie müssen das Eroberte fest in den Fäusten halten; sie müssen zur Eroberung der übrigen Machtpositionen schreiten, um die herrschenden Klassen endgültig niederzuzwingen und die Herrschaft des Proletariats zur Wahrheit und Wirklichkeit von Fleisch und Bein gestalten.

Zaudern heißt, das noch zu Gewinnende mitsamt dem bisher Gewonnenen verlieren. Zaudern zögert den Tod heran — den Tod der Revolution. Die Gefahr ist riesenhaft und dringend.

FRIEDE UND REVOLUTION

Jede Friedensverhandlung, die jetzt gepflogen wird, jeder Friede, der jetzt abgeschlossen wird, ist nur eine Etappe auf dem Wege zur Weltrevolution, in ihrer endlichen Bedeutung abhängig von der weiteren revolutionären Entwicklung, die zu ihrer Revision und Superrevision führen wird, zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Einschmelzung und Neuformung. Aber die Art, wie solche Verhandlungen gepflogen werden, und die Art der Friedensschlüsse ist von starkem Einfluß auf die Gestaltung des Tempos, der Energie der revolutionären Entwicklung.

GEGEN DIE PREUSSISCHE KLASSENJUSTIZ UND VERWALTUNGSWILLKÜR

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 20. MÄRZ 1911

... Meine Herren, an die Spitze meiner Erörterungen stelle ich das Wort unseres großen Dichters:

Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen
und das Erhabene in den Staub zu ziehen!

Ich fühle natürlich den Orden und Ehrenzeichen gegenüber durchaus keine solche unheilige Neigung. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß man zu diesem Etatstitel sagen sollte: minima non curat praetor. Man kann, wenn man von Orden in Deutschland spricht, wirklich nicht von einem Minimum reden. Denn es ist und bleibt so, daß wir an einem Ordenslandregen leiden, der zeitweilig, an „gewissen" Tagen des Jahres, zu einem Ordensplatzregen wird.

Ich muß mit allem Nachdruck gewisse Angriffe gegen diese heilige und altehrwürdige Institution des Ordenswesens abwehren, die von mancher lästerlichen Seite erhoben worden sind. Man spottet, „Orden halten warm"; man spricht von einer Ordenssucht; man zitiert gar, wenn ein Orden heruntergeflogen kommt, jenes bekannte schöne Volkslied: Kommt ein Vogel geflogen. Der Vertreter einer sehr staatserhaltenden Partei im Herrenhause war es, — Herr v. Jerien-Geseß — der am 29. März 1905 so weit ging, zu sagen, in militärischen Kreisen würden so viele Orden verliehen, daß man bereits viel weniger Wert darauf lege. Wie kann man ein solches Wort aus solchem Munde irgend rechtfertigen! Es ist zwar richtig, daß der Ordensregen zuweilen heftiger strömt, als daß ihn manche Leute auf ihrer Brust unterzubringen vermöchten; es ist sogar richtig, daß z. B. der greise Oberhof- und Hausmarschall Graf August zu Eulenburg nicht weniger als 75 Orden besitzt, andere 50 und mehr, mehr, als überhaupt möglich ist, an dem ganzen *Körper* unterzubringen, und wenn sie sich vom Scheitel bis zur Sohle mit Orden und Ordensbändern zudeckten. Trotzdem könnte ich unter keinen Umständen billigen, wenn in militärischen Kreisen die Orden dadurch an Bedeutung, an Wert verloren haben sollten.

Ich kann es auch nur auf das lebhafteste beklagen, daß der Abgeordnete Meyer (Arnswalde) im Jahre 1892 so weit ging, hier in diesem Hause zu behaupten, daß man den Roten Adlerorden vierter „Güte", — wie *er* sich damals ausdrückte, *ich* werde natürlich niemals eine solche Wendung gebrauchen — im Volke draußen vielfach als vierten „Piepvogel" bezeichnet. *Es gibt ja nichts Heiliges mehr auf dieser Welt!*

Am 12. Juni 1892 ist dann zum Segen des preußischen Volkes eine Urkunde erschienen, betreffend Ausstattung des Roten Adlerordens mit der Königlichen Krone. Seit dieser Zeit wird ganz gewiß in diesem Hause ein solches Wort über den Roten Adlerorden vierter Klasse nicht mehr gesprochen werden.

Ich will nun noch mit einer Handbewegung zurückweisen jene Leute, die, wie ein Ludwig Uhland z. B., sich erdreistet haben, Orden und Ehrenzeichen, die ihnen angeboten wurden, abzulehnen. Das kann meine Zustimmung in keiner Weise

finden. Ich muß auch diejenigen Preßauslassungen auf das äußerste mißbilligen, die hier von einem Eitelkeitsmarkt reden; ich kann auch Friedrich dem Großen nicht unbedingt Recht geben, wenn er sagt, daß Orden und Titel Dekorationen der Toren seien. Und wenn auch Napoleon ja schließlich ein guter Menschenkenner gewesen ist: wenn er sich soweit hat hinreißen lassen, zu sagen, daß Orden Kinderspielzeug seien und daß man mit solchem Kinderspielzeug Menschen leite, so muß solche Aeußerung bei allem Respekt vor dem gekrönten Haupt doch die allerschärfste Zurückweisung erfahren.

Meine Herren! Es ist hier *nicht* am Platze, à la Swift, Cervantes oder Rabelais satirisch zu sprechen. Es ist auch nicht am Platze, an jene im höchsten Grade verwerfliche Stelle im Goetheschen Faust zu erinnern, wo es nicht einmal ein Mensch war, der mit hohen Orden belegt wurde, sondern ein Tier, das zu bezeichnen mir der Anstand verbietet: . . . „Hatte Bänder an dem Kleide und auch ein Kreuz daran" — solche Anspielungen sollte man doch wirklich von einem Manne, der sogar Minister war, nicht erwarten, so wenig wie jene lästerliche Insinuation, daß er noch Minister geworden sei —, jenes bekannte Tier, dessen Namen man hier in diesem Hohen Hause natürlich nicht erwähnen darf. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß *die Orden eine sehr hohe soziale Bedeutung besitzen.* Durch die Orden und Ehrenzeichen, die zweifellos zu der fine fleur aller Kultur gehören, kann festgestellt werden die Tüchtigkeit eines Volkes, seine Leistungsfähigkeit. *Die Ordensliste ist der Index der Tüchtigkeit eines Volkes (Heiterkeit),* und je dicker die Ordensliste wird, um so tüchtiger ist das Volk, das in seinen Reihen solche zahlreichen illustren, erlauchten, glänzenden Personen zählt. Ich kann wohl sagen, daß der Etat der Generalordenskommission einen sichtbaren Niederschlag für die Tüchtigkeit des deutschen Volkes bildet, und daß die Entwicklung des Etats der Generalordenskommission die Ertüchtigung dieses Volkes, um jenes schöne Regierungswort zu wiederholen, deutlich zeigt. Man kennt ja jenes Dichterwort: „ad astra!" Man wird ohne weiteres erkennen, daß dieses Wort auffordert, zu *den* Sternen zu steigen, von denen hier bei diesem Kapitel gesprochen wird. Wenn dann, wie Ihnen wohl bekannt ist, Wagner in Goethes Faust einmal preist, wie herrlich weit wir es gebracht haben, und wenn darauf Faust antwortet: „o ja, bis zu den Sternen weit!" — dann kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Goethe in diesem Fall von den Ordenssternen gesprochen hat, daß also im preußischen Staat im höchsten Maße den Anforderungen genügt ist, die Goethe in dieser Beziehung an die Kulturentwicklung gestellt hat.

Die Ordensverleihung ist ja auch ein altehrwürdiger Brauch. Ich darf daran erinnern, daß sich bereits in den frühesten Perioden der Kulturentwicklung — selbst bei den wilden Völkern — eine Neigung zu ähnlichen Auszeichnungen herausgebildet hat. Es handelt sich also um einen *Urtrieb der Menschheit,* der hier in diesem Etat seinen materialisierten Ausdruck findet.

Wichtig sind die Orden auch noch in anderer Beziehung, und zwar, wie ich sagen möchte, in parteihistorischer Beziehung. Sie wissen, daß Darwin jenes Wort von den geologischen Urkunden, die von den verschiedenen Perioden der organischen Entwicklung erhalten geblieben sind, geprägt hat. So gibt es auch für manche Parteien gewisse Urkunden, die die verschiedenen Entwicklungsperioden ihres politischen Charakters kennzeichnen. Es ist zweifellos von Interesse, daß wir in diesem Jahre bei diesem Etat nicht, wie sonst so oft, den Herrn Dr. Wiemer gehört haben. Er hat wahrscheinlich an jenes französische Wort gedacht, daß es

keine zweite Jungfräulichkeit gibt *(Heiterkeit.)*, und sich darum etwas zurückgehalten. Es gibt ja eine Periode der Blockära, und was einmal geschehen ist, läßt sich nicht mehr ungeschehen machen.

Der wirkliche Zweck der Orden ist uns in höchst offizieller Weise dokumentiert worden. Im Jahre 1905 hat ein Regierungsvertreter erklärt, daß die *Beamtenvermehrung Anlaß zu einer Ordensvermehrung geben müsse.* Das war der Herr Regierungskommissar Dombois. Und was es mit dieser *Beziehung zwischen Beamtenschaft und Orden* eigentlich auf sich hat, darüber können wir auch höchst autoritative Auskunft bringen. Es ist am 4. Februar 1892 von dem Abgeordneten Meyer (Arnswalde), dessen böse Worte ich im übrigen bereits vorhin zurückgewiesen habe, hervorgehoben worden, daß den Schulzen bei ihrer Anstellung stets eröffnet werde, sie würden von seiten der vorgesetzten Behörde rühmlichst ausgezeichnet werden, wenn ihre Dienstführung zeige, daß sie sich dadurch würdig gemacht haben, dem Landesherrn zur weiteren Beförderung vorgeschlagen zu werden. Er hat dann fortgefahren: „wenn man nicht beizeiten mit solchen Dingen — also mit Orden und Ehrenzeichen — den Schulzen entgegenkomme, dann *werde man es erleben, daß sie ans Streiken denken.“ (Hört, hört! bei den Soz.)*

Das ist doch ein Wort, das eine geradezu unfaßbare Perspektive für die künftige Entwicklung des preußischen Staatslebens eröffnet! Da müssen natürlich Orden und Ehrenzeichen in Hülle und Fülle ausgestreut werden, um diese Streikgefahr zu beseitigen. Meine Herren, Sie wissen, daß es ein Mittel gibt, um das bewegte Meer zu beruhigen: man gießt Oel hinein. Hier muß nun *Ordensöl hineingegossen* werden, damit eine derartige Streikgefahr, ein derartiges Streikfieber beseitigt wird.

Im Herrenhause hat der Frhr. v. Durand am 30. März 1892 gesagt, es komme unter den heutigen Zeitläuften darauf an, *auf dem Lande möglichst königstreue Gesinnung* zu bewahren; dem *Ansturm der Sozialdemokratie gegenüber* erscheine das von ganz besonderer Wichtigkeit. Meine Herren, *das* ist die Denkweise, die meiner Ansicht nach bei diesem Titel in diesem Hause mit Emphase und Einmütigkeit zum Ausdruck kommen sollte, das ist jene wahrhaft staatserhaltende Gesinnung, die aus den Worten des Herrenhausmitgliedes Frhrn. v. Durand spricht. Ich kann nur jedes Wort unterstreichen.

Von großem Interesse ist nicht minder, daß derselbe Frhr. v. Durand im Herrenhause bei derselben Gelegenheit erklärt hat, daß man auch um deswillen besonders die Ansprüche von unteren Beamten, z. B. der Gemeindeschreiber, auf das Allgemeine Ehrenzeichen unterstützen müsse, *weil sie eine so schlechte Bezahlung bekommen. (Hört, hört! bei den Soz.)* Ja, meine Herren, da sehen wir doch, daß die *Ordenskommission* auch den großen Vorzug besitzt, daß sie *uns Geld erspart und nicht Geld kostet.* Wir kämen ja viel weniger billig weg, wenn wir die Orden beseitigen würden und wenn wir dafür höhere Gehälter bezahlen würden und wenn wir dafür höhere Gehälter bezahlen müßten! Also vom Standpunkte einer *vernünftigen Oekonomie* müssen wir mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß man diesen Etattitel nicht als eine Verschwendung betrachtet; das Gegenteil ist der Fall.

Zweifellos ist der *Orden eine Art Stempel;* und, meine Herren, das ist auch ein Vorzug des Ordens. Er ist ein Stempel auf den Menschen zur Bestätigung seiner politischen Seuchenreinheit à la Trichinenstempel und dergl. Woher sollte man sonst wissen, welcher politischen Gesinnung ein Mensch ist, wenn man nicht

dieses vorzügliche Mittel in Händen hätte, wenn man nicht, indem man ihm einen Orden verleiht, vor aller Welt dokumentieren könnte, daß ihm niemand — ich will ein triviales Wort gebrauchen — an die Wimpern klimpern kann? Meine Herren, Sie dürfen auch nicht verkennen, daß dieser Stempel gleichzeitig gewissermaßen die innere preußische Normalstatur für den Gestempelten bescheinigt. Der Orden ist ein Barometer für sehr viele Beziehungen, kurzum ein äußerst bequemes Mittel der Staatserhaltung. *Wie eine Etiquette auf einer Medizinflasche,* so dient der Orden dazu, den wahren Charakter des Menschen, seine Bedeutung, seine Tüchtigkeit gleich vor aller Augen zu enthüllen.

Die hohe Bedeutung der Orden ist ja auch wiederholt amtlich deklariert worden. Dem will ich natürlich meinerseits durchaus nicht widersprechen. Im Jahre 1908 heißt es im Etat, daß *„die Bedeutung und der Umfang der vom Bureauvorsteher wahrzunehmenden Dienstgeschäfte", die „hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Arbeitskraft große Anforderung stellen"*, die Erhöhung des Etats fordern. Ja, meine Herren, das ist ganz in der Ordnung! Kann man sich etwas Schwierigeres denken, als die Gesamtheit der menschlichen Natur mit einem ganz bestimmten Stempel abzustempeln und sich dabei nicht zu irren? Welches Unglück kann entstehen, wenn man sich irrt! Das ist ja gerade, wie wenn ein Apotheker einen falschen Zettel auf eine Flasche klebt und Gift verabreicht statt nützlicher Medizin!

Meine Herren, das sind ernste und wichtige Sachen, die nicht irgendwie lächerlich gemacht werden dürfen, und ich muß mit allem Nachdruck dem Herrenhausmitglied Dr. Soetbeer widersprechen, der es als höchst bedenklich bezeichnete, wenn der Patriotismus, der doch für jeden Staatsbürger etwas selbstverständliches sein solle, mit Orden und Ehrenzeichen belohnt werde; „die Gefahr liege doch immer vor, daß Patriotismus gezeigt werde in der Absicht, einen Orden zu erhalten." — Meine Herren, das ist entschieden eine Blasphemie, und ich muß es mit Nachdruck zurückweisen. Daß kleine Geschenke die Freundschaft erhalten? Nun, ich meine, das ist doch so allgemein menschlich, daß man keine Ursache hat, sich in solchen ausfallenden und über alle Grenzen hinausgehenden Herabsetzungen gegenüber diesem Titel, gegenüber dem Allerheiligsten zu ergehen.

Meine Herren, ich muß ganz naturgemäß auf das lebhafteste bedauern, daß sich mit dem Ordenswesen dann und wann eine recht unerfreuliche Geschäftshaberei verbindet. Das kann nur diese Institution herabwürdigen, und wir wünschen, daß das nicht geschieht. Wir können auch nicht genügend brandmarken, daß es dann Elemente gibt, die sich nicht scheuen, Ordensschacher zu treiben. Ich meine, mit dem Heiligsten und Ehrwürdigsten soll man keinen Schacher treiben; eine ehrliche Empörung muß aus allen patriotischen Seelen herausströmen gegen derartige unheilige und verderbliche Gelüste.

Meine Herren, die Entwicklung des Ordensetats ist in der Tat erfreulich, vom Standpunkt jedes ehrlichen Patrioten aus betrachtet. Wenn wir im Jahre 1891 erst 197 000 Mk. für Orden auszugeben hatten — also für Stempel zur Bescheinigung der Tüchtigkeit, des Heroismus —, dann kann es nur erfreulich erscheinen, daß in diesem Etat 422 000 Mk. gefordert werden. Meine Herren, das ist nicht etwa durch die Steigerung der Bevölkerung zu erklären. *Die Bevölkerung hat sich in dieser Zeit nur um etwa 30 Prozent vermehrt; dagegen hat sich in dieser Zeit der Ordensetat um 116 Prozent vermehrt, also die Tüchtigkeit des deutschen Volkes ist um das Vielfache rascher gestiegen als die Bevölkerungszahl.* Wenn das nicht ein glänzender Beweis ist für den Aufstieg des deutschen Volkes, dann weiß ich nicht,

wie man einen solchen Beweis überhaupt noch führen will. Insbesondere ist die Steigerung auffällig bei den Kosten für Anschaffung von Ordensinsignien. Im Jahre 1891 waren es 130 000, im Jahre 1911 sind es 300 000. Das ist eine kolossale Steigerung! Allein vom vergangenen Jahre bis heute 36 Prozent, während von Jahr zu Jahr bei uns die Bevölkerung nur um 1½ bis 2 Prozent wächst oder nicht einmal so viel. Also dürfen wir feststellen, daß *sich die Tüchtigkeit des deutschen Volkes im letzten Jahr mindestens 18mal schneller entwickelt hat als die Bevölkerung selbst.* Mir bangt nahezu, ich kann sagen, mir schwindelt, wenn ich an diese Entwicklung denke, an diese ungemeine Steigerung der Tüchtigkeit des deutschen Volkes.

Meine Herren, die ständigen *Etatsüberschreitungen*, von denen mein Herr Vorredner bereits gesprochen hat, die aber auch nicht ein Jahr ausgesetzt haben und mit der größten Beharrlichkeit und Gleichgültigkeit immer wiederholt worden sind — sie gehen bis 150 000 Mk., bis 203 000 Mk. sogar in dem Jahre 1903 —, beweisen auf das allerdeutlichste, wie urwüchsig, unbändig das Bedürfnis nach Orden ist, wie es sich durchsetzt in der Bevölkerung sogar gegen den Etat, gegen das Gesetz. Es ist eben gerade, als ob der Hunger verboten werden sollte! Derartiges läßt sich nicht verbieten. Die Etatsüberschreitungen sind durch einen echten Notstand hervorgerufen, man darf von einem „*Schrei nach dem Orden*" sprechen; und auch künftig wird sich dieses urwüchsige Bedürfnis des deutschen Volkes durch den Etat nicht formell binden lassen, dessen bin ich sicher, dazu kenne ich das deutsche Volk allzu gut.

Meine Herren, ich will mich *in bezug auf die Zahl der Orden* darauf beschränken, zu erwähnen, daß bei dem *diesjährigen Ordensfest über 4000 Orden verliehen* worden sind. Wenn ich nun bloß so viele Sekunden reden wollte, wie es Orden bei dem diesjährigen Ordensfest gegeben hat, müßte ich ja über eine Stunde reden. Es wäre aber doch zweifellos eine Herabwürdigung des Ordenswesens, wenn ich für jeden Orden nur eine Sekunde übrig haben würde. Gerade weil ich so sehe, daß ich außerstande bin, der Heiligkeit dieses Etats Genüge zu tun, werde ich mich kurz fassen.

Ich muß polemisieren gegen die „Jugend". Die „Jugend" hat vor kurzem einmal die Behauptung aufgestellt, daß in Deutschland eine *Ordensnot bestünde.* Ich glaube nicht, daß die Ordensnot so ernst ist, wie in der „Jugend" gesagt ist. In der „Jugend" wird gesagt — ich weiß nicht, ob die Nachricht auf amtlichen Quellen beruht —, daß in Deutschland sich zuweilen bereits *zwei Männer mit einem Orden* begnügen müssen. Meine Herren, ich hoffe, daß das nicht wahr ist, und wir bitten um Aufklärung von seiten des Vertreters der Königlichen Staatsregierung. Träfe es zu, so müßte sofort der Etat, zweifellos aus freier Initiative des Hauses erhöht werden.

Meine Herren, es ist ja zweifellos auch eine Halbheit, die der Budgetkommission vorgeworfen werden darf, wenn sie vorschlägt, den Neudruck der Ordensliste abzulehnen. Meine Herren, ich begreife den Standpunkt der Budgetkommission offen gestanden nicht; das heißt ja doch, meine Herren, daß man die Orden und Ehrenzeichen mit der einen Hand verleiht und ihnen mit der anderen wieder ihre wichtigste Bedeutung nimmt. *Wenn man nicht mehr in der Ordensliste steht, das ist ja einfach scheußlich, dann kann man nicht mehr leben.* Welchen Wert haben eigentlich die Dekorationen, wenn man nicht in dieser Ordensliste steht? Also: *die Ordensliste ist notwendig,* und ich hoffe, daß aus der Mitte des Hauses heraus sich eine patriotische Stimme erheben wird, die diesem Ansinnen der Budgetkom-

mission — eigentlich durchaus gegen die Tradition dieses Hauses, das kann ich ja wohl sagen —, diese Position zu streichen, entgegentreten wird.

Meine Herren, *die Entwicklung der Tüchtigkeit des deutschen Volkes* können Sie noch an zwei anderen Zahlen ersehen. Im Jahre 1895 hat der Neudruck der Ordensliste erst 18 800 Mk. erfordert; im Jahre 1905 sind bereits 30 600 Mk. für den Neudruck der Ordensliste angefordert. Sie ersehen, welche ungeheure Steigerung an Tüchtigkeit sich in der Zwischenzeit innerhalb des deutschen Volkes vollzogen hat. Man fragt sich allerdings: wie ist es eigentlich möglich, daß es in Preußen und Deutschland einen Menschen gibt, der keinen Orden hat? Meine Herren, ich glaube, es wird bald dahin kommen, daß diesem entsetzlichen Mißstand ein Ende gemacht wird, daß es keinen preußischen Staatsbürger ohne Orden mehr gibt. Meine Herren, das stürmische Verlangen nach Orden, das in urwüchsigster Weise zum Ausdruck gekommen ist, hat sich besonders glänzend im Jahre 1906 gezeigt, wo nach der Etatsbegründung bei der wachsenden Zahl der unverzüglich zu erledigenden Eingänge deshalb für erforderlich erklärt wurde, daß Bureauvorsteher auch außerhalb der Dienstzeit jederzeit zu erreichen sein müssen. Ein Abgeordneter, den ich jetzt nicht namhaft machen will, hat damals darüber gespöttelt; er fragte, ob das Gerücht von der *Nachtklingel* richtig sei, die im Büro der Ordenskommission angebracht sei? Er sprach von *„Ordenskreuzschmerzen"*. Ich nehme an, daß inzwischen auch ein Telephon angebracht ist, das Tag und Nacht geht, daß ein Sonntagsdienst eingerichtet ist, der nie versagt, daß überhaupt nicht in einem einzigen Moment die Gefahr eintritt, daß ein ordensbedürftiger Mensch etwa an verschlossene Türen klopft. Meine Herren, unsere moderne Technik gibt ja noch ganz andere Mittel in die Hand, und alle sollten benutzt werden, um von dem deutschen Volke die entsetzliche Gefahr abzuwenden, daß jemand, der ein solches dringendes Bedürfnis spürt, von der Tür wieder weggehen müßte, ohne es befriedigt zu haben.

Meine Herren, es gibt auch eine *Dekorationsfarbenlehre;* die ist auch nicht uninteressant. Sie wissen wahrscheinlich, daß ein *schwarzer* Angestellter von Hagenbeck vor einiger Zeit ein Allgemeines Ehrenzeichen bekommen hat. Sie wissen auch, daß ein *schwarzer* Fürst in Afrika vor nicht langer Zeit dekoriert worden ist. Ich nehme an, daß der Fürst diesen Orden seiner Bedeutung nach richtig verstanden hat; denn wir können es uns nicht ausmalen, was entstehen würde, wenn dieser Mann mit seiner geringen Bildung den Orden nicht in der erforderlichen Weise verwahrt und benutzt!

Meine Herren, auch sonst werden an *Schwarze* ja nicht selten Orden verliehen; ich meine die Schwarzen in diesem Hause, die Schwarzen der politischen Gesinnung nach. Und die *blaublütigen* Herren sind ja seit je die Bevorzugten gewesen; wenn es einmal Sterne und dergl. regnet, fällt der Regen vor allen Dingen auf diese Männerbrüste. Aber auch auf die *„Blauen"*, wie man bei uns die Schutzleute wohl zu nennen pflegt, ist ja auch ein außerordentlich großer Ordenssegen herniedergegangen. Die Orden haben in der neueren Zeit auch eine gewisse Vorliebe für *Gelbe.* Meine Herren, Sie entsinnen sich — wenn ich nicht irre, hieß der Mann Noghi — des Eroberers von Port Arthur; der hat ja auch einen sehr hohen Orden bekommen. Und wenn ich nun auf die *gelbe* Farbe als Symbol der politischen Gesinnung zurückgreife, so finde ich, daß der Hintze, der Führer jener berühmten gelben Arbeitergesellschaft, der auch in Moabit mitgewirkt hat, ebenfalls eine Dekoration wohl verdient hat. Ich habe ein Bedürfnis, zu erfahren, ob er sie erhalten hat, und ich

möchte den Herrn Regierungskommissar dringend bitten, darüber dem Hause Auskunft zu geben. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, daß auch *rosarot* von den Orden nicht gänzlich verschont worden ist, ist mir bekannt; nur vor einer Farbe haben die Orden an und für sich eine große Abneigung, nicht in bezug auf sich selbst, sondern in bezug auf das von ihnen zu bedeckende Objekt; sie leiden an einer gewissen *Rotscheu.* Meine Herren, ich hoffe, daß das allmählich noch anders werden wird. *(Heiterkeit bei den Soz.)* Meine Herren, wir sehen der preußischen Entwicklung mit aller Zuversicht entgegen und sind ganz gewiß, daß sie sich in dieser Richtung vollziehen wird.

Meine Herren, es gibt Fälle von Ordensverleihungen, die man gerade im Interesse der Ehrwürdigkeit dieser Institution auf das lebhafteste beklagen muß. So wurde ja einstens jener Ihring-Mahlow mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen geschmückt, jener preußische Oberspitzel. Ich weiß nicht, ob man mit recht zufriedenen Gefühlen heute an den Orden denkt, den man dem General Stössel, der jetzt cum infamia aus der Armee herausgeworfen worden ist und seinen Kopf beinahe verloren hätte, verliehen hat; an den Orden, den Herr Manuel weiland von Portugal erhielt, von dem man augenblicklich nicht genau weiß, wo er ist und was er treibt, und an den Orden mit dem man den Exsultan von der Türkei, Abdul Hamid, schmückte. Alles das sind Sachen, die wohl besser vermieden worden wären im Interesse des Ansehens der Institution.

Aber, meine Herren, daran dürfen wir nicht zweifeln, daß diejenigen Orden, die an die Polizeibeamten verliehen worden sind, die sich bei Gelegenheit der Straßendemonstrationen der verschiedenen letzten Jahre ausgezeichnet haben, nur gerade auf das lebhafteste begrüßt werden können *(Hört, hört! bei den Soz.);* das sind die Orte, meine Herren, wo die Orden hingehören. Wir können es durchaus begreifen, daß der Polizeihauptmann Stephan, der im Jahre 1908 jene Polizeiattacke in der Friedrichsgracht geleitet hat, mit einem Orden ausgezeichnet worden ist. Wir können es durchaus begreifen, daß die Dekorationen, die in der letzten Zeit verliehen worden sind in Frankfurt, in Halle und dergl., noch mit einem besonderen Anschreiben der Höchsten Stelle versehen gewesen sind. Und, meine Herren, ich kann es nur für gerechtfertigt halten, daß das Hallesche Landgericht vor kurzem einen meiner Parteifreunde, Niebuhr, zu der höchsten zulässigen Strafe verurteilt hat und dabei bedauert hat, daß es nicht eine noch höhere Strafe gebe, weil er diese Art der Ordensverleihung kritisiert hat. Ich halte es für durchaus ungeschickt und unschicklich, auch gerade vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus, daß man in dieser Weise dem in den Arm zu fallen sucht, der die Dekorationen an solche gerade für solche Dekorationen geeignetsten Stellen verleiht. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Wir können nur rufen: immer mehr in dieser Richtung, immer weiter, dahin gehören ja die Orden.

Meine Herren, mit dem Moabiter Orden liegt es ähnlich. Da hat sich gerade gezeigt, wie wichtig die Orden sind; sie waren notwendig, um diese tapferen, pflichttreuen Schutzleute dafür zu belohnen, daß sie wieder einmal die Tüchtigkeit der preußischen Polizei auf das glänzendste dokumentiert haben, daß sie die glänzende Ueberlegenheit der bewaffneten Beamten über das unbewaffnete Volk, über Kinder, Frauen, Greise, Krüppel usw. neu erwiesen haben. Ja, meine Herren, solche Leistungen verdienen im Interesse jedes patriotischen Menschen unbedingt eine hohe Anerkennung.

Meine Herren, natürlich besteht eine Gefahr, die ich lebhaft bedauere, nämlich die Gefahr, daß es vielleicht doch nicht ganz hat vermieden werden können, daß auch einer der Schutzleute mit einem Orden bedacht worden ist, die jetzt in dem Urteil, das ja nun schriftlich vorliegt, mit Namen als solche aufgeführt sind, die ihre Amtspflicht zweifellos überschritten haben. Und wer will uns garantieren, meine Herren — denken Sie an jene erschütternde Stelle in den „Kranichen des Ibikus" —, wer will uns garantieren, daß nicht am Ende auch jener Mörder des Herrmann mit einer Dekoration versehen ist, ohne daß wir es wissen! Meine Herren, das sind zweifellos sehr gefährliche Sachen, und ich weiß nicht, ob hier immer mit der erforderlichen Sorgfalt vorgegangen ist.

Meine Herren, daß gewisse Beamte mit Fug und Recht aus Anlaß des Zarenbesuches in Potsdam mit Orden geschmückt worden sind, das ist einfach nicht mehr als recht und billig.

Meine Herren, ich will nicht davon reden, daß es dann und wann Nörgler gibt, die da meinen, daß doch einige Orden nicht verliehen worden wären, die noch hätten verliehen werden können. Ich habe vor einiger Zeit darüber geredet. Aber das läßt sich nicht verkennen, daß in Preußen trotz alledem tatsächlich eine gewisse Ordensnot besteht, und in diesem Sinne hat vielleicht doch jene Notiz der „Jugend", von der ich vorhin sprach, recht; denn die deutschen Orden reichen nicht aus für das deutsche Volk und für den ungestümen Drang nach Orden und Ehrenzeichen, das Ausland muß uns noch zu Hilfe kommen! Man sieht sich genötigt, unseren Beamten die Möglichkeit zu geben, auch noch Orden aus Montenegro und Orden aus Rumänien und Orden aus Rußland vor allen Dingen in recht großer Zahl zu bekommen; die Orden der anderen Bundesstaaten natürlich gar nicht zu rechnen.

Ach Gott, meine Herren, das ist nun ein sehr langes Kapitel: oldenburgische, sächsische, fürstlich-schaumburgische, schaumburg-lippische, kaiserlich-russische schwedische, rumänische und griechische Orden, und *siamesische Orden sogar*, meine Herren — da gibt es sogar gleich drei nach der Kreuzzeitung —, mecklenburgische Orden usw. Meine Herren, Sie können aus dieser kleinen Blütenlese, wobei ich von den päpstlichen Orden und Titeln schon gar nicht mehr reden will, sehen, wie ungeheuerlich geradezu im preußischen Volke das Bedürfnis nach Orden und Ehrenzeichen ist, und wie unverantwortlich die Regierung handelt, wie sie eine Neigung zur Ausländerei, eine Schwächung des Patriotismus, eine Sehnsucht und Begierde nach ausländischen Orden und Ehrenzeichen notwendig erzeugt und fördert, wenn sie nicht in Deutschland selbst genügend Orden und Ehrenzeichen schafft. *Das ist eine Gefahr, eine internationale, eine diplomatische Gefahr,* und ich muß Sie dringend mahnen, rechtzeitig dieser Gefahr vorzubeugen.

Meine Herren, es ist ja schwer, an die Quellen der Gnade, der Ordensgnade, zu gelangen. Wenn der Simplizissimus vor wenigen Jahren den Scherz brachte: *Frage:* „Aber, Exzellenz, wie haben Sie das nur angefangen, sich so viele Orden zu erwerben?" — *Antwort* der Exzellenz: „Ja, wissen Sie, das muß man verstehen; man muß nicht da sein, wo sie verdient werden, man muß da sein, wo sie verteilt werden" — *(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)* — meine Herren, dann kann ich dem natürlich auch nur widersprechen; nur dem wahren Verdienst winken Orden und Ehrenzeichen! Und es ist nur gerade dem Simplizissimus, jenem bösen, lästerlichen Blatte, möglich gewesen, eine solche in jeder Beziehung verwerfliche Aeußerung zu tun und damit die Bevölkerung aufzureizen und aufzuregen gegen eine der

wertvollsten Staatsinstitutionen. *(Sehr gut! bei den Soz.)* Aber, meine Herren, wenn im Herrenhause am 29. März 1905 Herr Botho zu Eulenburg sagte, daß es in der Regel im Einzelfall möglich ist, dem, der es verdient, zu einer Auszeichnung zu verhelfen, und zwar *„auf den bekannten Wegen"*, „die sich dafür ergeben", dann sind offenbar mit diesen bekannten Wegen solche gemeint, die durchaus loyal sind, und *nicht etwa jene Wege*, von denen man gerüchtweise in einem Prozeß, der mit dem Namen *Kotzeprozeß* belegt zu werden pflegt, einstens etwas hörte.

Meine Herren, wenn ich hier Wünsche ausspreche, richte ich sie selbstverständlich nur an die Stelle, die Vorschläge für die Ordensverteilung zu machen in der Lage ist. Weiter dürfen wir ja hier in diesem Hause ganz selbstverständlich nicht gehen. Da möchte ich doch in der Tat meinen, daß es in Deutschland *noch eine ganze Fülle von hochangesehenen, tüchtigen und leistungsfähigen Menschen gibt, die dekoriert werden müßten.* Ich habe den Namen Hintze bereits erwähnt. Von einer mir befreundeten Seite wurde unter anderem gemeint, daß man auch ein besonderes Ordens- und Ehrenzeichen für die *Tribünenbesucher* dieses Hauses bei gewissen Verhandlungen einführen sollte. Ob dieser Vorschlag angemessen ist, will ich nicht untersuchen. Aber das kann ich jedenfalls hervorheben, daß es sicherlich keinen Patrioten befriedigen kann, wie sehr noch mit Ehrenzeichen und Anerkennungen *gegeizt wird gegenüber jenen nützlichsten Elementen, den Streikbrechern,* die von Ihnen, meine Herren, und von der Staatsgewalt nicht hoch genug geschätzt werden können. *(Abgeordneter Hoffmann: Sehr wahr!)* Dann gibt es doch immerhin im *preußischen Staate wohl noch einige Spitzel und agents provocateurs, die noch keinen Orden haben! (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!)*

Meine Herren Kollegen, das sind einige Wünsche, die wir Sozialdemokraten auszusprechen haben.

Meine Herren, auch sonst gibt es noch einige technische Mängel beim Ordenswesen, z. B. in den Vorschriften über die Rückgabe von Orden im Falle der Unwürdigkeit. Ich möchte z. B. mal fragen: wo ist gegenwärtig der Orden, der dem Herrn General v. Stössel verliehen worden ist. Der Mann ist doch sicherlich nicht mehr fähig, einen Orden zu tragen. *(Abgeordneter Hoffmann: Doch!)* — Eigentlich doch wohl nicht mehr —, und ich habe ja vorhin gerade im Interesse der Ehre der Ordensinstitution gewünscht, daß diese Verleihung nicht erfolgt wäre! Ist vielleicht die Ordensdekoration des Herrn von Stössel unter den zurückgekommenen Ordensinsiginien, die vor einiger Zeit als zurückgekommen etatisiert wurden? Und wenn nun der Mörder des Hermann doch noch entdeckt werden sollte und er hat einen Orden erhalten, müßte es da nicht möglich sein, den Orden wieder zurückzubekommen?

Meine Herren, hier liegen also gewisse Mißstände vor, die beseitigt werden müssen.

Dann möchte ich noch der ernstesten Erwägung anheim geben die *Umgestaltung eines Ordens.* Meine Herren, es wird seit langer Zeit in der Bevölkerung als ein Uebelstand empfunden, daß man die rote Farbe zur Dekoration verwendet. Als der *Rote Adlerorden* eingeführt wurde, war die rote Farbe politisch noch nicht so verschrien, wie es heute der Fall ist. Meine Herren, *wir* werden uns nicht umfärben, das können wir Ihnen garantieren; also müssen die Orden umgefärbt werden, es bleibt nichts anderes übrig. *(Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)*

Dann, meine Herren, bedarf es dringend einer *Ordensstatistik;* die fehlt uns sehr. Wir haben so vielerlei statistische Aufzeichnungen über allerlei mögliche Er-

scheinungen unseres sozialen Lebens, über allerhand Schädlinge der Gesellschaft, z. B. in der Kriminalstatistik, über den Viehbestand usw. usw. Aber, meine Herren, es fehlt uns jegliche Statistik über die wohl *erfreulichste Erscheinung unserer heutigen Gesellschaftsordnung*, über die Stützen, die Koryphäen unseres Volkes. Wenn nun aber die Ordensliste nicht neu gedruckt werden soll, wie soll man da bei den Irren und Wirren der Zeiten nicht verzweifeln, wenn man nicht sieht, ob es mit dem deutschen Volke vorangeht? Eine Statistik ist absolut erforderlich, um die *Höhe des Gipfels* zu kennzeichnen, auf den die *Menschheit preußischer Nation* gegenwärtig gestiegen ist. Diese Statistik müßte sich nicht darauf beschränken, in Bausch und Bogen alle Orden und Ehrenzeichen zusammenzufassen, die gegenwärtig noch verliehen sind, vor allen Dingen müßte sie sich eingehend auf jedes einzelne Genus der Orden erstrecken. Z. B. müßte eine Statistik aufgemacht werden, die es uns ermöglicht, zu übersehen, wieviel Personen im Verhältnis zur Kopfzahl der Bevölkerung den Schwarzen Adlerorden haben a) mit Eichenlaub und Schwertern, b) mit Eichenlaub ohne Schwerter, c) mit Schwertern ohne Eichenlaub usw., d) ohne Eichenlaub und ohne Schwerter — *(Zuruf rechts)* — ich weiß ja nicht, ob es das nicht gibt; aber gerade, wenn es das nicht gibt, ist es ein Beweis dafür, daß es angeschafft werden muß, oder wie notwendig es ist, daß auf diesem Gebiete *mehr Aufklärung* im Volke geschaffen werde, damit solche unsäglichen Irrtümer wie der soeben mir zugestoßene nicht vorkommen, und damit die Herren von der Rechten des Hauses sich nicht bemühen müssen, mich zu berichtigen. Sie sehen, es ist in Preußen noch viel für *Kulturaufgaben* zu tun und nicht zum wenigsten auf diesem Gebiete.

Ich hoffe, daß die Königliche Staatsregierung den von mir vorgetragenen Wünschen auf Reform und Besserung des Ordenswesens mit aller Geschwindigkeit nachkommen wird; sie kann des *Dankes der ganzen preußischen Bevölkerung* unzweifelhaft gewiß sein. *(Bravo! bei den Soz. — Lachen rechts.)*

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 4. MAI 1912

. . . Meine Herren, der Herr Justizminister hat seine letzten Ausführungen gegen meinen Freund Hoffmann mit dem lapidaren Satze geschlossen, der Abgeordnete möge sagen, was er wolle, die Gerichte würden sich von ihrer Pflicht, pflichtgemäß nach dem Gesetze zu entscheiden, nicht abbringen lassen — und mit einer scharfen Zurückweisung des Vorwurfs der *Klassenjustiz.* Wir können Herrn Abgeordneten Haarmann dankbar sein, daß er unmittelbar auf diese Ausführungen des Herrn Justizministers als einer vom Bau, als ein Staatsanwalt und doch sicherlich durchaus aus den Gesinnungen heraus, die in Staatsanwaltskreisen und auch wohl in Richterkreisen nicht gar selten zu finden sind, erklärt hat, daß er um deswillen die Justiz in Preußen und Deutschland so besonders rühmenswert finde, weil sie einen Damm bilde gegen die Sozialdemokratie. Meine Herren, damit hat Herr Abgeordneter Haarmann der Justiz nicht die Aufgabe zugewiesen, die man ihr im allgemeinen zuzuweisen pflegt, nämlich das Gesetz und die Gerechtigkeit zu pflegen und in diesem Geiste unbeirrt ihres Amtes zu walten; er hat es vielmehr als den Ruhm der preußischen Justiz verkündet, daß sie ohne Binde, daß sie mit Rücksicht

auf die politische Stellung der Angeklagten aus politischer Voreingenommenheit Parteipolitik treibt gegen die Sozialdemokratie. *(Widerspruch im Zentrum.)* Meine Herren, das ist ein Standpunkt über die Aufgaben der Justiz, der, wenn er von dem Herrn Justizminister auch bisher in dieser Unverhülltheit noch nicht zum Ausdruck gebracht worden ist, doch um deswillen von uns nicht unbeachtet gelassen werden kann, weil dieses harmlos naive Geständnis eines Praktikers uns beweist, wie in Wirklichkeit der innerhalb unserer Justizbeamten herrschende Geist aussieht. Aus diesem Geist, aus dem Herr Haarmann heute gesprochen hat, können keine gerechten Urteile in politischen und sozialpolitischen Dingen ergehen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Dieser Geist muß Klassenurteile gröblichster Art gebären *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, und dieser Geist scheut sich nicht einmal, bemäntelt nicht einmal, daß er Klassenjustiz gebärt, sondern Herr Abgeordneter Haarmann setzt seinen Stolz dahinein, daß solche politische Tendenzjustiz geübt wird. *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Frhr. *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Liebknecht, ich bitte, daß Sie nicht von Klassenjustiz reden. Das ist eine Beleidigung unseres Richterstandes.

Meine Herren, wir unterhalten uns doch darüber, ob sich bei unseren Richtern Klassenjustiz findet oder nicht, und wie soll ich denn nun gegen den Herrn Justizminister debattieren können, wenn es mir verboten wird, zu behaupten, daß die Auffassung des Herrn Justizministers falsch sei. Ja, ich weiß in der Tat nicht, was denn überhaupt die Debatten in den Parlamenten für einen Sinn und Verstand haben *(Zurufe rechts)*; dann müßte hier beschlossen werden, daß wir die Verpflichtung haben, überall dieselbe Ansicht zu vertreten wie die Mehrheit des Hauses, und dann wären wir ja glücklich fertig, dann könnten wir nach Hause gehen. *(Abgeordneter Kreth: Das wäre famos! — Heiterkeit.)* — Gewiß, wäre das famos; aber zu diesem Standpunkte des Kretinismus werden Sie uns niemals herabdrücken können, Herr Kreth. *(Heiterkeit.)* Es ist unser gutes Recht — ich wäre übrigens längst fertig, die Debatten werden nur verzögert — *(Sehr richtig! bei den Soz.)* es ist selbstverständlich mein gutes Recht zu sagen, daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haarmann im Gegensatz zu dem, was der Herr Justizminister hier vorgetragen hat, auf das deutlichste bewiesen haben, daß offenbar in weiten Kreisen unserer Richter — und unserer Staatsanwaltschaft eine Auffassung über die Aufgaben der Justiz besteht, die, man mag sagen, was man will, zu keinem anderen Ergebnis führen kann als zu politischen Tendenzurteilen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Meine Herren, das ist eine Tatsache, die hier konstatiert werden darf, und die nach den Worten des Herrn Abgeordneten Haarmann als eines juristischen Praktikers und Fachmannes konstatiert werden muß. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, ich hatte anfangs nicht die Absicht, mich gerade in dieser Frage hier zu äußern, sondern mich ausschließlich mit der *Justiz im Ruhrrevier* zu befassen, die aus Anlaß des Streiks erfolgte, und die bereits mein Freund Hoffmann vorhin in einigen Beziehungen besprochen hat. Meine Herren, der Herr Justizminister hat uns von 4000 Anzeigen berichtet, die alsbald eingegangen waren. Es wäre dankenswert, wenn uns der Herr Justizminister auch berichten würde über die Quellen dieser Anzeigen, über die Anzeigenden. Es wäre uns sehr interessant, einmal zu hören, wieviel Denunziationen von beamteten Personen ausgegangen sind, und wieviel von dem Christlichen Bergarbeiterverband inspiriert worden sind. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Wir sind der Auffassung — und diese Auffassung ist uns

immer wieder bestätigt worden durch Leute, die die Sache sehr genau kennen —, daß ein reiner Denunziationsfeldzug, eine reine Denunziationskanonade *(Hört, hört! bei den Soz.)* eröffnet worden ist von dem christlichen Bergarbeiterverband, um in echter Brudersolidarität den gegnerischen Verband nun auch noch in die Fänge der Justiz hineinzutreiben. Ja, meine Herren, darüber werden wir wahrscheinlich keine Antwort von dem Herrn Justizminister bekommen. Aber einige andere Fragen könnte uns der Herr Justizminister vielleicht noch beantworten, z. B. wieviel Untersuchungshaft diese unglückseligen Opfer zu verbüßen gehabt haben *(Zuruf: Opfer der Sozialdemokratie!),* diese Opfer der Denunziation; und was ein Denunziant ist, darüber sagt ein bekanntes Sprichwort das Nötige; ich brauche deshalb nicht näher darauf einzugehen. Also: wieviel Untersuchungshaft haben die Betreffenden verbüßt? Wieviel Jahre Gefängnis sind insgesamt verhängt worden und wieviel Geldstrafen, wenn überhaupt auf Geldstrafe erkannt worden ist? *(Zuruf rechts: Alles Ihr Werk!)* Es wäre uns wichtig, zu wissen, wie hoch insgesamt die Strafen sind, die für diese aus der Leidenschaft der Not und aus dem Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse heraus geborenen Bagatelldelikte erkannt worden sind, die ja allerdings vielleicht hie und da aus Anlaß des Streiks begangen sein mögen. Es würde dann an dieser Summe vielleicht am deutlichsten erkennbar sein, in welch rücksichtsloser Weise unsere Staatsgewalt, auch qua Justiz, in diesem heroischen Kampfe der Arbeiterschaft, dieser gedrückten und gedrängten Arbeiterschaft, um ihre primitivsten Menschenrechte, ihre primitivsten Existenzbedingungen vorgegangen ist. Meine Herren, der Herr Justizminister hat über die Zahl der Fälle einiges gesagt; ich erwähnte das soeben. Aber, meine Herren, wir möchten vom Justizminister auch etwas hören über einige andere Dinge, auf die ich jetzt zu sprechen komme, und die, wie mir scheint, vom allergrößten allgemeinen Interesse sind. In all den Fällen, um die es sich hier handelt, ist die Anklage mit größter Geschwindigkeit erhoben worden. Schon bevor der Streik zu Ende war, der nur kurze Zeit gedauert hatte, fanden die ersten Hauptverhandlungen statt. Es wurde also mit einer Geschwindigkeit gearbeitet, wie man sie im allgemeinen nur beim *Standrecht,* bei *summarischer Justiz findet. (Sehr wahr! bei den Soz.)* Diese *Mitrailleusenjustiz,* wie sie dort bei der Vorbereitung der Anklagen gepflogen worden ist, hat naturgemäß zur Folge, daß eine genaue Nachprüfung des Materials vor Erhebung der Anklage gar nicht möglich ist.

Meine Herren, es kommt aber auch noch etwas anderes in Betracht, daß nämlich ein solches rasches Verfahren, das in der Hitze der Aufregung, die durch den Streik erzeugt ist, durchgepeitscht wird, absolut nicht geeignet ist, ein ruhig abwägendes Urteil der Richter zu ermöglichen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn so unmittelbar aus der Kampfesstimmung heraus in der Gegend selbst, in der der Streik getobt hat, derartige Streikvergehen abgeurteilt werden, dann die Richter auf das äußerste erregt und zu einer objektiven Würdigung der Sache nahezu außerstande sind.

Wenn der Herr Justizminister gesagt hat, es sei nötig gewesen, recht rasch vorzugehen, damit die Ordnung wieder hergestellt und aufrechterhalten werde, — ja, meine Herren, was sind denn das für Begründungen? Kann uns denn der Herr Justizminister irgend etwas dafür beibringen, daß die Ordnung in einer nennenswerten Weise, so daß eine solche Remedur notwendig gewesen wäre, gestört und gefährdet gewesen sei? Meine Herren, ich habe mir gestattet, Ihnen vor einigen Tagen bei Beratung des Ministeriums des Innern eine Anzahl von Preßstimmen,

insbesondere der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, vorzutragen, in denen ganz deutlich zum Ausdruck gebracht war, und zwar von arbeiterfeindlicher Seite, daß bei diesem Streik größere Unruhen und Ordnungswidrigkeiten als bei anderen früheren Streiks nicht zu verzeichnen gewesen seien. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Meine Herren, es ist ganz offenbar, daß schon während des Streiks ein besonderer Grund, in dieser energischen und rücksichtslosen Weise standrechtlich mit Feuer und Schwert einzugreifen, nicht vorlag.

Aber noch etwas anderes, meine Herren! Wenn auch einige dieser Prozesse während des Streiks verhandelt worden sind, so ist die Mehrzahl doch erst zur Verhandlung gekommen, nachdem der Streik bereits niedergeworfen war. Und will uns der Herr Justizminister die Spur eines Anhalts dafür geben, daß sich damals noch Ruhestörungen irgendwo gezeigt haben? Nachdem der Streik niedergeworfen war, war jedenfalls von irgendeiner Unruhe nicht mehr die Rede. Aber, meine Herren, der Herr Justizminister hat nun einmal diese allgemeine Redewendung, die zum Sprachschatz, zum eisernen Bestandteil unserer staatsretterischen Regierungspolitik gehört, den Herren hier in diesem Hause vortragen müssen, um den traditionellen Beifall der Rechten des Hauses zu erzeugen. Meine Herren, wir sind der Ueberzeugung, daß dieses schnelle Vorgehen, wenn auch unbewußterweise, von dem Bedürfnis diktiert war, an den unbotmäßigen Bergsklaven Rache zu nehmen, von dem Bedürfnis, dem christlichen Streikbrecherverband durch das Eingreifen der Justiz noch weiter Staatshilfe zu leisten *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, und durch das Bedürfnis, den unglücklichen Bergleuten, die schon die Faust der Militär- und Polizeigewalt zu fühlen bekommen hatten, hinterher nun auch noch die eiserne Faust der Klassenjustiz fühlen zu lassen. Das ist offenbar der Gedanke gewesen, von dem alle diese staatsretterischen Justizaktionen — — *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ich habe Sie schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß Sie nicht von Klassenjustiz der Gerichte sprechen sollen, und ich bitte Sie, einmal den Kommentar S. 199 anzusehen, wo es ausdrücklich heißt: Es ist ordnungswidrig, einen Makel an die Rechtsprechung der Gerichte zu heften.

Ich halte es für mein gutes Recht, zu kritisieren, und wenn ich wahre Tatsachen aus meiner besten Ueberzeugung heraus, nicht in beleidigender Absicht und nicht in beleidigender Form anführe, sondern nur zum Zweck der Kritik, die unsere Pflicht ist, und wenn dann von mir etwas gesagt werden muß, was objektiv der Justiz nicht zur Ehre gereicht, dann liegt das innerhalb der Ordnung dieses Hauses, und nicht ich bin schuld daran, wenn das einen unangenehmen Eindruck macht, sondern die Justiz. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Aber ich will nicht weiter darüber sprechen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Freiherr *v. Erffa* (den Redner unterbrechend): Sie haben genau verstanden, was ich sagen will. Sie können die Rechtspflege kritisieren, dürfen aber keinen Makel der Rechtsprechung der Gerichte anheften.

Ich muß die Rechtsprechung unserer Gerichte bemängeln, und zwar recht energisch bemängeln *(Sehr richtig! bei den Soz.)*; das ist meine Pflicht hier. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Wenn Sie darin nun einen Makel erblicken, — ja, ich kann mir nicht helfen. Ich kann mir das Recht jedenfalls nicht nehmen lassen, die energische und rücksichtslose Kritik an der Justiz zu üben, die im Interesse der gesamten Bevölkerung und im Interesse der Gerechtigkeit in den preußischen Landen notwendig ist.

Meine Herren, ich habe bisher von der ungeheuren Geschwindigkeit gesprochen, die man eingeschlagen hat, und die ja auch zu der Einrichtung geführt hat, die der Herr Justizminister verteidigen zu müssen glaubte, nämlich zu der Einrichtung der *besonderen Kammern*. Meine Herren, ich will darüber nicht rechten, ob die Einrichtung der besonderen Kammern im vorliegenden Fall formell zulässig war oder nicht. Ich halte es aus vielen Gründen für bedenklich, solche besonderen Kammern gerade in solch unruhigen Zeiten einzurichten, weil sie notwendig stets den Eindruck von Sondergerichten, von Ausnahmegerichten machen werden. Aber ich will einmal zugeben, daß ein so geschwindes Einschreiten verteidigt werden kann, wie es der Herr Justizminister für notwendig erklärt hat, und dann würde sich die technische Notwendigkeit der Einrichtung von Hilfskammern ergeben.

Nun aber, meine Herren, frage ich: wenn unser Gerichtsverfassungsgesetz die Einrichtung von Hilfskammern unter gewissen Voraussetzungen zuläßt, und wenn man an dieser Einrichtung an und für sich noch nicht die Einrichtung von Ausnahmegerichten erblicken kann, muß nicht mindestens eine dem Geiste unserer Gerichtsverfassung widersprechende Ausnahmegerichtsbarkeit als vorliegend angenommen werden, wenn diese Spezialkammern nicht zu dem Zwecke einer anderweiten Verteilung der Geschäfte unter den verschiedenen Kammern geschaffen werden, sondern *zu dem speziellen Zwecke, ausschließlich Streikangelegenheiten zu erörtern?*

Meine Herren, die Frage ist schon im Reichstage debattiert worden. Damals haben sich die Herren Vertreter der Reichsregierung auf den formellen Standpunkt zurückgezogen, den auch der Herr Justizminister hier eingenommen hat. Sie haben auf die Fälle exemplifiziert, wo z. B. einer bestimmten Kammer Preßdelikte überwiesen worden sind, einer anderen Kammer vielleicht die Uebertretungssachen in der Berufungsinstanz, einer anderen die Privatklagesachen in der Berufungsinstanz. Gewiß, meine Herren, eine solche Scheidung nach Materien ist bei uns häufig, und ich will sie noch nicht einmal als dem Geiste unserer Gerichtsverfassung zuwiderlaufend beanstanden. Aber darum handelt es sich vorliegend nicht. Wenn die neuen Kammern eingerichtet worden wären, um gewisse Arten von Delikten abzuurteilen, die rein nach juristischen Gesichtspunkten qualifiziert worden wären, ohne Rücksicht darauf, aus welchem Anlaß diese einzelnen Delikte begangen sind, dann wäre das etwas, was mindestens formell sich einordnen könnte in die Gerichtsverfassung. Aber so ist es hier nicht geschehen, sondern es sind die Spezialkammern gegründet worden mit der besonderen Aufgabe, die in dem Streik zutage getretenen Delikte abzuurteilen, also zu einem ganz bestimmten abgegrenzten *politischen Zweck*, und daß solche Kammern dann als Sondergerichte, als Ausnahmegerichte anzusehen sind, mindestens dem Geiste, dem Sinne nach, darüber sollten wir wahrlich nicht streiten. Formalistisch kann man natürlich die Sache anders ausdeuten. Ich weiß, das ist ein schlechter Jurist, der nicht alles beweisen könnte. Aber es handelt sich darum, daß man nicht auf den Buchstaben sieht, der tötet, sondern den Sinn des Gesetzes sich klarmacht; und nach dem Geist der Gerichtsverfassung sollen ad hoc Ausnahmegerichtshöfe für bestimmte politische Delikte nicht gebildet werden. Deshalb ist mit vollem Recht Kritik geübt worden an dieser Art des Verfahrens.

Man braucht sich dabei nur zu vergegenwärtigen, daß die Auswahl der Richter für diese Sondergerichte zum guten Teil in den Händen der Justizverwaltung liegt, daß die Justizverwaltung, soweit es notwendig wird, Hilfsrichter herauszuschicken,

einen außerordentlichen großen Einfluß besitzt. Das Präsidium hat ja Einfluß erst dann, wenn es sich um die Verteilung der Geschäfte unter dem Gerichte bereits überwiesenen Richtern handelt. Wie dem aber auch sei, selbst soweit das Präsidium mit der Ordnung dieser Kammern zu tun hat, muß diese Einrichtung als eine dem Geist des Gerichtsverfassungsgesetzes widersprechende bezeichnet werden.

Dann aber zu einer anderen Frage. In fast all den Fällen, selbst bei geringsten Bagatellgeschichten, die sich dort abgespielt haben, ist systematisch *Untersuchungshaft* verhängt worden. Ich will nicht sagen, daß das in allen Fällen geschehen ist, aber in einem solchen Umfange, wegen so geringfügiger Dinge, die nachher mit ein paar Wochen Gefängnis gesühnt worden sind, daß die Anwendung des Instituts der Untersuchungshaft sich nur erklären läßt aus der Gehässigkeit und Aufregung der Zeit, in der diese Entscheidungen gefallen sind. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Eine andere Erklärung läßt sich schlechterdings dafür nicht finden. Es hat sich in allen Fällen um Personen gehandelt, die ortsansässig waren, die zweifellos rekognosziert waren, und man hat offenbar, nur um dieser Justiz den Stempel einer energischen und rücksichtslosen Verfahrens noch mehr aufzudrücken, auch von dem Mittel der Untersuchungshaft in einer dem Geiste der Strafprozeßordnung durchaus widersprechenden Weise rücksichtslos Gebrauch gemacht. Es ist notwendig, daß sich die Justizverwaltung auch einmal dazu äußert.

Dann zu dem Verzicht auf die Einlassungsfrist. Das wissen wir alle, daß ein Verzicht auf die Einlassungsfrist, wenn er vielleicht auch nicht ganz unzweifelhaft zulässig ist, doch in der Praxis recht häufig geübt wird und daß er dann und wann als eine ganz verständige Maßnahme angesehen werden kann. Ich will also nicht soweit gehen, wie man unter Umständen gehen könnte, zu sagen, daß ein solcher Verzicht überhaupt etwas Ungesetzliches sei, sondern nur, daß die Art und Weise, wie im vorliegenden Falle diese Verzichte herbeigeführt worden sind, die schärfste Kritik herausfordert. Zunächst einmal, wenn ein solcher Verzicht von einem in Untersuchungshaft befindlichen Menschen gefordert oder ihm auferlegt wird, ist es ganz selbstverständlich, daß der, wenn er überhaupt die Tragweite versteht, nicht als freier, unabhängiger Mensch entscheidet, sondern aus allerhand Aengsten und Nöten heraus. Darüber hat mein Freund Adolf Hoffmann schon das Nötige gesagt. Ich will aber auch zugeben, daß man in der Allgemeinheit nicht wird sagen können, die Justizverwaltung solle von einem in Untersuchungshaft Befindlichen einen solchen Verzicht nicht entgegennehmen. Hier handelt es sich aber um vollkommen anderes, darum, daß die Justizverwaltung geradezu ein System daraus gemacht hat, daß sie den einzelnen geradezu nahegelegt und ihnen aufgedrängt hat, einen derartigen Verzicht auszusprechen, sondern dieser Verzicht zu einer fast regelmäßigen Norm geworden ist. Wenn eine solche Maßnahme in dieser Allgemeinheit ergriffen wird, dann bedeutet sie eine große Gefahr, auch aus anderen Gründen; das sollten die Herren von der Justizverwaltung nicht verkennen! Ich habe bereits gesprochen von der ungeheuren Geschwindigkeit des vorbereitenden Verfahrens, von der Untersuchungshaft, in die die betreffenden hineingebracht sind. Nun kommt der Verzicht mit der Wirkung, daß unter Umständen binnen 24 oder 48 Stunden die Hauptverhandlung anberaumt wird. Die Schnelligkeit des vorbereitenden Verfahrens verhindert eine genügende Aufklärung im Vorverfahren. Die Untersuchungshaft und diese Schnelligkeit zusammen verhindern, daß der Inkulpat Material sammelt, sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung setzt. Er ist einfach gefesselt an Händen und Füßen. Und nun kommt man mit diesem Verzicht, so daß ihm auch

die gesetzliche Frist genommen ist, die sonst zwischen der Einreichung der Anklageschrift und der Eröffnung des Hauptverfahrens und zwischen der Eröffnung des Hauptverfahrens und der Hauptverhandlung nach dem Gesetz besteht. Das sind Dinge, die die Justizverwaltung vermeiden sollte, wenn sie nicht den Eindruck erwecken wollte, als ob es ihr *mehr auf die Fixigkeit als auf die Richtigkeit* ankäme bei dieser summarischen Klassenjustiz, die diktiert ist vom Rachegefühl, die unbotmäßigen Bergsklaven gewaltsam mit den Mitteln der Justiz zu Boden zu werfen.

Ferner hat sich bei diesen einzelnen Vorgängen im Ruhrrevier die weitgehende Tendenz herausgebildet, alle Dinge, auch die kleinsten Beleidigungsdelikte und Ausschreitungen, die sonst vor die Schöffengerichte kommen, *vor die Strafkammer* zu bringen. Die Erledigung solcher Delikte vor der Strafkammer hat zwei gefährliche Wirkungen von großer Bedeutung. Einmal die Wirkung, daß die Strafkammern, die gewöhnlich mit ernsten Dingen befaßt sind, ein höheres Normalstrafmaß bei ihren Verurteilungen zugrunde legen als die Schöffengerichte. Es ist infolgedessen für jeden Einsichtigen klar, daß sie damit sofort von der Justizverwaltung, von der Staatsanwaltschaft im speziellen ein besonders ernstes Gepräge aufgedrückt bekommen. Es ist damit ein Avis an die Gerichte verbunden: hier heißt es energisch dreinhauen und aus den kleinsten Bagatellsachen ernste Strafen zu machen. Das ist für jeden Praktiker deutlich.

Wenn diese Sachen direkt vor die Strafkammer gebracht werden, tritt noch die weitere Wirkung ein, daß den Angeklagten *eine Instanz genommen wird.* Normalerweise gehören die Sachen vor die Schöffengerichte, und dann haben die Leute noch die Berufung, nachdem sich ruhiges Blut eingestellt hat und sie die Sache sich haben gründlich überlegen können. Diese Möglichkeit der Berufung hat man den Leuten in weitem Umfange systematisch abgeschnitten, indem man die Sachen an die Strafkammer gebracht hat.

Und nun stellen Sie sich mal die Häufung dieser Rücksichtslosigkeiten vor gegen die Streiksünder: die übertriebene Beschleunigung des Verfahrens, die Verhängung der Untersuchungshaft, der aufgedrängte Verzicht auf die Fristen, die Bildung der Sonderkammern, die Vernichtung des Berufungsrechtes und die energische Betonung der Staatsgefährlichkeit des Deliktes durch Ueberweisung der Angelegenheiten an die Strafkammern. Wenn man alle diese einzelnen Umstände zusammenhäuft, dann sieht man, daß die Justiz, die wir im Ruhrrevier gegenwärtig gehabt haben, *alle schlechten Eigenschaften einer Ausnahmegerichtsbarkeit an sich gehabt hat (Sehr wahr! bei den Soz.),* und so wird sie von den Leuten im Ruhrrevier lebhaft empfunden.

Das, meine Herren, müssen wir wahrlich auf das alleräußerste beklagen, und ich meine, daß doch auch bei Ihnen sich hie und da Stimmen regen sollten, die der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß es, nachdem diese Bergsklaven nun durch Militär und Polizei niedergeworfen sind, wahrhaftig nicht christlich ist und auch nicht einmal der von Ihnen vertretenen Ordnung entspricht, wenn man nun noch so rücksichtslos im Bereich der Justizverwaltung mit eiserner Faust dazwischengreift.

Meine Herren, ich habe diese Dinge hier vorgebracht, weil sie ein allgemeines Interesse beanspruchen und ihre eingehendere Erörterung im Reichstag nicht möglich war, da sich dort die Justizverwaltung in der bekannten Weise in wesentlichen Beziehungen auf die mangelnde Zuständigkeit des Reichstages zurückgezogen hat. Deshalb müssen wir an dieser Stelle, von der die Justizverwaltung ja selbst behaup-

tet, daß sie die zuständige sei, diese Dinge vorbringen, um Auskunft vom Justizministerium darüber zu bekommen, ob die einzelnen Ausschreitungen der Justiz, die wir als bösartige Auswüchse ausnahmegerichtlicher Tendenzen empfinden, die systematisch verübt worden sind, ganz oder zu einem Teile auf Anweisungen der Zentralbehörde zurückzuführen sind, ob der Justizminister Anweisungen gegeben hat, daß diese Verfahren möglichst beschleunigt werden, daß Untersuchungshaft in großem Umfange verhängt oder wenigstens die Polizei energisch mit den Festnahmen vorgehen solle, ob Anweisungen dieser Art an die Staatsanwaltschaft ergangen sind. Denn, meine Herren, bezüglich der Untersuchungshaft hat ja die Justizverwaltung einen gewaltigen Einfluß durch ihre Stellung zur Staatsanwaltschaft. In bezug auf die Untersuchungshaft ist die Staatsanwaltschaft in der Regel ja entscheidend. Wenn der Herr Justizminister sagen sollte, daß die unabhängigen Richter über die Untersuchungshaft entscheiden, so kennen wir das doch aus der Praxis anders. Gewiß, die Richter entscheiden; aber bei der formellen Voruntersuchung stimmt das schon nicht ganz; da ist in weitem Umfange die Zustimmung der Staatsanwaltschaft erforderlich, wenn der Untersuchungsrichter allein aufheben soll. Aber auch sonst ist, wie jeder Praktiker weiß, die Stellung der Staatsanwaltschaft zur Verhängung und Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft in 90 Proz. für den Richter maßgebend. Also die Justizverwaltung hat da einen großen Einfluß, und ich frage infolgedessen den Herrn Justizminister, ob er allgemeine Anweisungen erlassen hat, daß die Staatsanwaltschaft und die Amtsanwaltschaft in allen Fällen auf Verhängung und Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft zu drängen habe. Weiter: ob von der Justizverwaltung jene allgemeine Fristverzichte beeinflußt worden sind. Und schließlich, ob die Justizverwaltung Anweisungen an die Staatsanwaltschaft hat ergehen lassen, daß nach aller Möglichkeit die Dinge zur Vermeidung von Berufungen, zur rascheren Erledigung in erster Instanz vor die Strafkammer gebracht werden sollen.

Ich erwarte eine Antwort vom Herrn Justizminister und damit eine Erklärung darüber, ob die Zentralinstanz, das Justizministerium, ganz persönlich mit verantwortlich und hauptsächlich verantwortlich ist für die außerordentlich betrübenden und schwer zu verurteilenden Vorgänge in der Justiz des Ruhrreviers, die aufs neue für jeden, der bis dahin vielleicht gehofft hatte, es würde in Deutschland besser werden, dokumentiert haben, daß wir in Preußen und Deutschland trotz alledem in dem klassischen Lande der Klassenjustiz leben.

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 8. MÄRZ 1913

. . . Meine Herren, der Grund für die zahlreichen Polizeiverordnungen, für das große Durcheinander, das in dieser Beziehung in Preußen insbesondere herrscht, ist nicht nur die Dezentralisation, die Unorientiertheit der einzelnen Instanzen, die Verwirrung der Zuständigkeiten, kurzum all dasjenige, was man durch eine Sammlung, Sichtung und dergl. des Materials aus der Welt schaffen kann. Wenn der Herr Minister des Innern in der Verfügung vom 9. Februar vorigen Jahres darauf hinzuwirken sucht, daß die Polizeiverordnungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden — ja, meine Herren, die Erfahrung spricht bisher dafür, daß in

dieser Beziehung bei der preußischen Regierung Hopfen und Malz verloren ist! Sie wird allerdings auf gewissen Gebieten geneigt und fähig sein, das Durcheinander zu verringern. Dieser Polizeiverordnungspartikularismus — Liliputpartikularismus kann man geradezu sagen —, der in Preußen besteht, ist schließlich für die Verwaltung selbst ein Kreuz und unerträglich; sie findet sich nicht mehr durch. Ebenso hat unsere Justiz die größten Schwierigkeiten.

Aber es ist eine alte, preußische Regierungsmaxime, aus der heraus zu einem sehr großen Teil die Misere, von der wir hier handeln, geboren ist. Reglementierungssucht, die nahezu alle Gebiete des Lebens bis in die privatesten Angelegenheiten zu erfassen sich bemüht, und zwar in einer solchen Spezialisierung, daß man geradezu in Verlegenheit gerät, wenn man gefragt wird, was in Preußen eigentlich noch erlaubt ist, ohne daß es die Polizei einem ausdrücklich gestattet hat, diese Reglementierungssucht ist eine Ausgeburt des preußischen Polizeigeistes. Die preußische Polizei, die preußische Verwaltung vermag sich nicht mit dem Gedanken an die Selbständigkeit und die Selbsttätigkeit der „Untertanen" abzufinden. Solange in dieser Beziehung nicht andere Auffassungen lebendig geworden sein werden, solange die Regierung, die preußische Polizei sich nicht daran gewöhnt haben wird, daß die Bürger mündig sind, solange wird es in dieser Beziehung trotz aller Anläufe und guten Vorsätze nicht viel besser werden. Die Reglementierungssucht sitzt im preußischen Staat bis in die innersten Fasern seines Wesens hinein, und wenn der Staat in seinem ganzen Charakter nicht wesentlich umgestaltet, und zwar demokratisiert wird, umgestaltet wird in dem Sinne der Anerkennung der freieren Selbstbewegung der Bevölkerung, dann wird alles in der Hauptsache beim alten bleiben.

Meine Herren, betrachten wir doch einmal den Typus und das Ideal unserer preußischen Polizeigeister, den Berliner Polizeipräsidenten Herrn v. Jagow. Wenn Herr v. Jagow an irgendeinem Tage einmal keine Polizeiverordnung erlassen hat, dann hält er diesen Tag für verloren; und er meint, daß Polizeiverordnungen sich auf die kleinsten, subtilsten Angelegenheiten des Lebens erstrecken müßten. Ich will nicht von seinen Theateranordnungen sprechen, ich will nur auf die früher schon einmal hier erörterte Straßenpolizeiverordnung hinweisen, die an und für sich schon ungemein in die Kleinigkeiten hineinsteigt, zu der aber der Herr Polizeipräsident sich für verpflichtet gehalten hat, eine ganz besonders ausführliche Erläuterung zu geben, die einen anweist, in welchem Winkel man über die Straße zu gehen habe, wie man seinen Kopf zu halten habe und dergleichen — es fehlt bloß noch die Anweisung, daß man die Finger an die Hosennaht zu legen hat, wenn man über die Straße geht.

Ein wesentliches Moment bedeutet die unausgesetzte Inanspruchnahme der Polizeiorgane zu allerhand Polizeiverordnungen, die in das Sozialpolitische, in das Politische, Religiöse hineingreifen. Meine Herren, darin hat ja wohl Preußen den überhaupt möglichen Höchstgipfel erreicht. Ich will nur ein Beispiel erwähnen: denken Sie an die berühmten Sabbatverordnungen, die Verfrommungsverordnungen. Diese Verordnungen, in denen Bestimmungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage getroffen werden, gehen ja auch dermaßen ins Einzelne und enthalten dann doch wieder in den entscheidenden Bestimmungen solche Kautschukausdrücke, daß damit nicht nur eine fortgesetzte Belästigung und Bevormundung aller Staatsbürger verbunden ist, sondern daß damit auch die Möglichkeit einer willkürlichen, einseitigen, schikanösen Auslegung und Anwendung der Polizei-

gewalt gegen mißliebige politische Richtungen Tür und Tor geöffnet ist. Ich brauche nur daran zu erinnern, was man z. B. aus dem Begriff der „öffentlich bemerkbaren Arbeit" gemacht hat, wie man da, wenn jemand in seiner Tasche ein paar Flugblätter gehabt hat und dann von einer Tür zur anderen gegangen ist, schon in dem eifrigen Hin- und Hergehen des Mannes, auch wenn er nichts äußerlich sichtbar getragen hat, eine öffentlich bemerkbare, die Sonntagsheiligung störende Arbeit erblickt hat.

Die Sabbatverordnungen, die Jugendschikanen, die Anwendung der verschiedenen Straßenpolizeiverordnungen auf die Streikbewegung, auf Streikposten und dergl., all das sind Dinge, die jedem vertraut sind, der ein klein wenig in die Arbeiterzeitungen hineinsieht, die allerdings demjenigen, der mit der proletarischen Bewegung persönlich keine Fühlung hat und sich darauf beschränkt, die Kreuzzeitung oder die Deutsche Tageszeitung oder die Germania zu lesen, vollständig fremd bleiben. Meine Herren, es ist eine reine Leidensgeschichte, die das Proletariat in dieser Beziehung zu durchlaufen hat.

Ich darf daran erinnern, daß nahezu alle Straßenpolizeiverordnungen Bestimmungen enthalten, daß man auf der Granitbahn des Bürgersteigs nicht stehen bleiben darf. Nun weiß das ja kein vernünftiger Mensch, und kein vernünftiger Mensch kehrt sich ja daran, jeder bleibt ja auf der Granitbahn selbstverständlich stehen, genau wie es seinem Gusto paßt. Wenn aber zufällig ein Streikposten eine Minute lang nichts ahnend auf der Granitbahn steht, dann greift schon der Polizeibeamte wegen Straßenpolizeiübertretung ein.

Aus alledem ist zu folgern: die polizeiliche Belästigung unserer Bevölkerung hängt natürlich zu einem guten Teil mit dem Wirrwarr der Polizeiverordnungen zusammen; aber dieser Wirrwarr der Polizeiverordnungen beruht keineswegs nur auf einem falschen organisatorischen Prinzip und kann daher keineswegs ohne eine Abänderung dieses Prinzips aus der Welt geschafft werden, sondern zum wesentlichen Teil hängt diese Erscheinung zusammen mit dem ganzen Wesen des preußischen Staates als eines Polizeistaates. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Auf sehr wesentlichen Gebieten ist diese Erscheinung untrennbar verbunden mit dem Charakter des preußischen Staates als eines bewußten, überlegten, systematischen — wie soll ich mich ausdrücken —, Vorkämpfers für jede politische, soziale und wirtschaftliche Reaktion *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, als eines Werkzeuges im Dienst aller volksfeindlichen Bestrebungen. Die Polizei wirkt systematisch in diesem Sinne, und hier findet sie gerade auch bei den Freunden des Herrn Abgeordneten Schiffer nicht die Anfeindung, die sich sonst gegen die allzu verwickelte Polizeiverordnungs-Massenproduktion erhoben hat. Im Gegenteil, da wird nach einer verstärkten Anwendung der Polizeigewalt gerufen — zum Schutze der Arbeitswilligen und dergleichen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Selbstverständlich kommt es auch gar nicht auf die Polizeiverordnungen an — und das war es, was ich des weiteren beweisen wollte —, es kommt, wenn man das preußische Volk von dem Alpdruck der Polizeiwirtschaft befreien will, von der unausgesetzten, aufreizenden Kleinlichkeit der polizeilichen Nadelstichpolitik, auch an auf die Anwendung der Gesetze und der Polizeiverordnungen. Was ein ordentlicher preußischer Polizeigewaltiger ist, der bringt es fertig — das zu beachten möchte ich besonders dem Herrn Abgeordneten Schiffer ans Herz legen —, aus einem einzigen Paragraphen einer Polizeiverordnung mehr Schikanen für die Bevölkerung herauszupressen, zu

destillieren, als minder Findige, als nichtpreußische Polizeibeamte aus einem ganzen Kodex von Polizeiverordnungen nicht herauspressen und destillieren können.

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 17. FEBRUAR 1914

. . . Es ist ja klar, und das rügen wir ja gerade, daß dieser Scharfmachergeist des Herrn v. Zedlitz in diesem Gerichte,*) das unabhängig und unpolitisch das Recht anwenden sollte, eine dauernde Heimstätte hat *(Sehr richtig! bei den Soz.)* und ständig dort wirkt als die wesentliche Triebfeder in derartigen politischen Entscheidungen, alle juristische Logik und alles Gerechtigkeitsgefühl über den Haufen rennend. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Meine Herren, dieses verzedlitzte Oberverwaltungsgericht — so möchte ich mich nun ausdrücken — hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Tatsache der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, die Tatsache der sozialdemokratischen Gesinnung bereits genüge, um zu beweisen, daß der Betreffende nicht das erforderliche sittliche Gefühl, die erforderlichen sittlichen Qualitäten besitzt, unter deren Voraussetzung allein der Unterrichtserlaubnisschein erteilt werden darf. Meine Herren, damit ist der Sozialdemokrat an und für sich, nur weil er Sozialdemokrat ist, vom Oberverwaltungsgericht als minder sittlich bezeichnet worden. *(Hört! hört! bei den Soz.)* Die Herren, die dieses Urteil gefällt haben, wissen vielleicht nicht, wie wir einer derartigen geistigen Blindheit gegenüberstehen, wie bemitleidenswert uns diese bedauernswerten Menschen, auch wenn sie Oberverwaltungsgerichtsräte sind, vorkommen, die da mit Scheuklappen vor den Augen, in einer Beschränktheit, die ihresgleichen sucht *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, derartige Urteile fällen. *(Sehr richtig! bei den Soz.)* Meine Herren, diese Herren haben damit bewiesen, daß sie zwar die formale Jurisprudenz ausgezeichnet beherrschen, daß sie aber auf einem Gebiete, das schließlich wichtiger ist als die formale Jurisprudenz, auf dem Gebiete des menschlichen Gefühls, des politischen Verständnisses, der sozialen Erkenntnis, auf dem Gebiete des Kulturempfindens und Kulturbewußtseins vollkommen hinterwälderisch sind. Ein derartiges Urteil beweist nur, daß die modernen Kulturerrungenschaften und Kulturauffassungen dem Oberverwaltungsgerichte fremd sind. *(Sehr richtig! bei den Soz.)*

Meine Herren, Sie wissen, daß das Verwaltungsgericht außer dieser unsäglich mitleiderregenden Entscheidung eine weitere hierher gehörige Entscheidung gefällt hat, über die wir uns auch schon öfter unterhalten haben. Nach der Kabinettsorder von 1834, wie schon nach dem Allgemeinen Landrecht, braucht einen Unterrichtserlaubnisschein nur, wer „gewerbsweise" Unterricht erteilt, nicht wer nicht gewerbsweise Unterricht erteilt. Nun wird diese Kabinettsorder ständig angewandt gegen Arbeitersportorganisationen, auch wenn der Unterricht keineswegs gewerbsweise erteilt wird, sondern nur in der Unterweisung durch einen älteren Turnkollegen besteht, z. B. die Riege führt und zeitweise kommandiert. Dieses „gewerbsweise" wird von der Praxis einfach unbeachtet gelassen, obwohl das Wort eindeutig ist. Es ist ein technisches Wort, wie jeder Jurist weiß. Das Oberverwaltungs-

*) Es handelt sich um das preußische Verwaltungsgericht.

gericht hatte den Begriff „gewerbsweise" zu interpretieren; und wie hat es dies getan? Daß einem die Röte ins Gesicht steigt. Es hat gesagt, das Wort „gewerbsweise" ist nicht gemeint im Sinne eines Erwerbes, im Sinne eines Berufs, sondern heißt nur: systematisch. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Ich meine, ein Gericht, das die juristische Logik, selbst die formalistische Logik so mißhandelt, um der Staatsinteressen, der Polizeiinteressen, der reaktionären Interessen willen, ein solches Gericht können wir nicht als ein Palladium der bürgerlichen Freiheit bezeichnen, sondern nur betrachten als ein Feigenblatt der Verwaltungswillkür, der Verwaltungsrechtlosigkeit. *(Bravo! bei den Soz.)*

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 20. MAI 1914

. . . Meine Herren, im März dieses Jahres hörten wir aus Landsberg a. W., daß, nachdem vor längerer Zeit ein Forstaufseher Rostin aus der Gegend von Berlinchen wegen angeblichen Mordes an seiner Braut zum Tode verurteilt worden, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und im Zuchthaus gestorben war, sich jetzt herausgestellt hat, daß dieser Mann zu Unrecht verurteilt war. 10 Jahre nach seinem Tode hat ein Mühlenbesitzer gestanden, daß er als 15jähriger Bursche die Braut des Rostin ermordet hat.

Diese Tatsache lenkt aufs neue die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Frage der *Todesstrafe*. Im Jahre 1912 sind in Preußen 17 Personen hingerichtet worden. Wieviel zum Tode verurteilt worden und nur durch irgendeinen Zufall der Begnadigung teilhaftig geworden sind, kann ich im Moment nicht sagen. Es ist die Nationalzeitung, die in ihrer Nummer vom 27. März d. J. an jenes Wort des Abgeordneten Miquel erinnerte:

> Die Todesstrafe ist eine Frage der Zeit, eine Frage der fortschreitenden Kultur. Die Zeit, sie aufzuheben kommt, aber sie ist noch nicht gekommen.

Die Nationalzeitung fährt fort:

> Unsere Justiz meint, daß das Henkerswerk als Abschreckungsmittel fortbestehen müsse. Man hat diese *Schande der Kultur* dadurch zu mildern gesucht, daß die Todesstrafe innerhalb der vier Gefängnismauern vollstreckt wird. Das ist gerade so, als ob jemand eine schwärende Beule verhüllen wollte. . . . Man muß gesehen haben, wie nach Recht und Gesetz ein Mensch dem anderen das Haupt abschlägt: Im Namen des Königs. Ist ein schlimmerer Mißbrauch des königlichen Namens denkbar?

Meine Herren, diese scharfen Worte eines nationalliberalen Organs gegen die Todesstrafe wollte ich an dieser Stelle der Vergessenheit entrissen haben. Trotz der Stellungnahme von Juristen und Richtertagen, die sich in letzter Zeit für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe ausgesprochen haben, ja doppelt *wegen* dieser Stellungnahme, ist es kategorische Pflicht in unserem Zeitalter, das sich so gern „human" nennt, den Kampf um die Abschaffung der Todesstrafe mit allem Nachdruck aufzunehmen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Meine Herren, die *politische* und die *Klassenjustiz* hat in den Monaten seit der zweiten Lesung des Justizetats reiche Ernte gehalten. Ich stelle an die Spitze die von verschiedenen Gerichten und zwar Verwaltungs- und ordentlichen Gerichten

ausgesprochene Politischerklärung von Gewerkschaften und anderen unpolitischen Arbeiterorganisationen. Es sind u. a. für politisch erklärt worden: der Bergarbeiterverband, der Metallarbeiterverband, die Arbeiterturnvereine, die Arbeiterradfahrervereine, und man ist sogar drauf und dran, auch die Arbeitergesangvereine *(Hört, hört! bei den Soz.)*, die Arbeiterruddervereine und nach einem Geheimfaszikel des Berliner Polizeipräsidiums sogar die Arbeitersanitätskolonnen für politisch zu erklären. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Leider, meine Herren, hat die ordentliche Justiz auch diesen Exzessen der Verwaltung gegenüber nicht das nötige Rückgrat gewahrt. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Meine Herren, daß diese Politischerklärung insbesondere der Gewerkschaften in schroffem Widerspruch steht mit dem Grundgedanken, von dem die gesetzgebenden Körperschaften bei Emanation des Reichsvereinsgesetzes ausgegangen sind, daß sie in schroffem Gegensatz zu den Zusicherungen des damaligen Staatssekretärs des Innern, des jetzigen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten steht, ist in den letzten Tagen und Wochen so häufig hervorgehoben worden, daß es nicht nötig ist, näher darauf einzugehen. Meine Herren, es handelt sich um eine um so bedauernswertere Einseitigkeit der Rechtsprechung gegenüber den Arbeiterorganisationen, als dieselbe Justiz und dieselbe Verwaltung systematisch die Augen vor dem politischen Charakter von Organisationen verschließt, die der Staatsregierung genehm sind, wie der Bund der Landwirte, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und dergleichen. Es ist Tatsache, daß die gelben Gewerkschaften nicht für politisch erklärt werden, daß auch die christlichen Gewerkschaften bis dahin noch kaum nennenswert behelligt worden sind. Es sind speziell die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen der Arbeiter, die von der Regierung und der Justiz in dieser Weise angefaßt werden; es sind die Arbeitersportvereine, die sich nach Auffassung der Verwaltung und der Gerichte aus Anhängern der Sozialdemokratie zusammensetzen, ohne daß sie darum Politik trieben, die systematisch für politisch erklärt werden. Und weshalb? Um die Zügel fest anziehen und vor allem, um die Jugendlichen aus diesen Organisationen hinauswerfen zu können. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Das letztere ist der ganz besondere und ausgeprägte Zweck dieser Justiz- und Verwaltungsaktion gegen die Arbeiterorganisationen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Im vorigen Jahre habe ich darauf hingewiesen, daß unsere Gerichte und Verwaltungsbehörden es fertig gebracht haben, sowohl den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wie den Bund der Landwirte in das Vereinsregister aufzunehmen *(Hört, hört! bei den Soz.)*, in das nach dem Gesetz politische Organisationen nicht eingetragen werden sollen. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Und gegen die unbequemen und gar nicht politischen Organisationen der Arbeiter verfährt man in solcher Weise!

Meine Herren, ein Kapitel, das eingehende Betrachtung verdiente, wäre die Behandlung der Arbeiterjugendbewegung durch die Justiz. Ich möchte aber über diesen Punkt hinweggehen, nachdem in der letzten Zeit im Reichstage besonders eingehend darüber gesprochen worden ist und ja auch bei der Jugenddebatte der letzten Tage von meinem Freund Haenisch dieser Teil der staatlichen „Jugendpflege" einer sorgfältigen Betrachtung unterworfen ist.

Meine Herren, es ist ganz selbstverständlich, daß solche Aktionen gegen die Arbeiterbewegung keinen Erfolg nach Wunsch der Regierung und der reaktionären Parteien haben werden. Wir können Ihnen immer wieder versichern, daß ein

solches einseitiges Eingreifen der Justiz, ein solches Messen mit zweierlei Maß nur die Ueberzeugung von dem Klassencharakter unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und der heutigen Regierung und Justiz in der Arbeiterklasse verstärkt und in immer breitere Kreise trägt *(Sehr wahr! bei den Soz.)* und damit neuen Haß und neue Begeisterung zum Kampf gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung sät. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Die Ernte wird uns zufallen, und es wird eine reiche Ernte sein, nicht Ihnen zum Gefallen, nicht Ihnen zur Freude.

Meine Herren, ein anderes Kapitel ist die *Streikjustiz.* Darüber haben wir bei der zweiten Lesung ausführlich gehandelt. Hier will ich nur auf den Stettin-Frauendorfer Fall des Streikmörders Brandenburg zurückgreifen. Sie wissen, daß dieser Brandenburg — und zwar nach dem Zeugnis von Arbeitswilligen — ohne jede Veranlassung einem friedlichen streikenden Arbeiter ein langes Messer in den Leib gejagt hat, so daß er elend verstarb, und daß dieser Mörder von einem bürgerlichen Geschworenengericht, zusammengesetzt aus Industriellen und Großagrariern, freigesprochen worden ist. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Schon damals habe ich erwähnt, daß, während der Streikmörder Brandenburg von einem kapitalistisch-agrarischen Schwurgericht freigesprochen worden ist, die Arbeiter, die in der Erregung über die schnöde Mordtat sich zu Unbesonnenheiten hatten hinreißen lassen, wegen Landfriedensbruch zu schweren Strafen verurteilt worden sind. Inzwischen hat die politische Justiz — so darf ich sie wohl nennen — hier weitere Opfer gefordert. Damals waren fünf Angeklagte mit zusammen etwa 2¾ Jahren Gefängnis bestraft worden, einer davon mit weit über einem Jahr; jetzt hat am 28. Februar eine neue Verurteilung aus dem gleichen Anlaß stattgefunden: sieben ehrliche Arbeiter, die sich von der menschlichen Erregung über jenen grauenhaften Vorgang unbesonnenerweise hatten hinreißen lassen, sind zusammen wiederum zu rund 2¾ Jahren Gefängnis verurteilt worden, so daß insgesamt gegen 12 brave Menschen 5½ Jahre Gefängnis erkannt worden sind, während der Streikmörder ohne jede Strafe frei auf die Menschheit losgelassen worden ist. *(Hört, hört! bei den Soz.)*

Meine Herren, nicht unbeachtet darf ich die *Kronprinzenprozesse* lassen, die sich in den letzten Monaten abgespielt haben. Anlaß von zweien dieser Prozesse war das berühmte Telegramm des deutschen Kronprinzen an den Obersten v. Reuter, in dem nach einer, man darf jetzt sagen: bestätigten Zeitungsmeldung der Oberst v. Reuter aufgefordert und ermuntert wurde, in seiner nach Auffassung doch wohl der großen Mehrheit des deutschen Volkes ungesetzlichen Behandlung der Zivilbevölkerung, in der Anmaßung einer ihm gesetzlich nicht zustehenden Polizeimacht, in der Proklamation der Militärdiktatur über Zabern fortzufahren und ihm jene berühmten Worte zugerufen worden: immer feste druff. Dieses Telegramm des deutschen Kronprinzen wurde im Reichstag und in der gesamten Presse, abgesehen natürlich von der militaristischen und erzreaktionären, bis hinein in die Reihen der nationalliberalen Presse, auf das allerschärfste kritisiert. Auch die Welt am Montag hatte sich mit Energie gegen das Telegramm und den Verfasser gewandt, und ihr Redakteur, Hans Leuß, ist deswegen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. - Ein Vorwärtsredakteur ist aus dem gleichen Anlaß zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Meine Herren, diese beiden Verurteilungen sind unter Umständen ergangen, die den schärfsten Protest herausfordern. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Die Verhandlungen haben unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden. Meine Herren, dieser Ausschluß der Oeffentlichkeit kann objektiv nicht gebilligt werden und zeigte

bereits, daß die Gerichte den Artikeln und den Angeklagten nicht unbefangen gegenüberstanden. *(Sehr wahr! bei den Soz. — Oho! bei den Nationalliberalen.)* Es gab schlechterdings keinen Grund für den Ausschluß der Oeffentlichkeit; denn das Telegramm des Kronprinzen hatte wochenlang im Mittelpunkte der öffentlichen Diskussion gestanden. Es war alles, was darüber an Kritik gesagt werden konnte, in vollster Oeffentlichkeit gesagt worden, in der Oeffentlichkeit der Presse und der Parlamente, und nun plötzlich kommt die Besorgnis, daß im Gerichtssaal etwas gesagt werden könnte, was die Staatssicherheit gefährden könnte. Das konnte ein verständiger Mensch, wenn er diesen Dingen unbefangen gegenüberstand, nicht mehr annehmen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Durch diesen Ausschluß der Oeffentlichkeit ist von vornherein ein tiefes Mißtrauen gegen die Gerichte erzeugt worden.

Es ist an diesen beiden Urteilen, besonders am ersten, weiter bemerkenswert, die Schwere der Strafen. Eine Kronprinzenbeleidigung kann heute nur verurteilt werden, wenn sie in böswilliger Weise, in der Absicht der Herabwürdigung des Kronprinzen gefallen ist; es genügt nicht der einfache Tatbestand der Beleidigung. Und nun wurde aus den Wendungen in den Artikeln sorgfältig zusammengesucht, was man etwa im Sinne einer derartigen böswilligen Absicht der Beleidigung deuten könnte. Die Richter, die in solcher Weise Silbenstecherei getrieben, Worte auf die Goldwage gelegt haben, haben damit entweder bewiesen, daß sie — weltfremd — allzu sehr außerhalb der politischen Arena stehen; denn wer die Tage seit dem Dezember des vergangenen Jahres, bis diese Artikel erschienen sind, mit durchlebt und eine Spur von bürgerlichem Freiheitsbewußtsein in sich bewahrt hat, — er braucht längst kein Sozialdemokrat zu sein —, wer auch nur eine Spur von dem Geist in sich hatte, dem die Abgeordneten Fehrenbach und v. Calker im Reichstage Ausdruck gegeben haben, mußte wissen, daß eine lebendige Empörung und Erregung innerlichster, ehrlichster Art in der Brust jedes nicht völlig militarisierten Politikers entflammt war, und konnte gar nicht auf den Gedanken kommen, daß eine Kritik an der Aktion des Kronprinzen der Absicht einer Beleidigung des Kronprinzen entsprungen sei. Er mußte wissen, daß jede derartige Kritik nur getragen war von dem heiligen Feuer der Begeisterung für die Rechte des Bürgertums, für die Aufrechterhaltung der Grundlagen unserer Verfassung gegenüber der Anfechtung, die sie in der Zabernaffäre erfahren hatten.

Der dritte Kronprinzenprozeß betraf die Herren Zepler und Schneidt; er bezog sich auf eine Glossierung des bekannten Regimentsbefehls des deutschen Kronprinzen bei seinem Abschied aus Danzig. In diesem Falle wurde — so hatte sich inzwischen die Stimmung gemildert — den beiden Angeklagten nur Festungshaft von je 6 Wochen zudiktiert. Man bemerke die umgekehrte Klimax: 6 Monate Gefängnis, 3 Monate Gefängnis, 6 Wochen Festungshaft. Also es scheint doch, als ob sich nach und nach im Feuer dieser Prozesse bei den Richtern ein etwas größeres Verständnis für das Recht auf politische Erregung und auf den Ausdruck der politischen Erregung durchgesetzt hat.

An diesem letzten Prozeß ist einmal bemerkenswert, daß wiederum zum Teil die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wurde, worüber genau dasselbe zu sagen ist, was ich vorhin gesagt habe; zweitens, daß der Staatsanwalt sich eine ganz besondere Abfuhr geholt, ja selbst zugefügt hat. Als es nun zum Plaidoyer kam, beantragte der Staatsanwalt, die Oeffentlichkeit für die Dauer der Plaidoyers auszuschließen. Von der Verteidigung wurde erklärt: wir sehen nicht ein, warum die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden soll; wir Verteidiger jedenfalls glauben,

uns genügend im Zügel zu haben und genügend des Wortes mächtig zu sein, um zu verhindern, daß unsere Reden eine Gefährdung der Staatssicherheit herbeiführen könnten. Der Staatsanwalt aber versicherte, er könne für sein Plädoyer nicht einstehen (*Hört, hört! bei den Soz.*); er müsse darauf bestehen, daß mindestens für sein Plädoyer die Oeffentlichkeit ausgeschlossen würde. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Und so geschah es. Die Verteidiger durften in der Oeffentlichkeit reden; die staatsgefährliche Rede des Staatsanwalts mußte hinter verschlossenen Türen gehalten werden. *(Heiterkeit bei den Soz.)*

Ein Prozeß, der in der letzten Zeit viel Staub aufgewirbelt hat, ist der *Prozeß gegen unsere Freundin Rosa Luxemburg. (Große Heiterkeit — Rufe: Nette Freundin!)* — Meine Herren, es ist wichtig, daß dieses Lachen, das hier bis in die Reihen des Zentrums und der Nationalliberalen hinein ertönt ist, stenographisch festgehalten wird. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, das ist doch wieder ein Kennzeichen des Geistes in diesem Hause, das wir nicht vergessen wollen. Diese Frau ist von der Frankfurter Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. *(Abgeordneter v. Pappenheim: Gott sei Dank!)* — Gott sei Dank, hat Herr v. Pappenheim gesagt. Sie sind ein guter Christ, Herr v. Pappenheim, ein ausgezeichneter Christ! Meine Herren, zu einem Jahr Gefängnis ist diese Frau verurteilt worden, und weshalb? Weil sie über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege das gesagt hat, was jeder Sozialdemokrat in Deutschland und in der ganzen Welt jederzeit zu sagen bereit ist *(Sehr richtig! bei den Soz.)*, was jeder von uns auch schon einmal gesagt und geschrieben hat, und was ich unzählige Male in der Oeffentlichkeit gesagt und geschrieben habe, und was ich mich nicht einen Tag scheuen werde, jederzeit zu sagen.

Meine Herren, es ist daraus ein Vergehen konstruiert worden. Gott, wenn man selbst vom juristischen Bau ist, wie ich, dann weiß man, daß jenes Wort über Gneist als den Mann, der alles beweisen kann, schließlich auf jeden Juristen, der es darauf anlegt, die juristische „Logik" nach allen Seiten hin spielen zu lassen, zutrifft. Es ist natürlich eine Kleinigkeit, ein revisionssicheres Urteil zu bauen. Legt man nicht aus, so legt man unter. Man braucht nicht einmal unterzulegen, man kann schon so schön interpretieren, daß schließlich aus Weiß Schwarz gemacht werden kann.

Meine Herren, Rosa Luxemburg hat, indem sie von der Strafkammer in Frankfurt a. M. dieses Jahr Gefängnis bekommen hat, damit so wenig wie die Sozialdemokratie einen Schlag versetzt bekommen, der sie in ihrem Kampf gegen den Militarismus im allerentferntesten beeinträchtigen könnte. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Das sollten die Herren inzwischen bereits eingesehen haben; und deshalb war das Lachen der Herren nicht nur das Zeugnis einer nicht sehr menschlichen Gesinnung, sondern es war auch ein Beweis von einer nicht sehr tiefdringenden politischen Einsicht. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Denn eigentlich sollten Sie sagen: „Au wei, wir haben gesiegt." *(Große Heiterkeit und Zurufe.)* Meine Herren, Sie haben gesiegt, und ich entnehme aus Ihren Bemerkungen: keiner erhebt dagegen Widerspruch, daß ich sage, *Sie* haben gesiegt. Ich ersehe daraus, wie sehr Sie sich eins fühlen mit der Judikatur dieser Strafkammer, und wie Sie es als selbstverständlich hinnehmen, daß diese Strafkammer gewissermaßen als ein Funktionär der politischen Auffassungen, die in diesem Hause rege sind, ihres Amtes gewaltet hat.

Nun, die verurteilte Sünderin hat ihren Willen, den Kampf weiter fortzuführen in derselben Weise, in der sie ihn bis dahin geführt hatte, in der energischsten Weise

zum Ausdruck gebracht, indem sie trotz des Wutgeheuls, das sie in den letzten Wochen und Monaten umbraust hat, eine Agitation gegen den Militarismus in ihrem und in unserem Sinne über ganz Deutschland hinaus entfaltet hat. Meine Herren, nicht zu Ihrem Vorteil! Sie haben damit eine Märtyrerin geschaffen *(Lachen und lebhafte Zurufe)*, — die Richter von Frankfurt haben damit eine Märtyrerin geschaffen, die durch ihre Worte Flammen der Begeisterung erwecken kann, wohin sie immer geht, wo sie immer ihre Versammlungen hält, und Flammen der Begeisterung erweckt hat allenthalben, und die in diesen Versammlungen und dem Prozeß, der gegen sie geführt ist, dem Militarismus schwere Wunden geschlagen hat, schwerere, als sie jemals geschlagen werden konnten durch die Worte, wegen deren sie angeklagt und verurteilt worden ist. Wiederum ein Fall, in dem Sie Ihre eigene Totengräberarbeit, in dem preußische Richter Totengräberarbeit für die bürgerliche Gesellschaft und für den Militarismus geleistet haben. Wir dürfen der Zufriedenheit darüber Ausdruck geben.

Die Aktion der Justiz ist darauf gerichtet, die Rosa Luxemburg, ich möchte sagen, tot zu hetzen. Nach dem einen Prozeß — das Urteil wird fast sicher vom Reichsgericht aufgehoben werden müssen, weil ein recht grober formeller Fehler stattgefunden hat — sind zwei andere Prozesse gegen sie anhängig gemacht worden; der eine — wenn ich recht unterrichtet bin — wegen Beleidigung des Offizierskorps, und zwar wegen der Behauptung, daß die Militärmißhandlungen eine regelmäßige, symptomatische Erscheinung des heutigen Militärsystems sei. Für diese Anklage können wir wiederum nur von Herzen dankbar sein, denn es ist seit langem unser sehnlichster Wunsch gewesen, einmal in dem dramatischen Verlauf eines Prozesses das gesamte System der Militärmißhandlungen aufdecken zu können *(Sehr wahr! bei den Soz.)*, und das wird uns nun infolge der tiefen politischen Einsicht unserer Justiz ermöglicht werden.

Meine Herren, in Deutschland hat man gar viel geschrien über den Rochette-Skandal in Frankreich. Meine Herren, dieser Fall, wo bis zum Auswärtigen Amt hinauf, bis zum Generalkonsul in Yokohama und im einträchtigen Zusammenarbeiten der Staatsanwaltschaft mit dem Amtsgericht Charlottenburg und dem Landgericht Berlin in solcher Weise verfahren ist, ist schlimmer als irgend etwas, das ich aus den Annalen der Justiz irgendeines modernen Staates in bezug auf kapitalistische Beeinflussung gehört habe. *(Lebhafte Unruhe und Zurufe rechts und bei den Soz. — Glocke des Präsidenten.)*

Präsident Dr. Graf *v. Schwerin-Löwitz* (den Redner unterbrechend): Ich muß bitten, solche Angriffe gegen unsere Gerichte zu unterlassen. Ich habe Ihnen den weitesten Raum gestattet; aber Ihre jetzige Kritik geht über das zulässige Maß hinaus.

Meine Herren, ich will heute keine Tatsache mehr erwähnen. Ich erinnere an das Wort eines preußischen Richters, das vor etwa 20 Jahren gesprochen wurde: „Wer den Satz aufstellen wollte: in Preußen wird die Strafrechtspflege von der Staatsanwaltschaft geübt, gemildert durch ein Vetorecht der Gerichte gegenüber extravaganten Ansprüchen der Staatsanwaltschaft, — der würde zwar rechtlich etwas Unrichtiges aussprechen, aber von den tatsächlichen Verhältnissen sich nicht allzuweit entfernen." Meine Herren, das ist eine Auffassung, die mir in bezug auf die Stellung der Gerichte in dem Siemens-Schuckert-Fall*) noch allzu milde erscheint.

*) Die Firma Siemens-Schuckert hatte in Japan eine Reihe höchster Offiziere und Marinebeamten bestochen, um sich ein Monopol für Staatslieferungen zu verschaffen. Briefe, aus

Meine Herren, der Lokalanzeiger hat am 3. April d. J., allerdings nur in bezug auf die Künstlerpostkartenfrage, indem er sich gegen die Versuche der unteren Instanzen wendet, ihre eigene Judikatur zu machen, je nachdem der Wind weht, geschrieben: „Jede Rechtssicherheit geht verloren, wenn die Strafgesetze gereckt und gestreckt werden können, wie die jeweiligen Zeitverhältnisse es zu verlangen scheinen." Es kommt noch einiges andere nach diesen Sätzen, was wohl auch festgehalten zu werden verdient; aber dieser Satz, daß jede Rechtssicherheit verloren geht, wenn die Strafgesetze gereckt und gestreckt werden können, wie die jeweiligen Zeitverhältnisse es zu verlangen scheinen, trifft das ganze Wesen unserer Kritik an der heutigen Strafrechtspflege *(Sehr richtig! bei den Soz.)* und enthüllt im Grunde genommen auch das Wesen der Klassenjustiz, der politischen Justiz aller Grade und der sozialen Justiz, unter der wir leiden, daß die Strafgesetze gereckt und gestreckt werden, wie es die jeweiligen Zeitverhältnisse erfordern. *(Lebhafte Unruhe rechts. — Zustimmung bei den Soz.)*

Meine Herren, weil das leider nach den Worten des Lokalanzeigers, der ja, außer von Krupp, auch aus Staatsmitteln subventioniert wird, heute der Fall ist, deshalb sind wir im Recht, wenn wir unser Schlußurteil über die heutige politische Justiz so abfällig formulieren wie nur irgend möglich, und wenn wir das Verlangen nach wirklicher Gerechtigkeit, die heute in Preußen in politischen und sozialen Dingen und in Dingen des wirtschaftlichen Kampfes nicht gewährt wird, immer und immer von neuem erheben und immer und immer wieder die Anklage der Klassenjustiz unserer Justizverwaltung ins Gesicht schleudern. *(Lebhafter Beifall bei den Soz. — Unruhe.)*

REDE AUF DEM PREUSSENTAG ZU BERLIN 1910

Wenn es jemals eine Verlegenheit des Ueberflusses gegeben hat, so wohl in meinem Falle. Es ist mir eine Erörterung der gesamten Staatsverwaltung Preußens aufgetragen. Das ist ein Gebiet von so ungemeiner Weitschichtigkeit, daß ich, wenn ich mich auch auf das äußerste beschränke, in einer kurzen Zeit nicht fertig werden kann.

Zunächst will ich einige allgemeine Gesichtspunkte hervorheben, von denen aus ich das Thema behandele.

Wir verstehen unter dem Staat gegenwärtig der Regel nach eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in dem Gebiete lebenden Personen, gleichgültig, welcher Klasse sie angehören, zusammenfaßt. Seit jeher haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß die herrschenden Klassen in bezug auf Klassenbewußtsein den unterdrückten Klassen überlegen waren. Die herrschenden Klassen haben verschiedene Machtmittel, um ihre Macht aufrechtzuerhalten. Zunächst sind sie der Regel nach, wenn auch nicht stets, die ökonomisch überlegenen Klassen. Dann steht ihnen zur Seite die Staatsmacht, brutale Gewaltmittel der verschieden-

denen sich diese Bestechungen ergaben, waren von einem gewissen Richter entwendet worden. Da Japan den Skandal scheute, wurde Richter den deutschen Gerichten überlassen. Das deutsche Gericht verurteilte ihn zu 2½ Jahren Zuchthaus, indem es die „Manipulationen von Siemens-Schuckert" als mildernden Umstand anrechnete. Dem Verteidiger wurde die Einsicht in die kompromittierenden Briefe nicht gestattet.

sten Art und Täuschungsmittel. Zu den brutalen Machtmitteln gehören Justizgewalt, Polizeigewalt und Militärgewalt. Die Täuschungs- und Verdummungsmittel, die sind vor allem in Kirche und Schule organisiert. Der Militarismus spielt eine vielseitige Rolle; er ist eine Art Schule und ein Art Kirche, gleichzeitig brutales Macht- und Verdummungsmittel, das vielseitigste Machtmittel der herrschenden Klassen. In letzter Linie beruht die Macht der herrschenden Minderheit nicht nur auf ihrer eigenen Macht, sondern auf der Macht breiter Massen. Die herrschenden Klassen sind genötigt, breite Massen in ihren Dienst zu stellen. Zu diesem Zweck müssen die unterdrückten Klassen von den herrschenden in systematischer Weise ihrer eigenen Ideologie, das heißt der ihren eigenen Interessen entsprechenden Denkweise und Gesinnung entfremdet werden. Es ist unmöglich, daß die herrschenden Klassen am Ruder bleiben könnten, wenn die unterdrückten Klassen diejenige Auffassung über die Staatseinrichtungen und über die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft haben, die ihren eigenen Interessen entspricht. So wird ihnen von jeher eine den Interessen der Herrschenden genehme und bequeme Ideologie aufgedrängt, die als aufgezwungene Ideologie der herrschenden Klassen zu bezeichnen ist.

Es gilt, sich darüber klar zu sein, daß die Bureaukratie, in deren Händen der wichtigste Teil der Verwaltung und damit eine große Macht liegt, eine besondere Klasse, eine eigentümliche Klasse bildet. Aber diese Bureaukratie ist keine einheitliche Schicht der Gesellschaft; die Verwaltung beschäftigt ja hochgestellte und gutgelohnte Beamte, mittlere Beamte und ganz armselige Schlucker. Die Bureaukratie ist also keine Klasse von gleichartigem sozialen Charakter, sie zerfällt wiederum in verschiedene Klassen nach Analogie der nicht-bureaukratischen Klassen. Die Hauptschichten der Bureaukratie, zwischen denen es natürlich zahlreiche Mischungen und Uebergänge gibt, mögen so charakterisiert werden: einmal diejenigen, die als Vertreter außerbureaukratischer Klassen die Verwaltung in ihrem eigenen Klasseninteresse, d. h. im Interesse der von ihnen vertretenen Klassen führen wollen; dann solche, die ihre Stellung in der Bureaukratie in ihrem eigenen Interesse ausfüllen und sie als Selbstzweck betrachten, weil sie dafür ausreichend bezahlt werden; schließlich aber die bei weitem überwiegende Schicht der Beamten, die, indem sie für den Staat tätig sind, weder ihre eigenen Klasseninteressen vertreten, noch auch innerhalb des bureaukratischen Apparats so gestellt sind, daß sie dadurch allein bereits zu einer den herrschenden Klassen genehmen Gesinnung erzogen werden könnten. Dieser Schicht muß eine den Herrschenden bequeme Ideologie aufgezwungen werden; sie wird künstlich staatstreu erhalten. Gerade auf ihr aber beruht doch im Schlußresultat die Hauptmacht der Staatsgewalt, der Regierung.

Jegliche staatliche Machtfunktion verleiht den damit betrauten Beamten eine gewisse Macht, indem ihnen innerhalb eines gewissen Bereichs die freie Entschließung überlassen wird. Im allgemeinen ist zwar die Macht der Verwaltungsbeamten keine ihnen eigene, sondern eine ihnen jederzeit entziehbare, aber es zeigt sich allenthalben innerhalb unserer gesellschaftlichen Entwicklung, daß der übertragene Besitz einer staatlichen Machtfunktion die Tendenz zeigt, zu einem Eigenbesitz zu werden und sich zu verselbständigen. Jegliche Machtfunktion der Bureaukratie, besonders ihrer höheren Schichten, ist deshalb auch zu einer Quelle eigener Macht geworden, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Besonders bei der Polizei und Militärgewalt finden wir diese Verselbständigungs-

tendenz in ungemein starkem Maße; sie hat in der politischen Entwicklung zeitweise eine geradezu staatsbildende, gesellschaftsgestaltende Rolle gespielt.

Man pflegt von drei verschiedenen Gewalten innerhalb des Staates zu reden: von der gesetzgebenden, der richterlichen und der vollziehenden Gewalt, der Verwaltung im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Verwaltung ist dabei gedacht als die Funktion der Staatsgewalt, die in der Ausführung der Gesetze, aber auch in der zwangsweisen Durchführung derselben besteht, und die das Zwangsmittel selbst zu dieser Durchführung charakterisiert. Die gesetzgebende Gewalt führt die Gesetze nicht durch und nicht aus, ist auch kein Zwangsmittel. Die richterliche Gewalt ist allerdings zweifellos ein Stück der Staatsgewalt, das gleichzeitig der Durchführung der Gesetze dient, aber nur in dem Sinne der Anwendung auf den einzelnen Fall, der ihr zur Entscheidung gestellt wird, während die Aufgabe der Verwaltung ist, im allgemeinen die Aus- und Durchführung der Gesetze im einzelnen zu regeln. Natürlich werden diese Unterschiede zwischen richterlicher und Verwaltungsgewalt so wenig wie die Grenzscheide zwischen gesetzgebender und Verwaltungsgewalt strenge innegehalten. Die Forderung der Trennung der Gewalten hat sich im Beginn unseres modernen Staatswesens mit besonderem Nachdruck erhoben, aber sie ist von unserem Standpunkt aus keineswegs das Ideal. Wir können absolut nicht damit einverstanden sein, daß die gesetzgebende Gewalt und ebensowenig, daß die richterliche Gewalt der Verwaltung gegenüber machtlos und aus ihrem Bereich verbannt sein sollen. Die Forderung der schroffen Trennung der Gewalten ist nur als die Frucht einer Zeit zu begreifen, in der die Klärung über die wirklichen demokratischen Bedürfnisse noch fehlte. Wir verlangen ein System, in dem zwar innerhalb der Verwaltung wie innerhalb der richterlichen Gewalt die Demokratie nach Möglichkeit durchgeführt ist, aber andererseits die richterliche Gewalt über die Verwaltung zu Gericht sitzen kann und die demokratische gesetzgebende Gewalt die Herrin über alle Gewalten ist.

. . . Die Disziplin innerhalb der Verwaltung ist eine außerordentlich scharfe. Sie beruft sich zu ihrer Rechtfertigung mit Vorliebe auf den Beamteneid. Auch der Fahneneid ist eine Art Beamteneid. Sie wissen, daß er ausschließlich dem Kaiser und sonstigen „Landesherren" geleistet wird, während er den Soldaten nicht durch ein einziges Wort auf die Verfassung verpflichtet. Bei dem Beamteneid ist das ein klein wenig anders. Der Diensteid der preußischen Beamten lautet:

> „Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Seiner Majestät, dem König von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, ich untertänig treu und gehorsam sein und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen, auch die Verfassung gewissenhaft beobachten will, so wahr mir Gott helfe!"

Da ist zunächst bemerkenswert, daß ängstlich vermieden worden ist, zu sagen, „Ich schwöre, daß ich . . .", damit nur ja nicht der Anschein erweckt wird, als ob der Beamte die Kühnheit habe, seinen Namen vor dem Namen der Majestät zu nennen. — *(Große Heiterkeit.)* Untertänig treu und gehorsam soll der Beamte sein — wie ein Hund. Hinterher — bei den Amtspflichten — wird man schon nüchterner und am nüchternsten bei dem Hinweis auf die Verfassung. Man merkt gewissermaßen an dieser Stilisierung, wie wehe es dem Verfasser des Diensteids getan hat, daß er die Verfassung überhaupt erwähnen mußte. Und mit diesem Diensteid ist es noch nicht abgetan. Es ist noch eine bestimmte Verhaltung vorgeschrieben,

die ausdrücklich auf dem Formular, das der Beamte zu unterschreiben hat, mit vorgedruckt ist. Dort heißt es u. a.:

„Es ist auch die kleinste Abweichung von der erhaltenen *Instruktion* auf das sorgfältigste zu verhüten."

Und weiter:

„Wer sich solchergestalt als gewissenhafter, redlicher Diener des Königs beträgt und mit unwandelbarer Treue unermüdeten Diensteifer verbündet, kann sich göttlichen Segens und unausbleiblicher Belohnung in dieser o*der jener* Welt *(Große Heiterkeit)* sicher halten. Wird auch bei jeder Gefahr oder Widerwärtigkeit den Trost und die Beruhigung genießen, die nur ein unverletztes Gewissen gewähren kann."

Das ist ja billig, etwas bessere Gehälter und größere Freiheit wäre den Beamten wahrscheinlich lieber.

„Auf gleiche Art wird auch von seiten der vorgesetzten Behörde derjenige rühmlichst ausgezeichnet werden," — das heißt natürlich mit Orden, Litzen, Knöpfen, Titeln und dergleichen! — „dessen Dienst für uns zeigt, daß er sich bei jeder Gelegenheit seinem eidlichen Angelöbnis gemäß beträgt und sich dadurch würdig macht, dem *Landesherrn* zur weiteren *Beförderung* oder sonst zu erwartenden *Gnadenbezeugungen* empfohlen zu werden."

Und nun kommt zum Schluß das Interessanteste:

„Dahingegen haben diejenigen, welche die feierlich beschworenen Dienstpflichten vernachlässigen oder sich soweit vergehen, den ihnen erteilten Instruktionen *freventlich entgegenzuhandeln*, außer *der allgemeinen Verachtung* auch die in den Gesetzen den pflichtvergessenen Offizianten angedrohten *harten Strafen* zu gewärtigen, welche nach dem Verhältnis des beträchtlicheren oder geringeren Verschuldens, ohne Nachsicht und Ansehen der Person *unausbleiblich* vollzogen werden." *(Bewegung.)*

Also schon von vornherein operiert man mit allen Mitteln, um die Beamten einzufangen und einzuschüchtern.

. . . Nehmen Sie einmal an, ein ernster Konflikt zwischen Parlament und Verwaltung käme zum Ausbruch. Wir haben solche Konflikte in der preußischen Geschichte schon erlebt. In der Konfliktsperiode war die überwiegende Mehrheit des Parlaments gegen die Verwaltung. Das Parlament verweigerte das Budget. Aber was geschah? Bekanntlich hat nicht etwa die Verwaltung kapituliert und sich an die Verfassung gehalten, sondern sie stützt sich auf ihre außerparlamentarische Macht. Das Parlament hat sich mit ohnmächtigen Protesten begnügt, vollkommen wehrlos gegenüber der Bureaukratie. Es kann also von keinem nennenswerten Einfluß des Parlaments auf die Verwaltung gesprochen werden. Gewiß, bei Kleinigkeiten, bei Schönheitsfehlern ist die parlamentarische Kontrolle durch die Debatten im Parlament unangenehm für die Verwaltung und übt einen gewissen Einfluß auf sie. Aber bei ernstlichen Konflikten hat noch immer die Verwaltung über das Parlament obgesiegt. Die Macht liegt eben nicht bei dem Parlament. Als man in Mansfeld die streikenden Bergarbeiter zur Raison bringen wollte, da versah man jeden Infanteristen mit 60 scharfen Patronen und fuhr Maschinengewehre auf. Wenn es einmal der Verwaltung darauf ankommen sollte, ein preußisches oder deutsches Parlament auseinander zu treiben, sie brauchte keine 60 scharfen Patronen, sie brauchte nicht eine scharfe Patrone; ein paar Platzpatronen würden genügen. *(Heiterkeit.)* Unsere sogenannten Parlamente haben eben nur eine papierene Macht. Ihr Schwert ist aus Pappe und sie werden solange machtlos sein, bis sie auch die außerparlamentarischen Mächte in ihren Dienst gezwungen haben. Ein parlamentarisches Mandat ist nichts als ein Flederwisch, wenn dahinter nicht die entsprechende außerparlamentarische Macht steht. Die Machtverhältnisse innerhalb

des Parlaments richten sich nicht nach der Stärke der Fraktionen, sondern nach der außerparlamentarischen Macht, die hinter den Fraktionen steht. Das ist es auch, was uns sechs Mann im Abgeordnetenhaus einen viel größeren Einfluß gibt, als sie unserer Fraktionsstärke entsprechen würde.

Freilich, so ganz wehrlos ist das Parlament doch nicht, namentlich nicht in der heutigen Zeit, wo die Oeffentlichkeit der Presse, der Versammlungen usw. existiert, so wenig wie die Presse machtlos ist. Das Parlament kann dadurch, daß es Lärm schlägt, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf Mißstände aller Art lenken und so einen öffentlichen Skandal hervorrufen. Dadurch übt die parlamentarische Tätigkeit eine ungemein aufrüttelnde Wirkung auf die Bevölkerung aus und zerstört das Fundament, auf dem die Macht unserer heutigen Staatsgewalt ruht. Denn die Grundlage dieser Macht ist doch schließlich die Bereitschaft einer gewaltigen Masse der Bevölkerung, mit der Regierung durch dick und dünn zu gehen. Deshalb ist jede Zerstörung der regierungsfreundlichen Gesinnung durch eine derartige öffentliche Aussprache der Regierung, mag sie noch so sehr auf die Parlamentarier an sich pfeifen, höchst unbequem, weil höchst gefährlich. Es ist ja bekannt, wie überhaupt unsere Bureaukratie die Oeffentlichkeit aufs äußerste fürchtet und haßt, wie sie möglichst alle ihre Verrichtungen im geheimen Kämmerlein vornehmen möchte, wie man das System der geheimen Akten usw. auszubauen sucht. Also das Wesentlichste der parlamentarischen Macht liegt in der Entfesselung solcher außerparlamentarischer Mächte.

. . . Was die Polizei in Preußen alles ist und kann, davon haben die meisten Menschen keine Ahnung. Das weiß überhaupt niemand so recht, weil jeder Tag etwas neues bringt. *(Heiterkeit.)*

§ 10 I 17 des Allgemeinen Landrechts verdient für ewig der Vergessenheit entrissen zu werden; er muß in einem künftigen Museum unmittelbar neben die Eiserne Jungfrau der Nürnberger Folterkammer gesetzt werden. *(Heiterkeit.)* Dieser Paragraph lautet: „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der von dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren zu treffen, das ist das Amt der Polizei." Ja, was ist denn nun nicht das Amt der Polizei? *(Heiterkeit.)* Allerdings scheint es häufig so, als ob die Polizei doch nicht den ganzen Umfang der ihr gegebenen Befugnisse auszuführen versucht hätte. Denn wenn es hier heißt, daß die Polizei Maßregeln zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu treffen habe, so müssen wir bedauern, oft beobachtet zu haben, daß die Polizei selbst als Störerin der öffentlichen Ruhe und Ordnung aufgetreten ist. (Sehr richtig!) Und wenn von der Abwendung der Gefahren für das Publikum als Aufgabe der Polizei die Rede ist, so müssen wir uns verwundert fragen, ob denn nicht gar vielfältig die Polizei eher zur Herbeiführung von Gefahren für das Publikum tätig war, wenn sie z. B. ohne jede nennenswerte Veranlassung, wie selbst von bürgerlicher Seite betont wird, mit ihren Kavalleriepferden anläßlich irgendwelcher Versammlungen oder Straßendemonstrationen in das Publikum hineinreitet. Unsere Polizei ist also noch schlechter als selbst der § 10 I 17 des alten Landrechts, das muß ihr ins Gesicht gesagt werden. Durch § 9 des Polizeiverwaltungsgesetzes aus dem berüchtigten Gegen-Revolutionsjahre 1850 ist der Regierungspräsident befugt, jede ortspolizeiliche Vorschrift durch einen förmlichen Beschluß außer Kraft zu setzen. Unter Umständen muß dazu der Bezirksausschuß herangezogen werden, aber nur selten. Und außerdem ist er ja die bekannte Marionette. Schließlich heißt es im

§ 16: „Der Minister des Innern ist befugt, soweit Gesetze nicht entgegenstehen, jede polizeiliche Vorschrift durch einen förmlichen Beschluß außer Kraft zu setzen." Danach ist es klar, daß die Polizeiverwaltung über ganz Preußen hinaus durchaus im Sinne einer Zentralstelle des Ministeriums dirigiert wird, und daß wir das gute Recht haben, den preußischen Polizeiminister für alle Reaktion innerhalb der gesamten preußischen Polizeiverwaltung verantwortlich zu machen. Graf Limburg-Stirum tat 1905 im Abgeordnetenhause den denkwürdigen Ausspruch: „Das Geld, das für die Gendarmen ausgegeben wird, wird wahrlich nicht unnütz ausgegeben." Das heißt nicht unnütz für unsere herrschenden Klassen. Wie rücksichtslos die Polizei bei uns als Gewaltmittel zur Aufrechterhaltung der brutalen Klassenherrschaft ausgenutzt wird, das beweist uns jeder Tag. Die Polizei ist ein wahrer Krebsschaden, sie erwürgt jede Möglichkeit freiheitlicher Bewegung in Preußen, soweit ihr nicht übermächtige Kräfte entgegentreten. Ihre Allmacht ist eine ständige Gefahr für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung. Das gilt sowohl für Usurpation neuer Befugnisse, wie auch für die Art der Verwendung ihrer Macht. Die Polizei kann ja auch höflich sein — nach oben, sie kann aber auch grob werden, und das ist im allgemeinen die Normalmethode, mit der man bei uns in der Polizeiverwaltung die gewöhnlichen Sterblichen behandelt — trotz der schönen Erlasse, die auch kürzlich wieder herausgegeben sind. Aber grobe Worte sind nicht ihre Hauptforce; man hat schließlich nicht umsonst sein Seitengewehr, seinen Revolver und einen Minister, der bereit ist, einen Reckeschen Schießerlaß herauszugeben. Vor mehreren Jahren hat ein Gendarm — Jude — unseren Parteigenossen Herrmann aus dem Niederbarnimer Kreise, einen sehr tüchtigen Funktionär, ohne Veranlassung niedergeschossen. Das bürgerliche Strafgericht hat das anerkannt und sogar die Kosten der Verteidigung der Begleiter Herrmanns der Staatskasse auferlegt. In dem Verfahren gegen Jude, das allerdings beim Militärgericht anhängig gemacht werden mußte, ist dieser jedoch schlechthin freigesprochen worden. Das zivile Schadenersatzverfahren ist unter diesen Umständen natürlich auch nicht sehr aussichtsvoll. — Der Reckesche Schießerlaß muß hier festgenagelt werden. Aus Anlaß eines Vorganges in Erfurt, wo nach Ansicht des Ministers die Polizei nicht gleich genug drauflosgeschossen und gehauen hatte, wurde bestimmt: „Es wird befohlen, von der Waffe sofort wirksam Gebrauch zu machen, nachdem die herkömmliche dreimalige Aufforderung, sich zu entfernen, keinen Erfolg gehabt hat. Muß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden, so hat das auch in vollem Maße einzutreten und sind vor allem auch die sogenannten Schreckschüsse über die Köpfe der Volksmenge hinweg zu unterlassen. Bei der Anwendung der Hiebwaffe soll nicht mit flacher, sondern scharfer Klinge eingehauen werden." *(Hört, hört!)* Wir haben ja inzwischen ein Gegenstück in unserer kolonialen Kriegspolitik gehabt — die Trothasche Strategie —, das zu lebhaften Erörterungen im Reichstag Anlaß gegeben hat. Nun, dieser Reckesche Schießerlaß gilt noch heute, soweit wir in die Geheimkammern der Polizeiverwaltung Einblick haben. Sie sehen also, wie die Polizei bereit ist, mit Säbel und Pistole vorzugehen gegen jeden, der frech und unbotmäßig genug sein sollte, sich der Polizeiwillkür preußischen Kalibers nicht freiwillig zu fügen.

Die Polizei hat ja auch eine partie honteuse sozusagen, einen Teil, den sie selbst nach Möglichkeit schamhaft zu verbergen sucht, weil er ihr selbst unappetitlich ist. Ueber diesen Teil schweigt man sich auch vom Ministertisch im Parlament dauernd aus, man mag interpellieren, soviel man will. Das ist die politische Ge-

heimpolizei mit der Lockspitzelei. Die Geheimpolizei ist die Blüte unserer Polizei und die fine fleur unserer Geheimpolizei ist wiederum die Lockspitzelei. Sie ist nichts Zufälliges, überall, wo es Polizei mit ähnlichen Machtbefugnissen gibt, wie in Preußen, bilden sich ähnliche Erscheinungen heraus; jede Geheimpolizei führt zum Spitzelwesen, und von dem unkontrollierbaren Spitzelwesen ist die Lockspitzelei — als bestes Mittel, sich unentbehrlich zu zeigen und zu avancieren — seit je unzertrennlich.

. . . Ein altes Sprichwort sagt: Man kehrt stets zu seiner ersten Liebe zurück. So kann auch ich diesen Teil nicht verlassen, ohne noch mit einem Worte hingewiesen zu haben auf die zahlreichen ungesetzlichen Verfolgungen, denen besonders in den letzten Monaten die Jugendbewegung des Proletariats von seiten der Verwaltungsbehörden ausgesetzt gewesen ist. Sie haben alle davon gelesen, wie unpolitische Jugendorganisationen in zweifellos ungesetzlicher Weise für politisch erklärt wurden, wogegen selbstverständlich mit aller Energie vorgegangen werden wird. Sie werden mit mir der Meinung sein, daß das Proletariat die Aufgabe hat, der bedrängten Jugend mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beizustehen in dem Kampfe gegen die übermächtige Verwaltung. *(Zustimmung.)*

Die Verwaltung hat ein Schutzmittel um sich errichtet, das die Angriffe auf sie und eine Reform auf das äußerste erschwert: das ist die außerordentliche Kompliziertheit und Undurchsichtigkeit der Bestimmungen über die Zuständigkeit der einzelnen Verwaltungsorgane und über das Rechtsmittelverfahren gegenüber der Verwaltung. Außerdem wird geradezu systematisch verhindert, daß der Staatsbürger in der Schule oder sonstwo über seine Rechte im Staate belehrt wird. Es ist ja bekannt, daß die Volksschüler und Gymnasiasten wohl belehrt werden über die Rechte der alten römischen und griechischen Staatsbürger, während sie von den Rechten der deutschen und preußischen Staatsbürger nichts erfahren. Die Bureaukratie hat sich einst sogar eine ganz eigene Sprache geschaffen, genau wie die Kirche die lateinische oder griechische Sprache benutzte, um zu verhindern, daß die misera contribuens plebs, das elende, steuerzahlende Volk, in das Dunkel der Verwaltung hineinleuchten könne. Auch gegenwärtig ist ja die Sprache unserer Verwaltung noch eine etwas sehr eigentümliche. Man pflegt sie als papiernes Deutsch, als Beamtenstil zu bezeichnen, und es fällt im allgemeinen dem einfachen Manne sehr schwer, sie zu verstehen. Allerdings läßt sich nicht bestreiten, daß dies Schutzmittel der Verwaltung für sie selbst mehr und mehr unmöglich wird. Unser modernes Staatswesen verlangt von der Verwaltung große Beweglichkeit und Durchsichtigkeit im Interesse der Verwaltung und im Interesse der herrschenden Klassen selbst, soweit die Kleinstaaterei aufhören mußte im Interesse der herrschenden Klassen. So finden wir auch heute innerhalb der Bureaukratie selbst Bestrebungen auf Beseitigung der papiernen Sprache und der formalen Schwierigkeiten in bezug auf das Verständnis der einzelnen Verwaltungsvorschriften. Tatsache aber ist, daß es durch diese Kompliziertheit des Verwaltungssystems der Verwaltung heute noch ungemein leicht gemacht wird, ihr Kompetenzgebiet unversehens zu erweitern. Innerhalb des Parlaments sitzen, abgesehen von den gerissenen Bureaukraten der Konservativen, bei den übrigen herrschenden Parteien der Nationalliberalen, Freisinnigen und auch beim Zentrum sehr wenig wirkliche Kenner der Verwaltung, und so entwickelt sich eine gewisse Scheu, in dies Wespennest, dies Labyrinth, überhaupt hineinzusteigen. Man überweist vielfach durch die Gesetzgebung den gefährlichsten Verwaltungsinstanzen neue Machtmittel, ohne davon auch nur eine rechte Ahnung

zu haben. Schücking hat ebenfalls auf diese parlamentarische Ueberlegenheit hingewiesen, die die Landräte in dieser Beziehung im preußischen Abgeordnetenhause haben. Wir müssen uns deshalb besondere Mühe geben, diese geriebenen Füchse in all ihre Schlupfwinkel zu verfolgen.

Daß im allgemeinen eine Tendenz besteht, überhaupt den Beamtencharakter weiter auszudehnen, daß wir sozusagen eine Neigung zur Pensionsberechtigung, zu Papachen- und Mamachenexistenzen haben, ist ja jüngst in so köstlicher Weise gegeißelt worden.

Die Mittel zur Kontrolle über die Verwaltung, die wir gegenwärtig besitzen, sind einmal der Aufsichtsweg, dann eine Art Rechtsweg, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, und schließlich die parlamentarische Behandlung. Letztere Kontrolle ist jedoch, wie schon nachgewiesen, kaum einen Pfifferling wert, abgesehen von der außerordentlich wichtigen Wirkung der Aufrüttelung der Massen nach außen hin.

. . . Beim Vorentwurf zum Strafgesetzbuch hat man in Erwägung gezogen, ob Bestimmungen krimineller Art gegen den Mißbrauch der Amtsgewalt zu erlassen seien. Das ist als inopportun bezeichnet worden. Man ist also der Ansicht, daß die Verwaltung in krimineller Beziehung keiner schärferen Abgrenzung bedarf als gegenwärtig. Wir sind anderer Meinung. Unsere Erfahrung lehrt, daß es sehr schwierig ist. ein Strafverfahren wegen Mißbrauch der Amtsgewalt gegen einen Beamten durchzuführen. Es ist wohl möglich, die armen Schächer der unteren Beamtenschaft wegen irgendwelchen kleinen Vergehens auf die Anklagebank zu bringen; aber wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt ist es schon bei einfachen Schutzleuten sehr schwer und bei anderen als bei den untersten armen Schächern der Verwaltungsbureaukratie gelingt es überhaupt nie, es sei denn, daß der Betreffende der Bureaukratie unbequem ist und etwa wegen Hochverrats unter Anklage kommt, nicht weil er gegen die heiligen Rechte des Volkes gefehlt hat, sondern gegen die usurpierten Ansprüche der Bureaukratie. So kommen gerade die anständigsten Elemente der Verwaltung gelegentlich vor den Richterstuhl. Die Waldeck, die von Kirchmann usw. Ein Fall aus den Wahlen 1903 ist sehr bemerkenswert. Damals wurden in einem kleinen Ort nahe Berlins unsere Kontrolleure aus dem Wahllokal herausgeworfen und geprügelt. Der Wahlvorsteher, ein simpler Bauer, wurde wegen Nötigung usw. angeklagt, es stellte sich aber in der Verhandlung heraus, daß er das Herauswerfen unserer Kontrolleure auf telegraphische Weisung des Landrats vorgenommen hatte. Er wurde deshalb von der Anklage der Nötigung freigesprochen. Ich erstattete nun Anzeige gegen den Landrat, bekam aber durch alle Instanzen bis zum Kammergericht die Antwort, es sei ausgeschlossen, daß der Landrat sich der Rechtswidrigkeit seines Vorgehens bewußt war. Die Erhebung der Anklage wurde abgelehnt. *(Heiterkeit.)* Der Gemeindevorsteher war wegen desselben Deliktes angeklagt, er war hinreichend verdächtig, sich der Rechtswidrigkeit des Vorgehens bewußt gewesen zu sein. Der Landrat dagegen nicht. *(Adolf Hoffmann: Er war nicht intelligent genug!)* Auch hier gilt also: Die Kleinen hängt man allenfalls, aber die Größeren und Großen läßt man ganz gewiß laufen. Wir müssen verlangen, daß Unkenntnis der Gesetze einen Beamten niemals entschuldigen kann, weder kriminell noch zivilrechtlich. Solche Vorgänge sind es, die Gneist zu dem Ausspruch veranlaßt haben, es sei allezeit die Eigentümlichkeit Preußens gewesen, daß die Verwaltung die Gesetze in ihr Gegenteil verkehrt habe. *(Sehr richtig!)* In erster Linie müssen wir verlangen, daß die oberen Beamten zur Verantwortung gezogen werden, welche die Unkenntnis der unteren verschuldet haben. Die Hauptschuldigen sitzen

zumeist sehr hoch, bis hinauf ins Ministerium. Das Landratsamt ist die gefährlichste Brutstätte der Ungesetzlichkeit, der politische Garten der Circe, wo Recht in Unrecht verkehrt wird. Und die Junker wissen sehr gut, was ihnen diese Verwaltung bedeutet. Ich bin fest überzeugt, man gibt uns viel eher ein demokratisches Wahlrecht, als eine demokratische Verwaltung, weil man genau weiß, daß bei der Verwaltung schließlich doch die Macht liegt.

Als Schücking seine heftigen und außerordentlich lehrreichen Angriffe aus der Verwaltung heraus gegen die Verwaltung richtete, hatte die Verwaltung nichts Besseres zu tun, als durch Einleitung des Disziplinarverfahrens zu bestätigen, daß Schücking in allen Beziehungen Recht hatte, daß er nicht zu schwarz, sondern wohl noch zu günstig gemalt habe. Die Erfahrungen Schückings werden weit übertroffen durch die Fülle der Erfahrungen, die das organisierte Proletariat täglich in seinem Kampfe zu machen Gelegenheit hat.

. . . Wir müssen den Kampf gegen die Bureaukratie als einen Machtkampf verstehen und betrachten, nicht als einen Kampf, der rein auf parlamentarischem Boden geführt werden kann. Nur wenn wir die Massen aufrütteln, können wir auf einen Erfolg rechnen. Selbst Schücking erkennt an, daß in der Verwaltung allenthalben die Macht und nicht etwa rechtliche Tendenzen den Ausschlag geben. Der Kampf um die Staatsgewalt wird von uns geführt auch innerhalb des Kampfes um das Wahlrecht. Er wird von uns geführt mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe. Natürlich kämpfen wir nicht gegen die unteren Beamten, die Proletarier sind und zu uns gehören, sondern wir führen ihn gegen die wirklichen Schuldigen. Des Schutzmanns Majestät gilt ja nur, solange der Schutzmann ein Handlanger, ein Hofhund für die Interessen der herrschenden Klassen ist. Verstößt er gegen diese Hofhundspflicht, dann ist seine Majestät sofort dahin, dann wird er von der Bureaukratie ohne Erbarmen zermalmt. Wir müssen diese Beamtenproletarier und die Kreise, aus denen sie sich rekrutieren, mit allen zu Gebote stehenden Aufklärungsmitteln für unsere Weltanschauung zu gewinnen suchen. Das ist der wichtigste Teil unseres Kampfes um die Verwaltung. Haben wir diese Funktionäre der Staatsgewalt auf unserer Seite, dann haben wir einen wichtigen Teil der Staatsgewalt selbst in unseren Händen.

Der Kampf um die Demokratisierung der Verwaltung ist ein integrierender Bestandteil des Wahlrechtskampfes. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist nichts weiter als die Spitze all unserer demokratischen Forderungen. Wir können uns natürlich nicht damit begnügen, sozusagen auf das Haus der Reaktion und Despotie nur ein demokratisches Dach zu setzen. Wenn wir eine Demokratisierung des Wahlrechts zum Landtag fordern, dann müssen wir auch die Forderung eines demokratischen Wahlrechts für die übrigen Verwaltungskörper, die Gemeinden, die Kreise und die Provinzen, erheben. Sonst tun wir nur halbes. Wir können unsere Angriffe auf die heutige Verwaltungsmisere nur dann voll wirksam und überzeugend gestalten, wenn wir nicht nur beleuchten, in welcher Weise Preußen verwaltet wird, sondern auch zeigen, wie die Verwaltung nach unserer Auffassung und unseren Forderungen beschaffen sein müßte.

Die Forderung der Demokratisierung darf nicht haltmachen beim Wahlrecht, wir müssen sie verallgemeinern. Die Fülle des Materials, das uns hier für unsere Propaganda fortgesetzt in die Hände strömte, ist geradezu unerschöpflich. Was ich Ihnen in meinem Referat, über dessen Länge Sie wohl alle mit Recht empört sind *(Widerspruch)*, vorgetragen habe, ist nichts als ein kleiner Ausschnitt. Keine Lepo-

relloliste der ganzen Welt kann sich mit dem Sündenregister der preußischen Verwaltung vergleichen. Eine unerschöpfliche Fundgrube steht uns da offen. Eher könnten wir das Meer ausschöpfen, als diese Fülle der Willkür, Roheit und Rückständigkeit. Ein demokratisches Wahlrecht ohne Verbindung mit der Demokratisierung der Verwaltung wäre eine Atrappe ohne Inhalt, eine Tonne für den Walfisch. Das demokratische Wahlrecht ist wirkungslos, solange draußen, außerhalb des Parlaments, die Machtverhältnisse nicht verschoben sind. Ein Parlament wird nie und nimmer imstande sein, seinen ernsten Willen in ernsten Angelegenheiten gegen die Staatsregierung und ihre außerparlamentarischen Machtmittel durchzusetzen, solange die Verwaltung keine demokratische ist. Deshalb ist der Kampf um die demokratische Verwaltung das Herz- und Hauptstück des Wahlrechtskampfes. Diesen Gedanken müssen Sie hinaustragen in die Massen. In Preußen wird der Kampf um das Wahlrecht, der Kampf um eine Reform der Verwaltung beim gewalttätigen Charakter des preußischen Staates sehr rasch zu einem Kampf gegen die Staatsgewalt werden, zu einem Kampf um die Staatsgewalt, der auf Biegen oder Brechen geht. Es wäre gewiß eine Illusion, zu glauben, daß man die preußische Verwaltung in absehbarer Zeit in unserem Sinne reformieren könne. Indes, wie bemerkt, es erhöht den Wert unserer Kritik und unserer Angriffe, wenn wir den heutigen Zuständen die Ziele gegenüberstellen, deren Verwirklichung wir anstreben.

Die Gesetzlichkeit ist in Preußen nur eine dünne Moosdecke, die über dem tiefen Polizeisumpf ausgebreitet ist. Das klassenbewußte preußische Proletariat ist weit entfernt davon, der preußischen Wirtschaft auch nur das geringste Vertrauen zu schenken. *(Sehr richtig!)* Es erblickt im preußischen Staat und in der preußischen Verwaltung seinen Erzfeind, den es mit allen Machtmitteln zu bekämpfen gilt, rücksichtslos und ohne allzu große Aengstlichkeit. *(Lebhafte Zustimmung.)* Von der anderen Seite geht man ja auch nicht mit Glacéhandschuhen vor. *(Sehr richtig!)* Eine solche Gesellschaft niederzuringen, gelingt nicht mit Rosenwasser und sanftmütigen Predigten. Ein Spruch des frommen Sebastian Franck lautet: „Tyrannei wird billig mit Aufruhr bestraft." Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir in Preußen unter einer echten Tyrannei leben. Wir wollen darum aber keineswegs den Aufruhr predigen. Wir haben andere Mittel, um unseren Willen durchzusetzen. Wir haben vor allem das Mittel der Propaganda, der Aufrüttelung der Massen, wir haben das Mittel der Schürung der Unzufriedenheit, der leidenschaftlichen Empörung gegen den preußischen Staat und seine Verwaltung. Wenn wir diese Stimmung in den Massen entfesselt haben, wenn sie den nötigen Siedegrad erreicht hat, dann werden die herrschenden Gewalten es sich doch wohl überlegen, ob sie erst einen Ausbruch dieses Vulkans abwarten, oder ob sie friedlich auf die Wünsche der Massen eingehen wollen.

Alle die Siege der Junker, die mit der brutalen Macht der preußischen Verwaltung erfochten werden, sind Pyrrhussiege und werden von Tag zu Tag mehr Pyrrhussiege werden. „Noch ein solcher Tag, und wir sind verloren!" Denn diese Siege der brutalen Gewalt werden die loyale Gesinnung der Staatsbürger immer mehr unterwühlen —, um dieses fürchterliche Polizeiwort zu gebrauchen. Dieses Unterwühlen ist etwas außerordentlich Nützliches. Wir müssen die schärfste Aktivität in diesem Kampfe entfalten.

Sie wissen, daß der Kampf gegen und um die Verwaltung der wichtigste Teil des Kampfes um die außerparlamentarische Macht ist, und Sie wissen, daß der Kampf um die außerparlamentarische Macht das wichtigste Stück des Kampfes um

eine wirkliche Demokratisierung unseres Staatswesens, um eine demokratische Reform auch unseres Wahlrechts und um die Schaffung eines wirklich kräftigen, seiner selbst bewußten und machtvollen Parlaments ist, Sie wissen, daß die Errin=gung der Demokratie in Preußen die Voraussetzung ist für jeden ernsthaften Fort=schritt im Deutschen Reiche, und Sie wissen, daß die Reaktion in Preußen und im Deutschen Reiche für die weitere Entwickelung auch aller anderen Kulturstaaten einen Hemmschuh bedeutet. So dürfen wir sagen, daß das Proletariat und alle fort=geschrittenen Elemente der Welt erwarten, daß das preußische Proletariat in diesem Kampfe gegen die preußische Junkerschmach und Reaktion seine Schuldigkeit tut. Es ist von dem Minister Moltke in bezug auf die preußische Verwaltung gesagt worden: panta rhei, alles ist im Fluß. Das hat dieser verkrüppelte Bureaukrat, wie sein Programm zeigt, freilich in einem engherzigen bureaukratischen Sinne gemeint. Nach unserer Auffassung ist allerdings alles im Fluß und wir wissen, wohin der Fluß zu weisen hat und werden ihn in das richtige Bett hineinlenken. Es ist nicht wahr, daß in Preußen die Souveränität der Fürsten, wohl aber ist es wahr, daß die Souveränität der Verwaltung stabilisiert ist wie ein rocher de bronce, aber diesen ehernen Felsen wird das Proletariat untergraben und zu Fall bringen. Ich rufe Sie auf zu einer frischen und verwegenen Jagd gegen Henkersbrut und Tyrannen, gegen die Junkerreaktion in Preußen! *(Stürmischer, anhaltender Beifall.)*

REDE ZUM JUSTIZETAT IM PREUSSISCHEN LANDTAG MÄRZ 1916

. . . Meine Herren, in Berlin und anderwärts ist wenigstens sozialdemokra=tischen Zeitungen verboten, ohne vorherige Erlaubnis der Zensur über politische Verhaftungen zu berichten, und Mitteilungen über Prozesse, deren Bekanntwerden der Regierung und ihrer Kriegspolitik peinlich werden könnte, verhindert die Zensur grundsätzlich. Meine Herren, vor wenigen Wochen lief die einjährige Gefängnis=strafe ab, die meine Parteifreundin *Rosa Luxemburg* unter dem Burgfrieden ver=büßen mußte. Der „Vorwärts" konnte über die bevorstehende Entlassung keine Silbe schreiben und erst hinterher die erfolgte Entlassung melden. Man fürchtete offenbar, eine vorherige Mitteilung würde eine große Menschenmasse zu einer Sympathiekundgebung auf die Beine bringen. Nun, bekanntlich fand sich trotzdem eine ganz gehörige Zahl von Männern und Frauen, die die Entlassene am Gefängnis=tor empfing und begrüßte. Meine Herren, in Düsseldorf schwebt, wie Sie wissen, wegen der *Zeitschrift „Internationale"* ein hochbedeutsamer politischer Prozeß, in dem wiederum *Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Franz Mehring und andere angeklagt sind;* Hauptverhandlung ist auf den 22. März anberaumt. Während in der Provinz teilweise über den bevorstehenden Termin berichtet werden durfte, wurde dem *„Vorwärts"* untersagt, auch nur ein Wort darüber zu bringen, selbst nachdem in den auswärtigen Zeitungen die Mitteilung gestanden hatte. Meine Herren, schließlich ist es geradezu ein Prinzip der Zensur, daß von Prozessen über *Friedensdemonstra=tionen und Nahrungsmittelkrawalle* so wenig berichtet werden darf, wie über solche Vorgänge selbst. Darüber pflegen allgemeine Verfügungen der Zensurbehörde zu ergehen, so daß die Bevölkerung gar keine Vorstellung hat, in welchem Umfange solche Prozesse stattfinden, und welche Strafen darin verhängt werden. Meine

Herren, auch hier ist eine Statistik und die Vorlegung des Materials auf das dringendste zu fordern. Meine Herren, sehr wichtig wäre auch eine statistische Spezialisierung der Fälle, in denen verfolgt wird oder abgeurteilt ist: *Betrug bei Militärlieferungen*, ein gerade heute sehr häufiges Delikt, und Bestechung zur Erlangung von Militärlieferungen, ein Delikt, das heute gleichfalls floriert und vielleicht noch mehr floriert hat im Beginn des Krieges. Von großem Werte wäre weiter eine Statistik über die Fälle, in denen gegen deutsche Kapitalisten eingeschritten ist wegen *Lieferung von Kriegsmaterial an die feindlichen Staaten.*

. . . Ich fordere eine Statistik darüber, welche Fälle festgestellt sind oder verfolgt werden, in denen Lieferung von Kriegsmaterial an das feindliche Ausland den Gegenstand der Beschuldigung, der Anklage, der Verurteilung bildet. Meine Herren, wenn ich in diesem Zusammenhange darauf hinweise, wie nahe dem so ungemein patriotischen Großkapital derartige Verbrechen liegen, schon wegen seiner internationalen Versippung, wegen der früheren kolossalen Kriegslieferungen nach dem heute feindlichen Auslande, wegen der früheren massenhaften Lieferung deutscher Flinten und Kanonen nach dem heute feindlichen Auslande, die nun im Kriege wiederum gegen deutsche Soldaten verwandt werden, so glaube ich, damit im Rahmen dessen zu bleiben, was hier zur Erörterung steht. Meine Herren, Sie wissen, daß *die deutschen Soldaten in Belgien und anderwärts mit Kruppschen Kanonen zusammengeschossen worden sind! (Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *v. Krause:* Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, ein Zusammenhang mit der Justizverwaltung ist für jeden logisch denkenden Menschen nicht erfindlich. Ich rufe Sie jetzt zur Sache.

Meine Herren, die Leistung der Kriminaljustiz während des Krieges ist nur nachprüfbar an der Hand einer Teilstatistik über *die Insassen unserer Justizgefängnisse*, die die Regierung in der Kommission gab. Leider sind in diesem Jahre die in Friedenszeiten alljährlich erscheinenden Werke über die Strafanstalten der Justiz und des Ministeriums des Innern wieder nicht vorgelegt. Nach den Mitteilungen in der Kommission, die sich auch im schriftlichen Bericht finden, ist die Zahl der Insassen der Justizgefängnisse zurückgegangen, soweit es sich um Männer handelt, sie ist aber *gestiegen, soweit es sich um Frauen handelt.* Wir haben weiter gehört, daß die Belegung der Justizgefängnisse größer ist, als diese Zahlen ergeben, weil sich in den Strafanstalten — sicher ist es in denen des Ministeriums des Innern nicht anders! — eine große Zahl von verurteilten Soldaten befindet, die dort untergebracht werden mußten, *weil die Militärgefängnisse und Festungsgefängnisse von verurteilten Soldaten vollständig überfüllt sind!* In den Gefängnissen der preußischen *Justiz*verwaltung sind nach den Mitteilungen des Herrn Ministers gegenwärtig etwa 5000 Militärgefangene. Allein in den preußischen Justizgefängnissen! Und die militärischen Strafanstalten sind überfüllt! Und die Strafanstalten des Ministeriums des Innern? Und in den anderen deutschen Bundesstaaten? Und all das, obwohl die militärischen Strafen ungemein oft aufgeschoben werden, damit die Verurteilten — angespornt durch Aussicht auf Begnadigung — weiter Kriegsdienst leisten können!

Meine Herren, die mitgeteilte Gefangenenziffer ist auch darum kein ausreichender Anhaltspunkt für die Kriminalität, weil nach der Erklärung des Herrn Regierungsvertreters ihre Minderung zum guten Teil auf die Amnestien zurückzuführen ist. Meine Herren, dazu treten noch die sehr zahlreichen Fälle, wo ohne Begnadigung die Strafe aufgeschoben wird, und zwar ohne Antrag, und sogar die Strafe

unterbrochen wird — auch ohne Antrag, damit die so Beglückten in die Kaserne oder in den Schützengraben geschickt werden können. *(Hört, hört!)*

. . . Meine Herren, die *Quelle des Verbrechens fließt ohne Unterlaß*, und die Justiz schöpft mit ihren Eimern hier und da aus dieser Quelle; aber sie schüttet das Geschöpfte wieder vermehrt zurück; denn die ganze Tätigkeit der Strafrechtspflege ist ein circulus vitiosus, ein fehlerhafter Zirkel. Er beginnt — bei den Massendelikten — zumeist mit Not und Verwahrlosung, führt zum Verbrechen, zur Strafe, zur Verdoppelung der sozialen Schwäche und Demoralisation, zu neuem Verbrechen, zu neuer Strafe, und so fort. Die bürgerliche Gesellschaft ist seit je gegenüber dem Verbrechen, dieser konstitutionellen Krankheit der bürgerlichen Gesellschaft, ratlos gewesen. *(Sehr wahr! bei den Soz. — Lachen bei den übrigen Parteien.)*

Meine Herren, wie steht es nun mit den besonderen *Wurzeln der Kriegskriminalität?* Ihre erste und wichtigste Wurzel ist die Verstärkung der sozialen Ursachen des Verbrechens: die Notlage der Bevölkerung, die Lebensmittelteuerung, die Zerstörung der Familie durch die Einberufung der Väter, durch die Erwerbsarbeit der Mütter und der Jugendlichen, und alle sozialen Mißstände, die im Kriege doppelt verheerend wirken. Es ist für die Nachprüfung dieser sozialen Wurzeln der Kriegskriminalität besonders zu bedauern, daß wir während des Krieges auch die Berichte der Gewerberäte nicht bekommen, die auf manche Ursachen des Verbrechens, die durch das System des Versteckens und Vertuschens der jetzigen sozialen Mißstände leider verborgen werden, wohl einiges Licht werfen könnten. Dadurch, daß die Dinge jetzt in die geheime Dunkelkammer verbannt sind, sind sie aber nicht aus der Welt geschafft, und ich zweifle nicht daran, daß, sobald das Material über diese *soziale Geheimgeschichte des Krieges* vorgelegt werden wird, die Menschheit über die Furchtbarkeiten, die sich auch hier zeigen, erschrecken wird.

Nun zur zweiten Hauptwurzel der Kriegskriminalität! Herr Abgeordneter Kanzow sagte, das Recht sei eines der heiligsten Güter der Völker. Wir haben seit jeher im Gegensatz dazu gemeint, daß *das Recht in der kapitalistischen Gesellschaft nur ein Schleier der Gewalt sei.* Und daß heute *nicht das Recht, sondern der Belagerungszustand das Fundament der Staaten bildet*, ist evident. Meine Herren, wie verträgt sich das Prinzip des Rechts mit dem Prinzip der Gewalt, wie kann der Rechtsgedanke in der Atmosphäre der Kriegspsychologie, um mich vorsichtig auszudrücken, leben? Jener Kriegspsychologie, die in jedem einzelnen Teil, Zweig und Trieb eine Verneinung, eine Vernichtung der Grundlagen alles Rechts ist? *Sind nicht Kriege als Gewalt nach außen und Belagerungszustand als Gewalt nach innen die konträren Gegensätze, die grundsätzliche Verneinung des Rechts?* Reißen nicht jene Worte und Lehren: Gewalt geht vor Recht! und: Not kennt kein Gebot! in der Tat alle Dämme des Rechtes nieder? Meine Herren, soll ich die Frage aufwerfen, wie es heute mit den *zehn Geboten* steht, heute in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, im Weltkriege? Was ist aus dem „Liebe deinen Nächsten" geworden? — *Morde deinen Nächsten! (Gocke des Präsidenten.)*

Meine Herren, auch die Presse hat bei Betrachtung der Wurzeln der Kriegskriminalität vielfach auf das, wovon ich eben sprach, hingewiesen. Und wie soll man über die heutige Kriminalität sprechen, ohne sie als soziale Erscheinung zu untersuchen? Und wie will man zur Zeit des Weltkrieges über die Kriminalität sprechen, wenn man die besonderen sozialen Ursachen des Verbrechens, die der Krieg gezeitigt hat, nicht soll betrachten dürfen? Die Justiz ist nicht bloß eine Angelegenheit der Justizbeamten und nicht bloß eine Angelegenheit von Forma-

lien, sondern eine Angelegenheit des ganzen Volkes, die bis in die tiefsten Tiefen der Interessen des gesamten Volkes hineingreift. Daß das Verbrechen eine soziale Erscheinung ist, eine soziale Krankheit, ist doch heute, glaube ich, ein fast allgemein anerkannter Grundsatz, zu dem man sich früher zuweilen sogar am Ministertische bekannte!

Meine Herren, die Kriegspsychologie bietet in der Tat alle Voraussetzungen für die Vermehrung der Verbrechen. Es wäre sehr erwünscht, gerade hier noch manches scharfe Wort zu sagen, der bürgerlichen Gesellschaft noch manchen Peitschenhieb zu geben, aber, meine Herren, der Herr Präsident verhindert mich, darüber zu reden, und so bin ich leider genötigt, vieles, was noch gesagt werden müßte, zu verschweigen. *(Wiederholtes Lachen.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Schenk zu Schweinsberg vor einigen Tagen meinte, daß der Krieg nicht so rasch habe enden dürfen, wie man anfangs meinte, daß dem deutschen Siegeslauf von Gott habe Einhalt geboten werden müssen, damit nicht nach dem Kriege Zustände einreißen, wie nach 1871, so meine ich, daß aus einem Kriege wie dem gegenwärtigen *keine moralische Wiedergeburt sprießen kann, daß aus Blut keine Unschuld, aus Vergewaltigung keine Gerechtigkeit wachsen kann.* Und mit der Dauer des Krieges wird die erschreckende Rebarbarisierung — auch die Vermehrung des Verbrechens — nur weiter wachsen. Die apokalyptischen Reiter brausen auch über das Recht hin und zerstampfen die Saaten der Gerechtigkeit.

Von der Jugend des Proletariats heißt es heute wie in jenem melancholischen Liede, das wir als Kinder sangen: „Maikäfer fliege, dein Vater ist im Kriege!" Hinausgejagt werden die Kinder der Armen in das soziale Elend, allen Versuchungen und Gefahren werden sie hilflos ausgeliefert, allen gesundheitlichen und moralischen Schädigungen ausgesetzt, die die heutige Gesellschaftsordnung in dieser grauenhaften Kriegszeit mehr als je mit sich bringt; die bisherigen Schutzbestimmungen werden obendrein aufgehoben — im Interesse des massenmordenden Krieges. — Wer fragt nach ihnen? Der Staat hat seine Hand von ihnen gezogen. Mit Fürsorgeerziehung und mit Strafgerichten wartet er diesen Massenopfern des Elends, des menschlichen Jammers auf. Und weiter die moralischen Ursachen, die ich vorhin bereits charakterisierte! Der Widerspruch zwischen dem heutigen Zustande und der christlichen Lehre, wie sie in Friedenszeiten gepredigt wurde, ist unerhört. *Die „Moral" auch der bürgerlichen Gesellschaft ist geradezu auf den Kopf gestellt.* Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen! So ist die Verwahrlosung der Jugend die *natürliche Folge der Verwahrlosung des ganzen Menschengeschlechts* in diesem Kriege. Meine Herren, Fürsorgeerziehung und Strafgesetzbuch schaffen keine Abhilfe. Man hat freilich noch andere Mittel! Unteroffiziere sollen als Schullehrer Moral einpauken und der Kriminalität wehren! Und auch außerhalb der Schule soll die *Militarisierung der Jugendaufsicht* Rettung bringen, die Familie wieder einrenken, die Gefährdung der Jugend beseitigen. Alle möglichen Forderungen der äußersten Reaktion schießen üppig in die Halme. Der jüngste Landfrauentag fordert ganz ungeniert die Beseitigung der Freizügigkeit der Jugend. *(Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *v. Krause:* Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, Ihre Vorwürfe haben sich an keiner Stelle gegen die Justizverwaltung gerichtet. Es ist nicht zu ersehen, wie das, was Sie hier ausführten, mit der Justizverwaltung in Einklang gebracht werden könnte. Sie dürfen über die Schaffung des Rechts, über die Anwendung des Rechts, aber nicht

über die Grundlagen des ganzen Rechtslebens sprechen. Das ist in diesem Zusammenhange ganz unzulässig.

Ich rufe Sie hiermit zum zweiten Male zur Sache und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam. *(Lebhafter Beifall rechts. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)*

Meine Herren, es war in den Zeiten des Friedens stets möglich, an dieser Stelle der Etatsberatung die Ursachen der Kriminalität gründlich zu erörtern, und jetzt sollen mir *Handschellen* angelegt werden! Meine Herren, das ist in der Tat unerträglich! Wie soll man diese furchtbaren Erscheinungen — — — *(Große Unruhe rechts. — Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Glocke des Präsidenten.)*

Vizepräsident Dr. *v. Krause:* Vor allen Dingen haben Sie zu schweigen, wenn die Glocke ertönt. Ich verbitte mir jede Kritik meiner Geschäftsführung. Die Etatsberatung ist allerdings die geeignete Stelle, um alle diese sozialen Dinge zu besprechen, aber nicht der Justizetat. An dieser Stelle dürfen die allgemeinen Grundsätze unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens nicht besprochen werden, sondern sie gehören in die allgemeine Besprechung, und dort sind sie auch immer besprochen worden. Wenn Sie hier von den Anweisungen an die Schulen und davon sprechen, was auf den Versammlungen der Landfrauen geäußert worden ist, so gehört das nicht in die Justizverwaltung. Ich bitte Sie, bei der Sache zu bleiben. *(Zustimmung rechts. — Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten.)*

Meine Herren, nirgends kann Zweifel bestehen, daß ich diese Ausführungen gemacht habe in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Erörterung der Mittel gegen die Vermehrung der Jugendkriminalität. Man kann dabei nicht willkürlich ein Stück herausreißen aus der Gesamtheit der sozialen Schäden. Es ist nicht möglich, die Kriminalität zu erörtern, ohne den Komplex der sozialen Erscheinungen zu untersuchen, aus denen die Kriminalität erwächst, und ohne die möglichen Mittel zu ihrer Verminderung zu behandeln. Den Herrn Justizminister geht es sehr an, und es muß ihn auf das lebhafteste interessieren, welche Mittel vorgeschlagen werden, um die Kriminalität der Bevölkerung, der Jugendlichen, der Frauen herabzudrücken oder ihr Steigen zu verhindern. Es ist — ich behaupte es von neuem — ein Novum, daß in dieser Weise Schranken auferlegt werden.

Ein zweiter Zweig von demselben Stamme des materiellen und seelischen Elends ist die *vermehrte Frauenkriminalität.* Ihre Ursachen im einzelnen zu erörtern, verhindert mich der Herr Präsident; es ist nach dem bereits gesagten kaum mehr notwendig. Wie neben der Kriminalität der Jugendlichen die Fürsorgeerziehung steht, so neben der Frauenkriminalität, für die natürlich — auch die Fürsorgeerziehung, und zwar in hohem Maße, in Betracht kommt, die Prostitution. Die Prostitution, selbst eine Wirkung sozialer Schäden, bildet wiederum eine wichtige Quelle der Kriminalität.

Auch in der Frauenkriminalität spielen die Not- und Verwahrlosungsdelikte eine besondere Rolle. Zu den Notdelikten gehört zumeist auch die *Abtreibung,* das Verbrechen gegen das keimende Leben. Meine Herren, das Verbrechen gegen das keimende Leben darf nicht unter den Gesichtspunkten der Religiosität und „Moral" betrachtet werden, die vor wenigen Tagen von einigen Vertretern der bürgerlichen Parteien in den Vordergrund gerückt wurden. Der Feldzug der Justiz gegen die Empfängnisverhütung ist ein ernstes Kapitel. Ich muß auch hier scharfe Kritik anlegen. Sie bekämpfen die Empfängnisverhütung, weil in der Verminderung der Bevölkerungszunahme eine Gefahr für die militärische Kraft Deutschlands erblickt wird. Die Strafen für Abtreibung sind in der letzten Zeit deutlich verschärft — aus dem gleichen Grunde. Die militärische Kraft soll durch die Strafjustiz und Gefängnis geschützt werden; *durch Strafjustiz und Gefängnis sollen die Frauen trotz*

schwerster Not, uneheliche Mütter usw., gezwungen werden, künftige Soldaten zu gebären! Die bitteren Worte, die dieser Art Justiz gebühren, *die das Bajonett im Mutterleibe schützt* (*Große Heiterkeit und lebhafte Bewegung*), kann ich hier nicht aussprechen.

Meine Herren, man hat sich früher um das Wohl der Jugend, der werdenden und künftigen Generation — ich will auf die Dinge nicht kommen, die der Herr Präsident mir zu sagen verwehrt — herzlich wenig gekümmert, und herzlich wenig auch um die Jugendkriminalität. All das fand ein größeres Interesse erst, als man es unter dem Gesichtspunkt des Militarismus zu betrachten begann, unter dem Gesichtspunkte des Krieges. Deshalb auch Ihre Empfindlichkeit, wenn diese Fragen mit der Deutlichkeit beleuchtet werden sollen, die notwendig ist, um wenigstens die großen Zusammenhänge zu klären.

Meine Herren, die Strafhöhe bei den Not- und Verwahrlosungsdelikten steht in krassem Gegensatz zu den *milden Strafen, die gegen die Nahrungsmittelwucherer*, gegen die Vampyre an der Kraft und am Glück des Volkes, verhängt werden. Sogar von bürgerlicher Seite wird gegen die allzu milde Justiz auf diesem Gebiete Einspruch erhoben. In dem wiederholt erwähnten Erlaß eines Generalkommandos — mein Herr Vorredner sprach davon — ist gesagt, daß ohne Ansehen der Person mit Schärfe vorgegangen werden müsse, und zwar fand sich in diesem Erlaß, soweit ich unterrichtet bin, auch die Warnung vor der Gefahr, daß die Bevölkerung durch das *Mißverhältnis der Strafen* allzu sehr aufgebracht werde. In der Tat, die Sorge, daß ein allzu deutliches Messen mit verschiedenem Maße Aufregung in die Bevölkerung tragen und damit innere Zustände herbeiführen könnte, die der Regierung gerade jetzt während des Krieges am wenigsten erwünscht sind, diese Sorge ist es, die zu solchen Anwandlungen von Gerechtigkeitsbedürfnis führt! Die verschiedene Schärfe der Justiz gegenüber den unglücklichen Schächern, die durch Not und soziales Elend in die Justizmühle geraten sind, und gegenüber den gefährlichsten Hyänen des Schlachtfeldes, gegenüber den Sündern aus den „besseren" Schichten, beweist schlagend, daß *der Klassencharakter der heutigen Gesellschaft während des Krieges nicht aufgehoben, sondern verschärft worden ist.* Und all dies trotz des Burgfriedens, und all dies trotz jenes „Ich kenne keine Parteien mehr", und trotz all der Versuche, mit kleinen Flickreformen an den Grundlagen des Elends und der Kriminalität herumzubasteln. Zu den Hekatomben an Menschenopfern, die im Felde draußen verbluten, zu den Hekatomben von materiellen und geistigen Kulturgütern, die heute in Schutt und Asche liegen, häufen sich Hekatomben von Frauen und Müttern und — das ist das traurigste — Hekatomben von Kindern und halben Kindern, denen das Brandmal der Fürsorgeerziehung, das Brandmal des Gefängnisses aufgedrückt wird — werdende Menschen im Keime gebrochen.

Die *politische Justiz* hat während des Krieges keineswegs aufgehört. Wir können sie freilich nicht in ihrem vollen Umfang erkennen, weil auch hier die statistischen Unterlagen fehlen. Aber selbst die vollkommenste Statistik der Justizverwaltung gäbe hier kein volles Bild, weil gerade die politische Justiz besonders entlastet ist durch andere Methoden der Strafe und der Unschädlichmachung, durch die Einsperrung in die Kaserne, durch die Verschickung in den Schützengraben, durch die Schutzhaft. Es gehört im eminentesten Sinne zur Justizverwaltung, wie die Schutzhaft ausgeübt wird, die eine Verurteilung ohne Verfahren und Urteil darstellt, eine Strafvollstreckung ohne alle Regelung und Rechte und damit einen Rückfall in kulturelle Zustände, die ich hier nicht gebührend charakterisieren darf.

Das Verhältnis zwischen Militärdiktatur und Justiz bedarf einer Untersuchung besonders auf dem Gebiete der politischen Justiz. Wir erleben in immer größerem Umfange *Verhaftungen und Haussuchungen*, die den Garantien der Strafprozeßordnung nicht unterworfen sind. Politisch „verdächtigen" Personen kommt jetzt gar irgendein Kriminalbeamter auf den Hals, nicht mit dem Auftrag wegen einer bestimmten Straftat eine bestimmte Sache zu suchen, sondern mit dem Auftrag, alles zu durchsuchen und alles mitzunehmen, was ihm von Belang dünkt. Diese Methode der generellen Haussuchung, gegen die es auch kein Rechtsmittel gibt, zeigt mit vielem anderen, wie tief die Grundlagen der Justiz durch den Belagerungszustand zerrüttet sind.

Das gilt auch von der *Schutzhaft*, die vielfach ganz unmittelbar in das kriminelle Verfahren eingreift. Die Schutzhäftlinge sind völlig schutzlos. Das Wort „Schutzhaft" sagt das Gegenteil dessen, was die Schutzhaft wirklich ist, es ist ein Widerspruch in sich selbst und zur Wirklichkeit. In der Tat sind die Schutzhäftlinge nicht einmal imstande, die Hilfe eines Anwalts anzurufen. In Berlin werden die Anwälte, die sich um Schutzhäftlinge bemühen, von den Militärbehörden sehr militärisch behandelt und geradezu prinzipiell zurückgewiesen. Der Antrag eines Berliner Anwaltes, des Rechtsanwaltes Weinberg, an die Anwaltskammer, im Interesse des Anwaltsstandes gegen die unwürdige Behandlung einzugreifen, ist von der Anwaltskammer zurückgewiesen worden. Dank dem Belagerungszustand seufzt das deutsche Volk unter dem Verlust aller Rechtsgarantien; *Hunderte und Hunderte „Verdächtiger" saßen und sitzen in Schutzhaft, meist monatelang*, manche seit Beginn des Krieges; viele Hunderte werden weiter in Schutzhaft geraten. Diese Schutzhaft verdient eine nähere Beleuchtung, die den Herrn Justizminister ganz unmittelbar angeht. Gegen meine Parteigenossen Ochel und Westkamp schwebte vor dem Landgericht Düsseldorf ein Verfahren wegen Verbreitung einer Druckschrift. Daß die Angeschuldigten zunächst in Schutzhaft und erst später in Untersuchungshaft genommen wurden, ist der übliche Anfang. Sie wurden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hob den Haftbefehl auf. Sofort griff wieder die militärische Schutzhaft ein, und die beiden Delinquenten wurden trotz der gerichtlichen Haftentlassung wieder in das Gefängnis zurückgeführt. Das Ergebnis war, daß die Verurteilten ihre Revision nicht aufrecht erhalten konnten, wenn sie ihre Haft nicht ungemessen ausdehnen wollten. Sie waren gezwungen, ihre Revision zurückzuziehen.

Ein zweiter Fall, der Fall meines Parteigenossen Kastner in Düsseldorf — eine Anklage wegen *Verbreitung des Zimmerwalder Manifestes.* Am 27. November 1915 wurde er in Schutzhaft gebracht; am 9. Dezember wurde auf Antrag der Militärbehörde Untersuchungshaft verhängt und danach die Schutzhaft aufgehoben; am 2. Februar wurde die Untersuchungshaft vom Gericht aufgehoben; sofort wurde wieder Schutzhaft verhängt, die bis zur Verhandlung dauerte, die am 23. Februar stattfand. Das Ergebnis dieser Verhandlung war Freisprechung. Aber der Freigesprochene wurde auf Grund verhängter Schutzhaft aus dem Gerichtssaal in das Gefängnis zurückgeschleppt. *Nun sehen Sie sich dieses Deutschland an, dieses Preußen, das in den Krieg gezogen ist, um das russische Volk vom Zarismus zu befreien. (Sehr gut! bei den Soz.)* Im Falle Kastner wurde der Herr Reichskanzler um Hilfe gebeten von einem Anwalt, der im Wahn lebte, zur Zeit des Belagerungszustandes, der Militärdiktatur, der Aufhebung aller Grundrechte, könne es Schutz gegen solche Gewaltakte geben. Vergeblich! Auch der Herr Justizminister wird

sagen: „Ich bin machtlos." In der Tat! Das Schwert der Justiz liegt in den Händen der Militärgewalt, die Wage der Justiz hält die Militärgewalt, hinter der Binde Justiz grinst der Militarismus.

Meine Herren, von hohem Interesse ist, wie die *militärischen Kommandostellen auf die Staatsanwaltschaften einwirken.* Der übliche Anfang der politischen Prozesse unter dem Burgfrieden ist, daß die Militärbehörde das Belastungsmaterial der Staatsanwaltschaft überreicht, mit der Anweisung, einzuschreiten. So steht im Beginn dieser Prozesse heute nicht die Justiz, sondern der Militarismus. Meine Herren, es ist wahrlich eine sehr beneidenswerte Rolle, die die Justiz heute spielt. Justitia fundamentum regnorum? O nein! Militarismus fundamentum regnorum! Militarismus ist die Grundlage des Staates.

Meine Herren, nur einige besondere *politische Prozesse.* Kennt unsere Justiz keine Parteien mehr? — Doch, meine Herren, sie kennt Parteien! Meine Herren, die Justiz kennt nur dort keine Parteien, wo es tatsächlich keine Parteien mehr gibt, wo die Parteien kapituliert haben vor dem Belagerungszustand, vor dem Kriegszustande, vor der Militärdiktatur. Aber sie kennt noch sehr wohl *die* Parteien, die *Parteien der Opposition* geblieben sind. Meine Herren, so sehen wir, daß neue eigenartige Delikte geradezu erfunden werden. Früher war die Gleichung „Sozialdemokrat = Staatsfeind" und all das ja sehr geläufig, heuer kann man nicht mehr ohne weiteres „sozialdemokratisch = staatsfeindlich" sagen, und so macht man einen feinen Unterschied, indem man nur eine gewisse Richtung der Sozialdemokratie noch als besondere Partei betrachtet, die die Justiz sehr wohl kennt *(Heiterkeit und Zuruf)* und sehr gründlich kennt. Meine Herren, *natürlich ist es für diese Richtung sehr rühmlich, von der Justiz noch als Partei gekannt zu werden.*

Meine Herren, sehr pikant ist die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft am Landgericht I Berlin vom 2. September 1915 in der Strafsache gegen meinen Parteigenossen Walcher. Angeklagt wird ein Flugblatt, das sich in scharfer Weise gegen die Politik der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit wendet. *Diese Fraktionsmehrheit und ihre Politik ist für die Justiz ein ganz besonders geheiligtes Gut.* Meine Herren, auch bei anderen Gelegenheiten ist die Bekämpfung dieser Politik als eine neue Sorte Verbrechen verfolgt und geahndet worden. Ein besonderes Exempel dafür hier:

Gleichzeitig — so heißt es wörtlich in der erwähnten Anklageschrift — enthält das Flugblatt aber am Schluß auch eine offene Aufforderung an diejenigen Arbeiter, welche mit der von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewollten Politik nicht einverstanden sind, die dieser Mehrheit angehörigen Personen unter Gewalttätigkeiten aus der Sozialdemokratie zu entfernen. Daß hierdurch der öffentliche Frieden gefährdet wird, bedarf keiner weiteren Ausführung.

So steht geschrieben in einer Anklageschrift der Staatsanwaltschaft I Berlin. Meine Herren, das wäre in der Tat eine bequeme Manier, mit Hilfe von Staatsanwaltschaft und Gericht den Kampf in unserer Partei zugunsten der Fraktionsmehrheit zu entscheiden! Nur wird auf diese Weise das Gegenteil erreicht. Wir können Ihnen nur sehr dankbar sein für solche Leistungen, die zugleich das Wesen des Burgfriedens immer wieder enthüllen und damit die Richtigkeit unserer Politik erweisen.

Meine Herren, vor kurzem stand der „Vorwärts"-Redakteur Meyer auf der Anklagebank. Er war angeklagt wegen Verbreitung einer Schrift *gegen den Annexionswahnsinn,* die sich gegen das Treiben der verantwortlichen und unverantwortlichen

Annexionshetzer in Deutschland richtet, und wegen einer zweiten Schrift, die da heißt: *„Wer hat die Schuld am Krieg?"* Er war angeklagt, weil er die Wahrheit über die Schuld am Kriege verbreitet hatte, dasselbe, was bis zum 29. Juli 1914 jeder einzelne in Deutschland sagen durfte und auch Zeitungen der bürgerlichen Parteien gesagt haben, weil in dieser Broschüre mit den Fingern auf die Brandstifter des Weltkrieges hingewiesen wurde. Meine Herren, Meyer ist freigesprochen worden, das Gericht war zurückhaltender als die Staatsanwaltschaft. Immerhin hatte er mehrere Wochen in Haft gesessen.

Eine außerordentliche *Ausdehnung der Gesetzesauslegung bei politischen Delikten* ist festzustellen. Besonders gilt dies von Aufreizung, Landfriedensbruch und Landesverrat. Aufreizung liegt nach der jetzigen Judikatur und besonders nach der Auffassung vieler Staatsanwaltschaften schon vor, wenn eine Klasse in ungünstigem Lichte hingestellt wird. Es wird gefolgert, daß so gegen diese Klasse Mißstimmung erzeugt werden solle und könne, und daß so Gewalttätigkeiten herbeigeführt werden sollen und können, — in der Tat eine Auslegung, die höchst deutlich zeigt, welch *böses Gewissen* die herrschenden Klassen gegenüber unseren jetzigen Zuständen und dem Weltkrieg haben.

Geradezu zum System hat sich herausgebildet, *jede energische Friedensregung kriminell zu verfolgen.* Meine Herren, beim *Berliner Polizeipräsidium* ist eine eigene Sonderkommission eingerichtet für die wegen Friedenspropaganda Verhafteten. Aber wir sehen, daß diese Erscheinung nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale ist. Der Prozeß gegen Kastner in Düsseldorf, von dem ich vorhin sprach, in dem am 23. Februar Termin stattfand, war anhängig gemacht wegen Verbreitung des Ihnen aus der Presse dem Namen nach bekannten *Zimmerwalder Friedensmanifestes.* Auch in Italien war wegen Verbreitung dieses Friedensmanifestes eine Anzahl meiner Parteifreunde angeklagt: Onarti, Lanzoni, Ferrari. Sie sind von den Mailänder Geschworenen Mitte Februar glatt freigesprochen worden. Meine Herren, in Deutschland, in Düsseldorf, erfolgte auch Freispruch, aber aus einem anderen Grunde: in Italien wurde das Zimmerwalder Manifest an sich nicht als strafbar erachtet; in Düsseldorf wurde nur die Teilnahme an der Verbreitung nicht als erwiesen erachtet.

Meine Herren, ein weiteres Beispiel! In Deutschland, auch in Preußen, ist eine Anzahl von Personen verfolgt worden wegen *Verbreitung des Friedensmanifestes,* das im vorigen Jahre auf der internationalen *Frauenkonferenz in Bern* beschlossen worden war. Am bekanntesten ist das Verfahren gegen meine Parteifreundin *Klara Zetkin,* die lange Zeit in Haft saß. Die Anklage geht hier und in anderen Fällen auf Landesverrat. Und dieser Landesverrat soll verübt worden sein durch die Friedenspropaganda, die durch die Verbreitung des Friedensmanifestes betrieben wurde. Meine Herren, in *Frankreich* wurde wegen derselben Dinge meine Parteigenossin Louise Saumoneau angeklagt. Sie ist vor kurzem außer Verfolgung gesetzt. In Deutschland schweben die Verfahren noch *(Hört, hört! bei den Soz.),* und es besteht, soweit ich zu beurteilen vermag, bei der deutschen Justiz keinerlei Neigung, dem guten Beispiele unserer „Feinde" in Frankreich zu folgen.

Meine Herren, so hat sich eine *Internationale der Friedensfeinde* aufgetan, in Deutschland, in Italien, in Frankreich und sicherlich auch in den anderen kriegführenden Ländern, so bekämpfen die Regierungen aller kriegführenden Länder die Friedenspropaganda; so steht es mit der heutigen Zivilisation, mit der heutigen „christlichen" Kultur. Meine Herren, wenn das Landesverrat ist, *wenn die Ver-*

fechtung des Friedensgedankens Landesverrat ist, wenn die Proklamation des internationalen proletarischen Klassenkampfes gegen den Krieg, *wenn die systematische Brechung des Burgfriedens Landesverrat* ist, ja, meine Herren, dann wiederhole ich, was bereits an anderer Stelle gesagt wurde: *dann ist es eine Ehre, Landesverräter gescholten zu werden. (Sehr wahr! bei den Soz. — Lachen rechts.)* Meine Herren, wir, *die wir in der Internationale des Proletariats unser Vaterland erblicken,* werden uns nie und nimmer durch derartige Anfechtungen der Justiz beirren lassen in dem Kampfe, der unsere Pflicht ist. Aber begreift die Justizverwaltung denn gar nicht, daß es gerade der Gipfel der Selbstverhöhnung unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist, wenn man die Arbeit für den Frieden, gegen den Völkermord, als Landesverrat kennzeichnet?

So einer spricht, ich liebe Gott,
Und haßt doch seine Brüder,
Der treibt mit Gottes Hoheit Spott
Und reißt sie ganz darnieder.

Meine Herren, dessen sollten Sie sich in Ihrer heutigen „christlichen" Gesellschaftsordnung erinnern. Aber die Justizverwaltung spürt keinen Hauch dieses christlichen Geistes. Meine Herren, gleiches Recht für alle! Wegen Friedensdemonstration und Friedenspropaganda wird man mit Feuer und Schwert verfolgt; *Kriegspropaganda, Hetzerei zum Massenmord, das gilt als Pflicht jedes patriotischen Mannes.*

Meine Herren, ein ganzes Register von Delikten wird heute von der Justiz nicht verfolgt: Sind nicht die *Unternehmer und auch die Behörden,* die unter Drohung mit dem Schützengraben die Arbeiter zur Arbeit nötigen, sie verhindern, Lohnforderungen zu erheben, und zu ihrer Unterstützung in Ausstand zu treten, *echte Erpresser?* Meine Herren, und begehen nicht diejenigen bösartigste Aufreizung, die alles dransetzen, um dem Volke die Rechte vorzuenthalten, die man ihm beim Kriegsausbruch versprach? Und die, die hungernde Kriegerfrauen öffentlich als Verschwender und Prasser beschimpfen, wie das gar so oft geschehen ist? Und die Nahrungsmittelverteuerer! Meine Herren, *Landesverrat verüben diejenigen, die den Krieg angezettelt haben, die imperialistische Eroberungen anstreben,* die um kapitalistischer Interessen willen eine Verständigung der Völker verhindern, die das Gegenteil unserer Politik betreiben. Sie sollten, wenn die Justiz überhaupt eingreifen will, verfolgt werden.

Meine Herren, es gibt noch so manche Seite unserer heutigen Zustände, in die die Justiz hineinleuchten müßte, wenn sie von dem Geiste des heiligen, des idealen Rechtes beseelt wäre, von dem aus sie sich allein als etwas anderes aufspielen könnte, denn als ein Institut der verschleierten Gewalt. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß heute der Hochverrat ein, fast könnte man sagen, hoffähiges, bei hohen Behörden sehr beliebtes und gefördertes Delikt ist, ein Edelverbrechen; daß in *Deutschland* an gewissen Stellen, besonders *in den Gefangenenlagern und in den okkupierten feindlichen Gebieten geradezu Hochverräter gezüchtet, im großen fabriziert werden. (Hört, hört! bei den Soz.)* Meine Herren, das geschieht von der deutschen Regierung! *(Hört, hört! bei den Soz.)* Hochverrat allerdings gegen andere Staaten. Wegen Hochverrats gegen den Zarismus wurden im Jahre 1904 von der deutschen Justiz deutsche Bürger auf die Anklagebank geschleppt. Und heute wird von der Regierung systematisch solcher und anderer Hochverrat be-

trieben, *Züchtung von Revolutionären in den Gefangenenlagern,* Züchtung von Landesverrätern, indem man die gefangenen Feinde zum deutschen Kriegsdienst preßt oder einfängt. *(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)*

Meine Herren, hier liegt ein in Amerika viel gesungenes Gedicht vor mir, das Gegenstand eines Strafverfahrens war. Es war in der „Wiener Neuen Freien Presse" mit Zensurerlaubnis abgedruckt, heißt *„Das Lied der Mütter gegen den Krieg"*, und lautet — übersetzt — folgendermaßen:

Ich habe meinen Sohn zum Krieger nicht erzogen,
Ich zog ihn auf als Stolz und Freude meiner alten Tage.
Wer wagt es, ihm die Waffen in die Hand zu drücken,
Damit er einer anderen Mutter teures Kind erschießt?
Es ist die höchste Zeit, die Waffen fortzuwerfen!
Es könnte niemals einen Krieg mehr geben,
Wenn alle Mütter in die Welt es schreien würden:
Ich habe meinen Sohn zum Kriege nicht erzogen!

Meine Herren, weil er dieses Gedicht in einigen Abzügen an Zivilpersonen abgegeben hatte, ist im vorigen Jahre ein Sozialdemokrat in Freiwaldau *zum Tode verurteilt* worden *(Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.),* — er wurde allerdings — nachdem er sich sein Grab selbst hatte schaufeln müssen — zu fünfjähriger Freiheitsstrafe begnadigt.

Meine Herren, ich habe vorhin von der Internationale der Justiz gesprochen, die in den verschiedenen Ländern ganz ähnlich gegen die Friedensbestrebungen vorgeht. Aber wenn es auch fast allenthalben besser ist als in Deutschland, — es gibt doch *ein Land, wo es unendlich schlimmer steht als in Deutschland,* wo die Signatur buchstäblich Kerker und Galgen ist, wo kein Parlament seine Stimme erheben kann, wo die Zensur jeden Hilferuf unterdrückt, und *von wo nur selten ein Notschrei aus der Hölle in zivilisierte Gefilde,* sofern es heute noch solche gibt, hinüberdringen kann. Meine Herren, dieses Land ist nicht Rußland, sondern *Oesterreich!* Das muß das deutsche Volk wissen. Es ist mir leider hier nicht möglich, Einzelheiten darüber zu bringen, die ich in Fülle habe.

Meine Herren, ich habe im Beginn gesagt: in der kapitalistischen Gesellschaft ist das Recht nur der Schleier der Gewalt. Heute, im Weltkrieg des Kapitalismus, ist dieser Schleier vollends zerrissen. Und wie die Legende vom christlichen Staat vor aller Welt zerstört ist, so auch die Legende vom Rechtsstaat. Eine der stolzesten Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft ist unter den Keulenschlägen des Weltkrieges zertrümmert. Zur blutigen grotesken Fratze ist das Völkerrecht geworden; und wenn ein Mitglied dieses Hauses die Neubearbeitung seines Handbuchs des Völkerrechts dazu benutzt hat, ad usum Delphini nachträglich alle Methoden der deutschen Kriegführung bis zur *Erschießung unschuldiger Geiseln als Völkerrecht* zu glorifizieren, so fügt er zur Zerstörung des Trugs von der Humanisierung der Kriegsraserei noch die Preisgabe der Wissenschaft.

Meine Herren, wie die Wissenschaft, wie die Kunst, die Religion und die Menschlichkeit in dem Vulkanausbruch des Weltkrieges zusammengebrochen ist, so auch die Justiz. Dem kapitalistischen Staat ist die Maske vom Gesicht gerissen; das Recht hat vor der nackten Gewalt vollends kapituliert.

. . . Meine Herren, der Klassenkampf wird sich nach dem Kriege verschärfen. Die politische Reaktion wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, nicht nur bleiben,

sondern zunehmen. Auch der Quell der politischen Justiz wird damit stärker fließen. Das ist die Aussicht für die Zukunft, die Prognose vom Gesichtspunkt der Kriminalität, der *Ruin der europäischen Menschheit und ihrer Zukunft,* ein *politisches und kulturelles Weißbluten* nach dem wirtschaftlichen und physischen Weißbluten.

Für uns ergibt sich auch aus der Betrachtung dieser Seite der heutigen Zustände, dieser partie honteuse der kapitalistischen Gesellschaft, daß wir alle unsere Kraft einsetzen müssen, nicht in dem Sinne, wie der Herr Abgeordnete Kanzow vorhin meinte, daß *wir vielmehr unsere ganze Kraft einsetzen müssen im Kampfe gegen den Krieg, im internationalen Klassenkampf gegen den Krieg, um den Frieden zu erzwingen durch den Willen der Massen (Sehr richtig! bei den Soz.),* um das internationale Proletariat zum bestimmenden Faktor der künftigen Geschichte zu machen.

Meine Herren, der *Notschrei aus den Gefängnissen, aus den Zuchthäusern, aus den Stätten des Elends und der Verwahrlosung,* der heute nicht an die Oeffentlichkeit dringen kann, wird eines Tages immer deutlicher zu denen gellen, die sich die Ohren heute verstopfen, und wird die Menschheit, wird die Massen mit aufrütteln helfen *zu dem Kampf, der der einzige heilige Kampf ist,* den wir Sozialdemokraten kennen, zu *dem einzig heiligen Kampf gegen den Krieg, für den Frieden, gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, für den Sozialismus.*

Dr. *Beseler,* Justizminister: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Liebknecht hat auch heute wieder deutlich erkennen lassen, wie er über alles das denkt, was wir hochhalten, wie er gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht, wie alle Vaterlandsfreunde in Deutschland und, ich kann wohl sagen, alle Deutschen, bis auf eine sehr kleine Menge. Eine Kritik, welche sich — ich kann, ohne zu weit zu gehen, sagen — zu Beschimpfungen steigert, brauche ich mir nicht gefallen zu lassen, und wenn der Herr Abgeordnete in seinen Erwägungen, die ja weit über den Rahmen der heutigen Tagesordnung hinausgingen — wenn er sich dabei dann auch nicht hat versagen können, gegen einen treuen Bundesgenossen unseres Staates einen schweren Vorwurf zu schleudern — *(Abg. Dr. Liebknecht: Ich habe Material in Händen!),* so muß ich im Namen der Regierung entschieden dagegen protestieren. *(Lebhafter Beifall rechts. Unruhe und Zurufe bei den Soz. — Erneuter Beifall rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Wahrheit! — Glocke des Präsidenten. — Zuruf des Abg. Ströbel: Sie erklären sich solidarisch mit dem Bluturteil!)* Außerdem hat der Abgeordnete Dr. Liebknecht sich unterstanden, hier einen Gnadenerlaß zu kritisieren. Weiß er denn nicht, daß das Gnadenrecht das Vorrecht der Kronen ist *(Beifall rechts. — Unruhe bei den Soz.)* und keiner Kritik unterzogen werden darf?! Dem muß ich mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Auf die Fülle von Einzelbedenken, die der Abgeordnete Dr. Liebknecht vorgebracht hat — gehe ich nicht ein. *(Lebhafter Beifall rechts.)* Was der Abgeordnete Dr. Liebknecht dabei gegen die Justizverwaltung vorgebracht hat, das sind allgemeine Angriffe, das sind allgemeine Angriffe, die ich schon oft genug gehört habe; das sind Behauptungen, die auf unkontrollierbaren Mitteilungen beruhen, denen er ohne weiteres Glauben schenkt. *(Abg. Dr. Liebknecht: Soll ich Ihnen das Material zeigen?)* Eine Erwiderung darauf lehne ich ab. Es ist in Wahrheit keine Kritik an dem Justizetat geübt, sondern die Rede ist nur zu agitatorischen Zwecken gehalten worden, besonders zu dem Zwecke, um den Standpunkt des Abgeordneten bei denen, die auf ihn hören wollen, so zu kennzeichnen, wie er es für wünschenswert hält. Und darauf habe ich nichts zu erwidern. Das gehört auch gar nicht hierher, und die ganze Art und Weise des Abgeordneten Dr. Liebknecht verdient auch keine weitere Antwort. *(Lebhafter Beifall rechts. — Unruhe bei den Soz.)*

Meine Herren, daß die Maßregelung der Nationalitäten unter dem „Burgfrieden", die eben gerügt wurde, nur vortrefflich in das Gesamtbild hineinpaßt, das ich vorhin zu entwerfen versuchte, bedarf keiner besonderen Betonung. Wir haben eine solche *Offenbarung des wirklichen echtpreußischen Kriegsziels,* das an-

geblich die Befreiung unterdrückter Nationen sein soll, in Preußen-Deutschland nur für selbstverständlich erachtet.

Der Herr Justizminister hat meine Ausführungen zu einem Teil als zu allgemein erachtet, zu einem Teil als zu speziell, und er hat es bald aus diesem, bald aus jenem Grund für überflüssig erklärt, zu antworten; und er hat im übrigen geglaubt, sich mit der allgemeinen Bemerkung, daß ich mich in Beschimpfungen ergangen hätte, einen bequemen Rückzug sichern zu können. Meine Herren, ich habe es unter diesen Umständen nicht nötig, mich gegen die Worte des Herrn Justizministers, *die selbst ausreichend in meinem Sinne wirken*, zu wenden. *(Sehr gut! bei den Soz.)*

Nur in einem Punkte möchte ich den Bemerkungen des Herrn Justizministers entgegentreten, und zwar nicht in bezug auf die Frage des Rechtes zur Kritik an den Gnadenerlassen, das selbstverständlich gegeben ist, sondern in bezug auf die Zurückweisung meiner Bemerkungen über die *österreichischen Zustände*. Der Herr Justizminister suchte den Eindruck zu erwecken, als ob ich mir etwas aus den Fingern gesogen hätte oder als ob ich zugetragene Dinge leichthin glaubte.

Meine Herren, in *Oesterreich* üben die Feld- und Stand- und Landwehrgerichte, die auch für alle politischen Delikte gelten, *ein Schreckensregiment*, wie es in Rußland zur schlimmsten Zeit nicht geherrscht hat *(Sehr richtig! bei den Soz.)* und es gibt — während Rußland seine Duma hat — *in Oesterreich kein Parlament*, keine Tribüne, von der ein Wort der Aufklärung, der Anklage an die Oeffentlichkeit dringen könnte. *(Große Unruhe rechts.) Todesurteile sind an der Tagesordnung (Stürmische Unterbrechungen und Rufe rechts: Zur Sache!)*, Verurteilungen zu schweren Kerkerstrafen wegen geringfügiger Dinge *(Stürmische Unterbrechung. — Glocke des Präsidenten)*, Verurteilungen zu lebenslänglichem Kerker ohne Ende. *(Stürmische Rufe rechts: Zur Sache! — Hier ist Preußen, nicht Oesterreich!)* — Ich habe hier das Beweismaterial in Händen! Allein das Landwehrdivisionsgericht in Theresienstadt hat in wenigen Monaten wegen politischer Delikte *Hunderte von Jahren schweren Kerkers* verhängt — auch gegen zahlreiche Jugendliche — und zahlreiche Todesurteile gefällt. *(Stürmische Unterbrechungen und Rufe rechts: Zur Sache!)* Hier können Sie die Einzelheiten darüber lesen! *(Lebhafte Rufe: Zur Sache!)* Das *Todesurteil*, das ich Ihnen vorhin vorlas wegen des Gedichtes, war ein österreichisches. *(Große Unruhe. — Rufe: Was geht uns das an?)* Nun hören Sie, meine Herren! — — *(Stürmische Unterbrechungen. — Lebhafte Rufe: Hier ist Preußen! — Glocke des Präsidenten.)*

Nur noch eine Bemerkung! Mein Parteigenosse Redakteur Josef Kotek aus Proßnitz *(Unruhe. — Rufe: In Oesterreich?)* ist wegen einer angeblich staatsfeindlichen Rede, die er — als Zivilist — in Smrzitz vor den Mitgliedern des aufgelösten Konsumvereins gehalten haben soll *(Große Unruhe. — Rufe: In Oesterreich?)*, am 23. Dezember 1914 *zum Tode durch den Strang verurteilt, zum Tode durch Erschießen begnadigt und binnen zwei Stunden erschossen worden, nachdem er sich sein Grab selbst hatte graben müssen. (Große Unruhe. — Stürmische Rufe: Hier ist Preußen!)* Meine Herren, das war in Krakau vor dem Landwehrdivisionsgericht — — *(Stürmische Unterbrechungen. — Erneute lebhafte Rufe rechts: Hier ist Preußen! — Rufe bei den Soz.: Sie wollen die Wahrheit nicht hören!)* — Sie wollen die Wahrheit nicht hören! Meine Herren, es ist notwendig, auch *diesem würdigen Bundesgenossen Deutschlands im Kampfe für die „Kultur" (Rufe: Zur Sache!) die Maske vom Gesicht zu reißen vor aller Welt. (Bravo! bei den Soz. — Widerspruch rechts.)*

GEGEN DIE FREIHEITSSTRAFE
⟨EIN ENTWURF⟩

Luckau, Frühjahr 1918.

Man müßte die Gefangenen mit den Menschen, der Gesellschaft verknüpfen. Statt dessen trennt man sie radikal von den Menschen, schneidet sie vollends von der Gesellschaft ab und selbst von ihrer Familie entfernt man sie. Man müßte sie mit den allgemeinen Interessen verbinden, verflechten — statt dessen entfremdet man sie, selbst ihre Kenntnisse immer weiter von diesen Interessen, durch künstliche, gewaltsame Isolierung: Keine Kunde von der Außenwelt, außer dem Persönlichsten; *keine Zeitungen* (im Krieg Ausnahme für Kriegsnachrichten).

Man müßte ihnen die idealen Interessen näher bringen, sie damit tränken — injizieren — statt dessen wird die geistige Beschäftigung — Lektüre usw. als „Vergnügung" betrachtet (statt sie als Bildungs- und Erziehungsmittel zum System zu erheben) und als lästig. Die Freizeit, die für die „Zucht" (Selbstzucht) jedenfalls nicht minder wichtig als die Arbeitszeit, wird so knapp wie irgend möglich zugeschnitten.

Man müßte sie systematisch an Selbständigkeit gewöhnen („Erregen" der Selbständigkeit, vergl. Wilh. Meisters Lehrjahre V. 16), statt dessen zerbricht man dem, was an Selbständigkeit in ihnen steckt, systematisch alle Knochen, lenkt sie, drängt sie, soweit unzerstörbar, ins Unterirdische, Heimliche, in die niedersten Regionen, die guten Keime mit den schlechten korrumpierend, pervertierend, vergiftend.

Man müßte sie an („freien") Verkehr mit edlen, pädagogisch gewandten Menschen gewöhnen — ihnen solchen Verkehr zum Bedürfnis machen, statt dessen werden sie nur der schädlichsten gegenseitigen Beeinflussung, der gegenseitigen Verderbnis ausgesetzt (Schiebungen — noch das Harmloseste), im übrigen fast stets nur als Objekt behandelt; die Beamten treten ihnen, von Ausnahmen abgesehen, nicht nahe, sind zumeist auch pädagogisch ganz unfähig (à la Militär). Schematismus und Massendrill statt individueller Behandlung. Mißtrauen auf Schritt und Tritt, statt Vertrauens.

Man müßte sie an Offenheit und Vertrauen gewöhnen und so alles Gute herauslocken und pflegen. Statt dessen werden sie zur Heimlichkeit — Heuchelei, Verstocktheit, zu unterirdischem Seelenleben und auch zu unterirdischer Führung des äußeren Lebens, zu einer höchst giftigen Heimlichkeit dressiert, gedrängt durch die schematische Behandlung.

Man müßte die Rudimente ihres Selbstvertrauens behüten und planmäßig ausbauen, statt dessen wird es planmäßig zerdrückt, ausgerottet.

Man müßte sie individuell behandeln und erziehen — statt dessen werden sie schematisch gepreßt und geschliffen.

Man müßte sie an eine Lebensführung gewöhnen, wie sie exemplarisch auch für das Leben in der Freiheit ist — statt dessen kommandiert man eine Tageseinteilung, die (abgesehen von der Arbeit) ganz anormal, ja unmöglich ist — ein Hemmschuh jedes wertvollen Tätigkeitsdranges, eine Erstickung aller strebsamen Regungen und fördert durch frühes und langes ins Bett zwingen, durch lange Dunkelheit (im Krieg künstliches Licht äußerst gespart) alle erdenklichen Lotterneigungen.

Man müßte diese an sich sozial geschwächten Individuen zum freien Kampf ums Dasein stärken, kräftigen, aufmuntern, — statt dessen werden sie korrumpiert, ihre Kräfte untergraben. Man müßte alle Keime von Selbständigkeit in ihnen pflegen — statt dessen werden sie zertreten, so daß sie sich in der wiedergewährten Freiheit wie unvernünftige Kinder aufführen, sie zum Austoben benutzen.

Selbst ihre Arbeit ist gar oft Pfuscharbeit für Schmutzkonkurrenz — keine ordentliche Lehre. —

Man sollte sie eng an die Familie ketten — statt dessen löst man sie auch von ihr, zum schweren Schaden meistens auch der Familie.

Man sollte sie für ihre Familie sorgen, arbeiten lassen, statt dessen verkommt die Familie.

Man sollte ihre solidarischen, sozialen Neigungen locken und kräftigen, statt dessen wird niedrigste, kleinlichste Selbstsucht großgezogen, selbst ein großzügiger Egoismus durch Verkrüppelung ins Kleinste, Gequetschteste noch tiefer verschandelt.

Man sollte ihnen nach der Entlassung alle Wege ebnen, alle Tore öffnen — zum Empfang des einprozentigen, reuigen Sünders (mehr Freude im Himmel über einen davon, als über 99 Gerechte!!) — statt dessen bleiben sie stigmatisiert, finden keine Arbeit, die Arbeiter weigern oft Zusammenarbeit mit ihnen — auch die „Fürsorge" zeigt die ganze Hilflosigkeit der heutigen Gesellschaft im Kampf gegen das Verbrechen, fesselt und stigmatisiert und ist in ihrer heutigen Form ein Krebsschaden, eine Kette, die der Entlassene am Fuß schleppt (nicht viel besser als Polizeiaufsicht) — byzantinische, heuchlerische, kriechende, devote, bigotte, scheinheilige, anschmiererische Kreaturen erzeugend, fördernd — keine Charaktere, die eben nur durch Stählung als Produkt eines eigenen Kampfes, nicht durch süßliche Gnädigkeit und Wohlwollen, nur durch Veredelung des Trotzes, nicht durch Knickung aller Rippen und Zerrung aller Sehnen entwickelt werden können, nur in eigener Arbeit des Kriminellen, nicht von oben herab, wie ein Segen, nur aktiv, nicht passiv, nur sozusagen revolutionär im Kriminellen selbst,

nicht abgeklärt — despotisch durch obrigkeitliche Beglückung. Inwieweit könnte auch hier Selbsthilfe, Organisation usw. der Entlassenen selbst auch nützen? Diesen durch Kampf gegen die Ursachen des Verbrechens zur aktiven Regeneration verhelfen?

Kurz: die soziale Schwächung der Kriminellen wird statt behoben oder gemildert, vielmehr mächtig verschlimmert und durch die soziale Schwächung oder gar Zerstörung der hilflos gebliebenen Familie ins Rettungslose gesteigert — circulus vitiosus der Freiheitsstrafe — am meisten gerade der von Krohne, Finkelburg u. a. sonst oft Einsichtsvollen gerühmten, wenigstens bevorzugten — langfristigen — Einzelhaft. (Außerdem: Schmutz- und Schleuderkonkurrenz, Pfuscharbeit etc.) Keine Rede meist auch nur von technischer Schulung für einen künftigen Beruf, gar vielfach sogar Zerstörung vorhanden gewesener und vor der Strafe praktizierter Fertigkeiten — durch Entwöhnung (mangelnde Uebung) oder Pfusch-Korruption — besonders verderblich für Jüngere, beruflich noch nicht konsolidierte, die so beruflich oft völlig wurzel- und haltlos bleiben oder werden und *für Aeltere — der Ausgangsschwelle sozialer Verwertbarkeit nahestehende.* —

Man zwingt sie zur Arbeit, aber in einer Weise, die die Arbeit statt zu einer Lust zu einer Last machen muß — Hausordnung: der geringe Verdienst lohnt diese kaum! Nur Geschenk — kein Recht — erst nach drei Jahren Eigenverwendung zulässig und erst bei über 30 Mark nur 1 Mark pro Monat. Also ganz wertlos für die meisten Fälle. Disziplinarstrafen: Ketten, Prügel (noch praktisch), Simulationsriecherei. Arztversorgung: Lazarettgehilfe!! (Keine Ahnung!!)

Man erzwingt eine gewisse Regelmäßigkeit des äußeren Lebens, aber eine unnatürliche und peinliche, die in der Freiheit nirgends Gewohnheit, Selbstverständlichkeit, ja nur Möglichkeit sein oder werden kann, vielmehr so, daß diese „Ordnung" nach der Entlassung schleunigst wieder abgelegt werden muß und also mit Recht nur als eine lästige Fessel empfunden wird.

Man verhindert gewisse verwerfliche Handlungen, aber mit Mitteln, die diese Verhinderung nicht zu einer Art freier Entschließung entwickeln, sondern das Unterlassen stets nur als erzwungen, als peinlichen, widerwillig erduldeten Zwang empfinden lassen, weit davon entfernt, sie zu einem Verhalten der Gewohnheit werden zu lassen.

Man müßte einem Weiterfressen des Uebels vorbeugen — statt dessen wird nur allzu leicht (es ist alles darauf angelegt) dem einen Sünder die ganze Familie in den Abgrund nachgeworfen, während die Strafanstalt selbst einen kriminellen Seuchenherd (Ansteckungsherd) erster Klasse bildet und alle Fehler und Laster der Schwachen, der Gedrückten, Getretenen, Recht-

losen wie auf einem Mistbeete noch hinzugezüchtet werden (Kriecherei, Heimtücke, Angeberei, Mißtrauen, Neid, Lügenhaftigkeit) alle Energie nach Kräften ertötend oder doch dämpfend, drückend, stumpfend — statt die falsch gerichtete geschickt nur in rechte Bahn zu lenken! Alle Initiative nach Kräften ausrottend, ausbrennend, die Gefangenen nur als willenlose Werkzeuge in der souveränen Gewalt anderer, der Beamten ohne jede Selbstbestimmung behandelnd und so gewöhnend.

Und auch im übrigen alles darauf angelegt, diese unseligen Menschen für den Kampf ums Dasein in der Freiheit wehrlos, statt wehrhaft, hilflos statt kräftiger zu machen.

So bleiben alle Versuche der „Resozialisierung" des Verbrechens durch die Freiheitsstrafe nicht nur fruchtloses, aussichtsloses Bemühen, ein verzweifelter prädestiniert vergeblicher Kampf, echteste Sisyphusarbeit und bestenfalls ein frommer Wunsch „humaner" Schwärmer, sondern das Prototyp eines circulus vitiosus. Sie können nicht verhindern, daß das Uebel, das man beseitigen möchte, nicht nur nicht beseitigt oder auch nur verringert, es wird vergrößert und vom Schuldigen auf Unschuldige übertragen, die in vermehrtes Elend und Verachtung versinkend um so leichtere Beute nicht nur der körperlichen Verderbnis und geistig-seelischer Zerrüttung, sondern auch des Verbrechens, der Prostitution werden.

Das Verbrechen als soziale Erscheinung kann nicht isoliert, sondern nur im sozialen Gesamtzusammenhang, aus dem es — als der Eiter aus einer schwärenden Wunde der Gesellschaftskonstitution — geflossen ist und dauernd fließt und nur mit sozialen Mitteln bekämpft werden — durch Beseitigung seiner Ursachen, Verstopfung seiner Quellen, durch Bekämpfung des Elends in allen Gestalten, der Unwissenheit, der Verwahrlosung, durch Vermehrung der Selbständigkeit, der freien Energie und des offenen Selbstgefühls.

Dabei kann alle „Erziehung" und psychisch-geistige Einwirkung nur dann ein ernstes, bleibendes Resultat zeitigen, wenn die sozialen Vorbedingungen dazu geschaffen werden.

FÜR DIE RUSSISCHE REVOLUTION

BRIEF VOM 8. MÄRZ 1917
⟨AN HELMI LIEBKNECHT⟩

. . . Dein Leben soll und wird Arbeit und Kampf und Mühe sein, nicht Sonnenschein und Behagen. Aber gerade darin wird Dein *Glück* liegen.

Du mußt lernen, daß die Menschen nichts anderes sind als eine höhere Art von Tieren. Jeder voll Schwächen und Kräfte, voll des „Guten" und des „Bösen"; daß sie *naturgeschichtlich* zu betrachten sind; daß die Aufgabe des Menschen, der sich bewußt ein höheres Ziel setzt und der von seinem Inneren vorangetrieben wird, das Edle zu fördern, daß dessen Aufgabe ist, sich mit allen seinen Fähigkeiten, mit seinem ganzen Wesen hineinzuwerfen in das gewaltige Ringen um die Höherentwicklung der Menschheit, die Befreiung, die Wohlfahrt aller.

Der Krieg und die vielen Mängel der Welt plagen und bekümmern Dich. Jawohl — sie müssen jedes Gemüt umdüstern. Aber aus der Nacht gibt's Rettung, nur *eine* Rettung freilich: den Entschluß, die Beseitigung dieser Uebel sich zum Lebenszweck zu setzen. Nur *das* Leben ist unmöglich, das alles laufen lassen wollte, wie es läuft. Nur das ist möglich, das sich selbst zu opfern bereit ist, zu opfern für die Allgemeinheit.

Mein Leben war bisher, trotz alledem, glücklich, gerade in den Zeiten, in denen ich am heißesten zu kämpfen und zu „leiden" hatte. Und so wird's Dir sein. Das ist *unser Krieg.*

Du sollst nicht über Deine Bedenken hinwegspringen. — Du sollst nicht auf meine Worte hören — Du mußt alles von Grund aus durcharbeiten, selbst für Dich — durchfechten.

VERTEIDIGUNGSREDE ZU KÖNIGSBERG 1904

. . . Der Herr Staatsanwalt hat gemeint: Ganz Europa blickt auf diesen Prozeß. Ich gebe zu: *Die ganze gesittete Welt blickt auf Königsberg!* Aber weshalb? *Weil hier der erste Versuch gemacht wird, deutsche Sozialdemokraten oder überhaupt eine freiheitliche Bewegung zu bestrafen, weil sie an den Leiden und Kämpfen des getretenen russischen Volkes Anteil nehmen.* Hochverrat gegen *Rußland!* Gegen Rußland, das Finnland eidbrüchig *vergewaltigt, gegen* Rußland, das unsere Ostseeprovinzen gewaltsam russifiziert, gegen Rußland, das unter Bruch des Völkerrechts die Mandschurei geraubt, gegen Rußland, das es, *selbst hochverräterisch,* unternommen hat, mit Dynamit Züge in die Luft zu sprengen und in den Balkanstaaten

Militäraufstände anzuzetteln! Wahrlich, *dieses Rußland muß anders beurteilt werden als irgendein Rechtsstaat,* anders in bezug auf seine „Verfassung", in bezug auf einen Hochverrat. Wenn es zutrifft, daß dieselben terroristischen Mittel, die Rußland erschüttern, von der russischen Regierung in andern Staaten in hochverräterischer Weise angewendet werden, dann gilt das Wort: Wer das Schwert gebraucht, soll mit der Schärfe des Schwertes zugrunde gehen. Und es erfüllt sich der Grundsatz aller Gerechtigkeit, der so alt ist, wie die Welt: *„Wie Du mir, so ich Dir!"*

Wie sind denn die Romanows zur Regierung gelangt? War Rußland stets absolutistisch? Nein, die Geschichte lehrt, daß das jetzige Zarengeschlecht im Jahre 1613 von dem Reichstag zu Moskau auf den Thron gehoben ist.

Die Romanows haben ihre Macht vom russischen Volk erhalten und der russische Absolutismus ist nicht etwa durch den Beschluß eines Reichstags, sondern durch eine Revolution von oben geschaffen worden. Wird er sich entrüsten dürfen, wenn sich die Schärfe des Schwertes einmal gegen ihn kehrt? Es wäre für ihn ja sehr bequem, wenn er durch eine papierne Schranke jede Entwicklung beseitigen könnte, wenn er einfach dekretieren könnte: jede Aenderung der Verfassung ist in alle Ewigkeit verboten, jede freie Regung ist strafbar und jedermann wird zum Sklaven degradiert! Aber so läßt sich die natürliche Entwicklung nicht meistern.

Die russische Geschichte ist wie die jedes anderen Landes *mit Blut geschrieben,* mit Blut, das nicht vom Volke vergossen ist, sondern von den Herrschergeschlechtern untereinander und mit dem an den Händen der Regierung klebenden Blut der Bauern, der Sektierer, der Arbeiter, der jüdischen Bevölkerung und — der Soldaten und Offiziere! Denn nicht mit den Petersburger Studentenunruhen von 1899, auch nicht mit der „Narodnaja Wolja" hat, wie wir gehört haben, die russische „Umsturzbewegung" eingesetzt, sondern mit den Militärverschwörungen der Dekabristen, mit den Petroschefzen, und schon seit mehr als drei Menschenaltern wird Sibirien mit dem edelsten Blute Rußlands gedüngt.

Der Herr Staatsanwalt fragt: Was kann es Schandbareres geben, als die vor uns liegenden Schriften. Ich kenne *etwas Schandbareres: das sind die russischen Zustände,* auf die sich diese Schriften beziehen.

Ich wünschte, daß jeder von Ihnen, meine Herren Richter, einmal Gelegenheit gehabt hätte, einem russischen Studentenfeste beizuwohnen, auf denen jene ernsten, schwermütigen, leidenschaftlichen Lieder gesungen werden. Eines der ergreifendsten ist das Lied von der Kosakenpeitsche, von der Nagaika. Da heißt es: *Peitschlein, Peitschlein, wirst Du vergessen, — was Du uns am 8. Februar getan hast?*

Das ist der 8. Februar 1899, an dem die Studenten in Petersburg öffentlich durchgepeitscht worden sind.

Wenn wir die russischen Zustände betrachten, die absolute Rechtlosigkeit des Volkes, die Korruption und blutige Brutalität der Bureaukratie, das furchtbare jeder Zügellosigkeit freien Lauf lassende Strafensystem, das „Prozeßverfahren", die Auspeitschungen, die Hinmetzelungen von Bauern, Juden und Arbeitern, so sehen wir, daß über der neueren russischen Geschichte zwei Worte stehen: *Sibirien und Schlüsselburg,* die beiden Embleme der russischen Herrlichkeit. Ohne Sibirien und Schlüsselburg kein Zarismus. Dort fällt die Blüte der russischen Jugend.

Mit Fug bezeichnet der bekannte konservative Rechtslehrer *Seidel* den Zustand in Rußland als *Despotismus im asiatischen Sinne. — Peter der Große* hat gesagt: „Ich habe es *nicht mit Menschen* zu tun, sondern *mit Tieren, die ich zu*

Menschen erziehen will.“ Heute aber hat man es mit Menschen zu tun, aus denen man Tiere machen will. Wer Mensch sein will, wird nach Sibirien oder Schlüsselburg gebracht und *nur wer Unmensch* sein will, *gehört zu den staatserhaltenden Elementen.* Wahrlich, man möchte mit Nadjeschdin von einem System der Raserei sprechen.

Wir alle kennen die ergreifenden Schilderungen Dostojewskis in seinen „Memoiren aus einem Totenhause“. In der Einleitung dieses Werkes scheidet Dostojewski in seiner bitter-sarkastischen Art diejenigen, die „das Rätsel des Lebens zu lösen wissen“, d. h. sich mit der russischen Barbarei abfinden, und die das nicht vermögen. Wer zweifelt, daß die letzteren die besseren, die besten sind? Gerade die Männer und Frauen, die die Attentate verübt haben, waren die zartest besaiteten Gemüter; gerade die edle Empfindlichkeit ihrer Seelen hat sie fortgerissen. Alle russischen Attentate sind nur *Schreckenstaten der Verzweiflung.*

Jene Attentäter glaubten, sich im Interesse der Menschheit opfern zu müssen. So sehr man die Taten als verwerflich und unklug bezeichnen mag, wer wird, wenn er auf ihre Motive blickt, den Tätern ein strenger Richter sein und ihnen das Mitgefühl versagen wollen? *Es sind Heroen.* Heimtückisch hat der Zarismus ein schwaches Land, wie Finnland, vergewaltigt, sie aber stellen sich mit offener Brust zu Markte, wissend, daß ihr Hals dem Henker, ihre Brust der Kugel verfallen ist. Auch die Ersten in der russischen Literatur feiern sie als Helden. Das ergreifendste Dokument hierfür ist das Turgenjewsche „Gedicht in Prosa“ an die Perowskaja, die Mörderin Alexanders II., an dessen ungefähren Inhalt ich Sie erinnern will. Die *Perowskaja,* ein junges, schönes Mädchen, steht vor einem Vorhang, hinter dem Finsternis und Eiseskälte hervorquillt, im Begriff, ihn aufzuschlagen und eine Schwelle zu überschreiten. Eine Stimme ruft ihr zu: „Willst Du Deine Gefährten verlassen, willst Du hungern und dürsten?“ Sie antwortet: „Ja“. „Willst Du Vater, Mutter, Schwester und Bruder und alles künftige Liebes- und Mutterglück verlassen?“ Sie antwortet: „Ja“. „Willst Du auch das Leben verlassen, Haß, Verachtung und Vergessenheit auf Dich nehmen?“ Sie antwortet: „Ja“ und schlägt den Vorhang auf. Da knirscht es aus der Tiefe: „Unsinnige!“ Aber eine Stimme des Himmels ruft: „Heldin, Heilige!“

Ich habe für alle jene Verzweiflungsakte bei den Zuständen in Rußland *kein Wort der moralischen Entrüstung!*

Unsere Verhandlungen hier haben ja auch einen *trefflichen Anschauungsunterricht über die russischen Zustände* geboten, insbesondere über die Zuverlässigkeit der russischen Bureaukratie.

. . . Man vergegenwärtige sich: Dieser Prozeß, der einen Akt der Courtoisie Deutschlands gegen die russische Regierung darstellt, der im Interesse Rußlands geführt wird, bietet das merkwürdige Bild, daß *deutsche Behörden hinter Rußland herlaufen* müssen, um Material zu erhalten und zum Schutze Rußlands, zur exemplarischen Bestrafung eigener deutscher Bürger!

Ich habe freilich auch eine Erklärung für das erstaunliche Verhalten der russischen Regierung. Sie wird wohl die Empfindung haben, daß man ihr mit diesem *Prozeß keinen Freundschaftsdienst* erwiesen hat. Ich glaube, dieser Prozeß hat drüben *recht schmerzlich berührt.* Rußland weiß, daß sein Absolutismus sich *nicht dem öffentlichen deutschen Gerichtsverfahren aussetzen* darf. Noch nie sind dem russischen Absolutismus vor den Augen der ganzen Welt so schwere Wunden

geschlagen worden, wie in diesem Saale. Wahrhaftig, Rußland wird sich sagen müssen: *„Gott schütze uns vor unseren Freunden!"*

Darüber sind sich auch konservative und nationalliberale Männer, selbst ein Professor Schiemann, selbst die „Kreuz-Zeitung", einig, daß die jetzigen Zustände in Rußland unhaltbar sind. Ich will zugeben, daß auf legalem Wege eine Besserung nicht möglich ist, aber darum liegt doch nicht gleich Hochverrat vor. Die russische Sozialdemokratie wäre vorläufig zufrieden, wenn sie ihre Schriften verbreiten und Versammlungen abhalten könnte. Das ist zwar verboten, aber auch in Rußland kein Hochverrat. Früher hat es ja in Rußland auch z. B. ein öffentliches Gerichtsverfahren gegeben, erst als man einsah, daß das mehr agitatorisch wirkte, als abschreckend, schaffte man die Oeffentlichkeit nicht nur für die politischen, sondern nach und nach auch für die sozialpolitischen Prozesse ab. Jetzt hört man *nur noch den Verzweiflungsschrei aus der Schlüsselburg und der Peter-Pauls-Feste.*

Aber das freie Wort läßt sich nicht in Ketten schlagen, noch weniger die wirtschaftliche Entwicklung. Der Zarismus mag mächtig sein, aber die kapitalistische Entwicklung vermag er nicht aufzuhalten, im Gegenteil, er hat sich mit dem Kapitalismus gegen die Arbeiter verbünden müssen, um sich zu retten.

Dieses heutige Rußland ist ein unglückseliges Staatengebilde. Es ist ein *widerspruchsvolles Konglomerat* aus Teilen ganz verschiedener Kultur. Worauf soll sich ein Zentralismus stützen? Das ist der entsetzlich tragische Konflikt, in dém sich der russische Zar befindet, der selbst mein Beileid hat. Aber noch entsetzlicher ist die Lage der vorgeschrittenen Elemente in Rußland. Sie brauchen die westeuropäische Kultur notwendig, wie die Luft zum Atmen. Am besten wäre ja, jenes widerspruchsvolle Konglomerat würde in seine einzelnen gleichartigen Teile zerschlagen. Sind denn aber unter den heutigen Verhältnissen keine Reformen möglich? Nur eine Kamarilla hat vor 23 Jahren den Reformplänen Alexanders II. und Loris Melikoffs den Weg verlegt! Und ist denn der Zentralismus unumgänglich? Denken wir doch an die frühere Stellung Finnlands!

Noch eine Frage muß ich streifen: die historische Rolle des Terrorismus und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm.

Die erste sozialistische Bewegung in Rußland, Semlja i Wolja (Land und Freiheit) war von der Intelligenz getragen und suchte sich auf die Bauernschaft zu stützen. Obwohl friedlich, wurde sie blutig unterdrückt. Die Hilflosigkeit gegenüber diesen Bedrückungen, aber auch das Gefühl der Aussichtslosigkeit der unternommenen Propaganda gebaren die Narodnaja Wolja und den Terror, die Taktik der politischen Desperados. Nach wenigen Jahren erkannte man die Sinn- und Nutzlosigkeit des Terrors, der längst vor dem Erlöschen der Narodnaja Wolja eingeschlafen, ja selbst von ihren Führern, wie Lawrow, abgeschworen war. *Dieser Umschwung fällt,* und das, meine Herren, bitte ich Sie besonders festzuhalten, *zusammen* mit der Entwicklung der russischen Industrie, *mit der Entstehung eines industriellen Proletariats in Rußland.* Damit war ein weit ausgebreiteter, fruchtbarer Boden für die politisch-fortschrittlichen und die sozialdemokratischen Lehren gegeben. Spontan wächst seit Ende der 80er Jahre eine gewaltige Arbeiterbewegung empor. Für die *Sozialdemokratie* war damit die *Epoche jener Verzweiflung vorüber.* Ganz logisch ist sie die *schärfste Gegnerin der terroristischen Verzweiflungstaktik,* weil sie die einzige Bewegung ist, die ihr Ziel auch ohne Terror erreichen wird, weil sie *allein* von allen russischen Parteien imstande ist, *die Massen zu gewinnen.*

Man hat hier die gute brave Sozialdemokratie in Gegensatz gestellt zu den bösen „Revolutionären". Dabei ist man aber nur vom Standpunkt der Taktik ausgegangen. Denn in ihrem Ziele ist die Sozialdemokratie die radikalste Partei, während sich der blutrünstige Burzew, der selbst hinter Struve zurückbleibt, knapp einen gemäßigt Liberalen nennen darf. Ueberhaupt scheint der *Radikalismus der Taktik im umgekehrten Verhältnis zum Radikalismus der Ziele* zu stehen. Bezeichnend ist, daß die „Iskra"-Partei, die reine Marxistische Sozialdemokratie, den Sozialrevolutionären bürgerlich-radikale Allüren vorwirft. Die Gewalt kann der Sozialdemokratie schon wegen der von ihr akzeptierten materialistischen Geschichtsauffassung, die nur *organische* Fortentwicklung kennt, an und für sich nicht als radikal und niemals als entscheidender Faktor des Fortschritts gelten. Wir meinen, daß der Absolutismus ganz von selbst zusammenbrechen wird. Ganz allmählich müssen in Rußland die Vorbedingungen für diesen Zusammenbruch geschaffen werden.

Könnte sich in Rußland die Sozialdemokratie einigermaßen frei bewegen, so würde es bald keinen Terroristen mehr geben. Die Unterdrückung gerade der Arbeiterbewegung und der Intelligenz ist heute viel schärfer als Ende der 70 er und Anfang der 80 er Jahre. Die Roheiten, die Arbeitermetzeleien, die Auspeitschungen haben sich im letzten Jahrzehnt gehäuft und dennoch sind die terroristischen Akte seltener geworden. Das ist *der Sozialdemokratie zu verdanken!* In der Tat: *Der Sozialdemokratie die russische Grenze öffnen, heißt dem Terrorismus den Garaus machen. Verschließen Sie ihren Schriften die Grenze, und Sie werden den Terrorismus verewigen.*

Kennan, der Amerikaner, unternahm einst seine Reise nach Rußland, um die Vorurteile gegen Sibirien und Rußland zu zerstreuen. Er zog aus, um zu segnen, und kehrte zurück, um zu fluchen. Auch Ihnen, meine Herren Richter, mag es gehen wie einem umgekehrten Bileam. Auch Sie sind ausgezogen, um den Zarismus zu segnen, und werden jetzt das barbarische Rußland verfluchen. Und wenn Sie ausgezogen sind, um zu strafen, so werden Sie, hoffe ich, heute die Angeklagten segnen.

Selbst wenn die Angeklagten alles getan hätten, was die Anklage ihnen zur Last legt, sie hätten *Akte der Kultur* verrichtet, die nach ein paar Jahrzehnten, wenn in Rußland eine Aenderung eingetreten ist, in der Weltgeschichte ein Ehrenblatt für Deutschland bilden werden. — *Im jüngsten Manifest Tolstojs heißt es:*

„Angesichts der Dinge, die man jetzt um sich sieht, empfindet man weniger die Schrecken des Krieges, als den Schrecken aller Schrecken — das Bewußtsein von der Machtlosigkeit der menschlichen Vernunft." . . . „*Der große Kampf unserer Zeit ist nicht der*, welcher sich zwischen den Japanern und Russen abspielt, noch der, welcher zwischen der weißen und gelben Rasse entflammen kann, und auch nicht der Kampf, *der mit Bomben, Minen und Kugeln geführt wird.* Es ist ein *Kampf zwischen dem sich klärenden Menschenbewußtsein und der Dunkelheit und Last, die die Menschheit bedrücken.*". . .

Ein Teil dieses Kampfes, meine Herren Richter, *wird hier in diesem Saal gekämpft. Treten Sie auf die Seite der menschlichen Vernunft*, die sich verkörpert in dem Bestreben auf Besserung der russischen Verhältnisse. Wenn durch die Aufdeckung der russischen Zustände, die in diesem Saal erfolgt ist, der Anstoß zu einer Besserung gegeben werden sollte, so wird man Deutschland als Geburtshelfer der russischen Freiheit preisen. Die Freisprechung der Angeklagten wird Deutschland zum Ruhme gereichen.

Gerschuni schloß seine Verteidigungsrede, in der er nicht mit einem Wort um seine Freisprechung bat, etwa mit den Worten:

„Nur eine Frage will ich Ihnen vorlegen, meine Herren Richter: Was wäre aus der glückverheißenden Jugend, die in Sibirien, in der Peter-Pauls-Festung und in Schlüsselburg schmachtet, was aus den Idealisten im Auslande geworden, wenn sie in einem Lande mit europäischer Kultur geboren wären?" Legen auch Sie sich, bitte, meine Herren, diese Frage vor. Ein *Urteil im Sinne der Anklage* wird, dessen bin ich gewiß, ein *Signal zur Verschlimmerung der russischen Barbarei* bedeuten. Es würde heißen, die Bastille des Zarismus mit einem neuen undurchdringlichen Bollwerk umgürten, alle Ansätze zu friedlicher Fortentwicklung Rußlands ersticken; es würde heißen, die Sanktionierung der russischen „Verfassung", die die glückverheißende Jugend auf die Eisfelder Sibiriens treibt, die die besten Männer in der Schlüsselburg schmachten und die Peter-Pauls-Festung mit ihrem Blute tränken läßt, die alle, die ihr Vaterland lieben, aus den Grenzen der russischen Heimat verjagt. Das freisprechende Urteil aber wird sein eine Aufforderung an die russische Nation, einzutreten in die glücklichere Völkerfamilie Westeuropas. Ich bitte Sie, meine Herren Richter, *das blutige und doch erhebende Bild der russischen Verhältnisse* an Ihren Augen vorüberziehen zu lassen und *mit teilnehmendem Herzen* den Angeklagten gegenüberzutreten. Und wenn Ihr Herz, Ihre Sympathie mitspricht, so werden die *juristischen Spinneweben* zerreißen, die die Anklage um die Angeklagten gewebt hat.

REDE IM PREUSSISCHEN LANDTAG VOM 2. JUNI 1910

. . . Meine Herren, es ist nicht das erste Mal, daß man sich in den deutschen Parlamenten mit der Frage befaßt, die den Gegenstand unseres Antrages bildet; es ist auch nicht das erste Mal, daß dasjenige Material, das den Anlaß zu unserem Antrage gibt, in die deutsche Oeffentlichkeit gebracht worden ist. Bereits am 3. Januar 1904 schrieb der „Vorwärts" unter der Spitzmarke: „Preußen eine russische Spitzelprovinz" folgende Zeilen:

> Der Oberspitzel in Berlin ist ein Herr, der von seinen Untergebenen ehrfurchtsvoll als Exzellenz angeredet wird. Sein Gehalt, das er von der russischen Regierung bezieht, ist in der Tat das einer Exzellenz, er bekommt jährlich 36 000 Mark, also genau so viel wie ein preußischer Minister.

(Hört, hört! bei den Soz.) Meine Herren, es war Harting, dessen Name damals bereits in dem „Vorwärts" genannt wurde, ein Name, der später eine große Berühmtheit erlangen sollte.

Am 16. Januar 1904 wurde von der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages eine Interpellation eingebracht, in der folgendes gefragt wurde:

> Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die russische Regierung im deutschen Reichsgebiet Polizeiagenten zur Ueberwachung russischer und deutscher Staatsangehöriger unterhält, und daß zu diesem Zwecke russische Polizeiagenten Verbrechen verübt und auch versucht haben, andere Personen zu Verbrechen zu bestimmen?

Die Antwort wurde damals von dem Herrn Unterstaatssekretär v. Richthofen erteilt und ging dahin:

> Dem Reichskanzler ist bekannt, daß ein zur hiesigen russischen Botschaft gehöriger russischer Beamter von seiner Regierung damit betraut ist, das Tun und Treiben russischer Anarchisten, die sich in Deutschland aufhalten, zu beobachten und die russische Regierung darüber fortlaufend zu unterrichten. Dem Reichskanzler ist nichts bekannt geworden, woraus hervorgehen könnte, daß der russische Beamte seine Tätigkeit auch auf Reichsangehörige erstreckt. Dem Reichskanzler ist nicht bekannt, daß dieser Beamte oder von ihm zur Hilfe herangezogene Personen in Deutschland Verbrechen verübt oder versucht hätten, andere Personen zur Begehung von Verbrechen zu bestimmen.

Die zweite Frage lautet:

> Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen?

Darauf habe ich zu erwidern:

> Eine Beseitigung des bestehenden Zustandes scheint dem Reichskanzler nicht angezeigt.

(Hört, hört! bei den Soz.) Ich bitte Sie, hier bereits zu beachten, daß, wenn auch einerseits zugegeben wird, daß *eine* Person bei der russischen Gesandtschaft zugelassen sei, doch gleichzeitig von *Personen* die Rede ist, die sie für ihre Zwecke zur Hilfe heranzieht. Es ist also damit bereits zugegeben, daß man zwar offiziell es nur mit *einer* Person zu tun habe, daß diese Person aber zu ihrer Disposition ohne Kontrolle der deutschen Regierung *andere* Personen beschäftige. — Meine Herren, es ist des weiteren wichtig, hierbei festzuhalten, daß der Herr Reichskanzler *eine Beseitigung des bestehenden Zustandes nicht für angezeigt hielt.*

Die Person, die hier von dem Herrn Reichskanzler als ihm bekannt und offiziell akkreditiert bezeichnet worden ist, ist wiederum kein anderer als ebenderselbe Harting, von dem ich noch mehr zu reden haben werde.

Meine Herren, die Beratung, die damals im Reichstage über die Interpellation stattfand, führte zu recht heftigen Angriffen gegen die Regierung; sie dürfte schwerlich jemals eine so lebhafte Niederlage erlitten haben wie dort im Reichstage an diesem Tage bei dieser Sitzung. Unser Parteifreund Bebel erklärte, daß diesen Vorgängen, die sich in den letzten Monaten im Deutschen Reiche abgespielt haben, in keinem Lande der Kulturwelt ähnliches an die Seite gestellt werden könne. Es wurde von dem Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, dem Abgeordneten Schrader, bemerkt, daß es ganz unzutreffend sei, zu meinen, es lasse sich die Bespitzelung der russischen Staatsangehörigen durchführen, ohne daß man zugleich auch deutsche Staatsangehörige bespitzele.

Wenn man von einem Russen etwas wissen will — so sagte er — so muß man auch die Deutschen beobachten, mit denen er verkehrt, und so stehen die Deutschen auch in Gefahr, unter der Kontrolle der russischen Polizeibeamten zu sein.

Es wurde des weiteren mit allem Nachdruck die sehr wenig haltbare und durchaus nicht begründete Wendung des Hern Reichskanzlers zurückgewiesen, als ob es sich nur um eine Ueberwachung der im Auslande lebenden russischen *Anarchisten* handle. Inzwischen hat man sich auch bereits gänzlich abgewöhnt, von russischen Anarchisten zu reden. Man weiß, daß es eigentlich Anarchisten in Rußland gar nicht gibt *(Oho! rechts)*, sondern nur Revolutionäre verschiedener Art *(Widerspruch rechts)*, — Anarchisten in Rußland eigentlich gar nicht gibt! Meine Herren, Sie ver-

stehen ja nichts davon. *(Lachen rechts.)* Sie haben eine polizeilich verkleisterte Phantasie auf diesem Gebiete und sind durchaus nicht imstande, den Unterschied zwischen Anarchisten, Sozialdemokraten und russischen Revolutionären der einzelnen Spielarten zu ziehen. *(Erneutes Lachen rechts.)* Ich muß Ihnen also jedes Urteilsvermögen hierüber absprechen. *(Wiederholtes Lachen rechts.)*

. . . Meine Herren, es ist Ihnen ja bekannt, daß sich damals an die von mir geschilderten Vorgänge recht betrübende weitere parlamentarische Ereignisse knüpften. Es fiel damals aus dem Munde des Freiherrn v. Richthofen das im höchsten Maße bedauernswerte Wort, das die Ehre der russischen studierenden Frauen in einer Weise antastete, die man sicherlich in gar keiner Weise rechtfertigen kann *(Lachen rechts)*, und des weiteren fiel damals aus dem Munde — *(Zuruf rechts: Welcher Richthofen?)* — der Staatssekretär v. Richthofen; ich habe ja vorhin von dem Staatssekretär v. Richthofen geredet — und damals fiel auch aus dem Munde des Reichskanzlers das nicht minder beschämende Wort von den Schnorrern und Verschwörern, das Deutschland in der Welt blamiert hat *(Erneutes Lachen rechts)*, und weiter erfolgte damals diese so unendlich beschämende Ausweisung derjenigen russischen Studierenden, die sich in einem offenen und ruhig-sachlichen, würdigen Protest *(Erneutes Lachen rechts)* gegen diese Angriffe von seiten des höchsten Beamten des Deutschen Reiches wandten. *(Wiederholtes Lachen rechts.)* Meine Herren, diese Vorgänge werden stets eines der trübsten Blätter in der Geschichte der deutschen inneren Politik bleiben. *(Wiederholtes Lachen rechts.)* Sie sind dokumentarisch von uns festgelegt, meine Herren, in verschiedenen Schriften, die sich eingehend mit diesen Angelegenheiten befassen; es ist dafür gesorgt, daß diese schmachvollen Vorgänge der Nachwelt nicht vorenthalten bleiben. *(Zuruf rechts: Welcher Nachwelt?!)* — Derjenigen Nachwelt, meine Herren, die Ihre Unkultur vergessen haben wird und staunen wird, wie wir jetzt über die Gebeine der vorsintflutlichen Menschen staunen *(Große Heiterkeit und Zurufe rechts: Gebeine ist gut!)*, über die kulturellen Vorstellungen, in denen Sie noch heute leben. Meine Herren, es ist ja nichts Neues: aus den Zeiten Friedrichs des Großen bereits rührt diese Abhängigkeit der deutschen und preußischen Polizei von Rußland her. Treitschke hat gegenüber dieser Politik Friedrichs des Großen ein scharfes Wort geprägt; er hat über die Monarchie Friedrichs des Großen in bezug auf die Teplitzer Punktation gesagt:

> Friedrich der Große gab einer fremden Macht eine Zusage in inneren Angelegenheiten, deren Regelung jeder selbstbewußte Staat sich selbst vorbehalten muß. Es war die schlimmste Demütigung, der Preußen jemals unterworfen worden ist. *(Hört, hört! bei den Soz.)*

Eine schimpfliche Demütigung war auch dasjenige, was sich damals — vor 6 Jahren — ereignete, insbesondere der schmähliche, mit einer fürchterlichen Blamage Preußens endende Königsberger Hochverratsprozeß. Die heilige Alliance, deren Traditionen gegenüber Rußland noch heute mit einer Sorgfalt und Zärtlichkeit fortgepflanzt werden, als ob es sich um die Pflege einer der wertvollsten Pflanzen handle, ist in der Tat heute noch in vollem Umfange in Wirksamkeit, mindestens soweit es sich um die polizeilichen Verbrüderungsverhältnisse zwischen Preußen und Rußland handelt. Einseitig waren ja schon zu den Zeiten der heiligen Alliance diese Verbrüderungsbeziehungen. Schon damals war es Rußland, das in die inneren preußischen Verhältnisse eingriff, während natürlich die Gegenseitigkeit nicht möglich war. Genau so ist es gegenwärtig. Wir haben

in diesen Vorgängen vom Jahre 1904, die ich mir zu schildern gestattet habe, nichts anderes zu erblicken, als eine Fortsetzung jener alten Traditionen aus den Zeiten jener Kotzebue und Konsorten.

. . . Meine Herren, vor etwa 1½ Jahren begann der russische Revolutionär Wladimir Burzew die bekannten Enthüllungen über die russischen Lockspitzel und Provokateure, jene Enthüllungen, die die ganze zivilisierte Welt Monate lang in Atem hielten. Sie wissen, daß bei diesen Enthüllungen besonders zwei Namen eine Rolle gespielt haben, die Namen Asew und Harting.

Asew ist charakterisiert worden als der größte Lockspitzel der Welt, als der größte Verräter, den es jemals gegeben haben mag. Man hat von ihm gesagt, daß, wenn einstens die Verräterei eines Judas Ischariot längst vergessen sein werde, dann noch in dem Gedächnits der Menschen haften bleiben werde der Name Asew und die Erinnerung an seine niederträchtige, an seine verworfene und verruchte Verräterei. Asew ist in der Tat eine Persönlichkeit, die für uns nicht nur historisches und kulturhistorisches Interesse bietet, sondern die wir auch deshalb alle Veranlassung haben genauer zu betrachten, weil sie — wie ich mir nachher darzulegen gestatten werde — für die russischen Verhältnisse typisch ist und infolgedessen, wenn wir wissen wollen, wie über unseren Antrag zu entscheiden ist, wir uns über den Charakter dieser Persönlichkeit klar sein müssen.

Meine Herren, Asew ist der Mitbegründer der sozialrevolutionären Partei, d. h. derjenigen russischen revolutionären Partei, die unter anderem den Terror anerkannt hat. *(Hört, hört!)* Er ist die Hauptperson und der Begründer der sogenannten Kampforganisation gewesen, die dann als Spezialorganisation der sozialrevolutionären Partei abgezweigt wurde zur Ausführung der Attentate. *(Hört, hört!)* Meine Herren, Asew ist nach Gerschunis Verhaftung, die auf seinen Verrat erfolgte, — seines guten Freundes Gerschuni, mit dem zusammen er in der Kampforganisation gestanden hat und den er ans Messer lieferte am 13. Mai 1903 — der Autokrat gewesen, das Haupt, der absolute Herrscher in dieser Kampforganisation, von der aus alle Attentate verübt worden sind, die in der Welt bekannt geworden sind in den letzten Jahren vor der russischen Revolution, in der Zeit der russischen Revolution und nach der russischen Revolution selbst. Meine Herren, Asew hat sich mit der *Vervollkommnung der terroristischen Technik* in ganz besonderer Weise beschäftigt. Er ist im Jahre 1904 nach Mazedonien, nach dem Balkan gefahren und hat andere zu Studienreisen dorthin geschickt, um die besonders wirksamen Explosivstoffe dort zu studieren. Asew hat die Technik des Terrorismus vervollständigt und umgeschaffen, er hat insbesondere jenes alte Wort wiederum aufgenommen, das bereits unter der Zeit der Narodnaja Wolja geprägt worden ist, daß der Revolver Unglück bringe; er hat die Attentatstechnik wiederum auf die Bomben und das Dynamit zurückgeführt und die Kampforganisation wiederholt reorganisiert. Er hat schließlich nach dem Attentat auf Plehwe — auf das ich noch zu sprechen kommen werde — die Kampforganisation in drei Detachements geteilt, die die Ermordung des Gouverneurs Trepow, des Großfürsten Sergius und des Generals Keighels zur Aufgabe haben sollten. Er bezog 30 000 Franken jährlich für seine Tätigkeit. Er ist unter den Namen Winogradow, Tscherkassow, Raskin, Asew und anderen Namen bekannt gewesen bei der Polizei und bei den russischen Revolutionären. Meine Herren, dieser größte Verräter, dieser größte und verruchteste Judas, den es jemals gegeben hat, hat in einer besonders interessanten Weise sich seiner Mitarbeiter und Konkurrenten auf dem Gebiet

des Spitzeltums zu entledigen gewußt. Es gab zwei Konkurrenten von ihm, Tatarow und Gapon, denselben Priester Gapon, der am 22. Januar 1905 den berühmten Zug der Petersburger Arbeiter zum Zarenpalast geführt hat. Er hat den Tatarow der Spitzelei verdächtigt — er war ja auch ein Spitzel —, und als man mit ihm nicht rasch ein Ende machen wollte, als man noch untersuchen wollte, ob er wirklich ein Spitzel sei, sagte er zu seinen revolutionären Freunden, die an seine Ehrlichkeit glaubten: „Es handelt sich nicht darum, ihn zu verhören, sondern es handelt sich darum, ihn zu töten." Er ist es ja auch gewesen, der durch Rutenberg die Ermordung des Gapon hat durchführen lassen.

Die Zahl der von Asew organisierten Attentate geht in die Legion. Er hat mitgewirkt bei der Inszenierung der Attentatsversuche gegen den Grafen Kutaissow, den Generalgouverneur von Irkutsk, gegen den Fürsten Nakachidze, den Gouverneur von Baku und den Generalgouverneur Unterberg von Nischninowgorod. Er hat vom Januar bis Mai 1906 Attentate inszeniert gegen den Minister Durnowo, gegen den Admiral Dubassow, gegen den Kriegsminister General Rödiger, gegen den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, gegen die Generale Minn und Niemann, gegen den Justizminister Akimow. Und er ist es, auf den die *Blutschuld für die Ermordung jenes Fabrikanten Müller* fällt, der durch die Kugel der Tatjana Leontjew getötet ist. Diese war durch ihn beauftragt, Durnowo zu ermorden; bekanntlich wurde Müller für Durnowo gehalten und von der Tatjana Leontjew aus diesem Grunde erschossen. Asew hat die Pläne ausgearbeitet zu den Attentaten gegen Trepow und gegen die Großfürsten Wladimir und Sergius, sowie gegen Keighels, von dem ich eben schon sprach, und zwar bis in alle Einzelheiten. Er hat auch den Terroristen die Pässe verschafft, mit denen sie nach Rußland fahren konnten.

Ich möchte mir gestatten, hierbei daran zu erinnern, daß es sich hier nicht um Vorgänge handelt, die in Deutschland so gar nicht ihresgleichen finden. Wenn wir an das Niederwaldattentat denken, so wissen wir, daß es ganz zweifellos zu einem großen Teil unter Mitwirkung von Polizeispitzeln inszeniert war, und es ist bekannt, daß die preußische Polizei bereits so frühzeitig von dem Niederwaldattentat wußte, daß sie in der Lage gewesen wäre, es im Keime zu ersticken, daß sie es aber wohlüberlegt nach einer ganz bekannten Taktik der Polizei bis nahe zur Vollendung hat gedeihen lassen, um dann mit einem möglichst großen Eklat einzugreifen, die Attentäter verhaften und an ihnen ein Exempel statuieren zu können. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß man nicht nur bei der preußischen Polizei, sondern in weiten Kreisen, sogar in parlamentarischen Kreisen über diese Vorgänge schon gesprochen hat, bevor das Attentat in den äußeren Formen inszeniert war, daß man wußte, daß die Polizei ein ihr bereits bekanntes Attentat unter ihren Händen weiter gedeihen lasse, um erst, nachdem es möglichst weit gediehen wäre, zuzufassen und schließlich ihre Konsequenzen daraus zu ziehen. In genau derselben Weise hat die russische Polizei, haben Asew und seine Vorgesetzten ständig verfahren.

Asew hat an dem Attentat gegen den General Sacharow, Gouverneur von Saratow, gegen den Vizegouverneur von Tambow, Bogdanowitsch, und gegen Chwostow, den Gouverneur von Tschernigow, teilgenommen und hat alle Vorbereitungen dazu getroffen. Er hat die Attentate auf Stolypin, die nach dem Jahre 1906 wiederholt unternommen, wenigstens vorbereitet worden sind, im einzelnen ausgearbeitet. Schon im Jahre 1907 ist es weiter Asew gewesen, der ein Attentat *auf den Zaren* sorgfältig ausgearbeitet hat. Im Jahre 1908 hat er *wiederum ein Attentat auf den Zaren* sorgfältig vorbereitet, und zwar, wie aus den Enthüllungen

der russischen Polizeibeamten deutlich hervorgeht, um deswillen, *weil er seinen Kredit bei den Revolutionären auf diese Weise heben wollte. Nur durch einen Zufall ist es nicht zur Ausführung dieser Attentate gegen den Zaren damals gekommen.* Meine Herren, Asews Plan, durch den er schließlich die Spuren seiner verbrecherischen Tätigkeit zu beseitigen gedacht hatte, die ganze Polizei, die ganze russische Geheimpolizei, das Gebäude der Ochrana, in die Luft zu sprengen, ist ja von seinem Freunde Ssawinkow, der neben ihm in der Kampforganisation tätig war, der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden.

Meine Herren, *eine ganze Anzahl von Attentaten*, die Asew ausgearbeitet hatte, *ist aber auch ausgeführt* worden. Ganz abgesehen von dem Falle Müller, von dem ich eben schon gesprochen habe, abgesehen von dem Attentat auf den Fürsten Obolenski, auf Ssipjagin und Bogdanowitsch, Attentaten, die noch nach der alten Methode gemacht wurden, kommen insbesondere die großen Attentate auf *Plehwe* vom 15./28. Juli 1904 und den *Großfürsten Sergius* vom 4./17. Februar 1905 in Betracht. Es darf als festgestellt und dokumentarisch bewiesen bezeichnet werden, daß diese beiden Attentate von Asew ausgearbeitet worden waren mit Wissen seiner vorgesetzten Behörde *(Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!)*, mit *Wissen insbesondere seines unmittelbaren Chefs Raschkowski, und daß diese Attentate trotz alledem zur Ausführung gelangten.* Meine Herren, wie man dazu gekommen ist, diese Attentate doch zur Ausführung zu bringen, das will ich Ihnen in aller Kürze auseinandersetzen. Sie werden gerade daraus ersehen, welche Gefahr diese Art von Provokation darstellt.

Raschkowski war der Chef der politischen Auslandspolizei gewesen. Er hatte sich mit Plehwe veruneinigt, und dieser hatte ihn daraufhin entlassen. Nunmehr hat dieser Raschkowski, um sich an dem Minister des Innern Plehwe zu rächen, diese Attentate durch Asew organisiert und Plehwe aus dem Wege räumen lassen. Auf diese Weise ist es ihm möglich geworden, wieder die Bahn frei zu bekommen. Er wurde dann, nachdem Plehwe aus dem Wege geräumt war, wiederum zum Leiter der russischen politischen Polizei des Auslandes eingesetzt. Meine Herren, in genau derselben Weise ist es mit dem Großfürsten Sergius geschehen. Allerhand Koterien und Fraktionen treiben hier ihre Intrigantenpolitik gegeneinander und suchen sich gegenseitig zu vernichten, so wie ein Provokateur den anderen, der ihm im Wege steht, zu vernichten sucht, so wie Asew den Tatarow und den Popen Gapon vernichtet hat. Auf diese Weise sind eine ganze Anzahl von Attentaten mit Wissen und Willen der russischen Polizei durch diesen Asew ausgeführt worden. So ist es auch mit dem Attentat auf den Grafen Ignatiew vom 9./22. Dezember 1906, auf den Präfekten von Petersburg, von der Lannitz, vom 21. Dezember 1906, mit dem Attentat auf den Generalstaatsanwalt Pawlow und den Chef des russischen Strafvollzugs Maximowski. Ebenso ist es mit einem Attentat auf Dabessow vom Jahre 1906 gewesen, das nur durch einen Zufall nicht zur Ausführung kam.

So sehen Sie, meine Herren, daß es mit diesem Lockspitzel und Provokateur eine eigene Sache ist. Asew ist nicht nur in dem gewöhnlichen Sinne eines Provokateurs tätig gewesen, um sich selbst ein Air zu verleihen und doch rechtzeitig alle Gefahr zu beseitigen, sondern er hat sich in ganz überlegter Weise bei allerhand Intrigen zwischen Parteien und innerhalb der Regierungskreise selbst als *politisches Werkzeug* benutzen lassen. Er hat eine außerordentlich große Zahl von Mordtaten auf sein Gewissen geladen nur aus den Gründen, von denen ich eben gesprochen habe.

Dieser Asew ist ja auch lange Zeit hindurch in Deutschland gewesen; er hat sich in Karlsruhe und Darmstadt aufgehalten und ist damals bereits als Spitzel und Provokateur tätig gewesen. Er ist, wenn er sich auch meist in der Schweiz und in Frankreich aufgehalten hat, ziemlich häufig und lange in Berlin gewesen und hat hier mit den hiesigen russischen revolutionären Kreisen enge Fühlung genommen und durch sein Wesen den Eindruck zu erwecken gewußt, als ob er eine ehrliche Persönlichkeit sei. Hiermit genug von Asew.

Ich komme zu der zweiten Persönlichkeit, die im Vordergrunde steht; das ist die sogenannte Spitzelexzellenz Harting. Dieser Harting heißt eigentlich nicht Harting, sein ursprünglicher Name ist Abraham Heckelmann; er ist dann unter dem Namen Landesen in revolutionären Kreisen aufgetreten und hat bereits im Jahre 1890 am 28. Mai an eine Anzahl seiner Freunde in Paris Bomben verteilt, die er selbst fabriziert hat, nachdem er eine Bombenwerkstatt mit Polizeigeld eingerichtet hatte. Meine Herren, er hat diese von ihm so mit Bomben versorgten Freunde der Polizei gleichzeitig denunziert und ihre Ausweisung erreicht. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Für diese Spitzeltat hat sich dann der russische Kaiser der französischen Polizei außerordentlich dankbar erwiesen.

Meine Herren, es ist Ihnen bekannt, daß dieser selbe Harting-Landesen dann späterhin in Dorpat gewesen ist und sich an dieser früheren deutschen Universität bemüht hat, indem er geheime Druckereien organisierte, die er der Polizei verriet, in derselben Weise provokatorisch Unheil anzustiften, wie das eben von ihm in Paris geschehen war. Derselbe Harting war es, nach Vertrauen erweckenden Meldungen, der im Jahre 1904 das russische Geschwader bei der Doggerbank gegen die bekannten Huller Fischerboote aufgehetzt hat und sie zu dem bekannten einzigen siegreichen Seegefecht der russischen Flotte veranlaßt hat.

Meine Herren, Harting ist es gewesen, der im Jahre 1906 in jener berüchtigten Affäre Tscherniak oder Tschorniak in Stockholm jene verbrecherische Rolle gespielt hat. Tscherniak sollte ausgeliefert werden; dieses Ansinnen wurde von Rußland an die schwedische Regierung gestellt. Die schwedische Regierung — ich bin in dieser Sache selbst mit tätig gewesen — lehnte dieses Ansuchen ab: Tscherniak wurde freigelassen und fuhr auf einem Schiffe nach Belgien. Als das Schiff in Belgien ankam, wurde er vergiftet in seiner Kabine aufgefunden. Meine Herren, es ist festgestellt worden, daß Harting und seine Kreaturen mit ihm den unbequemen russischen Revolutionär auf diese Weise auf der Fahrt ums Leben gebracht haben.

Meine Herren, des weiteren ist es Harting gewesen, der im Jahre 1907 in Deutschland bei Gelegenheit des Zarenbesuchs in Swinemünde tätig war. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Da war in die Hände eben dieses Harting die persönliche Sicherheit des Zaren gelegt worden. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Damals hatte allerdings die preußische Polizei dem Vernehmen nach bereits ernstliche Bedenken getragen, diesem Manne Vertrauen zu schenken *(Hört, hört!)*, und sie soll sich nach Kräften darum bemüht haben, zu verhindern, daß dieser Schutzengel des Zaren nicht seinerseits durch Anzettelungen von Attentaten und dergleichen Geschichten auf deutschem Boden Unfug stiften könne. *(Hört, hört! bei den Soz.)*

Meine Herren, es ist Ihnen ja bekannt, daß von dem Jahre 1901 bis zum Jahre 1905 eben dieser selbige Harting in Berlin offiziell als Vertreter der russischen Polizei, des russischen Ministeriums, als Leiter der politischen Auslandspolizei oder als Vertreter des Leiters der politischen Auslandspolizei tätig gewesen ist. Es ist Ihnen bekannt, daß die Enthüllungen des „Vorwärts“ aus dem Anfang des Jahres

1904, die ja einerseits bestätigt worden sind von der Regierung in den bekannten Sitzungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, andererseits jetzt, nachdem Harting einmal entlarvt worden ist, durch allerhand offiziöse Erklärungen der preußischen Regierung, so daß alle diese Tatsachen über die Tätigkeit Hartings in Berlin der Wahrheit entsprechend erwiesen sind.

Meine Herren, diese Tätigkeit, die Harting damals in Berlin entfaltet hat, ist eine außerordentlich mannigfaltige gewesen. Harting hat damals eine ganze Anzahl von Personen beschäftigt, die zum Teil namhaft gemacht worden sind von der sozialdemokratischen Presse. Dazu gehörte ganz besonders ein gewisser Wolz, der mit der Beobachtung meines Freundes, des Dr. v. Wetschesloff, betraut wurde und der in einer zweifelsfrei nachgewiesenen Weise sich darum bemüht hat, Postbeamte zu bestechen, das Telegraphengeheimnis zu durchbrechen usw.

Meine Herren, dieses Vorgehen des Harting, der diesen Namen übertragen bekommen hat vom Zaren, indem er von seinem alten jüdisch und daher etwas despektierlich klingenden Namen befreit wurde, weil der Zar ihn als seinen Lebensretter betrachtete, ist in höchstem Maße verderblich gewesen. Harting hat in Deutschland *einen Aufwand von jährlich ungefähr einer halben Million gemacht* und diesen Aufwand damit begründet, daß er dieses Geld *zum Schmieren* nötig gehabt habe. Meine Herren, wozu kann denn dieser Mann Schmiergelder anders gebraucht haben, als um Beamte zu bestechen? Es ist von unserer Seite ja wiederholt vor der großen Gefahr gewarnt worden, daß durch diese lichtscheuen Elemente, daß durch dieses Spitzelgesindel Beamte, ehrenwerte Beamte in einer Notlage gefaßt und durch Bestechung zu Handlungen verleitet werden, die sie für ihr Lebtag unglücklich machen. Man hat sich in die Brust geworfen und getan, als ob man da eine schwere Beleidigung, die die Sozialdemokratie gegen den Beamtenstand schleudere, abwehren müsse, als ob von alledem überhaupt keine Rede sein könne. Meine Herren, wir sind sicherlich so fest wie möglich davon überzeugt, daß gerade der untere Beamtenstand in Preußen und in Deutschland in einer Weise seine Pflicht erfüllt, die weit über das hinausgeht, was nach der Art des Entgeltes, das diese Beamten bekommen, ihre Pflicht sein würde. Aber, meine Herren, das unterliegt nicht dem allergeringsten Zweifel, daß es irgendeinem geschickten Versucher möglich ist, wenn diese Leute in Not geraten, — das kann sehr leicht eintreten — diesen oder jenen Familienvater, bei dem vielleicht kranke Angehörige zu Bett liegen usw., einmal auf Abwege zu bringen, wie die Polizei es gar so oft schon fertiggebracht hat, Ehrenmänner, aber schwache Naturen, auf die schiefe Bahn zu bringen und zur Spitzelei zu verführen. Es ist also durchaus anzunehmen, daß die Tätigkeit dieses russischen Polizeibeamten, wenn auch dem Reichskanzler nichts davon bekannt war, daß er sich zu verbrecherischen Handlungen hat hinreißen lassen, doch dazu geführt hat, daß Bestechungen versucht worden sind und sicherlich auch mit Erfolg ausgeübt worden sind gegen Beamte verschiedener Kategorien. Ich meine, daß schon dieser Gedanke die deutsche Reichsregierung veranlassen müßte, Elementen solcher Art den Aufenthalt in Preußen und in Deutschland ein für allemal unmöglich zu machen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Meine Herren, Harting ist außerdem im Jahre 1906 in Deutschland gewesen, worüber wir ganz sichere Nachrichten haben. Asew und Harting sind zu der Zeit des Königsberger Prozesses tätig gewesen. Harting ist sicherlich ein Inspirator des Königsberger Prozesses gewesen, und mit dem Schriftenversand hat sich gerade damals lebhaft Asew beschäftigt. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Ebenso

kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Asew oder seine Werkzeuge im Falle Mirski ihre Hand mit im Spiele haben.

Meine Herren, die Tätigkeit, die in all diesen Fällen entfaltet ist, ist von der deutschen Regierung allerdings nicht, wie mir scheint, nach Gebühr geahndet worden. Die deutsche Regierung hat, wie man glauben darf, — denn es liegen auch darüber dokumentarische Nachrichten vor — einem Mann wie Harting nicht etwa den verdienten Fußtritt versetzt und ihn mit Schimpf und Schande über die Grenze gejagt, sondern sie hat ihn dem Vernehmen nach *mit dem Roten Adlerorden 3. Klasse*, jedenfalls mit einem preußischen Orden, dekoriert. Meine Herren, wir haben von unserem Standpunkt gar keine Veranlassung, darüber zu wachen, daß das Ansehen der preußischen Orden möglichst hoch bleibe. Meinethalben können derartige Ordensverleihungen — und ähnliche Ordensverleihungen sind ja auch sonst noch oft genug passiert; ich erinnere nur an die bekannte Dekorierung von Stössel usw. -- stattfinden. Wir haben gar nichts dagegen einzuwenden, wenn das Institut der Orden auf diese Weise diskreditiert wird. *(Sehr gut! bei den Soz.)* Ueber den Aufenthalt Hartings in Berlin wird noch bemerkt, daß er vom Propste Malzew in Berlin getauft ist, als er den Namen Harting bekam *(Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!)*, und daß der Attaché der russischen Botschaft in Berlin, der Graf Murawiew, der spätere Minister des Auswärtigen, als Taufpate dieses Oberspitzels fungierte. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Eine feine Familie, diese russischen Beamten, das muß man sagen!

Weiter: er hat in Nikolassee unter dem Namen Ingenieur Hartwig eine Villa lange bewohnt, und dort hat sich auch Asew häufig bei ihm aufgehalten. — Meine Herren, die preußische Regierung hat im Juli 1909 eine Art Dementi vom Stapel gelassen, wonach die russische Geheimpolizei in Berlin seit 1905 nichts mehr zu tun habe. Meine Herren, ich hoffe, Ihnen rasch genug nachweisen zu können, daß es sich hierbei um nichts handelt als um einen *Verdunkelungsversuch* der Regierung.

Was ich Ihnen über Asew und Harting an nackten Daten vorgetragen habe, ist nichts mehr, was man jetzt noch ausschließlich auf die Autorität eines Burzew hin und die innere Wahrscheinlichkeit der einzelnen Vorgänge hin zu glauben braucht, sondern es ist jetzt offiziell von der russischen Regierung bestätigt, nicht nur durch einen hohen Beamten, den Chef des russischen Polizeidepartements, Lopuchin, sondern auch durch die russischen Strafverfolgungsbehörden und die russischen Gerichte in dem Prozeß, der bekanntlich gegen Lopuchin am 28. April/11. Mai 1909 wegen Verrats von Geheimnissen angestrengt wurde. In einem offiziellen Bericht des Polizeidepartements, der im Prozeß Lopuchin erstattet wurde, sind 28 terroristische Attentate aufgezählt, an denen Asew mit Kenntnis der Polizei mitgewirkt hat. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Meine Herren, Asew ist aber nicht der einzige. Wir haben auch noch den berüchtigten Komissarow, der insbesondere in fremde Botschaften eingedrungen ist, sich dort mit Nachschlüsseln wichtiger Dokumente bemächtigt hat. Wir haben schließlich alle Veranlassung, hier auch der Sinaida Jutschenko zu gedenken, jenes weiblichen Asews, die ebenso zu dem Abschaum der Menschheit gehört wie die drei eben von mir erwähnten Personen.

Meine Herren, die Summe alles dessen, wovon ich eben gesprochen habe — „nehmt alles nur in allem" —, wir können sagen: es kann eine verderbtere Polizei, eine skrupellosere Polizei, eine gewissenlosere, verruchtere Polizei als die russische überhaupt nicht geben. *(Abgeordneter Hoffmann: Sehr wahr!)* Man muß bei jedem russischen Beamten, aber bei den Polizeibeamten ganz besonders, und bis

oben hinauf, damit rechnen, daß sie Verbrecher schlimmster Sorte sind. (*Sehr richtig! bei den Soz.*) Man muß damit rechnen, daß sie eine Vergangenheit haben, die mit Blut besudelt ist. Man muß damit rechnen, daß sie Provokationen schlimmster Art auf dem Gewissen haben, und daß sie nach ihrer Vergangenheit jeden Augenblick bereit sein werden, in ähnlicher Weise Gesetz, Recht und Menschlichkeit mit Füßen zu treten und Judas Ischariot zu überbieten, wie es von ihnen in ihrer Vergangenheit geschehen ist.

Es ist ja auch nichts ganz neues für die russische Polizei; die auswärtige russische Polizei, soweit sie sich mit der auswärtigen Polizei befaßt, ist ja stets ähnliche Wege gewandelt. Es ist bekannt, wie schon der russisch-türkische Krieg inszeniert worden ist durch ähnliche Machenschaften. Es ist bekannt, daß Räuberbanden über die türkische Grenze geschickt wurden und 1876/77 Veranlassung zum Ausbruch des Krieges gaben. Es ist erinnerlich, daß 1893 bei Wilhelmi in Berlin die Schrift eines gewissen R. Leoneff erschienen ist, die sich nennt: „Geheimdokumente der russischen Orientpolitik von 1881 bis 1890". Im Herbst 1903 sind in der Vetscherna Posta in Sofia Dokumente des russischen Agenten Weißmann veröffentlicht worden, die eine dankenswerte Ergänzung zu seinen Geheimdokumenten der russischen Orientpolitik bilden. Diese Dokumente von Weißmann und die von Leoneff auf Veranlassung von Stambulow veröffentlichten Dokumente ergeben deutlich das verbrecherische Treiben der russischen Diplomatie und der russischen auswärtigen Polizei.

Es ist von uns in dem Königsberger Hochverratsprozeß dies Material vorgetragen worden, es ist von einem russischen Staatsrechtslehrer bestätigt worden, daß jene von Leoneff veröffentlichten Dokumente ihrem ganzen Charakter nach echt seien. (*Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!*) Es haben allerdings gelegentlich Ableugnungsversuche stattgefunden. Beim letztenmal, wo diese Dokumente in der russischen Duma zur Sprache gebracht worden sind, hat die russische Regierung es nicht mehr vermocht, ein Dementi aufrechtzuerhalten. (*Hört, hört! bei den Soz.*)

Danach ist damals von den russischen Polizei- und Regierungsagenten unternommen worden, durch Anwendung strafbarer Mittel, Verschwörungen, Agitationen im Heere, Attentate, den gewaltsamen Umsturz der Verfassungen besonders in Bulgarien und Serbien herbeizuführen, insbesondere die Ermordung Stambulows und des serbischen Königspaares — in dieser Richtung haben wir auch noch andere bekannte Enthüllungen — zu veranlassen und zu fördern. Eine große Anzahl von Einzelheiten ist bekannt geworden, aus denen hervorgeht, daß versucht worden ist, Eisenbahnzüge in die Luft zu sprengen, Würdenträger zu vergiften, mit Bomben zu töten usw. Ueber alle diese Dinge liegen offizielle chiffrierte Depeschen vor, die zwischen dem asiatischen Departement der russischen Regierung und den Geschäftsträgern und Vertrauensleuten der russischen Regierung im Balkan gewechselt worden sind. (*Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!*)

Meine Herren, ich habe nicht die Absicht, Ihnen hier weitere Einzelheiten vorzutragen. Ich darf darauf hinweisen, daß insbesondere in Rustschuk Depots von Dynamitpatronen angelegt wurden, die zur Verwertung der russischen Agenten standen. (*Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!*)

Man könnte glauben, das gehöre der Vergangenheit an. Aber, meine Herren, es gehört in der Tat nicht der Vergangenheit an, es gehört noch immer der russischen Gegenwart an. Wenn wir betrachten, wie nach den neuesten Enthüllungen,

insbesondere nach der von Burzew herausgegebenen Schrift: „Der Zar und die auswärtige Politik" die russische Politik den japanischen Krieg entfesselt hat, so sehen wir, daß damals in genau derselben Weise gearbeitet worden ist. Es ist bekannt, daß, während damals angeblich die russische Politik in den Händen der Minister, der Kuropatkin und Graf Lambsdorff lag, tatsächlich der Zar die ganze ostasiatische Politik machte, privatim, durch seine persönlichen Agenten, die Absasa, Besobrasow und andere. Eine Kamarilla hatte sich dort gebildet, die schließlich über die Köpfe der Minister hinweg jenen Krieg verbrecherisch entfesselt hat. Es ist bekannt, daß der Graf Lambsdorff darüber ein Orangebuch herausgegeben hat, in dem er dieses Verfahren aufs schärfste angegriffen hat und diese Art der russischen Politik als früherer hoher Staatsmann Rußlands gebrandmarkt hat.

Aus der neuesten Zeit sei schließlich der größten Schandtaten und Niederträchtigkeiten der russischen Polizei im Auslande, in *Persien* gedacht. Es ist Ihnen bekannt, daß dort es der Oberst Liachow gewesen ist, der immer und immer wieder eingegriffen hat, der das dortige Parlament, die Medschlis, auseinandergetrieben hat, der an den Metzeleien unter den freiheitlichen Angehörigen der persischen Nation mitgewirkt und in der unerhörtesten Weise gewalttätig eingegriffen hat. Während er in den Gang der inneren politischen Entwicklung Persiens eingriff, hat die russische Regierung die Stirn besessen, der Oeffentlichkeit gegenüber den Anschein zu erwecken, als ob sie mit Liachow nichts zu tun habe, als ob er ganz auf eigene Faust handele und in persische Dienste getreten sei. Nun ist vor wenigen Monaten, wie Ihnen wohl bekannt sein dürfte, von E. G. Brown eine kleine Broschüre veröffentlicht worden: „The Responsability of the Russian Government for the „Chaos" now existing in Persia", worin eine Anzahl von Dokumenten publiziert worden ist. Edward Brown ist im Pembroke College, Cambridge, als Professor tätig, also eine durchaus offizielle Persönlichkeit. Er veröffentlicht vier Briefe des Colonel Liachow, aus denen deutlich hervorgeht, daß dieser in Persien mit Wissen der russischen Regierung unerhörte Verbrechen begangen hat. Alle seine Schreiben sind gerichtet an den General Staff, den Chef des russischen Militärs im Kaukasusdistrikt. Er hat diesem General Staff zunächst in einem Brief vom 27. Mai (9. Juni) 1908 seine Absicht, gegen das persische Parlament vorzugehen, unterbreitet. Die Absicht geht dahin: das persische Parlament, das er ein „nest of robbers and bribetakers" nennt, mit Waffengewalt zu zersprengen und die Verteidiger des Parlaments niederzumachen, aber auch alle die Mitglieder des Parlaments zu töten, die irgendeinen Widerstand leisten würden. Er hat dann im Schreiben vom 31. Mai (13. Juni) einen sorgfältigen Plan ausgearbeitet, der nicht weniger als 10 einzelne Punkte enthält, in denen Bestechungen und Mord die Hauptrolle spielen. *(Hört, hört! bei den Soz.)* Er spricht z. B. davon: „With the fund of the Legation and of the Shah to bribe important members of the Majlis and the Ministers, d. h. mit den Fonds der russischen Gesandtschaft und des Schahs einflußreiche Mitglieder der Medschlis und die Minister zu bestechen, um sie auf diese Weise für seine Zwecke zu gewinnen." Und dann spricht er weiter davon, daß die Kosaken die Medschlis umringen, mit Artillerie beschießen und auseinandertreiben, daß die Widerspenstigen gehängt oder verbrannt werden sollen, und insbesondere, um auch zu verhindern, daß sich irgend jemand in die englische Botschaft flüchten könne, wo sie Sicherheit finden würden, daß die englische Botschaft besonders scharf bewacht werden solle. Das ist bekanntlich ausgeführt worden und hat zu einem scharfen Protest Englands gegen dieses völkerrechtswidrige Verhalten gegenüber der englischen Gesandtschaft von

seiten dieses gewalttätigen Russen geführt. Auch dieser Brief schließt: „awaiting your commands", d. h. „Ihrer Befehle gewärtig. — Liachow *unterstützt also die Befehle der russischen Regierung.*

In einem Schreiben vom 15. Juni 1908, nachdem das große Werk nach Wunsch gelungen war, teilt eben dieser selbe Colonel Liachow dem General Staff mit, daß alles wunderschön gegangen sei, und er preist sich glücklich, daß Seine Kaiserliche Majestät der Zar ihm ganz persönlich telegraphisch zu seiner Schandtat gratuliert hat *(Hört, hört! bei den Soz.)* mit den Worten: „Well done Cossaks! Thanks to the brave officers!" also: „Brav gemacht, Kosaken, Dank den tapferen Offizieren!" — So telegraphiert der Zar, so beglückwünscht der Zar, der Vertreter des russischen Reiches den Colonel Liachow in dem Augenblick, wo er eins der schnödesten Verbrechen begangen hat, für eben dieses Verbrechen! *(Hört, hört! bei den Soz.) Das ist der Zar von Rußland! (Glocke des Präsidenten.)*

Präsident *v. Kröcher* (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Liebknecht, Sie haben zwar schon die russische Polizei beleidigt. Aber daß Sie jetzt auch den Herrscher eines uns befreundeten Landes beleidigen, das geht zu weit. Herr Abgeordneter Liebknecht, ich rufe Sie zur Ordnung. *(Bravo!)*

Meine Herren, es ist ja nicht nur in Rußland, daß man jenes bekannte Wort gerufen hat: Bénit soit la Bombe! Gesegnet sei die Bombe! und es ist bekannt, meine Herren, daß sich die Regierungen seit jeher gern mit dem Lockspitzeltum verbunden haben, daß besonders in *den Zeiten der Autokratie* das Lockspitzeltum immer und immer wieder blüht. Das ist der Grund, weshalb das Lockspitzeltum, die Provokation in Rußland einen besonders breiten Boden hat, und das ist der Grund, daß das Lockspitzeltum auch bei uns in Preußen und in Deutschland jeweils, entsprechend dem Grade der inneren Reaktion, einen guten Boden findet, weit über das hinaus, was wir von anderen Staaten sagen können.

Es ist ja eine besondere Aufgabe der Lockspitzelei, daß sie als bequemes Werkzeug in den Händen politischer Koterien und Fraktionen, Rivalen und Intriganten benutzt werden kann. Sie sind unkontrollierbar, diese Lockspitzel, und sie geben die beste Möglichkeit, die unheimlichen Machenschaften, an denen das autokratische Regiment von Rußland so besonders reich ist, ausgiebig zu unterstützen und zu betätigen. So kann man sich nicht wundern, daß das Lockspitzeltum in Rußland in dem Umfange blüht.

Selbstverständlich sind die Elemente, die zu einer solchen Polizeitätigkeit ausgenutzt werden können, nie und nimmer anständig. „Gentlemen arbeiten nicht für uns", hat bereits für Preußen Puttkamer gesagt. Und in Rußland ist es klar ausgesprochen worden: alle Polizeispitzel und Provokateure, alle politischen Kriminalbeamte sind Verbrecher. Meine Herren, wenn das in Rußland in der Duma, und zwar nicht von Sozialdemokraten, sondern von Anhängern der Kadettenpartei ausgesprochen werden darf, so, meine ich, haben wir alle Veranlassung, uns diese Kritik, dieses Urteil über die russischen Polizeiorgane ad notam zu nehmen. *(Sehr wahr! bei den Soz.)*

Um zu zeigen, in welcher Weise diese Lockspitzel arbeiten, dafür folgendes. Der Lockspitzel hat es nötig, seine Unentbehrlichkeit zu beweisen, und insbesondere müssen in Rußland die beiden verschiedenen Sorten von Polizei, die offizielle, politische Polizei, das Polizeidepartement, und die Ochrana, die nichtuniformierte „Sicherheitspolizei", sich gegenseitig überbieten, um ihre Notwendigkeit zu beweisen, muß man zeigen, daß man etwas zu verhindern versteht, daß Gefahren be-

stehen, die man verhindern muß, und so kommt man ganz *logisch einzig aus dem Institut des Spitzeltums heraus zu dem Institut der Lockspitzelei.* Wie unglücklich die Spitzel sind, wenn einmal nichts geschieht, dafür ist das Verhalten Schewiakows, des Chefs der Ochrana, charakteristisch, wie es Bakai in der Schrift: „Asew, Harting & Co.", S. 182, beschreibt. Als der Polizeikommissar Pjatijorsk nicht mehr wußte, wie er seine Unentbehrlichkeit nachweisen könnte, hat er ein Attentat gegen sich selbst inszeniert, bei dem Unschuldige getötet wurden, um auf diese Weise sein Avancement zu fördern, und zwar mit Erfolg.

Die verschiedenen Arten von Polizei und Bureaukratie überhaupt, die gegeneinander arbeiten, sich zu überbieten suchen und infolgedessen eine große Gefahr darstellen, haben wir in einem gewissen Sinne auch bei uns. Wie wir in Rußland auf der einen Seite den Grafen Witte — wenigstens im Jahre 1906 usw. — und auf der anderen Seite den Palastkommandanten und die verschiedenen Abteilungen der Polizei sehen, so bestehen ja auch bei uns verschiedene Arten von Geheimregierungen; auch wir haben unsere geheimen Militär- und Zivilkabinette, die der Verantwortung der Parlamente nicht unterliegen; und auch innerhalb der Polizei zeigen sich bei uns Erscheinungen, die durchaus denen — wenn auch auf einer andern Stufenleiter — verwandt sind, wie wir in Rußland beobachten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das Intrigantentum gerade auch in unserer preußischen Polizei vermöge der unerträglich bureaukratischen Wirtschaft und der Unselbständigkeit der Stellung jedes einzelnen Beamten außerordentlich blüht und solange blühen wird, bis eine gründliche Reorganisation der Polizei stattgefunden hat; darüber ist man sich auch bei uns in aufgeklärten Polizeikreisen vollkommen einig.

Meine Herren, ich will nicht weiter davon reden, daß Raschkowski, der schließlich die Leitung der auswärtigen Polizei Rußlands in die Hände bekam und der Vorgesetzte der Asew und Harting war, *schließlich völlig unabhängig vom Minister gestellt wurde,* so daß er auch diesem nicht einmal irgendeine Rechenschaft zu geben hatte und seine Kreaturen, diese Asew, Harting und Konsorten ihre verbrecherische Tätigkeit vollkommen unabhängig, frei und ungehindert auszuüben vermochten.

Meine Herren, es ist nicht möglich, in alle Einzelheiten einzudringen, die ich Ihnen gern unterbreiten möchte. Es ist bekannt, daß man auch in Preußen gegenüber derartigen Polizeimachinationen gelegentlich einmal die Flucht in die Oeffentlichkeit hat ergreifen müssen. Auch in Rußland war das der Fall. Auch Lopuchin hat in einem gewissen Sinne gegenüber all den Spitzelmachenschaften die Flucht in die Oeffentlichkeit ergriffen. Und, meine Herren, in der Tat, es läßt sich nicht verkennen, daß diese Flucht in die Oeffentlichkeit, die die Scham der Polizei oder die Schamlosigkeit der Polizei, möchte ich eher sagen, entblößt und ihre Geheimnisse entheimnißt, im höchsten Maße nützlich gewesen ist für die öffentliche Meinung Europas in der Beurteilung Rußlands und der russischen Polizei.

Meine Herren, diese Spitzel sind in der Lage, eine verhängnisvolle Macht über ihre eigenen Herren auszuüben; sie stellen infolgedessen, sogar nachdem bereits sie selbst und das System öffentlich gebrandmarkt ist, an und für sich noch eine große Gefahr dar — für ihre Herren, aber auch für die Allgemeinheit. Sie besitzen eine erpresserische Macht als Mitwisser und Komplizen der Verbrechen und des lichtscheuen Treibens; und sie wissen eine große Fülle von Einzelheiten, die sie befähigen, Mächte und Kräfte in Bewegung zu setzen, mit deren Hilfe sie sich einen großen Einfluß sichern, auch nachdem sie bereits entlassen sind. Die ganze Methode des lichtscheuen Treibens dieses Gesindels führt unausbleiblich dazu, daß der

einzelne Spitzel in weitem Umfange Autokrat wird, daß er der Kontrolle entzogen wird; und auch infolgedessen erwirbt er über diejenigen, die formell seine Herren sind, eine gewaltige Macht. *(Abg. Hoffmann: Hört, hört!)*

Meine Herren, die Gefahr der Lockspitzelei ist durch die Daten, die ich Ihnen aus den Tagen der Asew und Harting vorgetragen habe, genügend gekennzeichnet worden. Sie wissen, daß eine ganze Anzahl von Attentaten von diesen Leuten ausgeführt worden ist, einfach zu Zwecken von Intrigen; Sie wissen auf der andern Seite, daß die Praxis besteht — insbesondere bei Raschkowski —, daß er die Attentate und sonstigen Verbrechen nicht im Keime erstickt, sondern im Gegenteil dafür sorgt, daß sie möglichst weit gedeihen, um sie nur eben gerade im letzten Moment, wenn die Not am größten ist, zu verhindern.

Meine Herren, daß dann aber oft genug die rechtzeitige Verhinderung unmöglich wird, dafür bietet eine ganze Anzahl von Attentaten den deutlichsten Beleg.

Infolgedessen kann man sagen, daß die Provokateure, von denen eine Regierung glaubt, daß sie sie nur gegen verbrecherische Elemente, nur gegen politische Gegner anwende, sehr leicht auch für sie selbst eine große Gefahr werden können, wie ja denn auch jene gefährlichen Provokateure eine schwere Gefahr der russischen Regierung geworden sind. *(Abg. Hoffmann: Sehr richtig!)*

Meine Herren, die politischen Wirkungen jener Enthüllungen sind, wie ich vorhin bereits zu bemerken mir gestattete, allerdings recht erfreulich gewesen. Einmal hat sich die öffentliche Meinung in der Presse in sehr lebhafter Weise der Vorgänge angenommen. Dann haben sich *einige Parlamente* auch mit diesen Vorgängen beschäftigt. Insbesondere hat das französische Parlament eine sehr interessante Debatte darüber gehabt, die mit einer Beschlußfassung endigte, die von der Regierung gebilligt wurde, von Clémenceau, und in der gefordert wurde, daß die russische Polizei ein für allemal aus Frankreich hinauszuweisen sei. Dieses Votum wurde von der französischen Kammer einstimmig gefaßt. Ebenso fand in Belgien eine Erörterung in der Kammer statt, desgleichen in England, besonders unter der Führung von William Thorne. Meine Herren, in diesen Staaten sind also die Angelegenheiten Harting und Asew zur Sprache gebracht worden. Des weiteren ist auch von der *Liga der Menschenrechte* in Frankreich eine sehr scharfe Erklärung abgegeben worden, die ein weites Echo erweckt hat.

Man hat damals, als diese parlamentarischen Verhandlungen in der Presse publiziert wurden, geglaubt und die Hoffnung ausgesprochen, daß *auch in Deutschland* alsbald etwas geschehen werde. Man hat sich in dieser Richtung getäuscht. Meine Herren, in Deutschland ist nicht das allergeringste geschehen, und zwar obwohl Rußland weit davon entfernt war, irgend etwas ernstliches seinerseits gegen die Lockspitzelei zu unternehmen. Als diese Vorgänge in der Sitzung der Duma vom 20. Januar (2. Februar) zur Sprache gebracht wurden, hat Stolypin einfach alles abgeleugnet und insbesondere die Mitschuld der Regierung bestritten. Schließlich hat die russische Regierung ihrem Treiben die Krone aufgesetzt, indem sie Lopuchin verhaften ließ, jenen Mann, dem sie, wenn sie wirklich nicht schuldig gewesen wäre, auf den Knien hätte danken müssen für die außerordentlich nützlichen und dienlichen Enthüllungen, die er zum großen Teil mit veranlaßt hat. *(Sehr wahr! bei den Soz.)* Daß dieser Lopuchin nicht befördert worden ist, nicht mit einem Orden versehen worden ist, sondern daß er verhaftet und mit 5 Jahren Zwangsarbeit bestraft worden ist, ist ein schlagender Beweis dafür, daß die russische Regierung nicht nur wahrheitswidrig leugnet, schuldig zu sein, sondern daß sie auf

jede Weise *bei ihrem bisherigen Verhalten und ihrer bisherigen Methode zu bleiben gedenkt und entschlossen ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)* Es ist darnach ganz ersichtlich, *daß man sich dessen, wessen man sich bisher von Rußland hat versehen können, nach dem,* was ich Ihnen vorgetragen habe, *auch künftig von Rußland wird versehen müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.)* Jede Regierung, die die Regierung eines Kulturstaates wäre, die nicht mitschuldig wäre und künftig ähnliche Verbrechen nicht begehen wollte, würde aufgeatmet haben, daß sie endlich befreit würde aus den Klauen einer Verbrecherbande und daß es endlich möglich würde, anständige auswärtige Politik zu treiben. Aber derjenige, dem die russische Regierung das zu danken hätte, wird mit Gefängnis, Zwangsarbeit bestraft, in die Katorga gesteckt. Wir sehen ja auch bei der finnischen Politik Rußlands, nach welchen Moralgrundsätzen künftig Rußland seine Politik zu verfolgen gedenkt; wir sehen, wie die Regierung ganz offensichtlich gegen Gesetz und Recht ein kleines Land zu Boden wirft und seine Freiheit zu erdrosseln sucht; wir sehen, wie die russische Regierung *die Proteste der westeuropäischen Parlamentarier, auch der deutschen Parlamentarier, mit Hohn und Spott überschüttet.* Es ist, meine ich, doch wahrhaftig eine Sache der deutschen Ehre, auch eine Sache der Ehre der deutschen Parlamente, daß man, wenn man in dieser Weise von Rußland behandelt wird, die gebührenden Konsequenzen aus einem solchen Verhalten zieht. *Mit einem solchen Lande dürfte man überhaupt nicht mehr in diplomatischen Verbindungen stehen;* die diplomatischen Verbindungen müßten abgebrochen werden, *bis man die Garantie dafür hat, daß man es mit wirklich ehrlichen Menschen zu tun hat, bis man die Garantie hat, daß jene größten* Verbrecher, die die Weltgeschichte vielleicht kennt, jene Raschkowski, Asew, Harting und Genossen, der verdienten Strafe zugeführt sind. So lange sich Rußland mit derartigen Verbrechern solidarisch erklärt, sollte kein zivilisierter Staat mit ihm in irgendwelchen geordneten Verbindungen stehen *(Sehr wahr! bei den Soz.);* eher kann man sicherlich mit irgendeinem Räubervolk in Afrika in diplomatischen Verbindungen stehen als mit dem heutigen Rußland. Mit diesem Rußland der Gefängnisse, der Kriegsgerichte, diesem Rußland des Galgens, der Pogrome, das jetzt wieder die Juden in der unerhörtesten Weise behandelt, ausweist und einen großen Teil der eigenen Bevölkerung in dieser jeder Zivilisation ins Gesicht schlagenden Weise behandelt. Mit diesem Rußland kann man nicht eins sein, kann man nicht gemeinsame Sache machen, wo die Schwarzhunderter, jene Verbrechergesellschaft, die den Mord eines Jollos und Hertzenstein auf dem Gewissen haben, das Heft in den Händen halten und die erste Geige spielen, jene Schwarzhunderter, deren *Vereinszeichen der russische Zar bis vor kurzem noch auf seiner Brust getragen hat.* Meine Herren, dafür, daß Harting aus seiner Tätigkeit noch nicht entfernt ist, dafür haben wir die deutlichsten Belege. Es ist vor nicht langer Zeit glaubhaft und unwiderlegt berichtet worden, daß er in Brüssel von neuem die auswärtige Polizei reorganisiert habe, daß er speziell in Berlin ein Unterdepartement der Polizei zu organisieren in Begriff stehe, das auch die Zuständigkeit für Oesterreich und für die skandinavischen Länder besitzen soll. Es ist damit in deutlichster Weise festgestellt, daß man weit davon entfernt ist, Harting zu depossidieren, wenn auch die russische Regierung den Anschein zu erwecken sucht, als ob sie Harting bereits den Laufpaß gegeben habe. Meine Herren, Harting ist so oft bereits verschwunden und so oft unter anderen Namen wieder aufgetaucht und tätig gewesen, ebenso Asew, daß

man aus solchen Ausstreuungen der russischen Regierung keinerlei Folgerungen ziehen kann.

Man ist bei uns weit entfernt, demgegenüber so, wie ich geschildert und gefordert habe, zu verfahren. Man leugnet zwar ab, daß diese Harting und Genossen seit dem Jahre 1905 noch in Preußen tätig gewesen seien. Aber, meine Herren, andererseits erleben wir es immer und immer wieder, daß allerhand russische Spitzel in Deutschland gehegt und gepflegt und von der preußischen Polizei liebend in ihre Arme geschlossen werden. Mein Freund Hirsch hat Veranlassung genommen, vor kurzem den Fall dieser Chaina Fischbein hier vorzutragen, die als russische Polizeiagentin speziell auf Veranlassung und Betreiben der preußischen Polizei, damit sie es hier bequemer hat, nun in Preußen naturalisiert werden soll. Wir haben in der letzten Zeit bereits von dem bekannten Deckert, der vor kurzem in Krakau zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden ist, und von einem anderen, namens Jakob, aus Rußland gehört, daß sie beide *gleichzeitig Spitzel für Rußland und für Deutschland waren* und wohl noch sind. *(Hört, hört!)* Meine Herren, das ist, möchte ich sagen, eine Art dreieckiges Verhältnis, ein ménage à trois zwischen der russischen und der preußischen Polizei; es läßt auf eine sehr große Intimität zwischen Rußland und Deutschland schließen, daß man sich schon gemeinschaftlicher Spitzel bedient.

Meine Herren, andererseits haben wir bis zum heutigen Tage denselbigen Generalkonsul Wymotzew noch in Königsberg als russischen Generalkonsul wirken, der im Königsberger Hochverratsprozeß jene falschen Uebersetzungen des russischen Strafgesetzbuches geliefert hat, der diese falschen Uebersetzungen geliefert hat, die als Fälschungen öffentlich gekennzeichnet worden sind, und die bekanntlich der preußischen Justiz eine Blamage eingebracht haben, wie sie größer der preußischen Justiz noch nicht zugefügt worden ist. *(Sehr richtig!)* Meine Herren, dieser Herr — das darf Rußland Preußen zumuten — sitzt noch heute in Königsberg als Generalkonsul von Rußland. So drückt man seine Augen zu und breitet den Mantel christlicher Liebe aus über unanständige Handlungen gröblichster Art, über politische Spionage und politische Fälschungen, über nichtswürdige politische Provokateure.

Andererseits müssen wir darauf hinweisen, daß preußische Polizeibeamte hohe russische Dekorationen in großer Zahl bekommen haben, daß insbesondere auch der bekannte Polizeikommissar Mädler wegen seiner Verdienste um Rußland einen hohen russischen Orden, den Stanislausorden zweiter Klasse, der nur von Offizieren getragen werden darf, bekommen hat, zu dessen Anlegung ihm aber, seiner Hoffnung entgegen, die Erlaubnis von seiner vorgesetzten Behörde versagt worden ist.

Meine Herren, es ist eine schöne Sorte internationaler Courtoisie, die hier in Preußen geübt wird. Man duldet diese Leute, von denen ich eben gesprochen habe, man duldet diese Sinaide Jutschenko noch immer in Preußen, man duldet in der Mommsenstraße in Charlottenburg noch immer ein Polizeispitzelquartier. Meine Herren, man hat noch nicht einen einzigen russischen Spitzel jemals aus Preußen ausgewiesen; aber hat man je gehört, daß man auch nur im entferntesten eine ähnliche Gastfreundschaft gegenüber den russischen Studenten, gegenüber den anständigen Russen habe obwalten lassen? Gegenüber den verworfensten russischen Agenten kennt die Weitherzigkeit unserer preußischen Polizei keine Grenze. Angesichts der Fälle Grienblatt und Schöne-Brochhusen, von denen wir wiederholt gesprochen haben, angesichts der Fälschungen, die am Berliner Polizeipräsidium

verübt worden sind, kann es allerdings nicht wunder nehmen, daß die preußische Polizei hier ein mitfühlendes Verständnis für ein solches verbrecherisches Treiben der russischen Polizei hat und deshalb nicht in der Lage ist, energischer einzugreifen.

Es ist richtig, daß auch in anderen Ländern die russischen Polizeiagenten lange Zeit ungeniert gehaust haben und hausen konnten ähnlich wie hier in Preußen; aber das war ein Ausfluß der allgemeinen politischen Freiheit, der Ansiedlungsfreiheit, die allen gegenüber, auch den sogenannten revolutionären Kreisen gegenüber, ausgeübt wurde. Ganz anders ist es bei uns mit unserer einseitigen Gastfreundschaft. Bei uns gilt die Gastfreundschaft nur diesen Elementen gegenüber in so ausgiebiger Weise, wie ich es mir eben zu charakterisieren gestattet habe. Selbstverständlich geschieht es aus politischen Gründen, daß in dieser Weise verfahren wird, wie schon Bismarck in seinem Erlaß von 1882 erklärt hat: aus politischen Gründen sei es wichtig, den Wünschen der russischen Regierung zu entsprechen. Es gilt noch immer als Ihre Auffassung: tua res agitur, wie Bismarck im Jahre 1863 ausrief, und wie es verschiedentlich, so von dem Justizminister Schönstedt in dem Königsberger Prozeß wiederholt wurde. Es ist richtig: tua res agitur. Man darf sagen: *Gleiche Brüder, gleiche Kappen,* und man darf der preußischen Polizei in gewisser Beziehung auch sagen: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist. Die russischen Studenten hatten einst gemeint, an eine Solidarität der Zivilisation appellieren zu können gegenüber den Angriffen, die von den höchsten Reichsbeamten ihnen gegenüber stattgefunden haben. Das war natürlich eine Illusion, wie sie ja alsbald am eigenen Leibe erfahren mußten. Es kann, wenigstens für Preußen und die offizielle preußische Regierung, immer nur eine Solidarität der Reaktion und der Unkultur speziell Rußland gegenüber geben. Ja, meine Herren, wir müssen uns damit abfinden, hier in diesem Hause die bekannten Worte zu hören, die der Herr Abgeordnete Frhr. v. Zedlitz in jeder seiner Reden ausspricht, daß die europäische Revolution in allen Ländern solidarisch ist — er sagt es nicht mit ganz denselben Worten. Es ist kein Zweifel, daß Sie von diesem von Bismarck formulierten Gedanken immer und immer wieder ausgehen.

Wie intim Sie sich mit Rußland fühlen, ergibt sich aufs deutlichste daraus, wie sich die russische Kultur der Ihrigen oder vielmehr der verwandt fühlt, die Sie für Deutschland erstreben; denn Deutschland ist Ihnen eigentlich in der Kultur schon zu hoch geschritten, und Sie möchten es am liebsten zurückschrauben. Für diese eben erwähnte Tatsache gibt ein köstliches Beispiel die besondere Intimität, die der Verband echtrussischer Leute, die russischen Schwarzhunderter, gegenüber unsern preußischen Reaktionären, unsern deutschen Reaktionären bewiesen hat. Ich erinnere an das bekannte Glückwunschtelegramm des echtrussischen Verbandes nach den Hottentottenwahlen von 1906; ich erinnere an die Sympathie, die diese Schwarzhunderter dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen haben, und ich erinnere Sie schließlich an die besonders begeisterte Liebeserklärung, die einer der berühmtesten Führer der Schwarzhunderter, Purischkewitsch, einem Mitglied dieses Hauses, dem Abgeordneten v. Oldenburg, wiederholt hat zuteil werden lassen. Er nannte den Herrn Abgeordneten v. Oldenburg seinen „Freund Oldenburg", und hat begeistert geschildert, wie er einst in den deutschen Reichstag kam und Oldenburg traf, und wie er da gemeint habe, er sei ganz wie zu Hause, ganz wie in Rußland; und darin hat er allerdings recht gehabt. Meine Herren, auch in Rußland gibt es den bekannten Hausknechtparagraphen im Parlament, und ich darf mir wohl bei dieser Gelegenheit erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß der

Architekt dieses Hauses den hinauswerfenden Polizeileutnant vorahnend gestaltet und in dieses Haus gesetzt hat. Ich bin überzeugt: die Gestalt des römischen Lektors da oben ist der künftige Polizeileutnant, der in Funktion treten wird, wenn jemand hinausgeworfen werden soll. *(Lachen rechts. — Abg. Heckenroth: Zeigt nach links!)* Da oben sitzt er; wir wissen, daß er für uns bestimmt ist, und wir freuen uns wie die Schneekönige darauf, daß es losgeht.

Meine Herren, hier kann man nicht sagen: eine Hand wäscht die andere, sondern: eine Hand beschmutzt die andere. Wir haben uns seit dem Königsberger Prozeß im Jahre 1905 in keiner Weise fortentwickelt; im Gegenteil. Und jene neuerlichen Erklärungen, von denen ich vorher zu sprechen mir gestattet habe, jene neuerlichen Erklärungen, die die Regierung zur Beruhigung abgegeben hat, werden von uns mit allem erdenklichen Zweifel und Mißtrauen aufgenommen. Wir halten es für unrichtig und glauben es unter keinen Umständen, daß wirklich die russischen Spitzel seit dem Jahre 1905 in Preußen nichts mehr zu tun haben. Einmal wissen wir offiziell, daß die Jutschenko noch da ist, daß die Chaina Fischbein noch da ist, daß Asew noch 1908 in Berlin gewesen ist. Und, meine Herren, wir wissen, daß gegenwärtig noch eine ganze Anzahl von russischen Spitzeln in Berlin sich aufhält. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß mit den allgemeinen Wendungen, die die preußische Polizeiverwaltung in die Presse gegeben hat, dem wesentlichen Zwecke des Antrages, den wir gestellt haben, bereits entsprochen sei.

Meine Herren, ich habe noch etwas weiteres. *(Unruhe und Zurufe rechts.)* — Es dauert einen Moment. — Meine Herren, wie wir auf der einen Seite das Vorbild Frankreichs, Englands und Belgiens vor uns haben, die sich in den Parlamenten bereits in dankenswerter Weise mit diesen Vorgängen beschäftigt haben, während Preußen und Deutschland in dieser Beziehung nicht vorwärtsgegangen, sondern zurückgeblieben sind, haben wir andererseits in Deutschland selbst ein Beispiel, das uns alle Veranlassung gibt, uns ihm anzuschließen. Es handelt sich um den *preußisch-russischen Auslieferungsvertrag*, der eine Schande Preußens ist, wenn ich dieses Wort aussprechen darf. Man hat nämlich im bayerischen Landtage von dem gleichlautenden bayerisch-russischen Auslieferungsvertrage gesagt, er sei eine „Schande Bayerns". Meine Herren, die bayerische Kammer hat am 14. Oktober 1909 in einem fast einmütigen Votum der Regierung den dringenden Wunsch ausgesprochen, diesen Auslieferungsvertrag mit Rußland zu kündigen und aufzulösen. Ich glaube, wir haben alle Veranlassung, ein gleiches Verlangen an die preußische Regierung zu stellen. Meine Herren, es ist sogar die Rheinisch-Westfälische Zeitung gewesen, die im Anschluß an die Kammerverhandlung in München den preußisch-russischen Auslieferungsvertrag als durchaus veraltet, unhaltbar und der Ehre Preußens nicht entsprechend bezeichnet hat. In der Tat widerspricht dieser Auslieferungsvertrag durchaus den Forderungen des heutigen Völkerrechts, weil er auch für politische Vergehen die Auslieferung vorsieht.

Im übrigen, meine Herren, darf man wohl sagen, daß es ja besonders um deswillen notwendig ist, mit Rußland derartige, ich möchte sagen, jurisdiktionelle Beziehungen abzubrechen, weil Rußland eben ein Land ist, *in welchem es weder Gesetz noch Recht gibt.* Rußland hat formell eine Verfassung, es hat aber in Wahrheit keine Verfassung; es walten dort noch immer nicht die ordentlichen Gerichte, sondern immer noch die Standgerichte, und Willkür und Korruption ist noch allenthalben an der Tagesordnung; die Konterrevolution feiert ihre wildesten Orgien.

Meine Herren, es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zustände in Rußland es durchaus erfordern, daß man derartige Beziehungen so schnell wie irgend möglich abbricht.

Der Zweck unseres Antrages ist der, von der Regierung eine Erklärung darüber zu fordern, eine Erklärung, die man schon lange Zeit von ihr erwartet hätte, wie sie sich zu den Vorgängen, den Enthüllungen in bezug auf die russische Auslandspolizei, stellt, und welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um der Wiederholung ähnlicher Vorgänge vorzubeugen, wie sie sich in Deutschland und in Preußen leider lange genug abgespielt haben.

Ich kann hier am Schlusse noch einmal wiederholen: Bisher ist eine offizielle Erklärung von der deutschen und der preußischen Regierung über diese Punkte noch nicht abgegeben worden. Seit jener Erklärung des Herrn Staatssekretärs Freiherrn v. Richthofen — und diese Erklärung lautete und gipfelte damals in der Wendung, *daß keine Veranlassung vorläge, eine Abänderung eintreten zu lassen* —, gegenüber dieser hochoffiziell abgegebenen Erklärung der Reichsregierung haben wir gar keine Veranlassung, uns zu begnügen mit irgendwelchen offiziösen Zeitungsmeldungen und dadurch die Vorgänge für erledigt zu halten, besonders nachdem wir eine große Menge von Material inzwischen wiederum aufgesammelt haben, das uns von dem Fortwirken dieser unlauteren Elemente, dieses Spitzelgesindels, in Deutschland und Preußen auf das deutlichste Kunde gibt. Der Dresdener *Geheimbundprozeß vom Juni 1909* ist, wie ich fest überzeugt bin, ein Produkt dieser russischen Spitzel gewesen — ein deutlicher Beweis dafür, daß sie noch immer in reger Geschäftigkeit ihres „Amtes" walten. Meine Herren, wir fordern Klarheit darüber, wir fordern auch Klarheit über die Stellung der Regierung zu dem russisch-preußischen Auslieferungsvertrage; wir fordern eine Trennung von Tisch und Bett *(Heiterkeit rechts)*, eine Trennung von Tisch und Bett zwischen der preußischen Regierung und der russischen Polizeiwirtschaft. Der anständige Teil des preußischen Volkes jedenfalls wird — mögen Sie beschließen, was Sie wollen — seine Hände in Unschuld waschen und nie und nimmer eins sein wollen mit all dem russischen Schmutz, mit dem Preußen seine Finger besudelt hat und etwa seine Ehre weiter besudeln wird. *(Glocke des Präsidenten.)*

Präsident *v. Kröcher* (den Redner unterbrechend): Das geht zu weit, Herr Abgeordneter Liebknecht, ich rufe Sie zum zweitenmal unter Hinweis auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung zur Ordnung. *(Bravo! rechts.)*

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß das Gefühl, das ich eben am Schluß ausgedrückt habe, falls Sie so beschließen würden, wie ich nicht wünsche, wie ich aber fürchte, geteilt werden wird von der übergroßen Menge des Volkes draußen im Lande. *(Lachen rechts.)*

REDE AUF DEM PARTEITAG ZU MANNHEIM 1906

. . . Bebel hat in seinem Referat unter anderem bemerkt: „Es gibt im Leben der Parteien wie der Völker Situationen, in denen sie den Kampf aufs äußerste aufnehmen müssen, selbst auf die Gefahr einer Niederlage hin." Wie stehen wir nun zur russischen Revolution, in der gerade jetzt wieder von der Konterrevolution Orgien der Grausamkeit und Gemeinheit gefeiert werden, die in der Weltgeschichte ohnegleichen sind? Das Blut,

das unsere Brüder drüben vergießen, vergießen sie für uns, für das Proletariat der ganzen Welt *(Bravo!)* und was immer wir für unsere kämpfenden russischen Brüder von hier aus getan haben, ist nichts als ein kleines Scherflein, mit dem wir uns von den Blutopfern loskaufen, die im Osten auch für uns gebracht werden. Wir stehen trotz allem, was wir bisher getan haben, unendlich tief in der Schuld gegenüber unseren russischen Brüdern und Schwestern. Kein Zweifel, auch für uns deutsche Sozialdemokraten muß das Wort gelten und gilt das Wort: Lieber von den Henkern des Zarismus und seinen Helfershelfern gehenkt, als Helfershelfer der Henker des Zarismus sein. *(Bravo!)* Darüber darf weder in Deutschland, noch in Rußland ein Zweifel sein. Das wird auch Bebel, aus dem gestern mehr seine grauen Haare, als sein immer junges Herz gesprochen, dennoch mit aller unzweideutigen Schärfe dorthin rufen, wo man es zu hören hat. Auf die Stellung des deutschen Proletariats zu dieser Frage blickt nicht nur die deutsche und die russische Regierung, sondern auch die gesamte russische Freiheitsbewegung. *(Zwischenruf.)* Bebel hat gestern von der Möglichkeit einer Intervention gesprochen. Die von mir angegriffenen Ausführungen handeln gerade von diesem möglichen Falle, dessen äußerste Unwahrscheinlichkeit allerdings außer Zweifel steht. Wir müssen daher einmütig betonen, daß uns kein Opfer zu groß ist für unsere russischen Freunde. Sollte versucht werden, das deutsche Volk zum Scharfrichter an der russischen Freiheit zu machen, was gleich sein würde einer Selbstschändung und kulturellen Selbstvernichtung des deutschen Volkes, so würde einfach alles aufhören, so würde eine von jenen Situationen vorliegen, von denen Bebel gestern in dem oben von mir zitierten Satz sprach. Es soll nicht in der Weltgeschichte heißen: die russische Freiheitsbewegung ist durch das deutsche Volk, das zugleich die größte und stärkste Organisation des internationalen Proletariats besaß, niedergeworfen worden. Vor dieser Todsünde müssen wir uns bewahren. Wir wären erbärmliche Kerls und der Teufel sollte uns holen, wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß jeder etwaige Versuch, der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußisch-deutschen Reaktion enden würde. *(Lebhafter Beifall.)*

BRIEF VOM 11. NOVEMBER 1917
⟨AN SOPHIE LIEBKNECHT⟩

. . . Der ungeheuere Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Revolutionierung Rußlands vom Bodensatz bis zum Schaum, dessen Ausdruck

nur die politische, die Verfassungs- und Verwaltungsrevolutionierung ist, steht nicht am Abschluß, sondern im Beginn, vor unbegrenzten Möglichkeiten — weit größer als die große französische Revolution; die Spannung zwischen dem Geschehenen und dem jetzt Erstrebten und Möglichen ist größer; ebenso die Spannnug zwischen dem Niveau, den Bedürfnissen und Möglichkeiten in den verschiedenen kulturell so sehr differierenden Gebieten und Volksteilen; und vor allem die Spannung zwischen der Lage, den Bedürfnissen und Zielen der verschiedenen Schichten und Klassen in den kulturell und wirtschaftlich entwickeltsten Gebieten und Volksteilen. Die soziale Revolution, deren Gefahr in Deutschland die bürgerliche Revolution verkrüppelte, scheint in Rußland schon stärker als die bürgerliche Revolution, wenigstens zeitweilig, wenigstens in den konzentriertesten Zentren Rußlands. Freilich steht der russische Kapitalismus nicht allein, der englisch-französisch-amerikanische stützt ihn. Ein Problem, für das eine provisorische Teillösung in der Kriegsfrage zu gewinnen, schon Titanenarbeit fordert. Was ich über diese Vorgänge erfahre, ist so sporadisch, so zufällig, so äußerlich, daß ich mich mit Konjekturen begnügen muß. Nirgends empfinde ich die Abgeschnittenheit meiner heutigen geistigen Lage so, wie in der russischen Frage . . . .

BRIEF VOM 9. DEZEMBER 1917
⟨AN SOPHIE LIEBKNECHT⟩

. . . Meine Auffassung über Rußland kennst Du. Noch kann ich nicht glauben, daß Lenin, Trotzki keine internationalen prinzipiellen Sozialisten, sondern russische Friedensopportunisten und Demagogen sind, und für den nur russischen Augenblickserfolg einer vorübergehenden Erhaltung ihres Regimes ins Lager des deutschen Imperialismus desertieren, den kämpfenden deutschen Sozialisten und der ganzen Internationale in den Rücken fallen, und den Scheidemann — David - Schuften die Ernte einbringen helfen. Das jetzige Sondervorgehen suche ich vorläufig noch so zu deuten: die Entente von innen heraus revolutionär zur Verhandlungsbereitschaft zu peitschen, die Friedensintrigue des deutschen Imperialismus zerfetzend — die Eroberungspläne nicht nur Deutschlands, sondern auch Oesterreichs und Bulgariens (Balkan! Ganz öffentlich offiziell) zu enthüllen und zu brandmarken. Dies und schon der Widerstand Deutschlands gegen allgemeine Waffenruhe (schon wegen U-Bootkrieg) und Ausnützung der Entlastung an der Ostfront würde die deutschen Massen erregen. Wenn also die Entente auf revolutionären Druck ihre imperialistischen Ziele aufgibt, so kann die internationale revolutionäre Wechselwirkung mit voller Wucht einsetzen.

Der Selbstbestimmungsrechtshumbug in bezug auf Polen, Litauen, Ostseeprovinzen (jetzt zum größten Teil evakuiert — gerade von den nicht unterwürfigen Elementen!) zeigt die gerissene Demagogie. — Freilich ist es mindestens ein verwegenes Spiel, das Lenin und Trotzki treiben. Wenn sie der Scylla baldigen Sturz a tout prix entgehen wollen, werden sie um so leichter der Charybde zum Opfer fallen: als Gefangene ihrer Friedenspolitik in Konsequenz ihrer Wehrlosmachung des russischen Volkes, noch bevor jene internationale Wirkung eintritt, Sonderfrieden mit dem deutschen Imperialismus schließen zu müssen. Einen Frieden, den man wahrlich dem Zarismus hätte überlassen können. Sie werden dann keine Regierung der russischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten sein, aber eine Regierung des deutschen Kaisers in Rußland. Unerträglicher Gedanke, daß damit das revolutionäre Rußland, das russische Proletariat, die russischen Sozialisten belastet werden sollten! Der infamen Ausnutzung der russischen Revolution für die Zwecke der Mittelmächte muß mit allen, aber auch allen Mitteln entgegengewirkt werden.

BRIEF VOM 14. DEZEMBER 1917
⟨AN SOPHIE LIEBKNECHT⟩

. . . *Lenin—Trotzki können doch nichts anderes wollen,* als ich skizzierte. Je mehr ich mir's überlege, um so klarer wird's mir, um so beruhigter werde ich. Um so aussichtsreicher oder doch minder aussichtslos erscheint mir ihre waghalsige Taktik, die in dem allgemeinen Morast, vor allem hier, befreiend, die Atmosphäre reinigend wirken kann. Freilich muß hier alles, aber auch alles geschehen! Jeder Soldat sei eingedenk, daß jeder Tropfen Schweiß und Blut, die er heute auf Hindenburgs Befehl vergießt, die Ausbeuter, Eroberungs-Realpolitiker unterstützt, Hindenburgs Offensiven gegen das Wahlrecht, den Frieden! Lenin—Trotzki müssen ihre Herrschaft außer durch Friedenspolitik (die aber nur eine anständige, internationale und sozialistische sein darf oder *nicht* sein darf) befestigen durch soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen großen Stils, d. h. Durchführung der sozialen (nach der politischen) Revolution!

DIE FRAGE DES TAGES
⟨GESCHRIEBEN IM ZUCHTHAUS, 1918⟩

Deutschland ist Angel-, Schlüssel-, Hebelpunkt der Weltrevolution. Nur deutsche Revolution ist Weltrevolution. Noch aber ist das deutsche Proletariat das schwächste aktionsunfähigste der Welt. Ein siegreicher deutscher

Imperialismus würde der stärkste sein in der Nachfolge des Zarismus als Vormacht aller Reaktion. Der Weg über einen deutschen Sieg wäre der weiteste Umweg für die soziale Revolution.

Auch bei völliger Ausschaltung der militärischen Situation folgt, daß Hauptdruck gegen Deutschland zu richten, jede Begünstigung Deutschlands schwerster Fehler. Ich spreche nicht vom Vergangenen; ich splitterrichtere nicht für die Gegenwart.

„Brest-Litowsk", d. h. die absolute Friedenspolitik, die dahin und zum späteren führte, wurde durch die Gesamtlage zu einem aussichtslosen Forcierungsversuch und einem Frontangriff gegen die West-Entente, zu einer rettenden Tat für den deutschen Imperialismus, zu einer revolutionären Geste für das Proletariat — ganz gegen den Willen der russischen Freunde. Wir fühlen die Tragik ihrer Lage so tief, daß wir es mit Worten nicht ausdrücken können; und wir wissen, daß das deutsche Proletariat die Hauptverantwortung trägt, und daß es diese Last nur abschütteln kann, wenn es sich jetzt erhebt. Die deutsche Revolution — nicht die englische oder französische — ist die einzig mögliche Rettung für die russische Revolution, deren auswärtige Politik ihre kritische Seite ist, beim Versagen des deutschen Proletariats die Quadratur des Zirkels.

Aber „Brest-Litowsk" war so. Es darf nicht so bleiben! Einziger Ausweg: deutsche Revolution. Aber den revolutionierenden Wirkungen der russischen Vorgänge stehen entgegengesetzte gegenüber: Stärkung des deutschen Imperialismus, der gegenrevolutionären Kräfte; und Instinktverwirrung beim deutschen Proletariat: durch das zweideutige Verhältnis der Sowjet-Regierung zum deutschen Imperialismus, zweideutig ganz gegen ihren Willen! Zweideutig aber im Eindruck auf die Volksmassen. Und gerade auf das deutsche Proletariat, das Eindeutigkeiten braucht wie kein anderes. Und auch auf das Proletariat der Entente: jenem wird nahegelegt, sich opportunistisch mit dem deutschen Imperialismus abzufinden, oder das Gesicht des Opportunismus verdächtigt die frische revolutionäre Draufgängerei, die in Deutschland so nötig ist. Diesem wird in der russischen die eigene und die internationale Revolution diskreditiert als Beistand für den deutschen Imperialismus.

Von Mirbach wird gesagt (Tschitscherin!): Er sei für die Sache des Friedens gestorben!!! Zu Eichhorns Tod wird kondoliert (das ist noch ganz was anderes als eine Kondolation zu Plehwes Ende gewesen wäre!). Der deutschen Regierung wird gedankt für ihre Mitwirkung bei den russisch-finnischen Friedensverhandlungen!

Nur Aeußerlichkeiten — aber verwirrende, peinliche. Nur Symptome — der unmöglichen Lage. Sie kann nur gerettet werden durch die deutsche

Revolution, und sie kann sich nur halten durch Stärkung der Feinde der deutschen Revolution: Klemme! Bleibt die deutsche Revolution aus, so bleibt die Alternative: revolutionärer Untergang oder schimpfliches Schein- und Trugleben — auf eine vom borussischen Imperialismus, ihrem blutigsten Feind und Verächter gewährte Gnadenfrist (befristeter Selbstmord). Hier hören „Aeußerlichkeiten" und „Symptome" auf! Kann es jemand geben, der an das zweite denkt? Er müßte bis ans Ende der Welt am Pranger stehen. Ein Kain und ein Judas würden ihn anspeien.

Wir sind taktisch so wenig verknöchert wie einer. Aber hier ist eine klare Grenze.

Kein Mißverständnis: auch ein Pakt mit dem Entente-Imperialismus ist unmöglich. Auch er muß niedergeworfen werden. Wenn aber die Prawda sagt: Krieg gegen Deutschland sei Krieg für Entente-Eroberungen, Entente-Kapital, so ist Krieg gegen Entente dreimal Krieg für deutsche (österreichische, bulgarische, türkische) Eroberungen und deutsches Kapital.

Nur Krieg gegen beide ist möglich. Dazu fehlt die Kraft — Dilemma. Untergang in revolutionären Ehren — oder schimpfliche Gnadenfrist — oder — deutsche Revolution.

Alles, alles, kommt auf das deutsche Proletariat an. Keine Anstrengung ist zu groß, ist groß genug. Mag das Blut unter den Nägeln herausspritzen, mögen Opfer fallen — so schwer wie nie fielen. Es gilt unser Größtes und Heiligstes.

Lieber Schill denn Krähwinkel!

Andere mögen ihr: „Nur nicht zu viel! Nur nicht zu früh!" plärren. Wir werden bei unserem: „Nur nicht zu wenig! Nur nicht zu spät!" beharren.

Wohl mag es auch eine Gefahr des „zu viel und zu früh" geben; aber sie verschwindet — in Deutschland wenigstens — hinter der entgegengesetzten wie der Schatten eines Grashalms bei Sonnenfinsternis.

Und die Prediger der Vorsicht und des Zauderns füllen alle Gassen bei Nacht und bei Tage.

FÜR DIE DEUTSCHE REVOLUTION

BRIEF VOM 10. MÄRZ 1918
⟨AN SOPHIE LIEBKNECHT⟩

. . . . Du weißt ja, daß mein Urteil von Deinem nur durch die größere Schärfe abweicht. Und dadurch, daß ich es in Handlung umsetze, und auch in individuell — innerlich erlösende Tat, wo immer und solange ich kann. Gedanklich — (durch Analyse der Ereignisse, zwecks Aufdeckung der Ursachen des Vergangenen, zwecks Klarlegung der Zusammenhänge des Gegenwärtigen, zwecks Ableitung der Prognose für die Zukunft und Feststellung der Aufgaben für Gegenwart und Zukunft) — die Ereignisse laufend verarbeitend, schon diese Gedankenoperationen des Politikers, die dem Handeln vorangehen, erheben über die Ereignisse, sie geistig bewältigend. Nicht des sub specie aeternitatis bedarf's hier — — — — wirf einen Blick über die Geschichte — und Du wirst wunderbar gestärkt sein. Die Zwischenspiele dieser Tage werden Dich nicht mehr verwirren, alles Gedröhn nicht betäuben. Wie klein und erbärmlich, ja, scheint mir, auch lächerlich, sind die Menschen, gerade die, die sich am größten dünken. Zwischenspiele, Zwischenspiele und inzwischen heißt's für jeden, seine Schuldigkeit zu tun. (Denk an Napoleons Dutzend-Republiken, seine Staatenfabrik.) Die Kultivierungswirkung ist freilich diesmal mehr als problematisch. Nicht revolutionäre Errungenschaften werden exportiert, sondern ihr Gegenteil. Und nichts ist sicherer Episode, als was den Stempel plumper Opposition gegen die Naturgesetze trägt. Unheil genug kann's freilich bringen.

SOZIALISMUS ALS PAROLE

Der Krieg ist ein leidenschaftliches, eindringliches, überzeugendes Plädoyer für die Sozialisierung der Volkswirtschaft. Die Nahrungsmittelnot, die kapitalistischen Kriegsgewinne zwingen zu dieser Schlußfolgerung. Der Zusammenhang der kapitalistischen Wirtschaft und der politischen Reaktion wurde nie heller beleuchtet. Die kapitalistischen Ursachen des Krieges liegen zu Tage.

Daß der Fortdauer und Wiederholung aller dieser Nöte nur durch Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft vorgebeugt werden kann, erkennt heute jeder, der unter ihnen seufzt.

Nie war eine Zeit günstiger für die Propaganda des sozialistischen Endziels; es heißt sie nutzen.

(Mai 1918.)

LEITSÄTZE VOM 28. NOVEMBER 1918

Die deutsche Revolution ist zwar in der Hauptsache ein Werk der deutschen Soldaten und Arbeiter, ihrem bisherigen Sinn und Ergebnis nach ist sie jedoch nur eine bürgerlich-politische Reformbewegung auf Beendigung des jetzigen Weltkrieges und Beseitigung der augenfälligsten politischen Vertreter des Systems, das zum Kriege geführt hat.

Dieses kümmerliche Ergebnis kann nur gesichert werden durch die energische Anwendung der Macht des Proletariats, d. h. der proletarischen Soldaten und Arbeiter, die untrennbar zusammengehören; einer Macht, die durch die zweideutige Politik einer teils unsicheren, und kraftlosen, teils bewußt verräterischen Regierung seit dem 9. November bereits zum großen Teil wieder verloren gegangen ist.

Das klassenbewußte deutsche Proletariat kann sich jedoch mit jenem Ergebnis nicht begnügen.

Sein Ziel ist kein Friede des Augenblicks, sondern der dauernde Völkerfriede. Es weiß, daß Kapitalismus und Imperialismus Krieg bedeuten. Es weiß, daß ein von irgendwelchem Imperialismus diktierter oder vereinbarter Macht- oder „Verständigungs"friede nur die Vorbereitung neuer Kriege sein wird; es weiß, daß weder das Gewimmel der Besiegten, und die Menschlichkeit oder Gnade eines Wilson, noch ein „Völkerbund" der herrschenden Klassen einen dauernden Frieden schaffen kann, sondern nur der Wille, die Macht und die siegreiche Tat des revolutionären Proletariats aller Länder.

Das Proletariat seufzt jedoch nicht nur unter dem Krieg; auch im Frieden zehren wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Zurücksetzung, politische Unterdrückung an seinem Mark.

Die Stunde zur Ausrottung auch dieser gesellschaftlichen Grundübel ist gekommen, die Stunde zur Aufhebung der kapitalistischen Klassenherrschaft, zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, nicht aber das Werk der bürgerlichen Klassen, deren Lebensinteresse die Aufrechterhaltung der Lohnsklaverei und ihrer politischen und sozialen Herrschaft ist.

Die gesamte gesetzgebende, vollziehende, richterliche Gewalt muß daher ungekürzt und ausschließlich in den Händen der städtischen und länd-

lichen Arbeiter einschließlich des nur scheinbar selbständigen kleinen Mittelstandes, und der proletarischen Soldaten liegen, die allein in direkter Aktion Macht gegen Macht die Zwingburg des Kapitals brechen können.

Bürgerlich-demokratisches Parlamenteln in einer „Nationalversammlung" ist dazu unfähig.

Eine Regierung, der — von den Massen der Arbeits- und proletarischen Soldaten gewählten — Arbeiter- und Soldatenräte ist für ganz Deutschland zu bilden. In Arbeiter- und Soldatenräten sind Nichtproletarier, insbesondere Offiziere, Unternehmer und andere Angehörige der herrschenden Klassen grundsätzlich nicht wahlberechtigt und wählbar; bereits Gewählte dieser Art sind schleunigst zu entfernen. Die Arbeiter- und Soldatenmassen dürfen ihre Macht nicht in die Hände dieser Räte gleiten lassen; sie müssen diese unter dauernder Kontrolle halten und unablässig dafür sorgen, daß die wirklichen Vertreter der revolutionären Massen bleiben. A.- und S.-Räte, die das Vertrauen der Massen verloren haben, sind zurückzuberufen und zu ersetzen.

Die bürgerliche Demokratie ist eine verfälschte Demokratie, da die ökonomische und soziale Abhängigkeit der arbeitenden Masse auch bei formaler politischer Gleichheit den herrschenden Klassen sachlich ein ungeheures politisches Uebergewicht gibt, und die ökonomische und soziale Abhängigkeit an und für sich wirkliche Demokratie ausschließt. So führt der Weg zur Demokratie über den Sozialismus, nicht aber der Weg zum Sozialismus über die sogenannte Demokratie. Eine „Nationalversammlung" kann höchstens am Schlusse, nicht aber am Anfang der jetzt einzuschlagenden Entwicklung stehen.

Das Proletariat muß den herrschenden Klassen die politische Macht endgültig entwinden, indem es alle staatlichen Machtfunktionen grundsätzlich dem revolutionären Proletariat vorbehält und auch die übrigen staatlichen Funktionen so schnell wie möglich von politisch unzuverlässigen Elementen säubert. Alle nichtproletarischen revolutionären Funktionäre sind, bis sie entfernt werden können, einer dauernden scharfen Kontrolle durch Arbeiter und proletarische Soldaten zu unterstellen. Alle politischen, militärischen, richterlichen usw. Aemter sind durch Wahlen zu besetzen, zu denen nur die Arbeiter und die proletarischen Soldaten wahlfähig sind. Eine von Grund aus proletarische demokratische Organisation von Heer und Marine mit prinzipiell gleicher Löhnung und Ernährung ist durchzuführen, als Ueberleitung zur allgemeinen Bewaffnung des revolutionären Proletariats. Sie wird auch die Schwierigkeiten der Demobilisation in freier Selbstbestimmung der Soldatenmassen zu überwinden vermögen. Die militärische Befehlsgewalt der Offiziere ist sofort aufzuheben.

Das Proletariat muß den Kapitalisten ihre wirtschaftliche Macht, die tiefste und festeste Grundlage der Klassenherrschaft, entreißen, indem es die Arbeitsmittel, Vorräte und alle gesellschaftlichen Reichtümer aus dem Privatbesitz in den Besitz, Verwaltung und Nutznießung der Gesamtheit überführt, ein Prozeß, der zugleich die Aufhebung der kapitalistischen und die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsform darstellt.

Hierzu sind die Großbetriebe in Rohstoffgewinnung, Industrie, Handel, Verkehr, Bankwesen, Landwirtschaft ebenso, wie die gesamte Rüstungsindustrie sofort reif; während auf dem Gebiete des Mittelstandes in Stadt und Land das vielfach bereits hochentwickelte Genossenschaftswesen einen schnellen gangbaren Weg weist.

Gerade der Krieg hat gezeigt, wie rasch unter schwierigsten Umständen bei energischem Willen tiefste Eingriffe in das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe ohne Desorganisation möglich sind. Das Proletariat vermag, wenn es von revolutionärem Geiste durchglüht ist, weit stärkere und edlere Energien für seine eigenen Ziele zu entfalten, als es für die imperialistischen Mordziele eingesetzt hat. Die Kriegswirtschaft bietet viele technisch-praktische Ansätze und Handhaben zur Durchführung des Sozialismus, die von denen, welche meist nicht laut genug den „Sozialismus wohin wir blicken" lobpreisen, heute, wo sie den Sozialismus verwirklichen könnten, mißachtet oder vergessen werden.

Besteuerung, Annullierung der Kriegsanleihe und sonstige Staatsschulden unter Freilassung eines Betrags von 5000 Mark für jede Person, kommen als Mittel allmählicher Sozialisierung in Betracht. Die Versuche des Kapitals, sich der Sozialisierung durch Flucht oder Verschwendung zu entziehen, sind zu vereiteln.

Das Vermögen der Dynastien ist sofort in den Besitz der Gesellschaft zu überführen.

Die sozialen Machtstellungen der herrschenden Klassen fallen meist zugleich mit den politischen und wirtschaftlichen. Die Unterlegenheit an Wissen und Schulung kann das Proletariat in revolutionären Zeiten durch verzehnfachten Eifer und von Begeisterung und gutem Willen erzeugte Intuition weit schneller wettmachen, als nach dem Schneckentempo des alltäglichen Schulbetriebs zu gewärtigen ist. Zur Eroberung aller dieser Positionen muß das Proletariat seine politische, seine soziale und vor allem seine ökonomische Macht in Massenaktionen einsetzen. Der Streik ist seine wichtigste Waffe zur Erringung der proletarischen und wirtschaftlichen Emanzipation. Neben ihm steht in entscheidenden Momenten die bewaffnete Massenaktion.

Erfolgreiche revolutionäre Massenaktionen sind nur möglich, wenn die Masse des Proletariats Ziel und Weg klar erkennt, von Opfer- und Tatbereitschaft erfüllt ist und die technischen Mittel zur Durchführung besitzt.

Vereinigung wesensgleicher, in Ziel und Weg übereinstimmender Kreise ist das Gebot. Verschwommene äußerliche Schein-Einigkeit innerlich verschiedenartiger, in Ziel und Weg abweichender Elemente ist vom Uebel. Durch Klarheit und innere Uebereinstimmung zur Einigkeit. Unmöglich ist ein Zusammenarbeiten mit den Regierungssozialisten, die Mitschuldige am Krieg sind, die Internationale und den Klassenkampf verraten und abgeschworen haben, auch heute noch eine Politik der Interessenharmonie von Kapital und Arbeit treiben, der Revolution bis zum letzten Augenblick geifernd und gehässig entgegengewirkt haben und nach der Revolution den Schutz des kapitalistischen Privateigentums, die Verhinderung der sozialen Revolution und den Raub der politischen Errungenschaften der Revolution betrieben haben.

Statt alles daran zu setzen, um die Massen der Arbeiter und Soldaten so schnell wie möglich wieder in den Schlafrock der bürgerlichen Ordnung zu stecken, müßte die Regierung alle ihre Kraft auf die volle Entfaltung des revolutionären Geistes in den Massen richten, um so die Revolution zu befestigen und voran zu treiben. Die revolutionäre Propaganda ist angesichts dieser Pflichtvergessenheit der Regierung die doppelte Pflicht jedes kämpfenden Sozialisten. Dabei ist besonders Nachdruck zu legen auf die Aufklärung und Revolutionierung der jetzt von den Fronten zurückkommenden geschlossenen Armeen die in den Händen der verbrecherischen Offiziere eine ungeheure Bedrohung der Revolution bilden.

Bewaffnung der revolutionären Masse des Proletariats in Arbeitskittel und Uniform, Entwaffnung der anderen Bevölkerungsteile ist Vorbedingung für Abwehr der gegenrevolutionären Machenschaften und Niederwerfung der herrschenden Klasse.

Wenn die heutige Regierung die Massen des Proletariats, die allein die Stütze der bisherigen und die Träger der sozialen Revolution sein können, entwaffnet und die Angehörigen der herrschenden Klassen bewaffnet oder nicht entwaffnet, so kennzeichnet sie auch damit ihre Verständnislosigkeit für das Wesen der Revolution, ihre Unfähigkeit, ihr Mißtrauen gegen die Massen, ihren gegenrevolutionären Charakter.

Eine Arbeitermiliz und eine Rote Garde müssen sofort geschaffen werden, soll die Gegenrevolution nicht siegreich und die soziale Revolution nicht schwer gefährdet sein.

Zur endgültigen Eroberung der sozialen Machtstellungen ist eine tief einschneidende soziale Gesetzgebung, eine grundlegende Umgestaltung des

Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesens (Einheitsschule) notwendig, um alle menschlichen Kräfte der Gesellschaft zu entfalten und zu beschirmen.

Die Arbeiter und die proletarischen Soldaten, die heute nur noch Soldaten der Revolution sein dürfen, gehören unlöslich zusammen; kein Mißtrauen, keine Eifersucht darf sie trennen. Der Arbeiter von heute ist der Soldat von gestern und morgen, und der proletarische Soldat von heute möge nie vergessen, daß er Arbeiter war und wieder sein wird. Mißtrauen zwischen Arbeitern und proletarischen Soldaten wird nur gesät von Agenten der herrschenden Klassen, die sich als Wölfe im Schafskleid unter die proletarischen Soldaten mischen.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung und der dauernde Völkerfriede kann nur international verwirklicht werden.

Darum muß die soziale Revolution sich über Deutschland hinaus verallgemeinern und zur Tat des Proletariats aller Länder werden. Aber die Weltrevolution kann nur auf einem Wege kommen — über die soziale Revolution Deutschlands. Nur auf diesem Wege, nicht auf dem des Bittens und Bettelns bei dem Entente-Imperialismus sind auch die Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten für Deutschland zu lösen: Dem deutschen Volke werden die Bedingungen seiner Existenz und Wohlfahrt von einer zuverlässigeren vertrauenswürdigeren Macht gewährleistet werden: Von den mit ihnen solidarischen revolutionären Massen der französischen, englischen, italienischen, amerikanischen Arbeiter und von den bereits heute hilfsbereit stehenden russischen Brüdern.

Wir fürchten den feindlichen Imperialismus so wenig, wie wir den deutschen Imperialismus fürchteten.

Weltrevolution des Proletariats gegen Weltimperialismus ist unser Feldgeschrei; die alle Völker in brüderlicher Gemeinschaft umfassende sozialistische Weltrepublik ist unser Ziel.

AUFRUF AN DIE PROLETARIER ALLER LÄNDER

Proletarier! Männer und Frauen der Arbeit! Genossen!

In Deutschland hat die Revolution ihren Einzug gehalten. Die Massen der Soldaten, die vier Jahre lang zur Schlachtbank getrieben wurden um kapitalistischer Profite willen, die Massen der Arbeiter, die vier Jahre lang ausgesogen, ausgepreßt, ausgehungert wurden, sie haben sich erhoben. Das furchtbare Werkzeug der Unterdrückung: der preußische Militarismus, diese Geißel der Menschheit, liegt zerbrochen am Boden; seine sichtbarsten

Vertreter und damit die sichtbarsten Schuldigen an diesem Kriege, der Kaiser und der Kronprinz, sind außer Landes geflüchtet. Ueberall haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.

Proletarier aller Länder, wir sagen nicht, daß in Deutschland alle Macht wirklich in die Hände des arbeitenden Volkes gelangt, daß der volle Sieg der proletarischen Revolution bereits errungen ist. Noch sitzen in der Regierung alle jene Sozialisten, die im August 1914 unser kostbarstes Gut, die Internationale, preisgegeben, die vier Jahre lang die deutsche Arbeiterklasse und die Internationale zugleich verraten haben.

Aber, Proletarier aller Länder, jetzt spricht der deutsche Proletarier selbst zu euch. Wir glauben, das Recht zu haben, in seinem Namen vor euer Forum zu treten. Wir haben vom ersten Tage dieses Krieges uns bemüht, unsere internationalen Pflichten zu erfüllen, indem wir jene verbrecherische Regierung mit allen Kräften bekämpften und sie als wahre Schuldige des Krieges brandmarkten.

Jetzt, in dieser Stunde, sind wir gerechtfertigt vor der Geschichte, vor der Internationale und vor dem deutschen Proletariat. Die Massen stimmen uns begeistert zu, immer weitere Kreise des Proletariats teilen die Erkenntnis, daß die Stunde der Abrechnung mit der kapitalistischen Klassenherrschaft geschlagen hat.

Dies große Werk aber kann das deutsche Proletariat allein nicht vollbringen, es kann nur kämpfen und siegen, indem es die Solidarität der Proletarier der ganzen Welt anruft.

Genossen der kriegführenden Länder, wir kennen eure Lage. Wohl wissen wir, daß eure Regierungen nun, da sie den Sieg errungen haben, manche Volksschichten durch den äußeren Glanz des Sieges blenden. Wir wissen, daß es ihnen gelingt, durch den Erfolg des Mordens dessen Ursachen und Ziele vergessen zu machen.

Aber wir wissen auch ein anderes. Wir wissen, daß auch in euren Ländern das Proletariat die furchtbarsten Opfer an Fleisch und Gut gebracht hat, daß es des grauenhaften Gemetzels müde ist, daß der Proletarier jetzt nach Hause zurückkehrt und zu Hause Not und Elend vorfindet, während in der Hand weniger Kapitalisten Milliardenvermögen aufgehäuft sind. Er hat erkannt und wird weiter erkennen, daß der Krieg auch von euren Regierungen geführt worden ist um der großen Geldsäcke willen. Und er wird weiter erkennen, daß eure Regierung, als sie von „Recht und Zivilisation“ und vom „Schutz der kleinen Nationen“ sprach, ebenso die Kapitalsprofite meinte, wie die unsere, als sie von „Verteidigung der Heimat“ redete; daß der Friede des „Rechts“ und des „Völkerbundes“ auf die gleiche niederträchtige Räuberei hinausläuft wie der Friede von Brest-Litowsk.

Hier wie dort dieselbe schamlose Raubgier, derselbe Wille zur Unterdrückung, derselbe Entschluß, die brutale Uebermacht des Mordeisens bis zum äußersten auszunutzen.

Der Imperialismus aller Länder kennt keine „Verständigung", er kennt nur ein Recht: den Kapitalprofit, nur eine Sprache: das Schwert, nur ein Mittel: die Gewalt. Und wenn er jetzt in allen Ländern, bei euch wie bei uns, von „Völkerbund", „Abrüstung", „Recht der kleinen Nationen", „Selbstbestimmung der Völker" redet, so sind das nur die üblichen verlogenen Redensarten der Herrschenden, um die Wachsamkeit des Proletariats einzuschläfern.

Proletarier aller Länder! Dieser Krieg muß der letzte sein! Das sind wir den 12 Millionen hingemordeter Opfer, das sind wir unseren Kindern, das sind wir der Menschheit schuldig.

Europa ist durch den verruchten Völkermord ruiniert. Zwölf Millionen Leichen bedecken die grausigen Stätten des imperialistischen Verbrechens. Die Blüte der Jugend und die beste Manneskraft der Völker ist dahingemäht. Ungezählte Produktivkräfte sind vernichtet. Die Menschheit ist nahe daran zu verbluten an dem beispiellosen Aderlaß der Weltgeschichte. Sieger wie Besiegte stehen am Rande des Abgrundes. Der Menschheit droht die furchtbarste Hungersnot, Stockung des ganzen Produktionsmechanismus, Seuchen und Degeneration.

Die großen Verbrecher dieser grauenhaften Anarchie, dieses entfesselten Chaos: die herrschenden Klassen sind nicht fähig, ihres eigenen Werkes Herr zu werden. Die Bestie Kapital, die die Hölle des Weltkrieges heraufbeschworen hat, ist nicht imstande, sie wieder zu bannen, wirkliche Ordnung herzustellen, der gequälten Menschheit Brot und Arbeit, Frieden und Kultur, Recht und Freiheit zu sichern.

Das, was von den herrschenden Klassen als Friede und Recht vorbereitet wird, ist nur ein neues Werk der brutalen Gewalt, aus dem die Hydra der Unterdrückung, des Hasses und neuer blutiger Kriege ihre tausend Häupter erhebt.

Der Sozialismus allein ist imstande, das große Werk des dauernden Friedens zu vollbringen, die tausend blutenden Wunden der Menschheit zu heilen, die vom Zuge der apokalyptischen Reiter des Krieges niedergestampften Fluren Europas in blühende Gärten zu verwandeln, an Stelle der vernichteten Produktivkräfte verzehnfachte neue hervorzuzaubern, alle physischen und sittlichen Energien der Menschheit zu wecken und an Stelle des Hasses und der Zwietracht brüderliche Solidarität zu setzen, Eintracht und Achtung für alles, was Menschenantlitz trägt.

Wenn sich Vertreter der Proletarier aller Länder unter dem Banner des Sozialismus die Hand reichen, um den Frieden zu machen, dann ist der Friede in wenigen Stunden gemacht. Dann gibt es keine Streitfragen um das linke Rheinufer, Mesopotamien, Aegypten oder um Kolonien. Dann gibt es nur ein Volk: die arbeitende Menschheit aller Rassen und Zungen. Dann gibt es nur ein Recht: die Gleichheit aller Menschen. Dann gibt es nur ein Ziel: Wohlfahrt und Fortschritt für alle.

Die Menschheit steht vor der Alternative: Auflösung und Untergang in der kapitalistischen Anarchie oder Wiedergeburt durch soziale Revolution. Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Wenn ihr an Sozialismus glaubt, jetzt ist Zeit, es durch Taten zu zeigen. Wenn ihr Sozialisten seid, jetzt gilt es zu handeln.

Proletarier aller Länder, wenn wir euch jetzt zum gemeinsamen Kampf aufrufen, so geschieht es nicht um der deutschen Kapitalisten willen, die unter der Firma „Deutsche Nation" den Folgen ihrer eigenen Verbrechen zu entgehen suchen; es geschieht um unserer wie um euer willen. Bedenket: eure siegreichen Kapitalisten stehen bereit, unsere Revolution, die sie wie die eigene fürchten, blutig zu unterdrücken. Ihr selbst seid durch den „Sieg" nicht freier, ihr seid nur noch versklavter geworden. Gelingt es euren herrschenden Klassen, die proletarische Revolution in Deutschland wie in Rußland abzuwürgen, dann werden sie sich mit doppelter Wucht gegen euch wenden. Eure Kapitalisten hoffen, daß der Sieg über uns wie über das revolutionäre Rußland ihnen die Macht geben werde, euch mit Skorpionen zu züchtigen und das tausendjährige Reich der Ausbeutung auf dem Grabe des internationalen Sozialismus zu errichten.

Darum blickt das Proletariat Deutschlands in dieser Stunde auf euch. Deutschland ist schwanger mit der sozialen Revolution, aber den Sozialismus kann nur das Weltproletariat verwirklichen.

Und darum rufen wir euch zu: Auf zum Kampf! Auf zur Tat. Die Zeit der leeren Manifeste, platonischen Resolutionen und tönenden Worte ist vorbei: die Stunde der Tat hat für die Internationale geschlagen. Wir fordern euch auf: Wählet überall Arbeiter- und Soldatenräte, die die politische Macht ergreifen und die zusammen mit uns den Frieden herstellen werden.

Nicht Lloyd George und Poincaré, nicht Sonnino, Wilson und Erzberger oder Scheidemann dürfen den Frieden schließen. Unter dem wehenden Banner der sozialistischen Weltrevolution soll der Friede geschlossen werden.

Proletarier aller Länder! Wir rufen euch auf, das Werk der sozialistischen Befreiung zu vollbringen, der geschändeten Welt wieder Menschen-

antlitz zu verleihen und jenes Wort wahr zu machen, mit dem wir uns in alten Tagen oft begrüßten und mit dem wir auseinander gingen:

Die Internationale wird die Menschheit sein!

ES LEBE DIE WELTREVOLUTION DES PROLETARIATS!
PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Im Namen des Spartacusbundes:

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Klara Zetkin.

REDE IM SITZUNGSSAAL DES 53er AUSSCHUSSES DER MARINE VOM 28. NOVEMBER 1918

Kameraden, Freunde und Genossen! Kein ernster Sozialist ist von diesem Kriege überrascht worden. Sie alle wissen, wie Jahrzehnte vor dem Kriege von der „internationalen Sozialdemokratie" auf Parteitagen und Kongressen erklärt wurde, so lange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, sind Kriege unvermeidlich. Es ist das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß die Arbeiterklasse ausgebeutet wird, das Kapital sich anhäuft, das angehäufte Kapital nach Erweiterung seines Wirkungskreises und Eroberung strebt, daß der Kampf um die Reichtümer der Erde, der Kampf um den Weltmarkt die verschiedenen imperialistischen Komplexe immer stärker gegeneinander treibt. Wir haben diesen Weltkrieg seit langem vorausgesagt. Wir suchten ihn unter Aufbietung unserer ganzen Macht zu verhindern. Das internationale Proletariat hoffte stark genug zu sein, dem Imperialismus in den Arm zu fallen, wenn er den Anschlag unternehmen sollte. Es hielt Kongresse über Kongresse ab, der letzte sollte im September 1914 zu Wien stattfinden. Der Krieg überholte jedoch den Plan.

Wie ist der Krieg entstanden? Die Grundwurzel ist die internationale, imperialistische Konkurrenz. Es ist nicht wahr, daß die anderen Staaten Deutschland abwürgen wollten. England ist ungemein klug in seiner Politik. Es hat die Erfahrung gemacht, daß bloße Gewalt und Brutalität zweischneidig sind. Es hatte vor 150 Jahren mit allen zu Gebote stehenden Mitteln seine Herrschaft in Amerika zu behaupten gesucht. Als ihm das mißlungen war, erlebte es, daß sein Handel und Verkehr mit den freien, unabhängigen Vereinigten Staaten einen großen Aufschwung nahm. Im freien Handel mit freien Völkern zu leben, erwies sich ihm als das nützlichste. Das ist keine Menschlichkeit, sondern ein kluger, kaufmännischer Standpunkt. So war England auch vor dem Krieg bestrebt gewesen, Deutschland Bewegungsfreiheit größeren Stils zu verschaffen. Die Lichnowsky-Enthüllungen haben bestätigt, daß entsprechende Abkommen nur im letzten Augenblick an dem Widerstande Deutschlands gescheitert sind. Die deutschen Imperialisten haben den Abschluß der Verträge hintertrieben, weil er die Errichtung der deutschen Weltherrschaft erschwert hätte. Darum hieß es im Juli 1914: „Schnell gehandelt". In dem Morde von Serajewo bot sich die beste Gelegenheit. Seit Beginn des Krieges habe ich trotz aller Winkelzüge diese Zusammenhänge, die jetzt ihre amtliche Bestätigung finden, vor aller Oeffentlichkeit behauptet. Damals wurde ich als der böse

Geist betrachtet, der Uneinigkeit und Verrat säe, als Kriegs- und Landesverräter. Als man sagte, der Kaiser, der sich in kritischer Zeit auf der Nordlandreise befand, könne unmöglich die Schuld tragen, habe ich sofort erklärt, die Schuld des Kaisers sei dadurch nur um so klarer, denn es sei ausgeschlossen, daß er in solcher Zeit verreist sei, wenn nicht *vorher* bereits der ganze Plan fertiggestellt gewesen sei. Sie wissen, wie ich von der Parteimehrheit wegen meines Standpunktes in der Frage der Kriegsschuld angegriffen wurde, wie die Parteimehrheit bis in die letzten Tage die deutsche Regierung in Schutz genommen und mit den Schuldigen gemeinsame Sache gemacht hat.

Die Mehrheit, ja, die Regierung Ebert—Haase, hat noch vor wenigen Tagen bestritten, daß Deutschland einen früheren Frieden hätte schließen können. Dem stelle ich folgende Tatsachen entgegen: Sie alle kennen Dr. Karl Peters, der sicher kein Sozialdemokrat gewesen ist. Er befand sich bei Ausbruch des Krieges in England und hat vor kurzem seine Denkwürdigkeiten publiziert, aus denen sich ergibt: Im September 1914, also kaum einen Monat nach Ausbruch des Krieges, erhielt er von der englischen Regierung die Erlaubnis, nach Deutschland zu fahren. Vor seiner Abreise ersuchte ihn ein Vertreter des englischen Auswärtigen Amtes, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß England bereit sei, einen Frieden abzuschließen auf der Grundlage des „Status quo". Bis *zum Dezember 1916*, also durch 2¼ Jahre konnte Peters diese wichtige Mitteilung dem deutschen Auswärtigen Amt amtlich nicht machen, d. h. er wurde amtlich zurückgewiesen, weil die Herren im Auswärtigen Amt ihn nicht hören wollten.

Im April 1915 ereignete sich folgendes: Vom holländischen Unterstaatssekretär Dresselhuis wurden die Herren Professor Schücking und Tepper-Laski beauftragt, dem Auswärtigen Amt in Berlin eine deutsch-englische Friedensbesprechung vorzuschlagen. Nach der eigenen Darstellung des Staatssekretärs Zimmermann, die er in der Budgetkommission des Reichstages im Frühling 1916 gab, spielte sich das weitere so ab:

Zimmermann fragt die beiden Herren: „Wird der englische Herr im amtlichen Auftrag von Sir Edward Grey zu mir kommen?" Professor Schücking erwiderte: „Nicht im amtlichen Auftrag von Sir Edward Grey, aber im Auftrag einer im Londoner Auswärtigen Amt einflußreichen, wirklich sehr einflußreichen Persönlichkeit." Zimmermann fragte noch einmal: „Ich frage Sie, kommt der Herr im amtlichen Auftrag von Sir Edward Grey?" Professor Schücking und Tepper-Laski wiederholten ihre früheren Worte. Daraufhin entgegnete Zimmermann nach seiner eigenen Darstellung: „Dann empfange ich den Herrn nicht." Noch in derselben Sitzung der Budgetkommission bemerkte derselbe Zimmermann mit Bezug auf die deutsche Fühlungnahme mit Japan: Selbstverständlich dürfe man sich die künftigen Friedensverhandlungen nicht so vorstellen, daß sofort amtliche Vertreter der Regierung mit einander in Verbindung treten würden: stets würden nichtamtliche oder halbamtliche Besprechungen vorangehen müssen!

England hatte damals Deutschland nicht nur den „Status quo" bewilligen, sondern darüber hinaus koloniale Zugeständnisse machen wollen, auch eine Kriegsentschädigung für Deutschland als diskutabel bezeichnet. Die schroffe, ablehnende Haltung Zimmermanns erklärte sich aus den Eroberungsplänen, die damals bis in die Reihen der Mehrheitssozialisten in ganz ungenierter Weise verfolgt wurden. Daraus erklärt sich auch nur, daß die damaligen Mitteilungen Zimmermanns von den Mehrheitssozialisten Ebert, David, Scheidemann u. a. als eine Rechtfertigung

der Regierung angesehen und ausposaunt wurden. Kennzeichnend ist auch, daß wiederum in der gleichen Sitzung die überwältigende Mehrheit der Kommission eine Aeußerung des englischen Ministers Burns aus dem Juli 1915, wonach ein sofortiger Friede mit Deutschland möglich sei, aber Belgien „no bargien object" (kein Handelsobjekt) sein dürfe, als einen Beweis dafür betrachtete, daß England keinen Frieden wolle, ja einen solchen Standpunkt geradenwegs als eine englische Unverschämtheit bezeichnete.

Genossen, Freunde! Sie wissen, wie man die wenigen, die sich in jener Zeit der allgemeinen Raserei entgegenwarfen, verleumdete und bedrohte. Nicht ein Tag verging, an dem mir nicht die wildesten Flüche und Beleidigungen entgegengeschleudert worden wären. Allmählich erkannte ein immer größerer Teil der Bevölkerung die Richtigkeit unseres Standpunktes, und nun wurden wir gerühmt und gepriesen. Aber es war wahrlich nicht unser Verdienst, — ein beträchtlicher Teil einfachster Arbeiter hat trotz alledem dem Kriegswahnsinn von vorne herein standgehalten. Er war es, der uns stützte, ihm gebührt das ganze Verdienst.

Welche Haltung hatten wir als Sozialdemokraten gegen den Krieg einzunehmen? Grundlegend ist der Beschluß des internationalen Kongresses von Stuttgart aus dem Jahre 1907, wonach im Falle eines Krieges das Proletariat alle Kraft einzusetzen hat, um den Frieden zu erzwingen und um die durch den Krieg geschaffene Lage zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Ersetzung durch die sozialistische auszunutzen. Dieser Grundsatz ist für einen jeden Sozialisten selbstverständlich. Denn der Krieg ist nicht eine zufällige Erscheinung, sondern er wurzelt im Wesen des Imperialismus. Nur die Ausrottung dieser Wurzel kann zu einem menschenwürdigen Frieden und kann zu einem dauernden Frieden führen. Daraus folgt die Notwendigkeit, dem Krieg, der nichts ist als eine ungeheure Krisis des internationalen Kapitalismus, den Klassenkampf des Proletariats entgegenzusetzen mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Daß eine derartige Politik des rücksichtslosen Klassenkampfes gegen den Krieg von den herrschenden Klassen verworfen und bekämpft wird, ist natürlich. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die Aufhebung ihrer bisherigen Herrschaft. Der Proletarier aber, der sich ihr nicht anschließt oder sie gar verlästert, ist ein Totengräber an der Zukunft des Proletariats.

Welchen Charakter trägt die jetzige Revolution? Es handelt sich zum großen Teil um eine politische Empörung speziell gegen den Krieg. Sie ist unmittelbar entzündet worden durch die Befürchtung der Marine, daß nach dem Zusammenbruch der Landfronten die Admiralität den Krieg auf eigene Faust fortsetzen wolle.

Daraus erwuchsen die Meutereien der im Innern Deutschlands stehenden Truppen. Die Arbeiterschaft drängte seit langem immer stürmischer voran. Auch bürgerliche Kreise haben mitgewirkt inner- und außerhalb des Heeres; das sind jedoch höchst unzuverlässige, höchst verdächtige Elemente. Die Soldaten dürfen nicht vergessen, wie bedeutsam die Rolle der Arbeiterschaft war. Die Fronttruppen waren an der Revolution nicht aktiv beteiligt.

Welche Machtgrundlage hat gegenwärtig die Revolution? Zunächst fragt sich, welche Revolution? Denn die jetzige Revolution hat mehrere sehr verschiedene Inhalte und Möglichkeiten. Sie kann sein und bleiben wollen, was sie bisher war: eine Friedens- und eine bürgerliche Reformbewegung. Oder sie kann werden, was sie bisher nicht war: eine proletarisch-sozialistische Revolution. Auch im ersten Falle wird das Proletariat seine wichtigste Stütze sein müssen, wenn sie nicht zur

Posse werden soll. Aber das Proletariat kann sich mit diesem bürgerlich-reformerischen Inhalt nicht begnügen. Es muß, soll nicht auch das bisher Errungene wieder verloren gehen, zur sozialen Revolution voranschreiten: die welthistorische Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit hat begonnen.

Hat das Proletariat heute die Macht in Händen? Es sind Arbeiter- und Soldatenräte gebildet; aber sie sind keineswegs der Ausdruck eines vollkommen klaren proletarischen Klassenbewußtseins. Offiziere, vielfach hochfeudale, sind in sie gewählt. Unter den Arbeiterräten befinden sich Angehörige der herrschenden Klassen. Das ist beschämend! Nur Arbeiter und proletarische Soldaten oder solche Männer und Frauen, die durch ein Leben der Aufopferung und des Kampfes sich vor dem Proletariat legitimieren können, gehören in die Arbeiter- und Soldatenräte. Alle andern gehören jetzt nicht an entscheidende Stellen. Es bleibt nichts übrig, als dieser klare Machtstandpunkt gegenüber den herrschenden Klassen, die dem Proletariat solange ihren Willen aufgezwungen haben. Nur das Proletariat selbst kann sich befreien! Wie viele Arbeiter- und Soldatenräte lassen an Klarheit und Ehrlichkeit alles zu wünschen übrig! Ich meine alle die, die gestern noch die Revolution begeiferten und heute für sie eintreten. Da sind die Feigen, die aus Angst schleunigst die Waffen streckten. Da sind die Schlauen, die gute Miene zum bösen Spiel machen, um sich so möglichsten Einfluß zu bewahren und auf den ersten günstigen Moment lauern, um der Revolution in den Rücken zu fallen: das sind die gefährlichsten und die zahlreichsten. Da sind schließlich die Wohlmeinenden, die gleichfalls alles andere als Vertrauen verdienen. Weder die Feigen, noch die Schlauen, noch die Wohlmeinenden gehören in die Arbeiter- und Soldatenräte!

Die bisherige Zusammensetzung der Räte zeigt die Wurzel des Uebels: daß die Massen der Arbeiter und Soldaten, politisch und sozial, noch nicht genügend aufgeklärt sind.

Eine der Hauptursachen der Verwirrung der Massen ist die Politik der Mehrheitssozialisten, die bis unmittelbar vor Ausbruch der Revolution in der raffiniertesten und unverantwortlichsten Weise jeder Aufklärung entgegengewirkt haben.

Konnte man von der Revolution überrascht sein? Wer seine Politik nach der Stuttgarter Resolution richtete, der mußte sie kommen sehen, der mußte sie vorbereiten helfen mit allen Kräften. Die Mehrheitssozialisten freilich haben sie verleugnen wollen, selbst als sie schon da war; haben sie nicht gefördert, sondern begeifert, noch am Morgen des 9. November. Das soll nicht vergessen werden.

Wir hatten durch Flugblätter, die unsere Unterschrift trugen, für den 9. November, 8 bezw. 9 Uhr morgens, zur Niederlegung der Arbeit und bewaffnetem Aufstand aufgefordert. Um diese Aktion zu durchkreuzen, beriefen die Mehrheitssozialisten für 10 oder 11 Uhr Vertrauensmänner-Zusammenkünfte in den Fabriken. So hofften sie ein geschlossenes Vorgehen der Arbeitermassen hintertreiben zu können. Aber der Streich mißlang, und als am Nachmittag die Revolution vollbracht war, knüpften auch sie sich die rote Binde um den Arm und begannen um uns zu scharwenzeln. Ich frage, kann man ihre Bereitwilligkeit, für die Revolution zu arbeiten, viel anders einschätzen als die Bereitschaft irgendwelcher bürgerlichen Parteigänger, die sich der Lage gefügt haben?

Man hat mich gefragt, warum ich nicht in die Regierung eingetreten bin. Die Antwort ist einfach. Ich stellte — unter anderem — zur Bedingung, daß die gesetzgebende, ausübende, richterliche Gewalt ausschließlich in den Händen der Soldaten- und Arbeiterräte sein und bleiben müsse. Diese Bedingung wurde von den Mehr-

heitssozialisten abgelehnt. Man suchte mich zu bewegen, mit mir handeln zu lassen. Ich lehnte jede Konzession ab. Kurzum, ich bin nicht in die Regierung eingetreten, weil ich für sie, für die Arbeiter- und Soldatenräte, die allein entscheidende politische Macht forderte.

Besitzen die Arbeiter- und Soldatenräte gegenwärtig wirklich alle politische Macht? Von vornherein sind nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch viele politische Machtpositionen in den Händen der herrschenden Klassen geblieben. Und was sie davon verloren hatten, haben sie mit Hilfe der jetzigen Regierung zum größten Teile wieder gewinnen können: die Offiziere sind wieder in ihre Kommandogewalt eingesetzt, die alte Bureaukratie hat ihre Funktionen wieder übernommen — unter Kontrolle zwar, aber unter einer Kontrolle, deren Wirksamkeit notwendig mehr wie zweifelhaft ist: denn der kontrollierende Proletarier wird von dem geriebenen Bourgeois im Handumdrehen über den Löffel barbiert.

Die soziale Machtposition der höheren Bildung, die die herrschenden Klassen besitzen, hat auch unseren Genossen in Rußland große Schwierigkeiten bereitet. Als teilnehmende Hilfskräfte sind Angehörige der herrschenden Klassen vorläufig vielfach noch unentbehrlich. Sie sind verpflichtet, sich in den Dienst der Revolution zu stellen. Ihnen aber Macht anzuvertrauen, heißt die Revolution schwer gefährden.

Jetzt kommen die Generäle mit ihren gewaltigen Armeen von der Front ins Innere gezogen. Sie treten auf wie Cäsaren an der Spitze ihrer Legionen, verbieten rot zu flaggen, heben die Soldatenräte auf usw. Noch allerhand haben wir von ihnen zu gewärtigen, am Ende auch einen Versuch, uns wieder mit dem edlen Hohenzollerngeschlecht zu beglücken. Würden diese ungeheuren Armeen von revolutionärem Geist durchdrungen sein, sie könnten nicht in der infamen Weise mißbraucht werden, wie dies gegenwärtig geschieht. Aber die „sozialistische" Regierung hat die erste und dringendste Pflicht, diesen Geist unter den Fronttruppen zu verbreiten, schnöde vernachlässigt, statt dessen eifrig mit dem roten Tuch geschwenkt, Haß gegen „Bolschewismus" gesät und so die Soldatenmassen den von ihr selbst wieder in die Komandogewalt eingesetzten Todfeinden der Revolution, den Offizieren, um so wehrloser ausgeliefert. Durch die Fronttruppen, die infolge der Waffenstillstandsbedingungen und ihrer Folgen chauvinistisch neu gefährdet sind, eine Flut der Gegenrevolution über Deutschland zu bringen — das ist der raffinierte Plan, den man verfolgt. Mit äußerster Rücksichtslosigkeit müßte dagegen eingeschritten werden. Die Generäle müssen sofort beseitigt, die Kommandogewalt sofort wieder aufgehoben, alle Armeen von Grund auf demokratisch organisiert werden. Man sagt, dies sei unmöglich wegen der Schwierigkeiten der Demobilisation. Weit gefehlt! Vertrauen wir auf die revolutionäre Selbstdisziplin der deutschen Soldatenmassen. Sie werden, wenn sie durchglüht sein werden vom Feuer der revolutionären Begeisterung, spielend praktische Probleme lösen, die in normalen Zeiten unlösbar scheinen. Der Glaube kann Berge versetzen und wo ein Wille ist, ist ein Weg. Vor allem aber frage ich: Ist ein geordneter Rückmarsch der deutschen Truppen wichtiger als die Revolution? Ist es nicht heller Wahnsinn, um der „Ordnung" und „Ruhe" willen den Todfeinden der Revolution Machtmittel in die Hand zu geben, die die gesamte Revolution in ihren Grundlagen bedrohen? Wie immer man die Frage betrachtet: die Wiederherstellung der Kommandogewalt war ein Axthieb in das Mark der Revolution. Ihr vor allem ist es zu verdanken, daß die Errungenschaften der Revolution vom 9. November bereits zum großen Teil wieder

verloren gegangen sind, die dem Proletariat rasch in die Hände gefallene Macht zum guten Teil wieder an die herrschenden Klassen zurückgefallen ist.

Es fragt sich: Was ist weiter zu tun? Welche Aufgabe hat das Proletariat in dieser Lage?

Die Aufgabe des Proletariats kann nicht sein, einen menschenunwürdigen, einen Erdrosselungsfrieden mit den ausländischen Imperialisten abzuschließen. Ein solcher Friede ist nicht nur unerträglich, sondern auch nur ein Friede des Augenblicks, aus dem notwendig neue Kriege hervorgehen. Das Ziel des Proletariats muß sein ein Friede der Wohlfahrt und Freiheit aller Völker, ein dauernder Friede. Ein solcher Friede kann jedoch nur gegründet werden auf den revolutionären Willen, die siegreiche Tat des internationalen Proletariats auf die soziale Revolution.

Kann sich das Proletariat mit der Beseitigung der Hohenzollern begnügen? Nimmermehr! Die Aufhebung der Klassenherrschaft, der Ausbeutung und Unterdrückung, die Durchführung des Sozialismus — das ist sein Ziel. Die heutige Regierung nennt sich sozialistisch. Bisher hat sie jedoch nur zur Erhaltung des kapitalistischen Privateigentums gewirkt. Die von ihr eingesetzte Sozialisierungskommission, die bis heute noch nicht einmal zusammengetreten ist, ist in ihrer ganzen Zusammensetzung eine Kommission gegen die Sozialisierung, zu ihrer Verschleppung. Statt Verschleppung ist jedoch hier gerade schnelles energisches Handeln nötig. Gewiß, die Sozialisierung der Gesellschaft ist ein langer, schwieriger Prozeß. Aber die ersten energischen Eingriffe sind sofort möglich. Gleich in den ersten Tagen der Revolution hätte die Regierung sie unternehmen müssen. Statt dessen hat sie bis heute noch nicht einmal die Krongüter der Potentaten konfisziert. Die Großbetriebe sind zur Enteignung längst reif. Die Rüstungsindustrie wollte schon 1913 der Reichstag verstaatlichen. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der letzten vier Jahre haben gezeigt, wie schnell tiefste Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe vorgenommen werden können, und zwar, ohne daß kapitalistische Desorganisation die Folge wäre. Und die Kriegswirtschaft bietet technisch brauchbare Handhaben zur Sozialisierung.

Kein ängstliches Schwanken, sondern festes Zugreifen auch hier. So werden alle Schwierigkeiten auch hier am besten überwunden.

Die Regierung hat den achtstündigen Arbeitstag proklamiert, eine völlig unzureichende Maßregel in heutiger Zeit! Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist weder dadurch, noch durch andere Anordnungen gemildert worden. Die Unternehmer haben sich über alles hinweggesetzt. Der Kampf ist entbrannt — mit elementarer Kraft. Streiks, Streiks, Streiks überall. Betriebseinschränkungen und völlige Einstellungen stehen bevor. Die Arbeitsmassen werden sich nicht willig aufs Pflaster werfen lassen. Der Konflikt geht an den Kern des Lohnsystems. Nur die tatkräftige Inanspruchnahme der Sozialisierung der Wirtschaft und die Aufrechterhaltung, der Ausbau, die Sicherung der ausschließlichen Macht des Proletariats, der Arbeiter- und Soldatenräte, kann Bedingungen schaffen, die eine völlige Desorganisation des Wirtschaftslebens vermeiden. Auch die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Neuaufbaus können nur überwunden werden durch Entfesselung des vollen eigenen Interesses der Arbeitermassen an diesem Neuaufbau; auch hier heißt das erlösende Zauberwort: Sozialisierung der Gesellschaft, Ausrottung des Kapitalismus. Auch hier kann nur eines retten: die soziale Revolution.

Die Unternehmer denken nicht daran, ihre Klassenherrschaft freiwillig aufzugeben. Nur im Klassenkampf können sie niedergezwungen werden. Und dieser

Klassenkampf wird und muß über die jetzige Regierung hinweggehen, die nicht wagt, gegen das Kapital fest aufzutreten, dagegen den Arbeitern Tag für Tag Ruhe, Ordnung, Verwerflichkeit des Streiks predigt.

Das deutsche Proletariat kann keinen Wilsonfrieden schließen, sondern nur einen sozialistischen Frieden. Es kann sich mit keiner bürgerlich-demokratischen Reform begnügen; es will und braucht die Aufhebung des Kapitalismus. Nur der Proletarier kann die Schwierigkeiten der Demobilisierung lösen — aber nur durch reine, durch proletarische Demokratie der Armee. Nur das Proletariat kann die Schwierigkeiten des Neuaufbaues der Friedenswirtschaft lösen — aber nur durch die von der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte durchzuführende Sozialisierung.

Nur unter einer Voraussetzung wird das deutsche Volk auch die Nöte ertragen können, die ihm in den nächsten Monaten nicht erspart werden: nur unter der Voraussetzung, daß es selbst Herr seiner Geschicke ist und Staat und Wirtschaft seine eigenen Angelegenheiten sind.

Die Ausrottung des Kapitalismus, die Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist nur international möglich — aber sie setzt sich naturgemäß nicht gleichzeitig in allen Ländern durch. In Rußland hat das Werk begonnen, in Deutschland muß es fortgesetzt, in den Ententeländern wird es vollendet werden.

Nur der Weg der sozialen Weltrevolution führt auch aus den furchtbaren Gefahren, die Ernährung und Rohstoffversorgung Deutschlands bedrohen. Das deutsche Proletariat baut seine Hoffnungen auch hier nicht auf den Flugsand Wilsonscher Gnade, sondern auf den Felsen der internationalen proletarischen Solidarität.

Man bezweifelt, ob die Revolution in Frankreich, England, Italien, Amerika kommen werde, weil sie bisher nicht gekommen ist.

Am 9. November war die deutsche Revolution, heute ist der 27. November! Wie können wir, die wir die russische Revolution ein Jahr lang haben warten lassen, wie können wir so unbescheiden sein, zu verlangen, daß die Ententevölker auf die deutsche Revolution schon nach ein paar Tagen mit der sozialen Revolution antworten? Aber das Proletariat der Entente, das politisch reifer und aktionsfähiger ist, als das deutsche vor der Revolution war, ist in Bewegung. Trotz allen Siegestaumels gärt und brodelt es. Der Siegesrausch wird rasch verfliegen; die Massen werden erkennen, daß sie durch den Sieg die Macht ihrer Zwingherrn gewaltig gestärkt, ihre eigenen Ketten nur fester geschmiedet haben.

Vor allem bedenken wir dies: Was wir vom Ententeproletariat erwarten und brauchen, das ist die soziale Revolution, die zur Zertrümmerung des Kapitalismus führt. Die bisherige deutsche Revolution ist keine soziale, sondern bürgerlich-reform-politischen Charakters, eine solche, wie sie die Ententevölker nicht mehr brauchen, da sie ja längst Republiken oder bürgerliche „Demokratien" haben. Wie kann die bisherige deutsche Revolution, wie kann die jetzige deutsche Regierung, die der russischen des Fürsten Lwow oder höchstens Kerenskis entspricht, in Frankreich, England usw. die soziale Revolution auslösen? Erst muß das deutsche Proletariat seine soziale Revolution vollbringen, oder doch tatkräftig beginnen — dann erst kann und wird die soziale Revolution der Ententevölker antworten.

Nehmen wir an, die Wilson und Genossen würden mit einer deutschen Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte keinen Frieden schließen, in Deutschland intervenieren wollen usw. — das wäre der Moment, wo die Flamme der Revolution in die anderen Länder hinüberschlagen und sich unwiderstehlich ausbreiten müßte. Eine

scheinsozialistische Regierung Ebert—Scheidemann, eine bürgerlich-demokratische Nationalversammlung, sie werden niemals die Proletarier der Entente zur solidarischen Tat rufen können, weil sie selbst nicht proletarisch sind; sie werden dem deutschen Volke nichts als einen Erdrosselungsfrieden des Imperialismus, neue Kriege und die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Knechtung und Ausbeutung bieten können.

Was bedeutet die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in den von der Entente besetzten Gebieten anderes als ein Zeugnis für die Größe der revolutionären Ansteckungsgefahr, vor der die Entente ihre Truppen zu bewahren sucht?

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, den Krieg zu liquidieren:

Die kapitalistisch-imperialistische und die proletarisch-sozialistische.

Die erste gibt einen menschenunwürdigen Frieden des Augenblicks, dem neue Kriege folgen. Die zweite einen Frieden der Wohlfahrt und der Dauer. Die erste enthält die kapitalistische Klassenherrschaft, die zweite rottet sie aus und befreit das Proletariat.

Die deutsche Arbeiterklasse hat heute die Macht in Händen oder doch die Kraft, sie zu ergreifen und zu halten.

Soll es diese Macht aus den Händen geben, soll es sich vor Wilson beugen, soll es auf das Geheiß der feindlichen Imperialisten kapitulieren vor seinen Todfeinden im Innern, vor den deutschen Kapitalisten, um einen Frieden der Erdrosselung zu erzielen? Oder soll es nicht vielmehr, wie wir fordern, dem feindlichen Imperialismus genau so rücksichtslos und entschlossen die Spitze bieten, wie dem einheimischen — um so einen proletarisch — sozialistischen Frieden zu erreichen!

Welchem Proletarier, welchem Sozialisten kann die Wahl schwer fallen? Die soziale Revolution Deutschlands muß kommen und aus ihr die soziale Weltrevolution des Proletariats gegen den Weltimperialismus. — Sie ist die einzige Lösung auch aller der drängenden und furchtbaren praktischen Einzelprobleme, vor denen das deutsche Volk heute steht.

Man muß den ganzen Bereich der kapitalistischen Welt mit ihren weiten Horizonten und grenzenlosen Perspektiven überblicken, um die Nichtigkeit der Zweifel an der Erreichbarkeit dieser Ziele zu erkennen; jene Zweifel, unter der der Kleinmut opportunistischer Kirchturmspolitik vergraben wird.

Das ist's was wir wollen. Nicht aber Mord, Plünderung, Räuberei, Anarchie, die man uns jetzt anzuhängen sucht. Diese Verbrechen sind von eben denen, die sie jetzt uns vorzuwerfen wagen, millionenfach verübt worden; sie gehören zum Prinzip des Imperialismus der Hindenburg und Genossen, aller derer, die für den Krieg verantwortlich sind. — Unser Streben ist Glück und Wohlfahrt, Brüderlichkeit, Freiheit und Völkerfrieden; unser Streben ist Beseitigung der kapitalistischen Anarchie, der imperialistischen Raub- und Mordwirtschaft.

Die Marine hat Großes geleistet in dieser Revolution und ist berufen, noch Größeres zu vollbringen, wenn sie dieser Bahn folgt und sich nicht ablenken läßt durch die Lügen, die über uns, über „Bolschewismus" usw., verbreitet werden! Denken Sie, wie man uns früher verfolgte und wie wir trotz alledem Recht behalten haben. Viel Feind' — viel Ehr'!

Freilich, nur Begeisterung kann große Werke vollbringen. Ueberzeugung und Vertrauen ist nötig; Klarheit über Weg und Ziel. Sollten wir darum vor unserer Aufgabe zurückschrecken, weil sie schwer ist? Wir sehen den leuchtenden Stern, der uns die Richtung weist. Dunkel ist das Meer, stürmisch und voller Klippen.

Sollen wir darum unser Ziel aufgeben? Wir halten die Augen offen und meiden die Klippen — und steuern unsern Weg — und werden zum Ziel gelangen — trotz alledem!

WAS WILL DER SPARTAKUSBUND?
REDE, BERLIN, ENDE DEZEMBER 1918

Wir müssen uns in diesem Augenblick vor allem völlige Klarheit über die Ziele unserer Politik verschaffen. Wir bedürfen eines genauen Einblickes in den Gang der Revolution; wir haben zu erkennen, was sie bisher gewesen ist, um zu begreifen, worin ihre zukünftige Aufgabe bestehen wird.

Bis jetzt ist die deutsche Revolution nichts anderes gewesen, als ein Versuch zur Ueberwindung des Krieges und seiner Folgen. Ihr erster Schritt war daher der Abschluß des Waffenstillstandes mit den feindlichen Mächten und der Sturz der Führer des alten Systems. Die nächste Aufgabe aller entschiedenen Revolutionäre besteht darin, diese Errungenschaften aufrecht zu erhalten und sie zu erweitern.

Wir sehen, daß der Waffenstillstand, über den die gegenwärtige Regierung mit den feindlichen Mächten verhandelt, von diesen zur Erdrosselung Deutschlands benutzt wird. Das aber ist mit den Zielen des Proletariats unvereinbar; denn eine solche Erdrosselung würde weder mit dem Ideal eines dauernden noch eines menschenwürdigen Friedens übereinstimmen.

Nicht ein Friede des Augenblicks, nicht ein Friede der Gewalt, sondern ein Friede der Dauer und des Rechts, das ist das Ziel des deutschen, wie des internationalen Proletariats. Aber es ist nicht das Ziel der gegenwärtigen Regierung, die, ihrem ganzen Wesen entsprechend, mit den imperialistischen Regierungen der Entente lediglich einen Frieden des Augenblicks zu schließen vermag; und zwar deshalb, weil sie es verabsäumt, an die Fundamente des Kapitals zu rühren.

Solange der Kapitalismus besteht, sind — das wissen alle Sozialisten sehr wohl — Kriege unvermeidlich. Welche Ursachen sind es gewesen, die zum Weltkriege getrieben haben? Die Herrschaft des Kapitalismus bedeutet die Ausbeutung des Proletariats; sie bedeutet eine ständige und ungehemmte Ausdehnung des Kapitalismus auf dem Weltmarkt. Hier stoßen in scharfem Kontrast die kapitalistischen Mächte der verschiedenen nationalen Gruppen zusammen. Und dieser wirtschaftliche Zusammenstoß führt mit Notwendigkeit zuletzt zu einem Zusammenstoß der politischen und militärischen Waffen — zum Kriege. Man will uns jetzt mit der Idee des Völkerbundes zu beruhigen suchen, der einen dauernden Frieden zwischen

den verschiedenen Staaten herbeiführen soll. Als Sozialisten sind wir uns völlig klar darüber, daß ein solcher Völkerbund nichts anderes ist, als ein Bündnis der herrschenden Klassen der verschiedenen Staaten untereinander — ein Bündnis, das seinen kapitalistischen Charakter nicht verleugnen kann, gegen das internationale Proletariat gerichtet ist und einen dauernden Frieden nie zu garantieren vermag.

Die Konkurrenz, das Wesen der kapitalistischen Produktion, bedeutet für uns Sozialisten Brudermord; wir aber fordern im Gegensatz dazu die internationale Gemeinsamkeit der Menschen. Nur der Wille des Proletariats ist auf einen dauernden und menschenwürdigen Frieden gerichtet; nie und nimmer kann der Imperialismus der Entente dem deutschen Proletariat diesen Frieden geben; ihn wird es von seinen Arbeitsbrüdern in Frankreich, Amerika und Italien erhalten. Den Weltkrieg durch einen dauernden und menschenwürdigen Frieden abzuschließen, das also allein vermag die Tatbereitschaft des internationalen Proletariats. So lehrt es uns unsere sozialistische Grundauffassung.

Jetzt, nach diesem ungeheuren Morden gilt es fürwahr ein Werk aus einem einzigen Guß zu schaffen. Die ganze Menschheit ist in den glühenden Schmelztiegel des Weltkrieges geworfen worden. Das Proletariat hält den Hammer in der Hand, um daraus eine neue Welt zu formen.

Nicht nur unter dem Kriege und seiner Verwüstung leidet das Proletariat, sondern, im Prinzip, an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der wahren Ursache dieses Krieges. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen, das ist die einzige Rettung des Proletariats aus dem dunklen Verhängnis seines Schicksals.

Wie aber kann dieses Ziel erreicht werden? Zur Beantwortung dieser Frage ist es nötig, sich völlig klar darüber zu sein, daß nur das Proletariat selbst in eigener Tat sich aus seiner Knechtschaft erlösen kann. Man hat uns gesagt: Die Nationalversammlung ist der Weg zur Freiheit. Die Nationalversammlung bedeutet aber nichts anderes als eine formelle politische Demokratie. Sie bedeutet durchaus nicht diejenige Demokratie, die der Sozialismus stets gefordert hat. Der Wahlzettel ist sicherlich nicht der Hebel, mit dem die Macht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus den Fugen gehoben werden kann. Wir wissen, daß eine Reihe von Staaten diese formale Demokratie der Nationalversammlung seit langem besitzen, Frankreich, Amerika, Schweiz. Aber gleichwohl herrscht auch in diesen Demokratien das Kapital.

Es ist keine Frage, daß sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung der Einfluß des Kapitals, seine wirtschaftlich organisierte Ueberlegenheit in höchstem Maße geltend machen wird. Große Massen der Bevölkerung

werden sich unter dem Druck und Einfluß dieser Ueberlegenheit, im Gegensatz zu sich selbst, in Gegensatz zu ihren eigenen und wahren Interessen setzen und ihre Stimmen ihren Feinden geben. Schon aus diesem Grunde wird die Nationalversammlung niemals ein Sieg des sozialistischen Willens sein. Es ist völlig verkehrt, zu glauben, daß in der formalen Demokratie des Parlaments die sichere Voraussetzung und Bedingung für die Verwirklichung des Sozialismus gegeben sei. Vielmehr ist gerade umgekehrt erst der verwirklichte Sozialismus die grundlegende Voraussetzung für eine wahre Demokratie. Das revolutionäre deutsche Proletariat kann von einer Wiedergeburt des alten Reichstages in der neuen Form der Nationalversammlung nichts für seine Ziele erwarten; denn diese Nationalversammlung wird den gleichen Charakter tragen wie die alte „Schwatzbude" am Königsplatz. Wir werden in ihr sicherlich alle die alten Herrschaften wiederfinden, die dort vor dem Kriege und während des Krieges die Geschicke des deutschen Volkes in so verhängnisvoller Weise zu bestimmen suchten. Und wahrscheinlich ist es auch, daß die bürgerlichen Parteien in dieser Nationalversammlung die Mehrheit haben werden. Aber selbst, wenn das nicht der Fall sein sollte, wenn die Nationalversammlung mit einer sozialistischen Mehrheit die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft beschließen sollte, so wird ein solcher parlamentarischer Beschluß ein papiernes Dekret bleiben und an dem energischsten Widerstand der Kapitalisten scheitern. Nicht im Parlament, nicht mit seinen Methoden kann der Sozialismus verwirklicht werden; hier ist einzig und allein der außerparlamentarische, revolutionäre Kampf des Proletariats entscheidend. Nur durch ihn ist das Proletariat imstande, die Gesellschaft nach seinem Willen zu formen.

Die kapitalistische Gesellschaft ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die mehr oder minder verhüllte Herrschaft der Gewalt. Ihre Absicht geht jetzt dahin, zu den gesetzlichen Zuständen der früheren „Ordnung" zurückzukehren und die Revolution, die das Proletariat gemacht hat, als einen ungesetzlichen Vorgang, gleichsam als ein geschichtliches Mißverhältnis zu diskreditieren und zu beseitigen. Aber nicht umsonst hat das Proletariat die schwersten Opfer in dem blutigen Kriege gebracht; wir, die Vorkämpfer der Revolution, werden uns nicht von unserem Platz verdrängen lassen. Wir bleiben solange am Leben, bis wir die Macht des Sozialismus fundiert haben.

Die politische Macht, die sich das Proletariat am 9. November erobert hat, ist ihm zum Teil schon wieder entrissen worden; entrissen worden ist ihm vor allen Dingen die Macht, die entscheidenden Stellen in der Staatsverwaltung durch die Männer seines Vertrauens zu besetzen. Auch der Mili-

tarismus, gegen dessen Herrschaft wir uns erhoben, ist noch am Leben. Wir kennen sehr wohl die Ursachen, die dazu geführt haben, das Proletariat aus seinen Positionen zu verdrängen. Wir wissen, daß die Soldatenräte zu Beginn der revolutionären Entwicklung die Situation nicht immer klar gesehen haben. Es haben sich in ihre Reihe zahlreiche schlaue Rechner eingeschlichen, Konjunkturrevolutionäre, Feiglinge, die nach dem Niederbruch der alten Macht sich an die neue anschlossen, um hier ihre bedrohte Existenz zu salvieren. In zahlreichen Fällen übergaben die Soldatenräte solchen Leuten verantwortungsvolle Stellungen und machten dadurch den Bock zum Gärtner. Andererseits hat die gegenwärtige Regierung die alte Kommandogewalt wiederhergestellt und auf diese Weise den Offizieren die Macht zurückgegeben.

Wenn jetzt allenthalben in Deutschland ein chaotisches Durcheinander herrscht, so trägt die Verantwortung dafür nicht die Revolution, die die Macht der herrschenden Klassen zu beseitigen suchte, sondern diese herrschenden Klassen selbst und der Brand des Krieges, der von den herrschenden Klassen entzündet worden ist. „Ordnung und Ruhe muß herrschen", so ruft uns die Bourgeoisie zu und sie meint damit, daß das Proletariat vor ihr kapitulieren solle, um diese Ordnung und Ruhe wieder herzustellen; daß das Proletariat seine Macht in die Hände derjenigen zurückgeben solle, die jetzt unter der Maske der Revolution die Gegenrevolution vorbereiten. Gewiß, eine revolutionäre Bewegung läßt sich nicht auf glattem Parkettboden durchführen; es setzt Splitter und Späne in dem Kampfe um eine neue und höhere Ordnung der Gesellschaft und einen dauernden Frieden der Menschheit.

Dadurch, daß die Regierung den alten Generälen und Offizieren die Kommandogewalt zu dem Zwecke der Demobilisation der Armee zurückgegeben hat, hat sie die Demobilisation erschwert und zerrüttet. Sicherlich hätte sich die Demobilisation weit ruhiger und ordnungsmäßiger gestaltet, wenn sie der freien Disziplin der Soldaten überlassen worden wäre. Dagegen haben die Generäle, mit der Autorität der Volksregierung ausgerüstet, auf alle Weise versucht, die Soldaten mit Haß gegen die Regierung zu erfüllen. Sie haben die Soldatenräte eigenmächtig abgesetzt, sie haben schon in den ersten Tagen der Revolution das Tragen von roten Fahnen verboten und die roten Fahnen von öffentlichen Gebäuden herunterreißen lassen. Alle diese Vorgänge kommen auf das Schuldkonto der Regierung, die, um die „Ordnung" der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten, in Wahrheit die Revolution erstickt, wenn es sein muß, in Blut.

Und da wagt man uns anzuklagen, daß wir es seien, die den Terror, den Bürgerkrieg und das Blutvergießen wollen; da wagt man uns zuzumuten, wir sollten auf unsere revolutionäre Aufgabe verzichten, damit die Ordnung

unserer Gegner wieder aufgerichtet werde! Nicht wir sind es, die Blutvergießen wollen. Aber sicher ist es, daß die Reaktion, sobald sie die Macht dazu hat, sich keinen Augenblick besinnen wird, die Revolution in Blut zu ersticken. Erinnern wir uns doch ihrer grausamen und niederträchtigen Schandtaten, mit denen sie sich noch vor wenigen Wochen und Monaten besudelte. In der Ukraine hat sie Henkersarbeit verrichtet, in Finnland hat sie Tausende von Arbeitern gemordet — das sind die Blutspuren an den Händen des deutschen Imperialismus, dessen Wortführer uns revolutionäre Sozialisten jetzt der Propaganda des Terrors und des Bürgerkrieges in ihrer lügenhaften Presse verdächtigen.

Nein! Wir wollen, daß sich der Umbau der Gesellschaft und der Wirtschaft ohne Unordnung und in aller Friedlichkeit vollziehe. Und wenn Unordnung und Bürgerkrieg entstehen sollten, so werden einzig und allein diejenigen die Schuld tragen, die ihre Herrschaft und ihren Profit stets mit Waffengewalt befestigt und erweitert haben, und die auch jetzt wieder versuchen, das Proletariat unter ihr Joch zu beugen.

Also nicht zur Gewalt und nicht zum Blutvergießen rufen wir das Proletariat auf; aber wir rufen es auf zu revolutionärer Tatbereitschaft und zur Entfaltung all seiner Energie, auf daß es den Neubau der Welt in seine Hände nehme. Wir rufen die Massen der Soldaten und Proletarier dazu auf, an dem Ausbau der Soldaten- und Arbeiterräte tatkräftig fortzuwirken. Wir rufen sie dazu auf, die herrschenden Klassen zu entwaffnen, sich selbst aber zu bewaffnen zum Schutze der Revolution und zur Sicherung des Sozialismus. Das allein gibt uns die Gewähr für die Erhaltung und für den Ausbau der Revolution im Sinne der unterdrückten Volksklassen. Das revolutionäre Proletariat darf keinen Augenblick mehr zögern, die bürgerlichen Elemente aus allen ihren politischen und sozialen Machtstellungen zu entfernen; es muß die ganze Macht selbst in seine Hände nehmen. Gewiß, wir werden zur Durchführung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens die Mitwirkung auch der bürgerlichen Intelligenz, der Fachmänner, der Ingenieure brauchen; aber sie werden unter Kontrolle des Proletariats ihre Arbeit verrichten.

Von allen diesen dringendsten Aufgaben der Revolution hat die gegenwärtige Regierung noch nicht eine einzige in Angriff genommen. Dagegen hat sie alles getan, um die Revolution zurückzubremsen. Jetzt hören wir, daß unter ihrer Mitwirkung draußen auf dem Lande Bauernräte gewählt werden, Räte derjenigen Bevölkerungsschicht, die stets zu den rückständigsten und erbittertsten Feinden des Proletariats gehört haben und die bis auf den heutigen Tag die heftigsten Feinde des ländlichen Proletariats geblieben sind. All diesen Machenschaften müssen die Revolutionäre fest und

entschlossen entgegentreten. Sie müssen von ihrer Macht Gebrauch machen und vor allem mit der Sozialisierung energisch und sicher beginnen.

Der erste Schritt wird darin bestehen, daß die Waffenlager und die gesamte Rüstungsindustrie vom Proletariat mit Beschlag belegt werden. Dann müssen die industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe in den Besitz der Gesellschaft überführt werden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sich diese sozialistische Umschaltung der Produktion bei der hohen und stark zentralisierten Form dieser Wirtschaftsgebilde in Deutschland verhältnismäßig leicht und schnell vollziehen läßt. Wir besitzen ferner ein bereits hochentwickeltes Genossenschaftswesen, an dem vor allem auch der Mittelstand interessiert ist. Auch dies ist ein geeignetes Mittel zu einer wirksamen Durchführung des Sozialismus.

Wir sind uns völlig klar darüber, daß es sich bei dieser Sozialisierung um einen langen und großen Prozeß handelt. Wir verhehlen uns keineswegs die Schwierigkeiten, die dieser Aufgabe entgegenstehen, zumal in der gefährlichen Situation, in der sich unser Volk jetzt befindet. Aber glaubt jemand allen Ernstes, daß sich die Menschen den geeigneten Zeitpunkt für eine Revolution und für die Verwirklichung des Sozialismus nach ihrem Gutdünken und Belieben auszusuchen vermögen? So ist der Gang der Weltgeschichte wahrlich nicht! Jetzt geht es nicht an, zu erklären: Für heute und morgen paßt uns die sozialistische Revolution nicht in unseren sorgfältig ausgerechneten Plan; aber übermorgen, wenn wir besser dazu vorbereitet sind, wenn wir wieder Brot und Rohstoffe haben und unsere kapitalistische Produktionsweise sich wieder in vollem Gang befindet, dann wollen wir über die Sozialisierung der Gesellschaft mit uns reden lassen. Nein, das ist eine grundfalsche und lächerliche Auffassung von dem Wesen der geschichtlichen Entwicklung. Man kann sich weder den geeignet erscheinenden Zeitpunkt für eine Revolution aussuchen, noch die Revolution nach eigenem Ermessen vertagen. Denn was sind Revolutionen ihrem Wesen nach anderes als große und elementare gesellschaftliche Krisen, deren Ausbruch und Entfaltung nicht von dem Willen Einzelner abhängt, und die sich, über die Köpfe Einzelner hinweg, gleich gewaltigen Gewittern entladen! Schon Karl Marx hat uns gelehrt, daß die soziale Revolution in eine Krise des Kapitalismus fallen muß. Nun wohl, dieser Krieg ist nichts anderes als eine solche Krise; und darum hat jetzt, wenn irgendwann, die Stunde des Sozialismus geschlagen.

Am Vorabend der Revolution, in jener Nacht vom Freitag zum Samstag, da hatten die Führer der sozialdemokratischen Parteien noch keine Ahnung, daß die Revolution schon vor der Tür stand. Sie wollten nicht daran glauben, daß die revolutionäre Gärung in den Massen der Soldaten und Arbeiter

bereits soweit fortgeschritten sei. Als sie aber dann erfuhren, daß die große Schlacht bereits begonnen habe, da liefen sie alle eilig herbei, weil sie sonst hätten befürchten müssen, daß die gewaltige Bewegung über sie hinwegfluten werde.

Der entscheidende Augenblick ist gekommen. Töricht und schwächlich sind alle diejenigen, denen er als ungeeignet erscheint und die darüber jammern, daß er gerade jetzt erschienen ist. Auf unsere Tatbereitschaft, auf unseren revolutionären Ernst und Willen kommt es jetzt an. Die große Aufgabe, auf die wir uns solange vorbereitet haben, drängt der Lösung entgegen. Die Revolution ist da. Sie muß sein! Es handelt sich nicht mehr darum: Ob, sondern nur noch: Wie! Die Frage ist gestellt; und aus der Schwierigkeit der Situation, in der wir uns befinden, darf nicht der Schluß gezogen werden, daß jetzt keine Revolution sein solle.

Ich wiederhole, daß wir diese Schwierigkeit nicht verkennen. Vor allem sind wir uns jener Schwierigkeit bewußt, die darin besteht, daß das deutsche Volk noch keine revolutionäre Erfahrung und Ueberlieferung besitzt. Andererseits ist aber gerade dem deutschen Proletariat die Aufgabe der Sozialisierung durch mancherlei Umstände wesentlich erleichtert. Die Gegner unseres Programms geben uns zu bedenken, daß es in einer so bedrohlichen Lage, jetzt, wo Arbeitslosigkeit, Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vor der Türe stehen, unmöglich sei, mit der Vergesellschaftung der Wirtschaft zu beginnen. Aber hat die Regierung der kapitalistischen Klasse nicht gerade im Verlauf des Krieges, also in einer mindestens ebenso schwierigen Lage, wirtschaftliche Maßnahmen der durchgreifendsten Art getroffen, Maßnahmen, welche Produktion und Konsumtion grundlegend umgestalteten? Und alle diese Maßnahmen geschahen damals im Dienste des Krieges, zum Zwecke des Durchhaltens, im Interesse des Militarismus und der herrschenden Klassen.

Die Maßnahmen der Kriegswirtschaft konnten nur durch die Selbstdisziplin des deutschen Volkes durchgeführt werden. Damals stand diese Selbstdisziplin im Dienste des Völkermordens, sie war zum Schaden des Volkes wirksam. Jetzt aber, wo sie im Interesse des Volkes, zu seinem eigenen Nutzen wirken soll, wird sie imstande sein, noch weit größere Leistungen und Umwandlungen zu vollbringen als je zuvor. Im Dienste des Sozialismus wird sie das Werk der Sozialisierung schaffen. Waren es doch gerade die Sozialpatrioten, die jene tief einschneidenden kriegswirtschaftlichen Maßnahmen als Kriegssozialismus bezeichneten, und Scheidemann, dieser gefügige Diener der Militärdiktatur, trat voller Begeisterung dafür ein. Nun, wir dürfen jedenfalls diesen Kriegssozialismus als eine Umbildung unseres Wirtschaftslebens betrachten, die wohl geeignet ist, als

Vorbereitung der echten, im Zeichen des Sozialismus stehenden Sozialisierung zu dienen.

Die Verwirklichung des Sozialismus ist unvermeidlich; sie muß kommen, gerade weil wir die Unordnung, über die man sich jetzt so aufregt, endgültig überwinden müssen. Aber diese Unordnung ist unüberwindlich, so lange als die Machthaber von gestern, die wirtschaftlichen und politischen Gewalten des Kapitalismus am Ruder bleiben; denn sie haben dieses Chaos verursacht.

Die Pflicht der gegenwärtigen Regierung wäre es gewesen, zuzugreifen und schnell und entschieden zu handeln. Aber sie hat die Aufgabe der Sozialisierung nicht um einen Schritt gefördert. Was hat sie in der Ernährungsfrage geleistet? Sie spricht zum Volke: „Du mußt hübsch artig sein und Dich gesittet benehmen, dann wird uns Wilson Lebensmittel schicken." Das gleiche ruft uns Tag für Tag die gesamte Bourgeoisie zu, und diejenigen, die sich noch vor wenigen Monaten nicht genug darin tun konnten, den Präsidenten von Amerika zu beschimpfen und mit Kot zu bewerfen, sie begeistern sich jetzt für ihn und fallen ihm voller Bewunderung zu Füßen — um Lebensmittel von ihm zu erhalten. Ja freilich! Wilson und seine Genossen werden uns vielleicht helfen, aber sicherlich nur in dem Maße und in der Form, als es den imperialistischen Interessen des Entente-Kapitalismus entspricht. Jetzt beeilen sich alle offenen und heimlichen Gegner der proletarischen Revolution, Wilson als den guten Freund des deutschen Volkes anzupreisen, aber gerade dieser menschenfreundliche Wilson ist es ja gewesen, der den grausamen Waffenstillstandsbedingungen Fochs seine Billigung erteilt und dadurch dazu beigetragen hat, die Not des Volkes ins Unermeßliche zu steigern. Nein, wir revolutionären Sozialisten glauben keinen Augenblick lang an den Schwindel von der Menschenfreundlichkeit Wilsons, der nichts anderes tut und tun kann, als die Interessen des Entente-Kapitals in kluger Berechnung zu vertreten. Doch wozu dient jener Schwindel, mit dem die Bourgeoisie und die Sozialpatrioten jetzt hausieren gehen, in Wahrheit? Um das Proletariat zu überreden und zu verleiten, die Macht, die es sich durch die Revolution erobert hat, preiszugeben.

Wir werden nicht darauf hineinfallen. Wir stellen unsere sozialistische Politik auf den granitenen Boden des deutschen Proletariats; wir stellen sie auf den granitenen Boden des internationalen Sozialismus. Wir halten es weder mit der Würde noch mit der revolutionären Aufgabe des Proletariats für vereinbar, daß wir, die wir mit der sozialen Revolution begonnen haben, an die Barmherzigkeit des Entente-Kapitals appellieren, sondern wir rechnen auf die revolutionäre Solidarität und die internationale Tatbereitschaft der Proletarier Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas. Die Klein-

mütigen und Ungläubigen, die jedes sozialistischen Geistes bar sind, rufen uns zu, daß wir Toren seien, auf den Ausbruch einer sozialen Revolution in den Ländern zu hoffen, die siegreich aus diesem Weltkrieg hervorgegangen seien. Wie steht es mit diesem Einwurf? Selbstverständlich wäre es völlig verkehrt, zu glauben, daß schon im nächsten Augenblick, gleichsam auf ein Kommando, die Revolution in den Staaten der Entente ausbrechen wird. Die Weltrevolution, die unser Ziel und unsere Hoffnung ist, ist ein viel zu gewaltiger historischer Prozeß, als daß sie sich Schlag auf Schlag, in Tagen und Wochen entfalten könnte. Die russischen Sozialisten haben die deutsche Revolution vorausgesagt als notwendige Konsequenz der russischen. Aber noch ein volles Jahr nach dem Ausbruch der russischen Revolution war alles bei uns still, bis schließlich doch die Stunde schlug.

Jetzt herrscht bei den Völkern der Entente begreiflicherweise ein mächtiger Siegestaumel, und die Freude über die Zertrümmerung des deutschen Militarismus, über die Befreiung Belgiens und Frankreichs ist so laut, daß wir ein revolutionäres Echo von seiten der Arbeiterschaft unserer bisherigen Feinde in diesem Augenblick nicht erwarten dürfen. Und außerdem wird die Zensur, die in den Entente-Ländern noch gebietet, jede Stimme, die zum revolutionären Anschluß an das revolutionäre Proletariat auffordert, gewaltsam unterdrücken. Auch ist nicht zu übersehen, daß die verräterische und verbrecherische Politik der Sozialpatrioten dazu geführt hat, während des Krieges den internationalen Zusammenhang des Proletariats zu zerreißen und zu zerstören.

Und was für eine Revolution ist es denn eigentlich, die wir jetzt von den Sozialisten Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas erwarten? Welches Ziel und welchen Charakter soll diese Revolution haben? Die Revolution vom 9. November stellte sich in ihrem ersten Stadium die Aufrichtung einer demokratischen Republik zur Aufgabe, sie hatte ein bürgerliches Programm; und wir wissen sehr gut, daß sie diesen Standpunkt auch auf der Stufe ihrer gegenwärtigen Entwicklung in Wahrheit noch nicht überwunden hat. Aber eine Revolution von solcher Art erwarten wir keineswegs von dem Proletariat der Entente, und zwar deswegen nicht, weil Frankreich, England, Amerika und Italien sich seit Jahrzehnten und Jahrhunderten bereits im festen Besitz dieser bürgerlich demokratischen Freiheiten befinden, um die wir hier am 9. November gerungen haben. Sie besitzen die republikanische Staatsverfassung, also gerade dasjenige, was uns die gepriesene Nationalversammlung erst bescheren soll; denn das Königtum in England und Italien ist nur eine belanglose Aeußerlichkeit, eine Dekoration und eine Fassade. Also wir können von dem Proletariat der Entente-Staaten mit Fug gar keine andere als eine soziale Revolution erwarten. Doch wie sind wir zu einer

solchen Erwartung berechtigt, wie können wir an das Proletariat der anderen Länder die Forderung einer sozialen Revolution stellen, solange wir selbst sie noch nicht gemacht haben! Wir müssen also den ersten Schritt dazu tun. Je schneller und entschiedener das deutsche Proletariat mit dem guten Beispiel vorangeht, je schneller und entschiedener wir unsere Revolution zum Sozialismus hin entwickeln, je schneller wird uns das Proletariat der Entente folgen.

Damit uns aber der große Wurf des Sozialismus gelingt — — dazu ist es unbedingt erforderlich, daß die politische Macht dem Proletariat erhalten bleibe. Denn jetzt gibt es kein Schwanken und Zögern mehr, sondern nur noch ein klares Entweder — Oder. Entweder der bürgerliche Kapitalismus fährt fort, zu leben und die Erde und und die gesamte menschliche Gesellschaft zu beglücken mit seiner Ausbeutung und Lohnsklaverei und der Verewigung der Kriegsgefahr, oder aber das Proletariat besinnt sich auf seine weltgeschichtliche Aufgabe und auf sein Klasseninteresse, das es dazu aufruft, alle Klassenherrschaft für immer aufzuheben.

Jetzt versucht man von sozialpatriotischer und bürgerlicher Seite, das Volk von dieser seiner geschichtlichen Mission abspenstig zu machen, indem man ihm die Gefahren der Revolution schwarz und gruselig an die Wand malt; indem man in den blutigsten Farben die Not und Zerstörung, den Aufruhr und Schrecken schildert, von denen die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse angeblich begleitet sein werden. Aber diese Schwarzmalerei ist vergebene Liebesmüh'! Denn die Verhältnisse selbst, die Unfähigkeit des Kapitals, das Wirtschaftsleben, das von ihm zerstört wurde, wieder aufzubauen, sie sind es, die das Volk mit eiserner Notwendigkeit auf den Weg der sozialen Revolution treiben werden. Wenn wir die großen Streikbewegungen der letzten Tage mit Aufmerksamkeit betrachten, so erkennen wir deutlich, daß selbst mitten in der Revolution der Konflikt zwischen dem Unternehmertum und der Lohnarbeiterschaft lebendig ist. Der proletarische Klassenkampf ruht nicht, solange sich die Bourgeoisie auf den Trümmern ihrer ehemaligen Herrlichkeit behauptet; er wird erst ruhen in dem Augenblick, wo die soziale Revolution zum siegreichen Ende gelangt ist.

Das ist es, was der Spartakusbund will.

Jetzt greift man die Spartakusleute mit allen erdenklichen Mitteln an. Die Presse der Bourgeoisie und der Sozialpatrioten, vom „Vorwärts" bis zur „Kreuzzeitung", strotzt von den abenteuerlichsten Lügen, von den frechsten Verdrehungen, von Entstellungen und Verleumdungen. Was schimpft man uns nicht alles nach? Daß wir den Terror verkünden; daß wir den blutigsten Bürgerkrieg entfesseln wollten; daß wir uns mit Waffen und Mu-

nition ausrüsten und den bewaffneten Aufstand vorbereiten. Mit einem Wort: daß wir die gefährlichsten und gewissenlosesten Bluthunde der Welt seien. Diese Lügen sind leicht zu durchschauen. Als ich gleich im Beginn des Krieges ein kleines, mutiges, opferbereites Häuflein von revolutionären Genossen um mich scharte und es dem Krieg und dem Kriegstaumel entgegenwarf, da wurden wir von allen Seiten niedergebrüllt, verfolgt und in den Kerker geworfen. Und als ich es offen und laut aussprach, was damals niemand auszusprechen wagte und was damals noch die wenigsten erkennen wollten: daß Deutschland und seine politischen und militärischen Leiter am Kriege schuldig seien — da hieß es, ich sei ein gemeiner Verräter, ein bezahlter Agent der Entente, ein vaterlandsloser Geselle, der den Untergang Deutschlands wolle. Wir hätten es bequemer haben können, wenn wir geschwiegen oder in den allgemeinen Chor des Chauvinismus und Militarismus eingestimmt hätten. Aber wir zogen es vor, die Wahrheit zu sagen, ohne auf die Gefahr zu achten, in die wir uns dadurch begaben. Jetzt sehen alle, auch diejenigen, die damals gegen uns wüteten, ein, daß das Recht und die Wahrheit auf unserer Seite waren. Jetzt, nach der Niederlage und nach den ersten Tagen der Revolution, sind dem ganzen Volk die Augen geöffnet worden, so daß es erkennt, daß es von seinen Fürsten, seinen Alldeutschen, seinen Imperialisten und Sozialpatrioten in diesen Abgrund seines Unglücks hineingestoßen worden ist. Und gerade jetzt wieder, wo wir abermals unsere Stimme erheben, um dem deutschen Volke den einzigen Weg zu zeigen, der es aus diesem Unglück zur wahren Freiheit und zum dauernden Frieden zu führen vermag, in diesem Augenblick kommen dieselben Menschen, die damals uns und die Wahrheit niederschrien, und nehmen ihren alten Feldzug der Lüge und der Verleumdung gegen uns wieder auf. Mögen sie auch jetzt geifern und schreien, mögen sie wie bellende Hunde hinter uns herlaufen — wir werden unseren geraden Weg, den Weg der Revolution und des Sozialismus, unbekümmert verfolgen, indem wir uns sagen: Viel Feind, viel Ehr'! Nur zu wohl wissen wir es, daß die gleichen Verbrecher und Verräter, die im Jahre 1914 das deutsche Proletariat mit der Phrase des Sieges und der Eroberung, mit der Aufforderung zum „Durchhalten" und mit dem niederträchtigen Abschluß des Burgfriedens zwischen Kapital und Arbeit betrogen, das diejenigen, die auf solche Art den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu ersticken suchten und jeden Streik als wilden Streik während des Krieges mit Hilfe ihres Organisationsapparates und der Behörden niederknebelten — daß sie die gleichen sind, die jetzt, im Jahre 1918, abermals von Nationalfrieden sprechen und die die Solidarität aller Parteien zum Zweck des Aufbaues unseres Staates proklamieren.

Dieser neuen Einigung von Proletariat und Bourgeoisie, dieser verräterischen Fortsetzung der Lüge von 1914 soll die Nationalversammlung dienen. Das soll ihre wahre Aufgabe sein. Mit ihrer Hilfe soll der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats zum zweiten Male erstickt werden. Aber wir erkennen, daß hinter dieser Nationalversammlung in Wahrheit der alte deutsche Imperialismus steht, der trotz der Niederlage Deutschlands nicht tot ist. Nein, er ist nicht tot; und bleibt er am Leben, so ist das deutsche Proletariat um die Früchte seiner Revolution geprellt.

Niemals darf das geschehen. Noch ist das Eisen warm, jetzt müssen wir es schmieden. Jetzt oder nie! Entweder wir gleiten zurück in den alten Sumpf der Vergangenheit, aus dem wir in revolutionärem Anlauf versucht haben, uns zu erheben oder wir setzen den Kampf fort bis zum Sieg und zur Erlösung, bis zur Erlösung der ganzen Menschheit von dem Fluche der Knechtschaft. Damit wir dieses große Werk, die größte und erhebendste Aufgabe, die der menschlichen Kultur je gestellt worden ist, siegreich vollenden, dazu muß das deutsche Proletariat zur Aufrichtung der Diktatur schreiten.

RÜSTUNG DER REVOLUTION

Offiziere und Junker, Generäle und Admiräle als Soldatenräte, Prinzen als deren Schutzherren.

In Westfalen und anderwärts geheime Zusammenkünfte der Offizier-Soldatenräte mit anderen Offizieren unter der Leitung der Generalkommandos.

Die „Soldatenräte" im Großen Hauptquartier und in Potsdam berufen auf eigene Faust Sonderkonferenzen der deutschen Soldatenräte.

Ein adliger Offizier bringt vor Berliner Gardedragonern ein dreifaches Kaiserhoch aus, in das die Soldaten einstimmen.

Ueber ganz Deutschland organisieren sich die Offiziere in einer „Interessenvertretung".

Wohlbekannte Kreise gründen einen Bund aktiver Unteroffiziere, dem in Berlin schon 5000 Mitglieder angehören.

Hindenburg erläßt politische Kundgebungen wie in den besten Tagen der wilhelminischen Zeit.

Generalleutnant v. Winterfeld marschiert mit zwei Divisionen auf Aachen und Köln, um die Revolution niederzuwerfen.

An der Spitze gewaltiger Heere unter der schwarz-weiß-roten Fahne, voll musterhafter Disziplin und künstlich aufgestachelten Hasses gegen den

„Bolschewismus", ziehen Generäle, Mitschuldige am Krieg, Mitverschworene der Hohenzollern, vom Westen ins Innere Deutschlands. Sixt v. Arnim veranlaßt den Soldatenrat „seiner" Armee — 500 000 Mann! — zu dem Beschluß, den „Bolschewismus" mit allen Mitteln zu unterdrücken. General Eberhard verfügt die Aufhebung der Arbeiter- und Soldatenräte in den Durchmarschgebieten der ersten Armee. Putsche zurückflutender Fronttruppen gegen Organe und Symbole der Revolution sind die Folge; sozialistische Flugblattverteiler werden niedergeschossen; Versuche zur Entwaffnung der revolutionären Freiwilligenregimenter werden unternommen, Feuergefechte mit der revolutionären Bevölkerung geliefert.

Statt die energischsten Maßregeln zur Unschädlichmachung und Bestrafung der verbrecherischen Frondeure sofort selbst durchzuführen, begnügt sich die Regierung, die Entlassung des Generals Eberhard (von wem?) „zu fordern" und um die Verlegung des Großen Hauptquartiers von Kassel nach Berlin zu bitten.

Erste Antwort: Die Herren Eberhard und Hindenburg zeigen die kalte Schulter und tun was ihnen paßt.

Zweite Antwort: Das Armee-Oberkommando in Riga betreibt in Uebereinstimmung mit dem Reichskommissar für die baltischen Lande und dem Zentral-„Soldaten"-Rat der 8. Armee die Organisation einer eisernen Division, die eine „Kampfarmee unter dem Kommando deutscher Offiziere" sein und dem Zwecke dienen soll, „das Herüberfluten der bolschewistischen Welle mit der Waffe in der Hand zu verhindern", das heißt, das revolutionäre deutsche Proletariat blutig niederzuwerfen.

Das ist das Ergebnis von drei Wochen deutscher Revolution.

Immer höher wächst die Dreistigkeit der militärischen Gegenrevolution.

Ihre Hoffnung sind vor allem die geschlossenen Cadres der heimkehrenden Fronttruppen.

Täuschen wir uns nicht, diese Truppen treten als ein neuer mächtiger Faktor in die Geschichte der deutschen Revolution ein. Ihre Schicksale und Stimmungen haben zwar die Revolution wesentlich vorbereitet; Teile von ihnen, die sich in den entscheidenden Tagen im Innern des Landes befanden, haben an der Bewegung tatkräftig mitgewirkt. *Als Ganzes* haben sie an der bisherigen Revolution nicht aktiv teilgenommen; *als Ganzes* sind sie durch die Revolution bisher nur mittelbar beeinflußt; *als Ganzes* standen sie in den letzten Wochen unter Einflüssen, die einen neuen Chauvinismus, dieses Lebenselixir des Militarismus, förderten; unter den Eindrücken der Waffenstillstandsbedingungen und ihrer Folgen.

Der Militarismus war im Feldheere bei Ausbruch der Revolution geschwächt, aber noch nicht völlig zerschlagen, er ist auch durch die Revo-

lution nicht völlig vernichtet worden, und seither, wie es scheint, wieder aufgelebt; das ist's, worauf die Gegenrevolution rechnet.

Diese Gefährdung der Revolution hat die gegenwärtige Regierung geradezu planmäßig heraufbeschworen: indem sie die Kommandogewalt wieder herstellte und damit die Fronttruppen dem politischen Mißbrauch und der Stimmungsbeeinflussung durch gegenrevolutionäre Elemente auslieferte, indem sie statt eine systematische und energische revolutionäre Propaganda unter ihnen zu entfalten, ihnen nichts als Ordnung und Ruhe predigte und durch Duldung oder Unterstützung eines schamlosen Lügenfeldzugs Schrecken vor der Revolution einflößte. All dies unter dem Vorwand der Fürsorge für glatte Abwicklung des Rückmarsches und der Demobilisation — als wären die Schwierigkeiten der Demobilisation und des Rückmarsches nicht auch in freier demokratischer Selbstbestimmung der Soldatenmasse zu bewältigen; als wäre die Aufrechterhaltung polizeilicher Ordnung wichtiger als die Aufrechterhaltung der revolutionären Macht! In Wirklichkeit um die revolutionären Massenkräfte zu hemmen und zu hindern, statt sie voranzutreiben und zu entwickeln.

Die Bedrohung ist um so ernster, je mehr sich auch außerhalb des Militärs die reaktionären Kräfte neu konsolidieren und in Bürgerwehren und Weißen Garden bewaffnen; je mehr das revolutionäre Proletariat entwaffnet wird; je mehr in den Massen das Feuer der Begeisterung für die bisherige Revolution abzuflauen beginnt.

Da hilft keine Schutztruppe des Herrn Wels, die nur eine Schutztruppe der kapitalistischen Ordnung sein wird.

Da kann nur helfen eine Politik, die die arbeitenden Massen für die Revolution gewinnt und zu grenzenloser Hingabe entflammt, da kann nur helfen der Ausbau, die Aufrechterhaltung und Sicherung der proletarischen Rätemacht, nur die Steigerung der bisherigen Revolution zur sozialen Revolution.

Die Massen des Proletariats müssen ohne Verzug gerüstet werden, damit die Revolution gerüstet sei — gegen alle Anschläge, für alle Aufgaben. Sie müssen militärisch gerüstet sein.

Folgende Maßregeln sind sofort geboten:

Beseitigung aller Offiziere und sonstigen Angehörigen der herrschenden Klassen aus den Soldatenräten und ihre Ersetzung durch erprobte revolutionäre proletarische Soldaten.

Sofortige Wiederaufhebung der Kommandogewalt, Durchführung einer demokratischen Heeresorganisation auch und vor allem unter den Fronttruppen, unter Ausmerzung aller gegenrevolutionären Offiziere.

Sofortige energische Propaganda unter den Soldatenmassen, besonders der Fronttruppen, für die soziale Revolution.

Sofortige Bewaffnung der revolutionären Arbeiter und proletarischen Soldaten, Schaffung einer Arbeitermiliz und als ihren aktiven Teil einer Roten Garde. Entwaffnung aller nicht-proletarischen Elemente.

Verharrt die Regierung weiter in Pflichtvergessenheit, so werden die Massen selbst handeln müssen.

TROTZ ALLEDEM!

Generalsturm auf Spartakus! „Nieder mit den Spartakisten!" heult es durch die Gassen. „Packt sie, peitscht sie, stecht sie, schießt sie, spießt sie, trampelt sie nieder, reißt sie in Fetzen!" Greuel werden verübt, die jene belgischen Greuel deutscher Truppen in Schatten stellen.

„Spartakus niedergerungen!" jubiliert es von „Post" bis „Vorwärts":

„Spartakus niedergerungen!" Und die Säbel, Revolver und Karabiner der wieder hergestellten altgermanischen Polizei und die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter wird seine Niederlage besiegeln. „Spartakus niedergerungen!" Unter den Bajonetten des Oberst Reinhardt, unter den Maschinengewehren und Kanonen des Generals Lüttwitz sollen die Wahlen zur Nationalversammlung vollzogen werden — ein Plebiszit für Napoleon-Ebert.

„Spartakus niedergerungen!"

Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Jawohl! Niedergemetzelt an die Hundert ihrer Besten! Jawohl! In Kerker geworfen viele Hunderte ihrer Getreuesten!

Jawohl! Sie wurden geschlagen. Denn sie wurden verlassen von den Matrosen, von den Soldaten, von den Sicherheitsmannschaften, von der Volkswehr, auf deren Hilfe sie fest gebaut hatten. Und ihre Kraft wurde gelähmt durch Unentschlossenheit und Schwäche ihrer Leitung. Und die ungeheure gegenrevolutionäre Schlammflut aus den zurückgebliebenen Volksteilen und den besitzenden Klassen ersäufte sie.

Jawohl, sie wurden geschlagen. Und es war historisches Gebot, daß sie geschlagen wurden. Denn die Zeit war noch nicht reif. Und dennoch — der Kampf war unvermeidlich. Denn das Polizeipräsidium, dieses Palladium der Revolution, den Eugen Ernst und Hirsch kampflos preisgeben, wäre ehrlose Niederlage gewesen. Der Kampf war dem Proletariat aufgezwungen von der Ebert-Bande; und elementar brauste es aus den Berliner Massen hervor, über alle Zweifel und Bedenken hinweg.

Jawohl! Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen.

Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bureaukratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und die Geldsäcke, und alles, was engbrüstig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen. Und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern.

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, um edelste Ziele der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenden Massen; sie haben um Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Blutes, dieser Drachensaat für die Siege von heute, werden den Gefallenen Rächer entstehen, aus jeder zerfetzten Fiber neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Noch entbehrt ja das deutsche Proletariat der revolutionären Ueberlieferung und Erfahrung. Und nicht anders, als in tastenden Versuchen, in jugendhaften Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Mißerfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet.

Für die lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution, deren unaufhaltsames Wachstum das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage Aufpeitschung. Und über Niederlage und Niederlage führt ihr Weg zum Siege. Die Sieger aber von heute?

Für eine ruchlose Sache verrichteten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Todfeinde des Proletariats.

Und sie sind schon heute unterlegen! Denn sie sind schon heute die Gefangenen derer, die sie als ihre Werkzeuge zu gebrauchen dachten, und deren Werkzeuge sie seit je waren.

Noch geben sie der Firma den Namen. Aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen.

Schon stehen sie am Pranger der Geschichte. Nie waren solche Judasse in der Welt, wie sie, die nicht nur ihr Heiligstes verrieten, sondern auch mit eigenen Händen ans Kreuz schlugen. Wie die offizielle deutsche Sozialdemokratie im August 1914 tiefer sank als jede andere, so bietet sie jetzt, beim Morgengrauen der sozialen Revolution, das abscheuerregende Bild.

Die französische Bourgeoisie mußte die Junischlächter von 1848 und die Maischlächter von 1871 aus ihren eigenen Reihen nehmen. Die deutsche Bourgeoisie braucht sich nicht selbst zu bemühen — „Sozialdemokraten"

vollführen das schmutzig-verächtliche, das blutig-feige Werk; ihr Cavaignac, ihr Gallifet heißt Noske, der „deutsche Arbeiter".

Glockengeläute rief zur Schlächterei; Musik und Tücherschwenken, Siegesjubel der vom „bolschewistischen Schrecken" geretteten Kapitalisten feiert die rettende Soldateska. Noch raucht das Pulver, noch schwelt der Brand des Arbeitermordes, noch liegen die getöteten, noch stöhnen die verwundeten Proletarier, da halten sie Parade über die Mördertruppen, aufgebläht im Siegerstolze, die Ebert, Scheidemann und Noske.

Drachensaat!

Schon wendet sich das Proletariat der Welt schaudernd von ihnen, die es wagen, ihre vom Blut der deutschen Arbeiter dampfenden Hände der Internationale entgegenzustrecken! Mit Abscheu und Verachtung werden sie sogar von denen zurückgestoßen, die im Toben des Weltkrieges selbst die Pflichten des Sozialismus preisgegeben hatten. Beschmutzt, ausgestoßen aus den Reihen der anständigen Menschheit, hinausgepeitscht aus der Internationale, gehaßt und verflucht von jedem revolutionären Proletarier, so stehen sie vor der Welt.

Und ganz Deutschland ist durch sie in Schande gestürzt. Bruderverräter regieren das deutsche Volk, Brudermörder. „Schreibtafel her, ich muß es schreiben." . . .

O, ihre Herrlichkeit kann nicht lange währen; eine Galgenfrist, und sie werden gerichtet sein.

Feuerbrände schleudern ihre Thesen in Millionen Herzen, Feuerbrände der Empörung.

Die Revolution des Proletariats, die sie im Blute zu ersäufen dachten, sie wird sich über sie erheben, riesengroß. Ihr erstes Wort wird sein: Nieder mit den Arbeitermördern Ebert-Scheidemann-Noske!

Die Geschlagenen von heute, sie haben gelernt. Sie sind geheilt vom Wahne, ihr Heil in der Hilfe verworrener Truppenmassen finden zu können; geheilt vom Wahne, sich auf Führer verlassen zu können, die sich kraftlos und unfähig erwiesen; geheilt vom Glauben an die Unabhängige Sozialdemokratie, die sie schnöde im Stiche ließ. Nur auf sich selbst gestellt, werden sie ihre künftigen Siege erfechten. Und das Wort, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, es hat durch die bittere Lehre dieser Woche eine neue tiefe Bedeutung für sie gewonnen.

Und auch jene irregeleiteten Soldaten werden bald genug erkennen, welches Spiel mit ihnen getrieben wird, wenn sie die Knute des wieder hergestellten Militarismus von neuem über sich fühlen; auch sie werden erwachen aus dem Rausch, der sie heute umfängt.

„Spartakus niedergerungen!“

O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein.

Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus — das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!

Unter dem Dröhnen des herangrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und alle in glühender Asche und Lavaströmen begraben.

STATT EINES NACHWORTES

KARL RADEK:
KARL LIEBKNECHT ZUM GEDÄCHTNIS

I.

Ihr habt seinen toten Körper, dessen Wunden gegen die Sozialisten-Verräter zum Himmel schreien, mit euren Tränen benetzt, mit der roten Fahne der proletarischen Weltrevolution habt ihr ihn zugedeckt und ihn in euren Herzen aufgebahrt, damit er dort für immer bleibe. Millionen von euch wissen von ihm nicht mehr, als daß er in der schwarzen Nacht, die nur vom Aufblitzen der Kanonen erhellt wurde, mit einer kleinen Schar aus dem Schützengraben aufbrach, um für den Frieden zu streiten, daß er, von den Mächtigen ins Gefängnis geworfen, standhaft jede Pein aushielt, und, kaum von Ketten befreit, das Banner des Kampfes von neuem erhob und mit ihm in der Hand gefallen ist, gefallen an der Schwelle eines neuen Lebens.

Ich will aber, daß jeder Proletarier über Liebknecht mehr wisse, daß er ihn liebe, nicht nur als blutüberströmtes Sinnbild eines Märtyrers, sondern so, wie er im Leben war mit seinen Fehlern und Vorzügen, nicht als „ausgeklügelt Buch", sondern als „Mensch mit seinem Widerspruch". Der Mensch Liebknecht soll unser großes Vorbild sein, ein Vorbild für unsere Jugend, die kämpfen lernen soll, ein Vorbild für unsere Frauen, die sich vom Leben nicht erdrücken lassen sollen, ein Vorbild für unsere wetterharten Männer, wenn sie von Zweifeln heimgesucht werden. Es ist die Zeit noch nicht gekommen, an eine ausführliche Lebensbeschreibung Karl Liebknechts zu gehen. In seinem Trauerhause hausen noch die Soldaten der deutschen Konter-Revolution, und da ich diese Worte schreibe, ist eine Einsicht in die hinterlassenen Papiere nicht möglich, ja, illegal mich selbst verbergend, kann ich nicht einmal die gedruckten Dokumente sammeln. Aber ich glaube, daß ich sein reiches Leben in seiner Eigenart übersehe, und ich will es euch hier schildern, euch über ihn das sagen, was ich sagen würde, wenn ich am Tage der Totenfeier in Moskaus weißen Mauern wäre.

. . . An Liebknechts Wege wurden Heldenlieder gesungen. . . . Die ersten Eindrücke, die der Knabe empfing, waren die Verfolgungen des Sozialistengesetzes. Die deutsche Bourgeoisie und die Hohenzollern suchten die ersten sozialistischen Regungen des deutschen Proletariats im Keime zu ersticken. Wer die verbrecherische Lehre verbreitete: verprassen soll nicht

der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben, wer die Armen und Entrechteten weckte, für den gab es keine ruhige Arbeitsstätte, der mußte verfolgt von Ort zu Ort wandern, nirgends vor Häschern sicher.

Wilhelm Liebknecht blieb auf dem Posten und stellte den Kampf für den Sozialismus auch dann nicht ein, als es wieder galt, durch Leiden zu bezeugen, daß man für die Befreiung der Menschheit lebt. Karl mag als Kind sich oft gefragt haben, wonach die fremden Herren in der Wohnung seines Vaters schnüffeln, weshalb Leute heimlich nachts ins Haus kommen, still flüsternd wie Diebe: Gute Menschen mußten es sein, da sie, von den Eltern freundlich empfangen, ihm, dem Kleinen, über das schwarze Köpfchen streicheln. So wuchs er auf in den Jahren der Verfolgung als Sohn des Soldaten der Revolution. Soldat, Kämpfer der Revolution zu sein, das war die Gabe, die ihm in seine Wiege gelegt wurde.

Das Sozialistengesetz fiel. Der wachsende, erstarkende Kapitalismus hatte gleichzeitig auch die Arbeiterklasse zahlenmäßig verstärkt, und mit dem Wachstum der Arbeiterklasse wuchs die deutsche Sozialdemokratie trotz aller Verfolgungen. Es begann der „neue Kurs", der Versuch, die Arbeiterklasse durch soziale Zugeständnisse zu gewinnen, und obwohl er äußerlich bald einem neuen scharfen Kurs wich, so war doch der Sinn dieser Epoche der, daß, während der erstarkende Kapitalismus den Massen der qualifizierten Arbeiter erträglichere Lebensbedingungen gewährte, er sie dadurch vom scharfen revolutionären Kampfe zurückhielt. Nach außen hin bekam der Sozialismus „rote Backen". Die Parteiorganisationen wuchsen, die Gewerkschaften blühten auf. In den Zahlabenden und auf den Parteitagen wurden revolutionäre Resolutionen angenommen. In der Praxis aber wurde der Kampf nur für kleine Verbesserungen der materiellen Lage der Arbeiter, nicht für die revolutionären Umwälzungen geführt. Und da Taten für den Charakter einer Partei ebenso maßgebend sind, wie sie den Charakter eines Menschen bestimmen, so wurde die Sozialdemokratie eine Partei der Reform und nicht der Revolution, mochte sie noch so revolutionäre Worte gebrauchen.

Karl Liebknecht, der in der Zeit dieser Mäßigung und Versteinerung zum Jüngling heranwuchs, der mit größter Anteilnahme die politischen und sozialen Ereignisse verfolgte, wenn er auch damals noch nicht aktiv in die Politik eingriff, war gleichsam schon erblich gegen diese Verbürgerlichung und Mechanisierung des revolutionären Geistes gesichert. Im Hause Wilhelm Liebknechts lebten die Traditionen des Jahres 1848, die Ueberlieferung der Revolution und des Kampfes um die Republik.

Es fiel mir schon vor zehn Jahren auf, als ich zum ersten Male Gelegenheit hatte, die deutsche Parteiführerschaft kennen zu lernen, daß Karl Lieb-

knecht einer der „bodenständigen" Führer war, für den der Republikanismus kein rein theoretisches Bekenntnis, sondern eine praktische aktuelle Frage war. Und das zweite, was in die Augen sprang, war die Tatsache, wie wenig versteinert er in der Auffassung war, daß die Entwicklung langsam sein werde, daß weder die staatlichen noch die sozialen Verhältnisse in absehbarer Zeit in Fluß geraten werden. Dabei handelte es sich bei ihm keineswegs nur um das theoretische Abwägen der Kräfte, die das ruhige „friedliche" Europa bald in Aufruhr bringen können. Die Situation war noch nicht revolutionär, es galt zu den Massen zu gehen, um sie zu wecken.

Und da tritt wieder ein charakteristischer Zug Liebknechts zutage. Vor dem Kriege wurde oft gegen ihn eingewendet, er sei sehr „breit" in seinen Auffassungen, jede Form der Betätigung sei ihm lieb, wenn sie auch „prinzipiell" nicht von größerer Bedeutung sei. Die Grundlage dieser Anklage bildet die in Deutschland ungewöhnliche Lebendigkeit Liebknechts, die ihm nicht erlaubte, auf Grund irgendwelcher doktrinärer Erwägungen auf irgendein Mittel zur Beeinflussung der Arbeiter zu verzichten. So erklärt sich auch sein Eingreifen in die Bewegung für den Austritt aus der Kirche. Er hatte ein gutes Auge für neue Bedürfnisse, für neue, sich anbahnende Bewegungen.

Als er in die Politik eingriff, zeigten sich die ersten Zeichen des auch in Deutschland erstarkenden Imperialismus, des Hinausgreifens des Kapitals über die „vaterländischen Grenzen" nach neuen Profitjagdgründen. Die Partei verstand die daraus entstehenden Kriegsgefahren, aber nur Liebknecht sah sie bildlich lebendig, als den Moloch, der seine Arme nach Millionen deutscher Jünglinge ausstreckt. So war er einer der wenigen, die zu der bedrohten Jugend eilten, um sie gegen diese Gefahren aufzurufen. Die Partei verpönte die besondere antimilitaristische Agitation. Sie erklärte, die Erziehung der proletarischen Jugend müsse sie von selbst gegen den militaristischen Geist bewaffnen, und der gesamte Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus sei gleichzeitig ein Kampf gegen den Militarismus. Aber Liebknecht fühlte das Falsche in diesen „grundsätzlichen" Erwägungen. Er sah, daß die „Erziehung" der proletarischen Jugend allein nicht genüge, sondern daß die Jugend auch besonders gegen den Militarismus aufgerüttelt werden müsse. Er wußte wohl, daß der Militarismus nur zusammen mit dem Kapitalismus durch die proletarische Revolution zertrümmert werden kann, aber er verstand, wie wichtig es für diese Revolution ist, den in Soldatenkleider eingezwängten jungen Proletariern klar zu machen, daß ihre Befreiung vom Militarismus nur ein Teil des allgemeinen proletarischen Befreiungskampfes sein könne. Die Parteiführer schüttelten die Köpfe über die Sonderaktionen dieses „Brausekopfes", aber der junge Liebknecht hielt

zähe an seiner Sache fest. Sein revolutionäres Gefühl trieb ihn unabwendbar dazu.

Das Bewußtsein der drohenden internationalen Gefahr stärkte in Liebknecht die ererbten Gefühle des Internationalismus. Er war einer der wenigen in Deutschland, die das lebhafteste Bedürfnis hatten, zu wissen, wie es in den Bruderparteien stand, nicht nur in Frankreich oder Rußland, sondern selbst in einer beliebigen Balkanpartei.

Seine Reisen nach Amerika und Frankreich, sein nahes Verhältnis zu den russischen Genossen entsprangen dem Bewußtsein, wie unermeßlich wichtig es ist, die internationalen Beziehungen zu pflegen. Und wie eingehend, wie unermüdlich ließ er auf der Reise zum internationalen Kongreß in Kopenhagen, die wir von Berlin aus gemeinsam mit Leo Trotzki machten, sich über die verwickelten russischen Fragen belehren! Man wußte, für Liebknecht ist die Internationale kein formelles Bündnis verschiedener Parteien, sondern sie ist sein wirkliches Vaterland, wie es später die Leitsätze der Spartakusgruppe sagten.

Die wertvollsten politischen Eigenschaften Liebknechts mußten ihn schon vor dem Kriege bei einem Teil der Führer unbeliebt machen, während sie ihm Popularität in den Arbeitermassen und in der Internationale schufen. Er sprang zu sehr aus den Reihen der deutschen Parteien heraus, als daß er nicht des Ehrgeizes hätte beschuldigt werden müssen. Dazu kamen noch seine menschlichen Eigenschaften, durch die er ebenfalls von dem vorgeschriebenen Typus eines würdigen Parteiführers abwich. Er liebte das Leben; ungehemmt und unbekümmert griff er nach ihm, wo es ihn lockte. Es steckte so wenig von Philistertum in diesem Knaben Absalom, so wenig von Heuchelei, so viel von kindlicher Freude am Leben, daß viele darüber den tiefen Ernst, die Milde und Feinheit dieses Wesens übersahen. Ich werde nie vergessen, wie wir einmal bei einem Spaziergang im Gespräch auf Peer Gynt gerieten. Er kannte das Drama in der Uebersetzung von Passarge, und ich erzählte ihm von den Feinheiten der Morgensternschen Uebertragung. Er kam zu mir und las drei Stunden lang — es war schon weit nach Mitternacht — die Uebersetzung Morgensterns. Als er zu jener Szene kam, in der Peer Gynt im Säuseln der Blätter die Lieder, die er nicht gesungen, die Tränen, die er nicht geweint, die Kämpfe, die er nicht gefochten, klagen hört, klagen über ein Leben, das nicht *ganz* war, da strafften sich in Liebknechts Gesicht die Züge, und er sagte: „Die verfluchte halbe Zeit, und trotzdem kann man, muß man ein *ganzes* Leben führen." So war er vor dem Kriege, ein zündender Agitator, ein tatkräftiger Politiker, ein Feuerkopf, lebhaft und lustig, ein Liebling der Arbeiter, ein Liebling der Frauen, ein Mensch, gut — wie die Polen sagen — zum Kämpfen und zum Kneipen.

In jeder Geste war er der Sohn seines Vaters, des großen Volksführers, des großen lebendigen Menschen, der lachen konnte wie ein Kind.

Es kam der Krieg, und sein Feuer schmiedete aus allen diesen Elementen des Liebknechtschen Temperaments und Charakters den Helden der deutschen Arbeiterklasse.

II.

Der Krieg kam. Mit den ersten Nachrichten gelangte das Gerücht ins Ausland, Liebknecht sei zusammen mit Rosa Luxemburg füsiliert worden. Diese Nachricht eilte der Wirklichkeit voraus, sie zeigte aber, daß im Auslande Feind und Freund wußten, von wem der Kampf gegen die Mächte des Krieges zu erwarten sei. Liebknecht war durch diese sich überstürzenden Ereignisse aufgewühlt. An der Schwelle des heroischen Abschnittes seines Lebens zahlte er den letzten Pflichtzoll der Partei, deren revolutionäre Macht sein zerronnener Traum war. Der Glaube, der 4. August werde nur eine traurige Episode bleiben, veranlaßte ihn, die Disziplin zu wahren und auf den offenen Protest gegen den Krieg am 4. August zu verzichten. Nach einigen Tagen sah er ein, daß er einen großen Fehler begangen hatte. Er näherte sich Rosa Luxemburg, deren streng theoretisch festgelegte Linie seiner breiten suchenden Natur fremd war, und so entstand zwischen beiden, trotz aller Unterschiede der Wesensart, ein Bund auf Leben und Tod. In den ersten Wochen des Krieges versuchten sie, sich an die Arbeitermassen zu wenden: die Regierung verbot es. Liebknecht war entschlossen, bei der zweiten Kreditabstimmung das Banner der Rebellion zu erheben. Er versuchte ein gemeinsames Vorgehen der vierzehn Abgeordneten, die in der Reichstagsfraktion gegen die Annahme der Kriegskredite auftraten, zu erreichen. Liebknecht, dem die Feiglinge später vorwarfen, er handle nur aus Eitelkeit, um als einziger zu glänzen, rang bis zum letzten Augenblick, um aus der Schar der wankenden Kollegen wenigstens zwei, wenigstens einen auf den Weg des gemeinsamen Kampfes mit sich zu ziehen. Es war ein Jammer, zu sehen, wie er, obgleich er alle Mittel der intellektuellen und moralischen Beeinflussung anwandte, doch in einer Fraktion von über hundert Mann keinen Menschen zu erschüttern, keinem beizubringen vermochte, daß es galt, mit allen faulen Kompromissen zu brechen. Es zeigte sich, wie sehr letzten Endes der Zusammenbruch der Führerschaft ein moralisches Problem war. Liebknecht blieb allein. Seine Züge verhärteten sich, ein bitterer Zug legte sich um seinen Mund. Er entschloß sich, allein vorzugehen, trotz des Abratens der Freunde. In jener Stunde sah ich, wie in Liebknecht die letzten Zweifel zerrannen, wie sich in ihm die große moralische Kraft auslöste, die ihn bis zum Tode nicht verließ: die eiserne Entschlossenheit, den Weg dem Wiedererwachen des Sozialismus zu bah-

nen, selbst wenn es gelten sollte, alle Speere in der eigenen Brust auf-zufangen.

Der Kampf um die in den Schmutz getretene Fahne des Sozialismus wurde in der vollen Oeffentlichkeit aufgenommen. Die gesamte Presse suchte ihn niederzuwerfen, teils durch Verleumdungen, teils durch Bagatelli-sierung seiner Tat. Er sollte terrorisiert werden durch Drohungen und durch Suggestion, daß er sich nutzlos opfere. Doch Tausende nahmen Stellung für ihn. Die Erklärung über die Motive seiner Sonderabstimmung wurde von Tausenden Arbeitern abgeschrieben und vervielfältigt; sie ging von Hand zu Hand, sie weckte das Verantwortungsgefühl und verband Männer und Frauen zum Kampfe. Liebknecht wurde zum Mittelpunkt der entschie-denen Opposition. Ende Dezember 1914, als ich in die Schweiz kam, wurde es mir in vollem Umfange klar, wie fruchtbar seine Tat international wirkte. Sie war das erste weithin sichtbare Zeichen, daß es in Deutschland revolu-tionäre Kräfte gab. Lenin, dieser Mann ohne jede Phrase, der vielleicht am schärfsten die Tiefe des Zusammenbruches der Internationale ausmaß, ver-stand sofort, daß der Entschluß, das Banner der Rebellion gegen die gesamte Fraktion zu erheben, eine Entscheidung war, die das Signal zu unvergäng-lichen Taten gab. Liebknechts Name wurde in der wachsenden Avantgarde des russischen Proletariats einer der geliebtesten, und nicht anders war es in Frankreich, in Italien. Barbusse hat ihm in seinem „Feuer" ein Denkmal gebaut, das des einzigen Deutschen, der wie ein Stern in der dunklen Nacht dem letzten Posten des französischen Sozialismus leuchtete . . . Als im Oktober 1915 die versprengten Teile der kämpfenden Ueberreste der alten Internationale sich in Zimmerwald versammelten und Ledebour im Namen seiner Anhänger (der späteren Unabhängigen) auf Angriffe von links erklärte, es gäbe keine Fraktion Liebknecht, da rief ihm der besonnene Trotzki unter dem lebhaften Beifall der Franzosen und Italiener zu: „Für uns gibt es nur die Fraktion Liebknecht."

Durch die Denunziationen der sozialpatriotischen Presse genötigt, in der Schweiz zu bleiben, sah ich Liebknecht in diesen Jahren nicht wieder. Aber aus jedem seiner Spartakusbriefe, aus jeder seiner „kleinen Anfragen" schaute mir das im Kampfe verhärtete Gesicht entgegen. Er war bereit, die letzten Konsequenzen zu ziehen. . . . Auf einen konspirativen Brief, in dem wir ihn baten, sich nicht zu sehr zu exponieren, antwortete er mir auf einer Postkarte aus Litauen mit einem Wort seines geliebten Euripides:

„Und liebe die Sonne nicht zu sehr
und nicht zu sehr die Sterne!"

Er verschwieg die folgenden Worte des Dichters:

„und folge mir ins dunkle Grab."

Denn jede Pose war ihm, dessen Leben eine heroische Tat wurde, fremd. Wer Liebknecht vor dem Krieg und während des Krieges kannte, der sah und konnte direkt mit Händen fassen, wie die unerhörte Verantwortung, die auf ihm lastete, aus einem frohen Menschen, der das Leben liebte und deshalb vielen vieles zu verzeihen verstand, einen eisernen unerbittlichen Kämpfer machte, wie ihn die Zeit verlangte. Wer ihn vor dem Kriege und im Kriege kannte, merkte förmlich, wie sein Charakter sich metallisch verhärtete.

Als die Nachricht von seiner Verhaftung auf dem Potsdamer Platz kam, fragten viele Freunde im Ausland, weshalb er in seiner exponierten Stellung an Demonstrationen teilnahm. Viele sahen darin ein Zeichen großer innerer Erregung, die ein Führer beherrschen können müsse. Was ihn aber auf die Straße getrieben hatte, war Pflichtbewußtsein. Das Vertrauen zu dem sozialdemokratischen Worte war, dank dem Verrat der Sozialdemokratie, so tief gesunken, daß, wer eine neue revolutionäre Macht bilden wollte, sich auf den geistigen Generalstabsdienst hinter der Feuerfront nicht begrenzen konnte. Der „Leichtsinn" Liebknechts war tiefe Klugheit, und sein Zuchthausmartyrium hat für die Revolution mehr getan, als das „vorsichtige" Wirken einer ganzen Partei tun konnte. Die Zelle des Armierungssoldaten Karl Liebknecht wurde zum Zentrum einer ausströmenden moralischen Kraft, die keine Isolierungskunst der Regierung eindämmen konnte. Das „Ich hab's gewagt" schallte hinaus in die Welt, feuerte zur Nachahmung an.

Es brach die russische Revolution aus, die erste Armee des Imperialismus meuterte, die erste des Sozialismus begann sich zu bilden. Als wir in Brest-Litowsk mit dem Grafen Mirbach und dem General Hoffmann am Verhandlungstisch saßen, da sprachen wir über ihre Köpfe hinweg mit dem Zuchthaussträfling Liebknecht und den Seinen. Das deutsche Proletariat antwortete auf unsern Ruf. Der Januarstreik brach aus. Keiner von uns nahm an, daß dies der Sieg sei, daß der deutsche Imperialismus nachgeben würde, und trotzdem lehnte Trotzki jedes Kompromiß ab. Es galt, trotz der größten Gefahr, dem deutschen Proletariat zu zeigen, daß wir ihm vertrauen. Es galt, dem Weltproletariat zu zeigen, daß uns der deutsche Imperialismus zerschmettern kann, aber daß wir freiwillig mit ihm keine Kompromisse schließen. Später, als wir doch genötigt wurden, den Frieden zu schließen, das Brester Kreuz auf uns zu nehmen und zurückzuweichen, da fragten wir uns oft in Unruhe: verstehen Liebknecht und die Seinen unsere Lage und Taktik? Und Liebknecht erzählte mir später, welche Qualen er im Zuchthaus litt, als er dachte, daß alle unsere Opfer nutzlos sein könnten, daß die deutsche Arbeiterklasse vielleicht nicht zeitig genug aufstehen

würde, um sich mit uns zu verbinden. Er fürchtete, daß wir mit unseren Zugeständnissen zu weit gehen würden, und rief aus dem Zuchthaus seine Freunde an, zu handeln, damit uns der letzte bittere Kelch erspart bleibe.

Aus Angst vor der nahenden Revolution ließ ihn die am Rande des Bankrotts stehende Regierung des deutschen Imperialismus frei. Sein erster Gang war in die russische Botschaft. In der Nacht nach seiner Befreiung teilte uns Bucharin mit, Karl sei mit uns vollkommen einig. Die Freude der russischen Arbeiter über Liebknechts Befreiung läßt sich nicht aussprechen. Hätte er damals zu uns kommen können, kein König ist jemals so empfangen worden, wie Liebknecht von den russischen Arbeitern empfangen worden wäre.

Als ich Ende Dezember nach Deutschland kam und nach vier Jahren Liebknecht die Hand wieder drücken konnte, sagte er ruhig, ohne die geringste Enttäuschung: „Wir sind erst am Anfang, der Weg wird noch lang sein." Und wir waren mit Rosa Luxemburg und ihm einig, daß man die Entfernung bis zum Ziele nur abkürzen kann durch unermüdliche Agitation, Propaganda und Aktion. Wer miterlebt hat, wie die beiden vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiteten, wie sie entschlossen die letzten Bande zerschnitten, die sie mit der Welt der Halbheit noch verbanden, indem sie die Kommunistische Partei Deutschlands gründeten, wer es erlebte, wie sie inmitten des revolutionären Taumels die eigenen Anhänger warnten, der konnte tiefes Vertrauen zur kommunistischen Bewegung Deutschlands fassen.

Liebknecht sollte die neue Zeit nicht erleben. Die erste Welle der proletarischen Revolution trug ihn weiter als er wollte, riß ihn mit sich. Im Sturm sah er die Entfernung nicht genügend scharf. Als der Januaraufstand niedergeworfen war und die sozialpatriotische Regierung nach ihm fahndete, wagte niemand, ihm den Gedanken an die Flucht nur nahezulegen, obwohl es klar war, daß seine Verhaftung Todesgefahr barg. Er wollte sich der Pogromhetze entgegenwerfen. An dem Tage, an dem ihn die Mörderkugel erreichte, regte er den Gedanken an, in den nächsten Tagen öffentliche Versammlungen einzuberufen. Da fiel er in die Hände der Schergen, die in ihm und Rosa Luxemburg die deutsche internationale Revolution treffen wollten. Er fiel im Kampfe in seiner ersten Phase, voll Zuversicht und Siegesbewußtsein. Er fiel wie er lebte: auf der Kampfesposition gefangengenommen. Und wir, die wir ihn nahe kannten in seinen Vorzügen und Schwächen, die wir den unermeßlichen Verlust verstehen, den die Revolution erlitt, da aus ihren Reihen dieser eiserne Kämpfer gerissen wurde, wir sagen an seinem Grabe: „Für uns wird er ein Muster sein, für die Treue dem Sozialismus gegenüber, für den Opferwillen und für den Mut, ohne den die Revolution

nicht siegen kann!" Liebknecht beseelte die tiefe Einsicht nicht nur in die objektive Notwendigkeit des Kommunismus, sondern die noch tiefere persönliche Sehnsucht nach dem vollen harmonischen Leben, das nur auf dem Boden des Kommunismus möglich ist, und diese Sehnsucht entsprang einer unermeßlichen Liebe und Güte, einem Mitgefühl mit jeder leidenden Kreatur, einer Hilfsbereitschaft, ohne die der Sozialismus ein Schemen ist. Die Oeffentlichkeit kennt nur Liebknecht den heroischen Kämpfer. Breite Kreise der Proletarier, die sich an ihn als Rechtsanwalt wandten, die bei ihm menschliche Hilfe fanden, liebten ihn als Menschen. Der Kämpfermut Liebknechts war die Vereinigung seiner Liebe zu jedem Menschen und der Einsicht, daß in der Zeit, in der wir leben, man nicht helfen kann dem individuellen Leid, ohne den Kampf auf Leben und Tod für den Sozialismus zu beginnen. In diesem jetzt tobenden Kampfe fiel er. Und ihm werden tausende in den Märtyrertod folgen, bis die nackte, hungernde, mit Wunden bedeckte Menschheit ihrer Märtyrer in Liebe zu gedenken Muße haben wird. Soldat der Revolution nannte sich sein Vater. Karl Liebknecht ist die Ehre zugefallen, diesen Titel mit seinem Tode im Kampfe zu erwerben. Die Sowjetrepublik hat für ihre tapfersten Söhne das Zeichen des „Roten Sternes" gestiftet. Leget es am Grabe Liebknechts nieder, und möge jeder unserer Freunde keine größere Ehre kennen, als die, durch die Erringung dieses Zeichens sich Karl Liebknechts Geiste anzunähern, der den Weg ging, den wir bis zu Ende schreiten wollen, auch wenn jeder von uns sich den Roten Stern erst auf der Bahre erwerben sollte.

Berlin, den 18. Januar 1919.

KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG ERMORDET

AN DIE DEUTSCHEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN! AN DIE REVOLUTIONÄREN SOLDATEN DEUTSCHLANDS!

Die Regierung Eberts und Scheidemanns hat Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meucheln lassen. Die Berichte, die sie von ihrer Ermordung verbreiten läßt, sind Lug und Trug. Karl Liebknecht wurde nicht beim Fluchtversuch niedergeschossen aus dem einfachen Grunde, weil er niemals die Absicht hatte, zu fliehen. Karl Liebknecht wurde von der Soldateska der Ebert- und Scheidemannregierung ebenso feige ermordet, wie jene wehrlosen gefangenen Proletarier aus der Vorwärtsbesatzung, deren Leichen

auf dem Hofe der Alexanderkaserne liegen. Rosa Luxemburg soll von einem Unbekannten im Auto erschossen worden sein, erzählt der Lügenbericht der Regierung. Aber niemand wird es glauben, daß in ein in voller Fahrt befindliches Auto, das von Bewaffneten bewacht ist, jemand hineinspringen kann und unter vielen sich im Auto Befindenden sich das Opfer auswählen kann. Entweder wurde Rosa Luxemburg ohne Wache transportiert, damit sie ein bezahlter Mordbube töten konnte, oder sie wurde von der Soldateska Eberts und Scheidemanns ermordet. Das Verschwinden ihrer Leiche soll die Spuren des Meuchelmordes aus der Welt schaffen. —

Vor dem Antlitz des deutschen Proletariats, vor dem Antlitz der internationalen Arbeiterklasse werfen wir der Regierung Eberts und Scheidemanns die Anklage ins Gesicht. Keine Verlegenheitsphrase wird sie von dieser Anklage rein waschen, denn wenn sie die Schuld auf die Offiziere, auf die Soldaten abzuladen versuchen würde, so werden ihnen die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands antworten: ihr seid nicht nur Mörder, ihr seid Feiglinge, denn wer hat die Entscheidung über Leben und Tod der Berliner Proletarier in die Hände der Kaiserlichen Generäle, der Märker, Lüttwitz und der anderen Bluthunde Wilhelms gelegt — wenn nicht die Regierung Eberts und Scheidemanns. Wer hat die standrechtliche Erschießung der sieben wehrlosen Parlamentäre des besetzten „Vorwärts" ungeahndet gelassen und auf diese Weise einen Freipaß für jede Mordtat der aufgehetzten Soldateska gegeben — wenn nicht die Regierung Ebert und Scheidemann? Nachdem sie mit den Händen der goldenen Jugend, bezahlter Söldlinge und Generäle die Proletarier Berlins niedergeworfen und entwaffnet hat, suchte sie durch den Meuchelmord Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs das deutsche Proletariat zu enthaupten, um es ungestört in der Nationalversammlung den Kapitalisten verkaufen zu können.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Revolutionäre Soldaten! Unsere Worte sind zu schwach, um angesichts der frischen Leichen unserer großen Vorkämpfer der proletarischen Revolution die Gefühle auszudrücken, die euer und unser Herz erfüllen, die euer und unser Herz zerreißen. Weder Klage noch Fluch ist hier notwendig. Die Toten werden für immer im Herzen des deutschen, im Herzen des internationalen Proletariats leben als die, die im Augenblick, wo die deutsche Sozialdemokratie die deutschen Arbeiter an den Kriegsmoloch verkaufte, mutig die Fahne der proletarischen Erhebung hißten und unbekümmert um Gefängnis und Zuchthaus die revolutionären Arbeiter zum Kampfe um die Befreiung aus den Klauen des menschenvernichtenden Kapitalismus riefen. Für ewig werden in den Büchern der Internationale ihre Namen bleiben als derer, die im Moment der Selbstzerfleischung des Weltproletariats den Kampf

dem Weltkapital angesagt haben mit dem alten Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! *Jetzt heißt es nicht wehklagen, nicht blindlings den Mord unserer Vorkämpfer an den Mördern persönlich rächen zu wollen.* Jetzt heißt es den blutenden Leichen zu schwören, *daß wir ihr Werk zu Ende führen werden,* daß wir die Fahne der proletarischen Revolution an der Zinne der Zitadelle des Kapitalismus, auf dem Hause der verräterischen sozialpatriotischen Regierung hissen werden. Es steht uns noch ein langer Kampf bevor. In diesem Kampfe dürfen wir uns nicht von Gefühlen, sondern von klarer Einsicht, von kühler Berechnung leiten lassen. Wir verstehen es wohl, daß viele von euch bestrebt sein werden, die Scheidemann, Ebert und Noske für den feigen Mord an ihrem Leibe zu strafen. *Proletarier, wir warnen euch vor terroristischen Anschlägen auf die Führer der verräterischen Regierung.* An die Stelle des einen niedergeschossenen Hallunken wird ein anderer treten, der deutsche Kapitalismus ist reich genug, um sich neue Judasse zu kaufen, und er wird jeden Anschlag auf die geheiligten Personen der Regierung von seinen Gnaden nur zum Anlaß nehmen, um sein neugeschliffenes Schwert auf eure Köpfe niedersausen zu lassen, so lange ihr euch noch nicht zum entscheidenden Kampfe gesammelt habt. Und eben, weil der Augenblick für diesen entscheidenden Kampf noch nicht gekommen ist, warnen wir euch vor jedem unüberlegten Losschlagen.

Arbeiter, der Berliner Bürgerkrieg vom 6.—12. Januar, den die Scheidemannregierung provoziert hat, er hat mit einer Niederlage des Proletariats geendet. Es ist offensichtlich, daß noch ein großer Teil der Arbeiterklasse sich von dem Einfluß der sozialpatriotischen Verräter nicht befreit hat. Nur in einem kleinen Teile des Deutschen Reiches haben die Arbeiter es verstanden, die Arbeiter- und Soldatenräte in Trutzburgen gegen die Regierung der Kapitalslakaien zu verwandeln. Jedes vorzeitige bewaffnete Losschlagen wird der Regierung der Ebert und Scheidemann nur die Möglichkeit geben, die Vorhut des Proletariats zu schlagen, bevor ihr Gros zu Hilfe eilen kann.

Unser Sieg ist sicher. Die Regierung, die ein Wachhund des Kapitals ist, wird nichts gegen die wachsende Arbeitslosigkeit zu tun wissen. Die Regierung, die platt auf dem Bauche vor dem Kapital der Entente liegt, wird von ihr kein Brot, sondern nur Fußtritte kriegen; bei den Junkern und großen Bauern wird sie nicht wagen, es zu holen. Mit Rußland hat sie gebrochen, mit dem Rußland der Proletarier, die uns Brot angeboten haben. Der Hunger und die Arbeitslosigkeit werden die Arbeiter, die heute hinter Scheidemann und Ebert hertrotten, zu uns treiben. Schneller als sie es ahnen, werden die Scheidemänner beim Genick gefaßt werden von derselben

proletarischen Revolution, die sie jetzt besiegt, entwaffnet und enthauptet wähnen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Revolutionäre Soldaten Deutschlands! Geht von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatt zu Werkstatt, weiset hin auf die Leichname Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und fraget: die die uns jahrzehntelang ausgebeutet und unterdrückt haben, die Fabrikanten, Junker, Bankiers und Kaufherren: sie leben lustig unter dem Schutze der Scheidemann-Ebert-Regierung, verprassen euer Gut, das eure Hände erzeugt haben, aber Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die ein Menschenalter für die Befreiung des Proletariats gekämpft und gelitten haben, sie liegen tot, ermordet durch Schergen der Scheidemann- und Ebert-Regierung. *Wollt ihr das dulden?*

Die *Bethmann*, die *Jagow*, die uns in den Krieg hineingestoßen haben, die *Ludendorff*, *Hindenburg* und *Falkenhayn*, die uns in diesem Kriege weißbluten ließen, sie leben frei, sie können ins Ausland reisen mit Erlaubnis der Ebert-Scheidemann-Regierung. Ihnen, den Hindenburgs, Märker, Lüttwitz übergibt die Ebert-Scheidemann-Regierung die Entscheidung über euer Leben und Tod; Rosa Luxemburg aber und Karl Liebknecht, die euch gegen den Moloch Krieg mit ihren Leibern gedeckt haben, sie liegen ermordet von den Schergen der Ebert-Scheidemann-Regierung. *Wollt ihr das dulden?*

Wenn sich dagegen die proletarischen Gefühle der Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands aufbäumen, dann sagt ihnen: *es gilt zu kämpfen! Am Tage, wo das, was sterblich war an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der Erde zurückerstattet wird, darf kein klassenbewußter Proletarier in der Werkstatt bleiben und für das Kapital schuften.* Jeder Proletarier, in dessen Adern noch Blut fließt, muß an diesem Tage *heraus auf die Straße*; ohne Waffen, friedlich sollen die proletarischen Massen die Straßen durchziehen und aus ihren Kehlen soll der Ruf erschallen:

Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann, die die Kapitalisten schützt und die Vorkämpfer des Proletariats mordet!

Nieder mit ihren Handlangern, den kaiserlichen Generälen und Offizieren! Nieder mit der weißen Garde ihrer Söldlinge!

Schluß mit der Bewaffnung der Bourgeoisie!

Fort mit den Arbeiter- und Soldatenräten, die diese Regierung des Mordes an Proletariern unterstützen!

Neuwahlen aller Arbeiter- und Soldatenräte!

Nieder mit der Nationalversammlung der Bourgeoisie und ihrer sozialpatriotischen Lakaien!

Die gesamte Macht den proletarischen klassenbewußten Arbeiter- und Soldatenräten!

Mit Bannern, die diese Schlachtrufe in die Welt schreien, bedeckt die Leichname *Karl Liebknechts* und *Rosa Luxemburgs* und wenn die Erde ihre Leichname bedeckt hat, dann tragt diese Schlachtrufe, die die ihrigen waren, in eure Werkstätten und Mietskasernen und sie sollen nicht verstummen, bis die feigen Mörder gestürzt sind, bis ihre politischen Leichname auf den Kehrichthaufen der Geschichte geworfen, vermodern und verfaulen, bis die Befreiung des Proletariats vollbracht ist. Dann werden wir, ein freies Volk auf freier Erde, unseren gemeuchelten Vorkämpfern ein Denkmal bauen, höher und unzerstörbarer als die Pyramiden Aegyptens: *Die sozialistische Räterepublik Deutschlands!*

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

BEMERKUNGEN DES HERAUSGEBERS

Das vorliegende Buch ist ein Versuch, aus allen vorliegenden Aeußerungen Liebknechts ein Gesamtbild seiner politischen Tätigkeit erstehen zu lassen. Der Herausgeber fühlt sich verpflichtet, über das Prinzip, nach dem er die Auswahl getroffen hat, einige Worte der Erklärung zu sagen:

Im Gedenken der großen Arbeitermassen Europas und Amerikas lebt *Karl Liebknecht* als der revolutionäre Parlamentarier, der große Agitator, der unermüdliche unbeirrbare Kämpfer gegen den Krieg.

Karl Liebknecht war nicht von allem Anfang an der revolutionäre Kämpfer, als den wir ihn heute sehen und als der er leben wird in der Erinnerung des Proletariats: Mit dem Wachsen der revolutionären Kraft in der deutschen Arbeiterklasse wuchs auch er. Je gefahrdrohender die Krisen des deutschen und des internationalen Kapitalismus sich gestalteten, um so intensiver und gedrängter faßten sich in Karl Liebknecht die revolutionären Energien zusammen. Und je offener die offizielle deutsche Sozialdemokratie der Fahne des internationalen revolutionären Sozialismus untreu wurde, um so stärker wuchs in Liebknecht die Kraft, die ihn, allein und isoliert, als Vertreter der proletarischen Revolution den herrschenden Klassen entgegenstellte. Bis Liebknecht im Kriege zum Symbol und Sinnbild all der Kräfte wurde, die aufstanden gegen den Krieg, gegen die Regierungen, gegen die offiziellen vaterländischen Sozialdemokratien, für die Revolution der großen unterdrückten Arbeitermassen und für die proletarische Weltkommune.

Karl Liebknecht gehört nicht zu denen, die man zu den Wissenschaftlern des Sozialismus zählt. Karl Liebknecht ist der ersten einer, der den Sozialismus Tat werden ließ. Als solcher lebt er in den Herzen der Proletarier. Und als solcher soll er aus diesem Buche sprechen.

Demgemäß wurde bei der Auswahl dieses Bandes das Hauptgewicht auf die Reden gelegt. Es sind sämtliche im Preußischen Landtage oder dem

Deutschen Reichstage gehaltenen Reden berücksichtigt worden und alle die ausgewählt, die am klarsten die politische Persönlichkeit Liebknechts zur Anschauung bringen. Es war auch nicht die Vollständigkeit der Aeußerungen, sondern ihre Intensität das Prinzip, nach dem die Auswahl getroffen wurde.

Ueber die Anordnung und Einteilung dieses Buches nur kurz folgendes: Die Themen der Kapitel, nach denen das Buch eingeteilt ist, versuchen in großen Zügen die hauptsächlichen Formen, in denen sich die politische Tätigkeit Liebknechts vollzog, zu umreißen und in ihrer Aufeinanderfolge und ihrem Zusammenhang ein Gesamtbild der politischen Persönlichkeit Liebknechts zu zeichnen. Es ist klar, daß sich die Abschnitte der einzelnen Kapitel zum Teil schneiden und überdecken. Aber dieser Umstand weist nur darauf hin, daß die politischen Aeußerungen Liebknechts eine untrennbare Einheit bilden, daß z. B. der Vorkämpfer der proletarischen Jugend zugleich der unerbittliche Feind des Reformismus und des Militarismus war und sein mußte.

Aber wie dem auch sei: es kommt nicht auf die Einzelheiten an, es kommt nicht darauf an, ob die Zusammenstellung so oder auch anders hätte erfolgen können. Es kommt einzig und allein auf die *politische Wirkung* dieses Buches an.

Julian Gumperz.

Berlin, den 19. Mai 1921.

Maurer & Dimmick, Berlin S 0. 16.

Von Karl Liebknecht sind bisher erschienen:

I. *Militarismus und Antimilitarismus* (A. Hoffmanns Verlag).
II. *Klassenkampf gegen den Krieg* (A. Hoffmanns Verlag).
III. *Das Zuchthausurteil* (Verlag der K. P. D.).
IV. *Briefe aus dem Felde und dem Zuchthaus* (Verlag der Aktion).

30102

CENTRAL UNIVERSITY LIBRARY
University of California, San Diego

DATE DUE

JUN 18 1988	
MAR 21 1988	

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 678 933 3

LIBRAR